Written media articles on the EU-India Free Trade Agreement 2007-2013

D = German, F = French, H = Indian Hindi, IndE = Indian English, UK =British
Bibliographic data in German

2007
D7-1 F7-1 F7-2 F7-3 F7-4 H7-1 H7-2 H7-3 H7-4 IndE7-1 IndE7-2 IndE7-3 UK7-1 UK7-2

2008
F8-1 F8-2 F8-3 F8-4 F8-5 F8-6 IndE8-1 IndE8-2 IndE8-3 IndE8-4 IndE8-5 IndE8-6 IndE8-7 UK8-1

2009
D9-1 D9-2 D9-3 D9-4 D9-5 D9-6 F9-1 H9-1 H9-2 H9-3 H9-4 H9-5 H9-6 H9-7 IndE9-1 IndE9-2 UK9-1 UK9-2

2010
D10-1 D10-2 D10-3 D10-4 D10-5 D10-6 D10-7 D10-8 D10-9 D10-10 D10-11 F10-1 F10-2 F10-3 F10-4 F10-5 F10-6 F10-7 F10-8 F10-9 F10-10 H10-1 H10-2 H10-3 H10-4 H10-5 H10-6 H10-7 H10-8 H10-9 H10-10 H10-11 IndE10-1 IndE10-2 IndE10-3 IndE10-4 IndE10-5 IndE10-6 IndE10-7 IndE10-8 IndE10-9 IndE10-10 IndE10-11 IndE10-12 IndE10-13 IndE10-14 IndE10-15 IndE10-16 IndE10-17 IndE10-18 IndE10-19 IndE10-20 IndE10-21 IndE10-22 UK10-1 UK10-2 UK10-3 UK10-4 UK10-5 UK10-6 UK10-7 UK10-8 UK10-9 UK10-10 UK10-11

2011
D11-1 D11-2 D11-3 D11-4 D11-5 F11-1 H11-1 H11-2 H11-3 H11-4 H11-5 H11-6 H11-7 H11-8 H11-9 H11-10 H11-11 H11-12 H11-13 H11-14 H11-15 IndE11-1 IndE11-2 IndE11-3 IndE11-4 IndE11-5 IndE11-6 UK11-1 UK11-2 UK11-3 UK11-4 UK11-5 UK11-6 UK11-7 UK11-8 UK11-9 UK11-10 UK11-11 UK11-12 UK11-13 UK11-14 UK11-15

2012
D12-1 D12-2 D12-3 D12-4 D12-5 D12-6 D12-7 D12-8 D12-9 D12-10 F12-1 F12-2 F12-3 F12-4 F12-5 F12-6 H12-1 H12-2 H12-3 H12-4 H12-5 H12-6 H12-7 IndE12-1 IndE12-2 IndE12-3 IndE12-4 IndE12-5 IndE12-6 IndE12-7 IndE12-8 IndE12-9 IndE12-10 IndE12-11 IndE12-12 IndE12-13 IndE12-14 IndE12-15 IndE12-16 IndE12-17 IndE12-18 IndE12-19 IndE12-20 UK12-1 UK12-2 UK12-3 UK12-4 UK12-5 UK12-6 UK12-7 UK12-8 UK12-9 UK12-10 UK12-11 UK12-12

2013
D13-1 D13-2 D13-3 D13-4 D13-5 D13-6 D13-7 D13-8 D13-9 D13-10 F13-1 F13-2 F13-3 F13-4 F13-5 F13-6 F13-7 F13-8 F13-9 F13-10 F13-11 H13-1 H13-2 H13-3 H13-4 H13-5 H13-6 H13-7 H13-8 H13-9 H13-10 H13-11 H13-12 H13-13 H13-14 H13-15 H13-16 H13-17 H13-18 IndE13-1 IndE13-2 IndE13-3 IndE13-4 IndE13-5 IndE13-6 IndE13-7 IndE13-8 IndE13-9 IndE13-10 IndE13-11 IndE13-12 IndE13-13 UK13-1 UK13-2 UK13-3 UK13-4 UK13-5 UK13-6 UK13-7 UK13-8

D7-1
Handelsblatt
EU-Freihandelspläne in Asien stocken

Die Europäische Union umwirbt die asiatischen Boomländer. Seit einer Woche touren EU-Spitzenvertreter durch die Hauptstädte wichtiger Handelspartner der Region, die für Brüssel immer wichtiger wird. Doch der Abschluss von geplanten Freihandelsverträge gestaltet sich schwieriger als erwartet.

Indiens Premierminister Manmohan Singh (Mitte), sein portugisischer Kollege Jose Socrates (links) und Kommissionspräsident José Manuel Barroso werden über ein Freihandelsabkommen sprechen. Foto: ap Quelle: ap

DELHI. Nach Gipfeln mit den Asean-Staaten und China trifft die EU-Spitze um Kommissionschef José Manuel Barroso am Freitag Indiens Premier Manmohan Singh. Eine Schlüsselrolle spielt dabei ein beabsichtigtes Freihandelsabkommen (FTA).

„Nach positivem Start vor einem Jahr erreichen die Verhandlungen nun die Mühen der Ebene", zog EU-Handelskommissar Peter Mandelson am Donnerstag Zwischenbilanz. Der Brite bleibt von der Machbarkeit eines ambitionierten Abkommens überzeugt, das den Austausch von Gütern und Dienstleistungen deutlich ausdehnt: „Aber Substanz ist wichtiger als Tempo."

Geplante Freihandelsverträge mit Südkorea und den Asean-Staaten gestalten sich ebenfalls viel schwieriger als erwartet. Dabei verschiebt sich der Fokus der Kommission in Handelsfragen immer stärker auf die Boom-Region. „Die EU wird ihre bilateralen Freihandelsgespräche stark ausweiten", kündigte Vize-Kommissionspräsident Günter Verheugen kürzlich an. „Asien hat dabei oberste Priorität." Im Zentrum soll der Abbau nicht- tarifärer Handelsschranken stehen. Zölle wollen die Europäer weiter primär im Rahmen der Welthandelsorganisation WTO senken. Doch damit stoßen sie nicht auf Gegenliebe: „Die Asiaten wollen lieber Zölle senken und in ferner Zukunft über nicht-tarifäre Hürden verhandeln", beschreibt BDI-Präsident Jürgen Thumann auseinander klaffende Prioritäten.

Diese traten am Donnerstag auch in Delhi zu Tage: Im Gegenzug für mehr Marktzugang für Outsourcing-Anbieter aus Indien verlangte Mandelson von dem Land größere Transparenz bei öffentlichen Ausschreibungen dort. Dagegen sträuben sich die Inder vehement. „Wir werden nur Fortschritte machen, wenn die EU keine Themen aufbringt wie Tierschutz, die mit Handel nichts zu tun haben", entgegnete Indiens Handelsminister Kamal Nath. Verletzte Eitelkeiten komplizieren die Gespräche zusätzlich. In seinem Stolz auf den Status als größte



Demokratie der Welt sträubt sich Indien gegen Menschenrechtsklauseln, die die EU in Handelsabkommen einfordert. Diplomaten sprechen von einer „Zumutung", die die Verhandlungen belaste.

Doch die Zeit drängt. „Asiens Boom und das Vorpreschen unserer Konkurrenten setzen Europa unter Zugzwang", meint Erika Mann, Mitglied im Außenwirtschaftsausschuss des EU-Parlaments. Wolle Europa in Asien strategischen Einfluss gewinnen, müsse Brüssel auch die politische Signalwirkung von FTAs stärker gewichten. Für Joachim Ihrcke geht es dabei nicht mehr um Vorteile für europäische Firmen. „Wir müssen handfeste Nachteile gegenüber Wettbewerbern auf Asiens Zukunftsmärkten ausgleichen", fordert der Präsident der

Europäischen Handelskammer in Singapur. Dort agierten amerikanische Banken, Anwaltskanzleien und Architekturbüros mit Hilfe eines FTAs inzwischen freier als europäische Rivalen.

Ihr sicherheitspolitisches Gewicht macht für die Amerikaner in Handelsfragen allerdings vieles einfacher. Das wird an Südkorea deutlich: Europas Freihandelsgespräche mit Seoul sind fest gefahren. Das Kernproblem: Brüssel besteht auf Gleichbehandlung mit den Amerikanern, denen ein FTA bevorzugten Marktzugang gewährt. Allerdings hatten die USA als militärische Schutzmacht des Landes eine viel bessere Verhandlungsposition.

Diplomaten sehen die EU-Position auch dadurch geschwächt, dass alle Mitgliedsländer innenpolitisch motivierte Forderungen auf FTA-Deals satteln können – von Umwelt- und Arbeitsschutz bis zu den Menschenrechten. Dies ist ein Grund dafür, dass der EU-Asean Gipfel vorige Woche in beidseitiger Enttäuschung endete. Eigentlich sollte dabei der formelle Auftakt von FTA-Verhandlungen verkündet werden. Aber es reichte nur zum Versprechen, die Sondierungsgespräche zu beschleunigen. Beide Seiten beteuern, das wegen Menschenrechtsverletzungen vom Westen geächtete Asean-Mitglied Myanmar bilde kein unüberwindliches Hindernis. Allerdings wurde die Atmosphäre des Treffens dadurch vergiftet.

Quelle/Anmerkung:
http://www.handelsblatt.com/unternehmen/mittelstand/boomlaender-eu-freihandelsplaene-in-asien-stocken/2899980.html abgerufen am 21.12.2020; Grafik entstammt der Online-Ausgabe. Grafik ist am 21.12.2020 nicht mehr verfügbar. Druckausgabe 30.11.2007, S.13.

D9-1
Die Tageszeitung
EU gefährdet Zugang zu preiswerten Medikamenten

WELTWIRTSCHAFT Bei Verhandlungen mit Indien über ein Freihandelsabkommen schützt die EU Interessen von Patentrechteinhabern und setzt die billige medizinische Versorgung in armen Ländern aufs Spiel

BERLIN taz | Die Entwicklungsorganisationen Oxfam und EED (Evangelischer Entwicklungsdienst) schlagen Alarm. Nach einem ihnen vorliegenden internen EU-Dokument verlangt Brüssel in den laufenden Verhandlungen über ein Freihandelsabkommen mit Indien eine drastische Verschärfung von dessen Patentgesetzen. Dies würde laut den beiden Organisationen einseitig den Interessen der europäischen Inhaber von Patentrechten wie Pharmakonzernen und Saatgutherstellern dienen und weit über das hinausgehen, wozu sich Indien bei der Welthandelsorganisation (WTO) verpflichtet hat.

Die beiden Organisationen sehen vor allem Indiens preiswerte Herstellung von Generika, also wirkstoffgleichen Arzneimitteln von Markenprodukten, gefährdet. Indien ist einer der führenden Generikahersteller der Welt. Dies ermöglicht der indischen Bevölkerung den Zugang zu preiswerteren Arzneimitteln, die Indien auch auf Drittmärkte exportiert. Sollte sich die EU durchsetzen, „wäre die Versorgung mit Medikamenten von Millionen Menschen gefährdet“, warnt Michael Frein vom EED.

„Die EU fordert von Indien längere Patentlaufzeiten und zusätzliche Schutzfristen, bevor Generika zugelassen werden. Wenn die EU sich damit durchsetzt, kann dies für HIV- Patienten eine Vervielfachung der Medikamentenkosten bedeuten“, warnt Oliver Moldenhauer von Ärzte

ohne Grenzen. Kritisiert wird auch, dass die EU ein Monopol auf Testdaten durchsetzen wolle, was die Kosten für Generika erhöhe.

Im Mai wurde eine indische Antibiotika-Lieferung am Flughafen Frankfurt vom Zoll für vier Wochen festgehalten. Sie war für die Pazifikrepublik Vanuatu bestimmt. Der Zoll hatte eine Patentrechtsverletzung vermutet und gefährdete so die Gesundheitsversorung in einem armen Staat. SVEN HANSEN

Quelle/Anmerkung:
taz Nr. 8905, S.8. Digitales Archiv: https://taz.de/Archiv-Suche/!646410&s=EU%2Bgefährdet%2BZugang%2Bzu%2Bpreiswerten%2BMedikamenten&SuchRahmen=Print/, eingesehen am 21.12.2020.

D9-2
Frankfurter Rundschau
Industrie sieht Indien als Zukunftsmarkt

IAA
Industrie sieht Indien als Zukunftsmarkt

"Diese enorme wirtschaftliche Möglichkeit müssen wir nutzen", sagt VDA-Präsident Matthias Wissmann auf der Internationalen Automobil-Ausstellung. Foto: Christoph Boeckheler



In Indien sehen die Autobauer den Markt der Zukunft, denn dort komment auf 1000 Menschen gerademal elf Fahrzeuge. VDA-Präsident Wissmann fordert deshalb eine Freihandelszone zwischen der EU und Indien.

Frankfurt a. M. Zur schnellen Bewältigung der Wirtschaftskrise führt nach Überzeugung der deutschen Automobilindustrie kein Weg am Zukunftsmarkt Indien vorbei.

"In Deutschland kommen auf 1000 Menschen 500 Autos. In Indien sind es erst elf Fahrzeuge pro 1000 Menschen. Diese enorme wirtschaftliche Möglichkeit müssen wir nutzen", sagte VDA-Präsident Matthias Wissmann während des Indien-Tages auf der Internationalen Automobil-Ausstellung (IAA). Für verstärkte wirtschaftliche Kooperation muss laut Wissmann eine Freihandelszone zwischen der EU und Indien entstehen. Darüber werde schon verhandelt.

Indiens Botschafter in Deutschland, Sudhir Vyas, kündigte an, Indien wolle bis 2016 von Platz elf der weltweit größten Automobilhersteller auf Platz sieben aufrücken. Der Automobilsektor solle dann zehn Prozent des Bruttoinlandsprodukts ausmachen und 25 Millionen Menschen direkt beschäftigen.

Nach VDA-Angaben hat sich der Pkw-Absatz deutscher Marken in Indien im vergangenen Jahr deutlich erhöht. Auch die Zulieferer hätten gute Chancen. Der Generaldirektor der deutsch-indischen Handelskammer, Bernhard Steinrücke, berichtete, dass beispielsweise am Bau des neuen Kleinwagens Tata Nano zwölf deutsche Firmen beteiligt seien. (dpa)

Quelle/Anmerkung:

https://www.fr.de/ratgeber/auto/industrie-sieht-indien-zukunftsmarkt-11513929.html, abgerufen am 21.12.2020.

D9-3
Die Zeit
Supermarkt-Boom zu Lasten der Ärmsten

Von Marlies Uken
Supermarkt-Boom zu Lasten der Ärmsten

Die EU und Indien verhandeln über ein Freihandelsabkommen. Supermarktketten wie Metro hoffen auf leichteren Marktzugang. Aktivist Dharmendra Kumar über die Folgen der Liberalisierung

Ob Wal-Mart aus den USA oder Metro aus Düsseldorf: Gegen ausländische Handelskonzerne regt sich in Indien Widerstand. Die Bevölkerung fürchtet um ihre Arbeitsplätze

ZEIT ONLINE: Seit 2003 ist Metro aus Düsseldorf in Indien mit fünf Märkten aktiv, auch andere Supermarktketten wie Wal-Mart wollen einsteigen. Was ist so schlimm am Geschäft mit der Masse?

Dharmendra Kumar: Wir fürchten um das Einkommen und die Existenz von Millionen von Indern. Die organisierten Supermarktketten verdrängen den kleinteiligen Einzelhandel, der für Indien so typisch ist. Ihr Markteintritt würde Handel und Landwirtschaft – die Sektoren mit der höchsten Beschäftigung in Indien – völlig umkrempeln. Rund 35 Millionen Menschen arbeiten im Einzelhandel. Es sind vor allem Menschen, die keine Ausbildung haben, nicht schreiben können und sich mit der Arbeit in den Kiranas, den kleinen Tante-Emma-Läden, über Wasser halten. Der Einzelhandel ist ein soziales Sicherungsnetz für Bauern und



Genossenschaften. Wenn ausländische Supermarktketten ins Geschäft einsteigen, verlieren diese Menschen ihre Jobs.

ZEIT ONLINE: Aber wie sollte man stattdessen die Versorgung der Bevölkerung organisieren?

Kumar: Wir haben in Indien doch ein bewährtes Modell, vielleicht sogar ein Zukunftsmodell. Weltweit sprechen Experten davon, dass man Wirtschaft wieder lokaler organisieren soll. Genau das gewährleisten unsere Kiranas. Sie bieten gesundes Obst und Gemüse aus der Region an, die Leute sparen Geld und Energie, weil sie ihre Händler ums Eck haben und nicht weit fahren müssen. Das ist zwar keine kapitalintensive, aber eine arbeitsintensive Form der Wirtschaft, die Millionen Menschen ein Einkommen garantiert.

ZEIT ONLINE: Wie verlaufen die Verhandlungen der Regierung mit der EU über ein Freihandelsabkommen?

Kumar: Die Liberalisierung des Einzelhandels ist einer der Knackpunkte der Gespräche. Die Supermarktketten wollen natürlich leichter in das Geschäft mit den Einzelkunden einsteigen. Bislang dürfen ausländische Konzerne in Indien nur im Großhandel tätig sein und müssen in manchen Bereichen Joint Ventures eingehen. In der Praxis gibt es allerdings Schlupflöcher, weswegen schon heute auch Privatleute ganz normal bei Metro einkaufen können. Ich befürchte, dass unserer Regierung die kleinen Händler und Bauern relativ egal sind. Sie setzt den Marktzugang als reine Verhandlungsmasse ein, um in anderen Bereichen mehr herauszuschlagen. Das Problem ist, dass die Verhandlungen komplett intransparent ablaufen.

ZEIT ONLINE: Wie reagieren die Inder auf Metro und Co.?

Kumar: Für viele ist das Einkaufen dort bislang ein besonderes Ereignis, weil man solche Supermärkte bislang nicht kennt. Als Metro 2003 in Bangalore seine erste Filiale eröffnete, gab es Demonstrationen von Händlern und Anwohnern. Mehrere Einzelhändler haben Gerichtsverfahren gegen den Betrieb angestrengt und das oberste Gericht des Bundesstaats Karnataka hat entschieden, dass die Geschäftspraktiken von Metro regelmäßig überprüft werden müssen. Vergangenes Jahr protestierten erneut hunderte Frauen und Männer bei der Eröffnung einer Filiale. Willkommen sind die ausländischen Supermarktketten nicht.

Dharmendra Kumar, 36, ist Direktor von India FDI Watch, einer Koalition von Gewerkschaften, Berufsverbänden, Umweltschützern und Nichtregierungsorganisationen, die gegen die Liberalisierung von ausländischen Direktinvestitionen im indischen Einzelhandelssektor kämpft. Die Organisation Oxfam hat einen aktuellen Bericht zum Thema Einzelhandel in Indien veröffentlicht.

Quelle/Anmerkung:
http://www.zeit.de/wirtschaft/2009-11/indien-supermaerkte , abgerufen am 21.12.2020.

D9-4
Handelsblatt
Außenhandel. Europa und Indien peilen Abkommen an

Außenhandel

Europa und Indien peilen Abkommen an

06.11.2009, 14:40 Uhr

Indien will mit seinem wichtigsten Handelspartner, der EU, ein Abkommen schließen. Vertreter beider seiten sondierten am Rande des EU-Indien-Gipfels die möglichen Knackpunkte. Gleichzeitig veröffentlichte die Brüsseler Kommission eine Liste der weltweiten Handelshemmnisse.



Container im Hamburger Hafen: Europa und Indien planen ein Handelsabkommen. Quelle: dpa

HB NEU DELHI. Die EU und Indien wollen binnen eines Jahres ein Freihandelsabkommen abschließen. "Beide Seiten sind sich einig, dass ein Handels- und Investitionsabkommen mit einer breiten Basis im gemeinsamen Interesse liegt", sagte der indische Premierminister Manmohan Singh am Freitag beim zehnten EU-Indien-Gipfel in Neu Delhi. "Wir haben die Hoffnung ausgedrückt, dass die Verhandlungen in einem Jahr abgeschlossen sein können." Indien und die EU verhandeln seit 2007 über ein entsprechendes Abkommen. Die EU verknüpft Handel mit Fragen des Klimaschutzes und der Kinderarbeit, wogegen sich Indien wehrt. Ein weiterer Streitpunkt sind geistige Eigentumsrechte.

Die EU ist der wichtigste Handelspartner Indiens. Das bilaterale Handelsvolumen beläuft sich auf 77 Milliarden Euro. Der indische Handelsminister Anand Sharma hatte am Donnerstag gesagt, beide Seiten wollten den Handel in den kommenden vier Jahren verdoppeln. Der amtierenden EU-Ratspräsident und schwedische Ministerpräsidenten Fredrik Reinfeldt sagte am Freitag, die Beziehungen zwischen Indien und der EU hätten "riesiges Potenzial", noch stärker zu werden. Bei dem Gipfel verabredeten beide Seiten auch die Zusammenarbeit bei einem zivilen nuklearen Forschungsprojekt. Indien beteiligt sich demnach am Versuchs-Fusionsreaktor ITER, der derzeit in Frankreich gebaut wird. Weitere Themen des Gipfels waren unter anderem der Klimaschutz, Terrorismus sowie die zunehmende Gewalt in Afghanistan und Pakistan. Reinfeldt sagte, die EU stehe im Kampf gegen den Terrorismus an der Seite Indiens.

Parallel veröffentlichte die Kommission eine Liste der weltweiten Handelshemmnisse. Demnach haben Argentinien und Russland die meisten "protektionistischen Maßnahmen" ergriffen. Russland führt die Negativ-Liste mit zehn beschlossenen und acht geplanten Maßnahmen zu neuen oder erhöhten Zöllen an. Argentinien lag mit acht Maßnahmen auf Platz

Zwei der Liste. Insgesamt registrierte die Kommission rund 220 Maßnahmen in den vergangenen zwölf Monaten, "die sich als Handelshemmnisse auswirken könnten".

In dem Bericht der EU-Behörde heißt es, Einfuhrverbote oder Zölle seien weltweit dank der Welthandelsorganisation WTO vergleichsweise stark eingedämmt worden. Es gebe jedoch immer häufiger Handelsbeschränkungen "hinter der Grenze", beispielsweise durch Bevorzugung heimischer Anbieter bei öffentlichen Beschaffungen. "Trotz der vorhandenen Fälle wurde das schlimmste Szenario einer protektionistischen Abwärtsspirale vermieden", heißt es in einer Erklärung von EU-Handelskommissarin Catherine Ashton. Die EU hatte in dem Bericht untersucht, wie die 40 Haupthandelspartner der Europäischen Union den Beschluss des G20-Gipfels vom November 2008 umsetzten, neue Investitionshemmnisse oder Handelsbeschränkungen zu vermeiden.

Quelle/Anmerkung:
http://www.handelsblatt.com/politik/international/aussenhandel-europa-und-indien-peilen-abkommen-an/3297582.html, zuletzt abgerufen am 21.12.2020

D9-5
Frankfurter Allgemeine Zeitung
EU und Indien einigen sich nicht

EU und Indien einigen sich nicht

job. DELHI, 6. November. Die Europäische Union und Indien haben den Abschluss des geplanten Freihandelsabkommens weiter hinausgeschoben. "Wir haben die Hoffnung ausgedrückt, dass die Verhandlungen in einem Jahr abgeschlossen sein können", sagte der indische Premierminister Singh nach dem EU-Indien-Gipfel in Delhi. Beide Seiten seien sich einig, dass ein solches Abkommen im gegenseitigen Interesse liege. Über das Abkommen, dem in diplomatischen Kreisen auch politische Bedeutung zugemessen wird, wird seit zwei Jahren erfolglos verhandelt.

Erschwert werden die Gespräche weniger durch technische als durch politische Meinungsverschiedenheiten: So verlangt die europäische Seite, dass Klauseln zu Kinderarbeit, zur Umwelt und zum Schutz des geistigen Eigentums aufgenommen werden. Dies wird in Indien als unzulässige Einmischung verstanden. Die EU-Vertreterin in Delhi, Smadja, hatte vor dem Gipfel geäußert, die EU sei insbesondere besorgt über die Kinderarbeit in Indien, und verwies auf das Brüsseler Parlament, das ein Freihandelsabkommen ratifizieren müsse. Seit der Finanzkrise sieht sich Indien in einer starken Verhandlungsposition. Während sich die eigene Wirtschaft "widerstandsfähig" zeige, seien die Volkswirtschaften Europas "zusammengebrochen", sagte Finanzminister Mukherjee Anfang der Woche.

Um nicht mit ganz leeren Händen dazustehen, wurde ein Vertrag unterschrieben, der die Beteiligung Indiens am internationalen Forschungsreaktor "Iter" in Frankreich regelt. Zu den weiteren Themen des Gipfels, zu dem der schwedische Ministerpräsident und EU-Ratspräsident Reinfeldt, EU-Kommissionspräsident Barroso sowie die Außenkommissarin Ferrero-Waldner angereist waren, zählten der Klimaschutz und die Eskalation in Afghanistan und Pakistan.

Quelle/Anmerkung:
Druckausgabe: 07.11.2009, Nr. 259, S.5. Abrufbar im Archiv der Zeitung:

http://fazarchiv.faz.net/document/showSingleDoc/FAZ__FD1200911072495480?KO=&DT_from=&timeFilter=&timePeriod=timeFilter&dosearch=new&sext=0&crxdefs=&NN=&BC=&search_in=q&q=EU%2BIndien&sorting=&DT_to=&CO=&submitSearch=Suchen&maxHits=&CN=&&toggleFilter=&annr=1419407&highlight=\eJxzs9LisrFSUODSs0otBVOZeSmZqXlAph1Q2EDHgMvNKp6QEgAbXA8k\#start, auch abrufbar auf: https://www.genios.de/document?id=FAZ__FD1200911072495480&src=hitlist&offset=20, abgerufen am 21.12.2020.

D9-6
Handelsblatt
Kinderarbeit bremst Einigung der EU mit Indien



Zwar ist Kinderarbeit in Indien verboten, doch nach wie vor wegen der großen Armut weit verbreitet. (Foto: dpa)

Kinderarbeit bremst Einigung der EU mit Indien

Helmut Hauschild Neu-Delhi Die Hoffnung europäischer Unternehmen auf ein umfassendes Freihandelsabkommen mit Indien wird sich in absehbarer Zeit nicht erfüllen. Das ist das ernüchternde Ergebnis des Gipfeltreffens zwischen den Spitzen der Europäischen Union und Indien Ende vergangener Woche in Neu-Delhi. Grund ist die Forderung der EU-Kommission, dass internationale Abkommen zum Verbot von Kinderarbeit und zum Schutz der Umwelt Teil des Freihandelspakts werden müssten. Indien lehnt dies entschieden ab. Soziale Themen wie Kinderarbeit hätten in dem Abkommen nichts zu suchen, sagte Handelsminister Anand Sharma. Aus indischen Regierungskreisen hieß es, der geplante Handelsvertrag sei gefährdet, sollte die EU auf ihrer Forderung beharren.

Verhandlungen mit Asean stocken Der Konflikt reiht sich ein in eine Serie von Rückschlägen der EU bei ihren Bemühungen um eine Liberalisierung des Handels mit Asiens führenden Wirtschaftsmächten. Auch die Verhandlungen mit der südostasiatischen Staatengemeinschaft Asean über ein Freihandelsabkommen stecken fest, weil Brüssel Klauseln über den Schutz von Sozial- und Menschenrechten einbeziehen will. Die zehn Asean-Staaten, zu denen die für Europa wichtigen Handelspartner Indonesien, Malaysia, Thailand und Singapur gehören, haben derweil Freihandelsverträge mit Wettbewerbern der EU wie China, Japan, Australien und teilweise den USA geschlossen. Diese Länder hatten auf Sozialklauseln weitgehend verzichtet.

Europäische Unternehmen fürchten, wegen Brüssels erfolgloser Handelspolitik gegenüber anderen Industrieländern ins Hintertreffen zu geraten. Die EU müsse wirtschaftliche und soziale Fragen getrennt behandeln, forderte Stefan Bürkle, Geschäftsführer der deutsch- thailändischen Handelskammer. Handelskommissarin Catherine Ashton dagegen nennt die Sozialklauseln für die EU eine "Glaubwürdigkeitsfrage". Das Europäische Parlament und die Mitgliedstaaten wollen Freihandelsverträge nur dann ratifizieren, wenn sie auch soziale und Umweltaspekte

berücksichtigten. Bisher ist der EU in Asien ein entsprechendes Abkommen nur mit Südkorea gelungen.

Indien fürchtet Sanktionen In Indien ist Kinderarbeit wegen der großen Armut weit verbreitet und deshalb von hoher politischer Brisanz. Zwar gibt es Gesetze, die sie verbieten. Doch sie werden nicht wirksam umgesetzt. Auch Umweltgesetze werden oft missachtet. Die indische Regierung befürchtet, die EU könnte diesen Missstand für protektionistische Strafmaßnahmen nützen. Brüssel weist dies zurück. Es seien keine Sanktionen vorgesehen, sagte ein EU- Vertreter. Doch die von Premier Manmohan Singh und Kommissionspräsident José Manuel Barroso geäußerte Hoffnung, das Freihandelsabkommen könnte bis Ende 2010 abgeschlossen werden, gilt als unrealistisch. Die Verhandlungen sind kaum vorangekommen. Denn neben den Sozialklauseln sind auch viele Kernthemen umstritten.

Hauschild, Helmut

Quelle/Anmerkung:

https://www.handelsblatt.com/politik/international/freihandelsabkommen-kinderarbeit-bremst-einigung-der-eu-mit-indien/3299380.html, abgerufen am 21.12.2020.

D10-1
Financial Times Deutschland
EU winkt Freihandel mit Indien

EU winkt Freihandel mit Indien

VON Volker Müller, Neu Delhi

Probleme bei Patenten und geistigem Eigentum nahezu gelöst · Entscheidende Gesprächsrunde für Ende Januar angesetzt

In die Verhandlungen zwischen der EU und Indien über ein Freihandelsabkommen ist Bewegung gekommen. Die Unterhändler wollen nach Angaben aus Verhandlungskreisen Ende Januar bei einem Treffen in der indischen Hauptstadt Delhi den Durchbruch schaffen, nachdem mehr als zwei Jahre verhandelt wurde. Es wäre eine Erlösung insbesondere für die deutsche Exportwirtschaft, da die Doha-Runde zur Liberalisierung des Welthandels weiterhin stockt.

Die EU ist inzwischen der größte Handelspartner Indiens, noch vor China und den USA. Deutschland alleine liegt auf Platz sechs. Mehr als 90 Prozent des heutigen Handels fielen künftig unter das Abkommen.

Fortschritte haben beide Seiten in nahezu allen Feldern des Handels erzielt, bestätigte EU-Botschafterin Danièle Smadja der FTD. Selbst landwirtschaftliche Produkte sowie Urheberrechte und Patente, lange Zeit zwei wesentliche Streitpunkte, seien eingeschlossen. Insbesondere die Autoindustrie wartet sehnsüchtig auf einen Wegfall der noch immer protektionistischen Zölle Indiens. „Ausgenommen sind hingegen noch der Zugang zu staatlichen Beschaffungsprojekten und der Markt für Dienstleistungen“, so Smadja.

Den Indern nämlich schmeckt die europäische Visa-Politik nicht. „Freier Handel funktioniert bei Dienstleistungen nur, wenn etwa indische Ingenieure, Berater oder Manager ihre Dienste auch tatsächlich in Europa anbieten können. Derzeit existieren perfide Hürden“, klagt Venu Srinivasan, Chef des mächtigen Industrieverbands CII. „Ein multinationales Projekt etwa, das zwischen London, Paris und Frankfurt aufgeteilt ist, kann von indischen Firmen kaum betreut werden – die entsprechenden Arbeitsvisa für die Projektdauer sind praktisch nicht zu bekommen.“

Die EU hingegen beklagte zuletzt exorbitante Steuern auf europäische Weine sowie unzureichende Gesetze zum Schutz geistigen Eigentums. Ein erster Vertragsentwurf, der im vergangenen Jahr bekannt geworden war, hatte einen Schwerpunkt darauf gelegt. Bedenken hat das Europäische Parlament auch wegen der Menschenrechte in Indien geäußert. Kinderarbeit ist dort Alltag, trotz des offiziellen Verbots. Zudem seien Arbeitsbedingungen oftmals unmenschlich, kritisierten die Abgeordneten.

An den Menschenrechtsbedenken könnte der Vertrag trotz der Fortschritte deshalb immer noch scheitern. „Wir hören uns sehr wohl an, was die europäischen Sorgen sind. Aber es hängt von unserer sozialen und politischen Situation ab, was wir tatsächlich verhandeln werden“, so Indiens Verhandlungsführer Pradeep Kumar Chaudhery.

Mit Skepsis betrachten auch Entwicklungshelfer die geplante Liberalisierung des Handels. Damit steige der Druck auf zahlreiche, im internationalen Vergleich kaum wettbewerbsfähige Branchen – mit tragischen Folgen: „Das Handelsabkommen ist absolut schädlich für die Armen, und Indien wird als Netto-Verlierer dastehen“, sagte Umi Daniel von der Hilfsorganisation ActionAid. Tatsächlich hat Indien durch Freihandelsabkommen etwa mit Thailand seine Außenhandelsbilanz verschlechtert. Gegenüber der EU besteht ein Handelsüberschuss von 3,2 Mrd. Euro.

Noch immer leben nach Angaben der Weltbank 810 Millionen Inder unterhalb der Armutsgrenze. Indiens hohe Geburtenrate von 2,2 Prozent pro Jahr verschlimmerte das Problem: „Automatisierung und Rationalisierung standen deshalb nie im Fokus der Regierung“, sagte CII-Präsident Srinivasan. Ziel der Politik sei es stets gewesen, möglichst vielen Menschen Arbeit zu geben, so unproduktiv sie auch war. Das ändere sich nun.

Nach einer weiteren, letzten Verhandlungsrunde im März in Brüssel soll das Freihandelsabkommen zum Indien-EU-Gipfel im November unterzeichnet werden.

Quelle/Anmerkung:
Abgerufen im Archiv der Zeitung unter:
http://www.ftd.de/print-archiv/?artID=1782639&day=14&month=01&year=2010&pagenum=12&timeframe_all=false eingesehen am 29.04.2013, S.12. Ebenfalls abrufbar auf:
https://www.genios.de/document?id=FTD__A46586136&src=hitlist&offset=0, eingesehen am 21.12.2020.

D10-2
Handelsblatt
EU verärgert Indien mit Sozialstandards



Ein Arbeiter in einer indischen Handschuhfabrik: Neu-Delhi droht, das Freihandelsabkommen mit Europa wegen überzogener Forderungen platzen zu lassen.

Neu-Delhi droht, das Freihandelsabkommen mit Europa wegen überzogener Forderungen platzen zu lassen

Helmut Hauschild Neu-Delhi Die deutsche Exportwirtschaft muss ihre Hoffnung auf einen Freihandelsvertrag mit Indien bis Ende des Jahres begraben. Anlass ist die Forderung der EU nach Sozial- und Umweltstandards in dem geplanten Abkommen. Die indische Regierung lehnt dies entschieden ab und droht mit dem Scheitern der Verhandlungen.

"Es gibt für uns gewisse rote Linien", warnte Indiens Staatssekretär für Handel, Rahul Khullar. "Wenn die EU keine Freihandelsabkommen ohne Sozialklauseln akzeptiert, dann kann ich nur sagen: Pech gehabt." Die ungewohnt schroffe Absage ist ein Affront für den neuen EU-Handelskommissar Karel De Gucht. Erst vor zehn Tagen hatte der Belgier bei seinem Antrittsbesuch in Neu-Delhi um Verständnis dafür geworben, dass das Europaparlament einen Handelspakt nur mit Sozial- und Umweltklauseln ratifizieren werde. Der CDU-Europaabgeordnete und Handelsexperte Daniel Caspary bestätigte das. Ein Abkommen ohne solche Klauseln habe keine Chance.

Doch Khullar, Indiens mächtiger Verhandlungsführer in Handelsfragen, lehnt jedes Zugeständnis vehement ab. Die EU versuche, durch die Hintertür Themen in die Gespräche einzubringen, die nichts mit dem Außenhandel zu tun hätten. Indiens Antwort sei ein klares "Nein", egal, ob diese Themen hinter dem Begriff der Nachhaltigkeit versteckt würden oder in Gestalt von Sozial- und Umweltstandards daherkämen.

Damit stecken die vor zwei Jahren begonnenen und von der Wirtschaft mit großen Hoffnungen begleiteten Verhandlungen fest. Für De Gucht, der eigens nach Indien gereist war, um ihnen neuen Schwung zu geben, ist das ein schwerer Rückschlag. In Neu-Delhi hatte er sich noch zuversichtlich geäußert, dass die Gespräche bis zum nächsten EU-Indien-Gipfel im Oktober abgeschlossen werden könnten.

Für deutsche Firmen, die 2009 Waren für knapp acht Mrd. Euro nach Indien exportierten, sind das schlechte Aussichten. "Das Abkommen ist für die Wirtschaft sehr wichtig", sagte Bernhard Steinrücke, Hauptgeschäftsführer der deutsch-indischen Handelskammer. Die EU dürfe es nicht an ihrem Beharren auf Sozialklauseln scheitern lassen.

Kinderarbeit noch weit verbreitet.

Grund für Indiens heftigen Widerstand gegen solche Klauseln ist vor allem die weit verbreitete Kinderarbeit. Sie ist zwar offiziell verboten, doch in vielen Exportbranchen vom Steinmetzhandwerk bis zur Textilindustrie arbeiten Kinder für einen Hungerlohn. Neu-Delhi fürchtet, dass die EU damit neue Handelsbarrieren begründen könnte. Dafür ist sie sogar bereit, auf offenere Grenzen mit ihrem wichtigsten Handelspartner zu verzichten. Das bilaterale Handelsvolumen zwischen der EU und Indien lag zuletzt bei 77 Mrd. Euro.

Ziel des Freihandelspakts ist es, für 90 Prozent der Handelsgüter die Zölle binnen sieben Jahren auf Null zu senken. Davon würde unter anderem die EU-Autoindustrie profitieren. Indien wiederum hofft auf besseren Zugang zum EU-Agrarmarkt. Doch neben den Sozialklauseln gibt es auch Streit um die Liste der Güter, die von den Zollsenkungen ausgenommen sind. Indien will deutlich mehr Produkte ausnehmen als die EU. Zudem weigere sich Neu-Delhi, das öffentliche Auftragswesen für europäische Firmen zu öffnen, kritisierte Caspary.

Hauschild, Helmut

Quelle/Anmerkung: Handelsblatt Nr. 052 vom 16.03.2010 Seite 19, abrufbar auf:

https://www.handelsblatt.com/politik/international/freihandelsabkommen-eu-veraergert-indien-mit-sozialstandards/3391610.html , eingesehen am 21.12.2020.

D10-3
Financial Times Deutschland
Indien will Freihandel mit der EU

Georg Fahrion und Martin Kaelble, Berlin

Gipfel im Dezember soll Einigung bringen // Handelsminister Sharma setzt auf demografische Dividende // FTD-Gespräch

Indien setzt angesichts seiner boomenden Wirtschaft auf Öffnung und globalen Freihandel. Industrie- und Handelsminister Anand Sharma zeigte sich im FTD-Gespräch zuversichtlich, dass wichtige multilaterale Handelsregime zustande kommen. „Ich bin sicher, dass wir vor dem Indien-EU-Gipfel im Dezember eine grundsätzliche Einigung über ein Freihandelsabkommen zwischen Indien und der EU erreichen", sagte Sharma im FTD-Gespräch.

Außerdem zeigte er sich optimistisch, dass die Doha-Runde zur Liberalisierung des Welthandels doch noch den Durchbruch schafft. „Es wird nicht passieren, dass sich mehr als 150 Staaten an einer Übung beteiligen, die zu nichts führt", sagte er. Beim G20-Gipfel im November in Seoul werde man die Fortschritte in den Verhandlungsgruppen besprechen. „Ich kann dem G20-Gipfel nicht vorschreiben, was er beschließt", sagte Sharma. „Aber wir brauchen ein multilaterales Handelsregime. Das würde allen Ländern helfen. Protektionismus verletzt die Interessen der Weltwirtschaft."

Damit vollzieht Sharma eine Abkehr von der Position seines Vorgängers. Vor allem wegen dessen Blockadestrategie war die letzte Verhandlungsrunde in Genf im Juli 2008 gescheitert – Indien hatte sich geweigert, seinen abgeschotteten Agrarmarkt zu öffnen. Die WTO-Runde läuft schon seit 2001.

Das Handelsabkommen mit der EU ist für Indien von großer Bedeutung. Die EU ist der größte Handelspartner des Schwellenlands. Doch auch für Europa und Deutschland wird der indische Markt mit seinem enormen Wachstumspotenzial wichtiger: Bereits jetzt ist Indien der neuntwichtigste Handelspartner der EU.

Sharma bezeichnete die Wirtschaftsbeziehungen zwischen Indien und Deutschland als „recht robust". Die Zusammenarbeit könne aber noch ausgebaut werden. Zum einen wolle Indien mit Deutschland in der Ausbildung und Forschung enger kooperieren. Zum anderen sehe er weiteres Potenzial für Kooperationen zwischen deutschen und indischen Unternehmen – vor allem in der Lebensmittelindustrie und bei der Verbesserung der indischen Infrastruktur, aber auch in Branchen wie der Pharmaindustrie sowie der Bio- und Nanotechnologie. „Ich sehe bei den deutschen Unternehmen ein ausgesprochenes Interesse, ihr Engagement in Indien zu verstärken", sagte er.

Als ein zentrales Hemmnis für ausländische Direktinvestitionen hat sich in der Vergangenheit die miserable Infrastruktur in Indien erwiesen. Die Regierung verspricht Abhilfe. „In den nächsten zehn Jahren werden wir 1700 Mrd. Dollar allein für die Infrastruktur ausgeben", sagte Sharma.

Mit Blick auf den Konkurrenten China, dessen exportorientierte Wirtschaft stark von der Weltkonjunktur abhängig ist, sieht Sharma Indien wegen seiner Konsum- und Produktionsmuster im Vorteil: „Auch im vergangenen Jahr sind wir um 7,5 Prozent gewachsen, und das ging nur auf die Binnennachfrage und den Binnenkonsum zurück." Zudem sei Indien jenes aufstrebende Schwellenland, in dem Investitionen die höchsten Renditen abwürfen.

Der Minister deutete an, Indien könnte in Zukunft noch stärker wachsen als China. „Einigen Ländern wird eine demografische Dividende zufallen, und Indien wird eines dieser Länder sein", sagte er. Rund zwei Drittel der Bevölkerung sind zwischen 15 und 64 Jahre alt,

das Medianalter liegt bei knapp 26 Jahren. China hingegen muss wegen seiner Einkindpolitik mit einer alternden Gesellschaft zurechtkommen. Allerdings müsse Indien seine Kapazitäten bei der Ausbildung verfünffachen, sagte Sharma. Der Mangel an gut ausgebildeten Arbeitskräften werde sich weltweit zu einem entscheidenden Wirtschaftsfaktor entwickeln. „Daraus wird unsere Kraft erwachsen.“

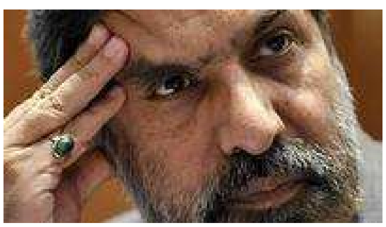
Quelle/Anmerkung:
http://www.ftd.de/print-archiv/?artID=1880763&day=25&month=10&year=2010&pagenum=13&timeframe_all=false eingesehen am 29.04.2013, auch abrufbar auf: https://www.genios.de/document?id=FTD__A48298487&src=hitlist&offset=0, eingesehen am 21.12.2020.

D10-4
Handelsblatt
EU und Indien
Freihandelsabkommen rückt näher

10.12.2010, 06:00 Uhr

Lange traten die 2007 begonnenen Verhandlungen über ein Freihandelsabkommen zwischen der EU und Indien auf der Stelle - sehr zum Ärger der deutschen Exportwirtschaft. Nun sind beide Länder zuversichtlich, das Abkommen noch im Frühsommer 2011 ratifizieren zu können. Doch noch warten Hindernisse auf die Verhandlungspartner.

von Helmut Hauschild und Thomas Ludwig



Indiens Industrie- und Handelsminister Sharma glaubt, der Handel zwischen der EU und Indien könne in den nächsten fünf Jahren die Summe von hundert Milliarden Euro erreichen. Quelle: AFP

NEU DELHI/BRÜSSEL. EU und Indien sind zuversichtlich, das zwischen beiden Ländern geplante Freihandelsabkommen noch im Frühsommer 2011 unter Dach und Fach bringen zu können. Das verlautete aus Kreisen der EU-Kommission im Vorfeld des heutigen Gipfels in Brüssel. "Ich bin optimistisch, dass wir im ersten Halbjahr 2011 zu einer Einigung kommen, vermutlich sogar noch vor Ostern", sagte auch Indiens Handelsminister Anand Sharma.

Die 2007 begonnenen Verhandlungen traten lange auf der Stelle - sehr zum Ärger der europäischen Exportwirtschaft. Indien sieht sich wegen seiner Rolle als künftige Wachstumslokomotive für Europas Unternehmen in einer starken Verhandlungsposition. Der indische Regierungschef Manmohan Singh sowie EU-Ratspräsident Herman Van Rompuy und Kommissionspräsident José Manuel Barroso wollen heute Bewegung in die Gespräche bringen.

Der Handel zwischen Indien und der EU könne in den nächsten fünf Jahren hundert Milliarden Euro erreichen, sagte Handelsminister Sharma. Im Krisenjahr 2009 lagen lagen die Ausfuhren der EU Richtung Indien bei 27,6 Milliarden Euro, während die Einfuhren einen Wert von 25,3 Milliarden Euro hatten. Vom Beginn des Jahrtausends hat sich der Warenverkehr mehr als verdoppelt. Das Schwellenland mit seiner rasanten Entwicklung ist der neuntwichtigste EU-Handelspartner.

Bei einigen der zentralen Konflikte zeichnet sich eine Lösung ab. So besteht die EU-Kommission laut Sharma nicht länger auf einem erweiterten Patentschutz für Medikamente gegenüber Nachahmerprodukten. Während des Gipfels soll es eine entsprechende Erklärung geben. Indiens Pharmaindustrie ist weltweit einer der führenden Hersteller kostengünstiger Generika mit Exporten im Wert von mehr als 5,3 Milliarden Euro. Europäische Pharmakonzerne wie Bayer klagen über einen ungenügenden Patentschutz in Indien und verlangen strengere Vorschriften.

Auch bei der Forderung Neu-Delhis nach erleichterten Arbeitsvisa besonders für indische IT-Experten ist die EU laut Sharma zu Zugeständnissen bereit. "Bei der Freizügigkeit der Arbeitskräfte stehen wir kurz vor einer Einigung", sagte er. Im Gegenzug erwägt Indien, einige seiner geschützten Branchen für Auslandsinvestoren zu öffnen, darunter den Einzelhandel. Das ist eine zentrale Forderung der EU, um Handelskonzernen wie Carrefour und Tesco den Weg nach Indien zu ebnen.

Bisher dürfen sich ausländische Unternehmen nicht an indischen Einzelhandelsketten beteiligen aus Sorge vor einer übermächtigen Konkurrenz für Millionen Kleinhändler. Nur Markenartiklern wie Adidas sind Läden mit auf ihren Produkten begrenzten Sortimenten erlaubt.

In Brüssel teilen nicht alle den Optimismus. So gebe es im Bereich Maschinenbau und Automobil nach wie vor Streit. "Da ist noch nichts klar", sagte der Handelsexperte der CDU im Europaparlament, Daniel Caspary. Indien wolle sensible Sektoren geschützt wissen und sich auch nicht auf Zeitpunkte oder Benchmarks einlassen, ab deren Erreichen dann die Zölle fallen sollen. In den Bereichen Generika und IT sei Indien bereits heute international hoch wettbewerbsfähig. Mit Indien entstehe Europa ein internationaler Konkurrent. Diese Entwicklung müsse sich in einem Freihandelsabkommen widerspiegeln.

"Die deutsche Industrie erwartet vom EU-Indien-Gipfel eindeutige Signale, dass die Industriezölle vollständig beseitigt werden. Es darf keinen Abschluss eines Freihandelsabkommens auf Kosten einzelner Industriebranchen geben", sagte BDI-Hauptgeschäftsführer Werner Schnappauf. Die deutsche Wirtschaft beklagt seit langem hohe Hürden beim Marktzugang in Indien in Form von Zöllen, Zusatzabgaben sowie nicht-tarifärer Handelshemmnisse, etwa Normen. Einfuhrzölle von bis zu 60 Prozent im Automobilsektor und zusätzliche Einfuhrabgaben erhöhen die Gesamtbelastung laut BDI teilweise auf mehr als 100 Prozent. Übergangsfristen seien akzeptabel, nicht aber eine dauerhafte Abschottung einzelner Produktbereiche.

Indien ist für die deutsche Industrie ein wichtiger Zukunftsmarkt. Seit Ende der 1990er Jahre wächst die dortige Wirtschaft im Schnitt über sieben Prozent jährlich. Der Handel mit Deutschland hat sich seitdem vervierfacht und erreichte 2009 ein Volumen von 13 Milliarden Euro. Die deutschen Exporte nach Indien haben seitdem auf acht Milliarden Euro mehr als verfünffacht.

Größtes Hindernis für das geplante Freihandelsabkommen ist aus indischer Sicht die Forderung Brüssels, darin auch Umwelt- und Sozialstandards wie etwa das Verbot von Kinderarbeit festzuschreiben. Handelsminister Sharma schloss kategorisch aus, darüber auch nur zu verhandeln. Dazu gebe es andere internationale Foren. festzuschreiben. "Hier werden wir einen Kompromiss finden müssen", heißt es in der Kommission. Handelsminister Sharma schloss kategorisch aus, darüber auch nur zu verhandeln. Dazu gebe es andere internationale Foren. "Die EU-Kommission akzeptiert unsere Position, denn andernfalls besteht keine Aussicht auf ein Abkommen". , betonte Sharma. Allzu sicher sollte er sich aber nicht sein. Denn das Europäische Parlament muss einem Abkommen zustimmen - und legt großen Wert auf die soziale Komponente.

Quelle/Anmerkung:
http://www.handelsblatt.com/politik/international/eu-und-indien-freihandelsabkommen-rueckt-naeher/3670968.html , eingesehen am 21.12.2020.

D10-5
Die Zeit
EU und Indien peilen massiven Zollabbau an

Von dpa
Datum 10.12.2010 - 15:32 Uhr
Quelle ZEIT ONLINE, dpa

Welthandel

EU und Indien peilen massiven Zollabbau an

Indien und EU haben den Willen bekräftigt, im Frühjahr 2011 eine Freihandelszone zu gründen. Streit um Kinderarbeit und um Patentschutz bremsten die Gespräche bisher.

Die EU und Indien wollen im kommenden Jahr die seit längerem geplante Freihandelszone gründen, in der Zölle weitgehend gestrichen wären. Beide Seiten seien entschlossen, das entsprechende Abkommen im Frühjahr 2011 zu unterzeichnen, sagten Indiens Ministerpräsident Manmohan Singh, EU-Ratspräsident Herman Van Rompuy und Kommissionspräsident José Manuel Barroso nach einem Gipfeltreffen in Brüssel.

Singh sagte, das Abkommen würde "enorme Vorteile für beide Seiten" bringen. "Es wäre auch ein wichtiges Zeichen für globale Öffnung und gegen Protektionismus", betonte Barroso. In der Freihandelszone, einem Gebiet mit mehr als 1,5 Milliarden Menschen, würden die Zölle für 90 Prozent des Warensaustauschs abgeschafft. Beide Seiten hoffen, dass der Handelsaustausch von derzeit rund 70 Milliarden Euro im Jahr dann auf mehr als 100 Milliarden Euro steigt.

Indien und die EU sprechen bereits seit 2007 über ein solches Freihandelsabkommen, doch einige Streitpunkte haben den Abschluss bisher verhindert. So beharrt die EU vor allem auf der Einbeziehung von Menschenrechten – hauptsächlich die Ächtung der Kinderarbeit – und verlangt mehr Schutz des geistigen Eigentums. Hintergrund ist, dass europäische Pharmakonzerne über ungenügenden Patentschutz in Indien klagen und strengere Vorschriften verlangen. Indien ist einer der führenden Hersteller von Nachahmer-Medikamenten, sogenannter Generika.

"Wir haben unsere Beamten angewiesen, ihre Anstrengungen zu verdoppeln, um Anfang 2011 ein solches Abkommen abzuschließen", sagte Singh. Der indische Regierungschef steht wegen des Vorhabens jedoch auch im eigenen Land in der Kritik. Vor allem kleine Bauern und Ladenbesitzer fürchten um ihre Zukunft. "Ich bin aber überzeugt, dass wir genügend Sicherungen einbauen können, um ihre Interessen zu wahren", sagte Singh. Die EU fordert, auch den bisher geschützten indischen Einzelhandel für Auslandsinvestoren zu öffnen – dann könnten auch europäische Handelskonzerne in Indien Fuß fassen. Dieser Punkt war bisher strittig.

Indien gilt wegen seiner Größe und seines hohen Wachstums als wichtiger Zukunftsmarkt, gerade auch für die deutsche Industrie. Nach Angaben des Bundesverbands der Deutschen Industrie (BDI) hat sich der indisch-deutsche Gesamthandel seit Ende der 1990er Jahre vervierfacht und lag 2009 bei 13 Milliarden Euro. Die deutschen Exporte haben sich in diesem Zeitraum mehr als verfünffacht, auf zuletzt acht Milliarden Euro. Allerdings beklagt die Wirtschaft seit langem hohe Hürden beim Marktzugang in Indien, also Einfuhrzölle und Zusatzabgaben sowie andere Handelshemmnisse, wie etwa Normen.

Van Rompuy sagte, die EU und Indien seien entschlossen, ihre Beziehungen zu vertiefen und über Handelsfragen hinaus auszubauen. In einer gemeinsamen Erklärung vereinbarten beide Seiten eine engere Zusammenarbeit bei der Bekämpfung des Terrorismus und der Piraterie. Der EU-Ratspräsident sprach von einem "neuen Kapitel der Zusammenarbeit in Sicherheitsfragen".

Singh sagte, Indien begrüße die "gewachsene Rolle Europas auf der Weltbühne". "Ein starkes und wohlhabendes Europa, mit dem Indien gemeinsame Werte teilt, ist von entscheidender Bedeutung für die Stabilität der internationalen Ordnung." Er bekräftigte die Forderung, die Vereinten Nationen und insbesondere der UN-Sicherheitsrat müssten der Realität von heute angepasst werden. Indien fordert einen ständigen Sitz im Sicherheitsrat. Singh erhofft sich von der EU Unterstützung für diesen Wunsch.

Quelle/Anmerkung:
http://www.zeit.de/wirtschaft/2010-12/indien-eu-handel , eingesehen am 21.12.2020.

D10-6
Frankfurter Allgemeine Zeitung
Europa und Indien wollen Freihandel vereinbaren

NEU DELHI, 9. Dezember. Nach mehr als drei Jahren wollen die Europäische Union und Indien ihre Freihandelsgespräche im nächsten Jahr abschließen. Auf dem elften EU-Indien-Gipfel, der am heutigen Freitag in Brüssel zusammentritt, sollen dafür die letzten Voraussetzungen geschaffen werden. Das Abkommen könnte das Handelsvolumen zwischen Europa und der drittgrößten Volkswirtschaft Asiens bis 2015 auf gut 170 Milliarden Euro hochtreiben. Derzeit liegt es bei knapp 70 Milliarden Euro. Europa ist für Indien der wichtigste Handelspartner. Ursprünglich hatte der Vertrag im Oktober dieses Jahres unterzeichnet werden sollen. Ins Stocken geraten waren die Verhandlungen, weil die Europäer auf den Einbezug von Klimaschutz und Menschenrechten pochten. Im Mittelpunkt stand dabei die auf dem Subkontinent weit verbreitete Kinderarbeit. Dieser umfassende Anspruch der Europäer stößt in mehreren Ländern Asiens auf Widerstand. Der Bundesverband der Deutschen Industrie (BDI) weist unterdessen auf den schwierigen Marktzugang in Indien hin: Unternehmen litten unter hohen Zöllen und Zusatzabgaben sowie nichttarifären Handelshemmnissen wie etwa Normen. Einfuhrzölle von bis zu 60 Prozent im Automobilsektor und zusätzliche Einfuhrabgaben erhöhten die Gesamtbelastung teilweise auf mehr als 100 Prozent. Am Samstag wird der indische Ministerpräsident Manmohan Singh dann seinen dritten Besuch in Berlin absolvieren.

Quelle/Anmerkung:
Frankfurter Allgemeine Zeitung, 10.12.2010, Nr. 288, S. 14, abrufbar auf:
http://fazarchiv.faz.net/document/showSingleDoc/FAZ__FD2201012102937453?KO=&DT_from=&timeFilter=&timePeriod=timeFilter&dosearch=new&sext=0&crxdefs=&NN=&BC=&search_in=q&q=EU%2BIndien&sorting=&DT_to=&CO=&submitSearch=Suchen&maxHits=&CN=&&toggleFilter=&annr=1494204&highlight=\eJxzs9LisrFSUODSs0otBVOZeSmZqXlAph1Q2EDHgMvNKp6QEgAbXA8k\#start, eingesehen am 01.05.2013, auch abrufbar auf: https://www.genios.de/document?id=FAZ__FD2201012102937453&src=hitlist&offset=0, eingesehen am 21.12.2020.

D10-7
Frankfurter Allgemeine Zeitung
EU-Verhandlung mit Indien stockt, Streit um Umweltschutz verzögert Freihandelsabkommen

BRÜSSEL, 10. Dezember. Es sollte der Höhepunkt des EU-Indien-Gipfeltreffens sein: Nach mehr als drei Jahren schwieriger Gespräche wollten beide Seiten am Freitag in Brüssel die grundsätzliche Einigung über ein neues Freihandelsabkommen verkünden. Am Ende aber stockten die Verhandlungen abermals und so blieb dem indischen Regierungschef Manmohan Singh und den beiden EU-Vertretern, Kommissionspräsident José Manuel Barroso und EU-Ratspräsident Herman Van Rompuy, nur den Fortschritt der Gespräche zu loben und einen baldigen Abschluss anzukündigen. Im Frühjahr 2011 solle das Abkommen nun ausgehandelt sein, versprachen sie am Freitag. Hinter den Kulissen war man vorsichtiger. Ein Abschluss im kommenden Jahr - egal wann - sei schon ein Erfolg, hieß es dort. Schließlich habe es schon oft danach ausgesehen, als ob ein Abschluss bevorstünde.

Das Freihandelsabkommen mit Indien ist nach dem jüngst beschlossenen Abkommen mit Südkorea das zweite große Handelsprojekt der Europäischen Union. Das Handelsvolumen der EU mit Indien ist im Güterverkehr mit knapp 53 Milliarden Euro ähnlich hoch wie das der EU und Südkorea. Allerdings exportiert die EU deutlich mehr nach Indien - unter anderem Maschinen sowie Chemieprodukte. Umgekehrt ist die EU für Indien der wichtigste Handelspartner. Ein Fünftel seiner Exporte gehen nach Europa.

Von wachsender Bedeutung für beide Seiten ist der Handel mit Dienstleistungen mit einem Volumen von inzwischen knapp 16 Milliarden Euro. Schätzungen zufolge könnte die geplante weitere Öffnung der Märkte das Handelsvolumen bis 2015 auf knapp 170 Milliarden Euro erhöhen.

Streit gab und gibt es in den Verhandlungen vor allem über zwei Punkte. Zum einen beharren die Europäer darauf, dass Indien Umwelt- und Arbeitsschutzstandards erfüllt. Das betrifft unter anderem die in Indien weit verbreitete Kinderarbeit. Dort argumentiert man, dass solche Fragen nicht in Handelsabkommen geklärt werden könnten. Die EU beruft sich darauf, dass vergleichbare Vorgaben Teil aller EU-Handelsabkommen seien. Zum anderen will die EU einen sehr weitgehenden Urheberrechtsschutz verankern, der nicht zuletzt die Produktion von Medikamenten betrifft. Indien dringt zudem auf erleichterte, in der gesamten EU gültige Visa, insbesondere für Computerfachleute. Hier immerhin hat die EU jetzt Entgegenkommen signalisiert.

Für neue Unruhe hatte zuletzt gesorgt, dass die EU dem mit Indien verfeindeten Pakistan nach der Flutkatastrophe in diesem Sommer mit Handelserleichterungen helfen will. Sie will einige für Pakistan interessante Produkte, vor allem Textilien, vorübergehend vom Zoll

befreien. Die indische Regierung argumentiert, Zollerleichterungen seien kein geeignetes Instrument, um von Naturkatastrophen geschädigten Staaten zu helfen. Indien kann die Zollerleichterungen bei der Welthandelsorganisation (WTO) in Genf blockieren.

Quelle/Anmerkung:
FAZ, 11.12.2010, Nr. 289, S. 14, abrufbar auf:
http://fazarchiv.faz.net/document/showSingleDoc/FAZ__FD2201012112939016?KO=&DT_from=&timeFilter=&timePeriod=timeFilter&dosearch=new&sext=0&crxdefs=&NN=&BC=&search_in=q&q=EU%2BIndien&sorting=&DT_to=&CO=&submitSearch=Suchen&maxHits=&CN=&&toggleFilter=&annr=1494429&highlight=\eJxzs9LisrFSUODSs0otBVOZeSmZqXlAph1Q2EDHgMvNKp6QEgAbXA8k\#start eingesehen am 01.05.2013, auch abrufbar auf: https://www.genios.de/document?id=FAZ__FD2201012112939016&src=hitlist&offset=0, eingesehen am 21.12.2020.

D10-8
Die Tageszeitung
EU und Indien wollen frei handeln

BRÜSSEL *dpa* Indien und die EU sind entschlossen, im Frühjahr 2011 ein weitreichendes Freihandelsabkommen zu unterzeichnen. Dies sagten Indiens Regierungschef Manmohan Singh sowie EU-Ratspräsident Herman Van Rompuy und Kommissionspräsident José Manuel Barroso nach einem Gipfeltreffen am Freitag in Brüssel. Vor allem Streit über den Schutz geistigen Eigentums und über Menschenrechte – hauptsächlich die Ächtung der Kinderarbeit – hat bisher den Abschluss des Abkommens verhindert. „Wir haben unsere Beamten angewiesen, ihre Anstrengungen zu verdoppeln, um Anfang 2011 ein solches Abkommen abschließen zu können“, sagte Singh. Barroso erklärte, dass den Verhandlungen „ein abschließender politischer Anstoß“ gegeben werden solle.

Quelle/Anmerkung:
taz Nr. 9367, 11.12.2010, Wirtschaft und Umwelt 28 Zeilen, S. 07, abrufbar auf: http://www.taz.de/digitaz/.archiv/suche?ik=1&mode=erw&tid=2010%2F12%2F11%2Fa0180&start=2&ListView=0&sort=1&tx=EU%26+Indien&ti=EU%26+Indien&sdd=01&smm=01&syy=2007&edd=29&emm=04&eyy=2013, zuletzt eingesehen am 22.12.2020.

D10-9
Süddeutsche Zeitung
EU und Indien planen Freihandel

Einigung auf Grundzüge eines Abkommens/ Streit um Patente und Generika Von Martin Winter

Brüssel – Indien und die Europäische Union wollen ihre Beziehungen „erweitern und vertiefen“. Übereinstimmend sprachen der indische Ministerpräsident Manmohan Singh und der Präsident des Europäisches Rates, Herman Van Rompuy, am Ende des 11. EU- Indien -Gipfels am Freitag von einer „strategischen Partnerschaft“ zwischen Delhi und Brüssel. Indien und Europa teilten „die gleichen Werte von Demokratie und Menschenrechten“, sagte Singh und hob die Bedeutung der Beziehungen zur EU für sein Land hervor. Die EU ist der wichtigste Handelspartner Indiens.

Um den wirtschaftlichen Austausch weiter zu vertiefen, einigte sich Singh mit Van Rompuy und dem Chef der EU-Kommission, José Manuel Barroso, bei dem Treffen in Brüssel auf die Grundzüge eines Freihandelsabkommens. Mit einigem guten „politischen Willen“ könne es im Frühjahr nächsten Jahres unterzeichnet werden, kündigte Barroso an. Offensichtlich

wollen die Europäer Indien dabei entgegenkommen. Befürchtungen indischer Kleinbauern und kleiner Geschäftsleute, bei einer Marktöffnung keine Chancen gegen die europäische Konkurrenz zu haben, beschwichtige Singh mit dem Hinweis, dass man dagegen „Schutzregeln“ in das Abkommen einbauen werde.

Kritisiert wird die Vereinbarung aber nicht nur von indischen Produzenten, sondern auch von internationalen Hilfsorganisationen wie „Ärzte ohne Grenzen“. Diese werfen der EU vor, mit dem Freihandelsabkommen die Interessen der europäischen Pharmaindustrie gegenüber den indischen Herstellern sogenannter Generika, also nachgebauter Medikamente, durchsetzen zu wollen. Damit würde die Versorgung der ärmsten Länder der Welt mit erschwinglichen Medikamenten etwa gegen die Immunschwächekrankheit Aids erschwert. Indien nennt sich selbst gern die „Apotheke der dritten Welt“.

Bei dem Konflikt um die Generika geht es den Europäern offenbar um den Schutz von Patenten, von geistigem Eigentum und von Daten teurer klinischer Tests, die vor der Marktzulassung von Medikamenten stehen. In den Gesprächen wurde der indischen Seite dem Vernehmen nach zugesagt, dass künftig keine Generika mehr von europäischen Behörden beschlagnahmt werden, die von Indien nicht nach Europa, sondern nur über europäische Häfen zum Beispiel nach Afrika verfrachtet werden.

Die EU und Indien wollen zukünftig aber nicht nur wirtschaftlich, sondern auch in Fragen von Verteidigung und Sicherheit enger zusammenarbeiten. In einer gemeinsamen Erklärung über den Kampf gegen den Terrorismus verabredeten beide Seite eine engere Zusammenarbeit. So sollen Erkenntnisse schneller und umfassender ausgetauscht werden, die Kooperation zwischen den Polizeikräften soll verbessert werden. Außerdem prüfen Brüssel und Delhi nun die Chancen für ein europäisch-indisches Abkommen über Rechtshilfe und Auslieferung. Jenseits von Wirtschaft und Politik wollen Delhi und Brüssel auch kulturell zusammenrücken. So wird daran gedacht, jährlich eine europäisch-indische Kulturkonferenz zu veranstalten.

Kritiker fürchten, dass die Versorgung armer Länder mit billigen Medikamenten leidet
Quelle/Anmerkung:
Süddeutsche Zeitung, 11.12.2010, Seite 10 (München), 10 (Bayern), 10 (Deutschland), abrufbar auf:
http://www.sspdiz.apa.at/sitesearchplus/restricted/Fulltext.act?doc=EGTPOGWPOPOWOOGRHSWRAEA&back=Search_showSearch&searchCategory=0, auch abrufbar auf:
https://www.genios.de/document?id=SZ__A48524636&src=hitlist&offset=0 , eingesehen am 21.12.2020.

D10-10
Die Tageszeitung
Vertrag gefährdet Gesundheit



Eine schlechtere medizinische Versorgung für Ärmere befürchten Aktivistengruppen durch das EU-Indien Freihandelsabkommen.

Europa, Indien
Freihandel EU Rechtsfragen Pharma Abkommen

WELTHANDEL Die EU und Indien wollen bald ein Freihandelsabkommen abschließen. Seine Regeln für die Pharmabranche bedrohen laut Aktivisten das Leben tausender Menschen

VON TARIK AHMIA

Schlussspurt bei den Freihandelsgesprächen zwischen der Europäischen Union und Indien in Brüssel: Seit vier Jahren verhandeln beide Seiten hinter verschlossenen Türen über ein Abkommen. Am Freitag fand in Brüssel eine der letzten Verhandlungsrunden dazu statt. Im März 2011 soll das umfassende Liberalisierungsabkommen unterschriftsreif sein.

Mit Regeln für eine aggressive Marktöffnung und die Ausbeutung von Rohstoffen dürfte der neue Pakt den Handel zwischen Europa und dem Subkontinent radikal verändern. So sollen große Schleppnetz-Fischbetriebe der EU Zugang zu indischen Gewässern erhalten, was die Existenz vieler kleiner Fischer in Indien gefährden könnte.

Zudem sollen für 90 Prozent des Warenaustauschs in einem Wirtschaftsraum mit 1,5 Milliarden Menschen die Zölle entfallen. Auch der industrielle Sektor und Dienstleistungen werden liberalisiert. Die Europäische Union will außerdem weitreichende Rechte zum Schutz des geistigen Eigentums in Indien durchsetzen, die weit über die internationalen Standards der Welthandelsorganisation hinausgehen. Dies würde Änderungen in der indischen Gesetzgebung zum Vorteil europäischer Saat- und Pharmakonzerne erzwingen.

Die EU ist Indiens größter Handelspartner. Das bilaterale Handelsvolumen zwischen den beiden betrug im vergangenen Jahr 77 Milliarden Euro. Nach Aussage des indischen Handelsministers Anand Sharma wollen beide Seiten den Handel in den kommenden vier Jahren verdoppeln.

Während bei den geheimen Gesprächen mächtige Lobbygruppen aus der Industrie mit am Tisch sitzen, wurden zivilgesellschaftliche Gruppen an der Diskussion nicht beteiligt. Deshalb macht nun ein breites Bündnis gegen die Verhandlungen mobil. Nichtregierungsorganisationen wie Misereor, der Evangelische Entwicklungsdienst, Ärzte ohne Grenzen, die Synode der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD), aber auch der entwicklungspolitische Ausschuss des Deutschen Bundestags warnen vor den Konsequenzen der Liberalisierung.

Eine schlechtere medizinische Versorgung für Ärmere wäre eine dieser Folgen. „Das Abkommen würde dazu führen, dass wichtige Nachahmermedikamente in Indien nicht mehr hergestellt werden dürfen“, sagte Oliver Moldenhauer von Ärzte ohne Grenzen der taz. Das Land ist weltweit einer der größten Hersteller für sogenannte Generika. Das indische Recht sieht für lebenswichtige patentgeschützte Medikamente Zwangslizenzen vor, um so preiswerte Kopien herzustellen. Durch den Einsatz der wirkstoffgleichen Kopien von Aidsmedikamenten sind die Behandlungskosten in Entwicklungsländern um 98 Prozent gesunken. „Ärzte ohne Grenzen bezieht 80 Prozent seiner Aidsmedikamente für 160.000 Patienten in armen Ländern aus Indien“, erklärte Moldenhauer.

Für die Zulassung in Indien reicht es bislang aus, die Wirksamkeit der Medikamente mithilfe europäischer Studien zu belegen. Doch das will die EU nun durch das Freihandelsabkommen verbieten lassen: Zukünftig sollen diese Studien dem geistigen Eigentum unterliegen. Dann müssten indische Generikahersteller die Wirksamkeit erneut mit eigenen Studien nachweisen.

„Es ist unethisch, die Wirkung bewährter Medikamente erneut mit hohen Kosten nachweisen zu müssen“, sagte Moldenhauer. Zudem seien die Kosten im zweistelligen Millionenbereich für solche Untersuchungen für die Generikahersteller nicht finanzierbar. „Unter Federführung Deutschlands wird hier die medizinische Versorgung und das Leben vieler tausender Menschen aufs Spiel gesetzt“, sagte Moldenhauer.

Quelle/Anmerkung:
taz Nr. 9368, 13.12.2010, Wirtschaft und Umwelt 128 Zeilen, TARIK AHMIA, S. 08, die tageszeitung, D-Ausgabe, Mo 13.12.2010, Seite 8, Standardartikel, abrufbar auf: http://www.taz.de/digitaz/.archiv/suche?ik=1&mode=erw&tid=2010%2F12%2F13%2Fa0078&start=5&ListView=0&sort=1&tx=EU%26+Indien&ti=EU%26+Indien&sdd=01&smm=01&syy=2007&edd=29&emm=04&eyy=2013, abgerufen am 21.12.2020.

D10-11
Frankfurter Rundschau
Mit dem Druck der Pharmalobby; EU und Indien ringen um Freihandelsvertrag

Von Werner Balsen

Brüssel. "Europa, nimm die Hände weg von unserer Medizin", steht auf dem Transparent. Gehalten wird es von zwei Frauen, die T-Shirts mit der Aufschrift "HIV-Positiv" tragen. Andere Aktivisten errichten vor dem EU-Ratsgebäude eine Mauer aus schwarzen Kartons. Sie soll die

Barriere symbolisieren, die schon bald zwischen Kranken und den von ihnen dringend benötigten Medikamenten stehen könnte. Die Aktion der rund 100 Mitglieder von "Ärzte ohne Grenzen" im Brüsseler Europaviertel ist eine von vielen, mit denen entwicklungspolitische Organisationen sich gegen den Freihandelsvertrag zwischen der EU und Indien einsetzen.

Das Abkommen soll Zollschranken und andere Handelshindernisse, wie Zusatzabgaben oder spezielle Normen zwischen der Union und ihrem neuntwichtigsten Partner beseitigen. Und so die Exportchancen der Europäer auf dem am stärksten wachsenden Markt steigern. Noch sind längst nicht alle Punkte geklärt.

Die Inder legen großen Wert darauf, bestimmte Waren wie Autos oder landwirtschaftliche Produkte von den Handelserleichterungen auszunehmen. Das geht aus Sicht der Union nicht. Die deutsche Autoindustrie etwa klagt über Einfuhrzölle auf dem Subkontinent von 60 Prozent und zusätzlichen Abgaben, die die Exportlasten in die Höhe treiben.

Auf der anderen Seite, betont der SPD-Handelsexperte im Europäischen Parlament, Bernd Lange, legt die EU starken Wert auf Menschen- und Arbeitsrechte sowie auf Umweltstandards, die in Indien eingehalten werden müssen. Das schmeckt der indischen Seite nicht. In dem Land stellen Kinder immer noch viele Exportgüter her. Die EU möchte aber nicht hinter die Verpflichtungen zurückfallen, die sie im jüngst beschlossenen Freihandelsabkommen mit Südkorea festgelegt hat.

Das dritte Feld, auf dem die Experten noch streiten ist die Behandlung von Patenten - vor allem bei Medikamenten. Das ist der Punkt, der die Aktivisten trotz Schneeregens vor das EU-Ratsgebäude getrieben hat. Auf massiven Druck der Lobby, vor allem aus Deutschland, will die EU den Urheberschutz bei Tabletten und Tropfen noch über die ohnehin schon strikten Regeln hinaus verschärfen, die im so genannten Trips-Abkommen der Welthandelsorganisation festgelegt sind.

Das würde die indischen Hersteller von preiswerten Nachahmerprodukten (Generika) unter Druck setzen. Und damit geriete die Arzneimittelversorgung in vielen armen Staaten vor allem in Afrika in Gefahr. Denn Indien ist der größte Medikamentenlieferant für Behandlungsprogramme gegen Aids auf dem Schwarzem Kontinent. 2008 stammten vier Fünftel der von internationalen Entwicklungsorganisationen gekauften Aids-Medikamente aus Indien. Das Land gilt deshalb auch als "Apotheke der Armen". Für Oliver Moldenhauer von "Ärzte ohne Grenzen" ist der Fall klar: Die EU versucht die Interessen der europäischen Pharmaindustrie zu schützen - auf Kosten der Patienten in bedürftigen Ländern.

Die EU verlangt von indischen Generika-Herstellern eigene klinische Studien, bevor sie ein Nachahmerprodukt auf den Markt bringen dürfen. Unter dem Stichwort "Datenexklusivität" will sie verhindern, dass die Ergebnisse ihrer klinischen Tests an Patienten von den Generika-Herstellern genutzt werden dürfen. Dabei empfiehlt die Weltgesundheitsorganisation genau das. Könnte Brüssel sich durchsetzen, würde das die Kosten der indischen Produktion in die Höhe treiben, und es würde Jahre länger dauern, bevor das Nachahmer-Produkt auf dem Markt wäre. Zudem besteht die EU darauf, den Schutz des Patentes über die von der Welthandelsorganisation vorgeschriebenen 20 Jahre hinaus zu verlängern. In beiden Punkten hat Lange Verständnis dafür, dass die Inder sich bislang weigern, die Auflagen zu akzeptieren.

David Hachfeld von Oxfam hat noch andere entwicklungspolitische Bedenken gegen das EU-Abkommen mit Indien. Er fürchtet um die Kleinbauern auf dem Kontinent, die durch die Agrarimporte aus Europa leiden würden. Auch das starke Interesse der EU, Handelsketten

Zugang nach Indien zu verschaffen, sieht er mit Sorge: Sie würden Kleinstbetriebe und Straßenhändler ruinieren, bei denen die Menschen derzeit vor allem einkaufen.

Für Hachfeld leidet der geplante Freihandelsvertrag an einem Kardinalfehler: "Er tut so, als seien Indien und die EU Partner auf Augenhöhe" und übersehe, dass ein Großteil der indischen Bevölkerung in Armut lebt. Nur die - allerdings wachsende - Mittelschicht würde von dem Abkommen profitieren, während "die Importfluten aus der EU bei bestimmten Produkten massive Auswirkungen für die ärmeren Schichten" hätten.

Quelle/Anmerkung:
https://www.fr.de/wirtschaft/druck-pharmalobby-11673153.html , zuletzt abgerufen am 21.12.2020

D11-1
Handelsblatt
Autobauer fordern zollfreien Zugang zum indischen Markt

Die Verhandlungen über ein Freihandelsabkommen zwischen der EU und Indien stocken, sie laufen bereits seit vier Jahren.

Thomas Ludwig Brüssel Die europäische Autobranche fordert die EU-Kommission auf, bei den Verhandlungen mit Indien über ein Freihandelsabkommen mehr Druck zu machen. "Für unseren Sektor sieht es noch nicht zufriedenstellend aus", sagte der Präsident des Europäischen Automobilherstellerverbands ACEA, Daimler-Chef Dieter Zetsche, dem Handelsblatt am Rande einer Veranstaltung. Sollten die Gespräche in dem Sektor nicht vorankommen, könnte das den Zeitplan für den Abschluss des Abkommens verzögern. Die Verhandlungen laufen seit vier Jahren. Bislang hofft die Kommission darauf, die Vereinbarung im Frühjahr in trockene Tücher zu bringen. Bei den Autoproduzenten wachsen aber die Zweifel.

Handel müsse eine Zweibahnstraße sein, so Zetsche. Am Ende der Verhandlungen mit Indien müsste für die europäischen Autohersteller der zollfreie Zugang zum dortigen Markt stehen. Das müsse nicht von heute auf morgen der Fall sein. Denkbar sei auch eine Übergangsphase mit allmählichen Reduzierungen.

Zetsches Appell kommt nicht von ungefähr. Vor allem die Schwellenländer Brasilien, Russland, Indien und China treiben die Verkäufe der europäischen Autobauer an. Europa selbst wird laut dem Branchenverband ACEA im laufenden Jahr bei den Autoverkäufen anderen Regionen der Welt hinterherhinken. "Wir werden uns auf die Märkte der BRIC-Länder stützen, die das weltweite Wachstum treiben", sagte Zetsche. Indiens Wirtschaft wächst seit Ende der 1990er-Jahre im Schnitt über sieben Prozent jährlich. Doch immer noch erschweren zahlreiche Hindernisse den Zugang zum dortigen Markt.

Die deutsche Industrie beklagt seit Jahren die hohen Hürden in Form von Zöllen, Zusatzabgaben sowie nichttarifärer Handelshemmnisse, etwa Normen. Einfuhrzölle von bis zu 60 Prozent im Automobilsektor und zusätzliche Einfuhrabgaben erhöhen die Gesamtbelastung teilweise auf mehr als 100 Prozent. Übergangsfristen zum Abbau von Hemmnissen seien akzeptabel, nicht aber eine dauerhafte Abschottung einzelner Produktbereiche, betonte vor einiger Zeit auch der BDI. Genau das aber versucht Indien auf dem Automobilsektor; vor allem der Markt für Kleinwagen erscheint Neu Delhi schützenswert.

Zuletzt hatte es bei den Verhandlungen zwischen Brüssel und Neu Delhi zwar Fortschritte im Bereich medizinische Nachahmerprodukte (Generika) gegeben. Doch im Bereich Auto und Maschinenbau verlaufen die Gespräche zäh.

Ludwig, Thomas

Quelle/Anmerkung:

Handelsblatt Nr. 025, 04.02.2011 Seite 26, abrufbar auf:

http://www.wirtschaftspresse.biz/pshb?fn=relhbi&sfn=buildhbi&GoPage=205550,205551&bmc=biz_cn_detailsuche&bmc=biz_cn_archiv_artikel&dk=33&SH=424a229056882dcbb509074cc6eff4&depot=0 zuletzt eingesehen am 02.05.2013, auch abrufbar auf: https://www.genios.de/document?id=HB__021104513&src=hitlist&offset=0 , eingesehen am 22.12.2020.

D11-2
Handelsblatt
Zollabkommen mit Indien grenzt Autobauer aus

Thomas Ludwig Brüssel Die Autoindustrie wird bei dem zwischen EU und Indien verhandelten Freihandelsabkommen weitgehend leer ausgehen. Das verlautet aus mit den Gesprächen vertrauten Kreisen in Brüssel. "Wir werden uns darauf einstellen müssen, dass es keine signifikanten Zollerleichterungen geben wird", sagt ein Branchenvertreter. Entsprechende Signale habe man aus der Kommission erhalten. Da weitere Freihandelsgespräche unter anderem mit Japan und den Mercosur-Staaten anstehen, ist dies kein erfreuliches Signal.

Die deutsche Industrie beklagt in Indien seit Jahren die hohen Hürden in Form von Zöllen, Zusatzabgaben sowie nichttarifärer Handelshemmnisse, etwa Normen. Einfuhrzölle von bis zu 60 Prozent im Automobilsektor und zusätzliche Einfuhrabgaben erhöhen die Gesamtbelastung teilweise auf mehr als 100 Prozent.

Den Informationen zufolge will die EU-Kommission auch dann zu einem Abschluss der seit rund viereinhalb Jahren andauernden Gespräche mit Indien kommen, wenn es für die Autobranche weder kurz- noch mittelfristig eine Reduzierung bestehender Zölle auf null gibt. Der Kompromissvorschlag, nach dem bestehende Tarife zumindest über mehrere Jahre auf null abschmelzen könnten, scheint vom Tisch.

Benchmark-Regel vom Tisch.

Und auch Benchmark-Regeln, die die komplette Abschaffung von Zöllen dann vorsehen, wenn indische Hersteller einen bestimmten Marktanteil erreichen, haben kaum mehr Aussicht auf Erfolg. "Null-Prozent-Zölle gelten in der Kommission als unrealistisch", so ein EU-Diplomat.

Der Bund der Deutschen Industrie (BDI) hatte schon in der Vergangenheit betont, Übergangsfristen zum Abbau von Hemmnissen seien akzeptabel, nicht aber eine dauerhafte Abschottung einzelner Produktbereiche. Genau das aber versucht Indien auf dem Automobilsektor; vor allem am Markt für Kleinwagen.

Kaum Hilfe aus Berlin zu erwarten.

"Wie schon das Freihandelsabkommen mit Südkorea, wird das Abkommen mit Indien auf unsere Kosten gehen", beklagen Autobauer. Nun komme es auf die Bundesregierung an. Denn Mitgliedsländer und EU-Parlament müssen dem Freihandel zustimmen. Auf all zu massive Unterstützung aus Berlin können die Hersteller aber nicht hoffen.

"Natürlich versucht die Bundesregierung das Beste für die Autobranche herauszuholen", heißt es in Brüsseler Diplomatenkreisen. Aber es komme auf das Gesamtpaket an. Es bringe nichts, in Einzelbereichen an der "Beton-Null" festzuhalten. Während die Autobranche beispielsweise mit dem Südkorea-Abkommen unzufrieden war, zeigten sich die Maschinenbauer höchst erfreut - für sie öffnet sich in der Folge ein Milliardenmarkt. Die Verkäufe der europäischen Autobauer treiben vor allem die Schwellenländer Brasilien, Russland, Indien und China an.

Ludwig, Thomas

Quelle/Anmerkung:

Handelsblatt Nr. 109 , 07.06.2011 Seite 14, abrufbar auf:

http://www.wirtschaftspresse.biz/pshb?FN=relhbi&SFN=buildhbi&GOPAGE=205550,205551&BMC=biz_cn_detailsuche&BMC=biz_cn_archiv_artikel&DK=24&SH=422912900edcc8488b48d57cc6eff3 zuletzt eingesehen am 02.05.2013. Auch abrufbar auf: https://www.genios.de/document?id=HB__061107193&src=hitlist&offset=0 , eingesehen am 22.12.2020.

D11-3
Die Tageszeitung
Europas Konzerne drängen nach Indien



Supermärkte sind in Indien bisher eine Seltenheit: Es überwiegen kleine Läden und Straßenhändler.

GLOBALISIERUNG EU und Indien verhandeln über ein Freihandelsabkommen. Das könnte kleine Straßenhändler in Indien gefährden und Medikamente in Entwicklungsländern verteuern

BRÜSSEL *taz* | Die Europäische Union will den indischen Markt erobern – koste es, was es wolle. Wenn das Freihandelsabkommen zwischen der EU und Indien in der bisher vorliegenden Form durchkommt, wären große Teile der indischen Wirtschaft gefährdet. Vor allem die Inder, die in informellen Strukturen ohne Arbeitsvertrag arbeiten, würden darunter leiden. „Das sind über 90 Prozent der indischen Bevölkerung. Wenn die europäischen Firmen ungehindert auf den indischen Markt drängen können, bleibt für diese kleinsten Strukturen und Einzelpersonen kein Platz mehr", befürchtet die grüne Europa-Abgeordnete Ska Keller. Sie setzt sich gemeinsam mit 24 anderen EU-Abgeordneten gegen die Unterzeichnung des Abkommens ein.

Ein besonders großes Risiko sieht Keller im Lebensmittelsektor. Bisher funktioniert der Verkauf in Indien vor allem über kleine Läden und Straßenhändler. Der Markt ist kaum reguliert. Die großen europäischen Supermarktketten wie Carrefour oder Metro haben bisher nicht in Indien investiert. Die Zölle und die bürokratischen Hürden sind zu hoch. Beides würde sich mit dem Abkommen ändern. Dann dürften die Konzerne kommen. Keller: „Für sie ist der riesige indische Markt ein echter Leckerbissen."

Am Dienstag hat EU-Handelskommissar Karel De Gucht die zuständigen Minister und Staatssekretäre aus den 27 EU-Mitgliedstaaten vom Stand der Verhandlungen unterrichtet. Er habe die Bedenken der Abgeordneten und Nichtregierungsorganisationen zwar im Kopf, teile sie aber nicht, erklärte De Gucht. Ihm geht die Marktöffnung, die die Inder anbieten, nicht weit genug. „Die Verhandlungen sind sehr schwierig. Wir haben vor allem Probleme beim Import von Autos, Spirituosen und Dienstleistungen." Ein Beispiel: Zurzeit liegen die Einfuhrzölle für

in der EU produzierte Autos bei 60 Prozent. Die Inder bieten eine Kürzung auf 50 Prozent an, aber das reicht den Europäern noch lange nicht.

Nichtregierungsorganisationen befürchten, dass Indien sich von der EU diktieren lässt, was in dem Abkommen stehen soll. Der Evangelische Entwicklungsdienst spricht von „Fesseln", die die EU der größten Demokratie der Welt anlegen will. „Die Verhandlungen laufen nicht auf Augenhöhe. Das indische Bruttoinlandsprodukt macht gerade mal 6 Prozent der EU-Wirtschaftsleistung aus. Daran sieht man, wer die Verhandlungen bestimmt", sagt die Grünen-Abgeordnete Keller.

Sie befürchtet auch eine Verteuerung der Generika, die in Indien produziert werden. Das Land stellt zurzeit rund 80 Prozent der Ersatzmedikamente her, die vor allem in Entwicklungsländern gegen Malaria, HIV und andere Krankheiten eingesetzt werden. Die grüne Abgeordnete geht davon aus, dass sich Indien in dem Abkommen verpflichten wird, die sogenannte Datenexklusivität anzuerkennen. Das bedeutet: Entwickelt ein europäisches Pharmaunternehmen ein neues Präparat gegen HIV und führt dafür eine Studie durch, darf der Generikahersteller sich für sein Medikament nicht auf die gleiche Studie beziehen, sondern muss die Untersuchungen selbst durchführen. „Das kostet unglaublich viel Zeit und Geld und würde die gesamte Generika-Produktion erheblich beeinträchtigen", befürchtet die Grünen-Abgeordnete Keller.

Das Europäische Parlament hat im Mai dieses Jahres die EU-Kommission aufgefordert, diese Auflage aus dem Abkommen zu streichen. Ob das in der Zwischenzeit passiert ist, ist aber völlig unklar. Weder die Europäische Kommission noch die Mitgliedstaaten geben den EU-Abgeordneten und Nichtregierungsorganisationen Einblick in die Verhandlungsdokumente. Keller geht aber davon aus, dass die Datenexklusivität nach wie vor in den Texten steht, wenn auch „verklausuliert".

Die europäische Wirtschaft verspricht sich enorme Gewinne von dem Abkommen: Indien ist für die EU der achtwichtigste Handelspartner. Rund ein Drittel der gesamten ausländischen Direktinvestitionen in Indien kommen aus der europäischen Staatengemeinschaft. Indien wiederum verspricht sich niedrige Zölle für Waren, die in die EU geliefert werden. Über das Freihandelsabkommen verhandeln EU und Indien seit 2007. Beim nächsten bilateralen Gipfel, wohl im Februar 2012, soll er unterzeichnet werden. RUTH REICHSTEIN

Quelle/Anmerkung:
die tageszeitung, D-Ausgabe, Di 27.09.2011, Nr. 9609, Wirtschaft und Umwelt, 147 Zeilen, RUTH REICHSTEIN S. 09, Standardartikel

http://www.taz.de/digitaz/.archiv/suche?ik=1&mode=erw&tid=2011%2F09%2F27%2Fa0075&start=3&ListView=0&sort=1&tx=EU%26+Indien&ti=EU%26+Indien&sdd=01&smm=01&syy=2007&edd=29&emm=04&eyy=2013 zuletzt eingesehen am 22.12.2020.

D11-4
Frankfurter Allgemeine Zeitung
Freihandel ebnet Hyundai den Weg

Ford fürchtet abermalige "Benachteiligung" europäischer Hersteller durch neue Abkommen mit Indien und Japan

cru. FRANKFURT, 30. Oktober. Die Geschäfte westlicher Autohersteller in Asien laufen bestens. Die Exporte ihrer teuren Limousinen in Länder wie China bescheren den Konzernen hohe Gewinne. Doch eines Tages - so die Furcht der Branche - könnte sich das Bild ins Gegenteil verkehren, indem Autohersteller aus Asien die Märkte in Amerika und Europa beliefern. Erleichtert wird Konzernen wie Hyundai, Tata Motors oder Toyota der Vorstoß nach Westen durch neue Freihandelsabkommen ihrer Heimatländer mit der Europäischen Union. "Solche Verträge sind im gesamtwirtschaftlichen Interesse. Aber Europas Autoindustrie kann dadurch auch ins Hintertreffen geraten. Das gilt zum Beispiel für das seit Mitte des Jahres geltende Freihandelsabkommen mit Korea", sagte Wolfgang Schneider, Vizepräsident für Regierungsangelegenheiten bei Ford in Europa, dieser Zeitung. Daraus müsse für die noch laufenden Verhandlungen für ähnliche Freihandelsabkommen mit Indien und Japan gelernt werden, warnt der Manager. Weil die EU seit Inkrafttreten des Freihandelsabkommens mit Korea auf Einfuhrzölle verzichte, könnten koreanische Hersteller wie Hyundai ihre Autos in Europa deutlich billiger anbieten.

Tatsächlich stieg der Absatz der Koreaner in Europa deshalb in einem ansonsten stagnierenden Markt in den ersten neun Monaten dieses Jahres um 11 Prozent auf mehr als 305 000 Autos - was einem Marktanteil von 3 Prozent entspricht. Zusammen mit der Tochtergesellschaft Kia kam Hyundai sogar auf gut eine halbe Million Autos und 5 Prozent Marktanteil. Der koreanische Konzern hat damit schon Daimler, Toyota und Nissan hinter sich gelassen. Es scheint nur eine Frage der Zeit, bis die Koreaner in Europa auch mehr Autos verkaufen als die Rivalen BMW, Fiat und Ford. Allerdings importiert Hyundai nur etwa die Hälfte der hierzulande verkauften Autos: Der Konzern führte im September eine dritte Schicht in seinem Werk nahe der tschechischen Stadt Noschowitz im Nordosten des Landes ein, um rund um die Uhr für den europäischen Markt Geländewagen und Limousinen herzustellen.

"Der Wettbewerb zwischen den Herstellern ist verzerrt. Denn umgekehrt hat Korea bestimmte Handelsbarrieren, die nicht in Zöllen bestehen, aber trotzdem wirken, trotz des Freihandelsabkommens aufrechterhalten", kritisiert Ford-Manager Schneider. "Wenn zum Beispiel in Korea jemand eine Oberklasse-Limousine aus Deutschland kauft, dann muss er damit rechnen, dass alsbald der Steuerprüfer bei ihm auftaucht und die Bücher kontrolliert." Den gleichen Zweck wie solche schikanösen Kontrollen erfüllten koreanische Sicherheits- und Umweltvorschriften sowie Vorgaben für den Kohlendioxidausstoß, die mit Absicht leicht abweichend von den europäischen Regeln formuliert würden, damit sie für die europäischen Autohersteller schwieriger zu erfüllen seien.

Für besser geregelt hält Schneider dagegen das Freihandelsabkommen zwischen Amerika und Korea, das der amerikanische Präsident Barack Obama unterzeichnet hat. "Die Amerikaner haben ihre Autoindustrie nicht geopfert. Denn es gibt in dem Abkommen Rücknahmeklauseln: Wenn die Koreaner ihre nichttarifären Handelshemmnisse entgegen der Vereinbarung aufrechterhalten, dann tritt das Abkommen außer Kraft und die Koreaner müssen wieder Einfuhrzölle zahlen."

Aus dieser Vorgehensweise der Amerikaner für das Freihandelsabkommen mit Korea könne Europa für künftige Verträge lernen. Noch vor Jahresende will die Europäische Union entscheiden, ob mit Indien und Japan Verhandlungen über Freihandel aufgenommen werden. In

den künftig zu erwartenden Abkommen mit diesen beiden Ländern sollte es nach Ansicht von Ford ebenfalls Rücknahmeklauseln geben, wie sie Amerika gegenüber Korea formuliert hat. "Sonst droht die europäische Autoindustrie wieder benachteiligt zu werden", sagt Schneider.

Quelle/Anmerkung:
Frankfurter Allgemeine Zeitung, 31.10.2011, Nr. 253, S. 15, abrufbar auf:
http://fazarchiv.faz.net/document/showSingleDoc/FAZ__FD1201110313277468?KO=&DT_from=&timeFilter=&timePeriod=timeFilter&dosearch=new&sext=0&crxdefs=&NN=&BC=&search_in=q&q=Freihandelszone+Indien&sorting=&DT_to=&CO=&submitSearch=Suchen&maxHits=&offset=30&CN=&&toggleFilter=&annr=1554162&highlight=\eJxzs9Li0rPKzEvJTM1TUAAy04pSMzMS81JSc4qr8vNSgWJuVvGElAAA83UV1g%3D%3D\#start , zuletzt eingesehen am 01.05.2013. Auch abrufbar auf:
https://www.genios.de/document?id=FAZ__FD1201110313277468&src=hitlist&offset=0 , zuletzt eingesehen am 22.12.2020.

D11-5
Die Tageszeitung
Handel macht Hunger



Meistens nicht freiwillig: Hungern (bei Yoga-Guru Baba Ramdev, der in einen Hungerstreik gegen Korruption gegangen war, allerdings schon.).

GLOBALISIERUNG EU und Indien wollen Zölle abbauen. Aktivisten warnen vor Schaden für Kleinbauern

BERLIN *taz* | Ein geplantes Freihandelsabkommen der EU würde laut katholischem Hilfswerk Misereor und Heinrich-Böll-Stiftung den Hunger in Indien vergrößern. „Sollten die indischen Schutzzölle für Milchpulver und Geflügelfleisch abgeschafft werden, wären die kleinbäuerlichen Familien den billigen Importen aus der Europäischen Union schutzlos ausgeliefert“, erklärte am Montag Christine Chemnitz, Handelsexpertin der Stiftung. Armin Paasch von Misereor sagte, die indischen Bauern könnten ihre Produkte dann nicht mehr verkaufen. „Viele werden nicht mehr in der Lage sein, sich ausreichend zu ernähren.“

In Indien sind den Aktivisten zufolge 225 Millionen Menschen chronisch unterernährt – etwa ein Viertel der Bevölkerung. 90 Millionen lebten von der Milchwirtschaft und 3,5

Millionen von der Geflügelhaltung. Die EU und Indien wollten die wichtigsten Punkte des Abkommens bis Februar abschließen.

Straßenhändler bedroht

Der Vertrag könnte auch dem mit 37 Millionen Beschäftigten zweitwichtigsten Wirtschaftszweig in Indien, dem Einzelhandel, schaden. Denn im Zuge der Verhandlungen hat Indien laut Misereor der EU in Aussicht gestellt, dass europäische Einzelhändler wie die deutsche Metro-Gruppe künftig in dem Land Supermärkte eröffnen dürfen. „Wenn die Supermärkte in den nächsten fünf Jahren so stark expandieren, wie der französische Konzern Carrefour voraussagt, wird das nach unseren Berechnungen über eine Million Arbeitsplätze zerstören", warnte Paasch. Betroffen wären insbesondere Straßenhändler, die ohnehin häufig in Armut leben.

Die EU-Kommission antwortete auf die Vorwürfe, die Verhandlungen würden Indien helfen, „als Global Player vom EU-Markt mit mehr als 500 Millionen Bürgern zu profitieren". Sorgen der Inder vor allem bei der Landwirtschaft würden berücksichtigt, sagte der für Handel zuständige Sprecher John Clancy der taz. Diese Branche liefere im Übrigen „nur rund zwei Prozent der EU-Exporte nach Indien".

Clancy sieht die Verantwortung vor allem bei der indischen Regierung selbst. Allein sie könne entscheiden, das Land für internationale Einzelhändler zu öffnen. Allerdings ergänzte er: „Die Einzelhandelsbranche für mehr ausländische Direktinvestitionen zu öffnen, könnte bedeutende Vorteile bringen", zum Beispiel eine bessere Infrastruktur. JOST MAURIN

Quelle/Anmerkung:
taz Nr. 9668, 6.12.2011,Wirtschaft und Umwelt, 80 Zeilen, JOST MAURIN S. 09. Abrufbar auf:
http://www.taz.de/digitaz/.archiv/suche?ik=1&mode=erw&tid=2011%2F12%2F06%2Fa0085&start=4&ListView=0&sort=1&tx=EU%26+Indien&ti=EU%26+Indien&sdd=01&smm=01&syy=2007&edd=29&emm=04&eyy=2013, zuletzt eingesehen am 22.12.2020.

D12-1
Frankfurter Allgemeine Zeitung
Europas Autoindustrie fürchtet Angriff aus Indien

Köln konkurriert mit Chennai / Ein Freihandelsabkommen soll den hiesigen Markt öffnen
cru. FRANKFURT, 2. Februar. Am 10. Februar wird es Ernst für Europas Autoindustrie. Denn dann wird darüber entschieden, ob die hiesigen Hersteller eine neue, mächtige Konkurrenz bekommen. Weit entfernt von Brüssel, in der indischen Millionenstadt Neu-Delhi, trifft EU-Handelskommissar Karel de Gucht seinen indischen Kollegen Anand Sharma. Verhandelt wird ein Freihandelsabkommen, das die gesamte Wirtschaft beider Regionen umfasst. Neben Dienstleistungen, Pharmazie und Maschinenbau diskutieren die Delegationen auch über die Autoindustrie - einen heiß umkämpften Sektor.

Geht es nach dem Willen Indiens, dann kann das Land seine Abschottung weitgehend aufrechterhalten: Während auf Autos aus Europa, die nach Indien exportiert werden, ein Zoll von 60 Prozent erhoben wird, können Autohersteller in Indien hergestellte Fahrzeuge mit einem Preisaufschlag von nur 6,5 Prozent nach Europa liefern. Indien verlangt von der EU, den Zoll auf Autos herabzusetzen, und zwar auf null. Umgekehrt bieten die Inder lediglich an, ihrerseits den Zoll zu halbieren - auf 30 Prozent.

Die deutsche Autoindustrie sieht darin eine ungerechtfertigte Begünstigung des Produktionsstandorts Indien. "Die Einfuhrzölle sollten auf beiden Seiten vollständig und nicht nur teilweise abgebaut werden - wenn auch mit angemessenen Übergangsfristen", sagte Matthias Wissmann, der Präsident des Verbands der deutschen Autoindustrie, dieser Zeitung. Denn nur dies entspreche dem Geist eines Freihandelsabkommens. Indien verfüge über die entsprechende Wettbewerbsfähigkeit, glaubt Wissmann.

Kommt es trotz des Protests der europäischen Autolobby zu der von Indien vorgeschlagenen Lösung, dann sind Autohersteller, die in Indien produzieren und nach Europa exportieren, die großen Gewinner. Schon heute verkauft Europas Autoindustrie nach den Zahlen des Branchenverbands Acea im Jahr nur 5000 Autos nach Indien, umgekehrt werden aber in Indien jährlich 250 000 Autos nach Europa verschifft, die in Aurangabad, Chennai oder Pune vom Band gelaufen sind. Das sind mehr, als aus Korea importiert werden. Der Überschuss, den Indien im Handel von Autos und Autoteilen mit Europa erzielt, beträgt schon deutlich mehr als 100 Millionen Euro im Jahr.

Ein großer Profiteur einer weiteren Öffnung des Marktes wäre vor allem der koreanische Hersteller Hyundai, der über Fabriken in Indien verfügt und der in Europa schon heute mit fast 700 000 Autos im Jahr mehr verkauft als der deutsche Daimler-Konzern. Ebenfalls begünstigt würden die beiden japanischen Rivalen Nissan und Suzuki; in Indien ist Suzuki längst Marktführer. Vor allem Kleinwagen würden vermehrt nach Europa verkauft. Die beiden billigen Hyundai-Kleinwagen i10 und i20, von denen jährlich hunderttausend in Indien für Europa vom Band laufen, treffen hierzulande schon jetzt auf sehr rege Nachfrage. So international ist nicht jedes Auto: In Korea entworfen, in Indien mit billigen Arbeitskräften gebaut und im Entwicklungszentrum in Rüsselsheim von deutschen Ingenieuren auf europäische Bedürfnisse abgestimmt.

Gefährlich werden könnten die zunehmenden Autoimporte aus Indien eines Tages auch für die Arbeitsplätze bei Autoherstellern wie Opel oder Ford in Deutschland. Beispielsweise Ford hat jederzeit die Wahl: Der amerikanische Konzern kann den Kleinwagen Fiesta in Köln herstellen und von dort künftig nach Indien verkaufen - aber das ginge nicht mit 30 Prozent Zoll. Oder der Konzern lässt den Wagen demnächst in seiner Fabrik in Chennai herstellen, um ihn ohne Zollaufschlag nach Europa zu importieren. Kommt das Freihandelsabkommen so wie von Indien gewünscht, wäre das ein harter Schlag für Europas Autoindustrie. "Wir gehen in diesem Jahr ohnehin schon durch eine sehr schwierige Phase, weil der europäische Automarkt das fünfte Jahr in Folge schrumpft", sagte Wolfgang Schneider, der bei Ford in Europa für Regierungsangelegenheiten verantwortliche Manager, dieser Zeitung. Auch Indien müsse seine Zölle auf null absenken. "Wir fordern nicht alles sofort - aber bis 2018 sollte es zumindest auf 15 Prozent Zoll heruntergehen", sagt Schneider.

Die Verhandlungen über ein Freihandelsabkommen hatten im Juli 2007 - also vor fast fünf Jahren - begonnen. Nach einem Gipfeltreffen im Dezember 2010 vereinbarten die EU und Indien, sich bis 2011 über strittige Punkte zu einigen und eine Unterzeichnung des Vertrags anzustreben. Doch auch dies misslang, unter anderem wegen des Streits über einen ausgeweiteten Schutz des geistigen Eigentums europäischer Pharmakonzerne, der indischen Produzenten von Nachahmermedikamenten höhere Kosten verursacht hätte. Nun folgt der dritte Anlauf: Ende 2012 könnte das Zollabkommen unterzeichnet werden und 2013 in Kraft treten.

Für die Deutschen ist Indien ein wichtiger Zukunftsmarkt. In dem Schwellenland werden 2012 fast drei Millionen Autos verkauft - es gibt nur sechs Länder auf der Welt, in denen es

noch mehr sind -, der Nachholbedarf ist riesig, da nur zwei von hundert Indern ein Auto haben. Doch selbst wenn Indiens Autoindustrie es schaffte, ihren Markt durch Zölle dauerhaft abzuschotten, kommt es für Volkswagen, Daimler und BMW nicht allzu schlimm. Zum einen werden die nobelsten Karossen wie der Audi A8, der BMW Siebener oder die Mercedes S-Klasse von den Neureichen Indiens auch nachgefragt, wenn es hohe Preisaufschläge durch Zölle gibt. Zum anderen bauen die Deutschen ihre Produktion vor Ort aus. In Pune etwa werden die VW-Modelle Polo und Vento sowie die Skoda Fabia und Rapid gefertigt. Das Werk in Aurangabad produziert Autos von Audi und Skoda. Ebenfalls in Pune hat Daimer seinen Standort mit einer Fertigung der C-, E- und S-Klasse aus zerlegten Bausätzen (CKD). BMW und Ford sind in Chennai, an der Ostküste Indiens, mit eigenen Werken präsent.

Auch ohne Freihandel brummt das Geschäft der Deutschen in Indien. "Die deutschen Marken wachsen in Indien schneller als der Markt. Im Jahr 2011 konnten sie ihren Marktanteil gegenüber dem Vorjahr auf 5 Prozent nahezu verdoppeln", sagt VDA-Geschäftsführer Klaus Bräunig. Während der Gesamtmarkt um 8 Prozent auf mehr als 2,5 Millionen Einheiten zulegte, konnten die deutschen Konzernmarken ihren Absatz um 80 Prozent auf gut 120 000 Personenwagen steigern.

Quelle/Anmerkung:
Nr. 29, S. 17, Eingesehen am 01.05.2013.
http://fazarchiv.faz.net/document/showSingleDoc/FAZ__FD2201202033386003?KO=&DT_from=&timeFilter=&timePeriod=timeFilter&dosearch=new&sext=0&crxdefs=&NN=&BC=&search_in=q&q=Freihandelszone+Indien&sorting=&DT_to=&CO=&submitSearch=Suchen&offset=20&maxHits=&CN=&&toggleFilter=&annr=1572251&highlight=\eJxzs9Li0rPKzEvJTM1TUAAy04pSMzMS81JSc4qr8vNSgWJuVvGElAAA83UV1g%3D%3D\#start, Auch abrufbar auf:
https://www.genios.de/document?id=FAZ__FD2201202033386003&src=hitlist&offset=0 eingesehen am 22.12.2020.

D12-2
Die Tageszeitung
Freier Handel bedroht Existenzen

LIBERALISIERUNG Nachdem die Proteste von Kleinbauern und Straßenhändlerinnen nicht abbrechen wollten, hat die indische Regierung das geplante Freihandelsabkommen mit der EU vorläufig verschoben

GENF taz
Die Unterzeichnung eines Freihandelsabkommens zwischen Indien und der EU, ursprünglich wichtigster Tagesordnungspunkt beim heutigen 12. Gipfeltreffen zwischen der EU-Kommission und der Regierung in Neu-Delhi, wird verschoben. Hunderttausende indische StraßenhändlerInnen und KleinbäuerInnen hatten heftig dagegen protestiert, dass der Markt für Milchpulver, Geflügel und andere landwirtschaftliche Produkte vollständig für europäische Groß- und Einzelhandelskonzerne geöffnet wird. Damit erreichten sie, dass ihre Regierung die Liberalisierung zurücknahm, die sie im November im Vorgriff auf das Abkommen beschlossen hatte. Beim Gipfel wird nun vielleicht eine neue Frist für einen Abschluss vereinbart. Oder die Verhandlungen werden auf Eis gelegt.

Die EU besteht auf der völligen Marktöffnung für europäische Groß- und Einzelhandelskonzerne. Diese würde aber bis zu 5,7 Millionen der rund 37 Millionen indischen Kleinhändler in extreme Armut treiben, heißt es in einer Studie des katholischen Hilfswerks Misereor, der Heinrich Böll Stiftung sowie der indischen Nichtregierungsorganisation Third World Network. Sie warnen auch davor, alle indischen Zölle für europäische Milchpulver- und

Geflügelimporte abzuschaffen. 90 Millionen InderInnen leben von der Milchwirtschaft.
In ihrem im Januar vorgelegten Strategiepapier „Handel, Wachstum und Entwicklung“ betont die EU-Kommission, dass sie von Schwellenländern nahezu die gleichen Zollerleichterungen erwartet, wie die EU diesen gewährt. „In Indien leben immer noch 40% der Bevölkerung in extremer Armut, und jeder Vierte ist chronisch unterernährt. Unter so ungleichen Partnern ist eine solche ‚Gleichbehandlung` inakzeptabel“, kritisiert Misereor- Handelsexperte Armin Paasch.

Die EU-Kommission verweist dagegen auf eine von ihr durchgeführte Nachhaltigkeitsstudie, nach der das Abkommen die indische Bevölkerung nicht negativ belasten würde. Allerdings klammere diese die inoffiziellen Sektoren aus, die über 90 Prozent der indischen Wirtschaft ausmachen, kritisiert Christine Chemnitz von der Heinrich Böll Stiftung. Sie moniert zudem, dass die Verhandlungen von der EU-Kommission wie von der indischen Regierung „unter strikter Geheimhaltung“ vor der Öffentlichkeit und Zivilgesellschaft geführt wurden. A.ZUMACH
Foto: Reuters, Indischer Bauer im Bundesstaat Orissa

Quelle/Anmerkung:
taz Ausgabe Berlin, S. 8. Abrufbar auf:
https://www.genios.de/document?id=TAZ__T120210.157&src=hitlist&offset=0 , zuletzt eingesehen am 22.12.2020.

D12-3
Die Tageszeitung
Ohne Rücksicht auf Menschenrechte

Der EU sind die Menschenrechte in Indien egal

Ohne Rücksicht auf Menschenrechte

Kommentar von Andreas Zumach



ANDREAS ZUMACH

ist UN-Korrespondent der taz in Genf.

Foto: privat

Die Beachtung von Menschenrechten sowie Förderung von ökologisch und sozial verträglicher und nachhaltiger Entwicklung sind nach offiziellen Beteuerungen der EU wichtige Kriterien für ihre Handels-und Außenwirtschaftspolitik. Doch im Fall des von Brüssel angestrebten "Freihandelsabkommen" mit der aufstrebenden Wirtschaftsmacht kann von all dem keine Rede sein.

Ohne Rücksicht auf Verluste besteht die EU auf der möglichst weitgehenden Öffnung des indischen Marktes für die europäische Großhandelskonzern und Agrarprodukte. Dass dadurch die existentiellen Menschenrechte auf Nahrung und das nackte Überleben von vielen Millionen Inderinnen und Indern gefährdet würden, ist der EU und ihren Mitgliedsregierungen egal.

Von diesem Skandal erfährt die Öffentlichkeit erst jetzt, über vier Jahre nach Beginn der Verhandlungen zwischen Brüssel und Neu Dehli.Und auch das nur dank des Protestes einiger Nichtregierungsorganisationen.

Im Fall des bilateralen Freihandelsabkommens Indien-EU offenbart sich ein Dilemma, das auch sämtliche multilateralen Verhandlungen und Verträge im Rahmen Welthandelsorganisation (WTO) kennzeichnet: In kaum einem anderen Politikbereich ist die Geheimhaltung so stringent und das Defizit an demokratischer Kontrolle und Mitsprache so eklatant, wie im Bereich der Außenwirtschafts-und Handelspolitik der EU und ihrer Mitgliedsstaaten.

Hochbezahlte Lobbyisten europäischer Wirtschaftssektoren, die an der Marktöffnung in außereuropäischen Ländern und Regionen interessiert sind, setzten zunächst in den Wirtschaftsministerien der EU-Staaten und dann in Brüssel ihre Interessen durch.

Daraus entstehen die Forderungen, mit denen sich die EU sich an die bilateralen oder multilateralen Verhandlungstische dieser Welt begibt. Wesentliche Verhandlungsdokumente und -positionen der EU werden weiterhin geheim gehalten. In dem ganzen Prozess bleiben nationalen Parlamente und das EU-Parlament außen vor.

Quelle/Anmerkung:

http://www.taz.de/Kommentar-Freihandel-mit-Indien/!87381/ , eingesehen am 14.12.2020

D12-4
Frankfurter Rundschau
Die Armen zahlen den Preis

Von Tobias Schwab
Erdrückender Freihandel



Sensibler Markt – Verkauf von Geflügel in Nordostindien. Foto: stringer

Was in Deutschland keiner essen mag, könnte bald günstig nach Indien verschifft werden. Das tolle Schnäppchen für die Produzenten im Inland macht den einheimischen Unternehmern allerdings in vielen Bereichen Konkurrenz. Entwicklungsorganisationen warnen vor den Folgen eines Freihandelsabkommens der EU mit Indien.

Inder knabbern doch gerne genüsslich auf einem Hähnchenknochen herum“, weiß ein deutscher Bauernfunktionär. Es klingt, als liefe ihm dabei selbst das Wasser im Munde zusammen. Wegen der Marktchancen, die diese indische Vorliebe bietet. Denn während hierzulande und EU-weit vor allem hochpreisige Hühnerfilets nachgefragt werden, wird das, was übrig bleibt vom geschlachteten Huhn, billig exportiert. Für die Geflügelwirtschaft ein durchaus lohnendes Geschäft, erspart sie sich doch so die teure Entsorgung.

Es könnte bald noch lukrativer werden – wenn das Freihandelsabkommen, an dem die Europäische Union (EU) und Indien seit 2007 arbeiten, endlich unter Dach und Fach kommt. Die Verhandlungen, heißt es in Brüssel, seien in der Endphase. Gefeilscht wird offenbar vor allem noch um Zölle für Autos, Autoteile, Weine und Liköre. Der EU-Indien-Gipfel, zu dem EU-Kommissionspräsident José Manuel Barroso und EU-Handelskommissar Karel De Gucht an diesem Freitag in Delhi mit Indiens Regierung zusammenkommen, soll den Verhandlungen die entscheidenden Impulse geben. „Das Treffen ist ein wichtiger Moment auf dem Weg zu einer zügigen Einigung“, sagt John Clancy, Sprecher der EU-Kommission für Handelspolitik.

Ernährungssicherheit bedroht

Ziel des Freihandelsabkommens ist eine umfassende Marktöffnung, die gegenseitige Liberalisierung fast des gesamten Handels zwischen der EU und Indien – das betrifft neben Waren auch Dienstleistungen, Investitionen, das öffentliche Beschaffungswesen und geistige Eigentumsrechte. Die Zölle für 90 Prozent aller Produkte sollen wegfallen. Damit europäische Unternehmen einen ungehemmten Zugang zum indischen Markt erhalten, wo eine immer größere, konsumfreudigere Mittelschicht gute Geschäfte und Expansionschancen verspricht. Indien wiederum setzt darauf, dass neben den relativ niedrigen EU-Zöllen die nicht-tarifären Handelshemmnisse wie Standards und Vorschriften für Lieferungen in die Union wegfallen.

Den Preis für den angestrebten Freihandel zahlen nach Ansicht europäischer und indischer Entwicklungsorganisationen vor allem indische Straßenhändler und Kleinbauern. „Das Abkommen gefährdet die Ernährungssicherheit von Millionen Menschen“, warnt Armin Paasch, Handelsexperte des katholischen Hilfswerkes Misereor.

Geflügelzüchter zum Beispiel würde es nach einer gemeinsamen Studie von Misereor und der den Grünen nahestehenden Heinrich-Böll-Stiftung hart treffen. Bislang sind Geflügelprodukte in Indien mit Importzöllen von bis zu 100 Prozent belegt. Würden die mit einem Freihandelsabkommen wegfallen, wären der EU als weltweit größtem Exporteur von Geflügel auf dem Subkontinent Tor und Tür geöffnet. Billig eingeführte Hühnchenbeine aus Europa , so die Studie, würde in die Indien die Preise kaputt machen und Millionen von Vertragsbauern, die im Hinterhof Geflügel züchten, in Existenznot bringen.

Auch die Milchbranche ist so ein sensibler Sektor, bei dem EU und Bundesregierung auf eine Liberalisierung drängen. Mit einer geschätzten jährlichen Produktion von 112,5 Millionen Tonnen ist Indien einer der weltgrößten Milcherzeuger. Rund drei Viertel der etwa 70 Millionen Kühe gehören Kleinst- und Kleinbauern, die durch hohe Importrestriktionen geschützt werden. Mit Freihandel mussten die allerdings schon ihre Erfahrungen machen. Als Indien die Zölle 1999 aufgrund von Regeln der Welthandelsorganisation (WTO) auf null setzen musste, stieg der Magermilchimport binnen eines Jahres um den Faktor 40. Indien zog damals schnell die Notbremse und handelt mit der WTO einen Zolltarif von 60 Prozent für Magermilch aus. „Wenn der Zoll jetzt unwiderruflich abgeschafft wird, werden direkt oder indirekt subventionierte EU-Exporte die Erzeugerpreise und Einkommen für indische Kleinbauern

senken und ihr Recht auf Nahrung ernsthaft bedrohen", befürchtet Christine Chemnitz, Agrarexpertin der Heinrich-Böll-Stiftung.

Verhandlungspause gefordert

Die deutsche Milchwirtschaft steht jedenfalls schon in den Startlöchern, um dabei zu sein, wenn es zur Marktöffnung in Indien kommt. „Bei einer so großen Bevölkerung erhoffen wir uns einiges für die Zukunft", sagt Karin Monke, Geschäftsführerin der Export-Union für Milchprodukte. Noch sind die Ausfuhrzahlen bescheiden: Von Januar bis November 2011 lieferten deutsche Unternehmen gerade mal 4 000 Tonnen Milchpulver nach Indien und 15 Tonnen Käse. Da ist noch viel Luft nach oben. Auch Michael Lohse, Sprecher des Deutschen Bauernverbandes, sieht auf dem „Riesenmarkt Indien" gute Perspektiven für Molkereiprodukte und Wurstwaren aus deutschen Landen. Die immer größere Mittelschicht finde es schick, auch europäische Erzeugnisse zu konsumieren. Und Lebensmittel „made in Germany" hätten auch in Indien einen guten Ruf.

In Indien aber müssen laut Weltbank noch immer fast 800 Millionen Menschen mit weniger als zwei Dollar täglich auskommen. 90 Prozent der Bevölkerung arbeiten im informellen Sektor. Für Ska Keller, Europaabgeordnete der Grünen, ist es deshalb eine Farce, dass die EU-Kommission immer wieder betont, Indien sei „gleicher Partner" in den Verhandlungen. Auch sie befürchtet massive zusätzliche soziale Verwerfungen auf dem Subkontinent – nicht nur in der Landwirtschaft, sondern auch im Einzelhandel. Denn die EU fordert von der indischen Regierung, globalen Ketten die Eröffnung von Supermärkten zu erlauben. Millionen Straßenverkäufer, fliegende Händler, Inhaber kleiner Läden des allgemeinen Bedarfs würde das treffen, die aufgrund mangelnder Ausbildung kaum eine Chance auf einen anderen Job haben.

Nicht nur europäische Nichtregierungsorganisationen warnen davor, auch in Indien wächst der Widerstand. Gemeinsam mit den heimischen Organisationen Anthra, Third World Network (TWN) und Madhyam veranstalten Misereor, die Böll-Stiftung, Both Ends und Somo parallel zum offiziellen EU-Indien-Gipfel eine Konferenz und rufen zur einer Kundgebung gegen die ungezügelte Liberalisierung auf. Der Protest richtet sich dabei auch gegen die „Geheimverhandlungen" unter Ausschluss der Öffentlichkeit. „Während die Interessen von Großunternehmen berücksichtigt werden, finden Kleinproduzenten und Arbeitnehmer kein Gehör", kritisiert Ranja Sengupta, indische Handelsexpertin des TWN. Verhandlungstexte würden zivilgesellschaftlichen Gruppen systematisch vorenthalten.

Die deutsche Autolobby immerhin scheint gut informiert über den Stand der Dinge. Matthias Wissmann, Chef des Branchenverbandes VDA, beklagte vor wenigen Tagen die drohende weitere Abschottung des indischen Automarktes. Denn Delhi verlange von der EU, den Zoll auf indische Fahrzeuge auf null herunterzufahren, während die Inder selbst ihren Importtarif lediglich auf 30 Prozent halbieren wollten.

Das ist schon mehr, als selbst Europa-Parlamentarier erfahren, die zwar über ein Freihandelsabkommen am Ende abstimmen müssen, über den Verhandlungsprozess aber nicht informiert werden. Eine Gruppe von 24 EU-Abgeordneten will jetzt nicht länger warten, bis der Vertrag, wie angestrebt, Ende des Jahres ausverhandelt ist. In einem Brief an EU-Handelskommissar de Gucht fordern Grüne, Sozialdemokraten und Linke eine Verhandlungspause und eine Untersuchung der menschenrechtlichen Folgen eines Freihandelsabkommen.

Es sei wichtig, die Konsequenzen einer weitreichenden Liberalisierung auf besonders verwundbare Gruppen wie Bauern, Händler und Fischer zu analysieren, sagt Initiatorin Ska Keller. Diese Abschätzung müsse vor Abschluss eines Abkommens und auch noch einige Zeit nach Inkrafttreten vorgenommen werden. Indien müsse dann die Möglichkeit erhalten, bestimmte Regelungen wieder rückgängig zu machen.

Die deutsche Geflügelwirtschaft hat ihre eigene „Folgeabschätzung“ bereits vorgenommen. Indien sei ein wachsender Markt für Geflügelprodukte, sagt Sprecher Florian Anthes. Der indische Einzelhandel sei im Moment aber noch nicht weit genug entwickelt, um Importe aus Europa effektiv zu vermarkten.

Das aber könnte sich schnell ändern, wenn Metro, Carrefour und Co. in Indien demnächst Supermärkte eröffnen dürfen.

Bilaterale Verträge

Doha-Runde: Die Verhandlungen auf Ebene der Welthandelsorganisation über eine Liberalisierung des Handels (Doha-Runde), die die Interessen armer Staaten berücksichtigen soll, stocken seit Jahren. Daher werden immer mehr
bilaterale Verträge geschlossen.

Indien und EU: Der zwischen Brüssel und Neu Delhi angestrebte Vertrag soll über den Güterhandel hinaus auch Vereinbarungen zu Dienstleistungen, Investitionen, Beschaffungswesen und geistigen Eigentumsrechten enthalten.
Kinderarbeit: Standard ist in neuen EU- Handelsabkommen auch ein Kapitel zur nachhaltigen Entwicklung, das Umwelt- und Sozialstandards wie das Verbot von Kinderarbeit festschreibt. Indien lehnt das kategorisch ab.

EU-Parlament: Die Abgeordneten dürfen Abkommen nicht mitverhandeln, müssen aber darüber abstimmen. Im November blockierten sie einen Textil-Vertrag mit Usbekistan, weil das Land Kinder bei der Baumwollernte einsetzt.

Quelle/Anmerkung:
https://web.archive.org/web/20120213000028/http://www.fr-online.de/wirtschaft/erdrueckender-freihandel--die-armen-zahlen-den-preis-,1472780,11603688.html, zuletzt eingesehen am 22.12.2020.

D12-5
Tagesschau
Vorsicht, Freihandel!

EU-Indien-Gipfel in Neu-Delhi

Vorsicht, Freihandel!

Schon heute sind sie aufeinander angewiesen: Für Indien ist die EU der wichtigste Handelspartner, die EU blickt hoffnungsvoll auf die Wachstumsmärkte Asiens. Seit Jahren laufen Verhandlungen über ein Freihandelsabkommen. Aber auch bei diesem EU-Indien-Gipfel wurde nichts daraus. Beide Seiten lassen Vorsicht walten und fürchten Nachteile.

Von Sandra Petersmann, ARD-Hörfunkstudio Südasien

Es geht um viel. Sollte es irgendwann wirklich ein Abkommen geben, dann würde es gemessen an der Bevölkerung eine der größten Freihandelszonen der Welt schaffen. Indien und die Europäische Union stellen zusammen mit 1,8 Milliarden Menschen mehr als ein Viertel der Weltbevölkerung.

Kritik am kapitalistischen Modell

Doch in Indien, das sich erst Anfang der 90er-Jahre schrittweise wirtschaftlich geöffnet hatte, gibt es weiterhin große Vorbehalte gegen das kapitalistische Marktmodell der westlichen Industrienationen. Die bekannte Sozialaktivistin Aruna Roy gehört zu den lauten kritischen Stimmen. In dem westlichen Modell würde alles gleichgemacht und standardisiert, so ihr Vorwurf. "Wir trauen uns einfach nicht, andere Wege zu gehen. Wir wollen, dass weltweit alle die gleiche Coca-Cola trinken, dass jeder Laden die gleiche Pepsi verkauft. Das sorgt für eine Entzweiung der Gesellschaft, für Ausbeutung und Korruption. Die Liberalisierung der Märkte kommt bei den Ärmsten nicht an."

Aufeinander angewiesen

Die EU ist schon heute der wichtigste Handelspartner Indiens, und umgekehrt ist das kriselnde Europa dringend auf die Wachstumsmärkte in Asien angewiesen. Die Verhandlungen über ein gemeinsames Freihandelsabkommen laufen auch seit 2007. Doch ein Ende ist noch nicht in Sicht - auch nach diesem zwölften EU-Indien-Gipfel nicht. Dafür liegen zu viele Steine im Weg. Es gibt auf beiden Seiten noch zu viele Forderungen, die sich gegenseitig ausschließen.

Wechselseitige Befürchtungen

Die EU, allen voran Deutschland, fordert zum Beispiel, dass die hohen Einfuhrzölle für europäische Autos fallen. Aber die indische Seite befürchtet, dass eine Senkung der Zölle große Hersteller wie VW oder BMW dazu verleiten könnte, den indischen Markt mit fertigen Autos zu überschwemmen, anstatt in Fabriken in Indien zu produzieren. Die Europäer verlangen außerdem, dass sich ihre Banken, Versicherungsunternehmen und Supermärkte frei auf dem indischen Markt bewegen können - doch indische Anbieter fürchten sich vor der Konkurrenz.

Gleiches gilt für die Produkte der hoch subventionierten europäischen Landwirtschaft. Indien hat Sorge, dass eine weitere Marktöffnung heimische Bauern in den Ruin treiben könnte. Die große Mehrheit des Milliardenvolkes lebt nach wie vor auf dem Land. Es gibt kein soziales Netz, das die Bauern, Tagelöhner, Wanderarbeiter und Kleinunternehmer auffangen würde, wenn ihre lokalen Einkommensquellen wegbrechen.

"Vorteile auf lange Sicht"

Doch der junge Wirtschaftsexperte Sachin Joshi warnt seine Regierung vor zu viel Vorsicht. "Natürlich wird eine weitere Öffnung Teile der indischen Wirtschaft treffen. Unsere Bauern, Kleinunternehmer und Arbeiter zu schützen, muss immer ein Ziel bleiben. Aber ich glaube, dass auf lange Sicht die Vorteile überwiegen", mein Joshi. Ein Freihandelsabkommen würde technologischen Fortschritt bringen. "Es würde dem Land neue Managementsysteme bringen, es würde für neue Jobs und neue Partnerschaften sorgen. Es sorgt für Konkurrenz auf dem Markt, was unseren Standard heben wird. Und genau das brauche wir", sagt der Experte.

Unterschiedliche Vorstellungen

Die aufstrebende Wirtschaftsmacht Indien ihrerseits will in den Verhandlungen erreichen, dass die EU ihren Arbeitsmarkt für indische Fachkräfte öffnet. Das gilt vor allem für Experten aus dem Softwarebereich, die immer wieder Schwierigkeiten haben, ein Visum zu bekommen, wenn sie ihre europäischen Kunden vor Ort bedienen wollen.

Und auch an anderer Stelle finden Europa und Asiens drittgrößte Volkswirtschaft noch nicht zu einander: Indien will sich nach wie vor auf kein verbindliches Klimaschutz-Ziel verpflichten. Und auch an den Sanktionen gegen den Iran beteiligt sich das Land nicht. Für die Atommacht Indien ist das iranische Nuklearprogramm offenbar weniger bedrohlich als für Europa und Amerika. Indien bezieht zwölf Prozent seines Öls aus dem Iran.

Quelle/Anmerkung:
http://www.tagesschau.de/wirtschaft/indien694.html , eingesehen am 22.12.2020.

D12-6
Deutschland Radio
Indische Straßenhändler „würde das extrem treffen“


Straßenbild in Neu-Delhi (Bild: picture alliance / dpa / Frederic Spohr)

EU-Parlamentarierin über die Folgen eines Freihandelsabkommens mit Indien

Barbara Lochbihler im Gespräch mit Christoph Heinemann

Barbara Lochbihler, Fraktion der Grünen im Europaparlament, sieht mit dem derzeit verhandelten Freihandelsabkommen zwischen der EU und Indien hin zu einer Marktöffnung "die Interessen von sehr vielen armen Menschen in Indien und auch der Mittelschicht" gefährdet.

Christoph Heinemann: In Neu-Delhi findet heute der 12. EU-Indien-Gipfel statt. Auf der Tagesordnung steht ein geplantes Handelsabkommen. Die EU-Kommission und die indische Regierung wollen sich über zentrale Aspekte einigen, unterschrieben wird wahrscheinlich heute nichts. Immerhin wird seit 2007 verhandelt. Die Europäische Union setzt sich für eine umfassende Öffnung der Märkte in Indien ein. So weit, so gut, könnte man sagen, gäbe es da nicht eine Warnung. Das katholische Hilfswerk Misereor und die den Grünen nahestehende Heinrich-Böll-Stiftung befürchten, dass die Lebensgrundlage von Millionen kleiner Händler bedroht sei, wenn die Regierung in Neu-Delhi Forderungen der EU zustimme. Als Beispiel nannten sie die Expansion von europäischen Supermärkten in Indien, vor allem Straßenhändler wären die Leidtragenden einer solchen Entwicklung, da sie wegen geringer Bildung und Ressourcen kaum andere Einkommensmöglichkeiten hätten.

- Barbara Lochbihler war Generalsekretärin der deutschen Sektion von Amnesty International, ist heute Abgeordnete der Grünen im Europäischen Parlament, dort stellvertretendes Mitglied der interparlamentarischen Delegation für Indien. Guten Morgen.

Barbara Lochbihler: Guten Morgen.

Heinemann: Frau Lochbihler, ein angestrebtes Ziel ist die Öffnung des indischen Marktes.

Befürworten Sie offene oder abgeschottete Märkte?

Lochbihler: Ja, das ist sehr differenziert zu sehen. Ein unregulierter freier Markt und ein Handel ist sicher keine Option und existiert so auch nirgends. Eine komplette Abschottung ist natürlich auch falsch. Deshalb muss man abwägen, was sind die individuellen Rechte und Bedürfnisse der Menschen und was sind gesellschaftliche Prioritäten, wie gerechte Verteilung des Wohlstands und Umweltschutz. Und da sehe ich schon als Menschenrechtlerin, dass man mit so einem Abkommen die Interessen von sehr vielen armen Menschen in Indien und auch der Mittelschicht gefährden würde. Und wir haben uns als europäische Abgeordnete an den EU-Kommissar de Gucht gewandt und gefordert, dass er dieses Freihandelsabkommen nicht weiter verhandelt.

Heinemann: Und was sollte stattdessen kommen?

Lochbihler: Man müsste eine Pause machen und neu verhandeln und die Armutsbekämpfung und die Menschenrechte als Ziel eines solchen Abkommens sehen. Es ist ein Grundsatz europäischer Handelspolitik, dass man den freien Handel fördert, aber gleichzeitig universelle Werte wie zum Beispiel den Menschenrechtsschutz und soziale Gerechtigkeit. Und das sehe ich hier überhaupt nicht gegeben. Sie haben jetzt die Situation der Straßenhändler angesprochen, die ihre Arbeit verlieren würden. Es wird argumentiert, na ja, in anderen Bereichen würden Arbeitsplätze geschaffen, wie zum Beispiel, wenn Supermarktketten dort eingerichtet würden. Die Böll-Stiftung hat aber geschätzt, dass zwei Mal so viele mehr Menschen ihren Job, ihre Arbeit verlieren würden, wenn das geschieht. Oder denken Sie daran, dass mit der Marktöffnung europäische Agrarprodukte nach Indien geliefert werden können und dort die Kleinbauern und die Bauern, die wären dann nicht mehr konkurrenzfähig und das Erwirtschaften der Lebensmittel für die eigene Bevölkerung wäre dann nicht mehr gesichert.

Heinemann: Nur grundsätzlich gilt doch, dass Marktöffnungen Arbeitsplätze und auch Wachstum schaffen können. Und das wird dringend benötigt, denn gerade musste die Regierung in Neu-Delhi die Prognose für das laufende Fiskaljahr auf 6,9 Prozent senken - angepeilt waren mindestens 10.

Lochbihler: Ja. Man muss daran denken, Arbeitsplätze zu schaffen. Man muss aber auch schauen, wie schnell zum Beispiel oder wie einseitig Märkte geöffnet werden. Und ich muss mich hier wiederholen: Wenn man an die vielen Straßenhändler denkt, die würde das extrem treffen. Und wenn sie ins Zentrum immer die Personengruppen stellen, die eben arm sind, die auch den Schutz und die Förderung des Staates brauchen, dann wird so eine schnelle Marktöffnung nicht dazu führen, dass Arbeitsplätze geschaffen werden in einem größeren Kreis. Wenn Sie sich überlegen, dass in Indien auch keine sozialen Auffangnetze bestehen für die ärmeren Schichten, dann hat das wirklich eine Verelendung zur Folge. Und die Gewinne, die dann europäische Konzerne einfahren, durch die Investitionen dort, die kommen ja nicht unbedingt zwangsläufig der indischen Gesellschaft zugute, sondern werden wieder an die Firmensitze in die Länder in der EU transferiert.

Heinemann: Aber gilt dieses Schutzbedürfnis für Arbeitnehmer nicht für jede Branche?

Lochbihler: Das gilt für jede. Ich habe jetzt nur diese zwei herausgegriffen.

Heinemann: Also, dann könnte man quasi mit Indien überhaupt kein Handelsabkommen abschließen?

Lochbihler: Es kommt ja darauf an, wie sie das machen. Ich als Menschenrechtlerin schau natürlich darauf, wo es wirklich um Existenzielles geht. Da nehme ich noch ein weiteres Beispiel: das Recht auf Gesundheit. Das ist ein Menschenrecht. Das heißt, dass jeder Mensch in der Lage sein muss, Medizin zu bekommen, die er sich auch leisten kann. Es gibt jetzt in Indien viele Unternehmen, indische Unternehmen, die preisgünstig Medizin produzieren können. Würde dieser Markt jetzt geöffnet, dann könnten sie das nicht mehr und die Menschen wären nicht mehr in der Lage, die armen, sich diese Medizin zu kaufen. In dem Feld kommt sogar hinzu, dass die indischen Produzenten für erschwingliche HIV-Aids-Medizin ungefähr zu 80 Prozent den weltweiten Bedarf decken. Und die könnten dann nicht mehr so günstig produzieren mit diesem Abkommen.

Heinemann: Frau Lochbihler, ist das nicht die alte Dritte-Welt-Rhetorik? Mal anders gefragt: Asiatische Exporteure haben in der Regel auch wenig Mitleid mit europäischen Produzenten oder mit europäischen Arbeitnehmern. Sollte man nicht doch den Kunden die Freiheit geben, zwischen einheimischen oder ausländischen Waren zu wählen?

Lochbihler: Das kann man natürlich schon, bei uns den Kunden die Freiheit geben, aber man muss sich eben schon bewusst sein, auch als Konsument hier, was man damit anstellt. Und es ist positiv, dass es bei uns schon ein wachsendes Bedürfnis gibt, dass man eben nicht Produkte kauft, die vielleicht hier günstig sind, oder die ich gerne mag, weil sie exotisch sind, aber die in ihrer Auswirkung das Leben von vielen Menschen, vor allem der armen Bevölkerung in Indien gefährden.

Heinemann: Wer schützt europäische Arbeitsplätze vor asiatischen Importen?

Lochbihler: Ja, da wird es auch einzelne Abkommen geben, nehme ich an, und hier wird im Einzelnen sicher auch auf europäischer Seite verhandelt.

Heinemann: Also, man muss aber europäische Arbeitsplätze auch schützen, meinen Sie?

Lochbihler: Das denke ich ja, denn je nach Segment des Arbeitsplatzes ist das wichtig. Und wir sehen das ja, wenn es Abwanderung gibt innerhalb der EU, das hält nicht lange an und dann wandern sie noch weiter ab. Wir haben ja in einzelnen Ländern eine extrem hohe Arbeitslosigkeit, denken Sie an Spanien mit über 40 Prozent Jugendarbeitslosigkeit, da müssen natürlich der Staat und die Europäische Union besonders investieren.

Heinemann: Extrem weiter gedacht hieße das, man müsste eigentlich den Handel einstellen.

Lochbihler: Nein! Als Menschenrechtlerin habe ich einen besonderen Blick auf den Handel. Er darf nicht dazu führen, dass er Menschenrechtsverletzungen noch erweitert. Also ich fordere hier, dass die EU eine Handelspolitik macht, wo sie die einzelnen Abkommen, die sie verhandelt, einer Menschenrechtsprüfung unterzieht, die verpflichtend ist. Wir haben in einzelnen Handelsverträgen eine Menschenrechtsklausel drin, die dann heißt, man kann es aussetzen, wenn es zu schweren Menschenrechtsverletzungen kommt. Die wird kaum angewandt. Und es darf nicht nur bei der Rhetorik bleiben, dass man Handelsliberalisierung fördert, die ja oft nicht im Sinne der ärmeren Bevölkerung ist, sondern man muss auch noch konsequent im Einzelnen nachschauen, wie wirkt sich das aus. Und das Recht auf Nahrung ist ein Menschenrecht, genauso wie das Recht auf Gesundheit.

Heinemann: Frau Lochbihler, Sie haben die Menschenrechte mehrfach angesprochen und die Armut in Indien. Taugt der Westminster-Parlamentarismus für ein Milliardenvolk?

Lochbihler: Die Alternative wäre was? Also, was taugt? Eine autoritäre zentralistische Regierung taugt auch nichts im Sinne für die Menschenrechte. Das sehen wir ja in autoritären Regierungen.

Heinemann: Darf ich kurz unterbrechen?

Lochbihler: Es ist aber so, dass in offenen Gesellschaften - Entschuldigung! - die Zivilgesellschaft gut organisiert ist wie in Indien und Missstände leichter auf die Tagesordnung gesetzt werden.

Heinemann: In China gilt der Hunger weitgehend als besiegt - weitgehend als besiegt. In Indien sind rund 225 Millionen Menschen unterernährt. Welches System ist für die Menschen besser?

Lochbihler: In China ist für viele Menschen es nicht gut, dass der Staat extrem repressiv vorgeht, dass er diejenigen, die Missstände angeben, zum Beispiel wenn man Blutkonserven, die verseucht sind, wenn man darüber reden will, werden die Leute inhaftiert. Also, es ist kein Automatismus, dass es da besser ist. China war natürlich sehr gut und konsequent - und das war absolut notwendig -, den Hunger zu bekämpfen, und das muss man auch von der indischen Regierung fordern. Das liegt aber nicht an dem System der Demokratie, sondern am politischen Willen, das durchzusetzen.

Heinemann: Barbara Lochbihler, Abgeordnete der Grünen im Europäischen Parlament. Danke schön für das Gespräch und auf Wiederhören.

Lochbihler: Ich danke Ihnen.

Quelle/Anmerkung:
http://www.dradio.de/dlf/sendungen/interview_dlf/1673681/ , eingesehen am 14.12.2020

D12-7
Handelsblatt
Hohe Hürden zwischen EU und Indien

Freihandelszone

Hohe Hürden zwischen EU und Indien

Fünf Jahre, 14 Verhandlungsrunden - und kein Ende in Sicht: Europas Industrie drängt auf eine Freihandelszone mit Indien, doch dort fürchtet man eine zu starke Liberalisierung und hohe Kosten für Medikamente.

von Stefan Mauer



Gewürz-Laden in Mumbai: Im Handel mit der EU wird Indien noch immer wie ein Entwicklungsland behandelt. Quelle: dpa

MumbaiMit großen Worten versucht EU-Kommissionspräsident José Manuel Barroso in Neu-Delhi den nächsten Mini-Schritt in Richtung dessen, was einmal die größte Freihandelszone der Welt werden soll, zu feiern. „1,7 Billionen Menschen wird das EU-Indien Freihandelsabkommen nutzen; es wird das größte Abkommen dieser Art in der ganzen Welt sein.“ Im Herbst solle das Abkommen endlich unterschriftsreif sein - hofft zumindest Barroso.

Denn auch nach fünf Jahren und mehr als einem Dutzend Verhandlungsrunden sind Indien und die EU in vielen Punkten noch meilenweit von einer Einigung entfernt. Zudem kritisieren Menschenrechtsorganisationen, das geplante Abkommen könnte die Versorgung der armen indischen Bevölkerung mit Nahrung und Arzneimitteln gefährden.

Das Handelsvolumen zwischen der EU und Indien beträgt rund 86 Milliarden Euro, was die EU zum wichtigsten Handelspartner Indiens macht. Doch das Land wird im Handel mit der EU immer noch wie ein Entwicklungsland behandelt und genießt deshalb einige Privilegien beim Export in die EU. Im Zuge der Wachstums- und Entwicklungsstrategie der EU sollen diese Privilegien nach und nach durch bilaterale Abkommen und fallende Zollschranken ersetzt werden.

Die zu überwindenden Hürden sind in einigen Branchen extrem hoch: Wenn ein europäischer Autobauer einen seiner Pkw nach Indien exportiert, wird 60 Prozent Zoll fällig. Umgekehrt verlangt die EU von den indischen Exporteuren nur 6,5 Prozent. Auch bei alkoholischen Getränken schlagen sich die Abgaben extrem in den Preisen nieder. Auf importiertem Schnaps lastet je nach Bundesstaat bis zu 150 Prozent Zoll. Hinzu kommen regulatorische Besonderheiten wie zum Beispiel die, dass europäische Pharmafirmen einen besseren und längeren Schutz vor Generika verlangen oder die Einzelhandelskonzerne gerne eigene Supermärkte in Indien aufbauen würden.

Indien hat Angst vor Benachteiligung

Insbesondere von Seiten der deutschen und französischen Pkw-Hersteller gibt es deshalb Kritik an den bisher ausgehandelten Kompromissen. Zwar hatte Indien kurz vor dem Gipfel angekündigt, die Importzölle auf Autos zu halbieren, dennoch wollen die Unternehmen auf lange Sicht einen völlig zollfreien Handel erreichen.

„Gerade in dieser Branche ist man deshalb noch nicht ganz zufrieden mit dem, was Indien anbietet“, sagt Felix Neugart, Bereichsleiter Internationales beim Deutschen Industrie- und Handelskammertag (DIHK). „Für eine Übergangsfrist würden die Hersteller durchaus

langsamer sinkende Zölle in Indien akzeptieren, dauerhafte Ausnahmen wollen sie aber nicht hinnehmen.“

In Indien selbst stößt eine zu starke Liberalisierung der Zoll-Regeln auf Widerstand. Als Premierminister Manmohan Singh Ende vergangenen Jahres angekündigte, Investitionen in den indischen Einzelhandel deutlich zu erleichtern, folgten Massenproteste. Schließlich rangen die Opposition und die betroffenen Händlern der Regierung ab, ihre nur als Kabinettsbeschluss bestehende Entscheidung wieder zurückzunehmen.

Auch im Pharma-Bereich wächst die Kritik. Wenn - wie im Freihandelsabkommen geplant - die Ergebnisse in Testreihen von Medikamenten erst nach fünf oder zehn Jahren mit Konkurrenten geteilt werden müssen, verhindere dies günstige Kopien von Medikamenten. Was für europäische Medikamentenhersteller lebenswichtig ist, macht in Indien vielen Betroffenen Angst.

„Die größte Befürchtung ist, dass Mittel zur Behandlung von HIV und Krebs sich in Indien drastisch verteuern könnten, wenn die Forderungen der EU im Freihandelsabkommen erfüllt werden“, sagt Indien-Experte Armin Paasch vom katholischen Hilfswerk Misereor. Zudem kritisiert er, dass nach dem Fall von Importzöllen die indischen Landwirte nicht mehr mit den subventionierten Produkten aus der EU konkurrieren können. „Indien ist wirtschaftlich noch immer nicht mit der EU vergleichbar. Eine gleichzeitige Marktöffnung auf beiden Seiten würde das Land unakzeptabel benachteiligen.“

Quelle/Anmerkung:

http://www.handelsblatt.com/politik/international/freihandelszone-hohe-huerden-zwischen-eu-und-indien/6202860.html , eingesehen am 22.12.2020.

D12-8
Süddeutsche Zeitung
Ein Abkommen, das Arme noch ärmer macht

Die Pläne für mehr Freihandel zwischen Indien und der EU
könnten viele Menschen ins Elend stürzen

Von Ranja Sengupta

Vor kurzem feierte Indien wieder einmal die Gründung der indischen Republik mit einer gigantischen Militärparade in der Hauptstadt Delhi. Man demonstrierte nationale Stärke und zelebrierte die kulturelle, ethnische und religiöse Vielfalt des Landes, die weltweit größte Demokratie. Seit 62 Jahren gibt die indische Verfassung uns Indern das demokratische Recht, die eigene Regierung zu wählen und befähigt diese dazu, im Interesse der Bürger zu handeln. Ich bin stolz auf die Entwicklung Indiens. Allerdings bin ich zunehmend betroffen über die Herausforderungen, denen dieses demokratische System gegenübersteht. Dies zeigt sich momentan besonders bei den Verhandlungen um das neue Freihandelsabkommen zwischen der EU und Indien . Ein Abkommen, das unser Land für immer verändern und die Kluft zwischen Arm und Reich noch größer werden lassen könnte.

Die EU ist der wichtigste Handelspartner Indiens. Das bilaterale Handelsvolumen beläuft sich derzeit auf 77 Milliarden Dollar im Jahr. Aber man will mehr. Das Ziel: Annähernd der

gesamte Handel soll dereguliert werden und sich so innerhalb von vier Jahren verdoppeln. Eigentlich sollte das Abkommen beim EU- Indien -Gipfel am 10. Februar unterzeichnet werden. Doch dazu kam es nicht, die sehr weitreichenden Forderungen der EU stoßen in Indien zum Teil auf großen Widerstand. Trotz vieler ungelöster Streitpunkte strebt man nun an, noch im Frühling Einigkeit zu erzielen.

Steigende Einkommen und damit einhergehend steigender Konsum der indischen Mittelschicht machen vor allem den Nahrungsmittelmarkt in Indien für EU-Produzenten attraktiv. Schon bald sollen die Inder europäische Weine, Spirituosen, Milchprodukte, Geflügel und Fisch konsumieren. Ein ausgewogener Deal ist das Abkommen nicht: Indien würde nur in wenigen Bereichen profitieren. Prognosen für 2020, die 2007 von der EU in Auftrag gegeben wurden, ergaben, dass die EU allein auf dem Nahrungsmittelmarkt durch das Abkommen einen Gewinn von 321 Millionen US-Dollar erwirtschaften kann, während die Experten für Indien von nur 83 Millionen US-Dollar ausgehen. Dennoch sprechen alle Beteiligten immer wieder von einem „riesigen Potential“. Uns und anderen Vertretern der Zivilgesellschaft in Indien bereitet der nahende Abschluss des Abkommens vor allem eins: riesige Sorgen.

Weil Freihandelsabkommen nicht nur in Indien , sondern in vielen Ländern des Südens ein Problem darstellen können, arbeiten wir vom Third World Network in Delhi auch mit afrikanischen und asiatischen Ökonomen und Nichtregierungsorganisationen zusammen. Gemeinsam mit dem deutschen Entwicklungshilfswerk Misereor und der Heinrich-Böll-Stiftung haben wir eine Studie über die Folgen des neuen Handelsabkommens auf das Recht auf Nahrung in Indien erstellt. Die Ergebnisse sind alarmierend. Das Abkommen wird die Ernährungssicherheit in Indien weiter gefährden.

Die Ernährungssituation auf dem Subkontinent ist nach wie vor dramatisch. Auch wenn die Wirtschaft seit Jahren boomt und Indien für viele Investoren ein gelobtes Land ist, leben in unserem Land immer noch mehr hungernde und unterernährte Menschen als in jedem anderen Land der Welt. Laut den aktuellen Zahlen der UN-Organisation für Ernährungs- und Landwirtschaft (FAO) sind es mehr als 220 Millionen Menschen. Zentral für die Ernährungssicherheit in Indien sind der Milch- und der Geflügelsektor. 14 Millionen Bauern sind gegenwärtig an mehr als 135 000 dörflichen Milchgenossenschaften beteiligt. Es gibt 70 Millionen Milchtiere. Der Geflügelsektor schafft die Überlebensgrundlage für 96 Millionen Haushalte. Sollten die indischen Schutzzölle für Milchpulver und Geflügelfleisch abgeschafft werden, wären die kleinbäuerlichen Familien den billigen Importen aus der EU schutzlos ausgeliefert. Unsere Studie zeigt, dass eine Marktöffnung für diese Produkte absolut unverantwortlich ist.

Die Militärparade zum Geburtstag unserer Verfassung ging weltweit durch die Medien. Weniger prominent platziert waren die Proteste von Millionen Straßenhändlern, die es in den vergangenen Monaten in allen großen indischen Städten gab. Sie richteten sich gegen die geplante Marktöffnung für Supermärkte. Indien hat in Aussicht gestellt, dass europäische Einzelhändler wie die deutsche Metro-Gruppe bald in Indien Supermärkte eröffnen dürfen. Das bedeutet: David gegen Goliath. Die Existenzgrundlage von zehn Millionen Straßenhändlern und vielen Kleinläden wäre gefährdet. Sie hätten kaum eine Chance gegen die großen Ketten aus Europa. Auch Kleinbauern wären indirekt durch die Marktöffnung bedroht. Wenn europäische Supermärkte große Teile des Lebensmittelmarktes übernehmen, ist es fraglich, ob kleinbäuerliche Produkte noch ihren Weg auf den Markt finden. Hohe Effizienz- und Produktstandards führen erfahrungsgemäß häufig zu einem Ausschluss von Kleinproduzenten. Zu gering ist ihre Ausstattung mit Kapital und technischen Ressourcen, zu gering ihre Bildung und ihre Unterstützung durch den Staat. 65 Prozent der indischen Bauern sind Kleinbauern mit

weniger als einem Hektar Landbesitz. Dennoch schafft der Landwirtschaftssektor Einkommen für 70 Prozent der indischen Bevölkerung. Einkommen, welches durch das neue Freihandelsabkommen gefährdet ist.

Das Wissen über das geplante Abkommen ist sowohl in Europa als auch in Indien sehr begrenzt. Nicht nur in der Zivilgesellschaft, sondern auch im Parlament. Das Abkommen muss dort nicht ratifiziert werden. Nur Industrieverbände und staatliche Berater sind informiert. Die Verhandlungen werden im Geheimen geführt, Informationen dringen nur selten nach außen. Die Armen haben mal wieder keine Stimme. Delhi will das Abkommen mit der EU, weil es sich davon mehr Wachstum verspricht. Aber man muss angesichts der Risiken, die dieses Abkommen für die indische Bevölkerung birgt, über andere Modelle nachdenken. Wir müssen den lokalen Sektor stärken: die lokale Produktion von unserer Bevölkerung für unsere Bevölkerung.

Wir fordern eine Folgenabschätzung vor Unterzeichnung des Abkommens. Und auch nach einem möglichen Inkrafttreten muss die Wirkung auf die Menschenrechte in Indien kontrolliert werden. Als indische Staatsbürgerin wünsche ich mir einen offeneren Austausch zwischen den Regierenden und der indischen Zivilgesellschaft. Die Verhandlungen müssen transparenter und demokratischer sein, ganz im Sinne der Rolle Indiens als größte Demokratie der Welt.

Ranja Sengupta, 43, ist Wirtschaftswissenschaftlerin. Sie arbeitet als Handelsexpertin bei der Nichtregierungsorganisation Third World Network in Delhi. Foto: oh

Quelle/Anmerkung:
Seite 2 (München), 2 (Bayern), 2 (Deutschland). Eingesehen im Archiv der Zeitung.
http://www.sspdiz.apa.at/sitesearchplus/restricted/Fulltext.act;jsessionid=A5544B3CC34CE6D19016E0C5C39B43B6.ssp1?doc=EGTPOGWPOWPWWHGSOERTEHS&back=Search_showSearch&searchCategory=0, auch abrufbar auf:
https://www.genios.de/document?id=SZ__A51349385&src=hitlist&offset=0 , zuletzt eingesehen am 22.12.2020.

D12-9
Frankfurter Allgemeine Zeitung
Autoindustrie fürchtet Konkurrenz

EU spricht mit Indien und Japan über Handelsabkommen
Europas Autohersteller fordern, auch die nichttarifären Handelshemmnisse abzubauen.

cru. FRANKFURT, 22. Juli. Europas Autoindustrie hat es derzeit ohnehin schon schwer. Der Absatz in Europa wird in diesem Jahr um 7 Prozent auf den niedrigsten Stand seit 1995 schrumpfen. Außerdem jagen die koreanischen Automarken Hyundai und Kia den etablierten Massenherstellern wie Fiat, Ford, Opel, Peugeot oder Renault immer mehr Kunden ab. Umso alarmierter reagieren die Unternehmen auf eine neue Entwicklung, die aus ihrer Sicht eine weitere Bedrohung darstellt: Die Europäische Union will mit Indien und Japan neue Freihandelsabkommen abschließen.

Insbesondere der amerikanische Ford-Konzern warnt davor, die Fehler aus dem vor einem Jahr in Kraft getretenen Freihandelsabkommen mit Korea in künftigen Verträgen mit anderen Ländern zu wiederholen. "Es ist besorgniserregend, dass die EU-Kommission - mitten in einer ernsten Wirtschaftskrise - vorschlägt, mit Japan Verhandlungen über ein Freihandelsabkommen aufzunehmen, bevor Japan die noch bestehenden bedeutenden nichttarifären Handelshemmnisse gegen die europäische Autoindustrie beseitigt hat", teilt der Konzern mit. Das gelte umso mehr,

als schon jetzt - ohne Freihandelsabkommen - viel mehr Autos aus Japan in die EU importiert würden als umgekehrt. In der jetzigen Krisensituation könne ein einseitiges Handelsabkommen, das die Importe erhöhen würde, die 12 Millionen Arbeitsplätze in der europäischen Autoindustrie gefährden. Man unterstütze zwar grundsätzlich den Freihandel, sagt Ford-Europachef Stephen Odell. Es müsse aber mehr darauf geachtet werden, dass nicht nur die Einfuhrzölle, sondern auch nichttarifäre Handelshemmnisse abgebaut werden. Das sei im Fall von Korea nicht ausreichend geschehen.

Tatsächlich hat sich nach Daten der koreanischen Zollbehörde die Zahl der aus Südkorea in die EU importierten Autos in den zwölf Monaten seit Inkrafttreten des Freihandelsabkommens im Juli 2011 um 40 Prozent auf 400 000 Einheiten erhöht. Umgekehrt legten die Exporte von Autos aus der EU nach Südkorea nur um 13 Prozent auf 73 000 Einheiten zu. "Das kann man nicht wirklich als ausgewogenen Handel bezeichnen", kommentiert Ford-Europachef Odell die Zahlen.

Auch Japan exportiert mehr Autos in die EU, als umgekehrt die EU nach Japan verkauft. Mehr als 560 000 Autos wurden im vergangenen Jahr aus Japan in die EU importiert, während nur 180 000 Fahrzeuge den umgekehrten Weg nahmen. Als wichtiger Prüfstein in der Autoindustrie dafür, ob ein Markt tatsächlich den Freihandel beherzigt, gilt der Anteil der Importe am Gesamtmarkt: In Japan wird laut Zahlen der japanischen Zollbehörde nur jedes zwanzigste verkaufte Auto aus dem Ausland importiert. Im Durchschnitt der Industrieländer der OECD liegt die Importrate dagegen bei 40 Prozent.

"Die einseitige Ebbe könnte sich in eine neue Flut japanischer Autos für Europa verwandeln, wenn die Marktöffnung nicht auf Gegenseitigkeit beruht", warnt Ford-Manager Odell. Die Autoindustrie sei in dieser Hinsicht ein Testfall für die gesamte Industrie in der EU. Eine Welle zusätzlicher Autoimporte könne Millionen Arbeitsplätze gefährden. Brüssel müsse der Folgen für die Gesamtwirtschaft gewärtig sein.

Auch nach Ansicht des deutschen Autoindustrieverbands VDA ist eine Handelspolitik notwendig, die auf gegenseitige Marktöffnung dringt. "Gerade weil die deutsche Automobilindustrie global aktiv ist - und in den Schwellenländern oftmals hohe Handelshemmnisse vorliegen, müssen diese abgebaut werden, um gleiche Wettbewerbsbedingungen zu sichern", sagt Verbandspräsident Matthias Wissmann. Da bestehe Handlungsbedarf. So seien in Indien gerade die Einfuhrzölle für Autos ab einem Wert von 40 000 Dollar von 60 auf 75 Prozent erhöht worden. Gleichzeitig verhandele Indien mit der EU ein Freihandelsabkommen. Während Indien sich einen vollständig freien Marktzugang in die EU wünsche, sollten im Automobilbereich die Zölle bestehen bleiben. "Eine solch einseitige Sicht der Handelspolitik können wir nicht nachvollziehen", wettert Wissmann.

Schon heute habe Indien einen automobilen Handelsbilanzüberschuss mit Deutschland und der EU. "Wir erwarten, dass Berlin und Brüssel bei ihren Verhandlungen mit Indien diesen Punkt besonders im Auge behalten. Wir können zwar längere Übergangsfristen akzeptieren, aber keine einseitige Marktöffnung zu Lasten Europas", sagt Wissmann. Indien sei Wachstumsmarkt und werde immer wettbewerbsfähiger. Da passten hohe Zollhürden nicht ins Bild.

Quelle/Anmerkung:
Nr. 169, S. 14. Eingesehen im Archiv der Zeitung am 01.05.2013:
http://fazarchiv.faz.net/document/showSingleDoc/FAZ__FD1201207233569383?KO=&DT_from=&timeFilter=&timePeriod=timeFilter&dosearch=new&sext=0&crxdefs=&NN=&BC=&search_in=q&q=Freihandelszone+Indien&sorting=&DT_to=&CO=&submitSearch=Suchen&

maxHits=&offset=10&CN=&&toggleFilter=&annr=1603641&highlight=\eJxzs9Li0rPKzEvJTM1TUAAy04pSMzMS81JSc4qr8vNSgWJuVvGElAAA83UV1g%3D%3D\#start, auch abrufbar auf:
https://www.genios.de/document?id=FAZ__FD1201207233569383&src=hitlist&offset=0 , zuletzt eingesehen am 22.12.2020.

D12-10
Frankfurter Allgemeine Zeitung
Freihandel der EU mit Indien droht zu scheitern

Die Zeit wird knapp / Streit um Menschrechte, Unternehmensbeteiligungen, Freizügigkeit

che. DELHI, 5. November. Der Abschluss des Handelsabkommen Europas mit der drittgrößten Volkswirtschaft Asiens dürfte sich um Jahre verzögern. Zwar drängten Außenminister Guido Westerwelle auf der Asien-Europa-Konferenz in Vientiane und zuvor Wirtschaftsminister Philipp Rösler in Neu Delhi darauf, das Verhandlungstempo zu erhöhen. Die Industrie beider Seiten will das Abkommen. Und auch aus politischer Sicht erscheint es den Europäern ratsam, die formal größte Demokratie der Erde, gelegen vor den Toren Chinas, einzubinden. "Das ist kein Gnadenakt Europas für die Inder, sondern liegt in unserem Interesse", heißt es in diplomatischen Kreisen. "Es zeichnet sich derzeit kein weiteres Projekt ab, das ähnlich weitreichende Auswirkungen auf die europäisch-indischen Beziehungen haben könnte." Trotz der Dringlichkeit aber liegen tiefe Gräben zwischen den Seiten. "Das ist ein zäher Prozess", sagte Rösler mit Blick auf die Verhandlungen. "Die Zeit wird knapp", fürchten Diplomaten.

In Wirklichkeit sind die Chancen, das Abkommen noch bis zum EU-Indien-Gipfel in Brüssel und den folgenden Regierungskonsultationen in Berlin Anfang April nächsten Jahres unter Dach und Fach zu bringen, fast auf Null gefallen. Als größter europäischer Handelspartner der Inder will Deutschland aber weiter Druck machen. Sonst werde kein Partner versuchen, das Handelsabkommen vor dem Scheitern zu retten, heißt es im Umfeld der deutschen Verhandlungsführer. Einige verzögerten gewaltig, statt das Große und Ganze im Blick zu haben. Dabei reicht der Freihandelspakt weit über rein wirtschaftliche Interessen hinaus: Ein rechtzeitiger Abschluss eines umfassendes Abkommens würde der EU eine wirtschaftspolitische Autobahn in ein Land eröffnen, das im nächsten Jahrzehnt nicht nur der bevölkerungsreichste Staat der Erde mit einem riesigen Markt werden wird, sondern auch zur Spitzengruppe der globalen Akteure aufgeschlossen haben dürfte, heißt es.

Rösler betont: "Indien sollte sich nicht nur an Amerika und China ausrichten, sondern auch an Europa. Das ist nicht nur eine ökonomische Frage." Die Industrie kritisiert, dass das Europäische Parlament darauf bestehe, dem Handelsvertrag ein Sozialkapitel beizufügen. Darin geht es um Menschenrechte und Kinderarbeit. Indien lehnt eine solche Verpflichtung ab, da es schon durch andere Konventionen gebunden sei. Auch fühlt sich nicht jedes Unternehmen angesprochen: Die Allianz, größter Lebensversicherer in Indien, würde das Abkommen erst stützen, wenn Indien die Beteiligungsgrenzen für ausländische Versicherungen von 26 auf 49 Prozent hebt. Som Mittal, der Vorsitzende des Verbands der indischen Informationstechnologie, will den Pakt nur dann vorantreiben, wenn er Freizügigkeit für indische IT-Mitarbeiter in Europa durchsetzen kann. Die deutsche Automobilindustrie verlangt ein Herabsetzen der Zölle auf Null, was ihre indischen Konkurrenten ablehnen. Einigung könnte der Einbau sehr langer Zeithorizonte bis weit hinter 2025 bringen. Der frühere indische Handelsminister Kamal Nath kritisiert die Subventionspolitik der Europäer: "Ein französisches Ei, gekauft in Dubai, ist billiger als ein indisches Ei bei uns. Warum? Weil die Europäer die Landwirtschaft massiv stützen." Indiens Handelsminister Anand Sharma schlug Rösler vor, noch bis zum Frühjahr ein abgespecktes Abkommen abzuschließen. Dies lehnen die Deutschen rundweg ab. Denn dann

würden, so die Furcht, alle schmerzhaften Kapitel wie die Zollfreiheit für den Automobilbau ausgeklammert. "Wir müssen die Latte hoch legen, sonst geben wir auch für alle folgenden Abkommen eine ganz schlechte Grundlage. Dann kämen die südostasiatischen Staaten sofort und wollten dieselben Bedingungen." Platzt der Frühjahrstermin wie inzwischen erwartet, wird ein Abschluss Jahre auf sich warten lassen. Denn danach setzt der Wahlkampf in Indien für die Wahl 2014 ein, deren Ausgang offen ist. So dürfte auch 2015 innenpolitisch bestimmt sein. Damit würden aus dann fünf Jahren Verhandlungszeit mehr als ein Jahrzehnt. Die Zeit drängt auch, weil sich die Bedingungen noch verschärfen könnten. Nath fürchtet, der Protektionismus werde angesichts der Wirtschaftskrisen zunehmen.

Bislang ist die Ausbeute der Europäer in Asien bescheiden: Weil Südkorea mit aller Macht einen Vertrag anstrebte, wurde dieser in nur fünf Jahren durchgepeitscht. Singapur steht in der Endphase der Gespräche. Mit Japan könnten Handelsgespräche noch im Dezember vereinbart werden. Die Verhandlungen mit Malaysia wurden bis nach der Wahl dort vertagt. Vietnam ist als Partner erst angedacht.

Quelle/Anmerkung:
Nr. 259, S. 13, eingesehen im Archiv der Zeitung am 01.05.2013.
http://fazarchiv.faz.net/document/showSingleDoc/FAZ__FD1201211063681664?KO=&DT_from=&timeFilter=&timePeriod=timeFilter&dosearch=new&sext=0&crxdefs=&NN=&BC=&search_in=q&q=EU%2BIndien&sorting=&DT_to=&CO=&submitSearch=Suchen&maxHits=&CN=&&toggleFilter=&annr=1623163&highlight=\eJxzs9LisrFSUODSs0otBVOZeSmZqXlAph1Q2EDHgMvNKp6QEgAbXA8k\#start , auch abrufbar auf: https://www.genios.de/document?id=FAZ__FD1201211063681664&src=hitlist&offset=0 , zuletzt eingesehen am 22.12.2020.

D13-1
Deutschland Radio
Entwicklungsland, Hightechland

Deutsch-indische Regierungskonsultationen in Berlin



Ein Land, zwei Seiten: Indische Studentin mit Tablet-PC und... (Bild: picture alliance / dpa / Str)

Seit mehr als fünf Jahren verhandeln die EU und Indien über ein Freihandelsabkommen - ohne Ergebnis. Nun sollten gemeinsame Regierungskonsultationen in Berlin neuen Schwung bringen. Doch eine Lösung ist noch nicht in Sicht.

"Es gibt eine Situation, in der eine Lösung erreichbar erscheint", sagte Bundeskanzlerin Angela Merkel nach den zweiten deutsch-indischen Regierungskonsultationen in Berlin. Indiens Premierminister Manmohan Singh erklärte, sein Land sei bereit, weiter auf die EU zuzugehen. "Deutschland ist einer der wichtigsten Wirtschaftspartner", betonte Singh. Doch sei dieser bilaterale Handel noch deutlich ausbaufähig.

Jahr für Jahr exportiert Deutschland Maschinen, Elektrotechnologie, Metallwaren, chemische Erzeugnisse, Autos und Fahrzeugteile im Wert von 10,9 Milliarden Euro nach Indien und importiert Waren für 7,5 Milliarden. Innerhalb der EU ist die Bundesrepublik Indiens wichtigster Handelspartner - und Indien mit seinen mehr als 1,2 Milliarden Einwohnern einer der wichtigen Wachstumsmärkte in Asien, berichtet Deutschlandradio-Korrespondent Klaus Remme.

Die deutsch-indischen Konsultationen fanden unter Beteiligung zahlreicher Fachminister beider Länder im Berliner Kanzleramt statt. Dabei ging es auch darum, das Klima für deutsche Investoren zu verbessern. "Es gibt für deutsche Firmen zwar einen großen Markt in Indien, aber das Investieren ist immer noch vergleichsweise schwierig, wenn man zum Beispiel an die Infrastruktur denkt", sagte Christian Wagner, Indienexperte bei der Stiftung Wissenschaft und Politik, im Deutschlandradio Kultur.

Streitpunkt: Zölle auf Autos

Die EU verhandelt schon seit Jahren mit Indien. Die Gespräche begannen 2007, doch Signale für einen baldigen Abschluss gibt es nicht. Der genaue Stand ist öffentlich nicht bekannt - die Verhandlungen finden im Geheimen statt. Nach Auskunft von EU-Diplomaten will Indien teilweise wie ein Entwicklungsland und teilweise wie ein Hochtechnologieland behandelt werden. Strittig ist demnach unter anderem die Weigerung der indischen Führung, die hohen Zölle auf Autoimporte abzubauen.

Kritiker: Für indische Kleinbauern "hoch problematisch"



... Kuhfänger in Neu-Delhi (Bild: picture alliance / dpa / Frederic Spohr)

Nicht nur der Verband der aufstrebenden indischen Automobilindustrie befürchtet, dass dieser wachsende Industriezweig durch Importe europäischer Autos gefährdet werden könnte. Auch anderen indischen Wirtschaftszweigen könnte ein Freihandelsabkommen mit der EU eher schaden als nutzen. Der Leiter des indischen Büros der Heinrich-Böll-Stiftung, Axel Harneit Sievers, warnte im Deutschlandradio Kultur davor, dass durch Importe von subventionierten Milchprodukten aus Europa die gesamte indische Milchwirtschaft in Mitleidenschaft gezogen werde. Millionen von Kleinbauern seien abhängig vom Verkauf einiger Liter Milch am Tag. Für diese Landwirte sei die Marktöffnung "hoch problematisch".

Angesichts der vielen Nachteile für die indische Wirtschaft und der Verzögerungen in den Verhandlungen bezweifelt er, ob das geplante Abkommen überhaupt geschlossen wird.

Auch Barbara Lochbihler, Europaparlamentarierin der Grünen, sieht mit einem Freihandelsabkommen "die Interessen von sehr vielen armen Menschen in Indien und auch der Mittelschicht" gefährdet.

Quelle/Anmerkung:

http://www.dradio.de/aktuell/2069702/ , eingesehen am 22.12.2020

D13-2
Süddeutsche Zeitung
Deutsch-indische Gespräche

Berlin – Zum Auftakt von deutsch-indischen Regierungskonsultationen haben sich die Außenminister für ein Freihandelsabkommen zwischen der EU und Indien starkgemacht. Für beide Seiten wäre ein solcher Vertrag ein „wegweisender Schritt zu mehr Wachstum", sagte Bundesaußenminister Guido Westerwelle (FDP) am Mittwoch in Berlin. Sein indischer Kollege Salman Khurshid mahnte einen größeren „politischen Willen" für einen baldigen Abschluss der Verhandlungen an. Die Gespräche laufen bereits seit 2007. Zu den Regierungsgesprächen, die abwechselnd in einem der beiden Länder stattfinden, wurde am Abend auch Indiens Premierminister Manmohan Singh bei Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) erwartet. Mit zusammen mehr als

1,8 Milliarden Menschen stellen Indien und die Europäische Union (EU) ein Viertel der Weltbevölkerung. DPA

Quelle/Anmerkung:
Eingesehen im Archiv der Zeitung, S.6, http://www.sspdiz.apa.at/sitesearchplus/restricted/Fulltext.act?doc=EGTPOGWPOEPROOGSRECPPAW&back=Search_showSearch&searchCategory=0 , auch abrufbar auf: https://www.genios.de/document?id=SZ__A54366649&src=hitlist&offset=0 , zuletzt eingesehen am 22.12.2020.

D13-3
Die Welt
Singh bei Merkel. Deutschland von Dynamik Indiens enttäuscht

Das Treffen zwischen Indiens Premier Singh und Kanzlerin Merkel dokumentiert, wie sehr man einander in den vergangenen Jahren überschätzt hat. Ein Freihandelsabkommen soll für neuen Schwung sorgen. Von Thomas Vitzthum

Merkel und Singh dringen auf Freihandelsabkommen



Quelle: Reuters Beim Besuch des indischen Ministerpräsidenten in Berlin sprachen sich Bundeskanzlerin Merkel und Singh für einen schnellen Abschluss eines Freihandelsabkommens zwischen der EU und Indien aus.

Angela Merkel musste es eigens erwähnen: Ihre Minister seien unterwegs; in diesem oder jenem Land, schwer beschäftigt mithin, entschuldigt also. Schon am Vortrag hätten sich einige mit ihren indischen Kollegen getroffen, sagte die Kanzlerin. Doch die Bilder, die die Fotografen

von den zweiten deutsch-indischen Regierungskonsultationen am Donnerstag in Berlin nun gemacht haben, zeigen diese Treffen eben nicht.

Sie dokumentieren lediglich, wie deutsche Staatssekretäre ihre Unterschrift unter die bilateralen Absichtserklärungen und Verträge setzen, während Indiens Regierungschef Manmohan Singh zuständige Minister und die Botschafterin des Landes aufgeboten hatte. Nur Forschungsministerin Johanna Wanka (CDU) vertrat das Bundeskabinett auf Augenhöhe.

Handelsvolumen geringer als mit der Slowakei

Indien wird von deutscher Seite nicht mehr so wichtig genommen. Die schiere Größe des Landes spiegelt sich eben nicht automatisch in wirtschaftlichem und politischem Gewicht wieder. Zwar ist Deutschland innerhalb der EU für Indien der wichtigste Handelspartner, aber die Potenziale sind längst nicht ausgeschöpft. Die Erwartungen der Staaten ineinander waren offenbar zu hoch.

Als die Kanzlerin 2007 nach Indien gereist war, nahmen sich die Länder vor, innerhalb von fünf Jahren das Handelsvolumen von zehn Milliarden 2006 auf 20 Milliarden Euro zu steigern. Schon diese Zahl wirkt in Anbetracht der Einwohnerzahl Indiens von 1,2 Milliarden nicht sonderlich hoch gegriffen. Der Handel mit China umfasst aktuell rund 144 Milliarden Euro. Erreicht wurde sie dennoch nicht.

Der Bundesverband der Deutschen Industrie (BDI) bilanziert für 2012 insgesamt 17,38 Milliarden Euro und damit knapp drei Milliarden weniger als man sich vorgenommen hatte. Deutschland exportierte Waren im Wert von 10,38 Milliarden Euro. Damit rangiert Indien noch hinter der Slowakei an 22. Stelle der Absatzmärkte.

Infrastruktur und Bürokratie als Probleme

Interessiert sind die Inder vor allem an Maschinen aus Deutschland sowie chemischen Erzeugnissen und Elektrotechnik. Eingeführt werden vor allem indische Textilien und Bekleidung. Bei den Importen (6,99 Milliarden Euro) liegt Indien aber sogar nur noch auf dem 25. Platz der deutschen Handelspartner.

"Die Hoffnung, dass Indien den Anschluss an die Dynamik in China finden könnte, hat sich nicht erfüllt", sagte Asien-Experte Friedolin Strack vom BDI der "Welt". Es mangle vor allem an Verbesserungen der Infrastruktur. Auf Grund der Bürokratie sowie des rigiden Arbeitsrechts sei das Geschäftsklima insgesamt schwierig. So halten sich deutsche Firmen mit Investitionen zurück.

Auch der Austausch der Menschen funktioniert nicht wie gewünscht. So studieren derzeit etwa 6000 Inder in Deutschland. "Das ist noch nicht so viel", sagte Merkel. Es ist noch eine Untertreibung. Die Kanzlerin wies darauf hin, dass es inzwischen eine Vielzahl von englischsprachigen Studiengängen gebe. "Die Studenten sind willkommen."

Singh will wieder mehr Wachstum

In Anbetracht dieser eher ernüchternden Zahlen bemühten sich die Politiker gar nicht groß um Schönfärberei. Singh beteuerte, das Wachstum nach knapp fünf Prozent im vergangenen Jahr schnell wieder auf 7,5 bis acht Prozent steigern zu wollen. Fünf Prozent, das klingt für

deutsche Ohren noch immer gewaltig; der Wert steht jedoch für die geringste Dynamik der vergangenen zehn Jahre in dem Land.

Fünf Millionen Arbeitsplätze müsste Indien jedes Jahr schaffen, um seine junge Bevölkerung zu beschäftigen. Doch kaum einer entsteht noch. Merkel sprach in diesem Zusammenhang von einer "kleinen Kontraktion", die Indien erlebt habe.

Viel verspricht sich die Kanzlerin von einem Freihandelsabkommen zwischen der Europäischen Union und Indien. Überall, wo ein solches Abkommen geschlossen worden sei, habe sich anschließend der Handel belebt. "Es gibt jetzt eine Situation, in der ein solches Abkommen erreichbar scheint. Aber wir haben noch nicht alle Probleme überwunden", sagte Merkel. Die Verhandlungen laufen bereits seit 2007.

Merkel zeigte Verständnis dafür, dass nicht alles nach den Wünschen der Europäer laufen könne und deutete an, dass auch eine Stufenlösung denkbar sei. Als offene Fragen nannte sie unter anderem die Öffnung des indischen Marktes für Versicherungen, eine ausgewogene Lösung für die Automobilindustrie, den Dienstleistungssektor und den Bereich des geistigen Eigentums.

Appell an den Iran

Vor allem Pharmafirmen kämpften jüngst mit indischen Gerichten. Es geht um Fragen des Patentrechts und letztlich um den Zugriff auf den riesigen indischen Markt. "Patentstreitigkeiten haben dem Ruf Indiens international sehr geschadet", sagt BDI-Experte Strack.

Einig zeigten sich die Regierungschefs im Hinblick auf die drängenden außenpolitischen Fragen etwa das Atomprogramm des Iran. "Iran ist unser Nachbar und der viertgrößte Zuliefer von Eisen, sechs Millionen Inder leben in der Golf-Region", erklärt Singh. Deshalb trete er für eine friedliche Lösung ein. Der Hinweis auf die wirtschaftliche Abhängigkeit Indiens von seinem Nachbarn zeigte, dass Singh wenig von weiteren Sanktionen hält.

Im Hinblick auf den Vertrag über die Nichtverbreitung von Atomwaffen habe der Iran "Pflichten zu erfüllen", sagte er. Die Möglichkeiten der Diplomatie müssten voll und ganz ausgeschöpft werden. Merkel zeigte sich "enttäuscht", dass es bisher keinen Fortschritt in den Verhandlungen gegeben habe.

Quelle/Anmerkung:
http://www.welt.de/politik/deutschland/article115216959/Deutschland-von-Dynamik-Indiens-enttaeuscht.html, eingesehen am 14.12.2020.

D13-4
Handelsblatt
Treffen in Berlin. Deutschland und Indien wollen Freihandelsabkommen

Treffen in Berlin

Indien gehört für Deutschland zu den wichtigen strategischen Partnern. Deshalb gibt es erstmals gemeinsame Regierungskonsultationen in Berlin. Einig ist man sich im Wunsch nach einem Freihandelsabkommen.



Bundeskanzlerin Angela Merkel und Indiens Premierminister Manmohan Singh geben eine Pressekonferenz im Kanzleramt in Berlin. Quelle: dpa

Berlin. Deutschland und Indien wollen bei den Verhandlungen über ein Freihandelsabkommen aufs Tempo drücken. Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) und Indiens Premierminister Manmohan Singh sprachen sich am Donnerstag in Berlin für einen baldigen Abschluss der Gespräche aus. Die Verhandlungen, die zwischen Indien und der Europäischen Union insgesamt geführt werden, laufen bereits seit 2007. Zugleich mahnten die beiden Regierungschefs im Streit mit Nordkorea und Iran eine diplomatische Lösung an.

Das Freihandelsabkommen war wichtigstes Thema der deutsch-indischen Regierungskonsultationen, zu denen Singh erstmals mit einer Reihe von Ministern nach Berlin gekommen war. Bislang fand ein solches Treffen erst einmal in Indien statt. Für die EU gehört die weltweit bevölkerungsreichste Demokratie mit ihren 1,2 Milliarden Einwohnern zu den großen Hoffnungsträgern auf den asiatischen Wachstumsmärkten.

Merkel sagte: „Es gibt jetzt eine Situation, in der ein solches Abkommen erreichbar scheint. Aber wir haben noch nicht alle Probleme überwunden." Singh sprach davon, dass das Abkommen nun „möglichst bald" unterzeichnet werden sollte. Dagegen spricht, dass noch eine ganze Reihe von Fragen offen ist.

Dazu gehören zum Beispiel die hohen Einfuhrzölle für europäische Autos. Merkel deutete an, dass dafür auch eine Stufenlösung denkbar sei. Die Europäer verlangen zudem, dass sich ihre Banken und Versicherungskonzerne frei auf dem indischen Markt bewegen können. Singh versprach hier eine „Liberalisierung". Strittig ist auch der Agrarbereich. Als Themen mit weiterem „Beratungsbedarf" nannte Merkel auch Dienstleistungen und den Schutz geistigen Eigentums.

Deutschland und Indien gehören der Gruppe der 20 wichtigsten Industrie- und Schwellenländer (G20) an. Mit zusammen mehr als 1,8 Milliarden Menschen stellen Indien und die EU ein Viertel der Weltbevölkerung. Innerhalb der EU ist Deutschland für Indien der wichtigste Handelspartner. Im weltweiten Vergleich liegt die Bundesrepublik aber nur auf Platz acht.

Das bilaterale Handelsvolumen ging im vergangenen Jahr auf 17,4 Milliarden (-5,4% im Vergleich zum Vorjahr) zurück. Davon entfielen nach Angaben des Statistischen Bundesamtes 10,4 Milliarden (-4,5%) auf Exporte und sieben Milliarden (-6,8%) auf Importe.

Merkel und Singh warnten zudem den Iran davor, in den Kreis der Atommächte aufrücken zu wollen. „Wir setzen darauf, dass es keine nukleare Bewaffnung gibt", sagte Merkel. Singh betonte das Recht Irans auf eine zivile Atomkraftnutzung. Er unterstrich aber die

Verpflichtungen Irans im Zusammenhang mit der Nichtverbreitung von Atomwaffen. Angesichts der Drohungen Nordkoreas mit einem Einsatz von Atomwaffen sagte Singh, Indien und Deutschland hätten ein gemeinsames Interesse an Frieden und Stabilität.

Quelle/Anmerkung:
http://www.handelsblatt.com/politik/deutschland/treffen-in-berlin-deutschland-und-indien-wollen-freihandelsabkommen/8053218.html , zuletzt eingesehen am 22.12.2020.

D13-5
Handelsblatt
Freihandel mit Indien naht Kanzlerin Merkel sieht Fortschritte bei den Endlos-Verhandlungen

Die Handelsschranken zwischen Europäischer Union und Indien könnten nach Einschätzung von Bundeskanzlerin Angela Merkel in absehbarer Zeit fallen. Die bereits seit 2007 laufenden Verhandlungen zwischen den beiden Wirtschaftsmächten seien derzeit "sehr dynamisch", sagte Merkel im Rahmen der deutsch-indischen Regierungskonsultationen. "Es gibt eine Situation, in der eine Lösung erreichbar erscheint." Allerdings seien noch nicht alle Probleme überwunden.

Umstritten ist vor allem die Öffnung der indischen Märkte für Autos und Versicherungen. Neu-Delhi belegt ausländische Autohersteller mit heftigen Importzöllen, die bei Oberklassefahrzeugen 75 Prozent erreichen können. Indien ist stolz auf seine Autoindustrie und will die Schutzzölle nur schrittweise über Jahre gestreckt abbauen. Besonders Deutschland mit seiner starken Autoindustrie drängt, den vielversprechenden Markt schneller zu öffnen.

Zweiter Hauptstreitpunkt ist der indische Versicherungsmarkt: Dieser ist für ausländische Anbieter nur schwer zugänglich, da sie bislang maximal 26 Prozent der Anteile an lokalen Versicherern halten dürfen. Die indische Regierung will diese Schwelle auf 49 Prozent anheben, trifft damit aber im Parlament auf heftigen Widerstand.

Die Öffnung der eigenen Märkte ist auch in weiten Teilen der Bevölkerung unpopulär, deshalb verfügt Premier Manmohan Singh nur über wenig Verhandlungsspielraum. Wirtschaftsminister Anand Sharma trifft sich am Montag in Brüssel mit EU-Handelskommissar Karel de Gucht, um eine Einigung zu finden. Der stellvertretende DIHK-Hauptgeschäftsführer Volker Treier bezweifelt aber, dass die Streitpunkte dort bereits ausgeräumt werden. "Zum jetzigen Zeitpunkt ist nicht mit einem raschen Abschluss der Verhandlungen zu rechnen", sagte er dem Handelsblatt

Dabei könnten die Handelsbeziehungen neuen Schwung gebrauchen. Die deutschen Exporte in das vermeintliche Boomland Indien gingen 2012 um 4,3 Prozent zurück. "Das große Handelspotenzial wird derzeit definitiv nicht abgerufen", kritisierte Treier.

Hoppe, Till
12. April 2013

Quelle/Anmerkung:
Handelsblatt Nr. 071, S. 15. Eingesehen am 02.05.2013 auf:
http://www.wirtschaftspresse.biz/pshb?fn=relhbi&sfn=buildhbi&GoPage=205550,205551&bmc=biz_cn_detailsuche&bmc=biz_cn_archiv_artikel&dk=1&SH=4cc5032124590633008cbdbcc6eeb3&depot=0, auch abrufbar auf: https://www.genios.de/document?id=HB__E09D5716-33A8-4E18-9C3C-96D4C35C8427&src=hitlist&offset=0 zuletzt eingesehen am 22.12.2020.

D13-6
Süddeutsche Zeitung
Ein Markt für Milliarden

Merkel und Singh hoffen auf baldiges Freihandelsabkommen Indiens mit der EU

Berlin – Der indische Premierminister Manmohan Singh hat Deutschland aufgerufen, die wirtschaftlichen Möglichkeiten in seinem Land stärker zu nutzen. Er fordere die Deutschen auf, „am schnellen Wachstum in Indien teilzuhaben" und sich an geplanten Infrastrukturprojekten zu beteiligen, sagte Singh nach den zweiten deutsch-indischen Regierungskonsultationen in Berlin. Bundeskanzlerin Angela Merkel würdigte die „beträchtliche Dynamik" in Indien . Das Land mit 1,2 Milliarden Einwohnern entwickelt gegenwärtig einen Industriekorridor zwischen Delhi und Mumbai, in dem acht neue Städte mit Industrieansiedlungen und 24 Industriezonen entstehen sollen.

Beide Regierungschefs stellten eine baldige Einigung in den seit 2007 laufenden Verhandlungen über ein Freihandelsabkommen zwischen Indien und der Europäischen Union in Aussicht. „Es gibt jetzt eine Situation, in der ein solches Abkommen erreichbar erscheint. Aber wir haben noch nicht alle Probleme überwunden", sagte Merkel. Er hoffe auf eine baldige Unterzeichnung des Abkommens, betonte Singh. An diesem Freitag sollen darüber weitere Gespräche in Brüssel geführt werden. Merkel räumte ein, dass es noch Streitpunkte gebe, etwa die Beschränkungen für europäische Versicherungen auf dem indischen Markt. Für Deutschland sei auch der Zugang zum indischen Automarkt wichtig. Indien sei hier bereit, Zollschranken zu senken, sagte Singh. Auch im Versicherungsbereich sei man zur Liberalisierung bereit.

Beide Regierungschefs machten klar, dass sie eine atomare Bewaffnung Irans ablehnen. Dennoch wurden in dieser Frage Unterschiede deutlich. Die Bundesregierung sei enttäuscht und besorgt, dass es keine Fortschritte bei den Verhandlungen mit Iran gebe, sagte Merkel. Singh betonte das Recht Irans auf eine zivile Nutzung der Atomkraft, forderte die Regierung in Teheran aber auf, ihre Verpflichtungen aus dem Abkommen über die Nichtverbreitung von Atomwaffen zu erfüllen.

Die Frage nach der Umsetzung von Sanktionen gegen Iran durch Indien beantwortete Singh indirekt. „Iran ist ein Nachbar Indiens", sagte er. Zudem sei das Land der viertgrößte Eisenlieferant Indiens. Am Golf lebten überdies sechs Millionen Inder. Instabilität dort führe zu negativen Konsequenzen für die indische Volkswirtschaft. Er hoffe, dass die Möglichkeiten der Diplomatie voll ausgeschöpft würden, um den Konflikt zu lösen.

Wichtiges Thema der Regierungskonsultationen war auch die Euro-Krise. Das Wohlergehen der Euro-Zone liege Indien am Herzen, sagte Singh. Eine „starke und robuste Euro-Zone ist im Interesse aller Entwicklungsländer", versicherte er. Wenn es in einer so wichtigen Region wie der Euro-Zone Schwierigkeiten gebe, führe das zu Problemen für den gesamten internationalen Handel. Merkel versicherte, dass sich die Euro-Länder an der dauerhaften Bewältigung der Krise arbeiteten.

Innerhalb der Europäischen Union ist Deutschland für Indien der wichtigste Handelspartner. Im weltweiten Vergleich liegt die Bundesrepublik aber nur auf Platz acht. Das bilaterale Handelsvolumen belief sich im vergangenen Jahr auf 17,4 Milliarden Euro. Das war ein Rückgang um 5,4 Prozent im Vergleich zum Vorjahr.

DANIEL BRÖSSLER

Der Premierminister betont
das Recht Irans auf eine
zivile Nutzung der Atomkraft

Quelle/Anmerkung:
Druckausgabe vom 12.04.2013, S.5.

D13-7
Süddeutsche Zeitung
Singh bei Gauck

Berlin – Indiens Premierminister Manmohan Singh ist zum Abschluss seines Berlin-Besuchs von Bundespräsident Joachim Gauck empfangen worden. Bei einem gut 45-minütigen Gespräch am Freitag im Schloss Bellevue betonten beide die universelle Gültigkeit der Menschenrechte. Gauck würdigte nach Angaben des Präsidialamts die demokratischen Errungenschaften des Landes in Südasien mit seinen 1,2 Milliarden Einwohnern. Auch die angestrebte Freihandelszone zwischen Indien und der Europäischen Union war Thema des Gesprächs. Am Mittwoch hatten sich Singh und Bundeskanzlerin Angela Merkel für einen zügigen Abschluss der Verhandlungen über ein Freihandelsabkommen ausgesprochen. DPA

Quelle/Anmerkung:
S. 6., Eingesehen im Archiv der Zeitung.
http://www.sspdiz.apa.at/sitesearchplus/restricted/Fulltext.act?doc=EGTPOGWPOEPROEGSREHWARS&back=Search_showSearch&searchCategory=0, auch abrufbar auf:
https://www.genios.de/document?id=SZ__A54382645&src=hitlist&offset=0, zuletzt abgerufen am 22.12.2020.

D13-8
Frankfurter Rundschau / Bild
Gauck und Singh betonen weltweite Geltung der Menschenrechte

Berlin (dpa) - Indiens Premierminister Manmohan Singh ist zum Abschluss seines Berlin-Besuchs von Bundespräsident Joachim Gauck empfangen worden

Berlin (dpa) - Indiens Premierminister Manmohan Singh ist zum Abschluss seines Berlin-Besuchs von Bundespräsident Joachim Gauck empfangen worden. Bei einem gut 45-minütigen Gespräch im Schloss Bellevue betonten beide die universelle Gültigkeit der Menschenrechte. Gauck würdigte nach Angaben des Präsidialamtes die demokratischen Errungenschaften des 1,2 Milliarden Menschen umfassenden Landes in Südasien. Auch die angestrebte Freihandelszone zwischen Indien und der Europäischen Union war Thema des Gesprächs.

Quelle/Anmerkung:

http://www.fr-online.de/newsticker/gauck-und-singh-betonen-weltweite-geltung-der-menschenrechte,11005786,22352110.html eingesehen am 29.04.2013 sowie auf

http://www.bild.de/news/aktuell/news/gauck-und-singh-betonen-weltweite-geltung-29979684.bild.html, eingesehen am 14.12.2020.

D13-9
Frankfurter Allgemeine Zeitung
Indische Absenzen

Indien will Freihandel,
vergibt aber ungern Visa

Gerne wäre diese Zeitung nach Indien gereist, in dieses ferne Land mit seinen Elefanten, Spinataufläufen und dem großen weiten Ozean, doch wir kamen nicht weiter als in den narkotisierenden Singsang der Warteschleifen der Telefonanlage des indischen Konsulats Frankfurt. Doch, etwas weiter kamen wir, per E-Mail zu Herrn Chand, und der fragte uns oft, sehr oft, ob wir „vorher schon einmal in Indien gewesen sind". Stets lautete die Antwort nein, stets verstand er ja, und man hätte meinen können, Kafka sei ein Inder gewesen. Stets begleitete die Hoffnung auf Fortschritte das wochenlange Genehmigungsverfahren, doch dann fragte Herr Chand wenig später wieder, ob wir schon zuvor in Indien gewesen seien. So vergingen die Wochen und das Flugzeug folg ohne uns.

Indien ist nicht Kongo oder Pjöngjang, bald soll es ein Freihandelsabkommen geben mit Europa, die Wirtschaftsgeflechte sind bekanntlich tausendfältig. Die Reisernte hatten wir uns auf Einladung eines Reiserntemaschinenherstellers ansehen wollen, in all ihrer Banalität. Doch da gäbe es auch über kritische Aspekte der indischen Reiswirtschaft zu berichten: über gewaltige Exportüberschüsse in einem selbst nicht satten Land, die negativen Folgen der politisch verordneten kleinteiligen Landwirtschaft, die Oligopolmacht der Saatgutkonzerne. Indien, die große Demokratie, benahm sich auffallend tolpatschig im Genehmigungsverfahren für ein Geschäftsvisum. Fünf Wochen vor Abflug füllten wir umfängliche Formulare aus- darin unter anderem, dass dies der erste Besuch in Indien sein. Das Konsulat fordert eine Woche später alle Artikel an, die nach bisherigen Besuchen in Indien entstanden seien. In der folgenden Woche erneuerte Herr Chand die Forderung, da „Mr. Jan" ja schon mehrfach in Indien gewesen sei: „Wir möchten einen Blick in die Artikel werfen, die auf früheren Reisen entstanden sind." Dazu verlangte er einen englischen Lebenslauf. „Es ist Herrn Jans erste Reise nach Indien", entgegnete das Landmaschinenunternehmen, „daher gibt es keine Artikel." Das Konsulat schwieg zwei Wochen. Dann forderte es eine Woche vor Abflug andere Arbeitsproben. Als es die erhält, teilt Herr Chand mit, er sein leider verreist: „Mr. Jan muss seinen Abflug leider verschieben."

Jan Grossarth

Quelle/Anmerkung:
Eingesehen im Archiv der Zeitung, Datum 20.04.2013, S.14, Nr. 92. Auch abrufbar auf: https://www.genios.de/document?id=FAZ__FD2201304203853014&src=hitlist&offset=0 , zuletzt eingesehen am 22.12.2020.

D13-10
Frankfurter Allgemeine Zeitung
Indien nicht reif für Freihandel

Entwicklungsbank warnt vor Abkommen mit der EU

che. NOIDA, 5. Mai. Die Asiatische Entwicklungsbank (ADB) warnt vor dem Abschluss des seit langem verhandelten Freihandelsabkommen zwischen Indien und der Europäischen Union. „Indien braucht keine weiteren Freihandelsverträge. Es müsste zunächst seine Hausaufgaben machen. Sie sind es, die den Außenhandel ausbremsen", sagte Jay Menon, der Chefvolkswirt er ADB für Handel. Die derzeit schon 34 verabschiedeten Handelsverträge der drittgrößten Volkswirtschaft hätten den Export kaum gefördert. Im Gegenteil: „Freihandelsverträge können sogar die Korruption vorantreiben. Sie bieten zum Beispiel eine Vielzahl von Warengruppen, in die ein Produkt eingestuft werden kann. Das kann zur

Bestechung verleiten“, sagte Menon.
Die Zahl der Freihandelsabkommen in Asien ist von 36 im Jahr 2002 auf der derzeit 109 in die Höhe geschossen- schneller als in jeder anderen Weltregion. Menon erklärte, viele der Abkommen sein „ausschliesslich politisch motiviert“. Der Verwaltungsaufwand sei enorm, die Ergebnisse erscheinen eher bescheiden. „Nur zwischen 5 und 25 Prozent des Handelsvolumen von Ländern in Asien werden unter dem Dach der Freihandelsabkommen abgewickelt“, sagte Menon. Bei der ADB selbst heißt es in einer Studie: „Während sich der Grad der Finanzintegration in Asien möglicherweise erhöht hat, sind die positiven Folgen auf Konsum und Investitionsrisiken nur sehr begrenzt geblieben.“ Risiken liegen auch darin, dass die Länder nicht wirklich auf die Öffnung ihrer Märkte vorbereitet seien. Damit steigt die Ablehnung in der Bevölkerung. Dies zeigen etwa die Reaktionen in Indonesien oder auf den Philippinen mit Blick auf den Freihandel mit China. „Die Ungleichheit innerhalb der Länder wächst.“

Quelle/Anmerkung:
Eingesehen im Archiv der Zeitung, Datum 06.05.2013, S. 20, Nr. 104. Auch abrufbar auf: https://www.genios.de/document?id=FAZ__FD1201305063874888&src=hitlist&offset=0 , zuletzt eingesehen am 22.12.2020.

F7-1
La Tribune
Frictions commerciales entre Bruxelles et Delhi

ENCART: L'Inde refuse de voir incluses dans l'accord de libre-échange avec l'Union des clauses sur les armes de destruction et la démocratie.

Annoncées comme une réponse à l'enlisement des négociations commerciales multilatérales, les tractations bilatérales commerciales menées par la Commission européenne ne semblent guère plus aisées. Lancés l'an dernier avec les pays du Golfe, les pays andins, l'Amérique centrale, la Corée du Sud, l'Asean et l'Inde, les projets d'accords de libre-échange bilatéraux (ALE) de Bruxelles doivent bientôt être avalisés par les États membres pour ouvrir la voie aux négociations actives.

Premier grain de sable, l'Inde a refusé que soient incluses dans les termes du projet d'accord des clauses portant sur les armes de destruction massive (ADM) et sur les droits de l'homme et la démocratie. Ce serait " un cas de rupture ", aurait tonné Kamal Nath, le ministre indien du Commerce. Bruxelles a donc proposé à Delhi un nouveau projet écartant ces clauses. Mais Annalisa Giannella, représentante du responsable de la politique extérieure de l'UE, Javier Solana, s'est élevée contre le soutien apporté par certains États membres à cette reformulation qui pourrait créer un précédent, à l'heure où le risque de prolifération nucléaire menace en Iran. Pour toute réponse, la Commission lui a rappelé que l'Europe et l'Inde avaient déjà signé un plan d'action conjoint en 2005 portant sur les ADM, sans parler d'un accord de coopération datant de 1994 qui pourrait être opportunément actualisé. Le débat entre les membres pourrait reporter jusqu'à avril l'adoption d'un mandat de négociation.

OMC: Paris se crispe Paris se raidit sur les négociations agricoles menées dans le cadre de Doha, sous l'égide de l'OMC. Jacques Chirac a mis en cause, samedi, les méthodes du commissaire européen au Commerce, Peter Mandelson. Il a été relayé hier par le ministre de l'Agriculture, Dominique Bussereau. Du coup, les mots

d'apaisement du Premier ministre, Dominique de Villepin, niant vouloir bloquer Doha, semblaient peu convaincants.

Quelle/Anmerkung:
Erhoben in LexisNexis, Rubrique: Economie; International; Pg. 35.

F7-2
Les Échos
L'Inde est optimiste sur la conclusion d'un accord avec l'Europe

L'Inde espère conclure un accord de libre-échange avec l'Union européenne d'ici à la fin de l'année 2008. C'est ce qu'a affirmé hier Kamal Nath, le ministre indien du Commerce au terme d'une entrevue à New Delhi avec son homologue finlandais, Paavo Vayrynen. Les échanges entre l'Union européenne et l'Inde, troisième économie d'Asie après le Japon et la Chine, sont actuellement en forte augmentation. Les exportations indiennes à destination de l'Europe ont crû de 21 % au cours de l'année fiscale terminée au 31 mars 2007, tandis que le niveau des importations s'appréciait de 16 %. Au total, le commerce bilatéral s'est élevé à 56,6 milliards de dollars.

Quelle/Anmerkung:
Erhoben in LexisNexis, Rubrique: Breve; Pg. 10, N°. 20032.

F7-3
Les Échos
L'Europe espère « rapidement » un accord de libre-échange avec l'Inde

L'Inde et l'Union européenne échangent pour plus de 1 milliard d'euros par semaine de biens et de services, un volume qui doit augmenter grâce à la conclusion « rapide » d'un accord bilatéral de libre-échange, ont indiqué, hier, des ambassadeurs européens à New Delhi. Avec « 47 milliards d'euros de biens et 10 milliards d'euros de services » échangés annuellement entre l'Inde et l'Union, « les flux commerciaux s'élèvent à plus de 1 milliard d'euros par semaine », a déclaré Danièle Smadja, chef de la délégation de la Commission européenne. Mais les échanges bilatéraux indo-européens « n'ont pas encore atteint leur potentiel », a souligné la diplomate française. Elle s'exprimait avant le huitième sommet Inde-UE, qui se tiendra vendredi à New Delhi.

Quelle/Anmerkung:
Erhoben in LexisNexis, Rubrique: Breve; Pg. 8, N°. 20055.

F7-4
Les Échos
Bruxelles et New Delhi espèrent signer un accord de libre-échange en 2008

L'Union européenne et l'Inde espèrent signer un accord de libre-échange en 2008, ont indiqué le commissaire européen au Commerce, Peter Mandelson, et son homologue indien, afin de doper le commerce bilatéral, qui atteint déjà près de 60 milliards d'euros par an. Les ministres des Affaires étrangères de l'UE avaient donné en avril leur feu vert à la Commission européenne pour engager des négociations en vue de signer des accords de libre-échange avec l'Inde, la Corée du Sud et l'Association des nations d'Asie du Sud-Est (Asean). L'Union européenne est le

premier partenaire commercial de l'Inde, représentant 18 % de son commerce extérieur, et elle constitue son premier investisseur étranger, mais l'Inde n'est que le neuvième partenaire commercial de l'Union.

Quelle/Anmerkung:
Erhoben in LexisNexis, Rubrique: Breve; Pg. 10 N°. 20059.

F8-1
L'Humanité
Le nucléaire au coeur du sommet UE-Inde

ENCART: Commerce . À la veille de la rencontre de Marseille, New Dehli opère, comme avec Washington, un rapprochement avec Bruxelles sur l'énergie atomique, mais les sujets de frictions demeurent.

Énorme puissance émergente comme la Chine, l'Inde est courtisée et redoutée. Courtisée, parce que ce pays d'un milliard cent millions d'habitants s'offre une croissance de quelque 8 %, et que sa politique de libéralisation économique menée depuis 1991 ouvre un marché important aux capitaux mondialisés. Redoutée, parce que, comme la Chine, cette phase de transition accélère le creusement des inégalités sociales qui porte tous les germes d'une implosion nationale, situation dont le gouvernement de coalition menée par le parti du Congrès doit, bon gré mal gré, tenir compte. Aussi, ce huitième sommet Union européenne-Inde, qui se tient lundi à Marseille, porte la marque de ces contradictions.

Liées par un partenariat stratégique depuis 2004, les deux parties disent vouloir renforcer leur coopération et mettre au point un accord de libre échange. L'UE est le principal partenaire commercial de l'Inde et un investisseur important dans plusieurs secteurs essentiels pour la poursuite de la croissance indienne (énergie, transports, télécommunications). Les négociations seront conduites pour la partie indienne par le premier ministre Manmohan Singh, et pour l'UE, par Nicolas Sarkozy en sa qualité de président du Conseil européen.

Mais ce sommet prend place dans un ensemble d'enjeux très serrés entre New Delhi, Washington, Bruxelles et Paris. Une chose est certaine : c'est le dossier du nucléaire qui dominera le périple du premier ministre indien. Le 6 septembre à Vienne, le groupe des 45 pays fournisseurs nucléaires (NSG), qui contrôle l'exportation de ces technologies dans le monde, avait validé le pacte dit "123" permettant aux États-Unis de vendre à l'Inde des réacteurs nucléaires ou du combustible à usage civil. Le marché indien représente 100 milliards de dollars d'investissement d'ici à 2030, et la France, également sur les rangs, espère finaliser les pourparlers entrepris par Areva. "Nous devrions considérer comme acquise la signature de l'accord sur le nucléaire avec la France le 30 septembre à Paris", a récemment déclaré Lalit Mansingh, ancien ambassadeur d'Inde aux États-Unis. L'accord est prêt depuis la visite de Nicolas Sarkozy à Delhi en janvier dernier.

Toutefois, si les gouvernements américain et français se félicitent de ces énormes contrats avec le second pays le plus peuplé de la planète, les relations entre l'Inde et les puissances occidentales connaissent des zones de turbulences. Delhi est ainsi fortement critiqué par ces dernières qui l'accusent d'avoir bloqué à l'OMC le cycle de Doha sur l'agriculture. Proposant de réduire leurs subventions dans le secteur de

70 % et 80 % respectivement, les États-Unis et l'Union européenne exigeaient en retour l'adoption d'un "mécanisme spécial de garantie", par les pays émergents. Celui-ci permettrait à ces derniers d'augmenter les tarifs douaniers de 15 % sur les produits agricoles, dès lors que leurs importations dépasseraient les 40 %. Un taux jugé beaucoup trop élevé pour les représentants indiens qui ont exigé qu'il soit ramené à 10 % afin que leurs petits agriculteurs puissent survivre.

Le secteur agricole indien, qui concerne 60 % de la population active, est en effet constitué à 80 % d'agriculteurs possédant moins d'un hectare de terre. L'endettement touche un paysan sur deux et en a poussé plus de 85 000 au suicide entre 2001 et 2005.

Quelle/Anmerkung:
Erhoben in LexisNexis; Rubrique: Europe; Pg. 15.

F8-2
Le Figaro
Les patrons indiens à l'assaut de la France

SOMMET Ils seront plus d'une centaine avec le premier ministre indien, aujourd'hui à Marseille, demain à Paris, pour développer les échanges économiques.

UN SOMMET européen à Marseille aujourd'hui, suivi d'un tête-à-tête à Paris demain : le premier ministre indien, Manmohan Singh, et le président français Nicolas Sarkozy ont deux jours pour pousser quelques dossiers en souffrance.

« Plus de cent patrons indiens seront du voyage, cela prouve à quel point est grand l'intérêt de l'Inde au développement de ses relations économiques avec l'Union européenne, mais aussi avec la France », confie Amit Mitra, secrétaire général de la Fédération des chambres indiennes de commerce et d'industrie (FICCI).
Le menu européen est copieux. En plat de résistance, un accord de libre-échange entre l'Inde et l'UE. « Il est en négociation depuis deux ans. À l'heure où Delhi s'apprête à signer un accord semblable avec le Japon, la Corée du Sud et les pays de l'Asean (Association des pays d'Asie du Sud-Est), nous aimerions avancer avec l'Europe », explique Amit Mitra. Diversification oblige. La Look-East Policy consistant à tisser des liens avec les « petits dragons » voisins, avait été lancée il y a plus de quatre ans. L'UE est toujours le premier partenaire commercial de l'Inde - devant la Chine -, mais pour combien de temps ?
« Seuls les vingt-cinq patrons des grands groupes indiens seront présents à Marseille », poursuit Amit Mitra. Le gros du bataillon, à savoir les soixante chefs de PME et les trente-huit représentants de l'industrie du luxe, ira directement à Paris, puis à Lyon et à Strasbourg. Amit Mitra en est convaincu, « Il est temps que les Français se réveillent et il faut les aider. S'ils ne prennent pas le train en marche, l'immense marché indien leur échappera. »

Accord sur le nucléaire civil

Il est d'autres dossiers qui fâchent, notamment celui du réchauffement climatique. Accusée de sacrifier la lutte contre la pollution sur l'autel de sa croissance économique, l'Inde ne ferait pas assez pour réduire ses émissions de CO_2. Et puis

d'autres sur lesquels il est urgent de discuter : la crise financière aux États-Unis, la sécurité alimentaire, le siège permanent au Conseil de sécurité de l'ONU, que Delhi attend toujours, l'élargissement du G8, etc. Indiens et Européens débattront aussi de la lutte contre le terrorisme, plus d'actualité que jamais. Samedi, un nouvel attentat a frappé Delhi, tuant deux enfants.
Enfin, le nucléaire devrait être le point d'orgue des rencontres bilatérales. L'accord de partenariat avec Paris, qui n'attend plus qu'à être validé, ouvrira la porte à de beaux contrats pour Areva et Alstom. « Dans les quinze prochaines années, l'Inde dépensera 97 milliards d'euros pour son équipement nucléaire, assure Amit Mitra. La France devrait en récolter 25 % soit quelque 20 milliards d'euros. »
L'agence atomique indienne (NPCIL), aurait présélectionné l'américain Westinghouse Electric Company, le joint-venture américano-nippon General Electric-Hitachi, le français Areva et l'agence d'énergie atomique russe Rosatom.

Quelle/Anmerkung:
Erhoben in LexisNexis; Rubrique: International; Pg. 8 N° 19957.

F8-3
Le Parisien
UE et Inde en sommet à Marseille

L'Union européenne et l'Inde se retrouvent lundi à Marseille en sommet annuel afin de négocier un accord de libre-échange et surtout pour parler entre grandes puissances démocratiques du réchauffement climatique, des crises financière et alimentaire et du terrorisme.Ce neuvième sommet --en présence du Premier ministre indien Manmohan Singh, du président français Nicolas Sarkozy et du président de la Commission européenne José Manuel Durao Barroso-- se tient au moment où l'Inde n'a jamais été aussi fière de son double statut de "plus grande démocratie du monde" et d'économie la plus performante de la planète, juste derrière la Chine.
"L'Inde et Europe sont liées par les valeurs communes de la démocratie et du pluralisme", a souligné M. Singh en partant lundi dernier pour une semaine à New York et à Washington, avant sa visite à Marseille puis à Paris les 29 et 30 septembre.L'UE reste, devant la Chine, le premier partenaire commercial de l'Inde, avec 60 milliards d'euros de biens et de services échangés l'an dernier. Mais le géant asiatique "n'est que le neuvième partenaire commercial de l'UE, derrière la Corée du Sud, ce qui est anormal", a relevé devant le Parlement européen le secrétaire d'Etat français aux Affaires européennes, Jean-Pierre Jouyet.Pour corriger ce déséquilibre, les deux parties vont continuer de discuter d'un éventuel accord de libre-échange.Même si la Fédération des chambres indiennes de commerce et d'industrie (FICCI) rêve d'un accord "bouclé pour 2009", des diplomates indiens et européens admettent qu'"il reste beaucoup de travail"."Nous ne conclurons pas à Marseille", préviennent-ils, notamment en raison du calendrier électoral en Inde qui doit organiser ses législatives avant mai 2009.L'UE a fait de l'Inde son "partenaire stratégique" en 2004.L'année suivante, elle a adopté "un plan d'action", un cadre pour le dialogue politique et la coopération, les Européens étant alors convaincus du potentiel économique du poids-lourd asiatique, qui a su aussi préserver depuis son indépendance en 1947 une démocratie de 1,1 milliard d'habitants."Nous souhaitons adopter un plan d'action rénové, plus court, plus opérationnel", a plaidé M. Jouyet, notamment pour les questions énergétiques, climatiques et de sécurité.Pour le réchauffement climatique, l'UE juge que l'Inde, dorénavant troisième pollueur de la planète, ne fait pas assez d'efforts pour se fixer des objectifs de réduction de ses

émissions de CO_2."Nous avons une conception opposée à celle de l'Inde: agir contre le changement climatique n'est pas contradictoire avec la croissance économique", a expliqué la vice-présidente de la Commission européenne Margot Wallström.Avant d'arriver en France, M. Singh avait dit vouloir "renforcer la coopération dans l'antiterrorisme" avec l'Europe, au moment où son pays est frappé depuis novembre 2007 par une vague d'attentats revendiqués par un groupe islamiste indien qui ont fait 150 morts.M. Jouyet lui a répondu que "la lutte contre le terrorisme (était) un élément central du dialogue avec l'Inde" voisine d'un Pakistan en plein chaos et engagée dans des projets de reconstruction d'un Afghanistan en guerre.La dialogue diplomatique devrait également tourner autour de la crise financière américaine et mondiale, à laquelle l'Inde assure, pour l'instant, avoir échapper. Grand producteur agricole, l'Inde sera probablement sollicitée par l'UE à propos de la flambée des denrées alimentaires."Il est plus que temps qu'un pays émergent comme l'Inde ait sa place dans les affaires mondiales", a résumé un diplomate.D'ailleurs, le Premier ministre Singh ne manquera certainement pas de parler une nouvelle fois d'un siège permanent au Conseil de sécurité pour l'Inde et de l'élargissement du G8. Des revendications que la France soutient, mais sur lesquelles l'UE n'a pas de position commune.

Quelle/Anmerkung:
http://www.leparisien.fr/liveafp-politique/ue-et-inde-en-sommet-a-marseille-29-09-2008-259221.php, eingesehen am 28.06.2013.

F8-4
La Croix
L'Inde et l'Europe veulent faire affaires

Le 9e sommet UE-Inde, qui s'ouvre ce matin à Marseille, a pour but d'améliorer le partenariat commercial et stratégique entre les deux partenaires.

Après New-Delhi l'an dernier, le sommet Erope-Inde se déroule à Marseille. À l'invitation du président Nicolas Sarkozy, la délégation indienne sera conduite par le premier ministre Manmohan Singh. L'ordre du jour porte la marque du chef d'État français, qui préside l'UE jusqu'à fin décembre. La sécurité alimentaire, le changement climatique et l'énergie seront au centre des débats.

Il est notamment question d'octroyer un prêt de la Banque européenne d'investissement à l'Inde pour le développement de ses énergies renouvelables. Les deux partenaires actualiseront aussi la feuille de route pour leur partenariat stratégique, lancé en 2004. Et ils tenteront de conclure l'accord de libre-échange qui n'avait pu être paraphé l'an dernier.

L'Union européenne est devenue le premier partenaire commercial du pays de Gandhi. Et l'un de ses principaux investisseurs, notamment dans l'énergie, les transports et les télécommunications. En 2006, près du tiers des investissements indiens étaient dirigés vers l'Europe, leur première destination mondiale. Ce phénomène pourrait s'amplifier.

Depuis juin 2008, les entreprises indiennes, qui ont accumulé beaucoup de liquidités ces dernières années, sont en effet autorisées à investir à l'étranger jusqu'à 400 % de leur trésorerie dans les domaines énergétiques et des ressources naturelles. Ces

secteurs sont également ceux où les Européens tissent leur toile depuis des années, à l'image de l'allemand Siemens ou du français Areva. Ce dernier attend beaucoup de l'accord de coopération nucléaire, dont la signature imminente ouvrirait un marché pour une vingtaine de centrales dans les dix à vingt ans.

Le commerce bilatéral entre l'UE et l'Inde a doublé depuis 2000. L'Inde est l'un des pays qui a le plus bénéficié (jusqu'en 2006), du système de préférences généralisées, lui donnant un accès préférentiel au marché communautaire. L'éléphant indien est aussi un gros bénéficiaire de l'aide communautaire en Asie, avec une enveloppe prévue de 260 millions d'euros sur 2006-2010.

« Un pacte de libre-échange dopera énormément les deux économies ; l'Inde améliorerait son accès à un marché de 450 millions d'Européens prospères », avait plaidé le mois dernier le commissaire européen au commerce Peter Mandelson, rappelant que les géants asiatiques et européens s'échangeaient chaque année 47 milliards d'euros de biens et 10 milliards de service.

« Des problèmes de fond empêchent que l'accord EU-Inde puisse être conclu en l'état, confie-t-on cependant dans l'entourage de la secrétaire d'État au commerce extérieur Anne-Marie Idrac, qui était à New-Delhi à la mi-septembre, accompagnée d'une délégation d'entreprises énergétiques françaises pour préparer la visite à Marseille, puis Paris, demain, du premier ministre indien. L'Inde refuse encore de négocier dans le domaine des achats publics. Dès qu'un ministre veut s'équiper, il n'a aucun mandat pour négocier. »

La France souhaite aussi pouvoir régler le problème des compensations (contreparties en achats locaux) dans les contrats aéronautiques, qui représentent plus du tiers des ventes françaises en Inde. La grande distribution, interdite d'implantation dans la vente au détail (officiellement pour protéger le petit commerce), espère, quant à elle, pouvoir prendre des participations de 26 %, pour commencer, dans des groupes indiens.

Si les entreprises européennes ont pris conscience que l'Inde représentait un immense marché en devenir, elles rencontrent encore de nombreux obstacles sur place. À commencer par la mauvaise qualité des infrastructures. « Outre les nombreuses pannes d'électricité, les routes sont désastreuses. Le rapport au matériel n'est pas le même que le nôtre. Il n'y a pas de goût pour l'entretien », note un directeur Asie de magasin français. « Étudier à l'université, c'est bien. Mais si les Indiens que nous recrutons connaissent la théorie, ils n'ont aucune pratique. Il manque un système éducatif technique avec des équipements », renchérit un semencier français.

« Recruter est le plus gros problème. Il n'y a aucune connaissance du luxe. Et, système de caste oblige, on ne fera pas vendre un sac en cuir à un Indien d'une caste supérieure », pointe un directeur de magasin de luxe. La corruption et les dysfonctionnements judiciaires (procédures très longues) sont aussi considérés comme des freins. Les Européens espèrent enfin pouvoir mieux faire respecter les droits de propriété intellectuelle, même si les transferts de technologie suscitent moins d'inquiétude en Inde qu'en Chine.

Quelle/Anmerkung:

Erhoben in LexisNexis; Rubrique: Europe Nº 38169.

F8-5
Les Échos
France-Inde: une relation à consolider

Accompagné d'une délégation d'hommes d'affaires sans précédent, la visite du Premier ministre indien, Manmohan Singh, pour le double sommet UE-Inde et France-Inde intervient dans un triple contexte. Le premier est bien sûr la crise financière internationale. Outre qu'elle pourrait bien gagner par contagion l'Inde beaucoup plus gravement que l'actuel retournement de cycle, le risque est aussi d'en oublier un des sous-jacents essentiels : le glissement de l'économie mondiale vers les pays émergents et notamment les grands émergents. La Chine bien sûr, dont la contrepartie des excédents structurels a bien été ces injections massives de liquidités, depuis notamment la grande crise asiatique de 1997. Mais l'Inde aussi avec une croissance moyenne de 9,3 % au cours des trois dernières années et l'affirmation de son rôle croissant de bureau du monde, tout particulièrement aux Etats-Unis (75 % des débouchés), dont la classe moyenne s'inquiète à juste titre des transferts d'emplois qualifiés. Que l'on parle de re-réglementation du système financier international est tout à fait légitime.

Que l'on oublie les nouveaux acteurs de toute réforme des institutions économiques internationales est impardonnable, notamment lorsqu'il s'agit d'une économie de marché et d'un pays démocratique comme l'Inde. A l'instar du reste des négociations commerciales à l'OMC ou du demi-échec du sommet de Bali sur l'après-Kyoto, l'Inde fait désormais bien partie du club des grands acteurs du « Nouveau Monde » à construire en ce début de XXIe siècle. Sommes-nous prêts ?

Le deuxième contexte est celui qu'il faut bien appeler « la grande crise de la construction européenne ». On parle de crise d'identité, de crise institutionnelle. Mais on oublie précisément que toute redéfinition de l'Europe passe par l'identification d'un « intérêt européen » dans la mondialisation et donc vis-à-vis de ces nouveaux acteurs historiques qui aspirent à retrouver un rang de grande puissance. On l'a vu au cours de l'été avec la Chine, puis avec la Russie. On le retrouve une nouvelle fois à l'occasion de ce sommet UE-Inde qui risque bien d'estomper les questions gênantes et surtout d'être estompé de facto par le sommet bilatéral concomitant avec le pays en charge de la présidence de l'Union, en l'occurrence la France. Comparée aux résultats tangibles de ce dernier, la vacuité des dossiers EU-Inde n'échappera bien sûr à personne, à l'instar de la déclaration bien générale de 2004. De même que la très faible avancée sur le traité de libre-échange et sur l'investissement ouvert depuis deux ans. Ou encore la générosité du tout récent accord de coopération dans les énergies renouvelables comparée aux profonds désaccords qui persistent sur l'après-Kyoto. Combien de temps faudra-t-il pour réaliser que les stratégies nationales du chacun pour soi ne peuvent qu'apporter des gains de court terme et qu'ils mènent en revanche à l'évanouissement croissant de l'Europe et donc de facto à un affaiblissement de chaque pays européen face aux nouvelles puissances du XXIe siècle. Il est parfois amusant de lire que l'Inde est un « nain » économique face à l'Europe. Mais quelle Europe ? Une collection de « petits » pays ou un grand bloc démocratique capable de faire les concessions nécessaires pour exister demain ?

Le troisième contexte est celui des relations franco-indiennes avec un tournant délicat à gérer. D'un côté, clairement « France is back to India ». Le soutien total de Paris au retour de New Delhi sur la scène internationale du nucléaire civil amplifie quelques grands contrats d'équipement et notamment dans l'aéronautique. Du point de vue indien, la France redevient de facto un des grands partenaires potentiels dans les défis majeurs que l'Inde doit relever dans les prochaines décennies : défis géopolitiques, mais aussi défis du développement et notamment dans l'énergie dont les pénuries chroniques font partie des trois obstacles majeurs du pays avec les infrastructures et l'éducation. D'un autre côté, en dépit d'un véritable tournant dans les stratégies de nos entreprises, nos positions restent fragiles. Sur le plan commercial, la France n'a pas complètement profité du boom indien. Elle pèse encore moins de 2 % de ce marché et le ralentissement des livraisons aéronautiques tire à la baisse nos exportations depuis le début de l'année. Surtout, comment allons-nous réagir au (très) probable retournement de l'économie indienne ? Aux excès bien réels du « shinning India » risquent de succéder ceux des contraintes tout à fait réelles en effet du marché indien. On risque alors de jeter le bébé avec l'eau du bain alors que tous les indices d'une marche graduelle de l'Inde vers le premier cercle des grands acteurs de la planète sont là.

Quelle/Anmerkung:
Erhoben in LexisNexis; Rubrique: Idees; Pg. 19 N°. 20268.

F8-6
Le Monde
L'Inde et l'UE renforcent leur " relation stratégique "

Comment l'Europe et la France ont-ils pu négliger leurs relations commerciales et politiques avec l'Inde pendant si longtemps ? Ce regret a plané tout au long du sommet consacré aux relations entre l'Inde et l'Union européenne, organisé à Marseille, lundi 29 septembre.

Avant de recevoir le premier ministre indien, Manmohan Singh, à Paris, mardi, pour une rencontre bilatérale dont il espérait beaucoup, le président français, Nicolas Sarkozy, a tenté, au cours du sommet, de rattraper le temps perdu.

Pour ce faire, la rencontre de Marseille à laquelle ont pris part le président de la Commission européenne, José Manuel Barroso, et Javier Solana, chef de la diplomatie de l'UE, devait permettre de récolter les premiers fruits du soutien actif apporté à l'Inde, depuis un an, par l'Europe et la France dans le domaine du nucléaire civil. Le statut dérogatoire accordé, le 6 septembre, à l'Inde par le Groupe de fournisseurs nucléaires (NSG), doit beaucoup à l'intense lobbying des Américains secondés par les Français.

" Je pense que ce sommet marquera un temps fort des relations entre l'Europe et l'Inde et l'affirmation d'une relation stratégique ", a assuré M. Sarkozy au terme d'une courte rencontre aux résultats modestes, mais prometteurs. Les deux parties ont convenu " d'accélérer les négociations en vue de conclure, d'ici à 2009, un accord de libre-échange " qui permettra, selon M. Singh, également ravi de cette rencontre, d'atteindre " les 100 milliards d'euros " de biens et de services échangés. Ils sont aujourd'hui de 60 milliards d'euros.

De quoi corriger un paradoxe. L'Europe est le premier partenaire économique de l'Inde, devant la Chine et les Etats-Unis. Mais l'Inde n'arrive qu'à la neuvième place des investisseurs étrangers sur le marché européen. De plus, Bruxelles dénonce parfois les pratiques fiscales indiennes à l'encontre des produits européens. Le 22 septembre, la Commission a ouvert une procédure contre l'Inde auprès de l'OMC pour des taxes préjudiciables aux vins et spiritueux européens.

TERRE D'INVESTISSEMENTS

Le sommet de Marseille a entériné le rapprochement des entreprises européennes et indiennes en décidant la création, en Inde, d'un centre d'affaires et de technologie européen. L'Europe est perçue par le patronat indien comme une terre d'investissements très divers, à la différence des Etats-Unis où l'Inde investit à 90 % dans le domaine des technologies. Les entrepreneurs indiens s'intéressent de près aux PME françaises, présentées comme sous-capitalisées. Les étudiants indiens pourront venir en plus grand nombre sur le territoire européen où ils ne sont que 15 000 contre 80 000 aux Etats-Unis.

M. Barroso s'est, enfin, réjoui de l'accord trouvé entre l'Europe et l'Inde précisant à la fois les relations de New Delhi avec Euratom, la communauté européenne de l'énergie atomique, et les modalités de sa participation au projet du réacteur expérimental ITER, à Cadarache, près de Marseille.

Dans un demi-sourire, le premier ministre indien n'a pas caché que cette coopération était essentielle à l'avenir des relations avec son pays. " L'Inde cherche à coopérer avec tous les pays du monde pour développer le nucléaire civil. " Et l'Inde assure qu'elle ne sera pas ingrate. " Les Indiens nous sont extrêmement reconnaissants d'avoir fait le tour des capitales étrangères avec les Américains pour décrocher le feu vert des instances internationales, ils rejoignent la cour des grands ", commente l'un des conseillers de M. Sarkozy.

De plus, si l'Europe n'a jamais parlé d'une seule voix sur le nucléaire indien, les puissances européennes se sont prononcées, à titre individuel, pour l'entrée de l'Inde dans ce cercle restreint.

Une proximité qui permet déjà à l'Inde et à l'Europe, fortes de " valeurs démocratiques communes ", de parler d'une seule voix. " Nous exprimons notre profonde préoccupation sur la question nucléaire iranienne et appelons ce pays à prendre toutes les mesures pour restaurer la confiance dans la nature de son programme nucléaire ", ont ainsi déclaré, de concert, MM. Singh et Sarkozy lors de leur conférence de presse commune.

Symbole de ces nouvelles alliances diplomatico-commerciales, le groupe nucléaire français Areva et le géant américain General Electric ont annoncé, lundi, leur alliance dans le domaine des matériels et systèmes de transmission et de distribution d'électricité. L'Elysée ajoutait le même jour qu'un accord cadre de coopération pourrait être signé, mardi, " ou dans les jours qui suivent " dans le nucléaire civil, ce qui ouvrirait la voie à la fourniture de réacteurs EPR par Areva.

Lundi, Greenpeace et l'association Sortir du nucléaire ont dénoncé " ces transactions injustifiables mettant en péril l'avenir de la planète et qui poussent l'Inde dans une impasse ".

Quelle/Anmerkung:
Erhoben in LexisNexis, Rubrique: Internationale; Pg. 6.

F9-1
Les Échos
L'Inde veut un accord de libre-échange avec l'Union européenne « très vite »

Le secrétaire général du ministère indien du Commerce, Neeraj Gupta, a déclaré hier vouloir conclure rapidement un accord de libre-échange avec l'Union européenne. « L'Inde s'est engagée à conclure très vite et promptement cet accord », a-t-il déclaré à l'agence officielle Press Trust of India (PTI). Cet accord de libre-échange est en préparation depuis 2007 et doit faire l'objet de nouvelles discussions à New Delhi en juillet.

Quelle/Anmerkung:
Erhoben in LexisNexis, Rubrique: Breve; Pg. 6 N°. 20437.

F10-1
Les Échos
Les négociations commerciales entre l'Inde et l'UE avancent à petits pas

Obstacles. Une délégation européenne d'une trentaine de personnes s'est rendue à New Delhi, la semaine dernière, pour négocier en vue de la conclusion d'un accord de libre-échange avec l'Inde. Il s'agit du huitième « round » de ces négociations entamées en 2007. A Bruxelles, on ambitionne de boucler l'accord en 2010 mais plusieurs points d'achoppement subsistent. Ainsi, l'ampleur et le calendrier de la libéralisation des droits de douane constituent un premier obstacle, l'Inde étant plutôt en faveur d'une libéralisation asymétrique. De même, la question de l'ouverture des marchés publics est délicate dans un Etat fédéral tel que l'Inde. Enfin, l'Union européenne veut inclure à ces négociations commerciales la question du changement climatique et celle du travail des enfants. Deux sujets sur lesquels les Indiens sont réticents à engager la discussion. Les enjeux sont pourtant grands, pour les deux parties. L'UE est ainsi le premier partenaire commercial de l'Inde avec des échanges annuels d'environ 77 milliards d'euros. D'après le Parlement européen, ce chiffre pourrait atteindre 160 milliards en 2015.

Quelle/Anmerkung:
Erhoben in LexisNexis, Rubrique: Encadre; Pg. 7, N°. 20605.

F10-2
Les Échos
Les industriels français du textile bloqués aux frontières de l'Inde

ENCART: Le ministre indien du Textile a engagé une tournée européenne pour encourager les investissements étrangers dans son pays. Les entreprises françaises de la mode exportent peu vers l'Inde à cause des barrières douanières.



Venez en Inde, produisez en Inde, vendez en Inde, gagnez de l'argent en Inde. » Le ministre indien du Textile, Dayanidhi Maran, a appelé mardi les industriels français du secteur à investir dans son pays et à profiter des opportunités pour créer des partenariats sur place. Ce, alors que les entreprises françaises ont beaucoup de mal à passer les barrières douanières pour vendre sur le marché indien. Après la Suisse, l'Italie et la Turquie, et avant l'Allemagne, le ministre indien - à la tête d'une importante délégation -a rencontré à Paris des chefs d'entreprises de l'habillement et du textile avec deux messages. D'abord, les inciter à profiter d'un marché domestique en pleine croissance, avec 500 millions de consommateurs de plus en plus aisés. Le revenu par tête a quasi doublé depuis cinq ans. Mais aussi à s'appuyer sur son savoir-faire industriel. Le textile et l'habillement représentent 14 % de la production industrielle du pays, soit un chiffre d'affaires de 62 milliards de dollars.

Le secteur a souffert de la crise

Si l'Inde a enregistré une croissance de 5,4 % en 2009, qui devrait passer à 6,4 % en 2010 selon le FMI, le textile a particulièrement souffert de la crise. Deuxième employeur du pays, avec 35 millions d'employés directs, il est en effet très dépendant de l'exportation, qui représente environ 35 % de l'activité (vêtements tissés ou tricotés, coton, fibres synthétiques...). Or, pour la première fois en 2009, les ventes à l'étranger ont connu une baisse liée à la contraction de la demande en Europe et aux Etats-Unis.

D'où cette campagne internationale pour mobiliser des investissements étrangers, avec pour intérêt, a souligné Dayanidhi Maran, de permettre « à nos entreprises d'accéder à des technologies françaises », et « d'offrir à notre jeunesse l'accès à des marques françaises ». La moitié de la population a moins de 25 ans. C'est l'expérience tentée depuis cet été par le groupe Eminence, leader français du sous-vêtement masculin (lire ci-dessous).

Reste que, si un grand nombre de marques ont fait leur entrée ces dernières années sur le marché indien, comme Celio ou Lacoste, les industriels français traînent les pieds. « La balance commerciale est très déséquilibrée dans le textile-habillement. L'excédent commercial pour l'Inde est de 1 milliard d'euros, alors que nos exportations, surtout du fil et de tissus techniques, atteignent à peine 20 millions », a fait valoir Lucien Deveaux, le président de l'Union des industries textiles. Ce déficit est-il lié à la robustesse de l'industrie locale, s'est interrogé le chef d'entreprise ? « Non puisque les exportations textiles de la France vers la Chine, l'usine textile du monde, sont 7 fois supérieures à celles vers l'Inde. Le problème est celui de l'accès au marché intérieur indien. » De fait, les droits de douane vont de 50 % à 60 %,

parfois jusqu'à 400 %, contre 12 % maximum pour le droit d'entrée dans l'Union européenne.

Ce protectionnisme fait l'objet de discussions « musclées » entre l'UE et le gouvernement indien pour la mise en place d'un accord de libre-échange dans le textile, l'habillement et la mode. Là encore, le déséquilibre est flagrant. Alors que les importations en provenance d'Inde représentent environ 6,5 milliards d'euros, les exportations stagnent depuis 2004 autour de 500 millions. « Nous souhaitons une pleine réciprocité et refusons toute liste négative de produits », a indiqué Francesco Marchi, directeur général Euratex, l'association européenne du textile. Une action soutenue par les professionnels français. La Fédération de la couture et du prêt-à-porter a toutefois montré patte blanche en signant mardi avec la confédération des industries du textile indien un mémorandum pour promouvoir la coopération dans le secteur et accélérer les échanges.

Quelle/Anmerkung:
https://www.lesechos.fr/2010/02/les-industriels-francais-du-textile-bloques-aux-frontieres-de-linde-417268, eingesehen am 29.12.2020.

F10-3
La Tribune
L'inde et l'Europe relancent leur négociation commercial

ENCART: Libre-échange

« Les Indiens proclamaient depuis quelque temps leur volonté d'avancer vers un accord de libre-échange entre l'Inde et l'Union européenne (ue), mais on attendait confirmation : c'est fait ! » C'est en ces termes qu'un négociateur européen se félicite des réunions tenues tout au long de la semaine dernière à Delhi, qui ont permis de traiter « tous les sujets ».Entamées depuis plus de deux ans dans le but d'éliminer les obstacles aux échanges, les discussions entre l'Europe et l'Inde piétinaient.

Mais le « round » de Delhi a instauré un climat plus positif, a estimé Bruxelles. La Commission avait dépêché une importante délégation de fonctionnaires (plus de trente personnes) pour passer en revue les sujets délicats. Certes, « nous n'obtiendrons pas toute l'ouverture des marchés publics indiens que nous voudrions », a admis un Européen, mais « les Indiens ont bien compris que nous avons besoin politiquement que des sujets comme l'environnement ou les droits de l'homme figurent dans l'accord ».Un programme serré de rencontres a été établi, avec un premier nouveau round en mars à Bruxelles et des rencontres ponctuelles d'ici là sur cinq ou six questions précises.La signature de l'accord de libre-échange d'ici fin 2010, annoncée comme objectif lors du dernier sommet Inde-Europe, demeure cependant peu réaliste, selon des spécialistes, car les difficultés à surmonter sont encore nombreuses. Patrick de Jacquelot, à New Delhi

Quelle/Anmerkung:
Erhoben in LexisNexis, Rubrique: Politique Internationale; Pg. 10.

F10-4
Le Figaro
Accord de libre-échange UE-Inde bientôt

L'Union européenne espère conclure un accord de libre-échange avec l'Inde d'ici octobre, a déclaré jeudi à New Delhi le commissaire européen au Commerce.

"L'accord sera conclu au prochain sommet entre l'Union européenne et l'Inde en octobre", a indiqué Karel de Gucht après un jour de pourparlers avec le ministre indien du Commerce Anand Sharma.

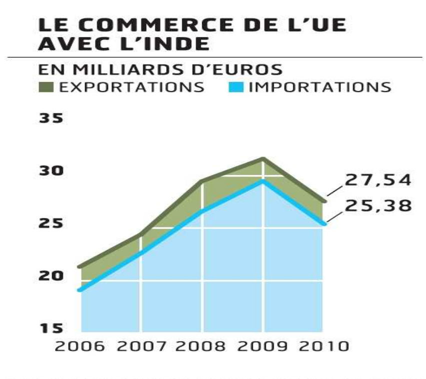
MM. De Gucht et Sharma "partagent le point de vue" qu'un accord peut être atteint et "nous allons accélérer les négociations", a précisé le commissaire européen à des journalistes.

La veille, à Singapour, M. Karel De Gucht avait indiqué que l'Union européenne cherchait à conclure des accords commerciaux avec l'ensemble de pays de l'Asie du sud-est.

Quelle/Anmerkung:
http://www.lefigaro.fr/flash-actu/2010/03/04/01011-20100304FILWWW00717-accord-de-libre-echange-ue-inde-bientot.php, eingesehen am 29.12.2020.

F10-5
Les Échos
Un accord commercial entre l'Inde et l'UE possible d'ici à fin 2010

ENCART: Des décisions politiques seront nécessaires pour achever d'ici la fin de l'année les négociations sur l'accord de libre-échange entre l'Union européenne et l'Inde, ainsi que Bruxelles l'ambitionne.



Les négociations commerciales entre l'Inde et son premier partenaire commercial, l'Union européenne, entamées en 2007, seront-elles bouclées d'ici à la fin de l'année comme s'y sont engagés Karel De Gucht et Anand Sharma, respectivement commissaire européen au Commerce et ministre indien du Commerce ? Tout dépendra justement de leur volonté. « Un engagement supplémentaire, au niveau politique, sera nécessaire pour parvenir à la conclusion de l'accord », rapporte une source proche du dossier, à l'issue du neuvième round de négociation qui s'est tenu la semaine dernière à Bruxelles.

Discussions techniques

« Des décisions politiques difficiles devront être prises et des compromis faits des deux côtés », explicite-t-on de même source. Ces importants partenaires commerciaux (78 milliards d'euros d'échanges annuels) devront en particulier s'entendre sur les quatre points d'achopement que sont les droits de douanes, le commerce des services, l'ouverture des marchés publics et le développement durable. Ce dernier chapitre, qui requiert l'inclusion des standards sociaux, notamment sur le travail des enfants, et environnementaux est le plus délicat. Ainsi, le patronat indien a-t-il déjà maintes fois fait savoir son opposition à l'inclusion de telles normes dans l'accord de libre-échange. Mais la Commission n'est pas prête à céder sur cette question, pour la simple raison qu'un tel accord « ne serait pas soutenu », notamment par le Parlement européen, à qui le traité de Lisbonne a octroyé un rôle plus important en matière commerciale.

Tous ces sujets épineux n'ont certes pas été réglés durant les trois jours que comptait cette neuvième phase de négociations mais « il y a eu des progrès techniques et des discussions constructives », explique cette même source. Au titre des avancées, le chapitre sur les instruments de défense commerciale est maintenant négocié à hauteur de 85 %. D'importantes discussions techniques ont aussi eu lieu sur les règles d'origine, qui constituent l'un des sujets les plus compliqués du projet d'accord. Sur les chapitres les plus délicats, ci-dessus nommés, le round de la semaine dernière aura surtout permis de préparer le terrain pour des négociations au niveau supérieur, voire politique, d'ici à l'été.

Quelle/Anmerkung:
https://www.lesechos.fr/2010/05/un-accord-commercial-entre-linde-et-lue-possible-dici-a-fin-2010-423429 , eingesehen am 29.12.2020.

F10-6
Le Monde
Nuages sur l'avenir de l'Inde „pharmacie du monde"

ENCART: L'Inde est un des principaux producteurs de médicaments génériques pour les pays pauvres

Loon Gangte est " inquiet ". Tee-shirt noir et yeux bridés des habitants du Nord-Est indien, le président du Delhi Network of Positive People (NDPP) reçoit en son bureau logé dans une venelle cabossée d'un faubourg de la capitale indienne. Son inquiétude ? L'Europe.

Tête d'affiche de la mouvance des défenseurs des victimes du sida, Loon Gangte ne cesse de sonner l'alarme à propos des négociations en cours entre l'Union européenne (UE) et l'Inde sur un accord de libre-échange aux vastes implications dans le domaine de la propriété intellectuelle. La crainte de Loon Gangte, c'est que ce futur accord - dont la signature est attendue avant la fin de l'année -, fragilise une industrie indienne des médicaments génériques jusqu'à présent très dynamique et hypothèque donc l'accès à des traitements bon marché.

Dans un pays où le nombre de séropositifs se chiffre à 2,3 millions de personnes, et où les dispositifs de protection sociale sont embryonnaires, l'affaire est d'une

extrême sensibilité. " C'est une question de vie et de mort pour nous ", met en garde Loon Gangte, lui-même séropositif depuis 1997.

L'inquiétude est relayée par Médecins sans frontières (MSF) qui s'approvisionne généreusement depuis la fin des années 1990 en cocktails antirétroviraux auprès des producteurs de génériques indiens pour les redistribuer à travers le monde, notamment en Afrique.

L'Inde des génériques, cette fameuse " pharmacie du monde ", serait-elle en danger ? Serait-elle menacée par un alignement inexorable sur les normes de propriété intellectuelle imposées par l'adhésion de New Delhi à l'Organisation mondiale du commerce (OMC) remontant à 1995 ? Déjà, l'Inde avait dû adopter une loi en 2005 reconnaissant l'existence de brevets dans le domaine pharmaceutique (déniée aux producteurs originaux en 1972 par l'ex-première ministre Indira Gandhi) tout en introduisant des garde-fous protégeant dans une certaine mesure les intérêts de l'industrie nationale des génériques. Mais au-delà de cette insertion dans le droit indien des accords Aspects du droit de la propriété intellectuelle relatifs au commerce (ADPIC), l'Inde est maintenant incitée de signer des accords bilatéraux durcissant encore les verrous, prix à payer à son intégration dans le village global.

La pression vient d'Europe comme des Etats-Unis où s'activent les sociétés pharmaceutiques multinationales qui ont toujours dénoncé le " piratage intellectuel " en cours, en Inde, à une vaste échelle. Le marché indien est dominé à 95 % par les médicaments génériques, et à 80 % par des compagnies nationales.

L'UE a beau se montrer rassurante, expliquant à la presse indienne que le futur accord ne limitera en aucun cas la " capacité de l'Inde à produire et à exporter des médicaments sauvant des vies ", le scepticisme domine autant dans les milieux associatifs que chez les producteurs indiens. L'inquiétude générale a récemment été attisée par la fuite d'une version provisoire de l'accord.

Le texte est à ce stade sans valeur juridique, mais les défenseurs de l'industrie générique indienne le brandissent comme la preuve du complot en train de se tramer. Trois dispositions retiennent toute leur attention. En premier lieu, la clause dite de l'" exclusivité des données " rendrait plus difficile l'agrément par l'autorité administrative indienne d'un médicament générique en se basant sur les essais déjà effectués par le producteur original, propriétaire d'informations jugées " confidentielles ". Une deuxième clause permettrait de rallonger la longévité du brevet en ajoutant à sa durée de vie légale (en général vingt ans) le délai de traitement de la requête par l'autorité administrative indienne (en moyenne trois ans).

Enfin, l'accord faciliterait les pratiques de saisine à la frontière de cargaisons de génériques en transit vers des pays tiers. Déjà, les douanes européennes ont confisqué, sur la base de plaintes émises par des producteurs originaux, des chargements venant d'Inde et, notamment, destinés à l'Afrique.

L'estocade fatale ? Ce projet d'accord ne fait que renforcer le pessimisme de certains professionnels indiens sur leur avenir. " En 2015, les multinationales contrôleront tout le marché ", annonce tout de go Yusuf Hamied, le flamboyant patron du groupe

Cipla - producteur de formules génériques de cocktails antirétroviraux - célébré, un temps, comme un " Robin des Bois " ouvrant l'accès aux soins des plus pauvres.

Déjà, les compagnies étrangères se glissent en Inde, multipliant les acquisitions à prix fort - Ranbaxy par Daïchi Sankyo et une partie de Piramal par Abbott - afin de surfer sur un marché en croissance moyenne de 12 % à 13 % et dont PricewaterhouseCoopers anticipe qu'il vaudra 50 milliards de dollars (40,7 milliards d'euros) en 2020.

La disparition des champions nationaux de l'Inde générique ? " Sûrement pas ", nuance Dilip Shah, secrétaire général de l'Alliance indienne pharmaceutique, plus optimiste. Selon lui, l'axe Brésil-Inde-Chine-Afrique du Sud va " renforcer son unité et résister " à l'offensive actuelle des multinationales.

Quelle/Anmerkung:
Erhoben in LexisNexis, Rubrique: Planete; Pg. 4.

F10-7
Les Échos
L’Inde et l’UE visent un accord fin 2010

Lors du sommet Inde-Union européenne tenu à New Delhi en novembre dernier, le Premier ministre, Manmohan Singh, et le président de la Commission, José Barroso, avaient proclamé leur volonté de voir l'accord de libre-échange, en discussion depuis 2007, signé avant la fin de 2010. Ce qui avait été considéré comme un voeu pieux par les observateurs, tant la liste des contentieux était longue et lent le rythme des discussions.

Aujourd'hui, toutefois, la possibilité d'un tel accord n'est plus exclue. « Mon impression personnelle, c'est que nous faisons de très gros progrès », vient ainsi d'affirmer Danièle Smadja, ambassadrice de l'Union à New Delhi. Les négociateurs envisagent qu'un accord politique puisse être trouvé lors du prochain sommet Inde-UE, début décembre à Bruxelles.

Que les deux parties commencent à y croire est apparent au vu de l'accélération du calendrier des négociations. Les deux mois qui viennent vont voir les réunions se succéder non-stop. Enjeu de ces négociations : donner un puissant coup d'accélérateur à des échanges dont les deux côtés conviennent qu'ils sont nettement insuffisants. L'Union européenne est certes le premier partenaire commercial de l'Inde, avec 69 milliards d'euros d'échanges en 2009 et 21 % des exportations indiennes, mais l'Inde ne représente que 2,5 % des exportations européennes. L'accord envisagé, qui se veut très ambitieux, vise donc à faire sauter les nombreuses barrières tarifaires et autres qui freinent ces échanges.

Dossiers difficiles

Si le désir des uns et des autres de conclure ne fait pas de doute, des dossiers difficiles demeurent sur la table. Les Indiens veulent, par exemple, obtenir une libre circulation de leurs professionnels envoyés pour des missions en Europe, ce qui n'est pas du goût de tous les pays de l'Union. En sens inverse, confie un négociateur, « les Indiens se raidissent sur des questions comme les questions environnementales et

sociales ou les droits de propriété intellectuelle ». « Nous trouvons anormal de ne pas pouvoir discuter avec eux de l'ouverture de leurs marchés publics ou de leurs 150 % de droits de douane sur les vins et alcools », renchérit un autre intervenant européen.

Même si les discussions en cours ont permis de régler nombre de problèmes, ceux qui demeurent « sont les plus difficiles, évidemment », estime Danièle Smadja. Il reste à vérifier si la motivation politique de part et d'autre sera suffisamment forte pour faire accepter les nécessaires sacrifices indispensables dans les deux camps.

Quelle/Anmerkung:
Erhoben in LexisNexis, Rubrique: Article; Pg. 8, N°. 20768.

F10-8
La Croix
L'Inde se bâtit sur « l'ingénierie frugale ». Vers un accord de libre échange avec L'Europe

Vu de Bruxelles;
La visite du président français précède un sommet bilatéral vendredi prochain à Bruxelles entre l'UE et l'Inde, qui négocient un accord pour doper leurs échanges.

Après la Corée du Sud, place à l'Inde. Les négociations ont longtemps patiné, mais, selon le porte-parole de Karel De Gucht, commissaire européen au commerce, des « progrès substantiels ont été réalisés ces dernières semaines ». La rencontre, vendredi prochain, entre le premier ministre indien, Manmohan Singh, le président du Conseil européen, Herman Van Rompuy, et le président de la Commission, José Manuel Barroso, sera l'occasion de donner « un élan politique important » en vu d'une conclusion de l'accord « le plus rapidement possible ». La date du printemps prochain est évoquée.

L'UE mise gros sur cet accord avec New Dehli, deuxième cible après Séoul identifiée en 2006 dans une stratégie censée ouvrir de nouveaux marchés aux exportateurs européens dans les principales économies asiatiques. Jusqu'ici, les négociations avec l'Inde ont buté sur deux principaux points : les droits de douane et l'accès aux marchés publics indiens. La Commission veut encore « améliorer le niveau de libéralisation tarifaire, le négociateur indien ayant longtemps recommandé une libéralisation asymétrique , qui obligerait l'UE à réduire davantage de droits de douane que New Delhi ». Quant aux discussions sur la libéralisation des marchés publics fructueux secteur en Inde , « elles en sont encore à un stade précoce », reconnaît l'exécutif communautaire.

Autre point en suspens, les services, l'Inde exigeant un accès au marché européen pour ses investissements et experts en technologies de l'information. Toutefois, assure la Commission, « les deux parties sont clairement déterminées à tenter de résoudre ces questions dans la mesure du possible ».

Autre sujet sensible, les médicaments. Pharmacie du monde en développement, l'Inde produit près de 80 % des médicaments contre le sida utilisés dans les projets de Médecins sans frontières. En avril dernier, l'ONG avait donc exhorté Bruxelles et

New Delhi à faire en sorte que cet accord commercial « ne sape pas, au nom du libre-échange, la capacité de l'Inde à fournir des médicaments permettant de sauver la vie des personnes atteintes du VIH/sida en Inde et ailleurs ». La Commission assure que « l'accord ne limite en rien la capacité de l'Inde à développer et à exporter des médicaments vitaux » et ne « l'empêchera pas de fabriquer des médicaments génériques pour l'exportation vers d'autres pays en développement confrontés à des problèmes de santé publique ». En clair, assure Bruxelles, les exportations indiennes de médicaments génériques vers les pays pauvres ne seront en rien entravées.

Quelle/Anmerkung:
Erhoben in LexisNexis, Rubrique: Evénement Nº 38833.

F10-9
Le Parisien
Manifestation pour l'accès aux médicaments en marge du sommet UE-Inde

Quelques dizaines de personnes revêtues de blouses blanches ont manifesté sans incident vendredi devant le bâtiment où se déroule le sommet UE-Inde à Bruxelles pour réclamer le libre accès aux médicaments génériques dans les pays pauvres."J'ai vu trop de gens mourir. Nous avons besoin de ces médicaments", a dit le docteur Tido von Schoen-Angarer, directeur de la campagne de Médecins sans Frontières pour l'accès aux médicaments essentiels.
MSF critique certaines dispositions des négociations en cours sur un accord de libre-échange entre l'UE et l'Inde, qui pourraient compliquer l'accès aux médicaments génériques pour les pays pauvres.L'UE et l'Inde négocient depuis 2007 pour tenter d'aboutir à un accord de libre-échange qui pourrait être conclu au début de l'an prochain.Selon MSF, le projet d'accord actuellement en discussion "contient plusieurs dispositions alarmantes sur la propriété intellectuelle, plus strictes que ne l'exige aucun règlement de commerce international, et qui menacent l'approvisionnement de médicaments essentiels venus d'Inde", notamment pour le traitement du sida.Parmi ces dispositions, MSF met en cause "l'exclusivité des données" qui obligerait les groupes génériques désirant déposer un médicament à "mener à nouveau tous les essais cliniques".Si ce principe était mis en place, les fabricants indiens de médicaments génériques ne pourraient plus se baser sur les données cliniques existantes pour obtenir l'autorisation de mise sur le marché de leurs propres médicaments.Ils devraient mener eux-mêmes leurs proches recherches cliniques, au risque d'augmenter sensiblement leur coût de production et, par conséquent, leur prix de vente.

AFP

Quelle/Anmerkung:
http://www.leparisien.fr/flash-actualite-monde/manifestation-pour-l-acces-aux-medicaments-en-marge-du-sommet-ue-inde-10-12-2010-1185794.php, eingesehen am 18.06.2013

F10-10
Les Échos
Bruxelles et New Delhi préparent un accord de libre-échange pour le printemps

ENCART: Les négociateurs européens et indiens croient à la possibilité de résoudre d'ici au printemps les sérieux désaccords qui les séparent encore pour signer un accord de libre-échange de grande ampleur.

le président du Conseil européen, Herman Van Rompuy, et le Premier ministre indien, Manmohan Singh, ont confirmé vendredi à l'issue d'un sommet entre l'Union européenne (UE) et l'Inde leur volonté d'accélérer les négociations sur un accord de libre-échange, dans l'espoir d'une conclusion au printemps prochain. « Ce serait le plus grand accord d'échange bilatéral jamais conclu par l'Union européenne », a rappelé Herman Van Rompuy, « l'Union européenne est la première zone d'exportation de l'Inde et l'Inde notre neuvième partenaire commercial, avec des échanges de biens d'une valeur d'environ 52 milliards d'euros en 2009. Nous pensons que ce n'est pas assez et que le libre commerce sera un puissant moteur de croissance durable pour deux des plus grandes économies, où vivent plus de 1,5 milliard d'hommes ». De son côté, Manmohan Singh a souligné que l'Inde et l'Union européenne devaient être à la pointe de la lutte contre les tentations protectionnistes.

Un délai supplémentaire

A défaut d'avoir pu conclure un accord politique lors de ce sommet sur les contours du futur accord de libre-échange, les deux parties ont octroyé un délai supplémentaire aux négociateurs. Mais le climat des discussions semble réellement positif. « Je ne croyais pas beaucoup à une issue favorable jusqu'à récemment, confie un négociateur européen, mais je suis devenu optimiste ». Même si, comme c'est la règle dans ce genre de négociations très complexes, les points les plus difficiles restent pour la fin. Les échanges sur les biens figurent parmi les avancées les plus concrètes, notamment sur les produits chimiques et le textile, note un diplomate à Delhi, tandis que de vraies difficultés demeurent dans l'automobile et les vins et spiritueux, deux secteurs où l'Inde impose de lourdes taxes à l'importation. Des sujets très sensibles pour la France.

Dans les services, l'Europe estime avoir désormais des choses à offrir à l'Inde, qui réclame une liberté de circulation pour ses travailleurs qualifiés, typiquement ses ingénieurs informaticiens, qui peuvent être amenés à passer d'un pays européen à l'autre. Mais l'UE voudrait obtenir en échange une ouverture de secteurs indiens comme la banque, l'assurance et la grande distribution, ce qui n'est pas acquis.

Dans le camp européen, on note aussi un début d'ouverture de l'Inde sur la question des marchés publics, qui était bloquée jusqu'ici. Une façon de progresser pourrait être d'en limiter le champ à l'Etat central indien, les Etats fédérés étant écartés. En revanche, la demande européenne d'inclure des considérations de droits de l'homme (travail des enfants) et de protection de l'environnement dans l'accord de libre-échange, notamment pour satisfaire le Parlement européen, qui devra entériner l'accord, demeure inacceptable pour l'Inde, qui considère qu'il s'agit de mesures protectionnistes.

Grand fournisseur de génériques

Reste aussi le difficile dossier des médicaments. Alors que l'Inde est devenu le plus grand fournisseur de génériques au monde, notamment pour le traitement du sida et de la tuberculose dans les pays pauvres, les ONG comme Médecins sans frontières, qui manifestaient vendredi à proximité du Conseil européen, ont peur que l'accord de libre-échange, qui contient des règles strictes de droit de propriété intellectuelle, entrave la production de ces médicaments en Inde. De son côté, le commissaire au Commerce, Karel de Gucht, a précisé que le conflit à l'OMC entre l'UE et l'Inde sur les médicaments génériques avait été abandonné, l'UE promettant d'amender les codes douaniers pour qu'il n'y ait plus de confusion.

Quelle/Anmerkung:
Erhoben in LexisNexis, Rubrique: Article; Pg. 10, N°. 20824.

F11-1
La Croix
L'Inde ne réduira pas sa production d'antirétroviraux

En cas d'accord de libre-échange avec l'Union européenne, l'Inde ne réduira pas sa production de médicaments génériques anti-VIH, a indiqué l'Onusida. Médecins sans frontières critique certaines dispositions des négociations en cours, qui compliqueraient l'accès aux médicaments génériques pour les pays pauvres. L'Inde produit 85 % des antirétroviraux de « première ligne ».

Quelle/Anmerkung:
Erhoben in LexisNexis, Rubrique: Economie Nº 39018.

F12-1
Les Échos
Commerce: Inde et Europe reprennent les négociations

ENCART: Européens et Indiens, à l'occasion de la visite de Catherine Ashton à New Delhi, préparent activement leur accord de libre-échange. Les avancées sont réelles.

Dans la perspective du sommet Inde/Europe du 10 février, Catherine Ashton, la haute représentante de l'Union européenne pour les Affaires étrangères, est arrivée hier à New Delhi pour négocier le projet d'accord de libre-échange (ALE), annoncé comme imminent depuis plusieurs années...

S'il est exclu de résoudre tous les problèmes d'ici au 10 février, les progrès pourraient être suffisants pour permettre un accord politique dans une partie des dossiers. Parmi les sujets les plus délicats figure encore celui de l'automobile. Les voitures importées d'Europe sont actuellement taxées par l'Inde à plus de 100 % pour les véhicules complètement montés et à environ 60 % pour ceux importés en pièces détachées. Longtemps opposés à toute concession, les Indiens proposent désormais une diminution sensible des droits de douane sur les véhicules, mais à l'intérieur de contingents précis. Un accord reste à finaliser.

Baisse des droits de douane

Progrès également dans un autre dossier sensible : celui des vins et spiritueux, où les droits de douane sont actuellement de l'ordre de 150 % (sans compter les droits d'accise, etc.). L'Inde proposerait désormais une baisse substantielle. Les droits sur les vins et alcools bon marché passeraient aux environs de 40 %, ceux sur les produits chers seraient à un niveau plus faible. Dans ce dossier qui intéresse particulièrement la France, l'Europe salue ces avancées mais ne les considère pas encore comme suffisantes. Le camp européen se félicite aussi d'ouvertures en ce qui concerne les achats publics indiens qui s'entrouvriraient, du moins pour ceux de l'Etat central. Bien reçue également, la décision indienne d'accepter l'année dernière une demi-douzaine d'appellations d'origine (dont « champagne » et « cognac »). L'Europe a transmis à l'Inde une liste de 130 appellations dont elle demande la reconnaissance.

Au-delà de ces points difficiles, l'accord de libre-échange envisagé devrait permettre une baisse spectaculaire des droits de douane. Alors que très peu de biens ne sont pas taxés actuellement, l'accord devrait déboucher sur une exonération totale « asymétrique » : 91 à 92 % des biens européens entreraient en Inde sans droits de douane et 95 % des biens indiens en Europe, y compris dans un secteur sensible comme le textile.

Quelle/Anmerkung:
Erhoben in LexisNexis, Rubrique: Article; Pg. 9 N°. 21104.

F12-2
Le Figaro
L'accord de libre-échange UE-Inde progresse lentement

Le 12e sommet Union européenne-Inde qui débute aujourd'hui devrait permettre des avancées, mais de nombreux points d'achoppement empêcheront la signature d'un accord de libre-échange.

COMMERCE Le 12e sommet Union européenne-Inde qui se tient aujourd'hui à Delhi ne s'annonce pas sous les meilleurs auspices. L'accord de libre-échange entre les deux partenaires géants, en négociation depuis 2007, est loin d'être conclu. Il achoppe sur des dossiers aussi importants que les tarifs douaniers et l'accès au marché des services. Autre pomme de discorde, l'Iran. Cette année, le volet politico-économique du sommet devrait être largement dominé par le programme nucléaire de Téhéran, qui ne suscite pas les mêmes réactions en Inde et en Europe. Alors que l'UE a décidé d'appliquer des sanctions contre les Iraniens, l'Inde, qui a un énorme besoin énergétique, continue de leur acheter du pétrole. Cela ne signifie pas pour autant que Delhi cautionne les ambitions atomiques de l'Iran.

Le président de l'UE, Herman Van Rompuy, qui sera vendredi à Delhi, l'a bien compris. Il compte demander aux Indiens de jouer les bons offices auprès de Téhéran. « Je projette de demander aux leaders indiens de faire usage de leur considérable influence sur l'Iran pour aider à convaincre les autorités iraniennes de renoncer à leur programme nucléaire hautement sensible et de retourner à la table des négociations », a-t-il déclaré au quotidien Times of India. L'Inde, qui achète déjà 12 % de son pétrole à l'Iran, n'a pas envie de voir se tarir cette source d'approvisionnement en raison des sanctions européennes et américaines. L'Inde est même en train d'explorer les moyens de payer directement à Téhéran le pétrole

acheté : une partie pourrait être versée en roupies ; on parle aussi de « barter »... Delhi a également besoin de l'Iran pour conserver son rôle en Afghanistan après le départ des troupes américaines. Il s'agit d'un autre dossier à l'ordre du jour du sommet de vendredi.
Au-delà du multilatéral, c'est bien entendu sur les progrès de l'accord de libre-échange entre l'UE et l'Inde que porteront les débats. Dans l'entourage du premier ministre Manmohan Singh, on se montre modérément optimiste : «Les pourparlers sont dans leur phase finale, qui est aussi la phase cruciale. Il y aura des annonces» mais pas plus. Du côté des Européens, on ne s'attend à aucune décision, tout au plus à une « importante avancée ».

Un afflux de main-d'oeuvre

Les pays européens pressent l'Inde de baisser ses tarifs douaniers sur ses importations de véhicules (jusqu'à 60 %), de vins et de spiritueux, sur les produits laitiers, etc. Ils veulent aussi une ouverture du marché indien aux secteurs juridique, bancaire et autres services financiers. De leur côté, les Indiens se plaignent de la fermeture européenne à leur main-d'oeuvre qualifiée, notamment aux ingénieurs des nouvelles technologies. L'impasse est donc encore grande, jugent nombre d'analystes indiens reconnaissant que si l'Inde a peur de s'ouvrir aux biens et aux services étrangers, l'Europe a, quant à elle, quelque raison, étant donné la crise actuelle, de redouter un afflux de main-d'oeuvre.
La dynamique globale reste malgré tout encourageante : les échanges entre les 27 pays de l'UE et l'Inde ont augmenté de 20 % sur les dix premiers mois de 2011. Surtout, les comptes sont quasiment à l'équilibre : sur cette période, les exportations de l'UE vers l'Inde ont atteint 33,4 milliards d'euros, les importations s'élevant à 33,3 milliards d'euros.

Quelle/Anmerkung:
Erhoben in LexisNexis, Rubrique: Économie; Pg. 21, N° 21003.

F12-3
Le Figaro
L'Inde cherche à relancer sa croissance

À 6,7 %, la hausse du PIB est au plus bas depuis 2008. La banque centrale promet de baisser ses taux.

ASIE À la veille de la présentation très attendue du budget indien, le ministre des Finances ne cache pas son inquiétude. La croissance du géant indien s'essouffle. En hausse de 6,7 % sur l'exercice 2011-2012, la hausse du PIB est au plus bas depuis 2008, s'inquiète le ministère dans son rapport économique annuel, dévoilé hier. La première phrase du document officiel est, à cet égard, éloquente : « Pour l'économie indienne, ce fut une année décevante en ce qui concerne la croissance », note le rapport.

Pranab Mukherjee, le ministre des Finances, affiche toujours comme objectif une croissance à deux chiffres à moyen terme, mais aujourd'hui le compte n'y est pas. Les moteurs habituels de la croissance indienne, consommation intérieure et exportations, sont en panne.
Cette année, les autorités indiennes pointent surtout du doigt la faiblesse de la

balance commerciale. Sur l'exercice 2011-2012 (avril à décembre), le déficit dépasse 130 milliards de dollars, contre 96 milliards de dollars l'année précédente. Cette dégradation du commerce extérieur indien explique en partie la dépréciation de la devise indienne, la roupie, face au dollar. Pour autant, le rapport du gouvernement signale plusieurs motifs d'espoir. Les marchés à l'export se diversifient. Une bonne chose, alors que les services informatiques ont cruellement souffert de la crise européenne. L'Inde, qui dépend du Vieux Continent pour 20 % de ses exportations totales, devrait assouplir ses conditions d'exportation, note le rapport. Un signal d'espoir pour Bruxelles, alors que les négociations sur un accord de libre-échange avec l'UE butent notamment sur des réticences indiennes à ouvrir leur secteur des services.

Conservateur
Pour Gaurav, économiste dans une grande banque indienne, ce rapport gouvernemental est un « excellent indicateur sur ce qui a été fait » mais « il se montre très conservateur au niveau des projets, et les idées nouvelles peinent à se mettre en place, comme on l'a récemment vu pour les réformes touchant les investissementsétrangers dansla grande distribution, qui furent abandonnées ».
Le gouvernement se félicite surtout de l'efficacité des mesures prises pour lutter contre l'inflation galopante qui touche le pays depuis plusieurs années. En janvier 2012, la hausse des produits alimentaires s'élève à 6,55 % alors qu'elle frôlait les 9 % depuis une dizaine de mois. Ce repli de l'inflation n'est toutefois pas jugé suffisant solide par la banque centrale pour assouplir sa politique monétaire. Après avoir relevé treize fois ses taux d'intérêt entre mars 2010 et octobre 2011, la banque centrale opte pour le statu quo monétaire depuis décembre 2011, au grand dam des milieux d'affaires.
Jeudi, la banque centrale a encore déçu les investisseurs en laissant ses taux inchangés à 8,5 % sous prétexte que le « risque potentiel d'inflation avait augmenté en raison de la récente hausse des prix du brut, du déficit budgétaire qui se creuse et de la dépréciation de la roupie ».
Le patronat a aussitôt exprimé son mécontentement, jugeant cette décision « contre-productive » pour l'économie. « L'industrie a besoin de signaux forts de relâchement pour contribuer à la reprise des investissements », a indiqué la Confédération indienne de l'industrie. La banque centrale a promis que les « mesures à venir iront vers une réduction des taux ».

Quelle/Anmerkung:
Erhoben in LexisNexis, Rubrique: Économie; Pg. 21, N° 21033.

F12-4
Les Échos
New Delhi boycotte le programme carbone européen

Après la Chine, l'Inde a formellement emboîté le pas à la Chine en demandant hier à ses compagnies aériennes de refuser de participer au programme de l'Union européenne visant à taxer les émissions de carbone dans le transport aérien.
« L'imposition d'une taxe carbone n'est pas un sujet », a déclaré le ministre de l'Aviation civile, Ajit Singh. Cela pourrait compromettre l'accord commercial de libre-échange en cours de négociation avec l'Union européenne.

Quelle/Anmerkung:

Erhoben in LexisNexis, Rubrique: Breve; Pg. 7 N°. 21151.

F12-5
Les Échos
UE-Inde : les marchés publics au coeur des négociations

Les propositions formulées la semaine dernière par la Commission européenne pour imposer aux pays tiers une réciprocité dans l'ouverture de leurs marchés publics sont au coeur des difficiles négociations en cours pour la conclusion d'un accord de libre échange entre l'Inde et l'Europe. « Alors que des sociétés indiennes de services informatiques signent des contrats avec le secteur public européen, nous ne pouvons accepter que les marchés publics indiens demeurent fermés à nos entreprises, développe-t-on dans les milieux diplomatiques européens à New Delhi. Nous avons donc expliqué de façon très claire que nous voulions obtenir quelque chose dans le cadre de l'accord de libre échange. »

Enjeu considérable

L'enjeu est considérable : « Les marchés publics représentent 15 à 20 % du PIB indien, nettement plus que les 12 à 15 % des pays développés, note un expert, et cela en raison des besoins d'infrastructures. » Ce n'est pas que les marchés publics indiens soient fermés : pragmatiques, les autorités font appel à des entreprises étrangères quand elles ont un besoin particulier, en matière de technologie par exemple. « Quand l'Inde veut construire un métro moderne, elle signe avec un fournisseur étranger », souligne cet expert européen, mais l'ouverture des appels d'offres aux candidats non indiens n'est pas garantie. En outre, si le gouvernement central de New Delhi est relativement ouvert, il n'en va pas de même des Etats qui composent la fédération indienne et encore moins des collectivités locales. « Les Indiens sont très irrités par notre insistance, souligne cet expert. Cela va à rebours de leur volonté d'indianiser leur production industrielle. »

Il semble que l'Inde soit prête à accepter l'ouverture de ses marchés publics au niveau du gouvernement central. « Cela pose des questions complexes, souligne un ambassadeur, si le Karnataka construit une autoroute avec des crédits fournis par New Delhi, s'agit-il d'un contrat national ou bien local ? »« Ce n'est pas une solution très satisfaisante, renchérit un négociateur, mais il faudra sans doute l'accepter. La faiblesse du gouvernement indien l'empêche d'imposer une ouverture aux Etats. Et c'est plus ou moins ce que nous avons accepté avec d'autres Etats fédéraux comme les Etats-Unis ou le Canada... »

Quelle/Anmerkung:
Erhoben in LexisNexis, Rubrique: Article; Pg. 7, N°. 21153.

F12-6
Le Monde Diplomatique
Médicaments, le casse-tête indien

Le 2 novembre, l’entreprise pharmaceutique Roche a vu un de ses brevets rejeté par une commission indienne car « insuffisamment novateur » ; une décision qui devrait faire baisser le prix des traitements contre l’hépatite C.

L'Inde cédera-t-elle aux pressions de l'Union européenne sur la protection des brevets pharmaceutiques ? Depuis plus de quatre ans, les négociations entre New Delhi et Bruxelles en vue d'un accord de libre-échange achoppent toujours sur la même question. Différée à plusieurs reprises, la conclusion du *« plus vaste accord de ce type dans le monde »,* selon l'expression du président de la Commission européenne, M. José Manuel Barroso (1), a été annoncée pour la fin de l'année. Mais un énième retard n'est pas à exclure.

Bien que soumise aux dispositions de l'Organisation mondiale du commerce (OMC) sur les droits de propriété intellectuelle (Adpic (2)), intégrées à sa législation en mars 2007, l'Inde reste pointée du doigt pour sa production de médicaments génériques, soupçonnée de ne pas obéir aux règles de protection des brevets. C'est que le colossal marché du sous-continent aiguise bien des appétits. Selon un rapport de PricewaterhouseCoopers, l'industrie pharmaceutique indienne représentait en 2009 11 milliards de dollars, et pourrait atteindre 30 milliards en 2020 (3). Avec ses médicaments les moins chers du monde, l'Inde se place en tête des pays exportateurs de traitements contre le sida, le cancer et la tuberculose à destination des pays du Sud. Un manque à gagner qui irrite les laboratoires occidentaux.

Bruxelles prête à ces derniers une oreille attentive. Au nom du respect de la propriété intellectuelle, les saisies de médicaments génériques indiens en transit dans l'espace européen se sont multipliées au cours des dernières années, incitant l'Organisation mondiale de la santé (OMS) à dénoncer un *« usage abusif de la législation sur la contrefaçon* (4) *».* En février 2012, lors d'un sommet réunissant à New Delhi les dirigeants de l'Inde et de l'Union, l'hostilité de Bruxelles aux génériques avait suscité l'inquiétude des professionnels de la santé. *« Sous l'influence de son puissant secteur pharmaceutique, l'Union européenne tente d'imposer des mesures de renforcement de la protection des brevets que l'Inde a jusqu'ici refusées »,* déplorait l'organisation non gouvernementale (ONG) Oxfam (5).

Un cinquième des génériques produits à l'échelle mondiale provenant d'entreprises indiennes, l'intérêt stratégique des laboratoires européens et américains imposait de ternir leur réputation. Dès sa création, sous l'égide de l'OMS, en 2006, le Groupe de travail international de lutte contre la contrefaçon de médicaments (International Medical Products Anti-Counterfeiting Taskforce, Impact) a mis en doute la qualité des génériques indiens, signalant la présence dans leur composition de molécules contrefaites. Ces travaux sont toutefois sujets à controverse, certains pays membres de l'OMS jugeant que l'action de l'Impact obéit à des considérations plus commerciales que sanitaires — un reproche qui a suscité quelques remous lors de la 64e Assemblée mondiale de la santé, en mai 2011. Les conclusions de l'Impact n'en sont pas moins reprises telles quelles par certaines ONG, comme la Fondation Chirac, très active sur ce dossier à Bruxelles et en Afrique.

Il est vrai que la logistique indienne présente des failles. *« Lors d'un audit dans un hôpital de luxe à Bombay, on s'est rendu compte qu'une partie des médicaments congelés étaient périmés, à cause d'une mauvaise gestion de la chaîne du froid »,* témoigne M. Sujay Shetty, l'un des auteurs du rapport de PricewaterhouseCoopers.

Chez les petits pharmaciens locaux, les médicaments ne sont pas toujours fiables. M. Yussuf Sheikh, employé d'une *kirana* — petite pharmacie faisant aussi office

d'épicerie — dans un quartier pauvre à proximité des docks de Bombay, s'affaire au milieu des plaquettes de pilules, des cartons de lait et des emballages de cosmétiques locaux ou importés qui jonchent le sol. Sa clientèle est constituée d'habitants du lotissement voisin appartenant aux petites classes moyennes, ainsi que de leurs domestiques logés dans un bidonville près de la gare. Il attribue les produits et fixe les tarifs à la tête du client : *« Si vous avez les moyens de vous payer un générique indien ou un produit d'une entreprise américaine, je vous le vendrai. Pour les plus pauvres, en revanche, je propose des médicaments bas de gamme,* déclare-t-il sans états d'âme. *C'est un marché lucratif pour toute la chaîne commerciale. Notre marge est de 30 à 50 %. Si vous êtes très pauvre, je vous vendrai du Paracip, fabriqué par Cipla, l'équivalent du paracétamol. Parfois, le dosage diffère de ce qui est écrit sur la boîte, ou alors l'étiquette est fausse, ou encore le médicament est un placebo. Mais au lieu de claquer 60 roupies, le client en dépense 15, tout en étant convaincu qu'il a acheté du Cipla. Rien ne peut vraiment lui arriver. S'il a mal à la tête un jour de plus, il ne va pas en mourir ! »*

Difficile d'évaluer la proportion de produits frelatés parmi les médicaments disponibles dans le pays. *« A en croire l'OMC, sur quatre médicaments vendus en Inde, un serait faux. Mais si c'était le cas, notre industrie enregistrerait une perte,* ironise M. Dilip Shah, un représentant de l'Alliance pharmaceutique indienne (Indian Pharmaceutical Alliance, IPA), le lobby des fabricants indiens de génériques, qui mène ses propres enquêtes sur la contrebande de faux médicaments. *En fait, l'OMC considère comme faux tous les médicaments qui ne sont pas aux normes, qu'il s'agisse de produits mal étiquetés, de placebos ou de génériques. Mais cela ne veut pas forcément dire qu'ils sont nocifs ou qu'ils n'agissent pas. De plus, notre travail démontre que la contrefaçon concerne principalement les produits vendus sans prescription médicale, c'est-à-dire le marché intérieur. »*

Des lobbies contre les génériques

Ce marché largement informel, approvisionné par quelque dix mille entreprises locales, constitue une manne âprement convoitée. Pratiquée dans les *kirana* et les petits supermarchés, la vente de médicaments sans ordonnance permet de capter une clientèle rurale et semi-urbaine que les industriels, indiens ou étrangers, ne demandent qu'à conquérir (6). Ce n'est pas sans arrière-pensées que les organisations professionnelles indiennes réclament une meilleure régulation. *« Les producteurs de génériques indiens craignent de voir leur échapper l'énorme marché des classes moyennes, en explosion »,* explique M. Shetty. Les affaires s'annoncent d'autant plus juteuses que, selon lui, *« l'Inde est bien placée pour récupérer au moins un tiers des 70 milliards de dollars que représentent les médicaments dont le brevet va expirer aux Etats-Unis dans les trois prochaines années ».*

L'impératif de régulation se heurte cependant aux dysfonctionnements de l'Etat indien. Selon M. Shah, la Food and Drug Administration (FDA), chargée du contrôle des médicaments, *« est complètement inefficace et, pour partie, corrompue. Plus d'une fois, après avoir averti la FDA, nous avons eu la surprise de voir les trafiquants que nous pourchassions depuis des mois disparaître dans la nature après avoir vidé les entrepôts où ils stockaient les faux médicaments ».*

Pour contrer les trafiquants, la meilleure solution consiste peut-être à les battre sur leur propre terrain, c'est-à-dire à rendre les « bons » médicaments disponibles aux

nécessiteux. C’est ainsi qu’au J. J. Hospital, l’un des plus grands établissements publics de Bombay, une minuscule officine fournit gratuitement leurs trithérapies aux patients atteints du sida. *« Nous n’avons pas les moyens d’occuper plus d’espace, mais nous insistons auprès de nos patients les plus pauvres pour qu’ils viennent s’approvisionner chez nous, même s’ils doivent faire la queue pendant des heures »,* indique un médecin de l’établissement.

La principale préoccupation des industriels indiens, cependant, est d’empêcher la remise en cause de la clause (d) de la section 3 de la loi indienne sur les brevets, seul garde-fou à la toute-puissance des multinationales pharmaceutiques. Cette clause, adoptée en 2005, indique qu’une demande de brevet ne peut se justifier que pour des molécules nouvelles, issues d’une découverte scientifique dûment établie, et non pour des produits qui recyclent ou améliorent des substances déjà existantes. Autant dire qu’elle exaspère les géants américains et européens, qui se livrent à un lobbying intense pour obtenir son abrogation.

« La clause *3 (d) est notre unique filet de sécurité, or il risque de partir en fumée,* s’insurge le docteur Jaideep Gogtay, spécialiste du VIH et directeur médical chez Cipla. *Les grandes entreprises pharmaceutiques multiplient les astuces pour rallonger la durée de vie de leurs brevets. C’est ce que nous appelons le verdissement permanent* [evergreening]. *Savez-vous qu’il existe parfois des centaines de brevets pour un seul médicament ? Lorsque ce dernier concerne des thérapies pour le traitement du VIH ou du cancer et qu’il est hors de prix dans nos pays, j’estime que c’est criminel ! »*

Les entreprises occidentales disposent de quelques appuis. En décembre 2010, le quotidien économique indien *Mint* révélait qu’une société américaine, Gilead Sciences, avait obtenu du ministre du commerce des Etats-Unis, M. Gary Locke, qu’il défende ses intérêts auprès de son homologue indien. L’intervention visait à contourner les voies légales pour obtenir la mise sur le marché du Viread, un médicament antisida dont la demande de brevet avait été rejetée par l’Inde en vertu de la clause 3 (d). Présenté comme nouveau, le Viread était en fait dérivé d’un traitement disponible depuis belle lurette : le Tenofovir (7).

Pour contenir la fièvre monopolistique des groupes occidentaux, le président-directeur général (PDG) de Cipla, M. Yusuf Hamied, plaide en faveur des licences obligatoires, version pharmaceutique du principe de réquisition : exiger l’accès aux molécules des multinationales pour en confier l’usage aux laboratoires locaux, moyennant le paiement de redevances. Une démarche qui permet de casser les prix tout en garantissant aux producteurs indiens, et en particulier à Cipla, un accès au marché intérieur (8).

Sous la pression des groupes pharmaceutiques, une loi indienne a autorisé les investissements directs étrangers à 100 %. D’où l’inquiétude de l’Association indienne des fabricants de médicaments (Organisation of Pharmaceutical Producers of India, OPPI), qui redoute *« une hausse du prix des traitements et une marginalisation des entreprises indiennes ».*

Dans ce contexte, l’issue des négociations entre Bruxelles et New Delhi est attendue avec anxiété. Le seul point positif, à ce stade, est que l’Union a consenti à supprimer la clause sur l’exclusivité des données qu’elle avait introduite dans le projet

d'accord de libre-échange. *« Il s'agissait d'attribuer à l'ayant droit la propriété exclusive de toute pratique liée à un produit : conception, marketing, dosages, formules, essais cliniques, recherche et développement, production générique, etc.,* nous explique Mme Leena Menghaney, coordinatrice indienne de la campagne de Médecins sans frontières pour l'accès aux médicaments essentiels. *Un exemple classique est celui de la colchicine aux Etats-Unis. Ce médicament, utilisé contre la goutte depuis trois mille ans, fait l'objet d'une formule pharmaceutique depuis le XIXe siècle. Impossible donc de le breveter. Pourtant, en application de la clause d'exclusivité des données, la FDA a récemment reconnu à l'une des entreprises produisant de la colchicine un droit d'exclusivité sur le marketing. Puis, de fil en aiguille, elle lui a accordé le statut d'ayant droit. Le prix du médicament a alors grimpé de 0,09 dollar à 4,85 dollars, soit cinquante fois son prix initial… »*

Clea Chakraverty

Journaliste, Bombay.

(1) « Inde-UE : un accord de libre-échange en vue », communiqué de la Commission européenne, 13 février 2012.

(2) Aspects des droits de propriété intellectuelle qui touchent au commerce, OMC.

(3) « Global pharma looks to India : Prospects for growth », PricewaterhouseCoopers, Londres, avril 2010.

(4) « L'OMS déplore les saisies de médicaments génériques indiens par l'UE », Agence France-Presse, 21 mai 2010.

(5) « L'Union européenne ne doit pas fermer la "pharmacie" des pays en développement », Oxfam, 9 février 2012.

(6) « Pfizer, Ranbaxy tie up with ITC to sell over-the-counter products in rural areas », The Hindu Business Line, Madras, 11 juillet 2011.

(7) « A powerful push for US firm's patent », *Mint,* New Delhi, 7 décembre 2010.

(8) « All depends on what I can handle : YK Hamied », *Business Today,* Noida (Inde), 3 août 2011.

Quelle/Anmerkung:
http://www.monde-diplomatique.fr/2012/12/CHAKRAVERTY/48472 , eingesehen am 15.12.2020.

F13-1
Le Figaro
Un immense marché difficile à conquérir

L'INDE souhaite l'appui de la France pour conclure un accord de libre-échange avec l'Union européenne aussi vite que possible. Et la France compte sur cet accord pour

relancer ses relations commerciales avec l'Inde. Vu sous cet angle, le voyage de François Hollande s'annonce sous les meilleurs auspices.

Pour l'heure, les relations économiques ne sont pas encore à la hauteur des espérances. Sur les six premiers mois de l'année 2012, les échanges entre les deux pays ont baissé de 8,8 % sur un an, à 3,7 milliards d'euros. Si les exportations de la France ont augmenté de 5,2 %, à 1,52 milliard d'euros, grâce à l'aéronautique, elles ne compensent pas les importations qui s'élèvent à 2,19 milliards. La balance commerciale française affiche un déficit de 672 millions d'euros vis-à-vis de l'Inde. Au sein de l'Europe, les exportations de la France viennent loin derrière celles de l'Allemagne (8,8 milliards d'euros en 2011), de la Belgique, de la Grande-Bretagne (5 milliards) et de l'Italie. Même chose pour les importations où la Grande-Bretagne arrive en tête (5,6 milliards d'euros), suivie par l'Allemagne, la Belgique et l'Italie. Les quelque soixante patrons qui accompagnent le chef de l'État, parmi lesquels ceux d'Areva, d'Alstom, de Dassault, d'EADS, de Lafarge, de LVMH, de Sanofi et de Veolia, ont du pain sur la planche.

Ouverture aux étrangers

« L'Inde est un marché prometteur, mais sa culture et son organisation sociale sont complexes, son administration est tatillonne et les relations avec les hommes d'affaires indiens, dont les entreprises sont souvent familiales, ne sont pas faciles », analyse Olivier Monange, avocat associé du cabinet DS Avocats, chargé de la coordination des affaires asiatiques. Avec un PIB (produit intérieur brut) de plus de 1 800 milliards de dollars en 2011 et une population de 1,25 milliard d'habitants, le pays s'affiche comme la onzième puissance économique mondiale, la troisième en Asie. Sa croissance, de 5 % cette année, devrait remonter à 7 % l'an prochain et à 8 % en 2014-2015.
En septembre dernier, le premier ministre Manmohan Singh a décidé d'ouvrir le secteur de la grande distribution aux étrangers, qui peuvent désormais acquérir jusqu'à 51 % du capital. Un marché de près de 300 milliards d'euros. Ils peuvent également racheter jusqu'à 49 % des compagnies aériennes indiennes. De même, l'assurance et l'épargne-retraite leur sont ouvertes.
Les Français sont loin d'être absents. Airbus, qui détient 52 % du marché des avions de transport, compte finaliser cette année la vente de six avions ravitailleurs pour 900 millions d'euros et placer des avions de transport militaire. Alstom, associé à l'indien Bharat, a annoncé mardi qu'il avait remporté une nouvelle commande de trois turbines électriques pour 350 millions d'euros. Dassault est en négociation pour un contrat de près de 9 milliards d'euros portant sur l'achat de 126 Rafale. Areva négocie la construction de deux réacteurs EPR à Jaïtapur et Alstom s'intéresse au métro de Bengalore.
Au total, les Français comptent 700 filiales en Inde, qui emploient quelque 200 000 personnes. « Le problème est que ce sont des grands groupes et que l'on compte peu de petites et moyennes entreprises. En Inde, il faut que l'on s'entraide. Que les grands soutiennent les petits. Les Allemands sont beaucoup mieux organisés que nous », constate Olivier Monange.
Résultat, la France arrive à la dixième place pour les investissements directs étrangers réalisés en Inde entre 2005 et 2009, avec une part de 1,24 % du total, alors que l'Allemagne est huitième (2,6 % des parts) et la Grande-Bretagne quatrième (5,6 %), derrière l'île Maurice, Singapour et les États-Unis.

Quelle/Anmerkung:
Erhoben in LexisNexis, Rubrique: Internationale; Pg. 5, N° 21316.

F13-2
Le Figaro
Inde: Hollande pour le libre-échange

Le président français François Hollande espère que l'accord de libre-échange en discussion entre l'UE et l'Inde permettra d'abaisser les droits de douane indiens qui freinent les échanges avec la France, dans un entretien publié vendredi par The Times of India.

"En France comme en Inde, nous voulons relancer la croissance. Le développement de nos échanges commerciaux doit y contribuer. Mais disons les choses, les droits de douane indiens sont très élevés dans certains secteurs, par exemple dans le secteur agro-alimentaire", regrette M. Hollande.

"Tout l'enjeu de l'accord de libre-échange en discussion entre l'UE et l'Inde est de donner une impulsion nouvelle à notre commerce dans les deux sens. Il doit être équilibré et mutuellement avantageux", plaide-t-il.

Quelle/Anmerkung:
http://www.lefigaro.fr/flash-eco/2013/02/15/97002-20130215FILWWW00297-indehollande-pour-le-libre-echange.php , eingesehen am 15.12.2020.

F13-3
Journal du dimanche
Inde : Hollande veut un libre-échange

Le président français François Hollande espère que l'accord de libre-échange en discussion entre l'Union européenne et l'Inde permettra d'abaisser les droits de douane indiens qui freinent les échanges avec la France, dans un entretien publié vendredi par The Times of India.

"En France comme en Inde, nous voulons relancer la croissance. Le développement de nos échanges commerciaux doit y contribuer. Mais disons les choses, les droits de douanes indiens sont très élevés dans certains secteurs, par exemple dans le secteur agroalimentaire", regrette M. Hollande. Selon le président français, "tout l'enjeu de l'accord de libre-échange en discussion entre l'UE et l'Inde est de donner une impulsion nouvelle à notre commerce dans les deux sens. Il doit être équilibré et mutuellement avantageux", plaide-t-il.

L'Inde et les pays membres de l'UE négocient depuis 2007 pour tenter d'aboutir à un accord de libre-échange qui ferait passer les échanges bilatéraux annuels de 92 milliards de dollars à 237 milliards d'ici 2015. L'Inde avait dit espérer conclure les négociations à la fin 2011.

Quelle/Anmerkung:
http://www.lejdd.fr/Economie/Depeches/Inde-Hollande-veut-un-libre-echange-591641 , eingesehen am 28.06.2013.

F13-4
Le Parisien
Hollande plaide pour un accord de libre-échange UE-Inde

Le président français François Hollande espère que l'accord de libre-échange en discussion entre l'UE et l'Inde permettra d'abaisser les droits de douane indiens qui freinent les échanges avec la France, dans un entretien publié vendredi par The Times of India."En France comme en Inde, nous voulons relancer la croissance. Le développement de nos échanges commerciaux doit y contribuer. Mais disons les choses, les droits de douanes indiens sont très élevés dans certains secteurs, par exemple dans le secteur agroalimentaire", regrette M. Hollande."Tout l'enjeu de l'accord de libre-échange en discussion entre l'UE et l'Inde est de donner une impulsion nouvelle à notre commerce dans les deux sens. Il doit être équilibré et mutuellement avantageux", plaide-t-il.L'Inde et les pays membres de l'Union européenne négocient depuis 2007 pour tenter d'aboutir à un accord de libre-échange qui ferait passer les échanges bilatéraux annuels de 92 milliards de dollars à 237 milliards d'ici à 2015. L'Inde avait dit espérer conclure les négociations à la fin 2011.François Hollande a regretté jeudi que les échanges commerciaux bilatéraux plafonnent "à peine" à 8 milliards d'euros, bien loin de l'objectif de 12 milliards fixés par les deux pays en 2008.Selon le chef de l'Etat, les entreprises françaises investissent toutefois beaucoup en Inde: "le rythme a été d'un milliard par an depuis deux ans et d'autres projets sont en perspective", souligne-t-il.Quant aux entreprises indiennes, "elles sont les bienvenues. Elles trouveront en France les meilleures technologies, un bon niveau d'infrastructures, une main-d'oeuvre de qualité exceptionnelle et en plus, au coeur de la plus grande économie du monde: celle de l'Europe", argumente François Hollande.Interrogé sur l'avancée des discussions pour la vente du Rafale à l'armée indienne, François Hollande estime que l'avion de chasse "a été sélectionné au terme d'une compétition transparente et rigoureuse".Ces commentaires interviennent alors que le patron du constructeur aéronautique italien Finmeccanica a été arrêté cette semaine, accusé de corruption dans une affaire de vente d'hélicoptères à l'Inde en 2010.Concernant le projet nucléaire de Jaïtapur, où Areva négocie la construction de deux réacteurs EPR, le président estime que "des progrès ont été accomplis".Après la catastrophe de Fukushima au Japon, une agence indépendante en France "a conclu que l'EPR présente le plus haut niveau de sûreté", dit-il."Nous avons eu un dialogue transparent avec les autorités indiennes à ce sujet. La meilleure garantie pour l'Inde, c'est que nous construisons en France le même réacteur que ceux qui sont projetés à Jaïtapur".Après des rencontres politiques jeudi, M. Hollande devait se rendre vendredi à Bombay, capitale économique du pays, pour une opération séduction auprès des investisseurs et industriels indiens. AFP

Quelle/Anmerkung:
http://www.leparisien.fr/flash-actualite-economie/hollande-plaide-pour-un-accord-de-libre-echange-ue-inde-15-02-2013-2570073.php , eingesehen am 18.06.2013.

F13-5
Les Échos
Les contrats, fil rouge de la visite de Hollande en Inde

ENCART: Eurocopter va vendre 50 hélicoptères civils à Aviators India Ltd.Le contrat Rafale pourrait être signé en juillet.

François Hollande ne repart pas de New Delhi les mains totalement vides. Pendant sa visite d'Etat, Eurocopter, une filiale d'EADS, a signé un contrat pour la fourniture de 50 hélicoptères civils (7 EC135 en commandes fermes et 43 options) à Aviators India Ltd pour un montant de 40 millions d'euros. Un dénouement heureux comparé à la situation que connaît l'italien Finmeccanica. Le contrat de 12 hélicoptères militaires fait l'objet d'une enquête pour soupçon de corruption. Dans l'attente des conclusions, New Delhi a décidé de suspendre ses paiements. Fil rouge de la visite présidentielle, le contrat des Rafale a fait l'objet de « progrès », selon François Hollande et Mammohan Singh, le Premier ministre indien. Dassault Aviation est en négociations exclusives pour la vente de 126 chasseurs pour un montant estimé à 10 milliards de dollars (« Les Echos » du 14 février 2013). « Le contrat pourrait être annoncé en juillet », a indiqué une source indienne.

Alors que la France négocie aussi la vente d'une centrale nucléaire, les deux parties ont profité de cette visite bilatérale pour donner une nouvelle impulsion aux échanges commerciaux entre les deux pays. « C'est beaucoup trop peu ! » a lancé François Hollande jeudi après-midi devant une assemblée d'hommes d'affaires des deux pays. Le chef de l'Etat,, qui a rappelé que le commerce bilatéral est actuellement d'environ 7,5 milliards d'euros alors que l'objectif était de le porter à 12 milliards, a affirmé que le partenariat stratégique entre l'Inde et la France doit s'étendre à « tous les secteurs économiques ». « Toutes les entreprises françaises doivent pouvoir accéder au marché indien » et « je demande à nos amis indiens de les accueillir », a-t-il lancé. Une phrase dans laquelle certains patrons français ont vu une allusion très diplomatique aux obstacles tarifaires ou administratifs qui entravent parfois leur activité ici.

Partage des technologies

Pour François Hollande, la clef du développement des échanges passe par des coopérations. « Si l'on cherche seulement à vendre des produits, on n'atteindra pas les objectifs », a-t-il lancé aux hommes d'affaires. La solution, c'est « le partage des technologies ». La France « a une avance technologique, a-t-il martelé, elle est prête à la partager avec les entreprises indiennes ». Le nucléaire et la défense correspondent à cette approche. Mais, comme le rappelait un patron du CAC 40, « ces accords où les Indiens nous achètent des centrales ou des chasseurs mais veulent les construire eux-mêmes, c'est un phénomène assez nouveau, et ce n'est pas facile pour les entreprises concernées ». Pour le président de la République, les partenariats technologiques devraient être à double sens. Il a souligné à plusieurs reprises que l'Inde compte autant d'informaticiens que la totalité de la population française L'objectif, a-t-il conclu, c'est « d'en finir avec l'idée que les pays émergents font du bas de gamme et que les pays développés gardent leurs technologies ». De la même façon, François Hollande a appelé les entreprises indiennes à investir en France : « Nous faciliterons leur implantation », a-t-il promis, tout en appelant à une conclusion rapide des négociations sur un accord de libre-échange UE-Inde enclenchées depuis plusieurs années.

Quelle/Anmerkung:

Erhoben in LexisNexis, Rubrique: Article; Pg. 8, N°. 21377.

F13-6
Le Monde
En Inde, la bataille pour des médicaments bon marché continue

Les ONG saluent le rejet d'une demande de brevet de Novartis, mais craignent les pressions européennes

Malgré l'abondance des génériques, 40 millions d'Indiens tombent chaque année dans la pauvreté à cause de leurs dépenses de santé

Les défenseurs des médicaments génériques saluent une victoire importante sans pour autant abandonner leur combat. Lundi 1 er avril, la Cour suprême indienne a rejeté une demande de brevet sur un anticancéreux, le Glivec, déposée par le géant pharmaceutique suisse Novartis. Cette décision facilitera la production en Inde de versions génériques de ce traitement et, plus généralement, de médicaments bon marché. « Cela va donner un énorme coup de pouce pour fournir aux pauvres des médicaments à des prix abordables », s'est félicité Anand Grover, l'avocat de l'Association d'aide aux malades du cancer.

Leur inquiétude porte désormais sur un accord commercial en cours de négociation entre l'Inde et l'Union européenne (UE). Selon l'ONG Médecins Sans Frontière (MSF), l'Europe souhaiterait que, en cas de litige portant sur un brevet ou de violation de la propriété intellectuelle, non seulement le fabricant de génériques mais aussi des tiers – les cliniques, les ONG ayant acheté le médicament ou les fournisseurs de matière première – puissent être poursuivis par la justice. De plus, en cas de litige, si un tribunal indien était saisi, les autorités européennes souhaitent que la production du fabricant de génériques soit suspendue pendant la durée de la procédure.

« L'UE réclame de nouvelles clauses en matière de loi sur la propriété intellectuelle qui vont nuire à la production de médicaments génériques », s'alarme Leena Menghaney, responsable en Inde de la campagne d'accès aux médicaments essentiels de MSF.

La décision rendue le 1 avril par la Cour suprême indienne, qualifiée d' « historique » par le ministre du commerce et de l'industrie, Anand Sharma, conforte l'industrie des génériques, sans toutefois remettre en question l'existence juridique des brevets.

Bien au contraire : le jugement de 112 pages renforce les nouvelles dispositions de la loi sur la propriété intellectuelle adoptée en 2005, qui autorise pour la première fois dans le pays les brevets. Toutefois, cette autorisation vaut uniquement pour les médicaments nouveaux et innovants ayant un impact thérapeutique. Seuls deux autres pays dans le monde, l'Argentine et les Philippines, ont adopté des clauses restrictives similaires.

« Les molécules découvertes avant 1995 et qui sont légèrement améliorées ne sont pas protégées par un brevet. Mais pour les innovations postérieures à 1995, les traitements sont coûteux et le problème reste entier », s'inquiète Leena Menghaney.

Pour ces nouveaux traitements brevetés, l'Inde a prévu le dispositif de la licence obligatoire. Lorsqu'un médicament n'est pas accessible à la population, parce qu'il est trop coûteux ou n'est tout simplement pas disponible, un laboratoire peut être autorisé à en fabriquer une version générique tout en reversant une partie du produit de ses ventes, en royalties, au détenteur du brevet.

L'Inde a pour la première fois, en 2012, délivré une licence obligatoire au laboratoire indien Natco pour qu'il fabrique et commercialise le générique d'un traitement anticancéreux mis au point par le laboratoire allemand Bayer. Le Sorafenib Tosylate était vendu 4 000 euros pour une durée de traitement d'un mois, un tarif rédhibitoire pour la quasi-totalité de la population indienne, et il n'avait été exporté en Inde qu'en très faible quantité en 2009 et en 2010.

Si les laboratoires pharmaceutiques menacent l'Inde de ne pas y commercialiser leurs nouveaux médicaments – comme Paul Herrling, un responsable de Novartis, l'a affirmé dimanche 31 mars au quotidien Financial Times –, ils s'exposent donc au risque de voir une version générique de leur médicament commercialisée, via une licence obligatoire.

Le marché indien, qui progresse à un rythme annuel de 13 % à 14 %, est difficile à pénétrer pour les grands laboratoires pharmaceutiques, soumis à la fois à une définition plus stricte du brevet et à la menace de la licence obligatoire. Novartis, qui, en 2012, a réalisé 7,4 milliards d'euros de bénéfice net, craint même que cette situation porte préjudice à la « découverte pharmaceutique innovante » .

Les génériques freinent-ils l'innovation, comme Novartis le prétend ? Une étude, publiée en janvier dans la revue scientifique Journal of Economic Perspectives par les économistes américains Michele Boldrin et David Levine (université Washington à Saint-Louis, Missouri), affirme le contraire, démontrant que les brevets ne sont pas un gage de progrès.

« Malgré l'augmentation énorme du nombre de brevets et le renforcement du système de protection légale, l'économie américaine n'a pas vu le rythme de son progrès technologique s'accélérer, ni d'augmentation importante de ses dépenses en matière de recherche et développement », écrivent les auteurs.

Au-delà de la bataille sur les brevets, la fabrication de génériques ne garantit pas à elle seule l'accès aux soins pour les plus démunis. Sans médecin ni hôpital à proximité, comment pourraient-ils bénéficier des génériques ? L'Inde compte en moyenne 9 lits d'hôpitaux pour 10 000 habitants, contre 63 en Ethiopie par exemple. Les coûts de la santé dépassent aussi, de loin, le seul achat de médicaments. Or, en Inde, 80 % de ces dépenses sont assurés par les patients eux-mêmes, sans qu'ils soient couverts par une assurance publique ou privée.



Malgré l'abondance des génériques en Inde, 40 millions de patients tombent dans la pauvreté chaque année à cause de leurs dépenses de santé, de l'aveu même du président de la République, Pranab Mukherjee. La décision de la Cour suprême, qualifiée de « victoire triomphante pour l'accès des plus pauvres à des médicaments bon marché » par les associations d'aide aux malades, ne doit pas faire oublier les piètres performances de l'Inde en matière de santé publique.

Quelle/Anmerkung:
Nr. 21214, 69 année, France métropolitaine, Pg.6.
https://www.lemonde.fr/sante/article/2013/04/02/en-inde-la-bataille-pour-des-medicaments-bon-marche-continue_3151796_1651302.html , eingesehen am 28.12.2020.

F13-7
Le Parisien
UE-Inde: des avancées dans les discussions sur un accord de libre-échange



Des avancées ont été enregistrées lundi dans les négociations en vue d'un accord de libre-échange entre l'Union européenne et l'Inde, en cours depuis cinq ans, à la suite de la visite à Bruxelles du ministre indien du Commerce, a indiqué la Commission européenne.

Des avancées ont été enregistrées lundi dans les négociations en vue d'un accord de libre-échange entre l'Union européenne et l'Inde, en cours depuis cinq ans, à la suite de la visite à Bruxelles du ministre indien du Commerce, a indiqué la Commission européenne.
Le commissaire européen au Commerce, Karel De Gucht, et le ministre indien du Commerce, Anand Sharma, "ont eu une rencontre positive qui a donné un nouvel élan en vue de faire progresser les négociations", a déclaré le porte-parole de M. De Gucht, John Clancy.

"Nous espérons de nouveaux progrès au cours des prochains mois", a-t-il ajouté.
Cette réunion visait à obtenir un accord politique afin de donner une nouvelle impulsion aux négociations, plutôt que de résoudre les points sur lesquelles elles achoppent depuis plus de cinq ans, avait-on indiqué plus tôt lundi de sources européennes.
Parmi ces points: le degré de protection de l'industrie automobile, l'ouverture du marché indien des assurances ou encore la question de la propriété intellectuelle.
L'Inde et les pays membres de l'UE négocient depuis 2007 pour tenter d'aboutir à un accord de libre-échange qui ferait passer les échanges bilatéraux annuels de 92 milliards de dollars à 237 milliards d'ici 2015. L'Inde avait dit espérer conclure les négociations à la fin 2011.
Les négociations en vue d'un accord de libre-échange entre l'Union européenne et le

Japon, destiné à doper la croissance atone des deux régions, ont par ailleurs débuté concrètement lundi à Bruxelles.
Ces négociations doivent durer plusieurs années au rythme de quatre ou cinq sessions par an. La prochaine devrait avoir lieu en juin à Tokyo avant une troisième à l'automne.
L'UE veut aussi lancer d'ici juin des négociations avec les Etats-Unis pour créer l'une des plus grandes zones de libre-échange du monde. Elle est aussi engagée dans des négociations pour des accords de libre-échange avec le Canada.

Quelle/Anmerkung:
http://www.leparisien.fr/flash-actualite-economie/ue-inde-des-avancees-dans-les-discussions-sur-un-accord-de-libre-echange-15-04-2013-2728769.php , eingesehen am 18.06.2013, Im Webarchive:
https://web.archive.org/web/20130622194528/http://www.leparisien.fr/flash-actualite-economie/ue-inde-des-avancees-dans-les-discussions-sur-un-accord-de-libre-echange-15-04-2013-2728769.php, eingesehen am 28.12.2020

F13-8
Les Échos
L'accord de libre-échange entre l'Inde et l'Europe sur le fil du rasoir

ENCART: Il reste peu de temps pour conclure avant les élections indiennes.A défaut, l'Europe pourrait préférer passer à autre chose.

L'Inde et l'Union européenne ont tenu cette semaine à Bruxelles une séance de négociations au niveau ministériel pour tenter de faire avancer leur projet d'accord de libre-échange (ALE). A l'issue de la réunion présidée lundi par Karel De Gucht, commissaire au Commerce, et Anand Sharma, ministre indien du Commerce et de l'Industrie, Bruxelles a estimé que cette rencontre était à même de « fournir un élan pour faire avancer les négociations », selon John Clancy, un porte-parole de la Commission. En clair, elle aurait donné un signal politique afin que les deux camps rapprochent leurs positions dans les mois à venir.

L'exécutif européen souhaite obtenir ce qui pourrait être le premier accord de libre-échange d'une telle envergure avec un pays émergent. « Cela peut ensuite faire école avec d'autres économies émergentes », estime une source européenne. L'Inde est déjà un partenaire important de l'UE, le commerce entre les deux zones ayant grimpé de 28,6 milliards d'euros à 79,9 milliards entre 2003 et 2011.

Au-delà des déclarations de circonstance sur la volonté d'aboutir, un certain scepticisme semble malgré tout s'installer quand à la possibilité d'une conclusion rapide. Il y a de nombreux mois que les négociations entamées en 2007 sont enlisées, au point que l'édition 2012 du sommet annuel Inde-Europe n'a toujours pas eu lieu, les deux parties voulant que le prochain sommet puisse prendre acte d'un accord politique sur l'ALE.

Divergences

Mais dans la pratique, nombre de divergences subsistent. Les propositions indiennes pour réduire les droits de douane très élevés qui frappent les voitures et les alcools européens importés ne satisfont pas Bruxelles. La Grande-Bretagne exige une

ouverture des assureurs indiens aux capitaux étrangers et le gouvernement indien a prévu une loi en ce sens, mais il n'aura pas forcément une majorité pour la voter. De son côté, New Delhi ne se satisfait pas des propositions de Bruxelles en matière d'accès de ses professionnels au marché européen, etc.

Le temps ne joue peut-être plus en faveur d'une conclusion heureuse des discussions. Les élections générales indiennes auront lieu dans juste un an et un accord global supposerait de résoudre tous les problèmes dans les prochains mois, au risque pour le gouvernement indien de mécontenter des lobbies très mobilisés. En outre, « l'Europe est de moins en moins prête à faire de gros efforts en faveur de l'Inde, confie un diplomate européen à Delhi, car ce qui l'intéresse maintenant c'est le lancement des grandes négociations d'ALE avec le Japon et bientôt les Etats-Unis, dont les enjeux sont très supérieurs ».

Contributor: Correspondant à New Dehli

Quelle/Anmerkung:
Erhoben in LexisNexis, Rubrique: Article; Pg. 8, N°. 21420.

F13-9
Le Monde
L'Inde cajole ses agriculteurs, au lourd poids électoral

Les Etats-Unis sont " préoccupés par le climat qui règne concernant les investissements et l'innovation en Inde ", a déclaré, le 6 juin, Mike Froman, l'un des conseillers économiques de Barack Obama, devant des sénateurs américains. Le même jour, une association d'entreprises américaines se plaignait, dans une lettre au président, des " discriminations " subies en Inde.

Alors que les Américains accusent le sous-continent de protectionnisme, Bruxelles et New Delhi avancent difficilement dans leurs négociations sur un accord de libre-échange, démarrées il y a six ans. Une source diplomatique affirme que rien ne devrait être signé avant les prochaines élections indiennes, en 2014. Bruxelles exige de l'Inde une baisse des taxes d'importation sur les produits agroalimentaires, les voitures de luxe et une ouverture du secteur bancaire aux investissements étrangers. New Delhi réclame l'obtention d'un statut visant à faciliter la sous-traitance de services informatiques dans son pays.

Produits taxés jusqu'à 300 %

En Inde, la période n'est pas propice à la levée des barrières. Le déficit commercial se creuse mois après mois, tout comme celui des comptes courants, suscitant l'inquiétude des agences de notation.

Le pays, qui absorbe 8 à 9 millions de nouveaux actifs par an, est réticent à ouvrir certains secteurs, comme l'agriculture, qui emploie des millions de personnes. Le secteur agricole pèse 17 % du PIB, mais fait travailler au moins 55 % de la population, au poids électoral considérable.

Les taxes douanières sur les produits agroalimentaires peuvent atteindre 300 %. C'est cette même agriculture qui protège l'Inde des famines grâce à la révolution

verte accomplie dans les années 1970. " L'agriculture n'est pas seulement une question économique, mais aussi de subsistance ", relève Abhijit Das, directeur du centre d'études sur l'OMC, installé à New Delhi.

Lors de son entrevue avec des responsables de l'OMC à Paris, en mai, le ministre indien du commerce extérieur, Anand Sharma, a affirmé que son gouvernement ne compte pas abandonner son programme de sécurité alimentaire : distribution gratuite de denrées alimentaires aux plus pauvres, garantie d'un prix de soutien agricole minimum.

En Inde, les opposants à l'ouverture de l'économie ne manquent pas de rappeler que les accords de réduction des barrières douanières signés avec Singapour ou la Malaisie ont détérioré la balance commerciale. Si le commerce extérieur contribue à hauteur de 30 % au PIB indien, contre 20 % en 2002, les secteurs qui en bénéficient génèrent peu d'emplois à l'échelle du pays, à l'instar des services informatiques.

L'Inde avance donc pays par pays, pour libéraliser ses échanges. La plupart des accords signés l'ont été avec les pays d'Asie. La part des Etats-Unis et de l'Europe dans le commerce extérieur ne cesse de décliner au profit des pays émergents ou en développement.

Quelle/Anmerkung:
Erhoben in LexisNexis, Rubrique: Le Monde Eco et Entreprise; Pg. 2.

F13-10
Les Échos
Pas d’accord de libre-échange entre l’Inde et l’Europe

ENCART: Les négociations ont échoué entre l'Inde et l'Union européenne.

Il n'y a plus d'espoir de conclure l'accord de libre-échange entre l'Inde et l'Union européenne dans un avenir prévisible : c'est la conclusion à laquelle sont arrivés récemment les négociateurs européens. Le seul espoir de limiter les dégâts est désormais de trouver une formule permettant de « geler » les discussions pour les reprendre au même point dans quinze ou dix-huit mois, après les élections prévues en Inde au printemps 2014.

« Nous avons désormais la certitude que nous n'arriverons à rien avant les élections indiennes et la mise en place d'une nouvelle Commission européenne en 2014, c'est très décevant », explique-t-on dans les milieux diplomatiques européens de New Delhi. Alors que les discussions étaient déjà mal engagées au printemps, un espoir ténu demeurait du fait de la poursuite d'intenses négociations. Ce n'est plus le cas aujourd'hui : il n'y a plus de séances de discussions au niveau technique.

Les points de blocage sont toujours les mêmes, explique un spécialiste à Bruxelles : « L'automobile et les pièces détachées, les vins et spiritueux, la banque et l'assurance. » Autant de domaines où l'Inde refuse les concessions demandées par les Européens. Et désormais, poursuit ce professionnel, « le contexte électoral indien bloque toute possibilité d'évolution ». Du côté de l'Union, le contexte n'est pas plus porteur. Sans même parler des élections européennes de 2014, l'intérêt des responsables de Bruxelles s'est déplacé. « Le comité qui suit les relations

commerciales de l'Union ne parle même plus de l'Inde depuis plusieurs mois », déplore un diplomate ayant accès aux comptes rendus. Ce sont désormais les discussions avec le Japon et surtout les Etats-Unis qui focalisent l'attention.

Ultime réunion en octobre

Dernier espoir pour sauver la face : une ultime réunion aura lieu en octobre entre Karel de Gucht, commissaire au Commerce, et Anand Sharma, ministre indien du Commerce et de l'Industrie. Objectif : arriver à des « conclusions politiques » à propos du processus de négociation mené depuis 2007 afin de « geler » les progrès enregistrés sur de nombreux dossiers techniques. Ce qui permettrait le jour venu de recommencer les discussions sur ces bases, plutôt que de tout reprendre à zéro. Mais même une telle déclaration n'est pas acquise.

L'échec des discussions sur l'accord de libre-échange fait une victime collatérale : il n'y a plus de sommet Inde-UE à l'horizon. Alors que ce sommet est en principe annuel, sa dernière édition remonte à février 2012. Un sommet envisagé en juillet dernier ne s'est pas concrétisé et plus rien n'est prévu. Le prochain sommet pourra donc avoir lieu au mieux fin 2014. « C'est désolant, note-t-on dans les milieux diplomatiques, cela donne l'impression que l'Inde et l'Europe n'ont aucun autre sujet de discussion que le commerce alors qu'il y a plein de dossiers importants, stratégiques, scientifiques, etc. »

Le projet d'accord de libre-échange paie sans doute le prix de son ambition. Il se voulait exhaustif, traitant de tous les échanges entre les deux blocs, pour leur donner un coup d'accélérateur considérable. L'Union européenne est le premier partenaire de l'Inde, avec un commerce portant sur 75,8 milliards d'euros en 2012. L'Europe aimerait tirer davantage parti de la croissance indienne, tandis que l'Inde a le plus grand besoin de développer ses exportations.

Quelle/Anmerkung:
Erhoben in LexisNexis, Rubrique: Article; Pg. 8 N°, 21529.

F13-11
Les Échos
La présidente du patronat indien inquiète pour le projet d'accord de libre-échange avec l'Europe



L'Inde est-elle entrée dans une période d'attentisme pour les six mois qui nous séparent des élections générales qui se tiendront en mai 2014 au plus tard ? C'est ce que redoute Naina Lal Kidwai, présidente de l'organisation patronale Ficci. « Nous allons devoir vivre avec les incertitudes liées aux élections générales », confie-t-elle

aux Echos, ajoutant que ces incertitudes sont « totales » en ce qui concerne les grandes décisions politiques. En revanche, poursuit-elle, « j'espère que l'administration va continuer son travail (pendant la période préélectorale), il y a beaucoup à faire dans des domaines qui ne demandent pas d'intervention du Parlement ». Naina Lal Kidwai, par ailleurs directeur général de la banque HSBC en Inde, souhaite que la machine administrative fasse avancer des dossiers comme les attributions des grands projets d'infrastructures, l'amélioration des procédures fiscales, etc.

D'autant, souligne-t-elle, que « les deux grands partis politiques (le Congrès au pouvoir et le parti hindouiste BJP, NDLR) n'ont pas de divergences majeures en matière de programme économique. Ils sont tous deux favorables à l'industrie, au développement et à l'ouverture de l'Inde sur le reste du monde ». Mais le déblocage de certains grands dossiers ne pourra plus intervenir avant les élections. C'est le cas par exemple des modalités d'investissement en Inde des grands distributeurs dont la complexité a dissuadé jusqu'ici tous les candidats comme Wal-Mart ou Carrefour : « les distributeurs attendent depuis cent ans, ils peuvent attendre six mois de plus ! », lance la patronne des patrons.

Autre domaine où l'attentisme électoral risque de peser : les négociations d'accord de libre-échange entre l'Inde et l'Union européenne. « Le gouvernement va avoir du mal à ternir ses engagements (d'ouverture du marché) dans les services, notamment l'assurance », estime la présidente de Ficci qui redoute un autre obstacle à la conclusion d'un accord : « le ministère du Commerce doit passer en revue tous les accords de libre-échange en vigueur pour voir s'ils ont été bénéfiques pour l'Inde. Si ces études ne sont pas positives, l'Inde prendra une position de négociation beaucoup plus dure », prévient-elle.

Milliards de dollars d'investissements

En l'état actuel des choses, et malgré « la réputation de l'Inde d'être un marché difficile », le pays demeure « une destination privilégiée » pour les investissements étrangers, affirme Naina Lal Kidwai qui souligne les milliards de dollars d'investissements lancés ici par des groupes comme Unilever ou GSK qui « sont en Inde depuis très longtemps, connaissent bien le pays et y augmentent leurs engagements ». Ca n'empêche pas qu'il y a « beaucoup à faire pour permettre aux entreprises de travailler plus facilement en Inde », pense-t-elle. Ce qui est « très difficile », précise Naina Lal Kidwai, c'est « tout ce qui touche au gouvernement », avec les problèmes d'autorisations, de négociations, etc. Des secteurs comme l'énergie, les infrastructures, la défense sont particulièrement exposés. Mais la présidente du patronat indien a un mot de réconfort pour les entreprises étrangères qui souffrent de ces difficultés : « elles ne doivent pas se sentir particulièrement visées, les problèmes sont les mêmes pour les entreprises indiennes ! ».

Après la chute de la roupie intervenue l'été dernier, la présidente de Ficci estime que l'Inde « est aujourd'hui beaucoup mieux placée qu'il y a six mois pour affronter la fin progressive de la politique accommodante de la Réserve fédérale américaine ». Des mesures comme les réductions d'importations d'or ont permis de « traiter très vite le problème du déficit des comptes courants », se félicite-t-elle.

Quelle/Anmerkung:

https://www.lesechos.fr/2013/12/la-presidente-du-patronat-indien-inquiete-pour-le-projet-daccord-de-libre-echange-avec-leurope-348533 , eingesehen am 29.12.2020.

UK7-1
The International Herald Tribune
Citing India's fast growth, EU presses for trade pact

A free trade pact between India and the European Union would provide a big boost to both economies and would shore up global demand if the world economy begins to cool, the EU trade commissioner, Peter Mandelson, said Thursday.

Reinforcing strong growth in India, the world's fastest-growing major economy after China, is now an integral part of maintaining global economic demand, Mandelson added.

"I think along with the Doha world trade talks, our FTA potentially has a very important role not just in boosting our economies but also the global economy as a whole," Mandelson said at an India-EU business summit meeting, referring to a free trade agreement. "An FTA will significantly increase Indian exports to the European Union, and EU imports and investment in my view have a valuable role in stimulating further the Indian economy.

"Spurring Indian economic growth, poverty reduction, is of course very good for India, but it would also take up the slack if, as is widely expected, other parts of the global economy begin to slow."

The Indian economy grew 9.4 percent in the year through March, its strongest pace in 18 years. Growth has averaged 8.6 percent over the past four years, and policy makers expect about 9 percent growth in the year through next March.

Mandelson said that the EU was fully prepared to address issues of nontariff barriers and intellectual property rights as it negotiates the India deal.

Trade Minister Kamal Nath of India restated his position that New Delhi wanted to seal a pact by the end of 2008.

Mandelson gave little indication of a timetable.

"The substance of this FTA is more important than the timing," he said.

Nath added that India was looking for 90 percent of the items it trades with the EU to be included in the agreement, and said he expected the Europeans to place 95 percent of their tradable items on the agenda.

Indian and EU leaders will meet Friday in an attempt to push forward the proposed deal.

The EU is increasingly drawing up a series of free trade pacts in Asia after the United States and Japan made inroads to tap into the high growth potential of these economies.

European trade officials want to deepen discussions with India on sensitive areas, like removing barriers to trade in areas like services, intellectual property protection and public procurement.

The EU is India's largest trading partner, accounting for a fifth of India's total trade, and is also one of its most important sources of foreign investment.

"Growth in emerging economies will be a major driver for global economic demand and for maintaining a healthy global economy," Mandelson said. "It is a mark of India's growing weight alongside China" that the EU looks increasingly for it to play its role in the global economy, he said.

India is looking for new export markets to maintain record growth. An agreement with the 27-member European Union would lead to lower tariffs and increase trade between the two economies from the current $56.6 billion.

Mandelson said a free trade agreement could provide a strong boost to the Indian manufacturing sector, through new access to the European market and by making European industrial exports to India cheaper. Only seven million Indians work in manufacturing, compared with 100 million in China, he added.

Quelle/Anmerkung:
Erhoben in LexisNexis, Section: Finance; Pg. 15. Auch abrufbar auf: https://www.nytimes.com/2007/11/29/business/worldbusiness/29iht-fta.1.8525394.html, eingesehen am 05.01.2021.

UK7-2
BBC
EU-India talks promise trade deal

EU-India talks promise trade deal
The European Union (EU) and India hope to conclude a free trade deal during the course of 2008.



India and the EU are keen to create a trade partnership

Progress towards the much-anticipated deal was made during bilateral talks that took place this week in Delhi.

Indian Prime Minister Manmohan Singh said that the next annual EU-India summit should see an agreement signed.

The summit also looked at intellectual property protection and studied ways to boost investment flows between the EU and India.

EU Trade Commissioner Peter Mandelson and Indian Trade Minister Kamal Nath both expressed their backing for a rapid free trade deal.

Mr Mandelson had called for an "ambitious free trade agreement" between the parties.

Officials used the occasion to stress Indian and EU commitment to reducing carbon emissions ahead of the UN conference on climate change, which is scheduled to begin in Bali on 3 December.

Quelle/Anmerkung:
http://news.bbc.co.uk/2/hi/business/7120806.stm, eingesehen am 05.01.2021.

UK8-1
Morning Star
Feature- Mission to India; Paul Collins wonders if making poverty history is still a priority

Gordon Brown's talks with Indian Prime Minister Manmohan Singh on Monday in Delhi risk focusing more on opportunities for British business amid the country's booming economy than on the poverty which still plagues millions of Indian people.

The fourth India-UK summit will be Brown's first visit to India as prime minister and comes as trade relations between the two countries are set to enter a new phase. But, while many economists talk up India as a rising superpower, too few mention the fact that the country has more poor people than all the countries of sub-Saharan Africa combined.

And Brown's efforts to open up more of India's markets to British commerce threaten even greater poverty.

The world's biggest democracy resembles two different planets for the rich and the poor.

Indian consumers will spend more than $1.7 trillion by 2025, according to Korean trade agency KOTRA.

But award-winning journalist Palagummi Sainath warns better-off Indians: "In 1991, the food grain available per Indian was 531 grams per day. In 2005, it had fallen to 437 grams. Meaning, the average Indian is consuming 100 grams less per day than he did 10 years ago at the cusp of liberalisation. On the other hand, you and I are eating better now than we ever did. It raises the question, what the heck are the bottom 40 per cent eating?"

Last year, India recorded the world's second-fastest increase in the number of wealthiest individuals, witnessing 19.3 per cent growth. Such is their prosperity that these people now think nothing of splashing out almost £20,000 on a unique mobile phone number.

Rich north Indian landlords spend £1,000 an hour flying bridegrooms to their brides' village. Mukesh Ambani, chairman of India's largest private firm Reliance Industries, which deals in products ranging from petrol to garments, makes over £50,000 a minute.

Yes, the country's thriving economy has helped to lift 100 million people out of poverty. But three times that many - one-in-four Indians - live in abject poverty on less than a dollar a day. In all, a staggering 900 million struggle to make ends meet on under two dollars a day.

Rolls-Royce has a showroom in Mumbai, the country's largest metropolis, selling its luxury cars for a quarter of a million pounds. But the city is also home to armies of women and children wastepickers, the poorest of India's poor.

These forgotten people sift through the city's rubbish searching for metal, paper or old clothes that they can sell for recycling. Half of them are single parents, many with large families.

War on Want works in partnership with Stree Mukti Sanghatana, which supports the women and helps them to earn better and more stable incomes. But many die young due to their hazardous work.

Brown's visit to Delhi comes as Britain and fellow EU member states are engaged in negotiations towards a bilateral free trade agreement which will open up India's economy to European exports. Of particular interest are the vast Indian markets for services and manufacturing goods which have traditionally been closed to European companies and the public procurement contracts of government authorities. Yet the UN has warned that opening up such markets to liberalisation could be self-defeating, requiring substantial domestic reforms while delivering little in the way of welfare gains.

The Indian initiative forms part of the new Global Europe strategy launched by Peter Mandelson in his role as EU trade commissioner. Despite their past differences, Brown has backed Mandelson's vision with gusto.

The Prime Minister's speech to the Business for a New Europe conference last week could have been written by Mandelson himself, such was its enthusiasm for a business-friendly Europe in the global economy. Whatever happened to the Prime Minister's former talk of trade justice or making poverty history?

By any measure, India remains a developing country and, therefore, has a right to what is delicately termed, in trade negotiations, 'special and differential treatment" - the right to open up its markets more slowly in order to protect local industries and jobs.

Yet European negotiators have strongly rejected any idea that India should be granted such treatment in the new trade negotiations.

Instead, the country is assumed to be at the same level of development as the rich states of Europe and is being called upon to liberalise its economy, with little care for the resulting chaos.

On Brown's return from India, he will host talks with EU leaders on the global economy. His main priority for those talks is to restore a sense of stability in the wake of recent tremors in the international financial system.

But we cannot allow stability in the rich North to be predicated upon increased poverty in the developing world.

Hundreds of millions of the world's most vulnerable people deserve better.

Paul Collins is media officer for War on Want.

Quelle/Anmerkung:
Erhoben in LexisNexis, Byline: Paul Collins.

UK9-1
The Observer
UK 'scaring poor nations into unfair trade deals'

BRITAIN IS stoking fears about protectionism to pressurise developing countries into signing up to unfair trade deals, the charity Traidcraft claims today.

As Gordon Brown invokes the spectre of the 1930s to urge his fellow world leaders to back free trade at next week's G20 summit, Traidcraft says rich countries are using their muscle to persuade emerging economies such as India to open their markets to western firms.

Sophie Powell of Traidcraft, who has analysed a major pending trade agreement between the EU and India, says it would prevent Delhi from using capital controls and other emergency measures to protect its economy from crises.

"When rich European countries are using all means at their disposal to bolster their own economies, it is hypocritical to be pushing ahead with trade deals that would prevent developing countries from doing the same," she said.

She called on Britain to use its role as G20 chair to reject unfair agreements, and "champion a fresh approach towards the global trading system, based upon equity and sustainable development".

With the Doha round of World Trade Organisation talks stalled, rich countries are trying to secure a web of bilateral deals. But Powell argues that, by picking off countries one by one, they are able to win bigger concessions than in multilateral talks.

If signed, she calculates the EU-India agreement would reduce Delhi's revenues from import taxes by $6bn, and expose its largely state-owned banking sector to pressure from aggressive foreign financial institutions. She insisted that the deal would "strip away essential policy tools that India needs to support its economy and safeguard jobs".

A spokesman for the Department for International Development said: "The UK is committed to increasing trade with India and other developing countries and to increasing the benefits from trade to poor people. We are working to improve access for developing countries to European and global markets and to build countries' ability to trade and invest."

Negotiations on the Doha round broke down acrimoniously in Geneva last summer when India and the US fell out over so-called "special safeguard mechanisms" - the facility for poor countries to protect their agricultural markets against surging cut-price imports.

Free trade will be a key political battleground over the next 12 months. Pascal Lamy, the director-general of the World Trade Organisation, warned last week that there had been a

"slippage" towards protectionist policies, including by the EU, and trade flows could collapse by as much as 9% this year - the most catastrophic decline for 60 years.

Quelle/Anmerkung:
Erhoben in LexisNexis, Section: Observer Business Pages; Pg. 3.

UK9-2
The Guardian
EU tramples on India's poor

The EU is pushing an unsavoury free trade deal that would force India to give up control of its banking sector and drugs industry

The punishing schedules that world leaders follow don't leave much room for reflection. So I suspect that senior EU figures visiting New Delhi today are not dwelling on the enduring relevance of Mahatma Gandhi's teachings, even as they lay a wreath in his honour at the Raj Ghat memorial. Nor are they sifting through the abundant evidence in present-day India that proves Gandhi's aphorism: "Poverty is the worst form of violence."

The European commission hopes that the latest annual summit can give a new impetus to talks aimed at reaching a comprehensive free trade agreement between the two sides. Three years ago India was identified as the second most important "emerging" market on the radar screen of trade officials when the commission issued Global Europe, a blueprint for enabling rich multinational companies to penetrate every corner of the globe. The first was South Korea, with which the EU clinched a trade agreement in October.

Peter Mandelson, the EU's trade commissioner for much of this decade, continues to present India as an economic titan, telling the UK-India Business Council that he viewed the launching of free trade talks with New Delhi as one of his greatest achievements. When he arrived in Brussels in 2004, Mandelson was "struck by a sense that Europe didn't quite get the pace of Indian change and the implications for the global economy", he said.

What Mandelson didn't say is that hundreds of millions of Indians have been excluded from the benefits of the robust growth that left him so mesmerised. Just as he famously mistook mushy peas for guacamole, he seems to think that India comprises only a burgeoning middle class and gleaming skyscrapers. That India has one of the highest concentrations of poor people on this planet has escaped his attention. Estimates of what proportion of its billion-plus inhabitants subsist on less than a dollar a day vary from about 40% (according to the World Bank) to nearly 80% (according to a report in 2007, commissioned by the Indian government). Regardless of which source is most accurate, it's clear that extreme hardship is widespread.

Mandelson's successor in Brussels, Catherine Ashton, isn't any better. She has kept the trade talks with India high on her list of priorities. She has also kept the details of the discussions secret to ensure that they will not be subject to anything as irksome as democratic scrutiny. Still, drafts of the agreement that her aides are pushing India to sign have leaked. And their contents are frightening.

An analysis by the fair trade organisation Traidcraft has exposed how the EU's preferred agreement is driven by the flawed thinking that helped cause the financial crisis. As part of a deregulation agenda, India would be required to effectively cede control of its banking sector

to the masters of global capitalism. Foreign banks are currently allowed to open only 12 new branches in India per year; the EU is pushing vigorously for that restriction to be scrapped.

Worse, the EU is demanding that India should accept standards of intellectual property that go beyond those agreed at the World Trade Organisation. Once the related provisions enter into force, India would have to tailor its evolving patent regime more to serve the profits of pharmaceutical corporations than the medical needs of its population. India's status as a leading manufacturer of low-cost generic drugs would be imperilled if EU trade officials and their chums in the pharmaceutical industry have their way.

It is scandalous that the unsavoury consequences of the free trade agreement are receiving scant attention from the mainstream press in both Europe and Asia. Awed by free trade rhetoric, The Business Standard in India has reported that the negotiators are striving to create an "almost Lennonesque utopia", where Indian lawyers will be able to practise freely in Spain and aspiring epicures in Delhi could "enjoy a buttery glass of French wine without having to spend a month's wage on it". The Japan Times, meanwhile, has noted that the EU is vying with Japan to first sign a free trade agreement with the Delhi government. "The race for India is on," the paper says, a conclusion that should make anyone with a knowledge of the country's history shudder.

"The weak can never forgive," Gandhi also said. "Forgiveness is an attribute of the strong." India's poor have every right to be incensed at how their government is being pushed into signing trade agreements that are inimical to their interests. Forgiveness for the harm inflicted on the poor probably won't be sought; it certainly won't be granted.

Quelle/Anmerkung:
http://www.guardian.co.uk/commentisfree/2009/nov/06/eu-india-free-trade-deal?INTCMP=SRCH, eingesehen am 05.01.2021.

UK10-1
Morning Star
EU trade deal jeopardises generic drugs

It took two years of secret suffering and gut-wrenching diarrhoea to make Lumkile Sizila face the fact that he had HIV.

Fortunately, there was something Sizila, who lives in Cape Town, could do about it.

South Africa, home to 5.7 million HIV-positive people - more than any other country in the world - gives Aids patients free drugs, most of which are generics that come from India.

"I used to cry," Sizila says.

"Through education I managed to realise that this was not the end of the world. I could live for many years if I took treatment."

But he may not be able to count on such low-cost treatment in the future.

Critics say a trade agreement now in the works between the European Union and India could make it harder for millions like Sizila across the developing world to get life-saving drugs.

The deal is taking shape as India tries to transform itself from a generics powerhouse into a base for drug discovery - a trend that could ultimately do more than any trade agreement to curtail its reign as a pharmacy to the poor.

Medecins Sans Frontieres says that the stricter intellectual property provisions Europe has proposed will hinder the timely production of low-cost generic drugs in India for use across the developing world.

Since the 1970s, India has become a drug producer for the developing world, revolutionising the treatment of diseases such as Aids, tuberculosis and malaria with low-cost generics. It now makes one-fifth of the world's generics, according to PricewaterhouseCoopers.

Europe maintains that nothing in the agreement would prevent India from continuing to play this role and that it has no desire to force measures on India that it is not ready to espouse.

But such assurances haven't convinced critics.

EU-India negotiations are currently under way in Brussels, with the goal of signing a completed agreement by October.

The negotiations have been held in secret. A leaked draft of the negotiating text from February 2009 contains controversial measures that would extend patent protection up to five years to compensate for drug-approval delays and introduce the concept of "data exclusivity," which restricts the ability of generics companies to rely on data from brand-name companies, potentially forcing them to do their own costly, time-consuming clinical trials.

The most current draft contains similar provisions, according to people familiar with the document who declined to be identified by name because of the confidential nature of the talks.

Alexandra Heumber, an advocate at Medecins Sans Frontieres in Brussels, said EU guarantees are meaningless unless the measures are removed.

"These provisions would delay competition and provide a longer monopoly to the pharmaceutical industry," she said.

Indian businesses worry the agreement will harm domestic generics manufacturers and make medicine more expensive at home.

But European trade talks are not the only thing chipping away at India's generics industry. The long antipathy between Indian generics companies and multinational pharmaceutical companies is softening and some analysts say it's only a matter of time before India itself brings in tighter patent rules.

India became a generics powerhouse because of a 1972 decision by then prime minister Indira Gandhi not to recognise patents on drug products.

That allowed Indian companies to legally copycat pricey branded drugs as soon as they came to market, provided they manufactured the drugs in a novel way.

India ended its copycat generics edge in all but exceptional cases in 2005, when it implemented a World Trade Organisation guarantee of 20-year patents on new drugs.

In recent years, Europe and the US have used bilateral free-trade agreements to tighten intellectual property rules beyond what is required by the World Trade Organisation.

Such measures are claimed to bolster innovation and investment, but critics say they have done more harm than good, driving up the cost of medicine in poorer countries.

Oxfam found that Jordan's 2001 free trade deal with the US, which called for intellectual property provisions similar to the ones Europe is asking of India, helped drive up the cost of medicine 21 per cent.

In its 2007 study, Oxfam also found that data exclusivity delayed generic competition for 79 per cent of new medicines that hit Jordan's market between 2002 and mid-2006, costing the government and consumers between $6.3 million and $22 million.

In India the debate over how to balance patents with patients has special importance.

Medecins Sans Frontieres says it buys 80 per cent of its Aids medicines from India. Indian generics manufacturer Cipla says it provides medicine to one in three Aids patients in Africa.

Whether that will be true when Sizila needs to start taking a next-generation Aids drug remains to be seen.

Quelle/Anmerkung:
http://www.morningstaronline.co.uk/index.php/news/content/view/full/89767, eingesehen am 10.05.2010. Abrufbar auf:
https://web.archive.org/web/20100513084337/http://www.morningstaronline.co.uk/index.php/news/content/view/full/89767

UK10-2
The Guardian
India fears generic drugs for poor are endangered by proposed EU trade deal

Leaked trade draft alarms Indian companies making cheap drugs sent to Africa



An Indian pharmacy assistant counts a strip of tablets in Kolkata. Photograph: Deshakalyan Chowdhury/AFP/Getty Images

Loon Gangte, head of the Delhi Network of Positive People and a leader in the campaign to defend HIV-Aids sufferers, fears that negotiations between the EU and India on a free trade agreement, to be completed by the end of the year, will undermine India's booming generic drug business and jeopardise cheap treatment.

This is a sensitive issue in a country with an estimated 2.3 million HIV-positive people. "It is a matter of life and death for us," warns Gangte, who tested positive in 1997. His worry is shared by Médecins Sans Frontières, which has been buying large quantities of anti-retroviral drugs from Indian generic manufacturers since the end of the 1990s, prescribing them all over the world, particularly in Africa.

India joined the WTO in 1995 and has passed a law recognising patents in the pharmaceutical industry, but the government is under pressure to accept bilateral free-trade deals with even tighter rules. In Europe and the US, big pharmaceutical companies are attacking India's "intellectual piracy". Generic drugs enjoy a 95% market share in India, and 80% are made by local businesses.

The EU has said "nothing in the agreement should limit the capacity of India to produce and export life-saving medicines". But when a draft of the agreement was leaked recently, three provisions drew attention. First, the rules on data exclusivity would make it more difficult for regulatory agencies in India to certify a generic drug on the basis of tests by the original manufacturer. Second, the deal would allow the validity of patents to be extended. Last, it would become easier to seize shipments of generics prior to transit to third countries. The draft agreement certainly does little to dispel the deepening gloom in India.

"In 2015 the multinationals will control the whole market," says Yusuf Hamied, flamboyant boss of Cipla, once celebrated as a modern Robin Hood supplying generic anti-retroviral drugs to the very poor. Foreign companies are already moving into India, buying up local rivals – Daiichi Sankyo has acquired Ranbaxy and Abbott has bought part of Piramal.

This article originally appeared in Le Monde

Quelle/Anmerkung:
http://www.guardian.co.uk/world/2010/jul/06/india-eu-drugs-trade-deal?INTCMP=SRCH , eingesehen am 05.01.2020.

UK10-3
Morning Star
Smugglers of social dumping

The threat of social dumping, where workers from nations with low labour costs are sent to another country to undercut local working norms, is set to hugely increase under new plans for the future of EU trade.

Mode 4 is a provision within the General Agreement on Trade in Services (Gats) trading framework (see below) covering cross-border services trade in which workers are moved across borders.

Its inclusion in the international trade agenda allows transnational corporations to profit from cross-border wage differentials, national insurance exemptions, tax juggling and other benefits of "flexible labour."

Ultimately Mode 4 undermines workers' abilities to maintain wages and conditions, loading the balance of power between labour and capital in favour of transnationals.

It also reduces EU member states' democratic rights to control their own migration policies, in effect handing that power to transnationals.

The EU is offering Mode 4 access in all the trade agreements it is negotiating and has already implemented it internally via the Bolkestein Directive of 2006.

In Gats's "Doha Round" negotiations, begun in 2001, the EU's revised offer, tabled in June 2005, included Mode 4 offers across service sectors.

Mode 4 is a particularly secret part of the trade agenda, kept from those who will be negatively affected.

These EU offers are without quotas or economic means tests.

Defenders of Mode 4 argue that it is not immigration but temporary labour movement.

But this does not lessen the detrimental effects on EU workers of an influx of temporary workers who will be prohibited from becoming unionised.

As labour standards are lost in the few places they have been achieved, such as in some EU countries, it will become more difficult for workers elsewhere ever to achieve them.

Once signed up to, Mode 4 openings, like all trade commitments, become effectively permanent due to the prohibitive cost of withdrawal.

Current EU "investor protection" proposals increase this penalty, allowing not just other states but trans-

national corporations to challenge a country's failure to fulfil its trade commitments. Successful challenges will lead to prohibitive financial compensation claims for the loss of all potential profits, called "expropriation."

So when workers feel the effects of the Mode 4 commitments that have been made on their behalf, it will be too late to reverse them.

India, on behalf of its transnationals such as steel giant Tata, is demanding transnational Mode 4 access to the EU and an EU/India Free Trade agreement is currently being fast tracked.

A recent report on the ongoing EU-India Free Trade Agreement (FTA) negotiations said the "full ambition of the FTA can not be achieved without Mode 4 - which currently faces a range of barriers like wage-parity conditions."

From the other side, the EU is demanding very significant investment concessions, including banking liberalisation. The indications are that the movement of '"intracorporate transferees" will be used broadly, and with high expectations of megaprofits.

But bringing Indian workers into the EU displaces local workers and undermines established working conditions. A race to the bottom is inevitable across many sectors, as transnationals

can bring in workers in whatever areas they are established, plus offer cheap, onshore outsourcing.

The Indian government is arguing that the minimum wage stipulations of EU member states undermine its cheap labour "comparative advantage."

Yet even if minimum wage levels are maintained, wage competition for just the minimum wage represents intense downward pressure on labour standards for skilled EU workers.

For a set of reasons - historic, linguistic and related to the liberalised British economy - workers here are likely to be the most affected by EU commitments.

Notably in terms of secrecy, a recent British delegation to India, led by Tory Prime Minister David Cameron, failed to even mention that an EU/India Free Trade Agreement is being rapidly negotiated, even though it was specifically focused on trade.

Mode 4 is considered "sensitive" and thus kept from attention because this dimension of trade - commodifying and moving labour to increase transnational profits at workers' expense - cuts much deeper than trade in goods, or even other aspects of services.

Mode 4 can be recognised as a continuum with the attacks on workers that stem from EU "freedom of movement of services," which allows EU companies to move "posted workers" across borders at cheaper rates. Similar language and concepts of "cross-border establishment" and "movement of service suppliers" are used in both sets of rules.

This is what led to the relevant EU court, the European Court of Justice (ECJ), to make anti-trade union rulings in cases such as Laval, Viking and Ruffert which, in different ways, undermined the rights of workers to protect their wages and conditions (see panel).

ECJ decisions supporting firms' rights within the EU suggest Mode 4 offers "built-in" trade agreement protection.

The otherwise pro-EU TUC acknowledged in a recent report that Mode 4 threatens to undermine collective bargaining, local laws and the rights of migrant workers.

The TUC also accepts the parallels with recent anti-trade union ECJ judgments but offers little in the way of action to oppose either the EU rulings or the threat posed by Mode 4.

At the same time neocolonial, unequal and neoliberal EU trade policies continue to devastate Third World economies, forcing greater proportions of the world's populations to be driven abroad in a desperate search for employment and resources.

Mode 4 does not create a single job but does hand further powers to unfettered global capital to decide who works, where and for how much.

Gats and the EU

An extension of the Gatt, which has been the main method of negotiating multilateral trade agreements since its establishment in 1947 and is commonly regarded as the main driver for globalising neoliberalism.

Where Gatt covers merchandise trade, Gats covers the service sector. Run by the World Trade Organisation, it has been controversial for effectively opening up almost every human action and collective resource to commercialisation and ownership, as well as for using the process of globalisation to undermine the rights of working people.

Gats is the root of social dumping legislation worldwide, leading in the EU to the Bolkestein Directive of 2006, which opens all member states to social dumping.

The directive was most famously applied in the legal judgements of Laval, Viking and Ruffert, which found that it was legal to replace local staff with cheaper labour from other countries, barred trade unions from taking industrial action to prevent such practices and stopped states from withdrawing contracts from firms practicing social dumping.

Quelle/Anmerkung:
http://morningstaronline.co.uk/index.php/news/layout/set/print/content/view/full/94203, eingesehen am 06.05.2013

UK10-4
Morning Star
We must face up to divisive challenges

Linda Kaucher examines the laws capitalism is using to undermine us all

Most workers will recognise that corporations have been rapidly exporting manufacturing and services work to cheaper labour areas.

At the same time these businesses' ability to move workers across borders represents a major capitalist strategy to undermine labour standards, wages and workers' power in the few places, such as Britain, where they exist as a result of struggle and limited labour supply.

However the much-needed debate on this key capitalist strategy and on the "regulations" being formulated to push it through remains limited. This debate is frequently silenced by a left that seems reluctant to face up to reality.

Along with Labour references to jobs and the need to create jobs, alongside Con-Dem talk of cuts, proposals for how to deal with this means of undermining labour - or even an acknowledgement that these factors exist - are entirely absent. This is despite the obvious detrimental effect of local workers' displacement to the "national economy," which is generally central to the debate.

The mechanisms which enable firms to capitalise on wage differences between workers, resulting in the displacement of Britain's workers, are enshrined at national level, within the EU and in the European bloc's external trade commitments.

Britain's points-based system for migrants enables transnational firms to bring in their own "intracorporate transferees" from outside the EU. This applies wherever a transnational firm has invested in an existing business in Britain or has an established base here.

And, as recession cuts bite, outsourcing firms using migrant labour are likely to become commonplace. Local workers will be displaced on a massive scale.

India-based giant Tata, for instance, is the biggest owner of manufacturing in Britain. RBS sacked hundreds of British workers last week, but it is also established in India and could replace them with Indian workers.

Internally within the EU not only does free movement of labour allow individual workers to come and work in Britain but free movement of services allows firms within the EU to bring in their own "posted workers" in order to "fulfil service contracts" in other member states.

The engineering construction industry has felt and continues to feel the sharp end of free movement of services within the EU, leaving many workers unemployed across the country despite there being work locally.

And the definition of work itself has changed. Most sectors are now classed as "services," including collecting rubbish, and the construction, IT and sex industries.

The "services" label is much more about a shift from real, solid jobs to contracting-out and less secure conditions than it is about the actual nature of the work.

By redefining sectors in this way the legal mechanisms formulated for "services" can be employed in the cross-border movement of workers to increase profits.

The same phenomenon is taking place within international trade agreements. These now include a major component called Mode 4, which allows transnational corporations to move workers across borders from outside the EU.

An EU-India free trade agreement is currently being fast-tracked. Labour access is the Indian government's central demand, though this has not been revealed publicly. Once formal trade agreement commitments are made, however, they are beyond national adjustment. They are effectively irreversible.

Con-Dem government statements on an immigration "cap" need to be seen in this context. Britain's points-based system and the coalition's cap plans are actually designed to dovetail with Mode 4 commitments enshrined within EU trade agreements.

The Con-Dem cap is a con in itself, nothing more than political spin to allay public concerns both of excessive permanent migration and separate concerns over labour migration. It successfully confuses the two and addresses neither.

In a 2009 report the Migration Advisory Committee, which is currently assisting with the Con-Dem proposals, looked at labour migration and acknowledged that trade commitments took precedent over national policy-making. Corporate gains from labour migration and Britain's Mode 4 commitments as an EU member state must not be impeded, it seems, by national regulation.

Consultation over the Con-Dem cap is just window dressing. Intracorporate transferees will still be excluded, as they have been from the interim cap, so that national policy does not interfere with the trade commitments the EU is making on our behalf. Britain's workers will have no protection from the corporate onslaught of cheap labour.

The cap that has been spun as a limiting mechanism will actually secure forever corporations' rights to profit from moving workers across borders.

But if the Con-Dem cap is a sham without credibility, where is the authentic debate and action among those who assume the mantle of defending and maintaining workers' rights?

Until these offensives are openly and critically debated workers will remain unable to meet the challenge and defend themselves. The longer this debate is silenced the less chance there is of beating the threat.

Quelle/Anmerkung:
Erhoben in LexisNexis, Section: Feature.

UK10-5
BBC
Arrests over Aids drugs in India



Campaigners say EU trade negotiations threaten the production of generic drugs

Four Aids activists and a charity worker have been briefly arrested in India during demonstrations in Delhi.

They were campaigning against EU trade negotiations which they say threaten the production of generic drugs.

The EU trade commission says its discussions will have no impact on the legitimate trade of generic drugs.

A large proportion of Aids medicines used to treat people in low and middle-income countries are generic drugs from India.

The medical charity Medecins Sans Frontieres (MSF) is campaigning against the trade negotiations.

It is concerned that, if patents are granted on new Aids medicines in India, cheap generic versions will no longer be available.

The office for the EU Trade Commissioner said that it was currently negotiating a free trade agreement with India.

But MSF fear this will significantly impact their ability to provide anti-retroviral therapy to 160,000 patients around the world.

Dr Unni Karunakara, President of MSF's International Council, said: "We depend on access to affordable generic medicines like those produced in India to treat all kinds of diseases.

"We buy 80% of our Aids medicines from India - medicines that keep 160,000 people alive today."

But the ruling may not only affect HIV patients in India. According to MSF, the negotiations threaten every aspect of getting treatments to patients.

They claim the production of a generic medicine, its registration, and its transportation to patients in other parts of the world is at risk.

The use of generic drugs is largely credited with reducing the cost of Aids treatments from more than $10,000 per (£6,271) person a decade ago to under $70 (£44) today.

Violent clashes

Leena Menghaney, MSF Access Campaign lead in India, was arrested during the protest of the Delhi Network of Positive People in front of the Ministry of Commerce where the European negotiators were meeting the Indians.

She told the BBC that the protest was quite violent. "I have never seen so many police people with batons and guns."

There is currently increased security in Delhi because of the Commonwealth Games.

Four Aids protesters were also arrested. The international medical organisation said that everyone has now been released.

The Office of the EU Trade Commissioner defended its discussions.

John Clancy, EU Trade spokesperson, challenged MSF to show in what way the EU was standing in the way of generic medicines.

He told the BBC: "The EU has never and will never stand in the way of the production of legitimate generic medicines.

"The EU is in favour of providing access to medicines to people in need and these negotiations with India do not stand in the way of this.

"Patents are important, they need to be protected. The European pharmaceutical companies say that the patents need to be protected otherwise the production of new drugs will be seriously in peril."

Quelle/Anmerkung:
http://www.bbc.co.uk/news/health-11488711, eingesehen am 05.01.2020.

UK10-6
The Daily Telegraph
India trade deal with EU will allow thousands of immigrants into Britain

Thousands of Indian workers will be allowed into Britain under a new European Union trade deal that threatens to overturn the Coalition's pledge severely to limit immigration.



Both Vince Cable (left) and William Hague (right) are in favour of the 'free trade agreement' with India Photo: PA

By Bruno Waterfield in Brussels

9:30PM BST 08 Oct 2010

A planned "free trade agreement" with India, to be signed this December, will give skilled Indian IT workers, engineers and managers easy passage into Europe in return for European companies gaining access to India's huge domestic market.

The deal has split some of the most senior figures in the Conservative-Liberal Democrat Coalition. Vince Cable, the Business Secretary, and William Hague, the Foreign Secretary, argue that the EU-India agreement must go ahead because it is worth hundreds of millions of pounds to business. But David Cameron, the Prime Minister, and Theresa May, the Home Secretary, are opposed. They, and other Conservatives, have insisted that the government uphold a high-profile pledge to bring down net immigration, which is currently at 176,000 entrants a year.

"We will bring net migration down to the tens of thousands," said Mrs May, the Home Secretary, on Wednesday. "Our economy will remain open to the best and the brightest in the world, but it's time to stop importing foreign labour on the cheap."

Cabinet talks over the deal begin next week and senior government sources have admitted that "the circle must be squared" to thrash out a government agreement that protects the country from increased immigration without damaging British industry.

The European Commission has asked for comments by the end of October from the Cabinet and other EU governments on a negotiating position that was hammered out with the Indians over the summer.

India has insisted on increased mobility for its skilled workers in return for reduced tariffs on European products and the lifting of some restrictions on businesses bidding for public procurement contracts.

Under the current EU negotiating position, Indians who are skilled professionals will be able to work in any EU country under contract. The UK will be bound by any final EU agreement

and British companies will be able to recruit in sectors such as information technology, management consultancy and engineering.

Many Conservative politicians fear the trade deal will undercut the wages of British managers and make a nonsense of a promise to cap immigration from non-EU countries.

Philip Davies, the Conservative MP for Shipley, said: "I am not a big fan of the EU doing trade deals on our behalf. My personal view is that the immigration cap is non-negotiable."

The UK is usually on the free-trade wing of the EU and British is business is concerned that the country could instead be aligned with more protectionist countries such as France.

David Frost, the director general of the British Chambers of Commerce, said companies needed to have the ability to recruit skilled employees from outside Britain. "The UK must maintain its position as a member state that is an advocate of free trade, and we must surrender no ground to protectionism," he said. "We cannot allow any proposal to improve the UK-India trade relationship to be delayed because of disagreements within Europe over the movement of highly skilled migrants."

One problem for the Coalition is that the deal struck between Liberal Democrats and Conservatives agrees on both a limit on immigration and on forging deeper ties with India. Damian Green, the immigration minister, has already said that new annual quotas would be flexible enough to allow more Indian businessmen and professionals to move to Britain as trade between the two countries increased.

A Brussels study has predicted that under an EU-wide deal with India, Europe's economy would grow by £3.9 billion a year.

Quelle/Anmerkung:

http://www.telegraph.co.uk/news/uknews/immigration/8051349/India-trade-deal-with-EU-will-allow-thousands-of-immigrants-into-Britain.html, eingesehen am 05.01.2021.

UK10-7
The Daily Telegraph
EU wants open door to Indian workers

THOUSANDS of Indian workers will be allowed into Britain under a new European Union trade deal that threatens to overturn the Coalition's pledge severely to limit immigration.

A planned "free trade agreement" with India, to be signed this December, will give skilled Indian IT workers, engineers and managers easy passage into Europe in return for European companies gaining access to India's huge domestic market.

The deal has split some of the most senior figures in the Conservative-Liberal Democrat Coalition. Vince Cable, the Business Secretary, and William Hague, the Foreign Secretary, argue that the EUIndia agreement must go ahead because it is worth hundreds of millions of pounds to business.

But David Cameron, the Prime Minister, and Theresa May, the Home Secretary, are opposed because of the immigration aspect. They, and other Conservatives, have insisted that the Government uphold a pledge to bring down the net immigration rate, which is now at 176,000 entrants a year.

"We will bring net migration down to the tens of thousands," said Mrs May on Wednesday. "Our economy will remain open to the best and the brightest in the world, but it's time to stop importing foreign labour on the cheap."

Cabinet talks over the deal begin next week and senior government sources have admitted that "the circle must be squared" to thrash out an agreement that protects the country from increased immigration without damaging British industry.

The European Commission has asked for comments by the end of October from the British and other EU governments on a negotiating position that was hammered out with the Indian authorities over the summer.

India has insisted on increased mobility for its skilled workers in return for reduced tariffs on European products and the lifting of some restrictions on businesses bidding for public procurement contracts.

Under the current EU negotiating position, Indians who are skilled professionals will be able to work in any EU country under contract.

Britain has no opt-out and will be bound by any final EU agreement. British companies will be able to recruit in sectors such as information technology, management consultancy and engineering. Many Conservative politicians fear the trade deal will undercut the wages of British managers and make a nonsense of a promise to cap immigration from non-EU countries.

Philip Davies, the Conservative MP for Shipley, said: "I am not a big fan of the EU doing trade deals on our behalf.

"My personal view is that the immigration cap is nonnegotiable."

Britain is usually on the free-trade wing of the EU and British business is concerned that the country could instead be aligned with more protectionist countries, such as France.

David Frost, the director general of the British Chambers of Commerce, said companies needed to have the ability to recruit skilled employees from outside Britain.

"The UK must maintain its position as a member state that is an advocate of free trade, and we must surrender no ground to protectionism," he said.

"We cannot allow any proposal to improve the UK-India trade relationship to be delayed because of disagreements within Europe over the movement of highly skilled migrants."

One problem for the Coalition is that the deal struck between Liberal Democrats and Conservatives agrees on both a limit on immigration and on forging deeper ties with India.

Damian Green, the immigration minister, has said that new annual quotas would be flexible enough to allow more Indian businessmen and professionals to move to Britain as trade between the two countries increased.

A Brussels study has predicted that under an EU-wide deal with India, Europe's economy would grow by £3.9billion a year.

£3.9bn Estimated annual value of a trade agreement with India to the European Union's economy.

Quelle/Anmerkung:
Erhoben in LexisNexis, Section: News; Pg. 19, Edition 2; National Edition.

UK10-8
The Sun
EU opens door to Indian migrants

A SECRET EU deal will open the door to an unlimited number of Indian immigrants, experts warn.

The agreement with Delhi would allow an unlimited number of foreign specialists to work in Britain, they claim.

And there would be no opportunity to offer roles to Brits first.

Think tank Migrationwatch UK last night called on the government to “come clean” on the deal, which is set to be signed next summer.

It also clashes with a Coalition vow to cap numbers of skilled non-EU migrants coming here.

Migrationwatch chief Sir Andrew Green said: “There is no point in a limit on economic migration if specialists from India are excluded by a separate agreement.”

Under the deal being drawn up by Brussels, skilled Indian IT workers, engineers and managers can transfer to the UK and other EU nations. Western firms gain access to India in exchange.

Indian workers would be granted three-year visas to the UK, but not permanent citizenship.

The Government insisted the deal would be worth hundreds of millions of pounds in extra business to British firms.

A spokesman said: “The EU India Free Trade Agreement will benefit businesses trading with India.

“We will ensure any commitments will be consistent with the Government’s commitment to reduce net migration.”

Prime Minister David Cameron has vowed to cut migration from more than 200,000 a year to “tens of thousands”.

But Home Secretary Theresa May's plans for a cap have sparked a feud with Lib Dem and Tory ministers, with opposition to it led by Business Secretary Vince Cable.

mpu

Quelle/Anmerkung:
http://www.thesun.co.uk/sol/homepage/news/3196478/EU-opens-door-to-Indian-migrants.html , eingesehen am 28.10.2010, abrufbar auf:
https://web.archive.org/web/20101129030547/http://www.thesun.co.uk/sol/homepage/news/3196478/EU-opens-door-to-Indian-migrants.html, eingesehen am 05.01.2021.

UK10-9
Daily Mail
IS CAMERON DILUTING HIS PLEDGE TO CAP IMMIGRANTS?

DAVID Cameron opened the door to a new wave of immigration yesterday by signalling that the Government will let businesses bring in more staff from overseas.

The Prime Minister told business leaders the planned immigration cap will not 'impede' companies recruiting skilled foreign staff.

His words brought claims that the Tories are watering down their tough stance on new arrivals to placate the Liberal Democrats.

Critics also warned that a Brussels trade deal with India, currently being drawn up, would lead to 'British jobs for Indian workers'.

Under the terms of the deal, Indian companies could transfer staff to the UK with no limit on numbers and no guarantee that the jobs would first be offered to homegrown experts.

That could see thousands of Indian workers flock to the UK, making it far more difficult for the Government to keep a stranglehold on numbers.

The final details of the level of the immigration cap Z a flagship Tory policy Z will not be revealed until Christmas.

It is expected to lead to a fixed annual limit below 100,000 for non-EU migrants, but Mr Cameron indicated that the number of business transfers of Tier 1, or highly-skilled, migrants is set to rise.

Since July there has been a limit of 600 Tier 1 migrants coming to Britain each month. Business leaders have complained that the cap has limited their ability to recruit and transfer the staff they need. Mr Cameron told the CBI conference in London: 'As we control our borders and bring immigration to a manageable level, we will not impede you from attracting the best talent from around the world.'

Downing Street officials said there was 'no change' in the Government's position.

But it appeared to be a concession to Liberal Democrat Business Secretary Vince Cable, who has been vocal in arguing that businesses are losing top talent because of the interim cap.

The Migrationwatch campaign group issued a paper yesterday urging the Government to prevent the India deal undermining plans for a cap. The report warned: 'There is, apparently, to be no limit on numbers. Staff only have to have worked for one year with the Indian company concerned. There is no test to see if a British worker is available.

'The UK will be the main target of Indian companies, largely for language reasons but also because they are already well established here.'

Some 700 of the 1,200 Indian companies operating in Europe have a presence in the UK.

The report goes on: 'The period that workers are allowed to stay will, in theory, be limited to three years but, in practice, it will be impossible to find and return any who overstay.'

The Department for Business said the free trade deal could pump 'hundreds of millions' into the British economy. A spokesman said: 'Of course we will ensure that any commitments placed on the UK by this agreement will be consistent with the Government's commitment to reduce net migration.'

But the EU deal is expected to be largely thrashed out at a summit on December 10, before Britain has finalised its own immigration policy.

Trade deals are also the responsibility of the unelected European Commission, meaning once the terms are agreed the Government will not be able to change them.

Sir Andrew Green, chairman of Migrationwatch, said: 'It is time the Government came clean about what is in this agreement. There is no point in a limit on economic migration if specialists from India are excluded from the cap by a separate agreement. British IT workers are already suffering the impact on jobs of tens of thousands of Indian IT staff working in Britain; we already have 48,000 unemployed British IT specialists.'

The Prime Minister's comments caused disquiet in Tory ranks. Philip Hollobone, MP for Kettering, said: 'Britain's population is heading for 70million by 2030 even with tough measures to bring down the scale of immigration.

'Any weakening in that approach means the British population will be above 70million and most people feel our country couldn't cope with a population of that size.

'We need to break the link between people who are working here and their right to residence. Unless we do that our country will be overwhelmed.'

Trade ties: David Cameron on a trip to India

'Apparently no limit'

Quelle/Anmerkung:
Erhoben in LexisNexis, Byline: By Tim Shipman Deputy Political Editor.

UK10-10
Daily Mail
EU to let in 50,000 workers from India



Business Secretary Vince Cable won a concession from Mr Cameron to exclude from the cap foreign workers coming in under 'intra-company' transfers

Tens of thousands of migrants from India are set to win the right to live and work in Britain because of the EU, leaked papers revealed yesterday.

Up to 20,000 information technology workers a year are to be handed British work permits as part of a deal between Brussels and India.

It would mean thousands of extra migrant workers coming here on top of those already arriving under schemes to accept highly skilled workers from abroad.

Documents leaked to the MigrationWatch think-tank from the European Commission suggest a deal is being done to allow India between 35,000 and 50,000 EU work permits each year for skilled IT workers.

Under the pact, Britain would be expected to accept 20,000 workers, while German would take 7,000 and France 3,000.

The numbers are based on the size of the IT industry in each EU country and on the record of each one in granting work permits to Indian workers in the past – a factor which pushes Britain to the top of the list of those expected to accept new migrants.

The revelation comes at a time of mounting controversy over Government plans to limit numbers of non-EU migrants coming in to Britain.

Critics say Prime Minister David Cameron's pledge for a cap is being ever more diluted because of hostility from big business and pressure from Liberal Democrat members of the Coalition.

Last week Business Secretary Vince Cable won a concession from Mr Cameron to exclude from the cap foreign workers coming in under 'intra-company' transfers, also known as Mode 4.

Last year such transfers brought 22,000 skilled migrant workers into this country.

Each can stay for up to five years. Critics say some of these are simply cheap a replacement for British workers.

EU officials are in talks over an EU/India free-trade agreement which may be finalised as soon as next week.

The negotiations, which are being held in secret, are thought to have included discussions of a Mode 4 trade deal allowing easy movement of Indian workers into Europe.

MigrationWatch chairman Sir Andrew Green said: ‘This looks suspiciously like a side-door to Britain for 20,000 Indian IT workers every year.

‘It is even more astonishing coming at a time when British IT workers are finding it increasingly difficult to find employment and there is a 17 per cent unemployment rate among computer science graduates.

‘It is time to end the secrecy and for the Government to come clean with what is going on and what, if any, safeguards are being put in place.’



Prime Minister David Cameron's pledge for an immigration cap is being ever more diluted because of hostility from big business and pressure from Liberal Democrat members of the Coalition

Some EU countries – thought to be mainly in Eastern Europe – are believed to have insisted that the numbers of Indian workers they must accept under the deal be strictly limited.

Many Indian workers moving to Europe would be likely to come to Britain because of its familiar language, hospitality to migrant workers, and the large Indian population already in this country.

Mr Cameron has pledged to bring net migration – the number added to the population each year by migration – below the 100,000 a year mark. Last year net migration to Britain was 196,000.

Mr Cable made his opposition to an immigration cap known as he travelled with Mr Cameron to India in the summer. He said he wanted to make any limit on numbers ‘as liberal a policy as possible’.

In September, Mr Cable said unemployed British school-leavers and graduates should go to India to get apprenticeships and training in high-tech industries.

He said the one-way direction of migrant workers from India to Britain should be transformed into a two-way exchange.

‘I believe there should be a freer flow of labour,’ he added.

Quelle/Anmerkung:

http://www.dailymail.co.uk/news/article-1327544/EU-let-50-000-workers-India.html, eingesehen am 05.01.2021.

UK10-11
BBC
India-EU generic drug row 'resolved' at Brussels summit



India and the EU may reach a free trade deal in the new year

A row between the EU and India over the transit of generic drugs through Europe has been resolved, negotiators told Reuters news agency.

As a result of the deal at an India-EU summit in Brussels, an Indian complaint to the World Trade Organization will be suspended, India's trade minister said.

But some fear the free trade agreement (FTA) at the core of the summit will hurt generic drug production.

The FTA, one of the biggest of its kind, is due to be ready by the spring.

'Great breakthrough'

India and Brazil brought a case to the WTO in 2009, accusing the EU of wrongly stopping and inspecting shipments of generic drugs in transit.

Both Indian Trade and Industry Minister Anand Sharma and EU trade chief Karel De Gucht confirmed to Reuters on Friday that the transit dispute had been resolved.

"This is a great breakthrough which will of course lead to a suspension of WTO proceedings, so the dispute is over," said Mr Sharma.

Mr De Gucht said: "I reconfirmed we are going to amend present regulation so as to put into practice what has been agreed.

"[Generic drug] transports in transit will no longer be checked, except for counterfeiting."

The EU has still to negotiate with Brazil, Reuters adds.

Generic drug giant

But medical charity Medecins Sans Frontieres (MSF) said the future of cheap Indian generic drugs for HIV/Aids and other conditions was at stake.

Suggesting the transit issue was being used as a "smokescreen", MSF press officer Jean-Marc Jacobs told the BBC News website that: "The issue of drug seizures was only one part of the problem and many other issues remain."

The most worrying issue, he argued, was "data exclusivity", by which monopolies on medicines could be extended and production of affordable, quality generic versions could be delayed for years.

The UN HIV/Aids programme (UNAids) expressed concern on the eve of the summit about "trade agreements that place additional burdens on the manufacture, import or export of lifesaving medicines".

It stressed that Indian manufacturers accounted for more than 80% of generic antiretroviral medicines, and supplied most developing countries.

EU officials insist the FTA will not limit India's right to produce generic drugs and dismissed such concerns as scare-mongering.

"We have no interest in preventing assistance to people who need drugs," said John Clancy, spokesman for Mr De Gucht.

It would be inappropriate to discuss specific measures in the treaty before it was finalised, he was quoted as saying by the Associated Press news agency.

'Global openness'

In a joint statement, Indian Prime Minister Manmohan Singh, European Council President Herman Van Rompuy and EU Commission chief Jose Manuel Barroso said they looked forward to a FTA being concluded in the spring.

In a separate statement, Mr Barroso said "very important progress" had been made towards a broad-based FTA.

Having agreed on its basic contours, the parties would work on "the final political push", he said.

"This free trade zone will bring together markets of 1.5 billion people," he said.

"It will be a key contribution to the global recovery and a signal for global openness and also a signal against protectionism," Mr Barroso added.

Quelle/Anmerkung:
http://www.bbc.co.uk/news/world-europe-11971568, eingesehen am 15.12.2020.

UK11-1
Daily Mail
Britain 'to grant 20,000 visas to Indian workers as part of EU trade deal'



Britain may be set to allow an extra 20,000 workers from India

The UK is set to welcome 20,000 extra Indian workers a year due to a secretive trade deal brokered by the European Union.

Britain will accept thousands of skilled workers in exchange for lucrative export deals, even though the public sector are cutting jobs and unemployment stands at 2.5million.

The EU India Free Trade Agreement was initiated by Former Trade Commissioner Lord Mandelson in 2007 and is expected to be signed by the middle of this year.

Under the agreement European countries will grant India between 35,000 and 50,000 visas in return for £4billion worth of trade.

However, sources have revealed that India are demanding up to 20,000 of them should be provided by the UK, with only 7,000 asked of Germany and 3,000 expected from France. Meanwhile Estonia is expected to accept just 19 individuals.

The 20,000 will not count towards the Coalition's pledge to cap net immigration at 'tens of thousands.'

The workers will be exempt from National Insurance in their first year but will be able to use the NHS.

Sir Andrew Green, the chairman of MigrationWatch UK, said: 'The secrecy surrounding this deal has gone on long enough.

'This scheme makes a nonsense of efforts to limit economic migration.'

A spokesman for the Department of Business, Innovation and Skills, told The Sunday Telegraph: 'Strict criteria are being negotiated to ensure there is a focus on highly-skilled and highly-qualified professionals entering the UK temporarily.'

Nearly 30,000 workers came to Britain from India last year. Two thirds of them travelled as part of the intra-company transfer scheme. This is also exept from the Coalition's interim immigration cap.

Quelle/Anmerkung:
http://www.dailymail.co.uk/news/article-1358837/Britain-grant-20-000-visas-Indian-workers-EU-trade-deal.html, eingesehen am 05.01.2021.

UK11-2
Morning Star
EU provokes India protest on affordable medicine

Thousands of people living with HIV and cancer rallied in New Delhi today to protest against a planned trade deal between India and the European Union that could restrict access to affordable medicines.

The protesters warned that the free trade agreement that India and the EU are negotiating would serve to restrict Indian exports of generic versions of life-saving antiretrovirals by requiring India to enforce intellectual property rights on generic medicines.

Holding placards and shouting "We want to live," the protesters marched through the streets of the city centre before holding a meeting near the Indian parliament.

Indonesian HIV activists who joined the demonstration in New Delhi said that they were worried that the free trade deal would hit sufferers in their country.

Indonesian Network of People Living With HIV (Jothi) spokeswoman Sindi Fitriarti Putri said: "The problem is that local production by Kimia Farma is not sufficient to cover the whole of Indonesia," referring to the state-owned drug manufacturer.

"If the trade agreement is implemented, India will no longer be able to sell its products outside the country and we will have to buy the drugs from European companies, which is much more expensive."

She said the Indian antiretrovirals only cost about £60 a year, while the patented versions from Europe cost up to £180 a month.

Fellow Jothi activist Maya Putrini added: "Even now the drug supply is often interrupted because of simple administrative problems. I cannot bear to think that if the price went up, many of our friends may not be able to access the drugs any more."

Quelle/Anmerkung:
http://www.morningstaronline.co.uk/news/content/view/full/101761, eingesehen am 06.05.2012.

UK11-3
Financial Times
India: selling cars gets more expensive



It’s never been easy to sell luxury cars in India. The duties on fully assembled imported cars is 60 per cent (which effectively becomes 110 after VAT and local taxes), while the tax on locally-made cars with imported engines is 10 per cent.

So many nervous car makers will have poured over India’s most recent budget announcement on Monday for changes to import taxes.

To their dismay they will have found a recent change that could mean cars built in India using imported engines will be treated as fully imported. The change is expected to add over Rs 800,000 ($4500) to the price of entry-level cars of companies like BMW, Audi and Mercedes. It will also affect local companies which import engines like Tata and Mahindra.

For German luxury carmakers this comes as a rude shock, in particular because the luxury car prices were expected to fall after the enactment of the proposed India-EU free trade agreement in April.

But it also comes as a shock to a handful of local Indian companies.

Luckily for Tata Motors, it has already announced plans to manufacture engines for its Freelander model entirely in India.

But for other companies it isn’t as easy as relocating factories to India. Suhas Kadlaskar, director and board member of Mercedes-Benz India, told beyondbrics that the company doesn’t have the option to move production to India because of tough union rules in the company’s home market in Germany. He said: “There is no question of relocation even if there is a cost impact.”

So what is the real motivation behind the proposed new tax?

According to analysts the change in the budget is directed at the Skoda Fabias and the Volkswagen Golfs rather Rolls-Royces and Bentleys.

“The idea is to get mass market manufacturers such as Skoda and Volkswagen to produce their engines in India to form the basis of an auto industry,” said Mohan Guruswamy of the Centre for Policy Alternatives.

Industry officials insist this is a double-whammy victory as it allows the government to increase the share of manufacturing to a desired 25 per cent of GDP from the current 16 per cent over the next 10 years, at the same time increasing levels of localization.

Meanwhile, the Society of Indian Automobile Manufacturers (SIAM) has come to the rescue of worried luxury carmakers promising to mediate and address this issue with the finance ministry. Sources at SIAM told beyondbrics:

This move may affect all the companies, even domestic firms who are buying out foreign companies. They (the government) probably want to increase the revenue from the sector and also the emphasis is more on value addition to be made in India. At the moment we are not clear about the government’s definitional change that has been announced.

While carmakers are the government lock horns over definitional semantics concerning import duties, one thing remains certain – that the Indian middle class is not likely to be seen driving any VW Polos any time soon.

Quelle/Anmerkung:
http://blogs.ft.com/beyond-brics/2011/03/04/india-selling-cars-gets-more-expensive/#axzz2SW8OP9aR, eingesehen am 06.03.2011. Auch abrufbar auf: https://web.archive.org/web/20110307033741/http://blogs.ft.com/beyond-brics/2011/03/04/india-selling-cars-gets-more-expensive/ eingesehen am 05.01.2021.

UK11-4
Morning Star
The EU, Mode 4 and social dumping

A European Union (EU) law currently being planned will allow big business to bring in cheap labour from poor countries to carry out skilled work for very low wages - the process known as social dumping.

The new directive plans to allow transnational companies to temporarily transfer employees from third countries - "intra-corporate transferees" in the EU jargon - into the EU on low wages.

Britain has opted out of this EU directive - but a recently concluded EU Free Trade Agreement (FTA) with India which Britain negotiated contains similar provisions for cheap labour entry.

India's main demand of the agreement was for "Mode Four" labour access for transnationals - allowing them to bring their own employees into the EU or supply labour for any other firm.

As a result the British government has recently exempted migrants on Tier 2 visas ("general skilled workers") from any limits - while the "international agreement category" within Tier 5 ("creative and sporting workers") has no limits either.

In return western transnationals get public procurement rights and investment opportunities in India.

This will have an impact on banking, insurance, transport, retail and the production of generic medicines.

The last in particular has led to widespread protests in India, including by Indian trade unions, as the prices of many vital medicines are expected to multiply.

The outcry there is in stark contrast to the dearth of information on the effects of Mode Four on workers here.

A recent EU Commission report on the agreement negotiations states that "the full ambition of the FTA cannot be achieved without Mode Four - which currently faces a range of barriers like wage-parity conditions."

So the rest of the EU gets the "benefit" of unlimited cheap labour and Britain is willing to allow transnational corporations to undermine workers' wages as a result.

German unions have warned that the proposed EU directive would allow a German transnational which operates in India to import skilled Indian workers to German factories on minimum wages - massively undermining current rates of pay for German workers.

If the industry lacks a minimum wage the employer could pay even less.

"This is a huge problem for us," warned the German Trade Union Federation's Brussels spokeswoman Gloria Mueller.

The German TUC is also concerned that the firm would then be able to shunt its low-wage workers to a third country, such as Bulgaria, at the even lower Bulgarian wage.

This would encourage the shifting of work from Germany to cheaper eastern European countries.

The EU directive will include a fast-track entry procedure for "managers," "specialists" and "graduate trainees."

But how do people qualify for such categories?

European TUC general secretary John Monks has warned that vague categories such as "manager" and "specialist" are virtually meaningless.

The only requirement for recognition as a specialist is the evidence of a witness, according to Frank Schmidt-Hull of the German IG Bau union, who fears that the directive will "overturn the minimum wage system within the EU."

Social dumping of this sort already happens within the EU as a result of its "four freedoms."

These are not the four freedoms that Franklin Roosevelt once proposed - of speech and expression, of worship, from want and from fear.

They are the "freedoms" of capital, goods, services and labour.

Employers have been using these "freedoms" to move workers from eastern member states to drive down wages in western member states.

European Court of Justice rulings have backed business rights and undermined the rights of workers to protect their wages and conditions in cases such as Laval, Viking and Ruffert.

Having introduced the mechanism of "free movement" within the EU to undermine pay rates, national agreements and effective trade union representation Brussels is now negotiating the temporary free movement of labour from outside the EU to impose even lower rates of pay.

"We need a European approach on labour migration that allows our economies to receive the migrants they need," according to European Commissioner for Home Affairs Cecilia Malmstroem.

Ironically Ms Malmstroem claims that her proudest moment was bringing in legislation against human trafficking.

If transnational capital can simply tap into an inexhaustible reserve army of migrant labour it will further diminish the skills base and training opportunities in Britain and the other member states.

The new directive and the Mode Four provision in the FTA with India are in a similar direction.

But the Indian deal is significant for workers because Mode Four was the main aim of the Indian government.

The directive includes manufacturing, hence the concern of the German unions.

Mode Four, however, is for "service workers" - but almost all workers can now be described as such, especially if supplied to another company.

Social dumping already exists.

But combined these new structures take it up the skills ladder and across sectors such as manufacturing as well as information technology and other white-collar industries.

We've seen how vague the categories of worker are in the directive.

But the EU does at least stipulate that Mode Four workers should be "graduates or equivalent."

Good news? Not really. India has millions of graduates and graduate unemployment over here is very high already.

The directive will be hard to reverse.

But Mode Four commitments, made at the level of international trade law beyond the EU, are effectively irreversible and carry the threat of corporations suing governments that do not keep to them.

No limit on numbers is included in either the directive or any of the EU's Mode Four commitments.

But in Germany there has been a public reaction to the directive. Here there has been no reaction to the Mode Four component of the EU-India FTA.

In a letter to the Trade Commissioner the European TUC has expressed concern about parallels between Mode Four and recent ECJ judgements.

The International TUC has also rejected the inclusion of Mode Four in trade agreements.

The official secretiveness about Mode Four and the intricacies of EU directives is clearly deliberate.

The TUC needs to counteract this by highlighting the real nature of changes to labour migration relations.

Quelle/Anmerkung:
http://www.morningstaronline.co.uk/content/view/full/102598, eingesehen am 06.05.2013.

UK11-5
The Daily Telegraph
EU-India free trade deal delayed

The prospect of an imminent of India-European Union Free Trade Agreement has suffered a setback according to officials who said they now believe it may not be signed before the end of the year or early 2012.



The deal could see India-EU trade rise from $72bn today to $100bn in five years Photo: AP

Indian and European trade ministers had hoped to sign an ambitious deal by the end of this month, but EU officials said the talks had been blighted by bureaucracy, divergent interests among its member countries and slow progress on key issues like access to India's legal and financial service sectors and the protection of intellectual property.

Indian officials, led by Commerce minister Anand Sharma, had given the talks process a boost last autumn with a series of meetings amid rising optimism that they might finalise a deal by the first few months of 2011.

The minister believes the deal could see India-EU trade rise from $72bn today to $100bn in five years, but an early agreement is key to meeting the target.

The European Union estimates an ambitious deal to open up key sectors of each others economies could see 30pc increases in bilateral foreign direct investment.

For India there is an urgency to start reaping the benefit as inward FDI has slumped by more than 35pc in the last year amid declining investor confidence. The Indian government is anxious for foreign investment in infrastructure, logistics, and some financial services to underpin domestically-driven growth of 8.5pc.

In December last year Anand Sharma said the talks had gathered momentum and made real progress on intellectual property rights, co-operation in civilian nuclear power, renewable energy, science and technology, aviation, industry and manufacturing.

"At present we have a trade figure of $72bn from the EU countries. We've set for ourselves the target to take it to $100bn in the next five years. This is now achievable, particularly after the agreement is reached, hopefully in the first half if not earlier in 2011. This will be the most ambitious agreement signed by the EU.

"A trade deal of this magnitude and ambition will generate sizeable benefits for the GDPs of India and the European countries. We are near the final agreement on the issue of movement of professionals as well as trade and services," he said.

But according to EU officials, that optimism for an early deal has faded as negotiators have focused on the "grittier issues". These are understood to include data protection for European pharmaceutical firms and the right of Indian rivals to sell generic medicines in third countries, the degree of access to Indian markets for EU financial service companies, and the

free movement of professionals. Access to each others agricultural sectors has yet to be agreed, while the movement of professionals has raised immigration concerns.

India is a signatory to the World Trade Organisation's TRIPS agreement on intellectual property, but EU officials are understood to have pressed it to go further in accepting 'data exclusivity' for medicines whose patents have lapsed. Indian medicine manufacturers say it would effectively extend patents and damage public health in poorer countries.

Negotiators will meet again in May to discuss agriculture and food prices, but EU officials are more pessimistic on the prospects of a deal than their Indian counterparts.

"Our sense is that negotiations are on track, but in any negotiations its standard operating procedure to first pick the low-hanging fruit. On the more ticklish issues, India is a developing country of 1.2bn people and the EU is a [a group of] developed countries with their own wishlists. Discussions have been intensified," said a source in India's Ministry of External Affairs.

EU officials said they do not want to compromise on substance for the sake of rushing into a deal. "We don't want a rush to conclude in May if the result is things we care about stay in the too difficult tray or left for the next trade agreement. This is the two biggest bureaucracies in the world coming together to negotiate on things which matter. We want to get the substance right because the chance to get it right might not come again for several years," said one official.

Quelle/Anmerkung:
http://www.telegraph.co.uk/finance/globalbusiness/8408748/EU-India-free-trade-deal-delayed.html, eingesehen am 05.01.2021.

UK11-6
The Scotsman
Scotch whisky's value to economy revealed

Scotch whisky added £109 a second to the value of goods exported from the UK last year, new figures showed.

International exports for the industry rose by 10% in 2010 in what was a record year.

The spirit contributed 3.45 billion to the UK export market, up from 3.13 billion in 2009, the Scotch Whisky Association (SWA) said.

HM Revenue & Customs (HMRC) data showed that the value of Scotch exports has risen by 60% since 2000, with a total of 1.29 billion added to their value in the past decade.

The value of exports increased despite a slight decrease in their volume, which was down 2% on the previous year.

SWA officials said it reflected a "continued premiumisation" across the industry, with single malt exports rising by 18%, to 577 million, compared to a 5% increase in the amount of blended whiskies shipped abroad.

The US remained the biggest importer of Scotch, with 499 million worth of the spirit exported across the Atlantic.

Exports rose in Brazil, up by 12% to 67 million, China, where they increased by 24% to 55 million, India, up 46% to 41 million and Russia, which increased 61% to 31 million.

SWA chief executive Gavin Hewitt said whisky was playing a "key role" in the UK's economic recovery.

He said: "Scotch whisky is a world-class industry that consistently delivers for the UK.

"This year's strong performance - contributing 109 a second to UK exports - demonstrates that distillers are playing a key role in export-led recovery.

"To help distillers build on a successful 2010, the SWA continues to work hard to secure fair access to Scotch whisky's export markets and better legal protection.

"We saw real progress on our trade agenda last year, including agreements for lower tariffs in South Korea and GI registration in China.

"This year we look to the successful conclusion of the EU-India free trade negotiations to deliver major improvements in the tariff and trading conditions for our members' brands in India, a market offering significant future potential."

Quelle/Anmerkung:
http://www.scotsman.com/news/scotch-whisky-s-value-to-economy-revealed-1-1560683, eingesehen am 16.05.2013.

UK11-7
Morning Star
Picking the public pocket

While public resistance is focused on Con-Dem cuts, the use of this agenda to justify the privatising and liberalising of our public services as part of overall public procurement deserves attention as well. Public procurement at all government levels includes the under-pressure public services. It is reckoned to be 40 per cent of global spending and is a major prize for transnational investors. But with corporate access comes a shift from democratic to corporate control.

The transnationals' determined push for such corporate access in the EU shows the scale of the challenge of maintaining democratic control of government spending. Labour costs are a major factor in public services, and the claimed efficiencies of privatisation/liberalisation mean reducing those costs. British and EU structures now allow and encourage transnational corporations to move cheaper labour across borders in pursuit of such efficiencies. But we need to recognise how public procurement is being targeted and where resistance to it exists, the role of cheap labour and government measures that facilitate its use, as well as its negative effects on the national economy in a time of cuts, in order to address the challenge. The British government avoids the term public procurement, probably because it indicates all too clearly whose money is involved. Instead, proposals are presented in fragmented language, heavily spun, with the liberalisation agenda hidden behind "big society" talk. However at the EU level and in international trade, where overall access to government

spending is sought, "procurement" is the buzz-word. The intention of the EU Procurement Directive was for all member states' spending to be liberalised across the EU. In fact, only 13 per cent is currently liberalised and 87 per cent is still being spent with domestic companies. However the British government's ideological commitment to liberalisation far exceeds that 13 per cent figure and because of the labour element, Britain's unilateral compliance severely disadvantages its workers. A firm with a contract in another member state can use its own workers, from inside or even outside the EU. European Court of Justice decisions reinforce the rights of corporations to exploit loopholes to undercut host countries' industry norms. So Britain's public procurement liberalisation aids offshore firms and British workers lose out on jobs and working conditions. Rather than acceptance of new EU directives planned to force member states to surrender control of their spending as Britain has, democratic control of public procurement must be regained and maintained. Beyond the EU, procurement is also an important part of the international trade agreement agenda. If a government is coerced into committing the whole of its procurement to an international trade agreement, transnational capital gains permanent access to all its spending. And if any aspect is later held back, domestic firms preferred, or protective legislation is even considered, these agreements provide redress. In the EU Free Trade Agreement with India which is now under negotiation, Indian public procurement at all government levels is being targeted by transnational capital via the EU. India has been resisting but now seems likely to acquiesce to some degree. The trade commission admits that this agreement is actually a British deal. While Indian public procurement liberalisation will benefit transnational financial firms concentrated in the City of London, the single reciprocal Indian request is for labour access targeting Britain. The coalition's political agenda is part of this global pattern. Despite the spin, the plan is clearly for all public procurement apart from MI5 and the judiciary to be opened internationally to private contracting. This is being done to us by our own government, with the pressure coming from the City's International Financial Services London - a joint government and financial services industry pressure group. With the NHS proposals, despite supposed opportunities for voluntary groups, charities and smaller enterprises, the bulk of £80 billion of public health spending will go to transnational health investors and no softening mechanisms will affect this core trajectory. Eclipsed by the NHS and Social Care and the Public Services white papers, a third white paper, on trade and investment, received only minimal media attention, highlighting supposed support for small businesses. In fact, the trade agenda advantages transnational corporations to the disadvantage of national firms. As sackings become normalised, so does the idea of outsourcing to reduce costs. The government has facilitated cheap labour by exempting "intracorporate transferees" (ICTs) in Tier 2 of the Points Based System of immigration - and similarly international agreements are hidden in Tier 5. Even now, ICTs are being paid below the minimum wage, with pay made up to the lower end of industry scales through tax-free expenses, and with exemptions from National Insurance contributions. Thus the points-based system, with tax and National Insurance concessions, ensures that brought-in workers are cheaper, courtesy of the British government. Not only does this undermine individual workers and organised labour, but is directly detrimental to the national economy. The loss of tax and national insurance payments as cash is sent overseas, and of a skills base for the future, all harm the economy, especially when concurrent with supposedly necessary cuts. The left has to realise that fighting to maintain control of public procurement is fundamental to resistance to corporate takeover

Quelle/Anmerkung:
Erhoben in LexisNexis, Section: Features.

UK11-8
Morning Star
Victims of a new Raj

You could be forgiven for not knowing about the free trade deal currently being thrashed out by the EU and India. Hardly a word has been raised in opposition - mainly because the talks are going on behind closed doors. Yet if passed into law it will have devastating consequences for workers in Britain and India, especially young people.

The deal will represent a huge coup for Britain's coalition government on behalf of monopoly finance capital.

It is central to the government's project to remould the British economy as a cheap labour platform for outside investors, especially for financial services.

Tellingly, one of David Cameron's first acts as PM was to lead a high-profile business delegation to India, once the crown jewel of the British empire and today a rapidly developing mass market with an English-speaking middle class.

This EU-India deal is tailor-made to pursue the British government's agenda.

It aims to secure big business access to the Indian economy and the employment of India's highly skilled IT, technical and financial personnel in Britain at minimum rates of pay and without collective bargaining protection.

Key EU demands are the liberalisation of the Indian financial services sector and the enforcement of intellectual property rights - in particular in its pharmaceutical industry which produces the great bulk of generic medicines for the Third World.

The EU also wants to see procurement rules that channel Indian public spending into transnational corporations as well as what is called "investor protection," which would allow transnationals to sue the Indian government if it makes a decision that is not in their interests.

The Indian government's single key demand is Mode 4 access to the EU.

Mode 4 is a World Trade Organisation provision which allows transnationals registered within one trading partner to transfer labour at existing rates of pay and terms of employment to work temporarily within the company in the other trading partner.

To put it crudely, if the deal is agreed the City of London will get its hands on India's vast, localised and protected banking sector.

Its thousands of relatively small state-based banks will be quickly swallowed by big British and London-based US banks.

British, German and French pharmaceutical monopolies will see their global position secured and the big EU-based utility companies will get access to all Indian public expenditure.

No wonder Indian trade unionists are demanding opposition on an international scale.

On May 1 CH Venkatachalam, the general secretary of India's largest bank workers' union AIBEA, stated that "allowing full voting rights for foreign direct investors in banks, increased FDI/Foreign Institutional Investors investment limit in banking sector, higher FDI limit in insurance sector are some of the major challenges which the bank employees cannot afford to ignore."

He went on to appeal to trade unionists to unite to oppose any move towards privatisation by the government.

While one side of the deal is affecting workers in India, Mode 4 will be used by British companies moving into the Indian market to secure temporary transfers of highly skilled Indians to Britain as a low-cost alternative to local workers.

The impact of the EU-India Free Trade Agreement on Britain's youth will be especially pronounced, in particular with regard to graduate employment and apprenticeship schemes.

Research by the Centre for Economics and Business Research found that about 40 per cent of last year's graduates were employed below their skill level six months after graduation - up from about 30 per cent four years earlier. It predicted that this figure would rise to 55 per cent by the time the current batch of final-year students graduate.

Future generations in Britain face growing barriers to becoming a graduate at all - fewer courses and a massive rise in tuition fees.

And all this comes following decades of planned destruction of British industry and the subsequent steady decline in the opportunities for young people to undertake an apprenticeship.

The issue of immigration poses a major challenge for internationalists and the labour movement. Internationalism rests on the free co-operation of independent sovereign nation states.The response of the British progressive and labour movement must be based upon the same principle, which is directly undermined by this free trade deal.

Britain's working class cannot view this agreement solely in terms of the domestic labour market. This would be to ignore the role of British imperialism.

Nor can it be limited to consulting with other European trade unions. This would be to ignore EU imperialism.

Rather, our national institutions - the trade unions - must look to their counterparts in India and establish a common front against a deal which is detrimental to workers as a whole.

The coalition government is supposedly committed to reducing net migration on an annual basis, which is the overarching agenda of the UK Border Agency (UKBA).

But this pledge has clearly been silently scrapped in order to appease the British financial monopolies and provide cheap skilled labour to monopolies in other sectors.

UKBA targets are designed to stoke ethnic division, while Mode 4 is designed to import cheap labour.

It is not clear whether Parliament will even be asked to discuss the issue before it becomes binding.

This free trade deal presents a clear opportunity to the labour movement to expose the coalition, as well as highlighting and exploiting the tensions between the domestic ruling class and the EU commission.

And the stakes are high.

The deal as it stands contains no mechanism by which it could be revised. Even if one was included it would need the agreement of all parties to amend or dissolve it.

This means that the outcome of the current discussions will effectively become permanent.

It won't just mean a temporary distortion of the British labour market.

After all, why train young workers in Britain when a reserve army of skilled graduates, bonded to their employer and without enforceable rights, is readily available?

Mick Carty is international secretary of the Young Communist League - Britain.

Quelle/Anmerkung:
http://www.morningstaronline.co.uk/index.php/news/content/view/full/106056, eingesehen am 06.05.2013.

UK11-9
Morning Star
Fighting Mode 4

The fight against the proposed European Union/India Free Trade Agreement and the widespread social dumping it would create is gathering pace and the issue will now be debated at this year's TUC Congress.

One union, RMT, is now campaigning against the most secretive aspect of this deal - the labour liberalisation concept, called Mode 4, which allows corporations to drive down wages.

At its annual general meeting, RMT delegates were warned that EU Mode 4 commitments would hand transnational corporations the power to bring in cheap labour from outside the EU to work on extremely low rates of pay.

"The UK is the main and very willing target for these corporations and it will undermine UK labour conditions and displace workers.

"These workers will not be classed as immigrants and the company will be holding their visas," RMT delegate Gary Abbott warned.

The union is now seeking to publicise how British workers are being sold out in EU international trade deals and to challenge the British government's complicity in this.

Public debate on economic recovery always acknowledges the central importance of employment and of workers earning and spending.

But if transnational corporations displace earning and spending workers with a reserve army of cheaper, temporary migrant workers, recovery will be undermined. Yet this is not so readily recognised, and neither are the government measures that allow this to happen.

In particular, trade concessions that encourage such social dumping are being deliberately hidden. Workers who are earning and spending - in the process allowing others to earn and spend - is what Keynes called the multiplier effect.

While temporary cheap migrant labour may benefit individual companies and their shareholders, it cuts across the earn and spend cycle and the multiplier effect.

This means that wages leave the country, tax and national insurance income drops, the welfare bill increases as resident workers are displaced and become unemployed, young workers are denied work opportunities and there is an ominous and irretrievable loss of skills.

And then transnational corporations cream off profits from moving cheap labour across borders.

There is a continuum of measures allowing big business to capitalise on transnational wage differences. Free movement of workers inside the EU, but particularly free movement of services allows EU firms to bring in their own cheaper labour from wherever they choose.

Two categories in the British points-based system allow trans-national firms to bring in workers with no numerical limits.

The EU's Mode 4 offers - included in all EU trade agreements - allow transnational firms to bring in temporary workers.

The British points-based system categories of "intracorporate transferees" (ICTs) in tier 2 and "international agreements" in tier 5 have been set up for the international trade agreement commitments, though the British government does not draw attention to this.

Government regulations actually encourage the use of tier 2 ICTs. Transnational corporations bringing in skilled workers for less than a year can pay them just the minimum wage, made up to a low industry level wage with tax-free expenses and no national insurance. So British regulations ensure that ICTs are overall a cheap labour source, and because these workers are brought in temporarily and rely on the corporation for their visa, they will not become organised.

The EU's Mode 4 trade concessions are the most sinister measure because of the secrecy, the implications for workers and particularly for their permanence.

They allow corporations to bring in workers for their own established operations but also to supply workers into other firms, relieving those firms of all employer responsibilities.

Under Mode 4 the corporate right to displace workers with cheaper temporary migrant labour becomes irreversible and fixed in international trade law.

India is the main country asking for Mode 4 access so that Indian corporations such as Tata can supply cheap labour into the EU, though Britain is actually the main target.

In the EU/India Free Trade Agreement - expected to be completed in December this year - Mode 4 labour access is the single demand that India is making.

Thus this trade agreement hinges on British workers' jobs being sacrificed in exchange for investment opportunities for transnational financial services firms.

Yet while the EU/India trade agreement is being heavily contested in India because of the effects there, British workers have not been told about it.

There has been deliberate secrecy throughout the four years of negotiations.

Tory, Lib Dem, Labour, Green and UKIP politicians - as well as high profile journalists - have all known about Mode 4 commitments but have failed to tell British workers.

The BIS House of Commons select committee, overseeing the Department of Business, Innovation and Skills which connects with EU trade policy, has similarly failed in its role.

Despite the committee's extensive and expensive enquiries on trade, the labour aspect has not emerged in its reports.

This supposed watchdog committee has chosen to ignore it, despite the effects on workers and on the national economy, both now and in the future.

Workers in many sectors and at all skill levels will be affected by the Mode 4 commitments, especially in combination with existing internal EU labour liberalisation measures.

Transnational corporations will cash in on importing cheap workers as long as the government measures allow and facilitate it while disregarding the negative effects.

Clearly workers have to act for themselves to bring this to public debate. RMT has recognised the urgency of the threat of Mode 4 labour commodification, especially in the EU/India Free Trade Agreement, and is campaigning to bring it to public attention and to hold the government accountable.

Why Mode 4?

The World Trade Organisation categorises the modes in which cross-border services can be delivered

Mode 1: eg by internet

Mode 2: client crosses border eg tourism, foreign student market

Mode 3: company established cross border

Mode 4: workers are moved as "service suppliers"

Quelle/Anmerkung:

http://www.morningstaronline.co.uk/content/view/full/109204, eingesehen am 06.05.2013

UK11-10
Morning Star
TUC vows to oppose EU 'social dumping' treaty

New European Union free trade agreements with Indian firms risk undermining collective bargaining and creating a tier of slave-like labour in Britain, RMT warned TUC delegates today.

Moving a motion against "mode 4" transfers - the World Trade Organisation's term for moving workers across borders - the transport union's president Alex Gordon said a bilateral agreement due to be ratified by EU member states in December could mean Indian workers being moved into Britain with no workplace rights, no right to remain and no access to the legal system.

"This is potentially the greatest threat to collective bargaining and workers' rights for many years," he said.

Under Mode 4, Indian companies operating in Delhi and London could move low-paid workers from India to Britain, undercutting workers domestically.

"Transnational companies will be able to move workers across national borders and nation states will limit their own constitutional authority over these corporations.

"Workers' rights will be lost forever to corporate power."

GMB delegate Fern McCaffrey added an amendment criticising the record of free trade agreements in south America.

"They have had a negative effect on the ability of nation-states to foster national and local economic development and to promote and protect human rights," she said.

Ms McCaffrey also questioned the Indian government's record on workers' rights.

"India has not ratified four core International Labour Organisation conventions, including number 87 on freedom of association and the right to organise collectively.

"A new International Trade Union Congress report revealed recently that India's record on child labour left a lot to be desired and there were multiple arrests of protesters for workers' rights."

She called for the "veil of secrecy" to be removed and the free trade agreement negotiations to be made public.

"We need a full consultation with all relevant civil society organisations, especially trade unions at every stage."

Congress agreed to go on a public awareness raising campaign and push politicians to reject the free trade agreement.

Quelle/Anmerkung:

http://www.morningstaronline.co.uk/index.php/content/view/full/109527, eingesehen am 06.05.2013.

UK11-11
Morning Star
Why it just won't work

The response of Lib Dem ministers to the British jobs situation is a proposal to fast-track planned infrastructure projects. No British Keynesian-style infrastructure stimulus can work without rethinking liberalisation, especially when the aims of the government are clearly not for redistributive welfare. President Barack Obama is attempting a funded jobs stimulus in the US, IMF head Christine Lagarde diplomatically suggested that Britain should be ready to quickly shift its austerity position, and the recently released annual UN trade and development report called for stimulation instead of austerity. At the Lib Dem conference, the coalition's Business Secretary Vince Cable re-echoed the infrastructure proposal that Deputy Prime Minister Clegg had previously made just as news of a rise in unemployment emerged.

According to Clegg, these projects will have a five to one ratio of private investment to public funding, with the investment opportunities offered transnationally. He will seek investment from sovereign Gulf wealth funds, Canadian pension funds and investors in the Middle East, Latin America and China, and the law will enable contractors to bring in their own labour. Thus rock-solid investment opportunities in the essentials of railways, roads and telecommunications, underpinned by public investment, will be handed to trans-national elites and other governments while workers here lose out. Resident workers, if they have any chance of the "thousands of new jobs targeted at areas too dependent on the public sector," will be in competition with cheap imported labour. The Olympics should have been a £9 billion economic infrastructure and jobs stimulus, but was built mostly with migrant labour while resident workers expecting wage awards were excluded. Assessed through the liberalisation lens, this is clearly a continuation of an intense, globalised class war. Cable is cynically decrying huge inequalities while pursuing policies that increase inequality. A major but hidden reason for the timing of this proposal is to sell an EU/Canada trade deal to Canadian investors with promises of access to EU public procurement. As usual, it is Britain that is on offer. Other member states are more resistant to handing over their infrastructure and jobs. Britain assesses infrastructure bids narrowly, resulting in contracts like the Thameslink train contract going overseas. In France and Germany, however, effects on national economy and domestic employment are included in their assessment processes and their national firms come out on top. The British government also encourages the use of migrant labour, from both within and outside the EU, to the detriment of British resident workers. While it could take measures to protect these workers, including but not limited to maintaining wage levels, it does the opposite. Labour movement within the EU is strongly unidirectional - into Britain, especially with the country's immediate opening to A8 workers

when most other member states opted for the maximum delay. This confounds any tackling of unemployment. In the current EU crisis, any aspect of the EU contract, including free movement, could be challenged. But rather than using the opportunity to renegotiate the free movement of labour and services that is disempowering resident workers and labour organisation, the government is the main proponent for the accession of even lower-wage countries into the EU. The government has also structured the points-based system to favour the use of cheaper temporary migrant labour from outside of the EU over resident workers, via the tax system, non-requirement of national insurance and lack of any numerical limits on this form of entry. Brought in as intracorporate transferees (ICTs), these workers are also supplied into other firms. And the government continues to hide the EU/India Free Trade Agreement, in which a key component is India's demand for such openings to become effectively permanent in the form of Mode 4 trade commitments. The Office of National Statistics has shown that 90 per cent of jobs created in the last few years have gone to people born overseas. Tory Work and Pensions Minister Ian Duncan Smith admitted this when he urged British firms to hire British workers, even while the government was rewarding the use of cheaper migrant labour. Both Clegg and Cable know that any infrastructure fast-track stimulus will be like pouring water into a bucket with big holes, producing an effect contrary to the promises. With a keen personal damage control mechanism, Cable announces red-herring, populist but fatuous controls on banking and on banking pay excesses while pushing forward hidden neoliberal trade deals. Clegg knows this from the time he spent working with Leon Brittan, a key architect of the liberalised EU and EU Trade Commissioner when the World Trade Organisation was set up, from his years as an MEP and from being married to a top trade lawyer specialising in "services" - of which labour liberalisation is now a main component. Public funds, rather than being used to increase corporate tax revenue, create jobs, stimulate an earn/spend cycle and reduce unemployment, will be further transferred to transnational companies using the cheapest labour while public service workers are laid off, handing further control of British infrastructure to foreign investment, and further entrench the privatisation/liberalisation model. This fraudulent announcement by Lib Dem ministers fits perfectly with the trajectory of the government. It is indeed Plan A+, with no change except increased deception.

Quelle/Anmerkung:
Erhoben in LexisNexis, Section: Features.

UK11-12
Morning Star
Where is the info about Mode 4?

The Mode 4 trade concession allows transnational corporations to ship in temporary cheap labour, and the EU/India FTA hinges on the Indian government's Mode 4 demands for its transnational corporations.

With the EU expecting to complete negotiations in December and unemployment still increasing here, the situation is urgent.

Mode 4 is likely to lead to widespread worker displacement as transnational firms bring in their own cheaper labour, provide onshore outsourcing with temporary migrant workers and supply brought-in labour to other firms.

Documentary evidence confirms that Britain will be hit hardest in this EU trade deal. Public information is needed because of the measures and practices that maintain secrecy.

The Lisbon Treaty strengthened the European Commission's ability to negotiate trade agreements on behalf of member states. This means no member state parliamentary discussion, and thus no media interest.

The EU Council, made up of member state government representatives, gives the commission the mandate to initiate trade agreements. But only outcomes of council meetings are public, so people cannot gauge their government's input.

Ongoing British input to EU trade policy is via two faceless bureaucrats from the Department for Business, Innovation and Skills. They attend TheCityUK's Liberalisation of Trade in Services (Lotis) committee meetings.

TheCityUK is the lobby mechanism for financial services corporations based in London. Its boards are representative of the biggest banks and insurance companies.

British civil society has no equivalent input to trade policy. Lotis meetings are private and there are no minutes.

The bureaucrats, instructed by Lotis, attend fortnightly EU trade policy committee meetings in Brussels with the trade commission and trade bureaucrats from other member states. Again there are no public minutes, so British input is hidden.

The trade commission negotiates with the trade negotiators of the relevant state.

The EU is currently pursuing bilateral and regional trade agreements with many states and checking out the possibilities with others.

While the multilateral World Trade Organisation offers some public access to offers and negotiating texts, in bilateral and regional trade deals these are secret until negotiations are completed.

EU citizens cannot see what the trade commission is offering on their behalf, though it admits that Mode 4 concessions are included in all EU trade deals.

At various stages the trade deal comes before the international trade committee (Inta) of the European Parliament.

This committee has Tory MEP Robert Sturdy as its vice-chairman and also includes one Labour, one Green and a disproportionate two Ukip members from Britain.

There is frequent input from the chief exec of the European Services Forum -the lobby mechanism for transnational service investors at the EU level, closely connected to the London lobby.

And Brussels think tank the European Centre for Political Economy frequently provides "unbiased" academic input. Mainstays of the think tank are three academics from the London School of Economics where they run a one-sided trade course.

After the Inta stage, trade business goes to the plenary of the European Parliament. It is not just in Britain that many people are unaware of their MEPs and how they vote.

The information gap and democratic deficit is similar across the EU, even in Belgium.

MEPs and commission staff are targeted by powerful, well-resourced business lobbying with privileged access. Some MEPs have also argued the legitimacy of MEPs holding private business roles alongside parliamentary work.

Alternative lobbying tends to be by development NGOs. Consequently, any MEP's objections to the EU/India FTA have focussed on effects on Indian people - there is no equivalent lobby for the interests of EU workers.

The European Trade Union Confederation and International TUC focus on international labour standards in developing countries, and discussing Mode 4 effects on EU workers conflicts with their full support for the movement of labour, although the ITUC argues that labour issues should not be included in trade deals.

So the odds are stacked against British workers finding out what is in store so they can defend themselves, yet the TUC still seems reluctant to act.

In a recent Sertuc meeting, head of the TUC's international department Owen Tudor said the congress resolution was confused and Mode 4 complex. This should underscore the need to explain it to workers.

WikiLeaks shows that Tudor had no reluctance in sharing information with the US government. Why is he less than keen to provide vital information, according to the Congress resolution, to the British workers for whom he works?

Quelle/Anmerkung:
http://www.morningstaronline.co.uk/content/view/full/110836, eingesehen am 06.05.2013.

UK11-13
Morning Star
Let's start the Mode 4 fightback

Tony Wardle was right to raise the question of the need for a campaign against Mode 4 in his letter to the Morning Star (October 13) as the aim of Mode 4 is to enable transnational companies to bring into Britain and other EU countries temporary, skilled, low-paid labour from abroad.

The most immediate threat of Mode 4 is the EU/India Free Trade Agreement due to be completed in December - so not much time to campaign!

The TUC agreed at Congress to campaign against Mode 4 but I would bet most trade unionists don't know what Mode 4 is.

So when is the TUC about to start the "campaign" and "opposition" against Mode 4 and what will be its nature?

The TUC could start by leading a well-publicised deputation to the government to tell David Cameron the labour movement does not want any EU-negotiated trade agreements on Mode 4 such as the EU/India Free Trade Agreement that undermine safeguards to prevent

exploitation, job protection, conditions and employment rights as stated in the TUC resolution.

Britain elects its own government to negotiate agreements with foreign states - let it continue to do so with full scrutiny by Parliament.

Next, the TUC could produce a leaflet explaining Mode 4 for mass circulation across Britain.

Also, opposition to Mode 4 and the EU should be included in the TUC alternative policies for Britain if it is to have anything meaningful to say.

The Morning Star could also assist by popularising what Mode 4 is all about and thereby assist in the labour movement understanding of the interrelationship between the EU and government policy.

The article by Linda Kaucher (October 17) is an excellent start.

Ron Dorman
Birmingham

Quelle/Anmerkung:

http://www.morningstaronline.co.uk/content/view/full/111177, eingesehen am 06.05.2013.

UK11-14
Morning Star
Who will be employed in the government's infrastructure projects?

David Cameron is proposing to boost economic recovery by spending £40 billion of government money to seed what will be essentially private fast-tracked infrastructure projects, supposedly creating "thousands of jobs." But with current and planned labour liberalisation, these are not likely to go to British workers. What sort of "economic recovery" is the government really aiming for? Rather than the Keynesian pump-priming involving workers earning and spending, the business recovery emerging in the US is based on downward pressure on workers.

The Office of National Statistics has repeatedly made it clear that the almost 90 per cent of jobs created over the last few years have gone to "people born overseas." "Migrant worker" is a slippery concept. But Iain Duncan Smith certainly accepted that there is a problem when he weakly urged British businesses to hire British resident workers instead of migrant workers, though in the face of British government mechanisms which encourage the opposite. Because these mechanisms are still in place and with worse to come, it is not likely to be "British-based workers" who are employed in these projects. It is more likely to be the cheapest labour that employers can get away with using. That is the pattern that the government is endorsing. We still have free movement of labour within the EU. While workers from lower wage and high unemployment EU states can still move freely, inward migration into Britain is likely to increase rather than decrease if government money is poured into infrastructure projects. We still have free movement of services, which allows EU companies that win British contracts and subcontracts to bring in their own workers from inside or outside the EU. In fact being able to bring in a cheaper workforce is no doubt useful in winning British

contracts. British workplace agreements are too weak to withstand the pressure of brought-in labour undercutting British workers. Engineering construction workers have recognised immediately that "new power stations" in Yorkshire are likely to mean foreign labour. And we have the Mode 4 commitments that the EU trade commission is making on behalf of all EU member states, and especially on behalf of a willing British government. Mode 4 allows transnational corporations to bring in temporary skilled labour from outside of the EU without numerical limits. The EU-India Agreement, in which Mode 4 offers to India are central, is due to be finalised early next year. Within the British points-based system, the sneaky exclusion of Mode 4 workers from any "cap" means that these trade commitments can go ahead unimpeded. The new infrastructure projects will therefore be no more likely to provide jobs for British resident workers than the huge Olympic infrastructure project. Built almost entirely with cheap migrant labour, the wages earned have left the country with no tax paid while shareholders have had a very good return. It may have been built on time - under those circumstances that is not surprising - but who has benefited from that massive project? Who has been employed? Who is unemployed? And who will be paying for it for a long time to come? The current proposals will be similar. With the current labour liberalisation situation, there will be little return in jobs for people here, in flow-on spending or in returns to the Treasury. The situation will be exacerbated as transnational corporations are able to use the "trade" mechanism to bring in workers from countries such as India. The unemployment bill will still have to be paid in addition to the personal costs of unemployment. There will be further skills losses, disadvantaging our future economy. What the rail, energy and telecommunications projects will facilitate is rock-solid investment opportunities for the transnational investors Nick Clegg is courting. He made it clear in early October that Gulf sovereign wealth funding and Chinese investment will be sought. So this will also further lock in liberalisation generally, resulting in more of Britain being owned and controlled by transnational investors. If this government infrastructure spending is so unlikely to materialise into jobs for British workers it raises the question of what sort of "economic recovery" the government is actually aiming for. It pays lip-service to the version that is about unemployed workers and the British youth workforce gaining employment, earning and spending, with the flow-on from this cycle boosting the British economy. But there is another sort of "economic recovery," as is occurring now in the US. There, big business is now thriving, with share prices up. It is clearly recognised that the main factors in this phenomenon are downward pressure on wages and the "increased productivity" of those who still have jobs, both underpinned by high unemployment. With the structures in place here for a "reserve army of (migrant) labour" it is becoming ever clearer that the British government, driven by the financial services corporations based in London, is aiming to for the current US version. The primary question of who will be employed as a result of this government spending spree must be asked.

Quelle/Anmerkung:
Erhoben in LexisNexis, Section: Features.

UK11-15
Morning Star
Corporations trump democracy

Public service cuts are destructive to public service workers and users, but as flimsy cover for increasing corporate power over public resources and democracy, they are even more damaging. This seemingly national issue is part of a global drive for transnational investor access to government spending, or "public procurement," via the international trade agenda. The objectives are private investor access to government funding, access to cheap labour, privatisation permanence and corporate power over democratic government. London, a tax

haven connected to tax havens around the world, hosts a significant part of the global financial services industry.

This powerhouse influences EU public procurement policy and EU external trade deals, through British government and by direct EU lobbying in Brussels, and in global financial services organisations at the WTO level. Britain is an important microcosm model of the bigger picture and all British government policy initiatives redirect funding towards the private sector. Access to public procurement, all the money that governments spend, at all levels, including on public services, is a major prize for transnational investors. International trade is the vehicle. A Canada/EU Comprehensive Economic Trade Agreement (CETA) is being rapidly advanced without information to Canadian or EU citizens. In this, access to Canadian public procurement is being sought by transnational investors through the EU Trade Commission mechanism and the EU is promising public procurement access in the EU to investors across the Atlantic. In fact, all transnational firms offshore profits wherever they are "based." What trade agreements do is facilitate access to public spending for private investors. An important element in the gold-plated public service investment opportunities is the potential to reduce labour costs, through downward pressure on workers and through worker replacement. Right now, the EU is making irreversible trade commitments on our behalf that will allow overseas companies to send workers into any firm or outsourced public service in Britain. In the EU/India Free Trade Agreement, the single demand the Indian government is making is access for Indian firms to send in cheap temporary skilled labour, and the EU is granting this. This indicates the gains that corporations expect from replacing workers in Britain. That trade deal is being hurriedly finalised before a February deadline. Protracted multilevel Indian elections will then make it impossible to pursue a trade deal that is so unpopular there. Yet Vince Cable, head of the UK Business Department with which the EU Trade Commission is in "constant close communication," has kept secret the implications from British workers and public. Liberalisation means opening investment opportunities to transnational investors. Public service privatisations in this country are inevitably simultaneously liberalised, as are private sector deals too. Neither needs to happen, but successive British governments have established liberalisation as normal here. Transnational firms, with access to credit, offshore accountancy and cheap labour, both overseas and brought-in, have the advantage in bidding. Liberalisations committed to trade agreements are commitments, under international trade law, to keep the sectors in question open to transnational investment, effectively permanently. Inherently this means that the privatisations underpinning them also become irreversible. For corporations, this is "investor security." For people it is a loss of democracy. As corporations gain rights, the power of governments to control them is curtailed. A recent development in the EU will exacerbate this situation, in effect granting corporations power over governments. In September, the European Council mandated the Trade Commission to include "investor protection" in its trade negotiations. Investor protection allows transnational corporations to sue governments for any loss of future profits resulting, directly or indirectly, from legislation or any other government action, at any level of government. Where this has been introduced into trade deals elsewhere it has meant either massive payouts by governments to corporations, or the curtailment of legislation. In this way, corporations trump democracy. It is this bigger reality that public service workers need to recognise and fight. Transnational capital is targeting public procurement globally. The strategic use of cheap labour, including for displacement, potentially undermines all worker demands and power. Public service privatisations become irreversible with trade deals. And the British government is facilitating all of this.

Quelle/Anmerkung:
Erhoben in LexisNexis, Section: Features.

UK12-1
Financial Times
India struggels to develop taste for wine

At a small, Italian-style restaurant on the fringes of south Delhi, a wine tasting is under way. Within earshot is the drone of traffic on a four-lane highway and the noisy building site of an overland metro – reminders of India's growing economy.

Led by Kulbir Singh, president of the Indian Wine Society, the group of professionals and executives from the beverages industry are sipping from long-stemmed glasses of Piper-Heidsieck champagne.

Mr Singh is the first to acknowledge that wine appreciation in India is a minority interest. In a liquor market dominated by whisky, he says the pleasure of a leisurely glass of wine from a vineyard in France, California or Australia, not to mention enjoying wine with food, has a long way to go to catch on.

"The market is expanding, particularly at the low end. [It's limited] because of the tax structure which is quite ridiculous," he says. "A €2 to €3 bottle turns into a Rp1,000 (€15.4) one."

International wine traders, however, are increasingly eyeing India as having the potential to follow China as an explosive high-value market. Some view India as a future source of demand to offset drops in other markets and as a pool of wine investment.

But, after a brief rally, the country has failed to deliver. Wine volumes fell 15.7 per cent between 2009 and 2010, according to data from International Wine and Spirit Research.

While China serves as an encouraging example, the gap between the two Asian markets is striking, research by UK-based Ditton Wine Traders shows.

China imports 2.5m cases of Bordeaux a year. Recent auctions in Hong Kong – which turned itself into an Asian wine hub by dropping taxes in 2008 – have hit record prices in spite of the economic downturn experienced elsewhere in the world.

By comparison, India's market is undeveloped. Asia's third-largest economy imports only 100,000 cases of wine a year. High quality outlets are few. Indian Ocean island states, such as Sri Lanka and the Maldives, import more wine than India, a country of 1.2bn people.

Consumption per adult is 0.01 litre a year, or two teaspoons, a fraction of the 4.5 litres in China (to say nothing of the 27.7 litres knocked back in the UK). The same goes for beer. Indians consume barely one litre of beer per person a year. The average Chinese consumes 23 litres, a little above the world average of 22 litres.

Yet, on paper, more wealthy individuals in India and a rising, more receptive middle class hold the ingredients for higher demand for better quality wines.

"Comparisons of India's wine market with China are a long shot," says Rajiv Singhal, director of Helsinki-based Fine Publishing India. "The country is not ready to displace anyone, or take up slack from overstocked or crashing markets."

The obstacles to greater wine consumption are formidable. The biggest is price. The government applies a punitive tariff regime on imported wines and spirits of at least 150 per cent. Individual states apply their own taxes, varying from 30 per cent to 100 per cent. Gujarat, a state with one of the fastest-growing economies, bans the sale of alcohol. Labelling requirements also complicate distribution.

Improved access hinges on bilateral trade agreements. A proposed EU-India free trade agreement, expected to open up a beverages market dominated by Vijay Mallya's United Beverages Group, has been under discussion since 2007. But few European diplomats in New Delhi expect quick results after deadlines set by prime minister Manmohan Singh have been missed.

Fears of blighting the lives of poor people with alcohol – a legacy of liberation leader Mahatma Gandhi's austere doctrine – are also partly responsible for the government's reluctance to encourage cheaper, more available liquor.

Subhash Arora, founder of the Delhi-based Indian Wine Academy, warns against expectations of a sudden breakthrough in trade talks in the coming months but foresees "a gradual thaw" in the duty regime. "The understanding of wine as a product is still in a stage of infancy," he says of the government's approach.

He and others warn of over-optimistic forecasts. Rather than racing ahead, growth in wine sales has moderated over the past five years to about 12 per cent from levels double that.

Leading local wineries such as Grover and Sula have expanded under government protection and recently won international acclaim. The sales of Sula, owned by Nashik Vintners, rose 40 per cent last year.

"Today, we have a reasonable choice of wines produced in India to see us through most occasions," says Reva Singh, editor of India's Sommelier magazine, of the widening domestic range.

But oversupply is causing pain. Vineyards in western India, after expanding with the support of state subsidies and low-cost loans, are cutting back.

Ditton's research says 40 per cent of wineries have stopped production in Maharashtra, the largest-producing state, over the past three years as growers switch to table grapes.

By some estimates, the installed winemaking capacity in Maharashtra is nearly three times annual national consumption. Many grape-growing entrepreneurs are looking for an exit.

"The days of 25 per cent growth in the Indian wine trade are gone," says Mr Singhal.

Quelle/Anmerkung:
http://www.ft.com/intl/cms/s/0/98ab88e4-3ddd-11e1-91f3-00144feabdc0.html#axzz2SW83YACt eingesehen am 15.12.2020. Auch abrufbar auf: https://web.archive.org/web/20131007051219/http://www.ft.com/cms/s/0/98ab88e4-3ddd-11e1-91f3-00144feabdc0.html , eingesehen am 05.01.2021.

UK12-2
Financial Times
Europe's carmakers hit out at India trade deal

Europe's carmakers are crying foul over a proposed trade agreement between the European Union and India, which they say would restrict access to one of their most important but highly protected markets.

The industry, led by Germany's powerful VDA carmakers' association, says the agreement as discussed would grant Indian-built cars immediate duty-free access to the EU but would only reduce the tariff barrier to European vehicle exports to a level of 30 per cent, which would stay intact indefinitely.

"The results which are on the table are not deserving of the name 'free trade' because it's not a real free-trade deal," said Matthias Wissmann, VDA president. "The Indian side wants to keep a 30 per cent tariff on passenger cars and gives only vague promises that it will negotiate with the EU again in 2017."

Carmakers have been pressing their case ahead of an EU-India summit on February 10, at which this and other contentious issues blocking a proposed agreement are likely to be aired.

Ivan Hodac, head of Acea, the pan-European automakers' association whose members include Volkswagen and General Motors' Opel/Vauxhall, said the group supported free-trade agreements in principle but opposed the Indian FTA as currently discussed.

"We want to have an unrestricted access to the Indian market in return for unrestricted access to the European market," Mr Hodac said. "We want a level playing field."

The EU's trade spokesman said talks toward a trade agreement continued and "we are looking forward to the political impetus and momentum the upcoming EU-India summit can bring".

The intervention by one of Europe's biggest industries adds to a host of barriers to an agreement, where the two sides are still at odds on a range of topics, including visas, the Indian commercial sector and the opposition of some Indian states.

The trade deal has been under discussion since 2007 and Indian ministers have emphasised the need to keep open markets during the economic downturn. This month Manmohan Singh, the prime minister, warned protectionism was on the rise.

European-built cars at present face a 60 per cent tariff in India, which carmakers say doubles the price of imported cars once value added tax and other costs are added. European carmakers say their cars face significant non-tariff barriers in India, including "redundant" and costly protocols on testing of items such as horns and wheels, according to the VDA.

Premium German brands such as BMW and Daimler's Mercedes-Benz are especially hard hit by the barriers because they export a greater proportion of their cars than most mass-market producers, which have bigger manufacturing operations in India.

Indian-built cars face a 10 per cent tariff in the EU, lowered to 6.5 per cent because India is considered a developing country. European carmakers point to a large trade surplus in India's

favour as evidence the country’s industry does not need special treatment. The country exported 223,102 cars to Europe in 2011 but imported just 4,002, according to Acea.

European carmakers are still smarting from a trade agreement between the EU and South Korea that took effect last year, opening the door to imports by Hyundai and Kia – two of Europe’s fastest-growing car brands in 2011 – while failing to remove a range of non-tariff barriers blocking exports to South Korea.

Even before any agreement with India, low-priced Indian-built cars such as the Suzuki Swift and Hyundai Getz are becoming a small but growing presence at the bottom of Europe’s competitive small-car segment.

Ford Motor, which has a large European manufacturing operation near Cologne, says it exports cars in the “hundreds, not thousands” to India.

“We would accept an asymmetric dismantling of the tariff barrier but there should be a zero at the end of the tunnel,” said Wolfgang Schneider, Ford Europe’s head of governmental and environmental affairs.

Quelle/Anmerkung:
https://www.ft.com/content/c8fa89e2-490d-11e1-88f0-00144feabdc0, eingesehen am 05.01.2021.

UK12-3
BBC (Nachrichtenbeitrag in Form eines ausgestrahlten Videos)
Trade hurdles for EU-India summit

VORHANDENER TEXT IM NACHRICHTENVIDEO:

Officials from the European Union and India will meet later this week for a summit as they try to make progress towards a free trade deal.

The EU is India's biggest export market but free trade talks have been going on since 2007 without an agreement so far.

The BBC's Shilpa Kannan outlines the differences that remain between the two sides.

TRANSKRIPTION:

Leaders from India and the European Union had been meeting regularly to work out a free trade pact. While trade dominates the meeting they also expected to discuss energy cooperation, security and regional issues.
Filling out visa forms and processing employee´s passports, the travel desk at Delhi based nuclear software is always busy. India has been demanding that EU liberalize visa rules for its professional work force. But many European countries are increasingly tightening their visa regulations, as they feel a treat to local jobs. IT-Industry says that any delay in access to workers means a loss of business.

Vishnu R. Dusad, Chief Executive, Nucleus Export Software:

“It is a huge issue for us, simply because of the fact that we have customers in now eight countries in the EU. But when it comes to getting our teams to go there and implement the product that we have, now for lending, it’s called FinnOne, you know, you have to have a long term visa, which takes ages to get across, get through and you have huge difficultiy.”

As India grows rapidly it needs investments and enhanced trade with the nations in the EU. While India has been looking for increased market access for its industrial goods such as chemical, textiles and garments, EU wants India to reduce duties on auto products. The EU is also demanding that India should open up accounting, banking and legal services.
The EU is India’s biggest trading partner. A free trade agreement between the two will mean slashing of duties on over 90% of the products and opening up of the markets for both investments and services.
Officials here are still ironing out the differences and intense negotiations are still going on. So it is highly unlikely that a free trade pact will be signed any time soon.

Quelle/Anmerkung:
http://www.bbc.co.uk/news/business-16900875, eingesehen am 05.01.2021.

UK12-4
BBC
‘Progress’ on free trade deal at EU-India summit



EU and India leaders hope to finalise the free trade agreement soon

European Union and Indian leaders have made "substantial progress" towards a free trade agreement, says European Council President Herman Van Rompuy.

There is hope that a deal will be worked out at the "very earliest", said Indian Prime Minister Manmohan Singh.

The two sides were holding a summit in Delhi to strengthen bilateral trade.

Negotiations on a free trade agreement (FTA) have been taking place since 2008 with little success amid a number of tariff and visa issues.

The sides want to double trade from $107bn this year to $200bn in 2013.

Other issues at the summit have included energy co-operation and security concerns.

Iran concerns

Disagreements over matters such as Indian duties on cars and spirits and limited access for India to the European labour market have held up a free trade deal.

But European Commission President Jose Manuel Barroso said on Friday the agreement could be signed by the autumn and would be "the single biggest trade agreement in the world, benefiting 1.7 billion people".

Indian Commerce Minister Anand Sharma said the talks were in the "final stage" but a "few gaps" still remained.

The European Union is India's largest trading partner, accounting for 14% of India's foreign trade.

One major concern over a free trade deal is the issue of generic drug manufacture.

Critics such as Medecins Sans Frontieres fear the FTA could seriously harm India's production of generic drugs, which are sold to millions of patients at reduced prices in poorer countries.

The EU has suggested a clause "to ensure that nothing in the proposed agreement would limit India's freedom to produce and export lifesaving medicines".

Another key issue at the summit was Iran.

India has been defiant in maintaining trade ties, particularly on oil imports, despite a strengthening of trade sanctions by the West.

Mr Van Rompuy said he would share his "deep concern on the Iranian nuclear programme and will ask Prime Minister Singh to use India's leverage towards Iran to help bring Tehran back to the negotiating table".

Mr Singh said the problems with Iran's nuclear programme "should be resolved by giving maximum scope to diplomacy".

Quelle/Anmerkung:
http://www.bbc.co.uk/news/world-asia-india-16978295 , eingesehen am 05.01.2021.

UK12-5
The Guardian
Health of millions of poor people threatened by EU-India free trade deal

If stringent patent and border measures are agreed at the EU-India free trade summit, patients in poor countries will no longer have access to cheap essential medicines



L-R: EU Commission president Jose Manuel Barroso, EU president Herman Van Rompuy and Indian prime minister Manmohan Singh at the summit in New Delhi. Photograph: Gurinder Osan/AP

Current negotiations on a free trade agreement (FTA) between the European Union and India are causing serious concern in many quarters over future access to cheap generic medicines used to treat some of the world's great public health threats: HIV, tuberculosis and malaria, and also cancer. Those fears are well founded: if the EU and India agree on stringent patent and border measures, India's role as the "pharmacy of the south" could well come to an end.

The result could see patients in poor countries facing stock-outs, price increases and even having to pay the full cost of their treatment – meaning that only the richest among them will get treated. And we have to remember that a young African diagnosed with HIV today will have to stay on treatment for the next 50 years, not only to keep alive but to avoid transmitting the virus.

In the midst of the outcry, mostly based on the crucial issue of human rights, what has not been said is that there is a responsibility for both India and the European Union to be pragmatic and reasonable. The EU has invested hundreds of millions of euros in procuring medicines to the developing world and the development of a generic industry. This has enabled the EU to reap the largest value for the money it has invested in global public health. Now that fewer funds are available to reach treatment goals, the last thing the union should do is undermine the very instruments that have made its global health funding strategies successful.

India has responsibilities too: it should acknowledge that several of its generic manufacturers have built their fame and experience on making quality medicines available to poor countries at the lowest possible prices. They have played a pivotal role in improving access for the poor, but they now have the responsibility to continue serving the patients who have indirectly facilitated their expansion and subsequent entry into more lucrative international markets.

The medicines-related issues discussed in the FTA are not only a question of public health, but of ethics, justice and reason. The result will either be a win-win situation that will also benefit the poor or a lose-lose proposition that may kill the poor. It would be unthinkable that private interest pressure from European pharmaceutical companies to preserve an obsolete business model could prevail over common sense, common interest and the health of millions of people.

• *Philippe Douste-Blazy is UN special adviser on innovative financing for development and chair of Unitaid.*

• *Denis Broun is executive director of Unitaid.*

Quelle/Anmerkung:
https://www.theguardian.com/global-development/poverty-matters/2012/feb/10/health-threatened-by-india-trade-deal , eingesehen am 05.01.2021.

UK12-6
The Independent
EU drive to protect drug firms puts fight against Aids at risk

Trade agreement with India could put life-saving generic medicines beyond the reach of millions



The cheap supply of antiretroviral drugs to people with Aids across the world could be choked by an "intellectual property" deal, which the European Union will today demand at a high-level international summit, Aids campaigners say.

More than 80 per cent of those on HIV treatment in developing countries are on generic medicines made in India. But those drugs are under threat from an agreement being negotiated at the 12th EU-India summit in New Delhi between the President of the European Commission, José Manuel Barroso, and the Indian Prime Minister Dr Manmohan Singh. The EU has long been seizing supplies of the drugs as they transit through Europe on their way from India to Africa. Now, under a new EU-India Free Trade Agreement, it wants the country nicknamed "the pharmacy of the developing world" to impose lengthy delays in the production of affordable generic versions of vital medicines.

It also wants to hamper the export of these medicines to the developing world, according to the Stop Aids Campaign, a coalition of more than 60 lobby groups including Oxfam, Médecins Sans Frontières and the Elton John Aids Foundation.

The EU trade commissioner, Karel De Gucht, has denied this, saying "any agreement will have no impact on the right or the capacity of India to produce generic medicines". But while a number of damaging demands have been taken off the negotiating table, other measures relating to enforcement and investment remain. Enforcement provisions are required, said Mr De Gucht, to control fake medicines – though there have been no significant reports of fake medicines at large in anti-Aids treatment. One European lobby group, Act Up-Paris, says leaked text from the negotiations reveal that one EU demand would give European multinational companies the right to challenge the Indian government for any health policies it undertakes, such as price controls or tobacco warnings on cigarette packets, if they are deemed negatively to affect foreign investments. Anna Marriot, head of development finance at Oxfam, said: "Similar terms to those Europe is trying to impose on India have already been imposed on other developing countries. The results have been more expensive medicines, less availability and worse health outcomes. If Europe succeeds, the health of millions of Indians and millions more across the developing world will be put at risk."

Other matters in the Free Trade Agreement concern tariffs on cars, wines and spirits imported to India. India also wants better access to the EU's services market for its high-skilled IT experts.

The European Federation of Pharmaceutical Industries and Associations insists India's drugs are not under threat. But UNAIDS, the Joint United Nations Programme on HIV and Aids, disagrees. The UN Special Rapporteur on the Right to Health, Anand Grover, says it is "colossal mistake to introduce data exclusivity in India". The Indian government has pledged to resist Europe's demands.

Lifeline for Africa: Indian generic drugs

India is a leading manufacturer of generics or cheap copies of branded – and sometimes prohibitively priced – drugs. The size of the country's generics industry is estimated at more than $20bn (£12bn), including exports, according to figures quoted in The Lancet last year.

But the headline numbers only tell part of the story. In some areas, such as HIV/Aids, Indian generics are a lifeline for sufferers in poorer countries. In 2001, for example, the industry attracted headlines when the one of country's largest drug firms, Cipla, offered an Aids drug to African countries for $300. The same preparation cost $12,000 in US, according to Deutsche Bank.

India is also a key supplier of cheap drugs to treat cancer and heart disease.

Quelle/Anmerkung:
http://www.independent.co.uk/life-style/health-and-families/health-news/eu-drive-to-protect-drug-firms-puts-fight-against-aids-at-risk-6699876.html?origin=internalSearch , eingesehen am 05.01.2021.

UK12-7
The Independent
EU free-trade pact moves closer

India and the European Union have agreed to speed up negotiations for a long-anticipated free trade pact, aiming to seal an deal later this year that would nearly double their trade with each other.

The Prime Minister, Manmohan Singh, said considerable progress had been made during a one-day summit with EU officials. However, health industry workers worry that India may bow to EU demands for strict intellectual property protections and investor guarantees.

India's $26bn generic drugs industry is a lifeline for people in Africa, unable to pay sky-high Western prices to treat illnesses such as HIV, malaria and asthma.

Quelle/Anmerkung:
Eingesehen in LexisNexis, Section: World; Pg. 40. Auch abrufbar auf:
https://www.independent.co.uk/news/world/asia/eu-free-trade-pact-moves-closer-6720047.html, eingesehen am 05.01.2021.

UK12-8
Daily Mail
Secret EU deal forces Britain to take in 12,000 Indian workers despite soaring unemployment

- Britain must take more Indian workers than any other nation - and TWICE as many as France
- UK must take 30% of the workers despite having only 12% of the population

Brussels has drawn up a secret diktat which could force Britain to admit 12,000 workers from India despite soaring unemployment at home.

The order is part of an EU-wide plan to boost trade with India.

EU officials say that, in return for opening up the jobs market, countries such as Britain will be helped to land lucrative export deals.

But, of 40,000 workers who will be allowed to live and work in Europe, Britain has been told it must take 12,000, according to leaked EU documents.



Soaring unemployment: 12,000 Indian workers will be allowed into Britain under trade plan - despite the number of people out of work rising

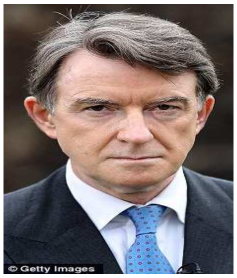
This is far more than any other EU nation - and three times the number which will be permitted France.

Even Germany, which has one of the world's largest economies, will admit only 8,000 workers.

The Indian migrants, who can live and work in Britain for six months, will be in addition to people given visas under Britain's supposedly strict immigration cap.

This is despite the EU not normally being allowed to meddle in Britain's border controls. It comes at a time when UK unemployment is close to a 17-year high, at 2.67million.

The negotiations on the India deal - which have been led by Vince Cable's Business Department - have been going on in the shadows for years.



Trade deal: Secret diktat for Indian workers to come to Britain was drawn up when Peter Mandelson was an EU Commissioner

A large number of the beneficiaries will be IT workers, who already arrive in large numbers from India.

Sir Andrew Green, Chairman of Migration Watch, said: 'The (negotiations) are quite clearly against the interests of British workers at a time of very high unemployment.

'That, presumably, is why the government has been keeping quiet about them.

'The six month limit, although completely unenforceable, keeps them out of the official immigration figures. However, in practice, this agreement, if signed, would open the door for thousands of new migrants.

'Of particular concern is our IT workforce - already being undercut by Indian IT companies - which will be put under further pressure.'

The details emerged in a leaked copy of the EU/India Free Trade Agreement, which is due to be signed later this year. It was first initiated by Former Trade Commissioner Lord Mandelson in 2007.

The aim is to encourage greater export trade between the EU and India.

Central to the agreement is the EU's offer on what is known as 'Mode 4', which will allow Indian companies to bring temporary workers into the EU.

The EU has proposed that, overall, 40,000 Indian workers will be admitted without any labour market test as to their impact on the resident workforce. The proposal is for each member state to take a proportion of the EU commitment.

The UK allocation of 12,000 is 30 per cent of the total - despite the UK making up only 12 per cent of the EU's population.



Bound for Britain: Under the controversial deal at least 12,000 Indian workers will head to the UK - more than for any other state within the EU

Critics points out that, although the proposed stay in the UK is limited to six months, there are currently no checks on departure nor obligations on employers to ensure that migrants return home.

A six month period means no tax or National Insurance will be paid in the UK.

The 12,000 is only a minimum commitment, rather than a ceiling. The worker are in addition to the current cap of 20,700 work permits given to non-EU skilled migrants.

Instead, the visas would be issued under the -so-called 'International Agreements' category of the immigration system.

Last year only 453 visas were issued under this route.

Ministers are desperately struggling to hit the Prime Minister's target of reducing net migration - the difference between the number of people arriving in the UK, and those leaving - to the 'tens of thousands'.

Currently, net migration stands close to a record high at 250,000.

However, only migrants who move to Britain for 12 months or more are included in this total. This means the Indian workers will never register in the figures.

Earlier this week, government advisers said the immigration cap was failing to 'bite'.

The Migration Advisory Committee said only 10,000 migrants have entered the under the cap in the past year.

But, at the same time, almost 30,000 non-EU workers have moved to the UK using so-called 'intra-company transfers'.

These allow firms to bring in their own workers who they already employ overseas - effectively by-passing the cap policy.

Originally, it was envisaged the transfers - long criticised as a back-door into Britain by campaign groups - would be included in the cap.

But, after a turf war between the Home Office and Lib Dem business secretary Mr Cable, they were excluded.

Mr Cable protested during a trip to India - where many intra-company transfers (ICTs) originate - and the Prime Minister caved-in.

The EU India Free Trade Agreement was initiated by Former Trade Commissioner Lord Mandelson in 2007.

It is hoped that improved relations between the EU and India will help countries such as Britain to land lucrative export deals.

Last night, a spokesman for the business department said: 'We want to see an ambitious agreement concluded in 2012. This has the potential to be a game-changing deal delivering significant benefits for the UK across a wide range of trade interests. Increasing our trade with emerging economies such as India will be central to the UK's future long term growth - a good agreement will benefit the UK by £2 billion by 2020.

'Negotiations are still underway, and there is no question of us agreeing to anything that undermines the UK Government's immigration cap. These are highly-skilled short-term service providers, for example engineers, architects or other professionals, who would be admitted temporarily to the UK and other EU countries to provide a specific service on a short-term basis. We have been very clear about these parameters in the negotiation.'

Quelle/Anmerkung:
http://www.dailymail.co.uk/news/article-2109008/Secret-EU-deals-forces-Britain-12-000-Indian-workers-despite-soaring-unemployment.html , eingesehen am 05.01.2021.

UK12-9
Daily Mail
EU DEAL SENDS 12,000 INDIAN WORKERS TO UK

BRUSSELS has drawn up a secret diktat which could force Britain to take in 12,000 workers from India, despite soaring unemployment at home.

The order is part of an EU-wide plan to boost trade with India, with officials claiming that opening up European job markets will help land lucrative export deals.

But according to leaked EU documents, of 40,000 workers who will be allowed to live and work in Europe, Britain has been told it must accommodate at least 12,000.

This is far more than any other EU nation, and twice the number who will be permitted to enter France. Even Germany, which has one of the world's largest economies, will admit only 8,000 workers.

The Indian migrants, who can live and work in Britain for six months, are in addition to the current cap of 20,700 work permits given to non-EU skilled migrants.

Negotiations on the deal, led by Vince Cable's Business Department, have been going on since 2007, but are being finalised at a time when UK unemployment is close to a 17-year high, at 2.67million.

Sir Andrew Green of Migration Watch, a pressure group that monitors UK immigration, said: 'The negotiations are quite clearly against the interests of British workers at a time of very high unemployment.'

The details emerged in a leaked copy of the EU/India Free Trade Agreement, which is due to be signed later this year.

Last night, a spokesman for the Business Department said: ‘Increasing our trade with emerging economies such as India will be central to the UK’s future long-term growth.

‘Negotiations are still under way, and there is no question of us undermining the immigration cap.

‘These are highly skilled short-term service providers, for example engineers, architects or other professionals, who would be admitted to the UK and other EU countries to provide a service on a short-term basis.’

Quelle/Anmerkung:
Erhoben in LexisNexis, Byline: By James Slack Home Affairs Editor.

UK12-10
Morning Star
A treaty for the rich

Talks over a free trade agreement (FTA) between India and the European Union have rumbled on for some time. Left forces in India and Europe have opposed the FTA - but why?

Free trade agreements have become a common instrument for advancing the interests of big corporations and financial institutions around the world.

Big business seeks to open up markets and remove barriers to the cross-border movement of goods, services and finance.

The Doha round of negotiations at the World Trade Organisation on lowering "trade barriers" has long since stalled, with developed and developing countries at odds over a range of issues such as agricultural subsidies and tariffs on industrial goods.

This has led to many governments which favour economic liberalisation to enter into bilateral trade agreements. Current negotiations over the EU-India FTA should be seen in this light.

The agreement in question is officially called the Broad-based Trade and Investment Agreement. Talks started in 2007 and a final deal with the EU is expected to be concluded by the end of this year.

India's corporate media makes it seem that the only remaining roadblocks to the FTA lie in cutting tariffs on automobile and wine imports from the EU, which India opposes, and details of the employment of Indian professionals in the EU, on which Europe's diplomats are unwilling to make concessions.

But these differences are based on extremely narrow interests. For the vast majority of Indians there are far more significant problems with the FTA. In India there are widespread fears that the agreement will be harmful for large sections of the people.

The FTA proposes a complete elimination of import tariffs for over 90 per cent of agricultural and industrial products in India. This will mean that agricultural products such as

cereals, other crops, processed foods, milk and other dairy products and meat and poultry could be freely imported into India by the EU.

Agriculture in the EU is highly subsidised and these subsidies are outside the remit of the trade negotiations.

Millions of small-scale peasants in India engaged in crop production and animal husbandry stand no chance of competing with shiploads of subsidised products from the EU.

Set against a backdrop of rising costs for farmers, a lack of fair prices and a burgeoning debt burden this could put millions of livelihoods at risk.

Similarly if tariff protections are withdrawn in industries such as leather, fisheries, food processing, electronic goods, plastics, chemicals and auto-components - all in the firing line - small and medium-sized enterprises will suffer.

If public procurement by government departments including railways, health and education are opened up to European companies this could spell disaster for a huge range of Indian companies and micro-enterprises such as self-help groups. And the elimination of taxes on raw material exports like minerals will adversely affect Indian industry.

India's trade deficit with the EU will only widen further as a result of the FTA - as has been projected by a 2007 study by an institution financed by the European Commission.

Opening up the retail and finance industries is also against India's interests. Retail in India is dominated by over 40 million small unorganised shopkeepers. This provides a livelihood for many who do not find employment opportunities elsewhere.

Allowing giant supermarket chains such as Tesco and Carrefour to open outlets in India will rapidly alter the retail landscape, wiping out the small shops.

India's financial sector continues to be dominated by public-sector banks, insurance companies and "development finance institutions" including micro-finance enterprises and community development banks.

This public-sector dominance has so far prevented the speculative excesses of the financial sector in the advanced economies from occurring in India on a large scale and has sheltered India to some extent from the global financial crisis.

But the FTA facilitates the removal of foreign direct investment caps in banking and insurance - and paves the way for the discredited big private banks which have already bankrupted several European governments to take over India's finance sector.

The easier export of IT services and skilled workers under the FTA will hardly compensate for the calamitous effect of the treaty on poorer workers.

And the EU isn't stopping at tariff reduction. Patent-term extension, data exclusivity and "evergreening" - a blanket term for a myriad of business strategies to extend patents beyond their normal legal lifespan - will require changes to Indian patent law and restrict the

availability of generic medicines - making medicines far too expensive for many Indians - and agro-chemicals.

The investment protection provisions proposed would render any future regulation or law adopted in India susceptible to international arbitration if a foreign company perceives it to be infringing on its interests.

If this wasn't enough of a violation of India's right to determine its own policies, the EU is attempting to include human rights and "sustainable development" clauses in a trade treaty, paving the way for foreign interference in domestic political affairs.

India's positions on climate change and labour law should be determined by the country itself, not subject matters of a trade deal with the EU.

In India international agreements and bilateral treaties do not need parliamentary approval. They can be approved by the executive.

This makes it difficult to stop agreements even if they are patently harmful for the country and the people.

Economic crisis continues to plague the global economy - particularly the advanced economies. Against this backdrop there is a need to rethink the economic trajectory that the world has followed under neoliberal globalisation.

Trade and financial liberalisation, pursued since the 1980s, have led to an unprecedented concentration of wealth and unfettered corporate power overwhelming all aspects of social, political and cultural life across the world.

This approach, which tramples over the interests of the "99 per cent" in the interests of corporate and financial elites, is no longer working.

The EU-India FTA is of, by and for the 1 per cent. It is important for the people - both in India and in Europe - to resist it.

Prakash Karat (pictured left) is general secretary of the Communist Party of India (Marxist).

Quelle/Anmerkung:
http://www.morningstaronline.co.uk/news/content/view/full/119428, eingesehen am 28.05.2012. Auch abrufbar auf:
https://web.archive.org/web/20120528110408/http://www.morningstaronline.co.uk/news/content/view/full/119428, eingesehen am 05.02.2021.

UK12-11
The Guardian
City lobbying: Lord Brittan: Trade adviser's lobbying role

Tory grandee Lord Brittan helped deliver a white paper advocating allowing more skilled overseas workers to enter the UK while being an active member of a lobby group demanding the same policy. Brittan, formerly Margaret Thatcher's home secretary and later an EU commissioner, was brought into government by the coalition as an adviser tasked with "removing trade barriers and stimulating investment". He stepped down from his job as vice

chairman of Swiss bank UBS to mastermind the government's 2011 trade and investment white paper.

Brittan has admitted he attended two advisory council meetings of TheCityUK, while framing the future of British international trade for Cameron.

One of TheCityUK's priorities is to persuade the government to allow more overseas graduates into Britain. It has been lobbying particularly hard on the EU/India free trade agreement, a deal still under negotiation that will allow highly-skilled Indian workers into the country. This concession is regarded as a bargaining chip to enable European banks to offer financial products to hundreds of millions of Indians. The trade white paper framed by Brittan concluded the UK benefits from "increased trade, investment, productivity and growth" as a result of attracting highly-skilled people from overseas. Brittan also wrote favourably of the India free trade agreement, saying it would "create significant benefits for both India and the EU, amounting to as much as euros 4bn (£3.3bn) by 2020".

Brittan confirmed he attended

TheCityUK meetings while he was framing the government's trade white paper. He did not respond to questions on whether his report was swayed by his membership of one of the City's foremost lobby organisations.

But Labour MP John McDonnell said: "All the evidence is now confirming that vast tracts of government economic and trade policy have been virtually dictated by City lobbyists who have permeated coalition policymaking."

A spokesman for TheCityUK said: "As a representative body for the financial and professional services sector, TheCityUK plays an active role in the policy consultation process. TheCityUK is an independent, politically neutral organisation. We represent the views of our members in discussions, but it is for the government to set UK policy." A No 10 spokesman said Brittan "brought with him unrivalled experience and expertise. Appropriate steps were taken to ensure that there was no conflict of interest."

Quelle/Anmerkung:
Erhoben in LexisNexis, Section: Guardian Financial Pages; Pg. 24.

UK12-12
BBC
Mode 4: Trade talks reopen migration debate

By Hugh Pym Chief economics correspondent, BBC News

George Osborne has called for more progress on an EU deal with India

India is widely seen as an emerging economic superpower, an exciting growth market for exporting companies, including many in the UK.

George Osborne on a visit to Mumbai in July 2010 called for more progress in the negotiations, arguing a deal could ultimately unlock 4.5bn euros ($5.8bn; £3.6bn) worth of extra trade each year. Then the talks got bogged down.

EU Trade Commissioner Karel De Gucht has told the BBC he is now a little more hopeful that progress can be made.

"Those negotiations have known their ups and downs," he said. "Recently India has made openings with respect to wine and spirits and retail. I am more confident it may be possible to conclude a deal in the first half of next year."

But buried in the fine print of the draft paperwork is something called Mode 4, which would allow skilled Indian professionals to work for up to six months at a time in the EU.

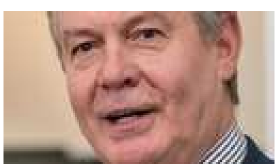
Is that such a good thing?

'Race to the bottom'

Mode 4, according to a definition by the WTO, refers to the "temporary movement of natural persons: when independent service providers or employees of a multinational firm temporarily move to another country".

Indian officials called for 40,000 workers to come to Europe under this scheme but EU negotiators said it should be half that. Twelve thousand of those could come to the UK.

“Start Quote”



The problem is that for whatever reason, there is now the conviction in Great Britain that this is about migration”

Karel De Gucht EU trade commissioner

Linda Kaucher, an academic studying trade deals, says this would not be good for British workers.

"I think it means an absolute race to the bottom now and in the future for jobs for UK workers," she says. "Numbers studying computing at university have slumped here because people don't want to be in competition with cheap labour. That means a real de-skilling for the country."

In a statement to the EU, she said that "insofar as Mode 4 allows corporations to bring cheaper labour into EU countries and capitalise on the wage differential, workers in the host countries have a great deal to lose".

The TUC has joined the debate, saying it does not want commitments that could lead to the exploitation of Indian workers or those already with access to the UK jobs market.

Owen Tudor, head of the TUC's EU and international relations department, tells the BBC that he is worried about "the under-cutting of the labour market in the UK, particularly for skilled graduates".

But others feel that the argument is being framed in the wrong way.

"It's a bizarre fallacy to return to the old story of 'coming over here, taking all our jobs'. We should see this as a benefit," said Mark Wallace, a spokesman for the Institute of Directors.

He pointed to the potential for trade and to build good relations with "one of the world's next superpowers".

Mr de Gucht, the EU trade commissioner, says that Mode 4 is about temporary work and movements between multinational companies.

The UK government insists that Mode 4 would affect employees working for big multinationals and not take away jobs from British workers.

"The problem is that for whatever reason, there is now the conviction in Great Britain that this is about migration," he says. "It's nothing to do [with] that. These are not jobs that would be done by the local workforce."

Further debates ahead

Whatever happens next with India, this issue is not going away.

The TUC says there is also a Mode 4 provision in an impending EU trade deal with Canada and it is seeking more information.

That deal with Canada is not far off completion and trade talks between the EU and the US are set to get going in earnest soon.

There is no shortage of trade talks right now: Singapore, Malaysia and Vietnam are also being pursued by the EU.

Robin Niblett, director of Chatham House, argues that academic studies suggest economic growth would be boosted by such deals, pointing to a study by the OECD from 2005 that suggests GDP per capita could increase by 3% in Europe if you can strike a deal to break down regulatory barriers.

"This could have a huge effect at a time of slow growth and difficult job creation in the US and EU," he says.

The debate over how they benefit economies, including the UK, looks set to continue.

Quelle/Anmerkung:
http://www.bbc.co.uk/news/business-20525842 , eingesehen am 05.02.2021.

UK13-1
Financial Times
India urges new push for EU trade talks



February 11, 2013 5:39 pm

By Shawn Donnan in London, Joshua Chaffin in Brussels and Victor Mallet in New Delhi

India has called for an urgent meeting of Indian and European Union negotiators to give a new life to stalled negotiations towards a trade agreement between the two.

Anand Sharma, India's commerce minister, is seeking an "urgent meeting of the chief negotiators in less than two weeks" to help finalise an agreement, which would bring together 1.7bn people, more than a quarter of the world's population. EU officials have said the talks have stalled after more than five years and could be called off if not completed by June.

"We are advising the EU-India ministerial in the hope that we will be able to bring this to a meaningful closure," Mr Sharma told the Financial Times. "That ministerial should take place in March."

Mr Sharma's comments caught EU trade officials in Brussels by surprise. They had recently told the Indians that they believed talks were stuck and that a ministerial meeting would not be worthwhile until India passed new legislation opening its investment and services sector – something that is not expected before next month.

"If they want to get back in the game, they need to show serious progress on these legislative issues," one EU official said.

EU-India negotiations have become a case study for the risks of launching free trade talks that consume administrative resources and political capital but then become bogged down.

EU representatives say the deal needs to be concluded by the middle of the year. After that, the EU plans to focus on trade talks with the much larger markets of the US and Japan, while the Indian government will probably be unwilling to make concessions in the run-up to a general election in 2014.

"We calculate that after about June, it will become too close to elections," said one. "To close such a deal you always need to expend political capital."

European negotiators want India to liberalise its banking and insurance sectors and give greater access to the Indian markets for vehicles and for wines and spirits, which are protected by tariffs of as much as 60 per cent and 100 per cent respectively.

On the India side, officials are demanding easier European work visas for skilled professionals in fields such as accountancy and information technology, as well as better access to the protected European market for agricultural produce.

Mr Sharma said India had made “very ambitious” offers on the opening of its markets. “We have made substantial progress. There are some issues which need closure,” he said. “India is committed to sign a broad-based trade and investment agreement with the EU. We feel that in the present global economic climate it will be a positive message.”

Many economists argue that such bilateral trade deals are in any case an inadequate and unnecessarily complicated substitute for global trade liberalisation through the so-called Doha Round of negotiations.

“Yes, there is a stalemate and there shouldn’t have been a stalemate,” Mr Sharma said of the Doha talks, promising rapid re-engagement with new ministers from the US and China.

He said developing countries needed to be reassured “that the multilateral trade regime will correct the historical imbalances”. Mr Sharma added: “We also need access to the developed countries’ market. It’s a two-way process. We hope that will happen.”

Quelle/Anmerkung:

http://www.ft.com/intl/cms/s/0/b22fd71e-745c-11e2-a27c-00144feabdc0.html#axzz2SW83YACt , eingesehen am 15.12.2020. Auch abrufbar auf: https://web.archive.org/web/20130216002624/http://www.ft.com/intl/cms/s/b22fd71e-745c-11e2-a27c-00144feabdc0,Authorised=false.html?_i_location=http%3A%2F%2Fwww.ft.com%2Fcms%2Fs%2F0%2Fb22fd71e-745c-11e2-a27c-00144feabdc0.html&_i_referer=http%3A%2F%2Fwww.ft.com%2Fcms%2Fs%2F0%2Fb22fd71e-745c-11e2-a27c-00144feabdc0.html

UK13-2
Daily Mail
Charities protest over EU trade pact that would ‘block cheap medicines for poor countries’

A proposed trade deal with the European Union will block the export of cheap medicines from India to poor countries and allow multinational companies to embroil the government in unnecessary court cases for billions of dollars, health groups warn.

The deal is being opposed by groups such as the Delhi Network of Positive People and Médecins Sans Frontières.

Over 300 representatives from these groups protested outside the European Commission headquarters in Delhi on Wednesday, demanding removal of these provisions.



Health groups protest against the proposed deal, which they have branded an attack on generic medicines

The provisions related to intellectual property enforcement and investment are of serious concern, according to the groups.

There is an early April deadline to sign the agreement between the two sides.

Loon Gangte of Delhi Network of HIV Positive People said: "What the EU wants will pose a huge threat to future access to affordable medicines, including the drugs I need for HIV. We are here to tell the government not to cave in to the pressure."

Enforcement provisions could potentially block the export of generic medicines from India. India produces quality affordable generic medicines that governments and UN agencies, among others, rely on for providing treatment to poor.

Another area of concern is measures on investment which would lead to suing of the government by multinational companies if national laws or court decisions are perceived to interfere with their investments.

A Parliamentary Standing Committee is examining the impact of free trade agreements on access to medicines.

Quelle/Anmerkung:
http://www.dailymail.co.uk/indiahome/indianews/article-2295422/Charities-protest-EU-trade-pact-block-cheap-medicines-poor-countries.html , eingesehen am 05.01.2021.

UK13-3
Financial Times
Amul fights the EU over Indian Gouda and Indian Emmental


The Amul girl is a much-loved Indian mascot whose amiable face is plastered on billboards promoting dairy products. She always looks remarkably sweet and cheery. So, when she does pipe up with sombre words of caution it’s probably worth listening.

R S Sodhi, managing director of Amul, the dairy farmers’ co-operative, has written to India’s ministry of commerce with words of warning regarding the pending free trade agreement with the EU.

Five years in the pipeline, the stalling trade negotiations are now in their final stages. Both sides have tough demands and economists and commentators have inevitably chimed in with their own opinions. Amul, a contraction of Anand Milk Union Ltd, has now added its voice to the already cacophonous debate.

In his letter, Sodhi essentially make two points in an effort to protect the dairy industry, which many of India's 800m farmers rely on to make ends meet.

First, his letter highlights the hypocrisy of the EU's stand regarding Geographical Indication (GI) protection, which give items produced in a certain region exclusive rights to use a name – think "Champagne" or "Tequila". On the one hand, the EU has a relatively large number of products with GI status and Sodhi says the community is requesting protection for these goods above and beyond World Trade Organisation standards. But at the same time, the EU allows its own producers to label goods as "paneer" and "lassi" even though they weren't produced in India.

He may be a little off track here, given paneer and lassi aren't named after specific regions of origin. But Amul has a precise reason for raising this complaint. The co-operative is arguing that it is absurd not to allow Amul Emmental to keep its name, given that Amul produces this cheese in a plant set up by a Swiss cooperative here.

Sodhi applies the same logic to its Gouda factory, which was set up with the help of the Swiss Development Corporation – which doesn't really work, given Gouda is actually a Dutch cheese.

Despite this heritage, if the EU gets its way on GI status the co-operative would – absurdly – not be able to sell products from the facilities under these names.

The letter from Amul says:

Essentially, EU is asking India to give more monopoly protection in the areas (GIs) where it has more intellectual property. This will cost Indian consumers (who have to pay higher prices) and Indian producers (who will no longer be able to clearly identify their products and so are highly likely to lose sales) who are already in nascent stage of agro food processing industry.

The second point where Sodhi wants India to stand up for its farmers involves trade barriers. He says the EU doesn't allow Indian cheeses into its borders, using poor sanitation standards as an an excuse for simple protectionism. And if India doesn't consider the community's controversial subsidy programme in the current trade talks, it could open the floodgates to excess, underpriced produce from the EU which would push local producers out of business.

The negotiations between India and the EU are already complicated, without another player adding its demands. But given Amul represents some 3.2m Indian farmers, the government may want to keep this letter in mind as it takes big decisions in a pre-election year.

Quelle/Anmerkung:
http://blogs.ft.com/beyond-brics/2013/03/28/amul-fights-the-eu-over-indian-gouda-and-indian-emmental/#axzz2SW8OP9aR , eingesehen am 15.12.2020. Auch abrufbar auf: https://web.archive.org/web/20130714063632/http://blogs.ft.com/beyond-

brics/2013/03/28/amul-fights-the-eu-over-indian-gouda-and-indian-emmental/, eingesehen am 05.01.2021.

UK13-4
Daily Mail
QUANTUM LEAP: Trade deal with EU will trip patent law

When Prime Minister Manmohan Singh meets German Chancellor Angela Markel this week, the long pending India-EU Broad Based Trade and Investment Agreement (BTIA) will be high on his agenda.

The two sides have been negotiating this deal for more than five years now and some 15 rounds of negotiations have been held in Brussels and New Delhi.

On the surface, it appears to be a usual trade deal with 'win-win' benefits for diplomats from both sides.



PM Manmohan Singh (right) will visit Germany this week and like German Chancellor Angela Markel's visit to India in 2011, the India-EU trade talks will be a priority

But beneath these diplomatic niceties is lurking a dangerous recipe to subvert India's patent regime, which, as in the recent case of Novartis, has proved to be a robust system that balances protection to both, innovation and patient interests.

The agreement's draft - which both sides have been keeping under wraps - has provisions that will bind India by a new extra-constitutional patent regime beyond its obligations under Trade-Related Aspects of Intellectual Property Rights (TRIPS).

These Intellectual Property (IP) provisions are designed to deal a severe blow to the Indian generic drug industry and to provide unbridled access to European pharma majors to Indian markets.

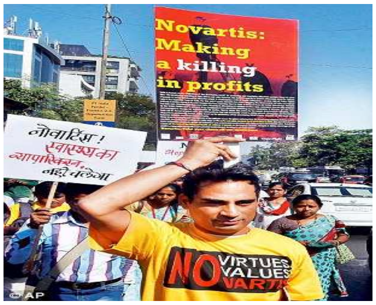
The negotiating text of the deal leaked by European action groups reveal that the TRIPSplus provisions that the EU is seeking would curtail production, domestic sale as well as export of generic medicines.

Through this bilateral deal, the EU is trying to undermine access to cheap generics not just in India, but to millions across the developing world, who depend on Indian supplies.

Otherwise, why should they include draconian powers to customs officials to seize and even destroy products that are in transit or intended for export, including generic medicines, either at the behest of multinational drug companies or on their own?

This means that companies like Novartis won't have to approach courts in cases of IP infringement, but can just tell custom officials to intercept and block export consignments of Indian generic companies.

In addition, European IPR holders have powers to drag the Indian government to international arbitration directly, circumventing normal legal processes.



Indian protesters demonstrated against Novartis' patent challenge to India

Not just this, European drug majors will have powers to sue third parties - like suppliers of active pharmaceutical ingredients used to produce generic medicines or patient rights groups like MSF which supply Indian generics to poor patients in Africa - simply for being a part of the generic medicines supply chain.

Instead of bowing to mounting European pressure, India must make it clear that its present patent law is TRIPs compliant, favours genuine innovation and invention, and is no way tilted in favour of generic manufacturers (as European companies are trying to make it out).

Such a stand would only help India emerge as a destination for both investment and innovation, and garner international public opinion in favour of its patent regime, which has withstood its first major test in the Novartis case.

As far as the EU trade deal is concerned, there should be larger public debate - including in the Parliament - before we sign on the dotted lines.

After all, the flexibility in Indian patent law which we are all toasting today - became part of the law only because of the parliamentary interventions.

Quelle/Anmerkung:
Der selektierte Artikel geht nahtlos über in den Artikel “Volcano becomes a natural laboratory“. Dieser hat nichts mit dem Thema der Arbeit zu tun und wurde nicht berücksichtigt. Abrufbar auf:
http://www.dailymail.co.uk/indiahome/indianews/article-2306558/QUANTUM-LEAP-Trade-deal-EU-trip-patent-law.html, eingesehen am 15.12.2020.

UK13-5
BBC (Nachrichtenbeitrag in Form eines ausgestrahlten Videos)
Can EU and India seal trade deal?

VORHANDENER TEXT:

Fresh negotiations between India and the EU over a free-trade agreement have been taking place, but a number of sticking points have yet to be overcome.

Another round of talks is schedules for June, but could upcoming elections in India and Europe derail any hope of a deal?

Yogita Limaye reports.

TRANSKRIPTION:

Mahesh Bhakai is a small trade in Mumbai who supply´s household appliances such as cooking stores, the small shops and supermarkets. Wholesalers like him have strongly opposed government policy, to increase Foreign Direct Investment in the retail sector. Now they are worried, that should India also make a commitment on this in a free trade agreement with the European Union, it could heart business.
Mahesh Bhakai: Confederation of All India Traders
"All FTA´s, till now, have resulted into more imports and very little impact on our exports. EU is more interested in retail trade, which defiantly is going to have a devastating effect on all retailers."
The India-EU FTA talks have included a number of sectors. An import duty cut on European made cars has been a key point of discussions. At present high and luxury cars attract the duty of 100% in India, but this could be brought down to as low as 30%. Trade tariffs on goods such as auto parts could also be reduced. But domestic vehicle manufacturers are against such moves.
Apart from automobiles the EU is also interested in bigger opportunities in India's pension and insurance sector. Late last year, the government did move to increase the cap on foreign direct investment in these areas. But this is the decision that needs to be approved by the countries parliament.
Another sticking point has been protection for patented drugs in India. But despite these difficulties, some say that the country could have much to gain from a free trade agreement.

Anupam Johri (EU Chambers of Commerce in India) = Text/Information im Nachrichtenvideo:
" For India, you know, while service growth is still quite strong, agriculture is normally stable at about 1%, industrial growth is very close to zero. So it's actually the loss of confidence which business and entrepreneurs have, which have slow down investment. Free trade agreement which energizes trade between these two important areas of the world can certainly be beneficial and you know on both sides."
What India wants from the FTA is better access for its IT-Sector, so that there is easy movement to professionals from India to the EU. Another demand is that India be declared a data secured country, which will help to get more business from European nations.
Currently trade between the two regions stands at more than 100 billion Dollars and experts say a free trade agreement could help it grow further.

Dr. Arpita Mukherjee, (India-EU trade expert ICRIER) = Text/Information im Nachrichtenvideo:

“India-EU Trade Agreement would be India’s first agreement with a large trading partner, so the gains are likely to be more, when you do a trade agreement with your largest trading partner. On the EU side it will be EU´s first agreement with a large emerging market like India. So you know depending up on the debt of the agreement of the commitments taken this would be benefitting for both the sides of them.
The FTA has been in negotiations since way back in 2007. But after recent meetings between Indian and EU leaders the process has got fresh momentum. Another round of talks is scheduled for June, but many say that if a deal isn’t struck soon, upcoming elections in both regions may delay the process for a long time.

Quelle/Anmerkung:

http://www.bbc.co.uk/news/business-22213363 , eingesehen am 05.01.2021.

UK13-6
Morning Star
Biden launches bid to crack open Indian economy to US firms

The four-day visit, in which Mr Biden will hold talks with Indian PM Manmohan Singh and senior business figures, is also aimed at boosting "strategic co-operation" by drawing India into a network of US-led alliances in Asia. Washington is keen to take advantage of the United Progressive Alliance government's neoliberal economic policies, which have seen caps on foreign direct investment (FDI) in strategic industries including telecommunications and military production raised or done away with entirely. US companies have put pressure on the White House to "urge New Delhi to open up its markets further" to allow US chains such as WalMart to enter the retail sector.

The US-India Business Council has written to US President Barack Obama complaining about "India's tax policy, intellectual property issues, especially those affecting pharmaceuticals, the need for legislation to open the insurance sector to more FDI, archaic laws in land acquisition and a liability law preventing massive FDI in the civil nuclear sector." India has been under similar pressures from the European Union. Huge protests took place in April against a planned India-EU trade deal thought likely to put tens of thousands of small shops out of business and raise food and medicine prices. India is one of the world's biggest producers of cheap generic medicines, making it a key target for transnational pharmaceutical companies. The Communist Party of India (Marxist) warned that the Singh administration was "out to mortgage the economy to foreign capital. "The bankrupt policy of the government is aimed at attracting foreign capital flows to meet the widening current account deficit," its politburo said in a statement, "but its supine attitude is only going to lead to a further flow of profits and resources out of the country." Mr Biden will also hold talks with Indian leaders on "regional security." The US wants India to help it train Afghanistan's army and has broader ambitions to get its support for the Trans-Pacific Partnership, a vast projected free trade zone aimed at isolating China.

Quelle/Anmerkung:
Erhoben in LexisNexis, Section: World.

UK13-7
Morning Star
The neoliberal agenda making its mark on India

Big business is attempting to exert its influence in the run-up to India's elections, writes COLIN TODHUNTER

In India, the race for the 2014 national elections is heating up. The country faces many problems and, with 17 per cent of the global population, how it resolves them could have a large bearing on the future direction of humanity, or could even be an inspiration for it.

India is where modernity is meeting tradition head on. But it is a specific form of "modernity," one which has been defined by powerful transnational corporations.

It goes under the guise of "globalisation," which is too often confused with genuine mutual interdependence between nation states.

Based on this misrepresentation by corporations, politicians and the mainstream media, we are encouraged to regard globalisation as a positive thing.

And yet the ratio between the top and bottom 10 per cents of wage distribution has doubled since the early 1990s, when India opened up its economy.

Moreover, social and cultural traditions dating back thousands of years are being uprooted thanks to a redefining of the individual in relation to the collective, of how people should live and what they should aspire to, ably assisted by an all-pervasive advertising industry.

This is the cultural impact of globalisation - an acceptance that gross inequalities are necessary and beneficial and that tradition must be swept aside in the name of progress.

But this warped culture of globalisation merely reflects the ideas and ultimately the practices of the powerful, the extremely wealthy of the world.

These are the people setting the globalisation agenda at the G8, G20, Nato, the World Bank and the World Trade Organisation.

They are from the highest levels of finance capital and transnational corporations. These billionaires comprise a transnational capitalist class which dictates global economic policies.

In his book The Global Power Elite and The World They are Making, David Rothkopf puts their number at around 6,500 individuals globally.

They are increasingly internationalised and regard nations not as sovereign entities but as little more than population-holding locations to be plundered.

In many instances their corporations have more wealth than nation states.

Small wonder then that there is an ongoing war in the "tribal belt" and other violent conflicts elsewhere in the country. They are a means to an end. And that end is to facilitate corporate takeovers of food, agriculture, resources, land, public infrastructure and water.

Powerful foreign and Indian corporations with the full military backing of "their" politicians - the ex-bankers, the Western-educated elite politicians that they helped put in place to do their bidding - have been facilitating land grabs for various industries, such as nuclear, property development and resource extraction.

Successive governments have signed secretive "memorandums of understanding" with corporations and have then proceeded to target some of the poorest people in the country who resist.

But these are the types of things that happen when powerful corporations and their stooges prise open a nation's economy with promises, lobbying, bribes, threats or lop-sided trade deals.

And they have the media and their bought-and-paid-for politicians to deceive populations that this represents progress and development.

People are encouraged to sit back and watch Indian society get hollowed out because it is "good for the country" or in the "national interest."

It's not unique to India. It has already happened in the US and Britain, with governments having facilitated the free flow of capital around the globe leading to the offshoring of their manufacturing bases to cheap labour economies for ever greater profit.

In India successive governments have already placed part of agriculture in the hands of powerful Western agribusiness. The effects include biopiracy, patenting and seed monopolies, increasing levels of cancer, the destruction of localised rural economies, farmer suicides, water run-offs from depleted soil leading to climate change and severe water resource depletion and chemical contamination.

Traditional agricultural practices are being destroyed by Western agribusiness interests, which work hand in glove with the petrochemical industry and its chemical inputs.

From how land is used and food is produced to the quality of what ends up on the plate, both food sovereignty and the health of the nation are under threat.

Part of the structural adjustment of Indian agriculture has led to a shift from the production of bio-diverse food crops for local consumption to commodities for exports.

The corporate-driven EU-India Free Trade Agreement being hammered out beyond the public's gaze could well entail India's finance sector and food retail/processing sectors and investment rules being restructured in favour of transnational corporations.

Meanwhile, industrial developments built with public money and strategic assets, such as energy sources, ports, airports and seeds and infrastructure support for agriculture, are already being sold off.

The impact of globalisation is stark. It's based on the con-trick of neoliberal, fast-track "development."

A promised land of lavish living, but which is ultimately only available to the trickster elite who attained it years ago via cartels, force and duplicity masquerading as the "free" market.

A global market rigged, bought and paid for by the likes of the Rothschilds, Rockefellers, Warburgs and other billionaire fraudsters decades ago.

As the race for parliament builds, the electorate would do well to consider from whose pockets certain protagonists crawl out of.

Despite nationalistic rhetoric, you can be sure that certain party leaders are jockeying for position to do the bidding of their influential corporate cronies and backers at home and abroad.

For them, the cynical manipulation of public sentiment is fine, but it just wouldn't do to let the fate of the nation rest with the common folk, would it?

Quelle/Anmerkung:
http://www.morningstaronline.co.uk/a-c0af-The-neoliberal-agenda-making-its-mark-on-India#.UvDjRbRpo6Q, eingesehen am 05.01.2020.

UK13-8
Scotland on Sunday
Whisky trade chief 'disappointed' as India delays talks on import tariffs

CHANGES to India's swingeing 150 per cent import tariffs on Scotch and other spirits have been "kicked into the long grass" until after that country's general election in May, the head of the whisky industry's trade body has revealed.

Gavin Hewitt, outgoing chief executive of the Scotch Whisky Association (SWA), who is returning from a week-long trip to India, warned that the pace of tariff reform in the subcontinent remained "glacial".

Speaking from Delhi, Hewitt told Scotland on Sunday that his final foreign trip before stepping down after ten years had gone "extremely well". He met extensive contacts within the Indian whisky industry and the country's food standards agency, the FSSAI.

But he admitted he was "disappointed" at strong signals there would be no progress until after next year's election on the long-running free trade agreement talks between the European Union and India.

Hewitt said: "We have been trying very hard to move the tariff liberalisation agenda on in India, but it is not easy - far from it. I could use the word glacial.

"The political atmosphere here suggests the EU-India free trade agreement has been kicked into the long grass again, this time until after the general election next May. It will be no quick fix getting the 150 per cent tariff on EU spirits, including Scotch whisky, down."

Hewitt said there continued to be protectionist "noises" in the run-up to the Indian election, with politicians doubtful of any electoral advantage from "exposing their domestic drinks players" to stronger foreign competition.

However, the SWA boss said he remained a "patient optimist" on the country where the Scotch industry "has substantial trade now, whereas we had virtually no access ten years ago".

He also said the takeover of majority control of Indian drinks giant United Spirits by London-listed peer Diageo earlier this year, plus the strong presence in the country of French arch-rival Pernod Ricard, was "a big positive".

Hewitt said it meant that Scotland's two biggest whisky producers now controlled more than 60 per cent of the Indian domestic whisky market and that could only help in longer-term EU-Indian negotiations to liberalise the burdensome import tariff and taxation regime in the country.

"It means it is no longer just European multinationals trying to influence Indian political thinking on these issues," he added. "They are there to try and help open the door."

Hewitt, who is replaced at the SWA in January by David Frost, a senior civil servant and former diplomat, said he planned to take on "two or three non-executive directorships" in the future.

He was hopeful one of these would be in the Scotch whisky industry.

"I've thoroughly enjoyed my time with the association. It's been a privilege," he said. "The industry is a wonderful one, and once it is in your DNA you cannot run away from it."

Quelle/Anmerkung:
Erhoben in LexisNexis, Pg. 19.

H7-1
Navˈbhārat Ṭāims
Riśtoṃ kī aur majˈbūtī cāhtā hai yūropīya saṃgh

रिश्तों की और मजबूती चाहता है यूरोपीय संघ
विशेष संवाददाता
नई दिल्ली: यूरोपीय संघ और भारत के बीच व्यापार एवं निवेश के मसलों पर आपसी सहमति विकसित करने और समग्र समझौता करने के इरादे से यूरोपीय संघ की विदेशी मामलों की आयुक्त बेनितो फेरेरो वाल्डनर 16 से 20 फरवरी तक भारत का दौरा करेंगी। यहां यूरोपीय संघ के एक प्रवक्ता के मुताबिक सुश्री वाल्डनर विदेश मंत्री प्रणव मुखर्जी के अलावा प्रधानमंत्री मनमोहन सिंह और वित्त मंत्री पी. चिदंबरम से भी मुलाकात करेंगी। इस दौरान क्षेत्रीय व अंतरराष्ट्रीय मसलों पर भी दोनों पक्ष विचारों का आदान-प्रदान करेंगे।
दोनों पक्षों के बीच समुद्री परिवहन और नागरिक उड्डयन समझौता पर चल रही बातचीत को भी आगे बढ़ाया जाएगा। भारत और यूरोपीय संघ के बीच सामरिक साझेदारी को अमल में लाने के लिए संयुक्त कार्ययोजना के क्रियान्वयन पर सुश्री बेनितो फेरेरो यहां भारतीय नेतृत्व से बातचीत करेंगी। अपने भारत दौरे के बारे में आयुक्त फेरेरो वाल्डनर ने कहा है कि भारत-यूरोपीय संघ रिश्ता काफी मजबूत है। यूरोपीय संघ, भारत का सबसे बड़ा व्यापारिक साझेदार है और भारत में विदेशी निवेश का सबसे बड़ा स्रोत है।

Anmerkung/Quelle:
https://navbharattimes.indiatimes.com/india/-/articleshow/1619285.cms , eingesehen am 28.01.2021.

H7-2
Navˈbhārat Ṭāims

Śikhar sammelan meṃ hogī īyū se mukt vyāpār par carcā

शिखर सम्मेलन में होगी ईयू से मुक्त व्यापार पर चर्चा
विशेष संवाददाता
नई दिल्ली : भारत और यूरोपीय संघ (ईयू) के बीच 2008 तक मुक्त व्यापार समझौता करने के लिए अगले दौर की वार्ता यहां अक्टूबर में होगी। इस मसले पर यहां नवंबर में होने वाले भारत-यूरोपीय संघ शिखर सम्मेलन के दौरान राष्ट्रप्रमुखों के बीच भी चर्चा की जाएगी।
27 सदस्य देशों वाले यूरोपीय संघ की अध्यक्षता ग्रहण करने के अवसर पर पुर्तगाल के राजदूत लुइस फिलिप कैस्त्रो मेंडेस और यूरोपीय संघ के राजदूत फ्रांसिस्को कमारा डी गोम्स ने संवाददाताओं से कहा कि भारत के साथ मुक्त व्यापार जैसे इस समझौते के लिए यूरोपीय संघ के सदस्य देशों में सहमति बन जाएगी। यूरोपीय आयोग ने यूरोपीय संघ के मंत्रियों की परिषद के निर्देश के आधार पर भारत के साथ यह वार्ता शुरू की है। इस वार्ता का पहला दौर पिछले सप्ताह ब्रसल में हुआ है और अगला दौर अक्टूबर में भारत में होगा। यह समझौता व्यापक आधार वाले व्यापार एवं निवेश समझौता के नाम से तैयार किया जाएगा।
उल्लेखनीय है कि यूरोपीय संघ भारत का सबसे बड़ा व्यापारिक साझेदार है। भारत का एक चौथाई व्यापार यूरोपीय संघ के सदस्य देशों के साथ ही होता है। यूरोपीय संघ के सदस्य देशों के लिए एक समान आयात, निर्यात व निवेश नीति और कस्टम कानूनों के कारण भारतीय व्यापारियों के लिए यूरोपीय संघ के साथ अपने आर्थिक रिश्ते मजबूत करने का सकारात्मक माहौल बना है। सवालों के जवाब में राजदूत कमारा डी गोम्स ने कहा कि भारत और यूरोपीय संघ के बीच व्यापार एवं निवेश समझौते में सभी क्षेत्रों को शामिल किया जाएगा।
पुर्तगाल के राजदूत ने कहा कि यूरोपीय संघ के अध्यक्ष देश होने के नाते पुर्तगाल के प्रधानमंत्री जोस सोकरेट्स पहली बार भारत आएंगे। वास्तव में यह भारत-पुर्तगाल रिश्तों के 50 सालों के इतिहास में किसी पुर्तगाली प्रधानमंत्री का पहला भारत दौरा होगा। पुर्तगाल के प्रधानमंत्री भारतीय प्रधानमंत्री से द्विपक्षीय सहयोग और संबंधों को मजबूत करने के मसले पर भी अलग से चर्चा करेंगे। 30 नवंबर को भारत में होने वाले शिखर सम्मेलन में यूरोपीय संघ की ओर से यूरोपीय परिषद के उच्च प्रतिनिधि हावियर सोलाना और यूरोपीय आयोग के अध्यक्ष जोस मैनुअल बैरोसो भी भारत आएंगे
भारत चूंकि यूरोपीय संघ का सामरिक साझेदार बन चुका है इसलिए यूरोपीय संघ हर साल भारत के साथ शिखर सम्मेलन करता है। यूरोपीय संघ इसी तरह चीन, रूस, अमेरिका और जापान के साथ भी सालाना शिखर बैठकें करता है। यूरोपीय संघ के साथ पहली बार यह शिखर सम्मेलन 2001 में पुर्तगाल में ही हुआ था। तब पुर्तगाल के पास ही यूरोपीय संघ की अध्यक्षता थी। यूरोपीय संघ के सभी सदस्य देश 6 महीने के लिए बारी-बारी से अध्यक्षता संभालते हैं। इस शिखर सम्मेलन के दौरान भारत और यूरोपीय संघ के बीच सामरिक साझेदारी के रिश्तों को और मजबूत करने के लिए विज्ञान व तकनीक, मौसम बदलाव आदि क्षेत्रों में सहयोग के समझौते किए जाएंगे।

Anmerkung/Quelle:
http://navbharattimes.indiatimes.com/articleshow/2179619.cms, eingesehen am 28.01.2021.

H7-3
Navˈbhārat Ṭāims
Karār par īyū ne abhī nahīṃ banāī rāy

करार पर ईयू ने अभी नहीं बनाई राय
विशेष संवाददाता

नई दिल्ली: यूरोपीय संघ और भारत के बीच परमाणु ऊर्जा के मसले पर साझेदारी के तहत सहयोग का रिश्ता बन चुका है, लेकिन भारत-अमेरिका परमाणु समझौते पर यूरोपीय संघ की भूमिका का सवाल तभी पैदा होगा जब यह मसला न्यूक्लियर सप्लायर्स ग्रुप (एनएसजी) की बैठक में उठेगा। यूरोपीय संघ के सदस्य देशों के बीच इस मसले पर आम राय नहीं है और यूरोपीय संघ ने इस मसले पर कोई राय नहीं बनाई है।
यहां यूरोपीय संघ के राजदूत फ्रांसिस्को कमारा डी गोम्स ने कहा कि फ्रांस के कडाराश में लग रहे इंटरनैशनल थर्मो न्यूक्लियर एनर्जी रिएक्टर में भारत भी साझेदार देश है और इस पर काम शुरू हो रहा है। यह अत्यधिक महत्वाकांक्षी ऊर्जा कार्यक्रम है, जिसकी सफलता से दुनिया का ऊर्जा संकट हल होने की उम्मीद है। यहां फोरम फॉर फाइनेंशल राइटर्स के सदस्यों के साथ बातचीत में राजदूत गोम्स ने कहा कि समझौते को लेकर दोनों देशों में आपत्तियां खड़ी की जा रही हैं, इसलिए इसे लागू करने के लिए दोनों देशों में समय चाहिए।
गोम्स ने कहा कि यूरोपीय संघ को पता है कि भारत के तेजी से आर्थिक विकास के लिए ऊर्जा के नए स्त्रोतों की जरूरत है। यूरोपीय संघ परमाणु ऊर्जा से बिजली पैदा करने के भारत के महत्वाकांक्षी कार्यक्रम से भी अवगत है। यूरोपीय संघ भारत की इस जरूरत को समझता है। भारत के लिए बिजली की व्यवस्था बहुत जरूरी है, नहीं तो देश का आर्थिक विकास प्रभावित हो सकता है। बिजली के लिए परमाणु ऊर्जा सहित सभी विकल्पों को अपनाया जाना चाहिए।
राजदूत ने कहा कि भारत और यूरोपीय संघ के बीच व्यापक आर्थिक समझौते के लिए बातचीत जारी है। इस वार्ता को 2 साल में पूरा करने का लक्ष्य है। भारत और यूरोपीय संघ विश्व व्यापार संगठन जैसी बहुपक्षीय व्यापार प्रणाली में यकीन रखते हैं, इसलिए दोनों के बीच द्विपक्षीय व्यापार समझौता बहुपक्षीय प्रणाली के हितों को ही आगे बढ़ाएगा।

Anmerkung/Quelle:
http://navbharattimes.indiatimes.com/articleshow/2299154.cms, eingesehen am 28.01.2021.

H7-4
Navꞌbhārat Ṭāims
Aiṭamī karār ko yūropīya saṃgh kā samarthan

ऐटमी करार को यूरोपीय संघ का समर्थन
विशेष संवाददाता
नई दिल्ली : यूरोपीय संघ (ईयू) ने भारत-अमेरिका परमाणु समझौते को समर्थन दिया है। शुक्रवार को संपन्न भारत-यूरोपीय संघ शिखर बैठक के बाद सवालों के जवाब में ईयू के अध्यक्ष पुर्तगाल के प्रधानमंत्री जोस सोकरेत्स ने कहा कि यूरोपीय संघ भारत की बढ़ती ऊर्जा जरूरत को समझता है। जहां तक परमाणु मसले को अंतरराष्ट्रीय सहयोग का सवाल है, यूरोपीय संघ ने अभी इस मसले पर सदस्य देशों के बीच कोई आम राय नहीं बनाई है। इसलिए यूरोपीय संघ का पुराना रवैया बना हुआ है कि किसी देश के साथ परमाणु सहयोग पर अंतरराष्ट्रीय निगरानी परमाणु अप्रसार संधि (एनपीटी) के अनुरूप ही होनी चाहिए।
शिखर बैठक के बाद दोनों पक्षों ने सहयोग के 2 समझौतों पर हस्ताक्षर किए। इनमें विज्ञान व तकनीक सहयोग समझौते का विस्तार और वित्तीय सहयोग के लिए एक समझौता शामिल है। बैठक के बाद जारी साझा बयान में दोनों पक्षों के बीच सामरिक साझेदारी को और मजबूत करने का संकल्प व्यक्त किया गया है।
बाद में संवाददाताओं को संयुक्त रूप से संबोधित करते हुए दोनों पक्षों ने परस्पर व्यापार और निवेश संधि करने की प्रतिबद्धता जाहिर की। प्रधानमंत्री मनमोहन सिंह ने आशा जाहिर की कि अगले साल होने वाली शिखर बैठक तक संधि का दस्तावेज तैयार हो जाएगा। उन्होंने कहा कि भारत और यूरोप की समृद्धि व कल्याण दोनों के सहयोग से जुड़े हैं। यूरोपीय संघ भारत का सबसे बड़ा व्यापारिक साझेदार और भारत में सबसे बड़ा निवेशक है। पिछले 5 सालों में दोनों के बीच व्यापार का स्तर दोगुना होकर 57 अरब यूरो हो गया है। प्रधानमंत्री ने कहा कि शिखर बैठक के दौरान दोनों पक्षों के बीच ऊर्जा सुरक्षा और पर्यावरण बदलाव के मसले पर भी गहन चर्चा हुई। पर्यावरण बदलाव रोकने के लिए भारत से की जा रही अपेक्षाओं के मद्देनजर प्रधानमंत्री ने जोर देकर कहा कि हमें इसका ऐसा समाधान निकालना होगा जिससे विकासशील देशों में गरीबी स्थायी तौर पर नहीं रहे। उन्होंने कहा कि भारत और यूरोपीय संघ विश्व व्यापार संगठन की दोहा दौर की वार्ता को सफल बनाने को प्रतिबद्ध हैं। इसके लिए वे बातचीत जारी रखेंगे।
इस बातचीत में यूरोपीय संघ की ओर से पुर्तगाल के प्रधानमंत्री के अलावा यूरोपीय संघ के अध्यक्ष जोस मैनुअल बेरोसो, यूरोपीय व्यापार आयुक्त पीटर मैंडलसन और पुर्तगाल के विदेश मंत्री गोम्स क्राविन्हो ने भाग लिया। बैठक के लिए यूरोपीय संघ के सुरक्षा एवं विदेश मामलों के उच्च प्रतिनिधि हावियर सोलाना को भी आना था, लेकिन अमेरिका में पश्चिम एशिया पर चल रहे एनापोलिस सम्मेलन में उन्हें भाग लेने के लिए जाना पड़ा। भारत की ओर से शिखर बैठक में विदेश मंत्री प्रणव मुखर्जी, राष्ट्रीय सुरक्षा सलाहकार एम. के. नारायणन और वाणिज्य मंत्री कमलनाथ ने भाग लिया। यूरोपीय संघ 27 देशों का साझा संगठन है जो विदेश एवं सुरक्षा के कई मसलों को छोड़कर आर्थिक व अन्य घरेलू मसलों पर साझा नीतियों को लागू करते हैं।
एक यूरोपीय पत्रकार द्वारा यह पूछे जाने पर कि क्या यूरोपीय संघ को संयुक्त राष्ट्र सुरक्षा परिषद की स्थायी सदस्यता का दावेदार नहीं बनना चाहिए, बेरोसो ने कहा कि इस मसले पर यूरोपीय संघ के सदस्यों के बीच आम राय नहीं है। लेकिन संयुक्त राष्ट्र में मौजूदा अंतरराष्ट्रीय माहौल के अनुरूप सुधार की बात उन्होंने की।

Anmerkung/Quelle:
http://navbharattimes.indiatimes.com/articleshow/2586285.cms, eingesehen am 28.01.2021.

H9-1
Biznes Sṭaiṃḍarḍ
Ephꞌṭīe banīṃ tarakkī kī rāh kā nayā roṙ

एफटीए बनीं तरक्की की राह का नया रोड़, डैनी गुडमैन
ऑटोमोटिव मिशन प्लान (एएमपी) के एक प्रमुख सदस्य की मानें तो सरकार को अगर कारों के निर्यात के मामले में देश को आगे रखना है, तो उसे मुक्त व्यापार समझौतों (एफटीए) का ध्यान रखना पड़ेगा।
इस तरह का एक समझौता दक्षिण कोरिया और यूरोपीय संघ के बीच हाल ही में हुआ है। इस वजह से इन देशों में कारों का निर्माण और उसका निर्यात, भारत में बनी कारों के निर्यात के मुकाबले काफी सस्ता हो जाएगा।

उस सदस्य का कहना है कि, 'सरकार को अलग-अलग मुल्कों द्वारा किए जा रहे एफटीए पर अपना जवाब तैयार रखना पड़ेगा। भारत को स्मॉल कार के हब के रूप में विकसित करने के लिए सरकार को कार निर्माताओं के लिए देश को आकर्षित बनाना पड़ेगा। यह तभी मुमकिन हो पाएगा, जब सरकार एएमपी के तहत बताई रणनीतियों को अमल में लेकर आएगी।'
एएमपी को सरकार और उद्योग जगत की संस्थाओं ने मिलकर बनाया है। इसमें भारत को 2016 तक कारों का सातवां सबसे बड़ा निर्माता मुल्क बनाने का खाका तैयार किया गया है। इस वक्त भारत कारों को 11वां सबसे बड़ा उत्पादक मुल्क है। इस योजना के तहत अगले सात सालों में ऑटो सेक्टर की जीडीपी में हिस्सेदारी पांच फीसदी से बढ़ाकर 10 फीसदी बनाने की योजना बनाई गई है।
एएमपी के इस सदस्य की चेतावनी ऐसे वक्त में आई है, जब यूरोपीय संघ और दक्षिण कोरिया के बीच एफटीए अगले तीन से पांच साल के बीच अस्तित्व में आ जाएगा। इससे दक्षिण कोरिया से यूरोपीय संघ में होने वाले कारों के निर्यात पर आयात कर हट जाएगा। इस वक्त कारों के आयात पर यूरोप में 10 फीसदी का कर लगाया जाता है।

Anmerkung/Quelle:
http://hindi.business-standard.com/storypage.php?autono=22309 , aufgerufen am 28.01.2021.

H9-2
IBN-7
Bhārat meṃ kāryaśālā āyojit karegā yūropīya saṃgh

भारत में कार्यशाला आयोजित करेगा यूरोपीय संघ
ब्रसेल्स। यूरोपियन इकोनॉमिक एंड सोशल कमेटी (ईईएससी) नई दिल्ली में गुरुवार को इंडिया हैबीटेट सेंटर में 'व्यापार एवं विकास कार्यशाला' आयोजित करेगी।
जानकारी के अनुसार कार्यशाला के दौरान ईईएससी और भारतीय सामाजिक संगठनों के 100 से ज्यादा प्रतिनिधि मुख्य रूप से दो मुख्य मसलों - यूरोपीय संघ(ईयू)-भारत मुक्त व्यापार समझौते पर जारी बातचीत व दोनों पक्षों के बीच व्यापार और गरीबी उन्मूलन के क्षेत्र में और अधिक सहयोग बढ़ाने के मुद्दे पर विचार विमर्श करेंगे।
ईईएससी की ओर से मंगलवार को जारी एक बयान के मुताबिक ईयू के मुख्य वार्ताकार इग्नेशिया ग्रेसिया बर्केरो और भारत में स्वीडन के राजदूत लार्स-ओलोफ लिंदग्रेन कार्यशाला में मुख्य वक्ता होंगे।
कार्यशाला का आयोजन भारतीय वाणिज्य एवं उद्योग परिसंघ फिक्की के सहयोग से किया जा रहा है।

Anmerkung/Quelle:
http://khabar.ibnlive.in.com/news/20195/2 , eingesehen am 23.05.2013.

H9-3
Ik'nămik Ṭāims
FDI aur JV ke lie ṭeks'ṭail udyog calā yūrop

FDI और JV के लिए टेक्सटाइल उद्योग चला यूरोप
अहमदाबाद: भारतीय टेक्सटाइल उद्योग अब कारोबार के लिए नए इलाकों की खोज कर रहा है।
इसकी रणनीति को देखते हुए लगता है कि यूरोप का फैशन सर्किट और तकनीकी रूप से समृद्ध जापान इसके पहले पड़ाव होंगे।
प्रत्यक्ष विदेशी निवेश (एफडीआई) के जरिए रकम जुटाने और संयुक्त उपक्रम के लिए सहयोगी की तलाश करने के प्रयासों के तहत इस महीने के अंत तक टेक्सटाइल उद्योग का एक प्रतिनिधिमंडल पहली बार यूरोप के दौरे पर जा रहा है।
दिलचस्प तथ्य यह है कि यूरोपीय संघ के साथ सरकार भी मुक्त व्यापार समझौते (एफटीए) को अंजाम देने के प्रयास करने में जुटी है।
कपड़ा मंत्रालय में संयुक्त सचिव जे एन सिंह ने ईटी को बताया, 'इस क्षेत्र में एफडीआई को आकर्षित करने और यूरोपीय कंपनियों के साथ संयुक्त उपक्रम स्थापित करने के प्रयासों के तहत कपड़ा मंत्रालय का एक प्रतिनिधिमंडल अक्टूबर में इटली, स्विट्जरलैंड और तुर्की की यात्रा पर जा रहा है।' टेक्सटाइल से संबंधित एक कॉन्फ्रेंस के लिए सिंह अहमदाबाद में मौजूद थे।
उन्होंने कहा कि प्रतिनिधिमंडल में कपड़ा जगत की प्रमुख कंपनियों के प्रतिनिधि भी शामिल किए जाएंगे। ये प्रतिनिधि गारमेंटिंग, प्रोसेसिंग और टेक्सटाइल मशीनरी प्रोडक्शन में समझौते के प्रयास करेंगे।
यह प्रतिनिधिमंडल कपड़ा मंत्री दयानिधि मारन की अध्यक्षता में विदेश यात्रा पर जाएगा।
सिंह ने बताया, 'टेक्सटाइल मशीनरी के मामले में स्विट्ज़रलैंड का मजबूत आधार है।

इटली अपने फैशन के लिए मशहूर है जबकि तुर्की प्रोसेसिंग और गारमेंट के मामले में काफी समृद्ध है।'

सिंह फाइबर2फैशन द्वारा आयोजित एक इंटरनेशल कॉन्फ्रेंस में शामिल होने के लिए अहमदाबाद आए थे।

सरकार को उम्मीद है कि अगले तीन सालों में घरेलू टेक्सटाइल उद्योग में कम से कम 5,000 करोड़ रुपए का निवेश हो सकता है।

सिंह ने बताया, 'भारत और यूरोप के बीच मुक्त व्यापार समझौते से संबंधित बातचीत अहम दौर में पहुंच गई है।'

सिंह ने कहा, 'सरकार जापानी और लातिन अमेरिकी बाजारों में भी पहुंच बनाने की योजना बना रही है।'

इससे पहले कॉन्फ्रेंस में अरविंद लिमिटेड के एमडी संजय लालभाई ने बताया कि यूरोप के साथ द्विपक्षीय संबंधों को बढ़ावा देने के लिए सरकार को ठोस प्रयास करने चाहिए।

लालभाई ने कहा, 'हमें यूरोपीय देशों के साथ द्विपक्षीय संबंध बनाने की जरूरत है।

भारत एक बहुत बड़ा बाजार है और द्विपक्षीय प्लेटफॉर्म पर हमारे पास ऑफर करने के लिए बहुत सारी चीजें हैं।

हम उन देशों को दरअसल एक अरब डॉलर का मजबूत बाजार ऑफर कर सकते हैं और इसके बदले उनके बाजार में पहुंच बना सकते हैं।'उन्होंने कहा कि चीन के बाद यूरोपीय बाजार दूसरा सबसे बड़ा बाजार है।

उन्होंने कहा, 'हम जापान की तरफ भी आशाभरी निगाहों से देख सकते हैं।

चीन धीरे-धीरे महंगा बाजार बनता जा रहा है और जापानी नए बाजारों की तरफ देख रहे हैं।'

घरेलू कपड़ा उद्योग की कमियों की तरफ भी लालभाई ने इशारा किया।

उन्होंने कहा, 'अगर समग्र रूप में देखा जाए तो हमारा कपड़ा उद्योग करीब 40 अरब डॉलर का है, लेकिन इस उद्योग में एक भी ऐसी कंपनी नहीं है जिसका कारोबार एक अरब डॉलर का हो।

इसका मतलब यह है कि यहां सरकार और उद्योग जगत के बीच नेतृत्व एवं साझेदारी के मोर्चे पर कुछ न कुछ कमी है।'

उन्होंने कहा, '2000-2007 में चीन का कपड़ा निर्यात 100 अरब डॉलर से बढ़कर 200 अरब डॉलर पर पहुंच गया।

इसके साथ ही निर्यात में उसका हिस्सा भी 18 फीसदी से दोगुना होकर 36 फीसदी पर पहुंच गया, जबकि भारतीय उद्योग का निर्यात में हिस्सा तीन फीसदी पर स्थिर है।

इसके पीछे की वजहों को ढूंढकर उनका निदान किए जाने की जरूरत है।'

उन्होंने कहा, 'हमें लागत के मोर्चे पर बांग्लादेश और श्रीलंका जैसे देशों से होड़ करने की जरूरत नहीं है।

हमें तो यूरोप के साथ प्रतिस्पर्द्धा करनी चाहिए जिसके पास दुनिया के कुल बाजार का 29 फीसदी हिस्सा है और जो चीन से थोड़ा ही पीछे है।

यूरोप का बाजार फैशन केन्द्रित है। हमें पूर्वी यूरोप और तुर्की में इस बाजार का हिस्सा हासिल करने की रणनीति तैयार करनी चाहिए।'

Anmerkung/Quelle:
http://hindi.economictimes.indiatimes.com/rssarticleshow/msid-5094841,prtpage-1.cms, eingesehen am 13.01.2010.

H9-4
Biznes Sṭaiṃḍarḍ
Īyū ke sāth bhārat kā eph'ṭīe!

ईयू के साथ भारत का एफटीए!

बीएस संवाददाता / नई दिल्ली

भारत जल्द ही यूरोपीय संघ (ईयू) के साथ भी मुक्त व्यापार समझौता कर सकता है।

ब्रसेल्स में एक कार्यक्रम में दौरान अनिवासी मामलों के मंत्री वयलार रवि ने कहा कि इस दिशा में बातचीत चल रही जो जल्द ही समझौते में तब्दील हो सकती है।

Anmerkung/Quelle:
http://hindi.business-standard.com/storypage.php?autono=25300, aufgerufen am 28.01.2021.

H9-5
Hindustān Dainik
Bhārat-īyū vyāpār sam'jhaute meṃ ho saktā hai vilaṃb

भारत-ईयू व्यापार समझौते में हो सकता है विलंब, ब्रुसेल्स, एजेंसी



यूरोपीय संघ पर जलवायु परिवर्तन और सामाजिक विषमता जैसे मुद्दों को अंतर्राष्ट्रीय व्यापार से जोड़ने को लेकर पड़ रहा है, जिससे भारत और 27 देशों के इस समूह के साथ मुक्त व्यापार समझौते में विलम्ब होना तय लगता है।

यूरोपीय संसद की सदस्य लीना कोलारस्का बोबिनस्का ने यहां यूरोपीय संघ के मुख्यालय पर आए भारतीय संवाददाताओं से कहा कि मैं भारत की समस्या से पूरी तरह अवगत हूं। मैं पोलैंड से आती हूं जहां यूरोपीय संघ के रुख और देश के औद्योगिक हित में मतभेद है, लेकिन हमें इन मुद्दों के हल के लिए बातचीत करने की जरूरत है।

उन्होंने कहा कि यूरोपीय संघ भारत को न केवल आर्थिक बल्कि लोकतंत्र के स्थायित्व के लिए भी एक महत्वपूर्ण क्षेत्र मानता है। 27 देशों के संगठन यूरोपीय संघ (ईयू) द्वारा जलवायु परिवर्तन और सामाजिक विषमता को व्यापार से जोड़ने को लेकर दिए जा रहे दबाव से मुक्त व्यापार समझौते (एफटीए) पर बातचीत का नतीजा आने में विलंब होगा। एफटीए पर बातचीत 2007 में शुरू हुई थी। भारत और ईयू के बीच 2007-08 में कुल 73 अरब डॉलर का व्यापार हुआ था।

भारत सामाजिक और जलवायु परिवर्तन के मुद्दे को व्यापार के साथ जोड़े जाने का पुरजोर विरोध करता रहा है। भारत का कहना है कि इन मुद्दों को संयुक्त राष्ट्र पर छोड़ दिया जाना चाहिए।

Anmerkung/Quelle:
Quelle: http://www.livehindustan.com/news/business/businessnews/article1-story-45-45-76301.html , eingesehen am 28.01.2021.

H9-6
Navˈbhārat Ṭāims
Bhārat aur īyū kī baiṭhak meṃ ho sakte haiṃ aham phaisˈle

भारत और ईयू की बैठक में हो सकते हैं अहम फैसले, विशेष संवाददाता
नई दिल्ली ।। शुक्रवार को भारत और यूरोपीय संघ के बीच दसवीं शिखर बैठक होगी जिसमें दोनों पक्षों के बीच परमाणु सहयोग के समझौते के साथ उत्पादों और निवेश के क्षेत्र में मुक्त व्यापार समझौता सम्पन्न होने की उम्मीद है।

भारत और यूरोपीय संघ के बीच सालाना बैठक एक बार यूरोप और भारत में होती है। यूरोपीय संघ के मौजूदा अध्यक्ष स्वीडन के प्रधानमंत्री फ्रेडरिक रेनफेल्ट गुरुवार सुबह भारत आएंगे। उनके साथ यूरोपीय आयोग के अध्यक्ष जोस मैनुअल बेरोसो और विदेशी मामलों की आयुक्त भारत आएंगी। यूरोपीय संघ के विदेशी मामलों के प्रतिनिधि हावियर सोलाना यूरोपीय शिष्टमंडल में शामिल नहीं हैं।

यूरोप के 27 देशों के प्रशासनिक संगठन यूरोपीय संघ की राजदूत डेनियल स्मादजा ने यूरोपीय संघ-भारत शिखर बैठक के बारे में कहा कि दोनों पक्षों के बीच हाल के सालों में रिश्ते काफी प्रगाढ़ हुए हैं और द्विपक्षीय व्यापार में भारी तेजी आई है। इसलिए अब दोनों पक्ष इसे और गति देने के लिए मुक्त व्यापार संधि को अंतिम रूप दे रहे हैं। उन्होंने कहा कि मुक्त व्यापार संधि करने में दोनों पक्षों के सामने काफी जटिलताएं और बाधाएं हैं लेकिन दोनों पक्ष इससे उबरने की कोशिश कर रहे हैं। यूरोपीय संघ चाहता है कि मुक्त व्यापार समझौते में बाल श्रम और पर्यावरण जैसे मसलों पर यूरोपीय संघ की चिंता शामिल की जाए। राजदूत स्माद्जा ने कहा कि मुक्त व्यापार समझौते के लिए दोनों पक्षों को लेनदेन करने का समय आ गया है।

भारत के साथ परमाणु सहयोग समझौते का खुलासा करते हुए राजदूत स्माद्जा ने कहा कि फ्रांस के कडाराश में बन रहे फ्यूजन इनर्जी रिएक्टर(इटर) में भारत की भागीदारी को लेकर यह समझौता होगा। हालांकि दोनों पक्षों ने इस पर पहले ही सहमति की है और भारत का इसमें योगदान शुरू हो चुका है। उल्लेखनीय है कि इस रिएक्टर में यूरोपीय संघ के अलावा चीन सहित दस देश शामिल हैं और इसमें भारत की महत्वपूर्ण भागीदारी हो रही है। यह रिएक्टर करीब 12 अरब डालर की लागत से बनेगा और इसमें भारत का दस प्रतिशत का योगदान होगा। इस रिएक्टर के पूरा होने में तीन दशक तक का समय लग सकता है लेकिन यदि यह प्रयोग सफल हुआ तो पृथ्वी पर ऊर्जा समस्या का हमेशा के लिए निदान हो सकता है।

भारत यूरोपीय संघ शिखर बैठक के दौरान जलवायु बदलाव के मसले पर भी गहन चर्चा होगी। यूरोपीय संघ की कोशिश होगी कि दिसम्बर में कोपेनहेगन में होने वाली अंतरराष्ट्रीय बैठक के पहले जलवायु बदलाव के मसले पर भारत के साथ कोई सहमति बने लेकिन यहां सूत्रों का कहना है कि भारत अपने रुख पर अडिग है और यूरोपीय संघ जैसे विकसित देशों को जलवायु बदलाव से निबटने की पहल करनी होगी।

Anmerkung/Quelle:
https://navbharattimes.indiatimes.com/india/-/articleshow/5197067.cms , eingesehen am 28.01.2021.

H9-7
Navˈbhārat Ṭāims
Pīem ko ummīd, īyū ke sāth phrī ṭreḍ agrīmaṃṭ sāl bhar meṃ

पीएम को उम्मीद, ईयू के साथ फ्री ट्रेड अग्रीमंट साल भर में (O)
नवभारत टाइम्स | Nov 6, 2009, 08.21PM IST
विशेष संवाददाता ।। नई दिल्ली
प्रधानमंत्री मनमोहन ने यहां भारत और यूरोपीय संघ के बीच एक साल के भीतर मुक्त व्यापार समझौते (एफटीए) की उम्मीद जाहिर की है। यूरोपीय संघ के साथ शिखर बैठक के बाद प्रधानमंत्री ने कहा कि दोनों पक्ष आपसी मतभेदों को दूर कर लेंगे।
यूरोपीय परिषद के प्रेजिडंट और स्वीडन के प्रधानमंत्री फ्रेडरिक रेनफेल्ट और यूरोपीय आयोग के अध्यक्ष जोस मैनुअल बेरोसो के साथ शिखर बैठक के बाद मनमोहन ने कहा कि व्यापार और निवेश के क्षेत्र में व्यापक आधार वाला समझौता करने के लिए अब तक हुई वार्ता की दोनों पक्षों ने समीक्षा की। इस समझौते से दोनों पक्षों के बीच व्यापार और निवेश बढ़ाने में मदद मिलेगी। मैनुअल बेरोसो ने भी कहा कि इस समझौते से दोनों पक्षों के बीच व्यापारिक आदान-प्रदान काफी बढ़ेगा और इससे विश्वव्यापी आर्थिक मंदी से भी निबटने में मदद मिलेगी। आर्थिक मंदी से उबरने के लिए अधिक व्यापार का काफी महत्व है।
शिखर बैठक के बाद जारी साझा बयान में भारत और यूरोपीय संघ के नेताओं ने अंतरराष्ट्रीय आतंकवाद के खिलाफ सहयोग बढ़ाने का संकल्प लेते हुए कहा कि आतंकवाद से निबटने के लिए समग्र समझौता जरूरी है। यूरोपीय संघ ने वादा किया है कि संयुक्त राष्ट्र द्वारा गठित काउंटर टेररिजम टास्क फोर्स के काम में भारत को पूरा सहयोग देंगे। आतंकवादियों द्वारा पैसे के लेनदेन पर रोक लगाने के लिए गठित फाइनैंशल ऐक्शन टास्क फोर्स की सदस्यता भारत को दिलाने में भी यूरोपीय संघ ने मदद का भरोसा दिलाया है। द्विपक्षीय आधार पर भारत और यूरोपीय संघ अपनी सुरक्षा एजेंसियों के बीच सहयोग समझौता करने पर सहमत हुए हैं।
परमाणु अप्रसार के अभियान में सहयोग देने के लिए भी भारत और यूरोपीय संघ ने मिलकर काम करने का संकल्प जाहिर किया है। इस इरादे से परमाणु बम बनाने में काम आने वाली परमाणु सामग्री के उत्पादन पर रोक के लिए फिशाइल मटीरियल कटऑफ ट्रीटी को जल्द संपन्न करने में भी भारत ने अपने योगदान का भरोसा दिया है।
शिखर बैठक के बाद प्रधानमंत्री सिंह ने कहा कि भारत के आसपास के इलाके में शांति और स्थिरता बनाए रखने में भारत के हित जुड़े हैं। उन्होंने अंतरराष्ट्रीय समुदाय से कहा कि पाकिस्तान और अफगानिस्तान में शांति स्थापना के अपने प्रयास जारी रखें। शिखर बैठक के दौरान भारत और अफगानिस्तान के सुरक्षा हालात पर विस्तार से चर्चा हुई।
स्वीडन के प्रधानमंत्री ने कहा कि जलवायु बदलाव के मसले पर भारतीय नेताओं से बातचीत हुई है और यूरोपीय संघ यह उम्मीद करता है कि कोपेनहेगन जलवायु शिखर सम्मेलन के दौरान ऐसा समझौता होगा, जिससे पृथ्वी का तापमान बढ़ना तुरंत प्रभाव से रोका जा सकेगा। एक स्वीडिश पत्रकार के सवाल के जवाब में प्रधानमंत्री सिंह ने कहा कि जलवायु बदलाव से निबटने के लिए भारत ने अपनी ओर से कई राष्ट्रीय कार्यक्रम और योजनाएं चलाई हैं, लेकिन हम कोपनहेगन सम्मेलन में यह वादा नहीं कर सकते कि भारत अपने यहां से ग्रीनहाउस गैसों की कटौती किस स्तर तक कर सकेगा।

Anmerkung/Quelle:
http://navbharattimes.indiatimes.com/india/national-india/-/articleshow/5204096.cms, eingesehen am 28.01.2021.

H10-1
Biznes Sṭaiṃḍarḍ
Ephˈṭīe kī anumati se vikās karegā riṭel kṣetra

एफडीआई की अनुमति से विकास करेगा रिटेल क्षेत्र
पल्लवी अय्यर
मैड्रिड में फिक्की और होरेसिस की ओर से हाल में आयोजित इंडिया ग्लोबल बिज़नेस मीट में भारती एंटरप्राइजेज के वाइस चेयरमैन और प्रबंध निदेशक और फिक्की के अध्यक्ष राजन भारती मित्तल ने भारत में रिटेल क्षेत्र को विदेशी निवेश के लिए खोलने को लेकर खासे आशान्वित नजर आए। पेश है उनके साथ हुई बातचीत के मुख्य अंश:
आप फिक्की के अध्यक्ष हैं। इस नाते भारतीय उद्योग में किस तरह का बदलाव देखते हैं?
पांच साल पहले की तुलना में आज का भारत काफी बदल गया है। मंदी के बाद तो इसकी अहमियत और बढ़ गई है। दुनिया में भी बदलाव हो रहे हैं और जी-7 से जी-8 और जी 20 तक काफी बदलाव नजर आ रहा है। जी-20 में भारत भी मुख्य भूमिका में है।

भारत और यूरोपीय संघ अभी एफटीए को लेकर बात कर रहा है, जिसके तहत यूरोपीय देश भारत में रिटेल क्षेत्र को खोलने की बात कर रहे हैं। आपकी क्या राय है? क्या ऐसा करने से भारत को फायदा होगा?

सिंगल ब्रांड रिटेल में पहले से ही 51 फीसदी निवेश की अनुमति है, लेकिन बहुब्रांड रिटेल सेगमेंट में इसकी मंजूरी नहीं है। वहीं कैश ऐंड कैरी सेगमेंट में शत-प्रतिशत प्र्रत्यक्ष विदेशी निवेश की अनुमति है। रिटेल क्षेत्र को खोलने से भारत को भी लाभ होगा। दरअसल, हम फल और सब्जी के उत्पादन में काफी आगे हैं, लेकिन बेहतर व्यवस्था और शीतलगृह व गोदाम के अभाव में करीब 40 फीसदी फसल बर्बाद हो जाती है। ऐसे में इस क्षेत्र में निवेश से बुनियादी ढांचा दुरुस्त होगा, जिससे फायदा होने की उम्मीद है।

भारत में खाद्य सुरक्षा बड़ा मसला है। आपको लगता है कि कंपनियां अगर इस क्षेत्र में तकनीक और निवेश करें तो खाद्यान्न की बर्बादी को कम किया जा सकता है?

मेरे विचार से रिटेल क्षेत्र को खोलना चाहिए। इसी तरह सिंगल ब्रांड रिटेल को शत-प्रतिशत विदेशी निवेश की अनुमति मिलनी चाहिए। दरअसल, ऐसा नहीं होने के चलते विदेशी कंपनियां यहां आने से परहेज करती हैं। जहां तक बहुब्रांड की बात है तो इस पर धीरे-धीरे कदम बढ़ाना उचित होगा। शुरुआत में 49 फीसदी तक प्रत्यक्ष विदेशी निवेश की अनुमति हो, फिर धीरे-धीरे इसे बढ़ाया जा सकता है। सही मायने में यह कोई राष्टï्रीय सुरक्षा का मसला भी नहीं है।

रिटेल क्षेत्र को खोलने से छोटे किराना स्टोरों पर क्या असर पड़ेगा?

भारत में इस तरह के स्टोरों का अस्तित्व हमेशा बना रहेगा। थोड़ा-बहुत असर पड़ सकता है, लेकिन इसके दूसरे पहलू को देखना जरूरी है। प्रति किराना स्टोरों में औसतन 1.5 लोगों को रोजगार मिलता है, जिसमें मालिक भी शामिल हैं। लेकिन संगठित रिटेल में 2500-3000 वर्गफीट वाले स्टोरों में 14 से 16 लोगों को काम मिल सकता है। वहीं बड़े स्टोरों में 100 से ज्यादा लोगों को रोजगार मिल सकता है। किराना स्टोरों के हित में छोटे शहरों को संगठित रिटेल के दायरे से बाहर रखा जा सकता है। वहीं संगठित रिटेल के लिए कम से कम 2,000 वर्गफीट स्पेस में स्टोर खोलने की अनुमति होनी चाहिए।

भारत में संगठित रिटेल के भविष्य को लेकर आपका क्या अनुमान है?

मौजूदा समय में कुल रिटेल में इसकी हिस्सेदारी 5 फीसदी है। यह सालाना 20 से 24 फीसदी की दर से विकास कर रहा है। अगले दस साल में रिटेल का बाजार करीब 700 अरब डॉलर का हो सकता है।

Anmerkung/Quelle:
Quelle: http://hindi.business-standard.com/storypage.php?autono=36320, eingesehen am 28.01.2021.

H10-2
Navꞌbhārat Ṭāims
Īyū se samagra ārthik samꞌjhautā isī sāl

ईयू से समग्र आर्थिक समझौता इसी साल

नई दिल्ली।। भारत और यूरोपीय संघ (ईयू) के बीच समग्र आर्थिक साझेदारी समझौता इस साल के अंत तक हो जाएगा। इसके तहत भारत और यूरोप के बीच मुक्त व्यापार मुमकिन हो सकेगा।

यूरोपीय संघ की राजदूत डेनियल स्मादजा ने यहां वाणिज्य संगठन फिक्की द्वारा यूरोपीय देशों के साथ व्यापार पर आयोजित बैठक में कहा कि यूरोपीय संघ अपने यहां भारतीय निवेश का स्वागत करेगा। समग्र आर्थिक साझेदारी समझौते के तहत एक दूसरे के यहां निवेश को संरक्षण देने का प्रावधान होगा।

इस समझौता से दोनों देशों के व्यापारिक समुदाय को संदेश मिलेगा कि भारत और यूरोप आर्थिक रिश्ता मजबूत करना चाहते हैं। आर्थिक साझेदारी से एकदूसरे के यहां निवेश बढ़ेगा और द्विपक्षीय व्यापार को बढ़ावा मिलेगा।

फिक्की के अध्यक्ष राजन भारती मित्तल ने कहा कि यूरोपीय संघ में निवेश के कई फायदे हैं। 27 देशों के यूरोपीय संघ में समृद्ध उपभोक्ता वर्ग है। यूरोपीय संघ का पूंजी बाजार काफी विकसित है और वहां राजनीतिक व सामाजिक स्थिरता है। यूरोपीय संघ के देश मंदी के दौर से निकल चुके हैं। अब वहां निवेश और आर्थिक गतिविधियों में उछाल आ रहा है।

बैठक को ब्रिटेन के उच्चायुक्त रिचर्ड स्टैग के अलावा फ्रांस के राजदूत जेरोम बेनोफोंट और नीदरलैंड के राजदूत बाब हेन्श ने भी संबोधित करते हुए अपने देशों के आर्थिक माहौल की जानकारी दी और भारतीय निवेशकों का स्वागत किया। यूरोपीय संघ अब भारत का सबसे बड़ा व्यापारिक साझेदार है, इसलिए इस समग्र आर्थिक साझेदारी समझौते पर सबकी नजर है।

Anmerkung/Quelle:

https://navbharattimes.indiatimes.com/business/business-news/-/articleshow/6206918.cms , eingesehen am 28.01.2021.

H10-3
Amar Ujālā
Saṃrakṣaṇ'vād ke khilāph bhārat ke sāth jarmanī

संरक्षणवाद के खिलाफ भारत के साथ जर्मनी
नई दिल्ली।अमेरिका में आउटसोर्सिंग के खिलाफ उठती आवाज के बीच जर्मनी ने आज संरक्षणवाद के खिलाफ भारत के प्रयासों का समर्थन किया। जर्मनी के प्रौद्योगिकी मंत्री रैनर बरूएदरले ने कहा कि संरक्षणवाद के खिलाफ लड़ाई में जर्मनी और भारत दोनों साथ हैं। वे यहां औद्योगिक एवं आर्थिक सहयोग पर भारत जर्मनी के संयुक्त आयोग की 17वीं बैठक को संबोधित कर रहे थे।
उन्होंने कहा कि मुक्त व्यापार पूंजी, श्रम एवं प्रौद्योगिकी का मुक्त प्रवाह ही सफल ग्लोबलाइजेशन का एकमात्र रास्ता है। अमेरिका के ओहियो राज्य ने सरकारी विभागों द्वारा कामकाज की विदेशों से आउटसोर्सिंग पर पिछले सप्ताह प्रतिबंध लगा दिया। इससे पहले अमेरिका ने पेशेवर वीजा शुल्क में अच्छी खासी बढ़ोतरी की घोषणा की थी। बरूएदरले ने भारत तथा यूरोपीय संघ के साथ मुक्त व्यापार समझौते के लिए जर्मनी आगे बढ़कर कदम उठाएगा।
साथ ही उन्होंने भारतीय कंपनियों द्वारा जर्मनी में और निवेश का न्योता दिया। उन्होंने कहा कि भारतीय निवेशक का जर्मनी में स्वागत है। दरवाजे खुले हैं। कृपया पधारें। भारत सरकार ने इससे पहले विश्वास जताया था कि 27 सदस्यों के यूरोपीय संघ के साथ मुक्त व्यापार समझौता को इस साल के अंत तक अंतिम रूप दे दिया जाएगा। एजेंसी

Anmerkung/Quelle:
https://www.amarujala.com/topic/संरक्षणवाद-के-खिलाफ-भारत-के-साथ-जर्मनी , eingesehen am 20.12.2010.

H10-4
Āj Tak
Disaṃbar tak bhārat-īyū vyāpār sam'jhautā mum'kin: śarmā

दिसंबर तक भारत-ईयू व्यापार समझौता मुमकिन: शर्मा
भाषा | दुसेलडोर्फ जर्मनी, 6 अक्टूबर 2010 | अपडेटेड: 19:38 IST
वाणिज्य एवं उद्योग मंत्री आनंद शर्मा ने उम्मीद जताई है कि भारत एवं यूरोपीय संघ (ईयू) में लंबित मुक्त व्यापार समझौते को इस साल दिसंबर तक मूर्त रूप दिया जा सकेगा.
शर्मा ने संवाददाताओं से कहा, 'मंत्रालय स्तरीय अंतिम विचार विमर्श नवंबर में ब्रूसेल्स में होगा. अभी तो ईयू के महानिदेशक तथा भारतीय वाणिज्य सचिव में बातचीत नयी दिल्ली में चल रही है.' शर्मा इस समय उद्योग संगठन फिक्की के एक उच्चस्तरीय प्रतिनिधि मंडल के साथ जर्मनी में हैं.
उद्योग मंत्री के अनुसार उन्हें उम्मीद है कि भारत-ईयू द्विपक्षीय समझौते पर दिसंबर तक हस्ताक्षर किए जा सकेंगे. अगर पूर्ण व्यापार समझौता नहीं भी होता है तो किसी 'सैद्धांतिक' करार पर तो अमल किया ही जा सकेगा.
दोनों पक्षों के अधिकारी विभिन्न क्षेत्रों में मतभेदों को दूर करने की कोशिश कर रहे हैं. इन मामलों में पर्यावरण तथा श्रम मानक से जुड़े मुद्दे भी हैं.
भारत व ईयू में 2009-10 वित्त वर्ष में 75 अरब अमेरिकी डालर मूल्य द्विपक्षीय वाणिज्यिक व्यापार हुआ.

Anmerkung/Quelle:

http://aajtak.intoday.in/story/-1-40922.html , eingesehen am 23.05.2013.

H10-5
Amar Ujālā
Disaṃbar tak ho sak'tā hai bhārat-īyū vyāpār sam'jhautā

दिसंबर तक हो सकता है भारत-ईयू व्यापार समझौता

वाणिज्य एवं उद्योग मंत्री आनंद शर्मा ने उम्मीद जताई है कि भारत एवं यूरोपीय संघ (ईयू) में लंबित मुक्त व्यापार समझौता को इस साल दिसंबर तक मूर्त रूप दिया जा सकेगा। शर्मा ने कहा कि मंत्रालय स्तरीय अंतिम विचार विमर्श नवंबर में ब्रूसेल्स में होगा। अभी तो ईयू के महानिदेशक तथा भारतीय वाणिज्य सचिव में बातचीत नई दिल्ली में चल रही है। शर्मा इस समय उद्योग संगठन फिक्की के एक उच्चस्तरीय प्रतिनिधि मंडल के साथ जर्मनी में हैं। उद्योग मंत्री के अनुसार, उन्हें उम्मीद है कि भारत-ईयू द्विपक्षीय समझौता पर दिसंबर तक हस्ताक्षर किए जा सकेंगे। अगर पूर्ण व्यापार समझौता नहीं भी होता है तो किसी 'सैद्धांतिक' करार पर तो अमल किया ही जा सकेगा। दोनों पक्षों के अधिकारी विभिन्न क्षेत्रों में मतभेदों को दूर करने की कोशिश कर रहे हैं। इन मामलों में पर्यावरण तथा श्रम मानक से जुड़े मुद्दे भी हैं। भारत व ईयू में 2009-10 में 75 अरब अमेरिकी डॉलर मूल्य द्विपक्षीय वाणिज्यिक व्यापार हुआ। इससे पहले दुसेलडोर्फ चैंबर ऑफ इंडस्ट्री एंड कॉमर्स को संबोधित करते हुए फिक्की के अध्यक्ष राजन मित्तल ने कहा कि मुक्त व्यापार समझौते होने से भारत-जर्मनी द्विपक्षीय व्यापार 2012 में बढ़कर 20 अरब यूरो के लक्ष्य पर पहुंच जाएगा, जो अभी 13 अरब यूरो के आसपास है। जर्मनी 27 देशों के ईयू का सबसे बड़ा देश है।

Anmerkung/Quelle:
https://www.amarujala.com/topic/दिसंबर-तक-हो-सकता-है-भारत-ईयू-व्यापार-समझौता , eingesehen am 20.12.2010.

H10-6
Amar Ujālā
Īyū se mukt vyāpār sam'jhautā mārc tak

ईयू से मुक्त व्यापार समझौता मार्च तक

वाणिज्य एवं उद्योग मंत्री आनंद शर्मा ने कहा कि भारत और यूरोपीय संघ के बीच मुक्त व्यापार समझौता मार्च 2011 तक होने की उम्मीद है। ब्रुसेल्स रवाना होने से पहले शर्मा ने कहा कि अगले दौर की बातचीत इस महीने होगी। इस बीच, विदेश मंत्रालय में सचिव (पश्चिम) विवेक काटजू ने कहा कि बातचीत में प्रगति हो रही है। हमें इसके 2011 की शुरुआत तक निष्कर्ष पर पहुंचने की उम्मीद है। काटजू प्रधानमंत्री मनमोहन सिंह की आगामी ब्रुसेल्स और बर्लिन की यात्रा के बारे में संवाददाताओं को संबोधित कर रहे थे। प्रधानमंत्री 11वें भारत-यूरोपीय शिखर सम्मेलन में भाग लेने के लिए गुरुवार को ब्रुसेल्स रवाना होंगे।

अगले दौर की बातचीत इस माह होगी

शुक्रवार को शिखर सम्मेलन में भाग लेने के बाद वह जर्मनी रवाना हो जाएंगे। वहां वह जर्मनी की चासंलर एंजेला मार्केल के साथ शिखर बैठक में शरीक होंगे और रविवार को स्वदेश लौटेंगे। शर्मा प्रधानमंत्री मनमोहन सिंह के दल में शामिल होंगे। पिछला शिखर सम्मेलन गत वर्ष दिसंबर में हुआ था। बातचीत शुरू होने के बाद इसमें कई अड़चनें आई। कुछ यूरोपीय देशों ने पर्यावरण श्रम मानक जैसे मुद्दों को इसमें शामिल किए जाने पर बल दिया। भारत इन प्रयासों का विरोध करता रहा है। ऐसी उम्मीद है कि मुक्त व्यापार समझौता होने के बाद दोनों पक्षों के बीच व्यापार में उल्लेखनीय वृद्धि होगी। भारत का आसियान, दक्षिण और सिंगापुर के साथ मुक्त व्यापार समझौता हो चुका है।

Anmerkung/Quelle:
http://www.amarujala.com/business/Market/EU%20free%20trade%20agreement%20by%20March-2420-1.html, abgerufen am 13.01.2011. Auch abrufbar unter:
https://web.archive.org/web/20101210122911/http://www.amarujala.com/business/Market/EU%20free%20trade%20agreement%20by%20March-2420-1.html

H10-7
Rāṣṭrīya Sahārā
Īyū se eph'ṭīe kī kośiś

ईयू से एफटीए की कोशिश

नई दिल्ली। भारत और यूरोपीय संघ अगले माह ब्रा ुसेल्स में होने वाली अपनी शिखर बैठक से पहले द्विपक्षीय मुक्त व्यापार समझौते पर मतभेद सुलझाने की एक और कोशिश करेंगे। बैठक में प्रधानमंत्री मनमोहन सिंह भाग लेंगे। वाणिज्य एवं उद्योग मंत्री आनंद शर्मा सोमवार को ब्रा ुसेल्स में ईयू के व्यापार आयुक्त कार्ल डे गुच के साथ बैठक करने वाले है जहां व्यापार समझौते की बातचीत की समीक्षा की जाएगी।

Anmerkung/Quelle:

http://www.rashtriyasahara.com/showstory.aspx?queryed=14&querypage=13&boxid=41238359&parentid=12773&eddate=Nov%2029%202010%2012:00AM, eingesehen am 13.01.2011.

H10-8
Amar Ujālā
Sevā kṣetra meṃ pahuṃc baṙhāne par sahˈmat hue bhārat-īyū

सेवा क्षेत्र में पहुंच बढ़ाने पर सहमत हुए भारत-ईयू

भारत तथा यूरोपीय संघ (ईयू) प्रस्तावित मुक्त व्यापार समझौते (एफटीए) के तहत सेवा क्षेत्र में एक दूसरे को और अधिक बाजार सुलभ कराने पर सहमत हुए हैं। इसके अलावा यूरोपीय संघ ने विश्व व्यापार संगठन के नियमों के तहत भारतीय दवा कंपनियों द्वारा विनिर्मित पेटेंट दायरे से बाहर की दवाओं के निर्यात कारोबार पर लचीला रुख अपनाने पर भी सहमति जताई है। यूरोपीय संघ में 27 सदस्य देश हैं जो आर्थिक दिक्कतों से दो चार हैं। यूरोपीय संघ चाहता है कि भारत अपने बीमा क्षेत्र में और उदारीकरण करे तथा बहु ब्रांड खुदरा कारोबार को विदेशी निवेश के लिए खोले।

संशोधित पेशकशों से भारत को लाभ

व्यापार समझौते (बीटीआईए) संबंधी वार्ताओं की स्थिति पर संयुक्त रिपोर्ट में कहा गया है कि ईयू तथा भारत ने इस बात पर सहमति जताई है कि अंतिम निष्कर्ष से दोनों पक्षों को वास्तविक अतिरिक्त बाजार अवसर मिलें। यह पेशकशों में परिलक्षित होगा, जिनकी अदला बदली पहले की जानी है।' इस संयुक्त रिपोर्ट को यहां ईयू-भारत शिखर सम्मेलन में प्रधानमंत्री मनमोहन सिंह, यूरोपीय परिषद के अध्यक्ष हर्मन वान रोम्पू तथा यूरोपीय आयोग के अध्यक्ष जोस मैंयुअल बारोसो को सौंपा गया। इसमें कहा गया है कि तटकर कम करने के मामले में अच्छी प्रगति हुई है और संशोधित पेशकशों से भारत को लाभ होगा। इसमें स्पष्ट किया गया है कि भारत के दवा उद्योग की लचीले रुख संबंधी चिंताओं पर ध्यान देना होगा।

Anmerkung/Quelle:
Internetauftritt Amar Ujālā.

H10-9
IBN-7
Bhārat-yūropīya śikhar sammelan āj se śurū, pīem pahuṃce

भारत-यूरोपीय शिखर सम्मेलन आज से शुरू, पीएम पहुंचे

ब्रुसेल्स/नई दिल्ली। भारत-यूरोपीय संघ शिखर सम्मेलन में भाग लेने के लिए प्रधानमंत्री मनमोहन सिंह गुरुवार को बेल्जियम की राजधानी ब्रुसेल्स पहुंच गए। वह आपसी रिश्ते बढ़ाने और खासकर व्यापारिक सम्बंध को मजबूत बनाने के लिए व्यापक रूपरेखा प्रस्तुत करेंगे।

भारत-यूरोपीय संघ का 11वां शिखर सम्मेलन शुक्रवार को होगा। उम्मीद है कि इसमें द्विपक्षीय समझौतों के अलावा मुक्त व्यापार समझौते पर गहराए मतभेद को पाटने की कोशिश होगी। मुक्त व्यापार समझौते से द्विपक्षीय व्यापार के 100 अरब यूरो के आंकड़े को छूने की संभावना है।

बेल्जियम और जर्मनी की यात्रा पर रवाना होने से पूर्व नई दिल्ली में प्रधानमंत्री कहा कि यूरोपीय संघ के नेताओं के साथ विचार-विमर्श के दौरान आतंकवाद से निपटने के मुद्दे पर मुख्य रूप से चर्चा होगी।

प्रधानमंत्री की चार दिन की इस यात्रा के दौरान संयुक्त राष्ट्र सुरक्षा परिषद में सुधार तथा भारत और 27 सदस्यीय यूरोपीय संघ के बीच व्यापारिक सम्बंध बढ़ाने पर मुख्य रूप से चर्चा होगी। प्रधानमंत्री ने कहा कि भारत यूरोपीय संघ के साथ राजनीतिक एवं रणनीतिक सहयोग तथा जर्मनी के साथ द्विपक्षीय सम्बंध बढ़ाना चाहता है।

भारत और यूरोपीय संघ रणनीतिक भागीदार हैं। सालाना शिखर सम्मेलन और संयुक्त कार्ययोजना उनके बीच के सम्पर्क और विमर्श की झलक पेश करते हैं। प्रधानमंत्री ने कहा, "यूरोपीय संघ के साथ हमारी भागीदारी आर्थिक और विकास में सहयोग से शुरू होकर व्यापक रणनीतिक सम्पर्क में बदली है।"

उन्होंने कहा कि भारत यूरोपीय संघ की वृहत भूमिका का स्वागत करता है। उन्होंने कहा कि भारत और यूरोपीय संघ के बीच लोकतंत्र, बहुलवाद, सहिष्णुता, कानून का शासन, मूलभत मानवाधिकारों, प्रेस की स्वतंत्रता और न्यायालय की स्वतंत्रता के लिए सम्मान जैसे मूल्य एकसमान हैं।

उन्होंने कहा कि वैश्विक मसलों पर हमारे विचारों में काफी समानता है। उन्होंने कहा कि वह आतंकवाद और सुरक्षा की गैर-परम्परागत चुनौतियों से निपटने सहित राजनीति एवं रणनीतिक सहयोग बढ़ाने के लिए प्रयास करेंगे।

उन्होंने कहा कि यूरोपीय संघ भारत का सबसे बड़ा व्यापारिक सहयोगी और निवेश तथा प्रौद्योगिकी का महत्वपूर्ण स्रोत है। प्रधानमंत्री ने कहा, "व्यापक आधार वाले व्यापार एवं निवेश समझौते पर विचार-विमर्श जारी है और हमें उम्मीद है कि शिखर बैठक में इस पर प्रगति होगी।"

उन्होंने कहा, "मैं बेल्जियम के प्रधानमंत्री येविस लेतरेम के आमंत्रण पर ब्रुसेल्स में भारत और बेल्जियम शिखर बैठक में हिस्सा लूंगा।" उन्होंने कहा, "हमारी बातचीत से हमें विविध प्रकार के व्यापार और उच्च प्रौद्योगिकी क्षेत्र सहयोग बढ़ाने के तरीके तलाशने में मदद मिलेगी।"
प्रधानमंत्री ने कहा, "मैं जर्मनी की चांसलर एंजेला मार्केल के निमंत्रण पर जर्मनी की यात्रा करूंगा। जर्मनी से हमारे सम्बंध मजबूत और बहुआयामी है।" प्रधानमंत्री, जर्मनी के राष्ट्रपति क्रिश्चियन वुल्फ से भी मुलाकात करेंगे। सिंह ने कहा कि भारत और जर्मनी 2012-13 में संयुक्त राष्ट्र सुरक्षा परिषद के अस्थायी सदस्य होंगे।
उन्होंने कहा, "बेल्जियम और जर्मनी में मेरे विचार-विमर्श में वर्तमान दौर के प्रमुख क्षेत्रीय और अंतर्राष्ट्रीय मसलों की समीक्षा होगी। इनमें अफगानिस्तान की स्थिति, जलवायु परिवर्तन, वैश्विक वित्तीय स्थिति और सुधार की प्रक्रिया में जी-20 की भूमिका पर मुख्य रूप से चर्चा होगी।"

Anmerkung/Quelle:
http://khabar.ibnlive.in.com/news/44667/12/4, eingesehen am 23.05.2013.

H10-10
Āj Tak
Bhārat-īyū sevāoṃ meṃ bājār pahuṃc dene par sah'mat

भारत-ईयू सेवाओं में बाजार पहुंच देने पर सहमत
भाषा | ब्रूसेल्स, 10 दिसम्बर 2010 | अपडेटेड: 19:11 IST

भारत तथा यूरोपीय संघ :ईयू: प्रस्तावित मुक्त व्यापार समझौते (एफटीए) के तहत सेवाओं क्षेत्र में एक दूसरे को और अधिक बाजार सुलभ कराने पर सहमत हुए हैं.
इसके अलावा इसके अलावा यूरोपीय संघ विश्व व्यापार संगठन के नियमों के तह भारतीय दवा कंपनियों द्वारा विनिर्मित पेटेंट दायरे से बाहर की दवाओं के निर्यात कारोबार पर लचीला रुख अपनाने पर भी सहमति जताई है.
यूरोपीय संघ में 27 सदस्य देश हैं जो आर्थिक दिक्कतों से दोचार हैं. यूरोपीय संघ चाहता है कि भारत अपने बीमा क्षेत्र में और उदारीकरण करे तथा बहु ब्रांड खुदरा कारोबार को विदेशी निवेश के लिए खोले. यूरोपीय संघ की प्रमुख मांगों में इन दोनों क्षेत्रों में उदारीकण हैं.
व्यापार समझौते (बीटीआईए) संबंधी वार्ताओं की स्थिति पर संयुक्त रपट में कहा गया है, ईयू तथा भारत ने इस बात पर सहमति जताई है कि अंतिम निष्कर्ष से दोनों पक्षों को वास्तविक अतिरिक्त बाजार अवसर मिलें. यह पेशकशों में परीलक्षित होगा जिनकी अदला बदली पहले की जानी है.
इस संयुक्त रपट को यहां ईयू-भारत शिखर सम्मेलन में प्रधानमंत्री मनमोहन सिंह, यूरोपीय परिषद के अध्यक्ष हर्मन वान रोम्पुए तथा यूरोपीय आयोग के अध्यक्ष जोस मैन्युएल बारोसो को सौंपा गया.
इसमें कहा गया है कि तटकर कम करने के मामले में अच्छी प्रगति हुई है और संशोधित पेशकशों से भारत को लाभ होगा. इसमें स्पष्ट किया गया है कि भारत के दवा उउद्योग की लचीले रुख संबंधी चिंताओं पर ध्यान देना होगा.

Anmerkung/Quelle:
http://aajtak.intoday.in/story/India-EU-should-take-lead-in-avoiding-global-protectionist-trends-PM-1-45726.html, eingesehen am 28.01.2021.

H10-11
Amar Ujālā
Yūrop se svadeś lauṭe pradhān'mantrī

यूरोप से स्वदेश लौटे प्रधानमंत्री
प्रधानमंत्री मनमोहन सिंह बेल्जियम और जर्मनी के तीन दिवसीय दौरे के बाद आज स्वदेश लौट आए। वह अपनी यूरोप यात्रा के पहले पड़ाव में बृहस्पतिवार को बेल्जियम की राजधानी ब्रसेल्स पहुंचे थे, जहां उन्होंने शुक्रवार को 11वें यूरोपीय संघ-भारत शिखर बैठक में भाग लिया।
इस दौरान दोनों पक्षों ने पाकिस्तान से कहा कि वह मुंबई हमले की षड्यंत्रकारियों को न्याय के कटघरे में खड़ा करे। इस शिखर बैठक में भारत और यूरोपीय संघ ने प्रस्तावित मुक्त व्यापार समझौते और परमाणु ऊर्जा सहित कई मसलों पर बातचीत हुई।
अपने जर्मनी प्रवास के दौरान प्रधानमंत्री ने चांसलर एंजेला मर्केल से मुलाकात की। अमेरिका, फ्रांस और दूसरे अन्य देशों की तरह जर्मनी ने भी असैन्य परमाणु सहयोग पर भारत के प्रति अपना समर्थन जताया।

Anmerkung/Quelle:
http://www.amarujala.com/National/PM%20returned%20home%20returned%20home%20from%20Europe-6676.html, eingesehen am 13.01.2021.

H11-1
Rāṣṭrīya Sahārā
Bhārat-īyū ke bīc eph'ṭīe par cal rahī bāt'cīt ko sārvajanik kar'ne kī māṃg

भारत-ईयू के बीच एफटीए पर चल रही बातचीत को सार्वजनिक करने की मांग

ब्रसेल्स (एजेंसी)। मुक्त व्यापार समझौते (एफटीए) पर यूरोपीय संघ की भारत की साथ की गई बातचीत का ब्योरा सार्वजनिक करने की मांग करते हुए एक मुकदमा दायर किया गया है। प्रक्रिया में पारदर्शिता लाने का अभियान चला रहे लोगों ने इसके लिए यूरोपीय संघ की दूसरी सबसे बड़ी अदालत में कहा है कि यूरोपीय संघ के कार्यकारी अधिकारी भारत के साथ मुक्त व्यापार समझौते पर की जा रही बातचीत का ब्योरा दबा रहे हैं। इनका आरोप है कि यूरोपीय आयोग पारदर्शिता और लोकतांत्रिक नियमों को तोड़ रहा है। यूरोपीय आयोग ने भारत के साथ मुक्त व्यापार समझौते के तहत बाजार खोलने की प्रक्रियाओं का खुलासा करने से इंकार क र दिया है। मुकदमा दायर करने वाले संगठन कंपेनर फार कापरेरेट यूरोप ओब्जरवेटरी का आरोप है कि उद्योगपति और व्यापारियों की पहुंच एफटीए की कागजातों तक है और वे बातचीत की प्रक्रिया को प्रभावित कर रहे हैं। जिससे भारतीय मजदूरों के हितों को खतरा पैदा हो गया है। भारत और यूरोप के बीच एफटीए इस वर्ष में हो जाने की उम्मीद है। इससे पूर्व दोनों पक्षों ने चार वर्ष तक बातचीत की है। उधर भारत दुनिया के कई देशों के साथ मुक्त व्यापार समझौते करने के लिए बातचीत जारी रखे है। भारत का यह कदम वि व्यापार संगठन की बैठकों में जताई गई उसकी प्रतिबद्धता के अनुरूप है। भारत का कहना है कि अगर वह अन्य देशों के लिए अपने बाजार खोल रहा है तो अन्य देशों को भी चाहिए कि वह उसके लिए अपने बाजार पूरी तरह खोलें और फायदा उठाने का मौका दें।

Anmerkung/Quelle:
http://www.rashtriyasahara.com/showstory.aspx?queryed=14&querypage=13&boxid=15289156&parentid=22504&eddate=Feb%2017%202011%2012:00AM, zuletzt eingesehen ca. Juli 2013

H11-2
IBN-7
Briṭen har sāl 20000 bhāratīyoṃ ko degā vark parmiṭ

ब्रिटेन हर साल 20000 भारतीयों को देगा वर्क परमिट

लंदन। ब्रिटेन हर साल 20,000 भारतीय कामगारों के लिए अतिरिक्त वीजा जारी करेगा। ऐसा यूरोपीय संघ के साथ भारत के एक गोपनीय समझौते के तहत संभव हो सकेगा।

समाचार पत्र 'डेली मेल' के अनुसार यूरोपीय संघ और भारत के बीच मुक्त व्यापार समझौते के तहत यूरोप के विभिन्न देश चार अरब पाउंड व्यापार के बदले भारतीय कामगारों के लिए 35,000 से 50,000 तक वीजा जारी करेंगे। समझौते पर इस साल के आखिर में हस्ताक्षर होने की बात कही जा रही है।

सूत्रों का कहना है कि इसमें भारत ने अकेले ब्रिटेन से 20,000 वीजा की मांग की है। केवल 7,000 लोगों ने जर्मनी और 3,000 ने फ्रांस जाने की इच्छा जताई है। एस्टोनिया केवल 19 लोगों के लिए वीजा जारी कर सकता है।

समाचार पत्र 'संडे ' के अनुसार इस वीजा पर काम करने वालों को पहले साल नेशनल इंश्योरेंस से छूट मिलेगी, लेकिन वे राष्ट्रीय स्वास्थ्य योजना का लाभ ले सकेंगे।

उधर, ब्रिटेन में इसके खिलाफ आवाज उठनी शुरू हो गई है। ब्रिटेन के 'माइग्रेशन वाच' के अध्यक्ष एंड्रयू ग्रीन के अनुसार यह योजना आर्थिक आव्रजन को सीमित करने के प्रयासों को निर्थक साबित करती है।

वहीं, व्यापार, नवीनीकरण और कौशल विभाग के प्रवक्ता ने 'द संडे टेलीग्राफ' से बातचीत में कहा कि ब्रिटेन में अस्थाई तौर पर आने वाले कुशल और उच्च शिक्षा प्राप्त पेशेवर लोगों के लिए सख्त कसौटी का अनुसरण किया जा रहा है।

Anmerkung/Quelle:
Eingesehen auf:
http://khabar.ibnlive.in.com/news/48686/5, abrufbar auf:
https://web.archive.org/web/20110225044416/http://khabar.ibnlive.in.com/news/48686/5

H11-3
Navˈbhārat Ṭāims
Jenerik davāoṃ par bhārat-īyū kā vivād sulˈjhā

जेनेरिक दवाओं पर भारत-ईयू का विवाद सुलझा
नई दिल्ली।। भारत ने सस्ती जेनेरिक दवाइयों के उत्पादन पर यूरोपीय यूनियन के साथ उभरा विवाद सुलझा लिया है। इससे द्विपक्षीय व्यापार समझौते पर बढ़ने का रास्ता साफ हो गया है। यह जानकारी एक सरकारी अधिकारी ने ईटी को दी। हालांकि, सिविल सोसायटी समूहों ने चेतावनी दी है कि भारत को कुछ सावधानी बरतनी चाहिए और यह सुनिश्चित करना चाहिए कि पेटेंट को विस्तार देने की इजाजत के दौरान आईपीआर की स्थिति में कोई बदलाव नहीं आना चाहिए।
भारत और यूरोपीय यूनियन के बीच व्यापार वार्ता में जेनेरिक का मुद्दा विवाद का कारण बन गया था। उक्त अधिकारी ने बताया, 'हमने आईपीआर मुद्दे पर ठीक से बातचीत की है और साफ कर दिया है कि हम अपने वादे से आगे नहीं जाएंगे।' भारत के बड़े अधिकारियों का एक दल अगले महीने ब्रुसेल्स जाएगा, जो 2006 में शुरू की गई द्विपक्षीय मुक्त व्यापार की बातचीत को अंतिम रूप देगा। वाणिज्य सचिव 6-7 अप्रैल को ब्रुसेल्स में रहेंगे और वहां वह गुड्स, सर्विसेज और निवेश से जुड़े व्यापक समझौते को पूरा करने की दिशा में कदम बढ़ाएंगे।

Anmerkung/Quelle:
https://navbharattimes.indiatimes.com/business/business-news/-/articleshow/7704010.cms, eingesehen am 30.01.2021.

H11-4
Rāṣṭrīya Sahārā
Bauddhik saṃpadā adhikār māmle meṃ bhārat aḍig

बौद्धिक संपदा अधिकार मामले में भारत अडिग
डब्ल्यूटीओ समझौते के दायरे से बाहर कोई भी कानूनी दायित्व स्वीकार्य नहीं
प्रधानमंत्री की अध्यक्षता वाली टीईआरसी ने आस्ट्रेलिया के साथ मुक्त व्यापार समझौता वार्ता शुरू करने को मंजूरी दी
नई दिल्ली (एजेंसी)। यूरोपीय संघ के साथ मुक्त व्यापार समझौता वार्ता में भारत बौद्धिक संपदा अधिकार (आईपीआर) के मामले में अपने घरेलू कानूनों और विश्व व्यापार संगठन (डब्ल्यूटीओ) समझौते के दायरे से बाहर कोई भी कानूनी दायित्व स्वीकारने को तैयार नहीं है। प्रधानमंत्री मनमोहन सिंह ने यूरोपीय संघ (ईयू) के साथ मुक्त व्यापार समझौता (एफटीए) वार्ता में लगे वार्ताकारों को निर्देश दिया है कि वह घरेलू कानूनों से बाहर अथवा विश्व व्यापार संगठन (डब्ल्यूटीओ) के अधिकार क्षेत्र से बाहर बौद्धिक संपदा अधिकार (आईपीआर) के मामले में कोई भी दायित्व अपने ऊपर नहीं लें। प्रधानमंत्री कार्यालय द्वारा जारी एक वक्तव्य में शुक्रवार को यहां हुई व्यापार और आर्थिक संबंध समिति की बैठक की जानकारी देते हुए कहा गया- प्रधानमंत्री ने मुक्त व्यापार समझौता वार्ता में लगे वार्ताकारों को कड़ा निर्देश देते हुए कहा है कि भारतीय पक्ष व्यापार संबंधी बौद्धिक संपदा अधिकार यानी ट्रिप्स और घरेलू कानूनों से आगे जाकर अपने ऊपर कोई भी दायित्व स्वीकार नहीं करे।
भारत इस समय 27 देशों के यूरोपीय संघ के साथ मुक्त व्यापार समझौता वार्ता में लगा है। इस वार्ता को आधिकारिक तौर पर द्विपक्षीय व्यापार और निवेश समझौता वार्ता के तौर पर जाना जाता है। ईयू के साथ व्यापार वार्ता की समीक्षा करते हुए महसूस किया गया कि बौद्धिक संपदा अधिकार मामले में भारतीय वार्ताकारों के रुख को लेकर कुछ चिंताएं व्यक्त की जा रही हैं। इसमें विशेष तौर पर औषधि उत्पादों को लेकर चिंता बढ़ी है। यूरोपीय संघ मांग करता रहा है कि भारत को इस मामले में अपने घरेलू कानून से भी आगे निकलकर कड़ा रुख अपनाना चाहिए। ईयू भारत का सबसे बड़ा व्यापारिक भागीदार है। वर्ष 2009-10 में ईयू के साथ भारत का 74 अरब डालर का व्यापार हुआ है। प्रधानमंत्री की अध्यक्षता वाली व्यापार और आर्थिक संबंध समिति (टीईआरसी) ने आस्ट्रेलिया के साथ मुक्त व्यापार समझौता वार्ता शुरू करने को भी मंजूरी दे दी। समिति ने माना है कि आस्ट्रेलिया के साथ द्विपक्षीय व्यापार में काफी वृद्धि हुई है फिर भी आस्ट्रेलिया के साथ शुल्क और गैर-शुल्कीय प्रतिबंधों के चलते आयात लागत ऊंची बनी है।
ऐसे में महसूस किया गया कि आस्ट्रेलिया के साथ व्यापक एफटीए से दोनों देशों को फायदा होगा। आस्ट्रेलिया के साथ भारत का द्विपक्षीय व्यापार 2009-10 में 14 अरब डालर रहा है।

Anmerkung/Quelle:
http://www.rashtriyasahara.com/showstory.aspx?queryed=9&querypage=2&boxid=23659843&parentid=31440&eddate=May%20%201%202011%2012:00AM, eingesehen am 02.07.2011.

H11-5
Biznes Sṭaiṃḍarḍ
Vāhan udyog śulk meṃ kaṭautī ko raheṃ taiyār

'वाहन उद्योग शुल्क में कटौती को रहें तैयार'
यूरोपीय संघ के साथ मुक्त व्यापार करार से वाहन क्षेत्र में बढ़ेगी प्रतिस्पर्धा
वाहन उद्योग भारत-यूरोपीय संघ मुक्त व्यापार करार (एफटीए) के तहत प्रस्तावित शुल्क दरों में कमी के प्रति नाराजगी जाहिर की है। हालांकि वाणिज्य एवं उद्योग मंत्रालय इस मामले में नरमी दिखाने के मूड में नहीं है और चाहता है कि उद्योग को शुल्क में कमी के लिए तैयार रहना चाहिए।
वाणिज्य मंत्रालय का मानना है कि अब वाहन उद्योग को कम शुल्क दर के लिए तैयार रहना होगा, ताकि भारत को सही मायने में निर्माण हब बनाया जा सके।
वाणिज्य सचिव राहुल खुल्लर ने बिज़नेस स्टैंडर्ड को बताया कि अगर उद्योग को 60 से 100 फीसदी के शुल्क दायरे में रखा जाता है तो वह अंतरराष्ट्रीय स्तर पर कभी भी प्रतिस्पर्धा करने में सक्षम नहीं हो पाएगा। वाहन उद्योग के मामले में भी यही बात है। हालांकि ऑटो इंजीनियरिंग क्षेत्र में भारत कभी भी उद्योग का अगुआ नहीं बन पाया। हालांकि उन्होंने यूरोपीय संघ के साथ शुल्क दरों को लेकर किस तरह की बात हो रही है, इसके बारे में नहीं बताया। वाहन निर्माण के संगठन सायम ने वाणिज्य मंत्रालय के समक्ष इस मसले को उठाया है कि भारत यूरोपीय संघ को ऑटोमोटिव उत्पादों के लिए घटी हुई शुल्क दरों की पेशकश पर बात कर रहा है। सायम के मुताबिक, इससे भारतीय वाहन निर्माण क्षेत्र पर प्रतिकूल असर पड़ सकता है।
सायम के महानिदेशक विष्णु माथुर ने कहा कि कोरिया, जापान और आसियान के साथ किए गए मुक्त व्यापार करार के तहत कंपोनेंट पर शुल्क दरों में कुछ कमी की गई लेकिन पूरी तरह से निर्मित इकाइयों (सीबीयू) पर इस तरह की छूट का प्रावधान नहीं है।

Anmerkung/Quelle:
http://hindi.business-standard.com/storypage.php?autono=44406, eingesehen am 30.01.2021.

H11-6
Ikˈnămik Ṭāims
Yūrop se FTA huā to 64 lākh rupae sastī paṙegī pharārī

यूरोप से FTA हुआ तो 64 लाख रुपए सस्ती पड़ेगी फरारी, चंचल पाल चौहान / दीपशिखा सिकरवार / अमिति सेन
नई दिल्ली : सरकार यूरोप से आने वाली कारों के आयात शुल्क में भारी कटौती करने की तैयारी कर रही है, जिससे ये गाड़ियां पहले से काफी सस्ती हो जाएंगी। मसलन, 85 लाख रुपए (एक्स शोरूम दिल्ली) की जर्मन बीएमडब्ल्यू 7 सीरीज की कीमत करीब 16.5 लाख रुपए कम हो जाएगी। हाल में लॉन्च 89 लाख रुपए की ऑडी ए-8 करीब 17 लाख रुपए सस्ती हो जाएगी।
सरकार यूरोपीय यूनियन के साथ मुक्त व्यापार समझौते के तहत कस्टम ड्यूटी घटाने पर विचार कर रही है। बदले में भारत को कृषि और सेवा क्षेत्रों में बढ़िया डील मिलेगी। शुल्क में कटौती चरणबद्ध तरीके से करने का प्रस्ताव है। हालांकि इसका अगला स्लैब 30 फीसदी है। अगर यूरोपीय कारों पर आयात शुल्क घटकर 30 फीसदी भी हुआ तो वहां से आने वाले सभी वाहन करीब 19 फीसदी सस्ते हो जाएंगे। फिलहाल, सभी आयातित गाडियों पर 60 फीसदी कस्टम ड्यूटी लगती है।
वित्त मंत्रालय के एक अधिकारी ने बताया, 'अगर हमें यूरोप में कृषि और सर्विसेज जैसे क्षेत्रों में अच्छी पहुंच मिलती है, तो हम इस मुद्दे (ऑटोमोबाइल कस्टम ड्यूटी घटाने) को लेकर खुला रुख रखते हैं।' वरिष्ठ सरकारी अधिकारी प्रस्तावित एफटीए के फ्रेमवर्क पर बातचीत कर रहे हैं, जिसे इस साल के अंत तक अंतिम रूप दिया जा सकता है। वाणिज्य विभाग के अधिकारी ने ईटी से कहा, 'हम क्या देंगे, यह इस बात पर निर्भर करेगा कि दिलचस्पी वाले क्षेत्रों में हमें क्या मिलता है।'
भारत आने वाली यूरोपीय गाड़ियों में जर्मन ब्रांड प्रमुख हैं, जिनका भारतीय ऑटो सेगमेंट के टॉप-एंड पर कब्जा है। बेहतरीन डिजाइन और दमदार परफॉर्मेंस के लिए मशहूर फोक्सवैगन, बीएमडब्ल्यू, मर्सिडीज बेंज और ऑडी ने पहले ही घरेलू बाजार में मजबूत पांव जमा लिए हैं।
तेजी से बढ़ती भारतीय अर्थव्यवस्था ने लग्जरी कारों (20 लाख रुपए से ज्यादा) के लिए भारी मांग पैदा की है, जो पिछले कारोबारी साल में दोगुनी रफ्तार से बढ़कर 17,731 यूनिट हो गई। भारत में अरबपतियों की संख्या बढ़ रही है। इसी वजह से 4 करोड़ की बेंटले, रोल्स रॉयस, लैम्बोर्गिनी और मायबाख जैसी सुपर लग्जरी गाड़ियों की मांग बढ़ी है। पिछले वित्त वर्ष में इन लग्जरी कारों की बिक्री 70 फीसदी बढ़कर 300 यूनिट हो गई।
इन वाहनों पर 50 फीसदी कस्टम ड्यूटी सीवीडी, वैट और अन्य टैक्स के साथ मिलकर 110 फीसदी का बोझ बन जाती है लेकिन एफटीए के बाद टैक्स काफी कम हो जाएगा जिससे कीमतें घटेंगी। अगर कार कंपनियों ने पूरा फायदा ग्राहकों तक पहुंचाया तो 99 लाख रुपए की मर्सिडीज एस क्लास 500

एल, 19 लाख कम में मिलेगी और 3.37 करोड़ रुपए की फरारी एफएफ 64 लाख रुपए किफायती हो जाएगी। इसके अलावा मर्सिडीज ईक्लास और बीएमडब्ल्यू 5 सीरीज जैसी स्थानीय रूप से असेम्बल होने वाली लोकप्रिय गाड़ियां भी सस्ती होंगी, क्योंकि 10 फीसदी कम्पोनेंट ड्यूटी भी हटाई जा सकती है।

Anmerkung/Quelle:
Eingesehen auf: http://hindi.economictimes.indiatimes.com/articleshow/8923657.cms, abrufbar auf:
https://web.archive.org/web/20110720181541/http://hindi.economictimes.indiatimes.com/articleshow/8923657.cms

H11-7
Rāṣṭrīya Sahārā
Yūropīya saṃgh ke sāth eph'ṭīe meṃ śulk kaṭautī ko lekar vāhan udyog ciṃtit

यूरोपीय संघ के साथ एफटीए में शुल्क कटौती को लेकर वाहन उद्योग चिंतित
नई दिल्ली (एजेंसी)। यूरोपीय संघ के साथ प्रस्तावित मुक्त व्यापार संधि (एफटीए) में आयातित कारों पर शुल्क घटाने की यूरोपीय संघ की मांग भारत द्वारा स्वीकार करने की अटकलों के बीच वाहन उद्योग ने चेतावनी दी है कि अगर इस त्रह की रियायतें दी गईं तो इस क्षेत्र में भावी निवेश प्रभावित होगा। वाहन उद्योग ने संकेत दिया कि इस तरह की पहल से जापान और कोरियाई कंपनियों एवं यूरोप की कंपनियों के बीच असमानता पैदा होगी। इसके अलावा, सरकार आटोमोटिव मिशन प्लान 2016 में की गई प्रतिबद्धता से हटेगी। साथ ही वाहन क्षेत्र इस मिशन प्लान का लक्ष्य भी चूक सकती है। सोसाइटी आफ इंडियन आटोमोबाइल मैन्युफैक्चर्स (सियाम) के अध्यक्ष पवन गोयनका ने बताया, सियाम कहता रहा है कि सीबीयू (पूर्णतया तैयार इकाई) पर आयात शुल्क नहीं घटाया जाना चाहिए।

Anmerkung/Quelle:
http://www.rashtriyasahara.com/showstory.aspx?queryed=11&querypage=15&boxid=34621875&parentid=38455&eddate=Jun%2027%202011%2012:00AM, eingesehen am 02.09.2011.

H11-8
Amar Ujālā
Vikasit deśoṃ ke cor darvāje

विकसित देशों के चोर दरवाजे

विश्व व्यापार संगठन की स्थापना कर विकसित देशों और बहुराष्ट्रीय कंपनियों ने अंतरराष्ट्रीय व्यापार पर वर्चस्व हासिल कर लिया। जब गरीब और विकासशील देशों में चेतना जगी, तो अपने हक और किसानों, मजदूरों व छोटे उद्यमियों के हितों की रक्षा के लिए उन्होंने आवाज उठाई। उमड़ते विरोध को शांत करने के लिए विकसित देशों ने दोहा वार्ता का झुनझुना थमाते हुए कहा कि इस वार्ता में गरीब व विकासशील देशों द्वारा उठाए गए मुद्दों को सुलझाया जाएगा, पर हकीकत में देखा गया कि उनका एजेंडा अपने वर्चस्व को बढ़ाने से ही प्रेरित है। नतीजतन दोहा वार्ता में गतिरोध उत्पन्न हो गया।
इसका मतलब यह नहीं कि विकसित देश चुप बैठे हैं। दोहा वार्ता को आगे बढ़ाने के उनके प्रयास जारी हैं। साथ ही वे शॉर्टकट तरीके से विश्व व्यापार पर दबदबा बढ़ाने की कोशिश कर रहे हैं। यह शॉर्टकट है, विभिन्न देशों से अलग-अलग 'फ्री ट्रेड एग्रीमेंट' या 'निर्बाध व्यापार समझौता' करना। इनके माध्यम से कई बार तो वे ऐसी शर्तें मनवाने में भी सफल हो रहे हैं, जो विश्व व्यापार संगठन की शर्तों से भी कहीं आगे हैं।
ऐसा ही एक निर्बाध व्यापार समझौता भारत और यूरोपीय संघ के बीच आगे बढ़ाने का प्रयास काफी समय से हो रहा है। हालांकि इस समझौते संबंधी चर्चाओं को गुप्त रखने का प्रयास किया गया है, फिर भी जो जानकारियां आई हैं, उससे लगता है कि यह समझौता, किसानों, छोटे व मझले स्तर के उद्यमियों, मजदूरों, मछुआरों, दस्तकारों आदि की आजीविका के लिए खतरनाक हो सकता है।
चिंता का एक मुख्य मुद्दा यह है कि इससे किसानों के बीज अधिकारों पर प्रतिकूल असर पड़ सकता है। साथ ही, इसके कारण यूरोपीय संघ से होनेवाले कृषि व दुग्ध उत्पादों के आयातों में वृद्धि से भारतीय किसानों और पशुपालकों पर बुरा प्रभाव पड़ सकता है, क्योंकि भारी सबसिडी के कारण यूरोपीय संघ के देश सस्ते निर्यात में सक्षम हैं। यह खतरा इसलिए भी है, क्योंकि आयात शुल्क कम करवाने के मामले में यह समझौता विश्व व्यापार संगठन के नियमों से भी आगे बढ़ सकता है।

इस समझौते से हमारे समुद्री क्षेत्र में यूरोपीय संघ के देशों द्वारा बड़े पैमाने पर मशीन से मछली पकड़ने की गतिविधियां बढ़ सकती हैं। स्पष्ट है कि छोटी नौकाओं पर मछली पकड़ने वाले हमारे परंपरागत मछुआरों की रोजी-रोटी पर इसका बहुत खराब असर पड़ेगा। यूरोपीय संघ का भारत जैसे विकासशील देशों से आग्रह है कि वे अपने बैंकिंग और बीमा क्षेत्र के नियमों में ढील दें, ताकि बाहरी बैंकों, कंपनियों, निवेशकों आदि को इस क्षेत्र में अधिक अवसर मिले। पर हमारे कई अर्थशास्त्री उचित ही यह आशंका जता रहे हैं कि इससे कई गंभीर समस्याएं उत्पन्न हो सकती हैं।
विश्व व्यापार संगठन के नियमों और पेटेंट व बौद्धिक संपदा अधिकारों के बारे में ट्रिप्स समझौते के माध्यम से जो बदलाव किए गए, वे बहुत विवादास्पद सिद्ध हुए हैं। यूरोपीय संघ निर्बाध व्यापार समझौते के जरिये इन बदलावों को और आगे ले जाना चाहती है। इससे बीज, दवा जैसे अर्थव्यवस्था के कुछ महत्वपूर्ण क्षेत्रों पर प्रतिकूल असर पड़ने की आशंका है।
हमारे यहां जेनेरिक दवाओं का काफी उत्पादन हो रहा है, जिससे अनेक दवाएं सस्ती कीमत पर उपलब्ध होती हैं। भारत इन दवाओं को सस्ती कीमत पर अनेक जरूरतमंद गरीब देशों को निर्यात भी कर सकता है। यदि पेटेंट कानूनों को और सख्त किया गया, तो इनके उत्पादन व निर्यात पर प्रतिकूल असर पड़ सकता है। इसी तरह मझले-छोटे उद्योगों व उनमें कार्यरत मजदूरों, सहकारिता उद्यमों एवं रेहड़ी-पटरी वालों पर भी प्रतिकूल असर की आशंका है।
गौरतलब है कि विश्व व्यापार संगठन संबंधी समझौते के बाद बार-बार कहा गया कि इससे राष्ट्रीय हितों को क्षति पहुंची है। आज यही स्थिति प्रस्तावित निर्बाध व्यापार समझौते के संदर्भ में हमारे सामने है। ऐसे में जरूरी है कि इन समझौतों को लेकर संसद, विधानसभाओं, पंचायतों, श्रमिक संगठनों व आम लोगों के स्तर पर व्यापक व सार्थक चर्चा हो। यह तभी संभव है, जब इनकी पूरी जानकारी आम लोगों को हो। इस संदर्भ में सरकार को पूरी पारदर्शिता बरतते हुए सुनिश्चित करना चाहिए कि इससे राष्ट्र व कमजोर वर्गों के हितों को क्षति न पहुंचेगी।

Anmerkung/Quelle:
http://www.amarujala.com/vichaar/VichaarDetail.aspx?nid=1404&tp=b&Secid=4&SubSecid=10, eingesehen am 05.09.2011.

H11-9
Dainik Bhāskar
Kṛṣi utpād niryāt meṃ polaiṇḍ se madad māṃgī

कृषि उत्पाद निर्यात में पोलैंड से मदद मांगी
निर्यात - ईयू के 27 देशों को निर्यात करने में दिक्कत
भारत-यूरोपीय संघ बीटीआईए समझौते को इसी साल अंतिम रूप देने के प्रयास। - आनंद शर्मा वाणिज्य और औद्योगिक मंत्री
भारत ने यूरोपीय संघ के 27 देशों को कृषि उत्पादों के निर्यात में आ रही बाधाओं को को दूर करने के लिए पोलैंड से मदद मांगी है। पोलैंड यूरोपीय संघ का अध्यक्ष है। वाणिज्य और औद्योगिक मंत्री आनंद शर्मा और भारत की यात्रा पर पहुंचे पोलैंड के विदेश मंत्री राडोस्लाव सिकोरस्की के बीच बैठक में इस मुद्दे को उठाया गया।
बैठक के बाद वाणिज्य मंत्रालय द्वारा जारी की गई विज्ञप्ति के अनुसार यूरोपीय संघ (ईयू) यूरोप के बाजार में भारतीय कृषि उत्पादों की पहुंच बनाने के लिए मार्ग प्रशस्त करने में बड़ी भूमिका निर्भ सकता है। भारत से निर्यात होने वाले अंगूर, शहद, चावल, मछली और मछली से बने उत्पादों पर ईयू ने मनमाने तरीके से एसपीएस (सैनिटरी और फाइटो सैनिटरी) और सीसीसी (कैमिकल रेजीड्यू) मानक लागू कर रखे हैं।
उद्योग विशेषज्ञों के अनुसार भारत की ओर से ईयू को कृषि उत्पादों के निर्यात में कई दिक्कतें पेश हो रही हैं। उत्पादों को सुरक्षित रखने के लिए इस्तेमाल होने रसायनों की वजह से ईयू को इनके निर्यात में दिक्कतें आ रही हैं। पिछले साल यूरोपीय प्राधिकरणों ने भारत से निर्यात हुए अंगूर और शहद की खेप ठुकरा दी थी। उसके पीछे ईयू के प्राधिकरणों का तर्क था कि भारत से आए कृषि उत्पादों को सुरक्षित रखने के लिए रसायनिक और भारी तत्वों का इस्तेमाल किया गया है।
दोनों देशों के मंत्रियों ने भारत-ईयू के बीच मुक्त व्यापार समझौते की प्रगति की समीक्षा की। इसे आधिकारिक तौर पर ब्रॉड बेस्ड ट्रेड एंड इन्वेस्टमेंट एग्रीमेंट (बीटीआईए) के नाम से जाना जाता है। शर्मा ने कहा कि भारत-ईयू बीटीआईए समझौते को अंतिम रूप दे चुका है। वर्ष 2007 से लेकर अब तक इस समझौते के लिए 13 राउंड की बातचीत हो चुकी है। दोनों ही पक्ष इस समझौते को वर्ष 2011 में ही अंतिम रूप देना चाहते हैं।

Anmerkung/Quelle:
Internetauftritt Dainik Bhāskar.

H11-10
Rāṣṭrīya Sahārā
Īyū ke sāth eph'ṭīe meṃ aṛ'caneṃ

ईयू के साथ एफटीए में अड़चनें
नई दिल्ली (एजेंसी)। यूरोपीय संघ ने भारतीय बाजार में बैंकिंग, डाक, कानूनी तथा एकाउंटिंग जैसी सेवाओं में प्रवेश की मांग की है जो भारत-यूरोपीय संघ के बीच मुक्त व्यापार समझौते (एफटीए) के रास्ते में सबसे बड़ी बाधा है। मुक्त व्यापार समझौते को लेकर दोनों पक्षों के बीच जून 2007 से बातचीत चल रही है। सूत्रों का कहना है कि इनमें से अधिकतर क्षेत्रों में यूरोपीय संघ को प्रवेश की अनुमति देने के लिये संबंधित कानून में बदलाव की जरूरत होगी। उनके अनुसार यूरोपीय संघ बैंकिंग, डाक, कानून, एकाउंटिंग, समुद्री तथा सुरक्षा जैसे भारतीय सेवा क्षेत्रों में प्रवेश को लेकर गंभीर है। मुक्त व्यापार समझौते पर 27 सदस्यीय समूह के साथ बातचीत कर रहे वाणिज्य मंत्रालय ने पाया है कि जहाजरानी जैसे कुछ मंत्रालय संबंधित कानून में बदलाव को इच्छुक नहीं है। बहरहाल, वाणिज्य मंत्रालय इस मामले में साझा आधार तैयार करने के लिए विभिन्न विभागों के साथ सक्रि य रूप से बातचीत कर रहा है। भारत व्यापक आधार वाले व्यापार निवेश समझौते (बीटीआईए) के तहत वस्तु, सेवा तथा निवेश के क्षेत्र में बाजार खोले जाने के लिए सबसे बड़े कारोबारी सहयोगी यूरोपीय संघ से बातचीत कर रहा है। भारत चाहता है कि यूरोपीय संघ आईटी जैसे विभिन्न क्षेत्रों के भारतीय पेशेवरों के लिए वीजा की संख्या में वृद्धि करे।

Anmerkung/Quelle:
http://www.rashtriyasahara.com/showstory.aspx?queryed=14&querypage=13&boxid=52521515&parentid=43499&eddate=Aug%20%208%202011%2012:00AM, eingesehen am 12.01.2012.

H11-11
Amar Ujālā
Bhārat-yūro saṃgh phir baiṭheṃge vārtā kī mej par

भारत-यूरो संघ फिर बैठेंगे वार्ता की मेज पर
भारत तथा यूरोपीय संघ (ईयू) के बीच व्यापार और निवेश समझौते के प्रारूप पर व्याप्त गतिरोध के बीच दोनों पक्ष इस मसले पर सहमति कायम करने की मंशा से फिर से बातचीत करेंगे। यह व्यापार समझौता वार्ता बेल्जियम की राजधानी ब्रसेल्स में 12 से14 सितंबर तक चलेगी।
यूरोपीय संघ भारत का सबसे बड़ा व्यापारिक साझीदार
सूत्रों के अनुसार 27 देशों का यूरोपीय संघ भारत का सबसे बड़ा व्यापारिक साझीदार है। इसकी वजह से भारत इस समझौते पर पहुंचने के लिए लगातार प्रयास करने के साथ ही निरंतर उदारवादी रवैया अपनाता रहा है, लेकिन ईयू पिछले डेढ़ महीनों में लगातार अपना पक्ष बदलता रहा है। वह न केवल बाजारों में अपनी पैंठ लगातार बढ़ाने पर जोर देता रहा है, बल्कि ऑटोमोबाइल्स तथा वाइन के लिए ज्यादा शुल्क रियायतों पर अड़ा है। हालांकि भारत कुछ रियायतें देने को तैयार है, लेकिन ईयू रियायतों की सूची लगातार बढ़ाता जा रहा है। इसी तरह सेवा क्षेत्र, कृषि, रसायन, बौद्धिक संपदा अधिकार आदि क्षेत्रों में भी अभी मतभेद बने हुए हैं।
यूरो क्षत्र में गहराते संकट से भारत चिंतित
इसके साथ ही भारत यूरो क्षत्र में गहराते ऋण संकट को लेकर भी चिंतित हैं। जानकारों ने आशंका व्यक्त की है कि इन तमाम स्थितियों के चलते व्यापार वार्ता इस वर्ष के अंत में होने वाली भारत-ईयू शिखर बैठक से पूर्व संपन्न होने की उम्मीद नहीं है। बातचीत को किसी निर्णायक मोड़ पर लाने के लिए राजनीतिक नेतृत्व के सहयोग की भी जरूरत पड़ेगी, तभी शिखर बैठक में समझौते के प्रारूप पर सहमति बनने की उम्मीद की जा सकती है।
पीके चौधरी करेंगे भारतीय शिष्टमंडल का नेतृत्व
इस वार्ता में भारत के मुख्य वार्ताकार तथा वाणिज्य मंत्रालय में अतिरिक्त सचिव पीके चौधरी भारतीय शिष्टमंडल का नेतृत्व करेंगे, जबकि ईयू का नेतृत्व वहां के मुख्य वार्ताकार इग्नेशियों गार्सिया बेरसेरो करेंगे। गौरलतब है कि वार्ता चार वर्ष पूर्व शुरू हुई थी तथा दोनों पक्षों के बीच वार्ता सम्पन्न होने की निर्धारित समय सीमा पूरी होने के बावजूद अभी तक प्रारूप पर सहमति नहीं हो सकी

Anmerkung/Quelle:
http://www.amarujala.com/business/Market/India-Euro-Union-negotiating-5413-1.html, eingesehen am 12.01.2012.

H11-12
Dainik Bhāskar
Mahaṃge lon ne kam kar dī hai kămarśiyal vāhanoṃ kī spīḍ

महंगे लोन ने कम कर दी है कॉमर्शियल वाहनों की स्पीड

ब्याज दरों में लगातार बढ़ोतरी और मैन्यूफैक्चरिंग सेक्टर की ग्रोथ में आई कमी ने गैर बैंकिंग वित्तीय कंपनियों (एनबीएफसी) के कारोबार पर असर डालना शुरू कर दिया है। इन कंपनियों के अनुसार पिछले साल के मुकाबले इस बार मध्यम और भारी वाणिज्यिक (कॉमर्शियल) वाहनों के फाइनेंस में कमी आई है जिसका असर उनके कारोबार पर दिख रहा है। यही नहीं, मांग में आई कमी को देखते हुए कई कंपनियों ने अपने-अपने कर्ज लक्ष्यों को भी घटा दिया है। एनबीएफसी प्रमुख रूप से 14-20 फीसदी की ब्याज दरों पर कॉमर्शियल वाहनों के लिए फाइनेंस मुहैया कर रही हैं।

श्रीराम ट्रांसपोर्ट फाइनेंस कंपनी लिमिटेड के उप प्रबंध निदेशक उमेश रेवांकर ने 'बिजनेस भास्कर' को बताया कि हैवी (भारी) वाणिज्यिक वाहनों की मांग में कमी का असर वाहनों के फाइनेंस पर दिख रहा है। जिस तरह से मांग में कमी आई है उसे देखते हुए हमें लगता है कि इस साल हमारे कारोबार में महज 10-15 फीसदी की ही ग्रोथ संभव हो पाएगी। हालांकि, शुरुआत में मांग को देखते हुए कंपनी ने 20 फीसदी की ग्रोथ का लक्ष्य रखा था।

उधर, मैग्मा फिन कॉर्प लिमिटेड के चीफ ऑपरेटिंग ऑफिसर आशुतोष शुक्ला ने बताया कि मीडियम और हाई-एंड कॉमर्शियल वाहनों की मांग पिछले साल की तुलना में कम है। ग्लोबल आर्थिक संकट के बाद तो इन वाहनों के फाइनेंस में दहाई अंकों में बढ़ोतरी हो रही थी, लेकिन इस बार यह इकाई अंक में ही रहने की संभावना है। हालांकि, चालू वित्त वर्ष में अभी तक कंपनी के कारोबार को देखते हुए यह उम्मीद है कि वह अपने कारोबार में 50 फीसदी ग्रोथ हासिल कर लेगी।

पंजाब एंड हरियाणा फाइनेंस कंपनी एसोसिएशन के महासचिव और पी.के.एफ फाइनेंस के प्रबंध निदेशक आलोक सोढी ने बताया कि इंडस्ट्रियल ग्रोथ में आई कमी एवं बढ़ती ब्याज दरों की वजह से ही कॉमर्शियल वाहनों की मांग लगातार घट रही है। ऐसे में इस बार ग्रोथ में पिछले साल के मुकाबले महज 5-7 फीसदी की ही बढ़ोतरी संभव हो पाएगी। कंपनी ने पिछले साल 25-30 फीसदी की बढ़ोतरी दर्ज की थी। इस बार भी हमने यही लक्ष्य रखा था। सोढी के अनुसार दिल्ली के आसपास के क्षेत्रों में सेब की फसल में आई कमी का भी वाणिज्यिक वाहनों की मांग पर असर पड़ा है।

सस्ती आयातित कारों से प्रतिस्पर्धा का खतरा टला!

नई दिल्ली देश की ऑटोमोबाइल कंपनियों को भविष्य में भी सस्ती आयातित कारों से प्रतिस्पर्धा नहीं करनी पड़ेगी। भारी उद्योग मंत्री प्रफुल्ल पटेल के ताजा बयान से ही ऐसे आसार नजर आ रहे हैं। पटेल के मुताबिक वाणिज्य मंत्रालय भी मोटे तौर पर यही चाहता है कि जब यूरोपीय संघ के साथ मुक्त व्यापार समझौते पर हस्ताक्षर किए जाएं तो उस दौरान घरेलू ऑटोमोबाइल उद्योग को संरक्षण देने का ख्याल जरूर रखा जाए।

गौरतलब है, ऑटोमोबाइल उद्योग चाहता है कि मुक्त व्यापार समझौते के तहत यूरोपीय संघ से भारत में आयातित होने वाले वाहनों और कलपुर्जों पर देय सीमा शुल्क को न तो खत्म किया जाए और न ही उसमें कोई कटौती की जाए।

इसके पीछे मुख्य मकसद घरेलू ऑटोमोबाइल उद्योग को संरक्षण प्रदान करना है। पटेल ने कहा कि वह घरेलू ऑटोमोबाइल उद्योग की इस मांग का समर्थन करते हैं। वहीं, दूसरी ओर यूरोपीय संघ इस बात के लिए दबाव डाल रहा है कि भारत में यूरोप से आयातित की जाने वाली सीबीयू (कंप्लीटली बिल्ट यूनिट) और सीकेडी (कंप्लीटली नॉक्ड डाउन) यूनिटों पर देय सीमा शुल्क में कटौती की जाए। (प्रेट्र)

Anmerkung/Quelle:
http://www.bhaskar.com/article/expensive-loans-have-reduced-the-speed-of-commercial-vehicles-2404503.html, eingesehen am 13.01.2012.

H11-13
Rāṣṭrīya Sahārā
Bhārat-īyū eph'ṭīe phar'varī tak saṃbhav

भारत-ईयू एफटीए फरवरी तक संभव

नई दिल्ली (एजेंसी)। भारत और यूरोपीय संघ मुक्त व्यापार संधि के लिए युद्ध स्तर पर बातचीत कर रहे हैं और फरवरी में वार्षिक शिखर सम्मेलन से पहले यह संधि होने की संभावना है। वाणिज्य सचिव राहुल खुल्लर ने बताया, तीव्र स्तर पर बातचीत चल रही है। दोनों पक्ष भारत-ईयू शिखर सम्मेलन से पहले बातचीत पूरी करने को संकल्पबद्ध हैं।यह शिखर सम्मेलन यहां होगा।

सूत्रों ने कहा कि कई दौर की बातचीत कर चुके दोनों पक्ष नवम्बर में सेवाओं के लिए बाजार खोलने पर अपनी स्थिति सामने रख सकते हैं। भारत की जीडीपी में सेवा क्षेत्र के 57 प्रतिशत योगदान को देखते हुए ईयू के साथ यह संधि बहुत मायने रखती है। उन्होंने कहा कि इसके अलावा, भारत-ईयू दिसम्बर में डब्ल्यूटीओ मंत्रिस्तरीय बैठक में द्विपक्षीय वार्ता कर सकते हैं। उल्लेखनीय है कि भारत अपने सबसे बड़े व्यापारिक साझीदार यूरोपीय संघ के साथ जून, 2007 से ही मुक्त व्यापार संधि पर बातचीत कर रहा है और इस संबंध में अभी तक 13 दौर की बातचीत हो चुकी है।

Anmerkung/Quelle:

http://www.rashtriyasahara.com/showstory.aspx?queryed=10&querypage=15&boxid=16274484&parentid=53410&eddate=Oct%2031%202011%2012:00AM, eingesehen am 13.01.2012.

H11-14
Dainik Jāgˈraṇ
Īyū se ephˈṭīe kī samīkṣā kareṃge pradhānˈmaṃtrī

ईयू से एफटीए की समीक्षा करेंगे प्रधानमंत्री

नई दिल्ली। प्रधानमंत्री मनमोहन सिंह भारत और यूरोपीय संघ के बीच प्रस्तावित मुक्त व्यापार समझौते [एफटीए] की अगले महीने समीक्षा करेंगे। वाणिज्य व उद्योग मंत्री आनंद शर्मा ने यह जानकारी देते हुए उम्मीद जताई कि प्रस्तावित समझौते को जल्द ही अमली जामा पहना दिया जाएगा। व्यापार व आर्थिक संबंध समिति [टीईआरसी] की 29 मई को होने वाली बैठक में दोनों पक्षों के बीच इस मसले पर अब तक हुई बातचीत की समीक्षा होगी।

प्रधानमंत्री की अध्यक्षता वाली यह समिति व्यापक व्यापार व निवेश समझौते [बीटीआइए] के पक्ष में है। दोनों पक्ष के अधिकारी महत्वपूर्ण मुद्दों को सुलझाने की प्रक्रिया में हैं। शर्मा ने कहा कि समिति भारत-ऑस्ट्रेलिया एफटीए पर बातचीत शुरू करने के मुद्दे पर भी चर्चा करेगी। टीईआरसी भारत और पूर्वी व दक्षिणी अफ्रीका के बाजारों के बीच मुक्त व्यापार समझौते की संभावनाएं तलाशने के लिए एक संयुक्त शोध समूह का गठन भी करेगी।
भारत पहले ही दक्षिण कोरिया और आसियान के साथ मुक्त व्यापार समझौता लागू कर चुका है। जबकि जापान और मलेशिया के साथ इस तरह के समझौते पर हस्ताक्षर कर चुका है।

Anmerkung/Quelle:
Internetauftritt von Dainik Jāgˈraṇ.

H11-15
Dainik Jāgˈraṇ
īyū ke sāth ephˈṭīe par aṙā śarto kā roṙā

ईयू के साथ एफटीए पर अड़ा शर्तो का रोड़ा

नई दिल्ली [जागरण ब्यूरो]। यूरोपीय संघ [ईयू] को मुक्त व्यापार समझौते के लिए मनाने में सरकार को नाकों चने चबाने पड़ रहे हैं। पेटेंट और कई उद्योगों में ईयू की भारतीय बाजार में पहुंच आसान बनाने के शर्त समझौते की राह में रोड़ा बन रही है। यूरोपीय संघ के अलग-अलग देशों के कानून भी समझौते की राह में बाधा बने हुए हैं।

ग्लोबल मंदी में देश के विदेश व्यापार को पहुंचे नुकसान की भरपाई के लिए संप्रग सरकार ने मुक्त व्यापार समझौते [एफटीए] को रणनीति के तौर पर अपनाया। वाणिज्य मंत्रालय ने दुनिया के अलग-अलग क्षेत्रों के देशों के साथ एफटीए करने की पहल की। आसियान और कुछ दूसरे पूर्वी एशियाई देशों के साथ तो सरकार यह समझौता करने में सफल रही, लेकिन यूरोपीय संघ जैसे बड़े समूह को सरकार इसके लिए राजी नहीं कर पा रही है।

ईयू के साथ सबसे बड़ी दिक्कत पेटेंट नियमों और भारतीय बाजार में खास पहुंच पाने की उसकी मांग की है। यूरोपीय संघ चाहता है कि भारत अपने यहां बौद्धिक संपदा कानूनों को और कड़ा बनाए। इसके साथ ही यूरोपीय देश कृषि और ऑटो बाजार में ज्यादा पहुंच चाहते हैं। यानी इन देशों की मांग है कि भारत कृषि उत्पादों और कारों के आयात को और सस्ता बनाए ताकि उनके उत्पादों को भारतीय बाजार में ज्यादा जगह मिल सके।

हालांकि भारत बौद्धिक संपदा कानून से जुड़ी यूरोपीय संघ की मांग को मानने के लिए तैयार नहीं है, लेकिन ईयू इसके बिना समझौते पर आगे बढ़ने को तैयार नहीं है। वाणिज्य मंत्रालय के सूत्रों के मुताबिक, दरअसल दिक्कत ईयू के सदस्य देशों को मनाने में आ रही है। छोटे-बड़े मिलाकर यूरोपीय संघ में करीब 22 देश शामिल हैं। इन देशों की मांगें भी अलग-अलग हैं। कुछ देश भारतीय उत्पादों की गुणवत्ता पर सवाल उठा रहे हैं। यही वजह है कि सभी देश इस समझौते को लेकर एक मंच पर नहीं आ पा रहे हैं।

यूरोपीय संघ के साथ भारत करीब 12 बैठकें कर चुका है। अगले महीने फिर बैठक होनी है, लेकिन सूत्रों का कहना है कि ईयू के साथ एफटीए होने की हाल फिलहाल संभावना नहीं दिख रही। चूंकि अमेरिका मंदी और यूरोपीय संघ आर्थिक संकट से पूरी तरह बाहर नहीं आया है, इसलिए यूरोपीय देश भी जल्दबाजी में ऐसा कोई समझौता नहीं करना चाहते, जिसमें उन्हें नुकसान हो।

Anmerkung/Quelle:
https://www.jagran.com/business/biz-7629994.html, eingesehen am 18.12.2020.

H12-1
Hindustān Dainik
Ul'ṭe rāste par cal'ne kī jid

उल्टे रास्ते पर चलने की जिद , सीताराम येचुरी, सदस्य, माकपा पोलित ब्यूरो

ऐसा लग रहा है कि सरकार फरवरी के पहले सप्ताह में ही यूरोपीय संघ के साथ मुक्त व्यापार समझौते (एफटीए) पर दस्तखत करने की तैयारियां कर रही है। अब यह तो किसी से छिपा हुआ नहीं है कि यूरोपीय संघ खुद ही इस समय गंभीर आर्थिक संकट में फंसा है और इस संकट के कारण उसकी मुद्रा यूरो के अस्तित्व के लिए ही खतरा पैदा हो गया है।

ऐसे में यह जाहिर-सी बात है कि यूरोपीय संघ के साथ इस मुक्त व्यापार समझौते का एक ही काम होगा कि मुनाफों की कमी की मारी यूरोपीय पूंजी के लिए भारतीय बाजार खोल दिए जाएं। इसका परिणाम यह होगा कि यूरोप की बहुत भारी सब्सिडी से पैदा होने वाले कृषि व दुग्ध उत्पादों से भारतीय बाजारों को पाट दिया जाएगा। यह हमारे किसानों और हमारी कृषि अर्थव्यवस्था के लिए सर्वनाश को आमंत्रित करना ही होगा, जबकि भारतीय कृषि पहले से ही गहरे संकट में है।

आज जब खुद सरकारी एजेंसियां किसानों को घोषित न्यूनतम समर्थन मूल्य देने में भी हीला-हवाला कर रही हैं और इसके चलते किसानों को औने-पौने दाम पर अपनी फसल बेचने पर मजबूर होना पड़ रहा है, तब हमारी अर्थव्यवस्था के द्वार यूरोप के लिए खोलने से हमारे किसान भाइयों पर और अधिक मुसीबतें टूट पड़ेंगी। यह एक कटु हकीकत है कि देश में हताशा के कारण आत्महत्या करने वाले किसानों की संख्या पहले ही काफी ज्यादा है, ऐसे में उनकी हताशा बढ़ी, तो कई नई समस्याएं पैदा हो सकती हैं।

आसियान देशों के साथ जो मुक्त व्यापार समझौता किया गया था, उसके नतीजे सबके सामने हैं। नकदी फसल उत्पादकों, खासतौर से केरल के कृषि उत्पादकों पर इस मुक्त व्यापार समझौते के विनाशकारी असर की कहानियां उजागर हो चुकी हैं।

जाहिर है, यह सब विदेशी पूंजी के प्रवाह को आकर्षित करने के नाम पर हो रहा है। इन कोशिशों के लिए यूपीए सरकार अब एक बहाना यह बना रही है कि इससे बढ़ते राजकोषीय घाटे को संभालने में मदद मिलेगी। लेकिन अगर कॉरपोरेट कंपनियों और संपन्न लोगों को दी गई कर रियायतें वापस ले ली गई होतीं, तो राजकोषीय घाटा खुद-ब-खुद खत्म हो गया होता।

याद रहे कि इस तरह की कर रियायतों ने धनिकों की और धनी होने में ही मदद की है और इसके बल पर ही देश में अरबपतियों की संख्या ताबड़तोड़ तेजी से बढ़ी है और अब उनकी कुल परिसंपत्तियां हमारे देश के सकल घरेलू उत्पाद के तिहाई हिस्से से ऊपर निकल चुकी हैं। इस तरह, यह तो साफ ही है कि यूपीए सरकार की नीतिगत दिशा विदेशी पूंजी तथा भारतीय बड़े कारोबारियों के मुनाफे बढ़ाकर अधिकतम करने के हिसाब से ही संचालित है और इसकी कीमत भारतीय जनता के विशाल हिस्सों को अपने जीवन स्तर में गिरावट से चुकानी पड़ रही है।

यह अचरज की बात नहीं होगी कि बढ़ते राजकोषीय घाटे को नीचे लाने के नाम पर सरकार आने वाले बजट में सामाजिक क्षेत्र पर पहले ही बहुत मामूली खर्चों में और कटौती कर दे। गौरतलब है कि सरकारी खर्चों में कटौती के इसी तरह के प्रयासों के चलते सरकार के अनेक विभागों में, और सबसे बढ़कर रेलवे महकमे में लाखों की संख्या में पद खाली पड़े हुए हैं। इन दिनों खर्च में कटौती करने के लिए कथित रूप से भीमकाय नौकरशाही को काट-छांटकर दुबला करने की पुकार अक्सर सुनने को मिलती है।

हाल के अध्ययनों ने यह साबित किया है कि भारत में प्रति व्यक्ति सरकारी कर्मचारी अनुपात, शायद दुनिया भर में सबसे कम है। अध्ययन दिखाते हैं कि जहां भारत में केंद्र व राज्य, दोनों स्तर की सरकारों को मिलाकर सरकारी सेवकों की संख्या एक लाख नागरिकों पर 1,600 से जरा-सी ऊपर बैठती है, जबकि अमेरिका में यही संख्या 7,681 यानी भारत के मुकाबले करीब पांच गुना ज्यादा है। अगर रेलवे के कर्मचारियों को अलग कर दें, तो हिन्दुस्तान में केंद्र सरकार के कर्मचारियों की कुल संख्या एक लाख नागरिकों पर महज 125 ही रह जाती है, जबकि अमेरिका में संघीय सरकार के सेवकों की यही संख्या करीब 800 बैठेगी।

साफ है, भारत में शासन के पास सामाजिक क्षेत्र की जनता की बुनियादी जरूरतें पूरी करने के लिए , यहां तक कि आंतरिक सुरक्षा की जरूरतें पूरी करने के लिए भी पर्याप्त श्रम शक्ति नहीं है। मिसाल केतौर पर, भारत में आबादी के अनुपात में पुलिस वालों की संख्या संयुक्त राष्ट्रकी सिफारिश के मुकाबले बमुश्किल एक-तिहाई ही बैठेगी। कहने की जरूरत नहीं है कि शिक्षा, स्वास्थ्य, रक्षा तथा खाद्य सुरक्षा जैसी बुनियादी जिम्मदारियों के सार्वभौमिक निर्वाह की कामयाबी बहुत हद तक इन्हें जमीनी स्तर पर जनता को उपलब्ध कराने वाले तंत्र की स्थिति पर निर्भर करती है।

निस्संदेह, यह चिंता अपने आप में पूरी तरह से जायज है कि सभी विकास परियोजनाओं व सामाजिक सेवाओं के फंड की बड़े पैमाने पर जो चोरी होती है, उसे रोका जाना चाहिए (राजीव गांधी की विख्यात टिप्पणी याद आ रही है कि सरकार जो एक रुपया खर्च करती है, उसमें से सिर्फ पंद्रह पैसे ही जनता तक पहुंच पाते हैं)। पर यह भी नहीं भूलना चाहिए कि जो न्यूनतम सेवाएं उपलब्ध हैं, उन्हे भी जनता तक पहुंचाने के लिए पर्याप्त ताना-बाना मौजूद नहीं है।

वास्तव में, स्वास्थ्य, शिक्षा, खाद्य सुरक्षा जैसे बुनियादी महत्व के क्षेत्रों में जनता की सामाजिक-आर्थिक जरूरतें पूरी करने के लिए, सार्वजनिक श्रम शक्ति में बहुत भारी बढ़ोतरी करने की जरूरत है। लेकिन सरकार तो राजकोषीय घाटे में कटौती के नाम पर सरकारी कर्मचारियों की पहले ही कम संख्या में और कटौतियां करने पर तुली हुई है।

इस तरह, भारतीय जनता का विशाल बहुमत इस दोहरी कैंची के हमले की जद में है। एक तरफ तो उदारीकरण की आर्थिक नीतियां हैं, जो विदेशी व भारतीय बड़ी पूंजी के अनाप-शनाप मुनाफे ज्यादा से ज्यादा बढ़ाने तथा दूसरे सिरे पर हमारी जनता के विशाल बहुमत को और दरिद्र बनाने में लगी हुई हैं। दूसरी ओर, जो मामूली-सी सेवाएं व सार्वजनिक सुविधाएं उपलब्ध भी हैं, उन्हें जनता तक पहुंचाने के लिए जरूरी न्यूनतम तंत्र मुहैया कराने की बजाय उसमें भी कटौतियां की जा रही हैं।

(ये लेखक के अपने विचार हैं)

Anmerkung/Quelle:
https://www.livehindustan.com/news/article/article1-story-215836.html, eingesehen am 30.01.2021.

H12-2
Āj Tak
Bhārat-īyū ke bīc mukt vyāpār sam'jhautā jald



भारत और यूरोपीय संघ (ईयू) ने ऊर्जा सुरक्षा सुधारने और अनुसंधान के क्षेत्र में सहयोग के लिए मिलकर काम करने का आज निर्णय किया और उम्मीद जताई कि जल्द ही मुक्त व्यापार समझौता कर लिया जाएगा.
यहां 12वें भारत-ईयू शिखर सम्मेलन में प्रधानमंत्री मनमोहन सिंह ने कहा कि इसमें कुछ जटिल मुद्दे हैं, लेकिन हम दोनों बातचीत में तेजी लाने पर सहमत हुए हैं ताकि हम जल्द से जल्द समझौते को सिरे चढ़ा सकें. सिंह ने कहा कि दोनों पक्षों ने व्यापक व्यापार एवं निवेश समझौते पर बातचीत में उल्लेखनीय प्रगति की है. उन्होंने कहा कि हम ऐसा समाधान निकालने की कोशिश करेंगे जो व्यवहारिक, परस्पर लाभप्रद और दोनों पक्षों को स्वीकार्य हो.
यूरोपीय आयोग के अध्यक्ष जोस बरोसो ने कहा कि दोनों देशों ने एक मुक्त व्यापार समझौते पर पहुंचने के लिए बातचीत के दौरान 'अहम प्रगति' की है और बातचीत अगले कुछ समय में पूरी हो जानी चाहिए.
उल्लेखनीय है कि भारत और यूरोपीय संघ मुक्त व्यापार संधि पर 2007 से ही बातचीत कर रहे हैं. हालांकि, भारतीय पेशेवरों के लिए वीजा नियमों को उदार करने और यूरोपीय संघ से आयातित कारों व शराब पर शुल्क में कमी जैसे मुद्दों को लेकर वार्ता अटकी है.
वाणिज्य मंत्री आनन्द शर्मा और यूरोपीय व्यापार आयुक्त कारेल दे गुच के बीच बातचीत के बाद जारी एक संयुक्त बयान में कहा गया कि समझौते को जल्द सिरे चढ़ाने के लिए बातचीत की प्रगति पर नजर रखी जाएगी.

Anmerkung/Quelle:
http://aajtak.intoday.in/story/India-EU-to-clinch-free-trade-pact-1-691263.html, eingesehen am 30.01.2021.

H12-3
Dainik Bhāskar
Eph'ṭīe se īyū aur bhārat donoṃ ko khāsā phāy'dā

एफटीए से ईयू और भारत दोनों को खासा फायदा, बिजनेस ब्यूरो
यूरोपीय यूनियन को भारत का विशाल उपभोक्ता बाजार दिख रहा है तो भारत को यूरोप में पेशेवर सेवा क्षेत्र खुलने का भरोसा है।
दुनिया का आर्थिक संतुलन अब उभरती हुई अर्थव्यवस्थाओं के पक्ष में है, इसमें अब शायद ही किसी को शक रह गया है। एशिया और लातिन अमेरिकी देशों की अर्थव्यवस्था में सबसे ज्यादा ग्रोथ दिखाई दे रही है। खास बात यह है कि भारत, चीन और ब्राजील जैसे देशों में विशाल उपभोक्ता बाजार है और दुनिया भर की कंपनियां इसका फायदा उठाने की होड़ में हैं।
यूरोपीय और अमेरिकी कंपनियों के पास तकनीक है तो एशियाई अर्थव्यवस्था में इनका फायदा उठाने के लिए कंपनियां तैयार हैं। इसलिए दुनिया भर के कई देशों में मुक्त व्यापार समझौते दिखाई दे रहे हैं। खासकर एशियाई देशों के साथ फ्री ट्रेड एग्रीमेंट ज्यादा हो रहे हैं। भारत और यूरोपीय यूनियन के बीच भी फ्री ट्रेड एग्रीमेंट की कोशिश हो रही है। हालांकि यह बातचीत अभी सिरे नहीं चढ़ी है लेकिन देर-सवेर दोनों के बीच मुक्त व्यापार समझौते पर हस्ताक्षर हो सकता है।
दोनों को इसमें फायदा नजर आ रहा है। इसलिए मुक्त व्यापार समझौते को लेकर बातचीत चल रही है। यूरोपीय यूनियन भारत का सबसे बड़ा कारोबारी साझीदार है। 2011 में दोनों के बीच कारोबार बढ़ कर 103 अरब डॉलर पर पहुंच गया। इसके अलावा 27 देशों का यह यूनियन

भारत में प्रत्यक्ष विदेशी निवेश का सबसे बड़ा स्रोत है। भारत यूरोपीय यूनियन का सातवां बड़ा ट्रेडिंग पार्टनर है। यूरोपीय यूनियन भारत में बड़ी संभावना देख रही है। उसे लग रहा है कि भारत सबसे बड़े उपभोक्ता बाजार के तौर पर उभर सकता है। इस बीच, यूरोपीय यूनियन का आर्थिक संकट किसी से छिपा नहीं है।
ज्यादातर देशों में कर्ज और जीडीपी का अनुपात काफी असंतुलित है और सरकारें अब वहां कारोबारी पुनर्गठन पर काफी ध्यान दे रही हैं। इन देशों में खर्च, कमाई से कहीं ज्यादा बढ़ी हुई है। यूरोपीय यूनियन से जुड़े देशों की कंपनियों को लगता है कि नए बाजारों में हिस्सेदारी नहीं बढ़ाई गई तो उन्हें और मुसीबत का सामना करना पड़ सकता है। बहरहाल भारत और यूरोपीय यूनियन दोनों 2013 तक आपसी कारोबार बढ़ा कर 200 अरब डॉलर तक ले जाना चाहते हैं।
यूरोपियन यू्ूनियन को यहां बड़ा उपभोक्ता बाजार दिख रहा है और भारत को वहां पेशेवर सेवाओं का बाजार खुलता नजर आ रहा है। भारत को सेवा क्षेत्र में अपने पेशेवर मानव संसाधन को खपाने का बड़ा मौका हाथ लगता है। भारत में अंग्रेजी शिक्षा प्राप्त मानव संसाधन बड़ी तादाद में है।
एफटीए परवान चढ़ा तो भारतीय सॉफ्टवेयर इंजीनियरों, डॉक्टरों, शिक्षकों और दूसरे पेशेवरों को यूरोपीय देशों के बाजार में प्रवेश मिल सकता है। हालांकि कुछ विशेषज्ञ इस पर असहमत हैं। उनका कहना है कि यूरोपीय यूनियन में इस समय भारतीय पेशेवरों का प्रवेश इतना आसान नहीं होगा। क्योंकि इन देशों में आर्थिक संकट की वजह से रोजगार की स्थित बेहद खराब है। ज्यादातर देशों पर संरक्षणात्मक कदम उठाने का दबाव है। हालांकि ज्यादातर यूरोपीय देशों को पता है कि अगर भारत के विशाल बाजार का लाभ हासिल करना है तो उन्हें अपने वीजा नियमों में ढील देनी होगी।
यह बात अगर वहां की सरकारें अपने लोगों को समझा सकी तो भारत और यूरोप में मुक्त व्यापार समझौते को परवान चढने में ज्यादा देर नही लगेगी। हालांकि दोनों देश इस समझौते के बावजूद अपने-अपने उद्योगों के हितों की सुरक्षा का पूरा ध्यान रखेंगी। बहरहाल, अगर दोनों ओर से कुछ विवादास्पद मुद्दों को सुलझा कर आगे बढ़ा जाए तो एक दूसरे को फायदा मिल सकता है।

Anmerkung/Quelle:
http://www.bhaskar.com/article/great-benefit-to-both-the-eu-and-india-fta-2859794.html, eingesehen am 15.09.2012.

H12-4
Dainik Bhāskar
In kāroṃ par ṭaiks kam kar'ne kī mā̃g

इन कारो पर टैक्स कम करने की माग, बिजनेस ब्यूरो
डीजल कारों पर ज्यादा टैक्स के विरोध में उद्योग हुआ लामबंद विरोधाभास
घरेलू ऑटो कंपनियों का कहना है कि एक ओर तो सरकार देश में निर्मित डीजल कारों पर टैक्स बढ़ाना चाहती है, दूसरी ओर यूरोप से आयात होने वाली कारों पर ड्यूटी घटाने की तैयारी हो रही है, जिसे कि किसी भी हालत में उचित नहीं ठहराया जा सकता।
भारी पड़ रहा यूरोप
3.4 अरब डॉलर मूल्य की कारों का आयात हुआ है 2010-11 के दौरान यूरोप से भारत में
1.7 अरब डॉलर मूल्य की कारें भारत से भेजी गई हैं यूरोपीय देशों में इस अवधि के दौरान
प्रस्ताव:- यूरोपीय संघ के साथ एफटीए पर चल रही बातचीत में भारत ने सभी कारों के आयात पर शुल्क को मौजूदा 60' से घटाकर 30' करने का प्रस्ताव दिया है।
डीजल कारों पर टैक्स बढ़ाने के सरकार के संभावित कदम से आशंकित घरेलू ऑटो सेक्टर ने इस मामले पर अपनी लामबंदी तेज कर दी है। अभी तक तो अलग-अलग कंपनियां अपने तौर पर सरकार के इस कदम का विरोध कर रही थीं। लेकिन, शुक्रवार को ऑटो कंपनियों का शीर्ष संगठन सोसाइटी ऑफ इंडियन ऑटोमोबाइल मैन्युफैक्चरर्स (सियाम) डीजल कारों पर टैक्स बढ़ाने की कोशिश के विरोध में खुलकर सामने आ गया।
घरेलू ऑटो कंपनियों का कहना है कि एक ओर तो सरकार देश में निर्मित डीजल कारों पर टैक्स बढ़ाना चाहती है, दूसरी ओर यूरोप से आयात होने वाली कारों पर ड्यूटी घटाने की तैयारी हो रही है, जिसे कि किसी भी हालत में उचित नहीं ठहराया जा सकता।
सियाम ने कहा है कि यूरोपीय संघ (ईयू) के साथ प्रस्तावित मुक्त व्यापार समझौते (एफटीए) में ज्यादा रियायतें देने से भारत को कुछ हासिल नहीं होने वाला है। सियाम के मुताबिक, आयात शुल्क में कटौती से घरेलू ऑटो निर्माताओं को कोई लाभ नहीं मिलेगा। यह अपने आप में विरोधाभासी स्थिति है कि एक तरफ तो हम भारत में बड़ी व डीजल कारों के उत्पादन को हतोत्साहित करने वाले कदम उठा रहे हैं और दूसरी ओर यूरोप से एफटीए के तहत इसी तरह की कारों पर आयात शुल्क घटा रहे हैं।
घरेलू ऑटो सेक्टर को आशंका है कि अगले कुछ दिनों के भीतर आने वाले बजट में सरकार डीजल कारों पर टैक्स बढ़ा सकती है। साथ ही, बड़ी कारों पर भी टैक्स में बढ़ोतरी की जा सकती है। इससे यह कारें महंगी हो जाएंगी, जिसका खामियाजा घरेलू ऑटो सेक्टर को बिक्री में कमी के रूप में भुगतना होगा। इसी वजह से उद्योग लगातार इस तरह की कोशिशों का विरोध करता आ रहा है। साथ ही, यूरोपीय संघ के साथ एफटीए के तहत कारों के आयात पर शुल्क घटाने पर भी घरेलू ऑटो निर्माता अपना विरोध जता रहे हैं।

सियाम ने कहा है कि हमें पता चला है कि यूरोपीय संघ के साथ एफटीए पर चल रही बातचीत में भारत ने सभी कारों के आयात पर शुल्क को मौजूदा 60 फीसदी से घटाकर 30 फीसदी करने का प्रस्ताव दिया है। जबकि, यूरोप से एक तय संख्या में कारों का आयात तो महज 10-15 फीसदी के आयात शुल्क के तहत ही हो जाया करेगा। इस तरह के किसी भी कदम से ऑटो सेक्टर में घरेलू निवेश, मैन्युफैक्चरिंग, वैल्यू एडिशन व रोजगार सृजन पर विपरीत प्रभाव पड़ेगा।
ऑटोमोटिव सेक्टर में पहले से ही भारत के बजाय यूरोपीय संघ का पलड़ा भारी है। 2010-11 में ईयू से भारत में 3.4 अरब डॉलर मूल्य की पूरी तरह से निर्मित यानी सीबीयू व असेंबलिंग के लिए एकदम तैयार यानी सीकेडी कारों का आयात हुआ है। जबकि, समान अवधि में भारत से यूरोप में महज 1.7 अरब डॉलर मूल्य की कारों का निर्यात हुआ है।
हालांकि, भारत से ईयू को ऑटोमोटिव निर्यात में बीते साल 51 फीसदी का इजाफा दर्ज किया गया, जिसमें कारों के निर्यात में 109 फीसदी का इजाफा हुआ है। दूसरी ओर, यूरोप से भारत की तरफ ऑटोमोटिव आयात में 11 फीसदी की ग्रोथ हुई। वहां से कारों के आयात में 15 फीसदी की गिरावट दर्ज की गई।

Anmerkung/Quelle:
Internetauftritt von Dainik Bhāskar.

H12-5
Navˈbhārat Ṭāims
Yūropīya saṃgh se hogā mukt vyāpār samˈjhautā

यूरोपीय संघ से होगा मुक्त व्यापार समझौता, PTAI
पीटीआई | Aug 3, 2012, 10.28PM IST
नई दिल्ली।। भारत और यूरोपीय संघ के बीच इस साल के अंत तक मुक्त व्यापार समझौता होने की उम्मीद बेल्जियम के उप्रधानमंत्री और विदेश मंत्री दिदियर रेंडर्स ने जताई है।
यहां वाणिज्य संगठन फिक्की द्वारा आयोजित एक बैठक में बेल्जियम के उपप्रधानमंत्री ने कहा कि दोनों के बीच मुक्त व्यापार समझौता जल्द होने से निवेश और व्यापार को बढ़ावा मिलेगा। इससे दोनों की अर्थव्यवस्था को भारी लाभ होगा।
दिदियर रेंडर्स ने कहा कि यूरोप के 17 देशों में एक मुद्रा यूरो चलती है जिससे भारतीय व्यापारियों और निवेशकों को यूरोपीय संघ के देशों में व्यापार करना काफी सुविधाजनक और लाभजनक साबित हो रहा है।
इस बैठक में यहां यूरोपीय संघ के राजदूत जाओ क्रैविन्हो ने कहा कि भारत और यूरोपीय वैज्ञानिकों के बीच परमाणु बिजली के क्षेत्र में सहयोग काफी गहरा चल रहा है। यूरो संकट के बावजूद दोनों देशों के बीच व्यापार में लगातार बढ़ोतरी हुई है जो भारतीय अर्थव्यवस्था की मजबूती के संकेत हैं।

Anmerkung/Quelle:
http://navbharattimes.indiatimes.com/business/business-news/european-union-free-trade-agreement-will/articleshow/15343281.cms , eingesehen am 30.01.2021.

H12-6
Dainik Bhāskar
Bhārat-yūropīya saṃgh mukt vyāpār samˈjhaute meṃ sevā kṣetra kī bādhā

भारत-यूरोपीय संघ मुक्त व्यापार समझौते में सेवा क्षेत्र की बाधा
एजेंसी - नई दिल्ली

बेल्जियम ने कहा है कि भारत और यूरोपीय संघ के बीच मुक्त व्यापार समझौता ((एफटीए)) के रास्ते में सेवा क्षेत्र बाधा बन गया है। सेवा क्षेत्र में एफटीए के तहत भारत चाहता है कि यूरोपीय संघ बिना किसी बाधा के पेशेवरों की मुक्त आवाजाही की व्यवस्था के लिए तैयार हो वहीं ईयू खुदरा, कानूनी और डाक जैसे क्षेत्रों में विदेशी निवेश को लेकर भारत से प्रतिबद्धता चाहता है।
बेल्जियम के उपप्रधानमंत्री डीडीएर रेंडर्स ने विदेश मंत्री एसएम कृष्णा के साथ संयुक्त संवाददाता सम्मेलन में कहा, 'भारत के साथ हमने वस्तु व्यापार जैसे कुछ क्षेत्रों में प्रगति हासिल की है। सेवा क्षेत्र को लेकर कुछ कठिनाइयां है और हम इसके समाधान की कोशिश कर रहे हैं... हम चाहते हैं कि यूरोपीय कंपनियों के लिए भारत में और भारतीय कंपनियों के लिए यूरोप में आसान पहुंच हो।' उन्होंने कहा कि दोनों पक्ष बातचीत

कर रहे हैं और एफटीए पर दस्तखत के लिए प्रक्रिया में तेजी लाने के मकसद से कई बैठकें होनी हैं। उन्होंने उम्मीद जताई कि दोनों पक्ष जल्दी ही इस पर दस्तखत कर सकेंगे।
संबंधों में बढ़ोतरी।
विदेश मंत्री एसएम कृष्णा ने कहा कि वैश्विक मंदी के बावजूद भारत-बेल्जियम में व्यापार बढ़ा है। 2011 में यह 13 अरब यूरो के आंकड़े को पार कर गया। उन्होंने कहा कि यूरोपीय संघ में बेल्जियम दूसरा सबसे बड़ा व्यापार सहयोगी बनकर उभरा है। उन्होंने यह भी कहा भारत बेल्जियम में होने वाले यूरोपेलिया-2012 में सहयोगी देश के रूप में भाग लेने को उत्सुक है। इसमें रूस, चीन तथा ब्राजील भाग ले रहे हैं।

Anmerkung/Quelle:
http://www.bhaskar.com/article/1233627-3631789.html?PRVNX=, eingesehen am 13.01.2013.

H12-7
Dainik Bhāskar
Yūrop ke ravaiye se bhārat-yūrop samˈjhaute meṃ derī ke āsār

यूरोप के रवैये से भारत-यूरोप समझौते में देरी के आसार, राजीव कुमार नई दिल्ली

टकराव
ऑटोमोबाइल्स और वाइन्स के मामले में ड्यूटी दरें घटाने को लेकर है भारत को आपत्ति
यूरोपीय यूनियन ड्यूटी में और कटौती चाहता है
ईयू 73 आइटम में भारत से ड्यूटी दरों में छूट चाहता है
इनमे से 63 आइटम ऑटोमोबाइल्स से जुड़े हुए हैं
ऑटोमोबाइल व वाइन से जुड़े ड्यूटी मामले में यूरोप व भारत के बीच बात नहीं बनने से भारत व यूरोपीय यूनियन के बीच वृहद पैमाने पर होने वाले व्यापार व निवेश समझौते (बीटा) फिलहाल खटाई में पड़ता नजर आ रहा है। भारत ने यूरोपीय यूनियन से यह साफ कह दिया है कि कुछ मुद्दों पर उनके रुख को देखते हुए यह समझौता संभव नहीं है।
अब तक यह उम्मीद की जा रही थी कि आगामी दिसंबर तक भारत व ईयू के बीच बीटा से जुड़े मसलों पर सहमति बन जाएगी और फरवरी तक बीटा को अंजाम दे दिया जाएगा। यूरोपीय यूनियन के 27 देशों और भारत के बीच बीटा की कवायद वर्ष 2007 से चल रही है। बीटा के लिए भारत व ईयू के बीच आखिरी बैठक नई दिल्ली में अगस्त के आखिरी सप्ताह में हुई थी।
वाणिज्य मंत्रालय के सूत्रों के मुताबिक, भारत की मुख्य आपत्ति ऑटोमोबाइल्स और वाइन्स के मामले में ड्यूटी दरों को घटाने को लेकर है। पहले इन मुद्दों पर दोनों के बीच लगभग सहमति बन गई थी, लेकिन ईयू अब ड्यूटी में और कटौती चाहत है। सूत्रों के मुताबिक, भारत पहले ही वाइन्स आयात के मामले में ड्यूटी दरों को 150 फीसदी से कम कर 40 फीसदी तक करने पर राजी हो गया है।
लेकिन ईयू इसमें और कटौती चाहता है। वैसे ही कार आयात के मामले में ईयू 10 फीसदी की ड्यूटी चाहता है जबकि भारत 15 फीसदी ड्यूटी पर सहमत हो चुका है। ईयू 73 आइटम में भारत से ड्यूटी दरों में छूट चाहता है। इनमें से 63 आइटम ऑटोमोबाइल्स से जुड़े हैं। इसके अलावा, ईयू की तरफ से भारत को डाटा सिक्योर्ड देश घोषित नहीं किया गया है। इस साल फरवरी में भारत ने ईयू के समक्ष यह प्रस्ताव रखा था, लेकिन ईयू की तरफ से अब तक इस मामले में कोई पहल नहीं की गई है।
सूत्रों के मुताबिक, सोमवार को वाणिज्य मंत्री आनंद शर्मा ने लंदन के लॉर्ड मेयर के साथ उद्योग भवन में हुई मुलाकात के दौरान उन्हें भारत के रुख से अवगत करा दिया। सूत्रों के मुताबिक भारत ने ईयू को यह बता दिया है कि ऑटोमोबाइल्स और वाइन्स के मामले में भारत ईयू की इच्छा के मुताबिक दरों में संशोधन नहीं कर सकता है। भारत और ईयू के बीच बीटा में देरी पर टेक्सटाइल क्षेत्र को भारी निराशा हाथ लग सकती है।

Anmerkung/Quelle:
http://www.bhaskar.com/article/indias-attitude-to-europe—europe-is-likely-to-delay-agreement-3897391-NOR.html , eingesehen am 13.01.2012.

H13-1
Dainik Bhāskar
Bhārat-īyū ephˈṭīe se baṛheṃgī naukariyāṃ

भारत-ईयू एफटीए से बढ़ेंगी नौकरियां

नई दिल्ली - प्रमुख उद्योगपति गोपीचंद हिंदुजा ने कहा है कि भारत और यूरोपीय यूनियन के बीच मुक्त व्यापार समझौता (एफटीए) जल्द लागू होना चाहिए।

उन्होंने कहा कि इससे निवेश को भारी बढ़ावा मिलेगा और बड़ी संख्या में नौकरियां पैदा होंगी। हिंदुजा ग्रुप ऑफ कंपनीज के को-चेयरमैन हिंदुजा ने कहा कि दोनों पक्षों के अधिकारियों को बातचीत तेज करनी चाहिए।

वीडियो कॉन्फ्रेंसिंग के जरिए एक बैठक को संबोधित करते हुए हिंदुजा ने कहा कि भारत-ईयू एफटीए से निवेश और नौकरियां बढ़ेंगी और दोनों क्षेत्रों के लोगों के जीवन स्तर में सुधार होगो। भारत और 27 देशों के संघ ईयू के बीच एफटीए को लेकर बातचीत लंबे समय से अटकी हुई है।

Anmerkung/Quelle: http://money.bhaskar.com/article/BIZ-india—eu-fta-to-boost-jobs-4144775-NOR.html , eingesehen am 15.04.2013.

H13-2
NDTVI
Yūropīya saṃgh ke sāth vyāpār saṃdhi jald pūrī hogī: śarmā



यूरोपीय संघ के साथ व्यापार संधि जल्द पूरी होगी : शर्मा

आगरा: भारत और यूरोपीय संघ के बीच वृहद मुक्त व्यापार समझौते पर वार्ता जल्द पूर्ण होने की उम्मीद है। इससे दोनों क्षेत्रों के बीच व्यापारिक और आर्थिक रिश्तों को बढ़ावा मिलेगा। इस वार्ता में पहले ही काफी विलंब हो चुका है।

सीआईआई के सालाना भागीदारी सम्मेलन को संबोधित करते हुए वाणिज्य एवं उद्योग मंत्री आनंद शर्मा ने कहा, 'हमारी कई देशों के साथ मुक्त व्यापार समझौतों के लिए बातचीत चल रही है। यूरोपीय संघ के साथ द्विपक्षीय व्यापार एवं निवेश करार (बीटीआईए) जल्द पूर्ण होने के कगार पर है।'

भारत अपने सबसे बड़े व्यापारिक भागीदार यूरोपीय संघ के साथ 2007 से एफटीए के जरिये वस्तुओं, सेवाओं ओर निवेश को उदार बनाने के लिए बातचीत कर रहा है। एफटीए के तहत व्यापार से संबंधित 90 प्रतिशत शुल्कों को समाप्त किया जाएगा। इससे सेवाओं और निवेश के लिए दोनों बाजार खुल सकेंगे।

शर्मा ने कहा कि वैश्विक आर्थिक वृद्धि अब भी नरम है और इसके एक बार फिर से मंदी की गिरफ्त में जाने का जोखिम बना हुआ है। उन्होंने कहा कि जो ताजा संकेत मिल रहे हैं उनसे लगता है कि वैश्विक वृद्धि 3.5 फीसद पर कमजोर रहेगी। यह पिछले साल 3.2 फीसद रही थी।

Anmerkung/Quelle: http://khabar.ndtv.com/news/business/treaty-with-eu-soon-anand-sharma-359754, eingesehen am 30.01.2021.

H13-3
Nav'bhārat Ṭāims
Īyū eph'ṭīe se peṭeṇṭ ko bāhar rakh'ne kī ḍrag iṇḍasṭrī kī māṃg

ईयू एफटीए से पेटेंट को बाहर रखने की ड्रग इंडस्ट्री की मांग
इकनॉमिक टाइम्स | Mar 27, 2013, 09.50AM IST
सोमा दास

नई दिल्ली।। दवा कंपनियों और हेल्थकेयर ऐक्टिविस्ट्स को डर है कि प्रपोज्ड इंडिया-यूरोपियन यूनियन फ्री ट्रेड एग्रीमेंट (एफटीए) में ऐसी शर्तें हो सकती हैं, जिनसे लोकल इंडस्ट्री खतरे में पड़ जाएगी। इन लोगों ने सरकार से पेटेंट उल्लंघन को एफटीए से बाहर रखने की अपील की है।

उन्हें डर है कि फाइनल एग्रीमेंट में भारत ऐसी शर्त पर राजी हो सकता है, जिससे किसी भारतीय दवा कंपनी की ओर से सिर्फ पेटेंट उल्लंघन का शक होने पर उसके बैंक खातों और अचल संपत्ति कुर्क की जा सकती है। इससे इंटरमीडियरीज और सप्लायर्स, ड्रग डिस्ट्रिब्यूटर्स, मेडिकल प्रोक्योरमेंट एजेंसी के खिलाफ भी इंटेलेक्चुअल प्रॉपर्टी राइट्स तोड़ने का मामला बन सकता है।

माना जा रहा है कि ड्राफ्ट एग्रीमेंट में ऐसी शर्तें डाली गई हैं। अभी इस एग्रीमेंट पर दोनों पक्षों के बीच बात चल रही है। ड्रग इंडस्ट्री और हेल्थकेयर एक्टिविस्ट्स ने यह मामला सरकार के सामने उठाया है। भारत की बड़ी दवा कंपनियों की इंडस्ट्री बॉडी इंडियन फार्मा अलायंस के सेक्रेटरी जनरल डी जी शाह ने कहा, 'बैंक खातों और प्रॉपर्टी कुर्क होने की आशंका के चलते जेनेरिक दवा कंपनियां सही मामलों में भी पेटेंट को चैलेंज करने से बचेंगी। इससे भारत सहित दुनिया भर में ड्रग सप्लाई प्रभावित हो सकती है।'
इंडिया-यूरोपियन यूनियन फ्री ट्रेड एग्रीमेंट पर लंबे समय से बात चल रही है। भारत 14-15 अप्रैल को यूरोपियन यूनियन के ट्रेड कमिश्नर के साथ मिनिस्ट्री लेवल की मीटिंग में पूरा होने की उम्मीद कर रहा है। कॉमर्स और इंडस्ट्री मिनिस्टर आनंद शर्मा ने हाल ही में यह जानकारी दी थी। इस मामले में शाह ने यह भी कहा, 'भारत सरकार एफटीए को अपने अचीवमेंट के तौर पर पेश करना चाहती है और यूरोपियन यूनियन को इसमें फायदा उठाने का मौका नजर आ रहा है।'
पेटेंट एक्सपर्ट्स का भी मानना है कि अगर सरकार इन शर्तों पर मान जाती है, तो यह ट्रेड रिलेटेड एसपेक्ट्स ऑफ इंटेलेक्चुअल प्रॉपर्टी राइट्स (ट्रिप्स) से भी आगे की बात होगी। अभी तक भारत सरकार यही कहती आई है कि वह ट्रिप्स से ज्यादा रियायत यूरोपियन यूनियन को नहीं देगी। इंटेलेक्चुअल प्रॉपर्टी एक्सपर्ट एस बशीर ने कहा, 'ट्रिप्स के तहत बैंक खाते फ्रीज नहीं किए जा सकते और न ही प्रॉपर्टी कुक की जा सकती है। ट्रिप्स इंटरमीडियरीज को इस तरह के मामले में पार्टी बनाने की इजाजत भी नहीं देता है।' उन्होंने कहा कि सरकार को इस एग्रीमेंट पर साइन करने से पहले उसे पब्लिक के सामने रखना चाहिए। बशीर के मुताबिक, इस तरह की शर्तों से पब्लिक हेल्थ का मामला जुड़ा है।

Anmerkung/Quelle:
http://navbharattimes.indiatimes.com/business/business-news/eu-fta-patent-drug-industry-sought-to-keep-out/articleshow/19227646.cms , eingesehen am 30.01.2021.

H13-4
Dainik Jāg'raṇ
Jarūrī davāeṃ mahaṃgī kar degī yūrop se saṃdhi



जरूरी दवाएं महंगी कर देगी यूरोप से संधि
नई दिल्ली [जागरण ब्यूरो]। सस्ती दवाओं की खुशी जल्द ही काफूर हो सकती है। केंद्र सरकार यूरोपीय समुदाय के साथ गुपचुप रूप से जो मुक्त व्यापार समझौता (एफटीए) करने जा रही है उसके बाद भारत सख्त पेटेंट शर्तो में बंध सकता है यानी दवाएं महंगी हो सकती हैं। समझौता गुपचुप इसलिए है क्योंकि इसके प्रावधान सार्वजनिक नहीं किए गए हैं। आमतौर पर मुक्त व्यापार समझौतों का मसौदा संबंधित पक्षों की जानकारी और बहस के लिए सार्वजनिक किया जाता है, लेकिन यूरोपीय समुदाय से संधि को लेकर एक रहस्यमय गोपनीयता बरती जा रही है।
यह भारत का सबसे बड़ा मुक्त व्यापार समझौता है। इसी माह 15 अप्रैल को ब्रसेल्स में वाणिज्य मंत्री आनंद शर्मा और ईयू के ट्रेड कमिश्नर कार्ल डी गेश के बीच इस पर निर्णायक बैठक होनी है। वाणिज्य मंत्रालय समझौते की तैयारी में जुटा है, जबकि उद्योग बेचैन है क्योंकि इस संधि से यूरोपीय समुदाय को जो रियायतें मिलने की संभावना है उनके जरिये भारत में डेयरी, कृषि, पॉल्ट्री सहित कई उत्पादों के आयात में बड़े पैमाने पर इजाफा होने का डर है, जो देश के उद्योगों पर भारी पड़ेगा। भारत ईयू संधि में दवाओं को लेकर संवेदनशीलता सबसे ज्यादा है।
सूत्रों के अनुसार, इस समझौते में पेटेंट व बौद्धिक संपदा अधिकारों (ट्रिप्स) के तहत यह प्रावधान है कि अगर भारत में बनने वाली दवाएं पेटेंट नियमों के खिलाफ हुई तो निर्यातकों की दवा, बैंक खाते व संपत्तियां कुर्क हो जाएंगी। इससे भारत में देशी व विदेशी कंपनियों के लिए दवाएं सस्ती रखना मुश्किल होगा। महंगी दवा बनाकर बेचना और निर्यात करना मजबूरी होगा, जैसी कोशिश नोवर्टिस कर रही थी जिसे सुप्रीम कोर्ट से खारिज किया गया है। यह प्रावधान यूरोप के रास्ते अफ्रीका को जाने वाली दवा की खेप पर भी लागू हो सकता है। भारत अफ्रीकी देशों को जेनरिक दवाओं का बड़ा निर्यात करता है। 2008 में नीदरलैंड में भारत से निर्यात हुई दवाओं की 16 खेप जब्त हुई थीं। यह संधि परवान चढ़ेगी या नहीं, लेकिन स्वयंसेवी संगठनों के जरिये मसौदे के जो हिस्से बाहर आए हैं, उनसे खासी बेचैनी है।
पेटेंट विशेषज्ञ कहते हैं कि भारत ने डब्लूटीओ के निर्धारित ट्रिप्स पर जो सहमति दी थी, समझौता उससे बाहर जा रहा है। इसलिए इसके प्रारूप को सार्वजनिक करने की मांग हो रही है।

भारत का डेयरी उद्योग भी समझौते के तरह यूरोप से दुग्ध उत्पाद आयात पर आशंकित है। गुजरात कोऑपरेटिव मिल्क फेडरेशन के अध्यक्ष आरएस सोढी इस समझौते को लेकर सख्त विरोध दर्ज करा चुके हैं। यूरोप में डेयरी उत्पादों पर सब्सिडी है, जो निर्यातों को सस्ता रखती है। इस एफटीए से गेहूं, चीनी, मछली उत्पादों का आयात बढ़ने की आशंका है, जो देशी उत्पादकों की समस्या बनेगा।

Anmerkung/Quelle:
http://www.jagran.com/news/national-important-drugs-to-get-expensive-if-india-sign-agreement-with-europe-10269284.html , eingesehen am 30.01.2021.

H13-5
Dainik Jāgˈraṇ
Īyū ke sāth ephˈṭīe se baiṭh jāegā gharelū vāhan udyog



ईयू के साथ एफटीए से बैठ जाएगा घरेलू वाहन उद्योग

नई दिल्ली [जागरण ब्यूरो]। भारत-यूरोपीय संघ के बीच आने वाले दिनों में मुक्त व्यापार समझौते [एफटीए] की राह बेहद कठिन होने के आसार हैं। देश के तमाम घरेलू उद्योग समूहों ने इस समझौते के खिलाफ जबरदस्त लॉबींग शुरू कर दी है। खास तौर पर भारतीय ऑटो उद्योग ने तो एक तरह से केंद्र सरकार को अल्टीमेटम दे दिया है। उसने कहा है कि अगर सरकार ने यूरोपीय संघ [ईयू] के साथ यह समझौता किया तो यह घरेलू वाहन उद्योग के लिए सबसे बड़ा धक्का होगा। यह न सिर्फ भारत के मैन्यूफैक्चरिंग क्षेत्र को नुकसान पहुंचाएगा, बल्कि देश में रोजगार के अवसरों में भी कमी आएगी।

देश की ऑटो कंपनियों के शीर्ष संगठन सोसायटी ऑफ ऑटोमोबाइल इंडस्ट्री [सियाम] ने इस बारे में एक श्वेत जारी किया है। साथ ही कहा है कि भारत सरकार को घरेलू वाहन उद्योग की अहमियत को समझना होगा। कुछ वर्ष पहले जब अमेरिका में आर्थिक मंदी आई थी तो वहां की सरकार ने ऑटो उद्योग के लिए अरबों डॉलर का पैकेज दिया था। यूरोपीय देशों में भी ऐसे पैकेज दिए जाते रहते हैं। ऐसे में हमें अपने वाहन उद्योग को जड़ से खत्म करने की कोशिश नहीं करनी चाहिए। सियाम ने संभावना जताई है कि ईयू के साथ एफटीए होने के बाद भारत के ऑटो क्षेत्र में कोई भी नया निवेश नहीं होगा। अभी तक जो निवेश हुआ है वह भी सुरक्षित नहीं रहेगा।

सूत्रों का कहना है कि सियाम ने केंद्र सरकार पर यह दबाव यूरोपीय संघ के मिजाज को देखने के बाद ही बनाया है। भारत सरकार हाल तक ऑटो उद्योग और खास तौर पर पैसेंजर कार उद्योग को इस एफटीए से अलग रखना चाहती थी। लेकिन ईयू का कहना है कि कार उद्योग के बगैर भारत के साथ एफटीए करने का कोई मतलब नहीं है। वहीं, सियाम का कहना है कि अगर भारत को लंबी अंवधि में अपने ऑटो उद्योग को बचा कर रखना है तो उसे साफ कह देना चाहिए कि एफटीए में किसी भी कीमत पर ऑटो उद्योग को शामिल नहीं किया जाएगा।

Anmerkung/Quelle:
https://www.jagran.com/business/biz-siam-opposes-move-to-reduce-import-duty-on-european-cars-10288251.html , eingesehen am 30.01.2021.

H13-6
Navˈbhārat Ṭāims
Īyū ke sāth ephˈṭīe se ăṭo iṇḍasṭrī kī nikˈlegī havā

ईयू के साथ एफटीए से ऑटो इंडस्ट्री की निकलेगी हवा, चंचल पाल चौहान

नई दिल्ली।। देश की ऑटो कंपनियों का मानना है कि यूरोपियन यूनियन और भारत के बीच प्रपोज्ड फ्री-ट्रेड अग्रीमेंट से यूरोप की कार कंपनियों को फायदा होगा। यह बात सोसायटी ऑफ इंडियन ऑटोमोबाइल मैन्यूफैक्चर्स (सियाम) ने कही है।

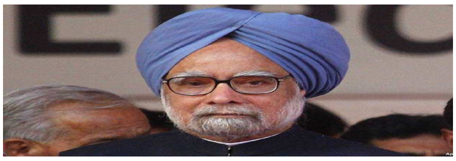
सियाम के प्रेज़िडेंट एस शांडिल्य ने कहा, 'हमारा मानना है कि यूरोपियन यूनियन के साथ फ्री-ट्रेड अग्रीमेंट से एकतरफा फायदा होगा और यूरोप की ऑटो इंडस्ट्री की ओर से भारत में एक्सपोर्ट बढ़ेगा।' भारत और यूरोपियन यूनियन के बीच इस अग्रीमेंट पर जो बात चल रही है, उसके मुताबिक वहां से इंपोर्ट की जाने वाली कारों पर ड्यूटी में 50 फीसदी की कमी की जाएगी। अभी यूरोपियन यूनियन से आने वाली कारों पर 60

फीसदी की इंपोर्ट ड्यूटी लगती है, जिसे घटाकर 30 फीसदी करने पर बात चल रही है। प्रपोज्ड फ्री-ट्रेड अग्रीमेंट में 1500सीसी से ज्यादा वाली बड़ी कारों का इंपोर्ट भारत में 10-15 फीसदी ड्यूटी पर करने पर भी चर्चा हो रही है। 2011-12 में भारतीय ऑटोमोबाइल इंडस्ट्री का टर्नओवर 2,64,000 करोड़ रुपए रहा। इसमें वीइकल एक्सपोर्ट रेवेन्यू करीब 32,000 करोड़ रुपए का था।
शांडिल्य ने कहा, 'अगर इन्हीं शर्तों पर फ्री-ट्रेड अग्रीमेंट होता है, तो इससे भारतीय ऑटो सेक्टर में इनवेस्टमेंट कम होगा, जिसका असर एंप्लॉयमेंट मार्केट पर भी पड़ेगा।' उन्होंने यह भी कहा कि इन शर्तों पर डील होती है, तो इससे यूरोप की ऑटो कंपनियों को फायदा होगा। शांडिल्य के मुताबिक, 'हम बराबरी का मौका देने वाले ट्रेड अग्रीमेंट का सपोर्ट करते हैं।'
ऑटोमोटिव ट्रेड के मामले में अभी भी यूरोपियन यूनियन का पलड़ा भारी है। 2010-11 में वहां से 3.4 अरब डॉलर के ऑटोमोटिव प्रॉडक्ट्स भारत आए। इनमें कंप्लीटली बिल्ट कार यूनिट्स 40 करोड़ डॉलर की थीं। इस साल भारत से यूरोपियन यूनियन को 1.7 अरब डॉलर की कारें एक्सपोर्ट की गई थीं। दोनों देशों के बीच बड़ा अंतर यह है कि भारत से यूरोपियन यूनियन को ज्यादातर छोटी कारें भेजी जाती हैं। इनकी औसत कीमत 6,000-7,000 यूरो होती है। वहीं, यूरोपियन यूनियन से लग्जरी सेडान और एसयूवी भारत आते हैं। इनकी औसत कीमत 20,000 यूरो या इससे ज्यादा होती है।
ऑटो सेक्टर पर नजर रखने वाले ऐनालिस्टों का कहना है कि बगैर एफटीए के कार ट्रेड के मामले में यूरोपियन यूनियन का पलड़ा काफी भारी है। दिल्ली बेस्ड ऑटोमोटिव थिंकटैंक आईएचएस ग्लोबल इनसाइट के इंडिया मैनेजिंग डायरेक्टर दीपेश राठौर का कहना है, 'अगर एफटीए के तहत कंप्लीटली बिल्ट कार पर ड्यूटी घटाई जाती है, तो इससे यूरोपियन यूनियन का पलड़ा बहुत भारी हो जाएगा।' ऑटो इंडस्ट्री की देश के जीडीपी में 4 फीसदी हिस्सेदारी है और इससे 2005 में 1.3 करोड़ लोगों को रोजगार मिला हुआ था। सरकार के 10 साल के ऑटोमोटिव मिशन प्लान में जीडीपी में इसकी हिस्सेदारी बढ़ाकर 10 फीसदी करने का लक्ष्य रखा गया है। वहीं, इस सेक्टर में 2016 तक 2.5 करोड़ लोगों को रोजगार देने की बात कही गई है। वहीं, जर्मनी के जीडीपी में ऑटो सेक्टर की हिस्सेदारी 22 फीसदी है।

Anmerkung/Quelle:
http://navbharattimes.indiatimes.com/auto-technology/car-bikes/fta-would-allow-european-carmakers-to-export-their-surplus-to-india-siam/articleshow/19463546.cms , eingesehen am 30.01.2021.

H13-7
IBN-7
Jarmanī yātrā ke lie ravānā hue pradhān'maṃtrī man'mohan siṃh

जर्मनी यात्रा के लिए रवाना हुए प्रधानमंत्री मनमोहन सिंह



प्रधानमंत्री ने प्रस्थान से पूर्व जारी एक वक्तव्य में कहा कि मैं चांसलर एंजेला मर्केल से भारत-ईयू के बीच व्यापार और निवेश क्षेत्र में व्यापक समझौते पर जल्द राय कायम करने की दिशा में सहयोग हासिल करने की कोशिश करूंगा। प्रधानमंत्री ने कहा कि वह यूरोप से भारतीय निवेशकों और पेशेवर लोगों के लिए दरवाजे खुले रखने का भी प्रस्ताव रखेंगे।
नई दिल्ली। प्रधानमंत्री मनमोहन सिंह पांच कैबिनेट मंत्रीयों के साथ बुधवार को जर्मनी की तीन दिवसीय आधिकारिक यात्रा के लिए रवाना हो गए हैं। इस यात्रा के दौरान वह द्विपक्षीय संबंधों को बढ़ावा देने के लिए दोनों देश की सरकारों के बीच विचार-विमर्श में शामिल होंगे और शिक्षा, विज्ञान प्रौद्योगिक और नवीनीकृत ऊर्जा जैसे क्षेत्रों में समझौता करेंगे। चांसलर एंजेला मर्केल के निमंत्रण पर जर्मनी के दौरे पर रवाना हुए प्रधानमंत्री उनके साथ दोनों सरकारों के बीच होने वाली दूसरी बैठक की अध्यक्षता करेंगे। इस बैठक की शुरुआत 2011 में सहयोग के हर संभावित क्षेत्र पर बातचीत के लिए की गई थी। प्रधानमंत्री के नेतृत्व में रवाना हुए उच्च स्तरीय प्रतिनिधिमंडल में विदेश मंत्री सलमान खुर्शीद, वाणिज्य मंत्री आनंद शर्मा, नवीवीकृत ऊर्जा मंत्री फारुख अब्दुल्ला, मानव संसाधन विकास मंत्री एम एम पल्लम राजू और विज्ञान एवं प्रौद्योगिकी मंत्री एस जयपाल रेड्डी शामिल हैं। इससे पहले मनमोहन सिंह ने कहा था कि वह यूरोपीय संघ (ईयू) के साथ व्यापार संतुलन और निवेश के मुद्दे पर जल्द राय कायम करने के लिए जर्मनी से सहयोग हासिल करने का प्रयास करेंगे।

Anmerkung/Quelle:
http://khabar.ibnlive.in.com/news/96211/2, aufgerufen am 23.05.2013.

H13-8
Prabhāt Ḫabar
Saṃsadīya samiti ne eph'ṭīe ko lekar sar'kār ko kiyā āgāh

संसदीय समिति ने एफटीए को लेकर सरकार को किया आगाह

नयी दिल्लीः संसद की एक समिति ने भारत और यूरोपीय संघ के बीच मुक्त व्यापार समझौते (एफटीए) पर हस्ताक्षर करने में जल्दबाजी के प्रति सरकार को आगाह किया है.

संसदीय समिति ने प्रधानमंत्री मनमोहन सिंह से एफटीए को अंतिम रुप देने से पहले समिति की रिपोर्ट की प्रतीक्षा करने को कहा है. भारत और यूरोपीय संघ (ईयू) के बीच मुक्त व्यापार समझौते (एफटीए) पर जारी बातचीत के बीच समिति ने यह बात कही है.

वाणिज्य पर विभाग संबंधी संसदीय समिति के चेयरमैन शांता कुमार ने आज प्रधानमंत्री को पत्र लिखकर ईयू-भारत व्यापक व्यापार और निवेश समझौता (बीटीआईए) में जल्दबाजी नहीं करने और समिति की रिपोर्ट आने का इंतजार करने को कहा है

समिति की आज हुई बैठक के बाद चेयरमैन का यह पत्र आया है जिसमें समिति के विचारों पर गौर किये बिना ईयू-भारत एफटीए पर समझौते के लिये किसी भी पहल को को लेकर गंभीर आशंका जतायी गयी है. समिति संबंधित पक्षों के साथ समझौते के प्रभाव का अध्ययन कर रही है और जल्दी ही अपनी रिपोर्ट देने वाली है.

शांता कुमार ने प्रेट्र से कहा, ''स्थायी समिति ने मामले पर विचार किया है और सभी सदस्यों ने आज बैठक में विचार रखा. सभी सदस्यों का यह मानना है कि समिति इसका अध्ययन कर रही है और उसे कई सुझाव मिले हैं कि सभी संबद्ध पक्षों के साथ चर्चा और संसद को विश्वास में लेने के बाद ही समझौते को अंतिम रुप दिया जाएगा'' प्रधानमंत्री को लिखे पत्र में कुमार ने कहा, ''मैं आपसे अनुरोध करता हूं कि आप ईयू-भारत व्यापक व्यापार और निवेश समझौते पर जल्दबाजी में निर्णय नहीं करे और यह सुनिश्चित करें कि समझौता समिति की रिपोर्ट संसद में पेश होने के बाद ही हो.''

Anmerkung/Quelle:
http://www.prabhatkhabar.com/node/283315, aufgerufen am 24.06.2013.

H13-9
Nav'bhārat Ṭāims
Īyū se mukt vyāpār ke khilāph utarī bījepī

ईयू से मुक्त व्यापार के खिलाफ उतरी बीजेपी, विशेष संवाददाता

यूरोपीय संघ और भारत के बीच होने वाले मुक्त व्यापार समझौते के खिलाफ बीजेपी ने मोर्चा खोल दिया है। पार्टी ने कहा है कि संसद को विश्वास में लिए बिना इस तरह का समझौता न सिर्फ संसद की अवमानना है बल्कि संघीय ढांचे पर भी प्रहार है। बीजेपी का यह भी कहना है कि इस कदम से भारतीय अर्थव्यवस्था और कमजोर होगी। अगर पार्टी सत्ता में आती है तो वह सुनिश्चित करेगी कि ऐसे समझौते करने से पहले संसद की अनुमति को अनिवार्य किया जाए।

बिना बताए उठाया कदम : बीजेपी नेता मुरली मनोहर जोशी ने कहा कि इस मामले में प्रधानमंत्री ने न किसानों से बात की, न व्यापारियों से और न ही राजनीतिक दलों से। उनकी यह कवायद कार्यपालिका के अधिकारों का नाजायज फायदा उठाने की तरह है। जोशी ने कहा कि समझौता वही होना चाहिए, जिससे भारत को भी फायदा हो। लेकिन सरकार ने इस मामले में कोई एहतियात बरती है या नहीं, इसका भी पता नहीं है, क्योंकि इस मामले में सरकार ने अभी तक जनता को कुछ बताया ही नहीं है। उन्होंने कहा कि पीएम भले ही यह कह रहे हों कि वह सुधारवादी कदम उठाकर देश की अर्थव्यवस्था पटरी पर लाने की कोशिश कर रहे हैं। लेकिन इस तरह की कोशिशों से देश को फायदा नहीं, नुकसान होगा। मुक्त व्यापार की संधि बराबर की होनी चाहिए।

कैसे होगी बराबरी : जोशी ने कहा कि यूरोपीय संघ के देशों में कृषि को बड़े पैमाने पर सरकार सब्सिडी देती है। ऐसे में वहां और भारत की बराबरी कैसे होगी। इससे तो उलटा भारतीय कृषि क्षेत्र बुरी तरह प्रभावित होगा। उन्होंने कहा कि सरकार को बताना चाहिए कि वह किन शर्तों के साथ समझौता कर रही है और आखिर इस समझौते के लिए उसकी मजबूरी क्या है। उन्होंने आशंका जताई कि इस समझौते में ट्रेड के साथ निवेश को जोड़ा जाएगा। अगर ऐसा होता है तो यह शर्त काफी खतरनाक साबित होगी क्योंकि जिसका निवेश ज्यादा होगा, उसे ही ज्यादा फायदा होगा।

नहीं हो समझौता : जोशी ने कहा कि बीजेपी की मांग है कि यह समझौता नहीं होना चाहिए। पहले सरकार को बताना चाहिए कि इस तरह के समझौते को लेकर उसने क्या कोई आकलन किया है, जिससे पता चले कि इसका भारत पर क्या असर होगा। यही नहीं, इस मामले में राज्यों के हित भी जुड़े हुए हैं।

Anmerkung/Quelle:
http://navbharattimes.indiatimes.com/india/national-india/EU-decides-against-free-trade-BJP/articleshow/19499055.cms#gads, aufgerufen am 24.06.2013.

H13-10
Dainik Jāgˈraṇ
Bhārat-īyū ephˈṭīe par isī sāl lagegī muhar

भारत-ईयू एफटीए पर इसी साल लगेगी मुहर

बर्लिन। भारत और जर्मनी ने यूरोपीय संघ (ईयू) से मुक्त व्यापार समझौते (एफटीए) के लिए कई साल से चल रही वार्ता इसी साल पूरी करने का लक्ष्य रखा है। इस करार के लिए अभी कई मसलों पर मतभेद बरकरार हैं। वहीं, प्रमुख विपक्षी दल भारतीय जनता पार्टी ने इसे बेहद विवादित मसला बताते हुए इस पर संसद में विचार की मांग की है।
जर्मनी तीन दिवसीय यात्रा के बाद प्रधानमंत्री मनमोहन सिंह वापस दिल्ली लौट आए हैं। उनकी इस यात्रा के दौरान भारत व जर्मनी के बीच कई समझौते पर हस्ताक्षर किए गए। दौरे के अंत में मनमोहन व जर्मन चांसलर एंजेला मर्केल ने एक संयुक्त बयान जारी किया। इसमें दोनों नेताओं ने कहा कि वे भारत व ईयू के बीच एक ऐसे एफटीए के लिए प्रतिबद्ध हैं, जो विस्तृत, महत्वाकांक्षी व संतुलित हो। साथ ही, इससे दोनों देशों में विकास व रोजगार निर्माण के लक्ष्य हासिल हों। यह समझौता वर्ष 2013 में ही होने की उम्मीद है।
संयुक्त बयान में एफटीए को इसी साल अमलीजामा पहनाने का यह लक्ष्य मर्केल के बयान के बाद रखा गया है। मर्केल ने साफ शब्दों में कहा था कि समझौते के लिए अभी दोनों पक्षों के बीच सभी मुश्किलें दूर नहीं हुई हैं। मर्केल ने भारतीय बीमा क्षेत्र में विदेशी निवेश की सीमा बढ़ाए जाने व यूरोपीय ऑटो कंपनियों के उत्पादों पर आयात शुल्क कम करने की मांगों पर जोर दिया है।
एफटीए के लिए मर्केल व सिंह की इस वार्ता के बीच प्रमुख विपक्षी दल भाजपा ने इस समझौते को बेहद विवादित बताया है। भाजपा ने कहा कि इस मसले पर विशेषज्ञों व संबंधित पक्षों की राय लिए बिना वार्ता के अंतिम चरण की शुरुआत की जा रही है। भाजपा नेता मुरली मनोहर जोशी ने आशंका जताई कि इस एफटीए से भारतीय बाजार ईयू के डेयरी, पोल्ट्री, चीनी, गेहूं, कन्फैक्शनरी, खाद्य तेल और प्लांटेशन उत्पादों से पट जाएगा। इस समझौते का देश की कृषि संप्रभुता और खाद्य सुरक्षा पर सीधा असर पड़ेगा।

Anmerkung/Quelle:
http://www.jagran.com/news/business-india-germany-agree-on-concluding-indiaeu-fta-this-year-10298429.html, aufgerufen am 24.06.2013.

H13-11
Dainik Bhāskar
Bhārat-īyū mukt vyāpār samˈjhautā isī sāl saṃbhav

भारत-ईयू मुक्त व्यापार समझौता इसी साल संभव,ओम गौड़-बर्लिन
भारत और यूरोपियन यूनियन के बीच इसी साल मुक्त व्यापार समझौता हो सकता है। भारत और जर्मनी ने यह उम्मीद जताई है।
प्रधानमंत्री मनमोहन सिंह और जर्मन चांसलर एंजेला मर्केल ने शुक्रवार को यहां संयुक्त बयान में कहा, ‘दोनों देश इसी साल भारत-ईयू ((यूरोपियन यूनियन)) के बीच मुक्त व्यापार समझौता कराने के लिए प्रतिबद्ध हैं। समझौते से दोनों देशों में रोजगार के अवसर बढ़ेंगे और आर्थिक वृद्धि तेज होगी।’ जर्मनी का समर्थन मिलना भारत के लिए इसलिए महत्वपूर्ण है क्योंकि वह यूरोप में सबसे बड़ी अर्थव्यवस्था है। 27 देशों वाले यूरोपियन यूनियन में उसकी राय काफी मायने रखती है। इससे पहले गुरुवार को जर्मन चांसलर ने कहा था, ‘भारत और ईयू के बीच मुक्त व्यापार समझौते के लिए कई बाधाएं हैं।’ उन्होंने भारत से बीमा क्षेत्र में विदेशी पूंजी सीमा को बढ़ाने और जर्मन वाहनों के आयात पर ड्यूटी घटाने की भी मांग की थी।

Anmerkung/Quelle:
http://www.bhaskar.com/article/MP-c-62-277384-NOR.html?PRVNX, aufgerufen am 24.06.2013.

H13-12
Dainik Bhāskar
Bhārat-īyū ke bīc ephˈṭīe par aham baiṭhak āj

भारत-ईयू के बीच एफटीए पर अहम बैठक आज

तैयारी - प्रस्तावित द्विपक्षीय समझौते में मदभेद सुलझाने की एक और कोशिश

कवायद

भारत में अगले साल होने वाले आम चुनावों से पहले भारत-ईयू समझौते के लिए यह आखिरी प्रयास होगा

ईयू इंश्योरेंस में एफडीआई बढ़ाने और ऑटो, शराब और पेय पदार्थों पर आयात शुल्क घटाने पर अड़ा है

भारत और यूरोपीय यूनियन के बीच जून 2007 से इस समझौते पर बातचीत के 16 दौर हो चुके हैं

भारत और यूरोपीय यूनियन प्रस्तावित द्विपक्षीय मुक्त व्यापार समझौते (एफटीए) के बीच आ रही बाधाओं को हटाने के लिए सोमवार को महत्वपूर्ण बैठक कर रहे हैं। ब्रूसेल्स में इस बैठक में एफटीए को अंतिम रूप देने की दोनों पक्षों की कोशिश होगी।

भारत में अगले साल होने वाले आम चुनावों से पहले इस बैठक को भारत-ईयू एफटीए में आ रहे मतभेदों को सुलझाने की आखिरी कोशिश के रूप में देखा जा रहा है। इसके बाद चुनावी माहौल में समझौते के संबंध में फैसले लेना काफी कठिन होगा। वाणिज्य एवं उद्योग मंत्री आनंद शर्मा और यूरोपीय यूनियन के ट्रेड कमिश्नर कार्ल डे गच्ट के बीच ईयू मुख्यालय में एक उच्च स्तरीय बैठक होने वाली है।

इसमें दोनों पक्षों के बीच मतभेदों को दूर करने की कोशिश होगी जिसमें भारत में इंश्योरेंस सेक्टर में एफडीआई की सीमा, ऑटो, शराब एवं पेय जैसे पदार्थों पर आयात शुल्क में छूट जैसे मुद्दे शामिल हैं। शर्माके साथ इस मौके पर प्रमुख अधिकारियों की एक टीम होगी जिसमें वाणिज्य सचिव एसआर राव और अतिरिक्त सचिव राजीव खेर भी शामिल हैं।

अधिकारियों का कहना है कि प्रस्तावित एफटीए में कई ऐसे मुद्दे हैं जिन पर दोनों पक्षों के बीच गंभीर मतभेद हैं। दोनों पक्ष इनको सुलझाने की कोशिश करें ंगे ताकि बहुप्रतीक्षित द्विपक्षीय व्यापार एवं निवेश समझौते (बीटीआईए) को अंतिम रूप देने का रास्ता साफ हो सके। यह बैठक ऐसे समय में हो रही है जब भारतीय प्रधानमंत्री पूरे दल-बल के साथ जर्मनी की यात्रा पर हैं।

27 देशों वाले संगठन यूरोपीय यूनियन के प्रमुख सदस्य जर्मनी की चांसलर एजेंला मार्केल ने भारतीय प्रधानमंत्री मनमोहन सिंह के साथ बातचीत में इस समझौते के प्रति मजबूत राजनीतिक इच्छा दर्शाई है। हालांकि मार्केल ने जर्मन ऑटो उद्योग की चिंताओं को दूर करने पर भी जोर दिया। जर्मनी और भारत ने इस समझौते को इसी साल अंतिम रूप देने का संकल्प दोहराया है।

गौरतलब है कि भारत और यूरोपीय यूनियन जून 2007 से इस समझौते पर चर्चा कर रहे हैं और इस पर बातचीत पूरी करने की कई तारीखें बीत चुकी हैं।

दोनों ही पक्षों के बीच बाजारों को खोलने को लेकर मतभेद हैं। भारत-ईयू के बीच बातचीत के 16 दौर पहले ही हो चुके हैं, लेकिन इसे अंतिम रूप नहीं दिया जा सका है। अब सोमवार को होने वाली बैठक पर सबकी नजर टिकी है।

Anmerkung/Quelle:
http://www.bhaskar.com/article/BIZ-india—eu-fta-crucial-meeting-today-4235592-NOR.html, aufgerufen am 24.06.2013.

H13-13
Biznes Sṭaiṃḍarḍ
Bhārat-yūropīya saṃgh vyāpār vārtā meṃ pragati kī āśā

भारत-यूरोपीय संघ व्यापार वार्ता में प्रगति की आशा, भाषा / बर्लिन

भारत और यूरोपीय संघ के बीच प्रस्तावित मुक्त व्यापार समझोते (एफटीए) पर दोनों पक्षों के बीच नई उम्मीद के साथ आज यहां बातचीत शुरू हो रही है। उम्मीद है कि इस साल के अंत तक कोई समझौता हो जाएगा।

केंद्रीय वाणिज्य एवं उद्योग मंत्री आनंद शर्मा छह साल से चल रही वार्ता को आगे बढ़ाने के लिए यूरोपीय संघ के व्यापार आयुक्त कैरेल डी गुश और अन्य शीर्ष अधिकारियों से मिलेंगे। यह वार्ता फिलहाल यूरोपीय संघ की कुछ मांगों के कारण प्रभावित हो रही है।

इन मांगों में यूरोपीय संघ द्वारा भारत के बीमा क्षेत्र में प्रत्यक्ष विदेशी निवेश की सीमा बढ़ाना, वाहन आयात पर शुल्क में कटौती, बौद्धिक संपदा अधिकारों की रक्षा और अन्य मामले शामिल हैं।

भारत 27 देशों वाले यूरोपीय संघ में अपने सेवा क्षेत्र की बेहतर पहुंच की मांग कर रहा है। भारत यूरोपीय संघ की मांग बौद्धिक संपदा अधिकार के संबंध सख्त नियम की मांग से चिंतित है जिससे देश का जेनेरिक दवा का उद्योग प्रभावित हो सकता है या देश पेटेट कानून में संशोधन के लिए मजबूर हो सकता है।

Anmerkung/Quelle:
http://hindi.business-standard.com/storypage.php?autono=71408, aufgerufen am 24.06.2013.

H13-14
Dainik Jāg'raṇ
Īyū ke aṙ'ne se laṃbī huī eph'ṭīe kī rāh

ईयू के अड़ने से लंबी हुई एफटीए की राह

नई दिल्ली [जागरण ब्यूरो]। यूरोपीय यूनियन के अड़ियल रवैये के चलते एक बार फिर भारत के साथ द्विपक्षीय मुक्त व्यापार समझौते पर सहमति की राह और लंबी हो गई है। इस मसले पर अब जून में भी मंत्रिस्तरीय वार्ता आयोजित होगी। ईयू ऑटोमोबाइल, वित्तीय सेवाएं और वाइन जैसे उत्पादों के लिए भारतीय बाजार में पहुंच बनाने को खास रियायत चाहता है। भारत ने स्पष्ट कर दिया है कि वो ट्रिप्स समझौते और बौद्धिक संपदा पर भारतीय कानूनों के दायरे से बाहर नहीं जा सकता।

भारत और ईयू के बीच व्यापार और निवेश संबंधी समझौते को लेकर बेल्जियम के ब्रसेल्स में दोनों पक्षों के बीच सोमवार को हुई बातचीत किसी ठोस नतीजे पर नहीं पहुंच पाई। अब इस मामले में अगली मंत्रिस्तरीय बैठक इस साल जून में होगी। हाल ही में जर्मनी यात्रा के दौरान प्रधानमंत्री मनमोहन सिंह ने वहां की चांसलर एंजेला मार्केल से भी इस बारे में बात की। इसके अलावा फ्रांस के राष्ट्रपति और ब्रिटेन के प्रधानमंत्री के साथ भी उनकी इस समझौते को लेकर बात हुई थी। इसके बाद ही यह सहमति बनी कि समझौते में दोनों पक्षों को बाजार में पहुंच का लाभ पहुंचाने वाला एक संतुलन बने।

ब्रुसेल्स में ईयू के व्यापार प्रतिनिधियों के साथ बातचीत में वाणिज्य व उद्योग मंत्री आनंद शर्मा ने सेवा क्षेत्र, सूचना प्रौद्योगिकी और भारतीय प्रोफेशनल्स की यूरोप में पहुंच के नियम आसान बनाने को प्रमुखता से रखा। बातचीत में कृषि, फार्मा और टेक्सटाइल उत्पादों के एक दूसरे के देशों में पहुंच आसान बनाने को लेकर भी बातचीत हुई। लेकिन यूरोपीय यूनियन अभी भी समझौते पर आगे बढ़ने से पहले वित्तीय सेवा क्षेत्र, ऑटोमोबाइल, वाइन, शराब और चीज जैसे उत्पादों की पहुंच आसान बनाने का वादा चाहता है।

वाणिज्य मंत्रालय के मुताबिक शर्मा ने बातचीत में स्पष्ट कर दिया कि भारत ट्रिप्स समझौते और बौद्धिक संपदा पर भारतीय कानून की सीमा से बाहर जाकर किसी तरह का समझौता नहीं कर सकता। यूरोपीय यूनियन लगातार इस बात की मांग कर रहा है कि भारत बड़ी और लक्जरी कारों पर आयात शुल्क में रियायत दे और शुल्क को लगभग शून्य तक लाए। मंदी के चलते यूरोप का ऑटो उद्योग भारत में बड़ा निवेश कर मैन्यूफैक्चरिंग प्लांट लगाने के हक में नहीं है। लिहाजा ईयू लक्जरी कारों का आयात आसान बनाने की मांग कर रहा है।

Anmerkung/Quelle:
http://www.jagran.com/news/business-indiaeu-begin-new-phase-of-talks-10308503.html, aufgerufen am 24.06.2013.

H13-15
NDTVI
Bhāratīya-yūropīya saṃgh mukt vyāpār vārtā: sam'jhautā abhī dūr hai

भारतीय-यूरोपीय संघ मुक्त व्यापार वार्ता : समझौता अभी दूर है

नई दिल्ली: भारत और यूरोपीय संघ के बीच मुक्त व्यापार व्यवस्था के लिए लम्बे समय से चल रही बातचीत में अभी कोई पक्की सहमति नहीं बन सकी है। दोनों पक्षों में खास कर वाहनों पर शुल्क में कटौती जैसे कई मुददों पर खींचतान जारी है। एफटीए वार्ता 2007 में शुरू हुई थी।

वाणिज्य एवं उद्योग राज्यमंत्री डी पुरंदेश्वरी ने राज्यसभा में बुधवार को एक प्रश्न के लिखित उत्तर में बताया, अंतिम स्थिति अभी उभरनी बाकी है क्योंकि कारों पर शुल्क सहित विभिन्न क्षेत्रों को लेकर अभी विचार विमर्श जारी है। यूरोपीय संघ के कुछ सदस्य देश प्रस्तावित व्यापक आधार वाले व्यापार और निवेश समझौते (बीटीआईए) में ऑटोमोबाइल क्षेत्र में शुल्क में बड़ी कटौती के लिए जोर दे रहे हैं।

पुरंदेश्वरी ने बताया कि भारत सेवा व्यापार में अच्छी शर्तों पर समझौता चाहता है। इसमें सूचना प्रौद्योगिकी और सूचना प्रौद्योगिकी पर आधारित सेवाओं में पेशवरों की एक दूसरे के यहां आवाजाही की सुगम व्यवस्था तथा भारत को शोध संबंधी आंकड़ों के लिए सुरक्षति देश का दर्जा दिए जाने की मांग शामिल है।

उन्होंने कहा कि माल एवं सेवाओं में व्यापार, निवेश, स्वच्छता मानक (जो खाद्य सुरक्षा तथा पशु एवं पादप स्वास्थ्य के बुनियादी नियमों से संबंधित है), व्यापार में तकनीकी बाधायें, व्यापार में निदानात्मक उपाय, सरकारी खरीद, सीमाशुल्क व्यवस्था में सहयोग और व्यापार सुविधा, विवाद निपटान, प्रतिस्पर्धा और बौद्धिक संपदा अधिकार जैसे विभिन्न विषयों पर विचार-विमर्श की प्रक्रिया चल रही है।

Anmerkung/Quelle:
http://khabar.ndtv.com/news/show/india-europe-free-trade-talk-agreement-to-far-to-reach-35052, aufgerufen am 23.05.2013.

H13-16
Prabhāt Ḫabar
Bhārat, yūropīya saṃgh meṃ eph'ṭīe vārtā kal

भारत, यूरोपीय संघ में एफटीए वार्ता कल

नयी दिल्ली: भारत व यूरोपीय संघ में मुक्त व्यापार समझौते (एफटीए) को अमलीजामा पहनाने के लिए मुख्य वार्ताकारों की बैठक बुधवार से शुरु हो रही है. इस बीच भारत ने स्पष्ट किया है कि यूरोपीय संघ अगर वास्तव में यह समझौता करना चाहता है तो वह अपनी उंची अपेक्षाओं को कम करे.
सूत्रों ने यह जानकारी दी. उन्होंने कहा, भारत का रख बहुत कड़ा है. यूरोपीय संघ अगर समझौता करना चाहता है तो उसे अपनी उंची अपेक्षाओं को नीचे लाना होगा. इस मुद्दे पर दो दिन की वार्ता होनी है. तकनीकी स्तर पर बातचीत कल शुरु हो गई थी लेकिन मुख्य वार्ताकार कल से बातचीत करेंगे.
दोनों पक्ष जून 2007 से ही इस मुद्दे पर विचार विमर्श कर रहे हैं.

Anmerkung/Quelle:
http://www.prabhatkhabar.com/node/294038, aufgerufen am 24.06.2013.

H13-17
Dainik Bhāskar
Bhārat-īyū mukt vyāpār sam'jhaute se bāhar rahe vāhan kṣetra: māruti

भारत-ईयू मुक्त व्यापार समझौते से बाहर रहे वाहन क्षेत्र : मारुति
नई दिल्ली-!- मारुति सुजुकी इंडिया ने गुरुवार को कहा कि सरकार को वाहन क्षेत्र को भारत और यूरोपीय संघ के बीच प्रस्तावित मुक्त व्यापार समझौते से बाहर रखना चाहिए क्योंकि ऐसी पहल से देश में रोजगार पैदा करने के मौके कम होंगे।
मारुति सुजुकी के प्रमुख ((कॉर्पोरेट मामले)) राहुल भारती ने फिक्की के एक समारोह में कहा, कार जैसे मूल्यवर्धित उत्पादों को यूरोपीय संघ के साथ होने वाले मुक्त व्यापार समझौते से बाहर रखा जाए क्योंकि इसका अर्थव्यवस्था, रोजगार और क्षमता पर भारी असर होता है। उन्होंने कहा कि व्यापार नीति को निवेश प्रोत्साहित करना चाहिए न कि आयात को।
भारत और 27 देशों का यूरोपीय संघ वर्ष 2007 से व्यापार और निवेश समझौते ((बीटीआईए)) पर बातचीत कर रहे हैं लेकिन अभी तक इस बारे में कोई निष्कर्ष नहीं निकला है। इसकी वजह कई मसलों पर बड़े पैमाने पर मतभेद होना है।
यूरोपीय संघ ऑटोमोबाइल सेक्टर की शुल्क दरों में अ\'छी -खासी कटौती के पक्ष में है, जिसका घरेलू ऑटो इंडस्ट्री बॉडी सियाम कड़ा विरोध कर रही है।

Anmerkung/Quelle:
http://www.bhaskar.com/article/RAJ-OTHa-1-3095396-NOR.html, aufgerufen am 24.06.2013.

H13-18
Prabhāt Ḫabar
Bhārat-yūropīya saṃgh ke bīc vyāpār par vārtā benatījā

भारत-यूरोपीय संघ के बीच व्यापार पर वार्ता बेनतीजा
नयी दिल्ली: लंबे समय से भारत-यूरोपीय संघ के बीच चल रही मुक्त व्यापार समझौता बातचीत को धक्का लगा है. बीमा क्षेत्र और आईटी क्षेत्र के लिये डेटा सुरक्षा समेत विभिन्न मुद्दों पर मतभेदों को दूर करने में मुख्य वार्ताकारों की आज हुई बैठक का कोई नतीजा नहीं निकला. इससे अगले महीने प्रस्तावित मंत्री स्तरीय बैठक की संभावना कम हो गई.

दोनों पक्षों ने विभिन्न जटिल मुद्दों पर मतभेदों को दूर करने के लिये 13 मई से बातचीत शुरु की थी. प्रस्तावित व्यापार समझौते को लेकर अंतिम नतीजे पर पहुंचने के मकसद से दोनों पक्षों के मुख्य वार्ताकार इस बातचीत में 15 मई को जुड़े.
बहरहाल, करीब एक सप्ताह लंबी चली वार्ता का काई नतीजा नहीं निकला और काफी मतभेद बरकरार रहे. इसको देखते हुए सूत्रों ने संकेत दिया कि अगले महीने प्रस्तावित मंत्री स्तरीय बैठक की संभावना नहीं है क्योंकि दोनों पक्षों के बीच बातचीत से कोई उपलब्धि हासिल नहीं हुई.
सूत्रों ने कहा कि पिछले दौर की वार्ता में यूरोपीय पक्ष की तरफ से समझौते को जल्दी तार्किक परिणति पर पहुंचाने को लेकर भावना दिखाई देती थी जबकि इस बार ऐसा नहीं था. दोनों पक्ष उम्मीद के विपरीत इस बैठक से कोई महत्वपूर्ण सफलता हासिल करने में विफल रहे. समझौते को अंतिम निष्कर्ष पर पहुंचाने के लिहाज से इस बैठक को काफी महत्वपूर्ण माना जा रहा था.
सूत्रों का कहना है कि इस दौर की बातचीत के विफल होने के बाद भारत में मौजूदा सरकार के समय समझौते पर हस्ताक्षर होने की संभावना सीमित है. जहां भारतीय पक्ष का नेतृत्व वाणिज्य मंत्रलय में अतिरिक्त सचिव राजीव खेर ने किया वहीं यूरोपीय संघ की तरफ से इगानसियो गर्सिया बेरसरो मुख्य वार्ताकार थे.
भारत और 27 सदस्यीय यूरोपीय संघ के बीच व्यापक व्यापार और निवेश समझौते पर बातचीत जून 2007 में शुरु हुई लेकिन विभिन्न बाधाओं के कारण यह अटकती रही. विभिन्न मुद्दों पर दोनों पक्षों के बीच गहरे मतभेद हैं.
बातचीत के पहले ही दिन यूरोपीय संघ की तरफ से इस बात को स्पष्ट रुप से कहा गया कि भारत में बीमा क्षेत्र में प्रत्यक्ष विदेशी निवेश सीमा को 49 प्रतिशत तक बढ़ाना बातचीत को मुकाम तक पहुंचाने के लिये आवश्यक है. भारतीय पक्ष ने संसद की मंजूरी के बिना ऐसा करने में असमर्थता जताई.

Anmerkung/Quelle:
http://www.prabhatkhabar.com/node/295170, aufgerufen am 24.06.2013.

IndE7-1
Hindustan Times
India, EU eye free trade pact by 2008-end, but issues remain

NEW DELHI, India, Nov. 29 -- India on Thursday told the European Union (EU) that it is keen on inking the proposed free trade agreement (FTA) within the next one-year. It also unequivocally stated that the Doha round of the World Trade Organisation (WTO) can be concluded only if developed nations, particularly the United States, reduced farm subsidies.

"Tell your American friends that India will not negotiate on subsistence farming. I have told them (the US) that we will have a deal if they reduce subsidies even by a dollar. But there has been no response," Commerce and Industry Minister Kamal Nath said at the India-EU business summit organised by the Confederation of Indian Industry (CII) and Federation of Indian Chambers of Commerce and Industry (FICCI).

EU Trade Commissioner Peter Mandelson said sensitivities of both sides need to be addressed and respected to conclude the Doha round. "We are aware of the growing weight of the developing countries on Doha negotiations. We have to keep pushing for a successful Doha Round," Mandelson said.

"Indian economic growth was now an integral part of maintaining global economic demand and a mark of India's growing weight in the world. India is now an indispensable part of the global economic architecture," he said.

Mandelson argued that that an ambitious India-EU FTA could boost both economies and shore up global demand if the world economy begins to cool. Nath said India was keen to conclude FTA with the EU by the end of 2008. "India is as ambitious for the FTA as is the European Union," he said.

India has stated that it does not want non-trade issues such as animal welfare and labour to be factored into the negotiations. EU, on the other hand, wants more transparency in public procurement and trade facilitation. "We would like to see openness in services and investment trade extended into government procurement in India," Mandelson said.

The Hindustan Times is provided through HT Syndication, New Delhi.

Quelle/Anmerkung:
Eingesehen in LexisNexis. BYLINE: Gaurav Choudhury Hindustan Times.

IndE7-2
Hindustan Times
Mandelson to address Eighth India-EU Business Summit

New Delhi, Nov. 29 -- The European Union (EU) Trade Commissioner, Peter Mandelson, and Commerce and Industry Minister, Kamal Nath, will address the Eighth India-EU Business Summit here today.

The summit on "Technology and Innovation for Sustainable Development," has been organised by the Confederation of Indian Industry (CII) and the Federation of Indian Chambers of Commerce and Industry (FICCI) in association with the Ministry of Commerce and Industry.

The Association of Portugal Industries (AIP), the European Business Group (EBG) and Business Europe are the European partners in co-organizing this business summit, which will focus on technological innovations for sustainable development to take a fresh look at innovative and new business opportunities between the two continents.

The EU Presidency lies with Portugal right now and hence, Jose Socrates, the Prime Minister of Portugal, will be attending the summit with a large business delegation of almost 50 Portuguese business men.

The Portuguese delegation will be joined by an equal number of European delegates from the EU. The Summit would address some key areas of concern, such as: Services and Trade (Developing Synergy Through Technology & Innovation), Public-Private Partnership (A Way For Economic Growth), Global Warming (Climate Change and Energy Security) and Infrastructure and Logistics (Building Sustainable Partnerships)

The Eighth India-EU Business Summit aims to redefine the steps to facilitate and implement policies for growth, examine new vistas for boosting trade and investment, analyse centres of competencies and leverage them for mutual benefit, replicate significant success stories and recommend regulatory reforms to enhance business climate.

An important element of the Summit is the CEOs Round Table chaired by Nath and Peter Mandelson.

The Indian industry will be led by Sunil Bharti Mittal, President CII and Ricardo Salgado, Chairman of the Executive Committee of Banco Espirito Santo, on the EU side.The issues covered at this session are Trade and Investment Flow Issues and EU-FTA Issues.

The summit will have parallel sectoral sessions on business opportunities: Services and High Technologies; Public Private Partnership: A Way For Economic Growth; Energy Efficiency and Climate Change and Infrastructure and Logistics.

There will be an Opening Plenary on Technological Innovations for Sustainable Development and a Closing Plenary with the Prime Minister of Portugal. The summit will be attended by Sunil Bharti Mittal, Habil Khorakiwala, Analjit Singh, Rana Kapoor, Hari Bhartia, Ness Wadia, Harpal Singh, Harsh Pati Singhania and others.

The past few years have seen India metamorphise into a global player, attracting growing interest and attention as a leader and increasingly engaging with other players on its own terms. India's ties with the EU, in particular, have developed exponentially in scope and intensity in the recent years. In 2000, the EU-India Partnership took a quantum leap with the decision to hold regular annual summits.

The potential of India and EU markets in the various sectors globally has been exploited to a great extent to the mutual advantage of both regions. Business leaders, senior members from the industry, senior ministers, government officials, think tanks and policy makers from different parts of India and the European Union have met on this forum year after year to identify steps to make the process of partnership fruitful.

The summits provide great opportunity for deliberations, networking, and exchange of ideas amongst the participants from India and the EU. Past summits have played a crucial role to help raise issues to augment bilateral trade relations and investment between India and the EU nations.

There will be opportunities for networking over a dinner hosted by Ajay Shankar, Secretary Department of Industrial Promotion and Planning, Ministry of Commerce.

Published by HT Syndication with permission from Asian News International.

Quelle/Anmerkung:
Eingesehen in LexisNexis. BYLINE: Report from Asian News International brought to you by HT Syndication.

IndE7-3
The Hindu
'Speed up FTA with EU'

NEW DELHI: Expressing doubts over the World Trade Organisation (WTO) talks making headway in the near future, Austria on Tuesday asked India to speed up free trade agreement with the European Union (EU) to enlarge markets for European and Indian businesses.
This was conveyed by the Austrian Minister for Commerce and Labour, Martin Bartenstein, to the Union Commerce and Industry Minister, Kamal Nath, during their bilateral talks on a host of bilateral and multilateral issues, including progress on the India-EU Free Trade Agreement (FTA) and Doha Round of negotiations for a global trade deal.
"WTO Director General, Pascal Lamy, thinks that modalities for the Doha Round can be finished by February or March next. We had similar target for the Hong Kong Ministerial meet in December 2005," Mr. Bartenstein said at a joint media briefing with Mr. Kamal Nath.

Both Mr. Kamal Nath and Mr. Bartenstein emphasised the timeline of 2008-end for completing negotiations on India-EU FTA, officially known as Bilateral Trade and Investment Agreement. The visiting Austrian Minister said the EU was working on a 'Blue Card' scheme on the lines of the U.S. 'Green Card' for expatriates.
As regards India-Austria bilateral trade and investment, Mr. Kamal Nath said Indian small and medium enterprises could benefit from the Austrian technology.
The Austrian Minister agreed to promote cooperation among SMEs of the two countries.

Quelle/Anmerkung:
https://www.thehindu.com/todays-paper/tp-business/lsquoSpeed-up-FTA-with-EUrsquo/article14893425.ece, eingesehen am 02.02.2021.

IndE8-1
Hindustan Times
EU keen to have Free Trade Agreement with India

New Delhi, Jan. 12 -- The European Union is keen to have a strong Free Trade Agreement (FTA) with India as soon as possible, said Carlos Bermejo-Acosta, the chief of the Economic and Trade Section of the European Union delegation, here on Friday.

Speaking at a conference here on "EU-India FTA in context of India's FTA Policy: Costs, Benefits and Prospects", Bermejo-Acosta said that he was optimistic of a strong EU-India FTA in the near future because India's political and ruling fraternity too was interested in such an agreement with the EU.

However, Fredrik Erixon, Director of the European Centre for International Political Economy, Brussels said he did not share the optimism of Bermejo-Acosta.

"A strong FTA with EU is very difficult because of the fact that there were 27 sets of different rules and regulations across the EU which are big hurdles for investment and business," he said.

Razeen Sally, Senior Fellow, Observer Research Foundation (ORF), said he was also not optimistic about a strong FTA with the EU because India still does not have such an agreement with any of its trading partners.

India has FTAs with only few Asian countries like Sri Lanka, Singapore and Thailand.

Sally further added that states in India also have different kinds of tariffs and regulations like various members of the EU making it difficult for a FTA.

Published by HT Syndication with permission from Asian News International.

For any query with respect to this article or any other content requirement, please contact Editor at

Quelle/Anmerkung:
Eingesehen in LexisNexis. BYLINE: Report from Asian News International brought to you by HT Syndication.

IndE8-2
Hindustan Times
INDO-EU TRADE

Guwahati, Jan. 21 -- It is heartening that India is now giving priority to boost trade with European Union and finds no difficulty in signing a free trade investment agreement with it in spite of wide differences sufacing between the two sides in the last Doha round of WTO talks some time past.

Presently India and EU are negotiating an FTA aimed at passing out tariff duties on a large number of trade items. While addressing a meting of Chamber of Indian Industries attended by the Minister of Foreign Trade and Development of Finland at New Delhi in the second week of October, 2007, the Union Commerce Minister, Kamal Nath, said that India and EU with a trade volume of $50 billion at present can do such more through a bilateral agreement than multilaterally. Though India's foreign trade presently constitutes almost one-third of its gross domestic product (GDP) which shows our growing integration in the global economy, the export growth with our major trading partner, the United States of America is now facing a reversal due to a continuous rise in rupee with respect to dollar currency, which is badly affecting our current account balance of payments. It is, therefore, imperative that Indian exporters explore the Euro-dominated trade opportunities since they are demonstrating their enthusiasm in respect of export performance in non-traditional market.

This is what the recent FICCI survey report has revealed. The Chamber of Commerce and Industries report further brings out the fact that a combination of factors like rising cost of raw materials and hike in interest rates together with the falling dollar have shaken the confidence level of Indian exporters despite some positive steps taken by the government to counter the negative forces of rising rupee. It is, however, encouraging to note that in our existing trade with European countries, though our exports were earlier substantially lower than imports, the trend now appears to exhibit a change. It is important to note here that the 15-member EU has been one of our largest trading partners and also our largest source of foreign investment. The Union's total trade with India had more than trebled from 9.9 billion Euros in 1991 to presently more than 30 billion Euros. Within the European Union, our most important trade partners are France, Belgium, Gemany, UK and Italy. However, our exports to EU as proportion to total exports came down from 25 per cent in 1987-88 to 21 per cent in 2004-05. Therefore, the more now the exporters look for Euro market on the one hand and the earlier the Centre enters into a free trade agreement with European Union, the better it is for India's export growth. This is particularly because it may not be possible to achieve the export target of the country from the traditional directions and the United States.

Quelle/Anmerkung:
Eingesehen in LexisNexis. BYLINE: Report from the Assam Tribune brought to you by HT Syndication.

IndE8-3
Hindustan Times
India, EU whittle green channel

NEW DELHI, India, Feb. 3 -- The European Union and India have exchanged lists identifying hundreds of products that will be kept out of a free trade pact they began negotiating over a year ago. The EU list includes 226 products and the Indian note 500.

These initial lists of products that either side considers in need of protection from global competitive forces are subject to negotiation.

Chemicals and petrochemical products like salts and polyesters, and glass, ceramic and crystal make up the bulk of the EU list, which also includes goods made of porcelain and milk products. Details of the Indian list were not available.

The commerce ministry has sought comments from various export groups and government departments to negotiate on items that have strong export potential from India. "It is important to identify items of our export interest and justify their removal from the 'negative' list," said a commerce ministry official who did not want to be named.

Also, India has said it does not want non-trade issues such as animal welfare and labour standards to be included in the talks for a free trade agreement. The EU, on the other hand, wants more transparency in state procurement and trade facilitation. Indian exporters are apprehensive of an EU regulation called REACH (Registration, Evaluation, Authorisation and Restriction of Chemicals Substances) that could prevent market access for chemical items in Europe.

"Under this regulation, each and every chemical to be imported into the EU has to be registered in advance and involves a high registration cost," said an official at the Federation of Indian Chambers of Commerce and Industry. India is keen to wrap up the trade talks with the EU within the next year.

Quelle/Anmerkung:
Eingesehen in LexisNexis. BYLINE: Gaurav Choudhury Hindustan Times.

IndE8-4
The Telegraph
Free trade talks with EU lose pace

New Delhi, March 16: India and the European Union (EU) will have to give the December deadline for their free trade agreement a miss if differences persist over the negative list and non-tariff barriers to trade.
A ministerial meeting is scheduled next month where the two will exchange their respective negative lists and try to thrash out their differences.
However, sources said, there is not enough time, and it is unlikely that the December deadline to finalise the terms of the agreement will be met. There are differences of opinion between the parties over intellectual property rights, competition, agriculture, public procurement, market access and transparency.
India wants better access for its services, while the EU desires the same for its goods.
Officials, however, said the agreement would not be affected because of agriculture, since the EU does not export bulk farm commodities such as rice and wheat, on which Indian farmers primarily depend. The EU exports only value-added agricultural products, they said.
It has already handed over its initial negative list covering 416 items to India. The items are listed under the categories of chemicals, plastics, rubber, textiles, raw hides, precious stones and metals, computers, electrical machinery and some classes of vehicles. India is in the process of submitting its negative list. Items on the negative list are subject to high tariffs.
Sources in Indian industry said the EU’s negative list would affect exports of many products such as basic chemicals, petrochemicals, allied chemical products, cosmetics, plastics, ceramics, glassware items, fertilisers and pharmaceuticals. India and the EU had earlier

agreed to include at least 90 per cent of traded products in the bilateral agreement. This percentage may get reduced now. The finalisation of India's negative list is being delayed by demand from industry to include more products. Even segments of industry that face no direct competition from the EU want their products to be on the list. A study by the Federation of Indian Chambers of Commerce and Industry (Ficci) has noted the concerns of Indian business vis-à-vis trade with the EU. Some of the barriers to trade and investment are a lack of harmonisation of microbiological standards in the European countries, tough fruit export norms, aflatoxin limits in groundnuts, visa issues, a lack of recognition of qualifications and work experience and value-added tax. Commerce minister Kamal Nath is unhappy over the slow pace of the negotiations. He said India wanted to conclude the negotiations by 2008, so that the agreement was in place by 2009. The value of India's trade with the EU can touch $572 billion if the agreement is fully implemented by 2015, the Ficci study said. There is concern over India's growing trade deficit with the EU. The deficit rose to $3 billion in 2006-07 from $492 million in 2001-02. The latest economic survey said there was a need to evolve a clear policy for comprehensive economic cooperation agreements with some developed countries. Instead of just signing trade agreements, policy-makers should prepare pacts that were integrated with the country's economic and trade policy reforms, the survey said. It said the country should seriously consider "making real gains" in global trade talks under the World Trade Organisation while protecting the livelihoods of the poor. "While safeguarding the interest of India's low income and resource-poor agricultural producers (which cannot be a trade-off against any gains elsewhere in the negotiations) remains paramount for India, making real gains in services negotiations are no less important," the survey said.

Quelle/Anmerkung:
https://www.telegraphindia.com/business/free-trade-talks-with-eu-lose-pace/cid/601631, eingesehen am 02.02.2021.

IndE8-5
Hindustan Times
India-EU trade talks to resume ahead of Paris summit

After clinching a deal with ASEAN on a Free Trade Agreement, negotiations will resume this week for a market-opening pact between India and EU, ahead of Prime Minister Manmohan Singh and French President Nicolas Sarkozy holding their summit talks in Paris later this month.
A team of negotiators from the Commerce Ministry, led by Additional Secretary Rahul Khullar would reach Brussels tomorrow for talks with the EU officials.
"We will discuss legal texts on trade in goods, services, investment and Intellectual Property Rights," a senior official said here. The two sides have already exchanged their lists of tariff lines for study.
The officials would also take stock of the progress made in negotiations since it began in June 2007 in Brussels. It would then be reported to the summit. The annual India-EU summit is scheduled to be held in Paris on September 29-30. The EU will be represented by France which holds the presidency of the 27-nation bloc.
While the deadline for the ambitious FTA with EU has already surpassed and is unlikely to be met by the year-end, officials would strive to speed up the process.
"It looks as if it would take at least another year for the negotiations to be wrapped up," he said. The two sides have already held four rounds of talks.
India has already concluded negotiations for a FTA with the 10-nation Association of South East Asian Nations (ASEAN). The agreement will be signed in December this year.

EU is India's largest economic partner with trade doubling from 40.81 billion dollars in 2003 to 78.48 billion dollars in 2007. The bloc exported goods worth 37.38 billion dollars to India in 2007 while imports were 41.95 billion dollars.
Services exports to India in 2007 was 9.56 billion dollars while exports to EU were 7.85 billion dollars.

Quelle/Anmerkung:
https://www.hindustantimes.com/delhi/india-eu-trade-talks-to-resume-ahead-of-paris-summit/story-ErUbqEoEkG15e2jf0H6sUN.html, eingesehen am 02.02.2021.

IndE8-6
The Hindu
Don't rush into FTA with European Union: CPI(M)

Don't make commitments without debate in Parliament
Future of Doha Round bleak; level-playing field not likely
FTAs can be more damaging, than WTO accords, to Indian farmers

NEW DELHI: Ahead of the ninth India-European Union Summit in Marseille, the Communist Party of India (Marxist) on Saturday asked the United Progressive Alliance Government not to make any commitment on the Free Trade Agreement without a debate in Parliament.
As Prime Minster Manmohan Singh leads the Indian delegation for the summit on Monday, the Polit Bureau, in a statement, said it was a matter of concern that while the European Parliament had already discussed the issues related to the proposed FTA, the Indian government was yet to share details of the negotiations with Parliament and people.
India was not required to make any commitment in areas such as competition policy, Intellectual Property Rights and public procurement in the World Trade Organisation Doha Round, which seemed to be part of the India-EU FTA.
It was also clear that the huge agricultural subsidies provided by the EU, which has been one of the major roadblocks in the WTO Doha Round, were not being discussed in the India-EU FTA.
The CPI(M) cautioned that with the future of the Doha Round looking bleak, the trade liberalisation agenda was sought to be pushed through FTAs with advanced economies, which could hardly offer a level-playing field for a developing country like India.
"In fact, such FTAs can turn out to be much more damaging for the livelihoods of Indian farmers, workers and other sections of the working people than the WTO agreements."
The draft proposals, existing negotiating positions and studies conducted by the Indian government on the India-EU FTA should be placed and debated in Parliament before it initiated any further step, the statement said.

Quelle/Anmerkung:
https://www.thehindu.com/todays-paper/tp-national/Donrsquot-rush-into-FTA-with-European-Union-CPIM/article15312208.ece , eingesehen am 02.02.2021.

IndE8-7
Hindustan Times
INDIAN GROUPS CALL FOR HALT ON SECRET EU-INDIA FTA TALKS

New Delhi, Nov. 26 -- (ANI): Indian organizations representing NGOs, farmers groups, trade unions, health groups and peoples' movements today called for an immediate halt to

negotiations between India and the European Union on a far reaching Free Trade Agreement (FTA) that will have an adverse impact on livelihoods, food security and access to healthcare.

According to a press release issued by the Centre for Education and Communication, the groups met with Members of the European Parliament in Delhi to place on record their grave concerns over the overarching scope of the FTA negotiations and the extreme and unwarranted secrecy surrounding them.

Earlier on 21 September 2008, 75 organisations released a statement questioning the secrecy of the negotiations and highlighting concerns about the impact of the EU-India FTA on nearly every sector of the Indian economy.

The Speakers in a press conference stressed that there has been no transparency or accountability from either the Indian government or the European Union in these negotiations. "The text of the negotiations has not been released. There has been no public discussion," noted Smitu Kothari, Intercultural Resources.

There is great concern around the impact of the EU-India FTA on livelihood. The negotiations are likely to lead to severe cuts in tariffs and see a flood of imports from the EU into India. Indeed, studies estimate that while imports from India to the EU may increase by USD 5 billion, that from the EU to India will increase by USD 17 billion.

"Even if we look at the labour intensive sectors, India does not stand to gain. We will only become subcontractors in the global production chains this process will be intensified by the FTA. noted Ashim Roy, New Trade union Initiative.

Such a surge in imports will have a devastating effect on the small and medium sector. This will particularly impact adversely on over 90% of Indians work in the informal sector with no job security and little income. "Indian fish exports will face non tariff barriers and our markets will be affected. The agreement will hurt those who are earning a daily living," noted Harekrishna Debnath, National Fishworkers Forum

"FTA is just another form of WTO. The agreement will harm the agricultural sector. It will only benefit monopolies in trade," noted Yudhvir Singh, Prseident, Bhartiya Kisan Union. "On agriculture all FTAs have impacted negatively. This is a damaging proposition. The question of subsidy is not being discussed," added Devinder Sharma, Forum for Biotechnology and Food Sovereignty.

"The European Union is pressing India for increased intellectual property protection - much beyond what India has agreed to under the World Trade Organisation's TRIPS Agreement," said B.K Keayla of the National Working Group on Patent Laws. "The Indian Parliament has already made it clear that access to affordable generics must continue as a lifeline for millions not just in India but around the world. We are extremely concerned that the Indian government is negotiating these issues with the EU." he said.

The groups are also questioning why the Indian government is engaging in such wide ranging negotiations given the current economic crisis and the need for careful law and policy making in such an atmosphere. The current crisis has shown that there needs to be greater democratisation of international trade processes. Expansive liberalisation of banking services has led to consolidation, lack of transparency and extremely risky behaviour of firms

as is borne out by the current global crisis. The EU-India FTA proposes to completely open up the banking sector which would further exacerbate financial exclusion of the poor from institutionalized credit and banking and significantly increase India's vulnerability to global financial crises. (ANI)

Quelle/Anmerkung:
Eingesehen in LexisNexis. BYLINE: Report from Asian News International brought to you by HT Syndication.

IndE9-1
Hindustan Times
EU committee urges expediting free trade pact with India

Brussels, March. 5 -- The European Parliament's Trade Committee Thursday expressed its disappointment with the slow pace of negotiations between the European Union (EU) and India on a Free Trade Agreement (FTA), EuAsiaNews reported.

The Committee said in a report that it would like to see the FTA signed by end of 2010. The EU and India launched negotiations for an FTA in 2007. The report drafted by British member of the European Parliament Sajjad Karim, calls for conclusion of an FTA between the EU and India which would improve market access for goods and services, covering largely all trade issues, except for public procurement that India is not willing to include in the FTA. The Committee noted that the bilateral trade between India and the EU is expected to exceed 70.7 billion euro (about $87 billion) by 2010 and 160.6 billion euro by 2015. The report points to the potential for an increase in EU-India trade and investment and business opportunities arising from the FTA, but recommends that an evaluation be carried out of the existing sector-specificities. India's average applied tariff, which is now 14.5 percent compared to EU average of 4.1 percent. Priority to be given to tariff reductions on ?Fair trade? and sustainable products, says the report. The agreement should also ensure that increasing bilateral trade brings benefits to the widest number of people, and contributes to India's achievement of the Millennium Development Goals, including preventing environmental degradation. The report welcomes the outcome of the 9th EU-India Summit and the revised Joint Action Plan; notably the signing of the civil aviation agreement, and the approval of a joint working programme on energy, clean development and climate change. The EU parliament members urged the European Commission, executive body of the EU, to provide technical assistance to support Indian producers in their efforts to reach European standards, mainly concerning health, environment and social dimensions of production. India is concerned about the lack of harmonisation of microbiological standards in the EU, costly certificates for exporting fruit to the EU and exhaustive conformity procedures of the European Commission, says the report. The report calls on the EU and India to ensure that commitments under the FTA do not preclude access to essential medicines while India develops its capacity from a generic to a research based industry. The members welcomed India's commitment to a strong IPR (Intellectual Property Rights) regime and to the use of TRIPS (World Trade Organisation's intellectual property regulations) flexibilities to meet its public health obligations, mainly in relation to access to medicines. They stressed the EU-India negotiations must be compatible with protecting biodiversity and traditional knowledge. The Committee urged India to adopt a more open approach in granting visas to citizens, business professionals and politicians from the EU countries with multiple entries and minimum one-year duration. India was urged to ratify and implement the basic

conventions of the International Labour Organisation (ILO). Published by HT Syndication with permission from Indo-Asian News Service.

Quelle/Anmerkung:
Eingesehen in LexisNexis.

IndE9-2
The Hindu
India, EU put FTA on fast track

Even as the 10th India-EU summit decided to put the negotiations for a Free Trade Agreement (FTA) on the fast track, India on Friday made it clear that only trade and investment issues were up for negotiations and there was no way it would talk on non-trade issues like child labour and environmental laws.
"We are clear in our approach. No other extraneous issues will form part of the India-EU FTA negotiations. On the climate change issue, both India and the EU will make their positions at the UN Climate Change summit in Copenhagen later this year," Commerce and Industry Minister Anand Sharma told journalists during a joint press conference with EU Trade Commissioner Baroness Cathrine Ashton and Swedish Minister of State for Trade Ewa Bjorling.
Mr. Sharma said both India and the EU were taking forward the FTA negotiations in the spirit of partnership and both entities hoped to wrap up an agreement on FTA by the end of 2010 as was outlined by Prime Minister Manmohan Singh during his summit talks on Friday with EU President and Swedish Prime Minister Fredrik Reinfeldt and European Commission President Jose Manuel Barroso.
Speaking about the recent seizure of pharma shipments by some EU countries, Ms. Ashton said: "we are clear that we have no intention to stop export of generic medicines from India. Officials of the two countries will be meeting soon to sort out the issues this month," she added.
On the issue of visas to unskilled labourers from EU countries, Mr. Sharma said any movement of unskilled labour could not be encouraged as India, as a vast nation, had enough of talent in this regard. However, he said there was no bar on the movement of technical staff who fly down to work on various projects that were being executed here.
Speaking on the occasion, Confederation of Indian Industry President Venu Srinivasan said the day-long parallel India-EU business talks decided that the trade agreement should be given a big thrust.
It was also felt that both India and the EU needed to go forward with the Doha Round. At the same time, India impressed upon the EU to ensure free movement of people to the EU from India and also putting in place a mechanism for carbon credit and carbon funding through setting up of a Carbon Fund.
Both India and the EU launched negotiations in 2007 for an FTA, but the negotiations are dragging due to differences over intellectual property rights and the EU's negotiating stance to link trade with climate and other extraneous issues like child labour.
The pact has the potential to double bilateral trade from over $100 billion to $200 billion by 2013.
Text zur Grafik: "Prime Minister Manmohan Singh with president of the EC Jose Manuel Barroso (right) and Prime Minister of Sweden Fredrik Reinfeldt at the India-EU summit in New Delhi on Friday. Photo: Kamal Narang"

Quelle/Anmerkung:

https://www.thehindu.com/news/national/India-EU-put-FTA-on-fast-track/article16890704.ece, eingesehen am 02.02.2021.
Grafik lässt sich nicht entnehmen. Grafik war nicht zum Zeitpunkt der Erhebung vorhanden.

IndE10-1
The Hindu
India keen to conclude FTA with EU by 2010-end

Union Commerce and Industry Minister Anand Sharma on Friday said India would work for concluding the comprehensive trade opening pact or the Free Trade Agreement (FTA) with the European Union by the end of the year.
"We have made substantial progress on the trade, investment issues and other concerns. We are now looking at concrete issues to narrow down our disagreements and work in the positive direction. Prime Minister Manmohan Singh is keen that the FTA with the EU is concluded within 2010," Mr. Sharma said here.
He said although India was in talks with a number of countries, it was hoped that FTAs with Japan and Malaysia would be inked within this year.
Talks for an India-European Union FTA started in 2007. Eight rounds of negotiations have been completed till now, with both sides narrowing down disagreements on a number of issues, including definition of trade and investment.
Indian officials engaged in the negotiations said the FTA was expected to be concluded during the next India-EU summit-2010, likely to be held at the end of this year.
Mr. Sharma said the eight rounds were fruitful as the two sides made progress on several issues, including services, a key area of interest for India. "I have been told by my officials that the latest round has been very productive and many of the issues on services and investment have also been virtually settled."
India's trade with the EU has the potential of reaching $572 billion by 2015 once the FTA with the 27-nation economic bloc is implemented. Exports to the EU stood at $39.35 billion in 2008-09, while imports were $42.73 billion.
Major exports include coffee, tea, mineral fuels and apparels, while imports include organic chemicals, pearls and precious stones.
Mr. Sharma said the country had no shortage of pulses or edible oils and measures were in place to ensure their long term availability.
"Some of the pulses are in inadequate quantity, which has fuelled prices. I am sure that as more and more pulses are released, after imports, it will cool down the markets and the prices," he added. Prices of pulses, or lentils, have helped push up food inflation. Food prices rose 17.9 per cent in the 12 months to January 30, higher than an annual rise of 17.6 per cent in the previous week.

Quelle/Anmerkung:
https://www.thehindu.com/news/national/India-keen-to-conclude-FTA-with-EU-by-2010-end/article16814230.ece, eingesehen am 02.02.2021.

IndE10-2
India Today
India-EU FTA likely by this December

Free Trade Agreement (FTA) between India and the European Union is likely to be finalised by December 2010, with the final round of talks to be held in March, a top official said today.
"India and the EU are negotiating a FTA that has the capacity to advance the relationship and

increase bilateral trade. After seven round of negotiations, the final talks would be held in March. After the next round, the agreement is likely to be finalised by this December," Ambassador, Head of European Commission Delegation to India Daniele Smadja told reporters here.
She said negotiations would lead to the establishment of a well-developed FTA, which will provide mutual benefits to both parties, adding that Prime Minister Manmohan Singh and the EU Commission President Jose Manuel Barroso would try to achieve finalising the FTA soon. "We are pretty close to that," Smadja added.
Stating that India has moved up to the first ten in the list of the EU's major trading partners, she said once the FTA is finalised, business between the two would rise several fold.
Smadja, who was in the city to inspect EU-sponsored projects in Chennai said, "In recent years, trade with India has been growing at 16 per cent a year compared with the EU's overall growth rate of trade of ten per cent on account of the growth performance of the Indian economy."
According to a report by the EU officials, the region accounts for 20 per cent of India's total trade representing a significant market for Indian textiles export.

Quelle/Anmerkung:
https://www.indiatoday.in/business/story/india-eu-fta-likely-by-this-december-67434-2010-02-15 , eingesehen am 02.02.2021.

IndE10-3
Times of India
India, EU should conclude FTA by Oct'

NEW DELHI: India and EU should speed up talks to conclude the proposed free trade agreement (FTA) by October, said EU trade commissioner Karel de Gucht on Thursday, after meeting commerce and trade minister Anand Sharma.

"Our aim should be that this deal is done by the next meeting, which is due to take place in October," Gucht said. However, he maintained that social issues like child labour, human rights and climate change will also be discussed as a part of the India-EU Broad-based Trade and Investment Agreement (BITA), which is strongly opposed by India, terming them as non-tariff barrier to trade. India has all along maintained that these issues should be discussed in a different forum.

Gucht expressed hope that all the pending problems in concluding the trade pact would be sorted out and if required, a ministerial level meeting could take place. Meanwhile, India in a statement said both the ministers have agreed to meet again to take stock of the progress in negotiations.

Gucht, who assumed office last month, said the EU includes social issues in all its trade pacts as the European Parliament would never agree to a deal that is silent on such matters. He maintained that the issue will not be a "deal-breaker". "We will try to get an appropriate language." (in the deal). Other contentious issues like market access, government procurement and services in the FTA are yet to be settled in the proposed BITA, for which eight rounds of talks have already been taken place since 2007.

Quelle/Anmerkung:
Eingesehen in LexisNexis. SECTION: INDIA BUSINESS.

IndE10-4
Hindustan Times
Negotiations on with EU for Free Trade Agreement: Anand Sharma

New Delhi, April 5 -- Union Commerce and Industry Minister Anand Sharma on Monday said that negotiations for a market-opening free trade and investment agreement between India and the 27-nation European Union are underway, and are expected to conclude by the end of 2010.

"Eight rounds of negotiations have been completed and on many subjects intercessionals are taking place. But it is a two-way process. We have had discussions and the new EU (European Union) Trade Commissioner Karel De Gucht was also here. Our senior officials are engaged in negotiations," said Sharma on the sidelines of a National Conference on Free Trade Agreements.

"Now, this 2010 timeline has been given at the last India-EU summit held in New Delhi. But we remain optimistic. And we hope that both EU and their negotiators will also support this initiative," added Sharma.

As a bloc, the 27-nation EU is India's largest trading partner and the two have been negotiating an FTA since 2007.

But talks have dragged on over differences about market access, procurement and EU's efforts to link trade with issues, such as child labour.

Sharma, however, clearly stated that India considers the issues of child labour or India's environmental performance is an extraneous issue and said that those would be kept off the discussion table.

"There is no room for extraneous issues to be part of the negotiations. We want to conclude it as a single undertaking for trade investment in services. We are not discussing any other issue," said Sharma.

Trade between India and the EU currently stands at 78 billion euros, but is still less than one-fifth the value of the EU's trade with China.

A free trade deal between the two countries is expected to create new export opportunities worth nine billion dollars for the Indian industries. Published by HT Syndication with permission from Asian News International.

Quelle/Anmerkung:
Eingesehen in LexisNexis.

IndE10-5
The Hindu
Non-trade issues not to hamper trade talks with EU

Asserting that India and EU talks on the Free Trade Agreement (FTA) were on track, European Union (EU) delegation head and Ambassador Danielle Smadja on Tuesday said differences over child labour and environmental issues would not hamper the conclusion of the trade agreement between the two countries.

At the same time, she sought to assure that the proposed FTA negotiations with India would not affect production of cheap life saving medicines in the country. “In the intellectual property rights (IPR) chapter of the proposed FTA, it will be made clear that there should be no limit on India's capacity to produce and export life-saving medicines,” Ms. Danielle Smadja said here.

She was responding to the question of protests by international non-government organisations against the negative consequences of the proposed India-EU FTA for procurement and export of cheaper generic Indian medicines to developing countries in Latin America and Africa. The EU Ambassador also hinted at a compromise being worked out between India and the 27-nation bloc on the contentious issue of environment and labour issues in the proposed free trade pact that has been hanging fire for three years. While the 27-nation bloc EU wants to include non-trade issues such as environment and child labour in the proposed market-opening pact, New Delhi maintains that these extraneous issues should be discussed at appropriate international fora and not in a trade agreement.

“Both EU member-states and the EU Parliament are very eager to find some sort of a language about these issues in the agreement. We know what is India's position. We are hearing those positions very clearly,”' she said.

India and its largest trading partner, EU, have been negotiating the market-opening pact since June 2007 to give a boost to their bilateral commerce of around $82 billion. Ms. Smadja said the Union was attached to these issues as they were of public concerns. “They are policy issues that need to be addressed. We need to continue discussing these issues,” she added. Despite the fact that there were several issues to be ironed out, both the sides are aiming to conclude the FTA talks by October-end during the Indo-EU Summit.

Quelle/Anmerkung:
https://www.thehindu.com/business/Economy/Non-trade-issues-not-to-hamper-trade-talks-with-EU/article16298263.ece , eingesehen am 02.02.2021.

IndE10-6
Hindustan Times
Indo-EU Free Trade Agreement by end of the year: Sharma

The India-European Union (EU) Free Trade Agreement (FTA) is expected to be finalised by the end of this year, commerce minister Anand Sharma said today. “I am very optimistic that me and the EU trade commissioner will be able to report positively in the next summit,” he said.
Sharma was speaking at a panel discussion, in which British Premier David Cameron and Deputy Chairman of the Planning Commission, Montek Singh Ahluwalia, took part.
The Indo-EU FTA has been under negotiations for the last three years.
EU is India's largest trading partner. India-EU trade last fiscal stood at $82 billion.

Quelle/Anmerkung:
https://www.hindustantimes.com/business/indo-eu-free-trade-agreement-by-end-of-the-year-sharma/story-YlaEZNPAymX9j7EoAOlYYO.html , eingesehen am 16.12.2020.

IndE10-7
The Hindu
India-EU FTA talks termed non-transparent

Big business and vested interests have hijacked negotiations for new deal, says study
Terming the ongoing India-European Union Free Trade Agreement (FTA) negotiations "non-transparent" and a threat to the livelihoods of millions of people, Indian and European advocacy groups have warned that any hasty conclusion of the talks will only fuel poverty, inequality and environmental destruction.
The terms of a new deal between the EU and India, negotiations of which have been "hijacked" by big business and vested interests on both sides, will jeopardise the livelihood of millions of small farmers and patients, a joint study by the Belgium-based Corporate Europe Observatory and India-based India FDI Watch has revealed.
The report, 'Trade invaders-how big business is driving the EU-India FTA negotiations,' released simultaneously in New Delhi and Brussels on Wednesday, gives an insight into how negotiators are working behind closed doors, hand-in-glove with industry to push a big business-first agenda.
Internal European Commission documents on secret meetings with corporate lobbyists show how European supermarket giants are demanding access to the Indian retail market, threatening the livelihood of street vendors and small retailers.
The study calls for a halt to the negotiations until all positions, draft proposals, stakeholder contributions and government commissioned studies are made public; comprehensive impact assessments and meaningful and broad consultations with the most affected groups in Europe and India are carried out; the negotiators put an end to making policies in consultation with big businesses; and development, livelihood and food sovereignty and environmental, social and gender justice form the core of the trade policy agenda.
Report co-author Pia Eberhardt of the Corporate Europe Observatory said: "The EC and the Indian government have handed the negotiation agenda over to corporate lobby groups, ignoring the needs of their citizens. It is an outrage that two of the world's biggest so-called democracies should behave in this way."
'Livelihood at stake'
India FDI Watch director Dharmendra Kumar, who has co-authored the report, said: "The negotiations could damage the lives and livelihood of millions of India's poorest. Giant retailers such as Carrefour, Metro, Tesco and Bharti Retail are pushing for opening up India for foreign investment in multi-brand retail, which is now banned. The result will push street traders and small farmers into poverty and hunger."
The talks have already triggered mass protests in India, with thousands of small retailers and street-vendors staging protests in cities across the country.

Quelle/Anmerkung:
https://www.thehindu.com/business/Economy/India-EU-FTA-talks-termed-non-transparent/article15900340.ece , eingesehen am 16.12.2020.

IndE10-8
Hindustan Times
Poland keen to supply tank recovery vehicles to India

New Delhi/ Bangalore, Sept. 6 -- Poland is keen to supply tank recovery vehicles to India and also ready for joint ventures and transfer technology.

Addressing reporters in a news briefing in New Delhi, B.B. Harrison, joint secretary (Europe) in Ministry of External Affairs said: ' Poland is interested in supplying tank recovery vehicles. The offer is based on past experience as Poland has supplied to India spares as well as technology for maintaining and upgrading several kinds of equipment.

Poland, is not only interested only in selling the equipment to India but is also ready for joint ventures and transfer technology.'

Addressing captains of the Indian industry today in Bangalore, the visiting Polish Prime Minister Donald Tusk said that being strategically located in the heart of Europe, Poland offers the ideal investment opportunity to Indian entrepreneurs for setting up subsidiaries or explore partnerships in diverse sectors, with access to European and global markets,

Tusk said that he decided to commence his three-day visit to India from Bangalore to consolidate bilateral relations through business and collaborations.

Prime Minister Tusk and Indian Prime Minister Dr. Manmohan Singh with their delegations are scheduled to hold in-depth exchange of views on robust bilateral relations and also discuss bilateral and multilateral issues of mutual interest.

Harrison told reporters in New Delhi that the Defence cooperation with Poland, which began in early 1970s, is growing and will figure in the discussions.

Relying to a question related to bilateral defense cooperation between India and Poland, Harrison said: 'I would like to mention a particular positive feature that Poland, unlike some of our business partners, is not interested only in selling the equipment to us but is also ready to have joint ventures and transfer technology.

'A Polish company is in collaboration already with an Indian company for some items and there are discussions under way for expanding that cooperation further.'

Asked if there were any agreements expected to be signed in the defence area and other agreements expected to be signed during this visit of Polish Prime Minister, the Joint Secretary (Central Europe) Harrison said: 'None in defence. While there are a number of agreements on the table, the one agreement which will be signed during the visit is the cultural exchange programme for 2010 to 2012. In the area of defence, as my colleague mentioned, after 2004 a Defence Working Group has been established which has been discussing cooperation in various fields including, I would like to highlight, training which is under way.'

MEA's official spokesperson Vishnu Prakash, however, added: 'This is ongoing cooperation. The fifth round of JWG discussions had taken place in Warsaw in April this year.'

Asked which other areas defence cooperation may be expanded, Vishnu Prakash said: 'We have an important relationship, a multifaceted relationship, of which defence cooperation is also an important area. We have already shared with you how the defence cooperation has been progressing. She (Ms.Harrison) explained that. It is an ongoing process, and it certainly covers all elements including exchanges, training, technology transfer, procurement of defence equipment, and so on. So, suffice it to say that it is an important relationship and it is a process that is ongoing.'

To a question related to the possibility of discussion on the issue of the Free Trade Agreement between EU and India during this visit, as Poland is a member of the EU, Harrison said: '"But certainly Poland, as you are aware, is an active member of EU, and we would be discussing each other's activities in various multilateral organizations in which the other has an interest. So, we would certainly I think be hearing from Poland. Poland would

be sharing with us its experiences within the EU, its perceptions of the priorities of EU and so on. And, I would imagine that this agreement would also be something that would be touched upon.'

Vishnu Prakash added to this reply by stating: 'EU is our largest trading partner. We have regular India-EU Summits. We have been working closely with each other. On the India-EU agreement, active discussions are ongoing.

Quelle/Anmerkung:
Erhoben in LexisNexis.

IndE10-9
Hindustan Times
European Union set to open doors to Indian migrants

London, Oct. 2 -- There is good news for Indian immigrants wanting to settle down in European countries.

According to The Sun, a secret agreement has been reached between the Indian Government and the European Union that will open the employment door to an unlimited number of Indian immigrants and foreign specialists, especially in Britain.

Under the deal being drawn up by Brussels, skilled Indian IT workers, engineers and managers can transfer to the UK and other EU nations. Western firms gain access to India in exchange.

Indian workers would be granted three-year visas to the UK, but not permanent citizenship.

Think tank Migrationwatch UK last night urged the government to "come clean" on the deal, which is set to be signed next summer.

Migrationwatch chief Sir Andrew Green was quoted as saying: "There is no point in a limit on economic migration if specialists from India are excluded by a separate agreement."

The David Cameron Government is insisting that the deal would be worth hundreds of millions of pounds in extra business to British firms.

A spokesman said: "The EU India Free Trade Agreement will benefit businesses trading with India. We will ensure any commitments will be consistent with the Government's commitment to reduce net migration."

It maybe recalled that Prime Minister David Cameron has vowed to cut migration from more than 200,000 a year to "tens of thousands".

But Home Secretary Theresa May's plans for a cap have sparked a feud with Lib Dem and Tory ministers, with opposition to it led by Business Secretary Vince Cable.

Quelle/Anmerkung:
Erhoben in LexisNexis.

IndE10-10
Hindustan Times
India-EU free trade pact likely by December

Dusseldorf (Germany), Oct. 6 -- After years of tough negotiations, trade officials of India and the European Union have thrashed out the contours of a comprehensive free trade agreement (FTA) expected to be inked by the end of the year.

Talks hit a roadblock after the 29-nation EU insisted that India adhere to its stringent sanitary measures to allow free movement of agricultural products.

Many Indian products have been rejected because of health-related safeguards. For instance, Indian liquor has faced resistance on the ground that the water that goes into it may not be safe.

India has also resisted European attempts to link labour standards to trade issues. A final ministerial review on the FTA will be held in Brussels in November, officials said.

Commerce and industry minister Anand Sharma, who is heading a Federation of Indian Chambers and Commerce and Industry (FICCI) delegation to Germany, told reporters that most of the contentious issues have now been addressed and at least an in-principle pact was due soon.

Rajan Bharti Mittal, president, FICCI said the FTA was expected to be inked by December.

(The writer's travel and stay has been paid for by FICCI)

Quelle/Anmerkung:
Erhoben in LexisNexis.

IndE10-11
Times of India
Activists decry India-EU IPR talks

Delhi Network of Positive People (DNP+) is staging a mass demonstration in front of Udyog Bhavan on Wednesday to protest against the inclusion of intellectual property (IP) provisions in the EU-India free trade agreement (FTA) which they fear will affect people's access to affordable HIV/AIDS drugs.

A crucial round of negotiations between India and European Commission on intellectual property provisions will take place from October 6 to 8 in New Delhi. The EU-India FTA negotiations are set to be concluded before the end of 2010.

HIV/AIDS patients and organizations involved in procuring medicines for HIV/AIDS patients, especially in the developing countries across the world, are worried that the EU-India trade and investment agreement being currently negotiated may further reduce India's vital role as provider of life-saving treatments.

Already, with the introduction of the product patent regime in 2005, Indian generic drug companies cannot produce and supply new HIV medicines that will be needed soon for

patients failing the second line antiretroviral therapy (ART). The reason: increasing number of patent barriers in India, pointed out members of the DNP+.

Last week, the DNP+ had sent a letter to the PM with a "Don't trade away our lives" appeal, which has been signed by 240 organizations across the world. The DNP+ letter pointed out that if EU-India FTA was concluded without removing the IP provisions, it would make access to medicines even more difficult, as the provisions intend to prolong patent terms by a number of years, make registration of off-patent generic medicines difficult, seek to undermine the Indian judiciary's role of protecting patients, and finally try to legalize EU's border measures that led to the confiscation of life-saving generic medicines in transit to developing countries.

A UN report has warned that the inclusion of intellectual property (IP) in the definition of investment could potentially subject IP to the general guarantees given to investors under the bilateral investment treaty providing a legal basis for foreign investors to take action against the host country for failing to protect their IP. Thus, multinational drug companies could potentially sue the Indian government for any government initiative to protect public health and access to treatment.

Medecins Sans Frontieres (MSF) as part of its campaigns for accessible medicines pointed out that the acquisition of key Indian generic companies like Ranbaxy by the Japanese firm Daiichi Sankyo and Shantha Biotech by Sanofi-aventis of France raised concerns about the long-term sustainability of generic production and supply to developing countries. The government of India could take steps to limit the stake of foreign investors in Indian generic companies but Article 4 (market access) of the draft investment chapter in the EU-India FTA clearly limits such measures and if implemented, it could be challenged by foreign investors. This provision clearly infringes on India's policy space to regulate mergers and acquisitions of Indian generic producers, stated MSF.

Indian-produced generic AIDS drugs comprised 87% of antiretroviral purchase volumes and accounted for 91% of paediatric ARV volumes in 2008. AIDS treatment has experienced great progress over recent years, with about four million people starting treatment between 2003 and 2008, largely due to India's ability to produce low-cost quality medicines.

Quelle/Anmerkung:
Erhoben in LexisNexis, SECTION: INDIA.

IndE10-12
Hindustan Times
India, EU agree on generics: Sharma

Berlin, Oct. 7 -- In a major breakthrough, India and the European Union (EU) appeared to have arrived at a consensus over the contentious issue of supply of generic medicines to lucrative European markets that follow a rigorous patent regime. Commerce and industry minister Anand Sharma, who is in Germany, said the

EU has taken note of the issue and is addressing it.

"The EU has accepted the position and they have amended the notification," Sharma said on the sidelines of a function organised by industry chamber FICCI here.

Generic drugs are cheaper and affordable versions of patented drugs. Talks on the Indo-EU free trade agreement, slated to be inked in December, had hit a roadblock over the supply of generic medicines by Indian companies in Europe.

Sharma said India has been very firm on the issue in the negotiations. "When we talk of the IPR (intellectual property rights) chapter, there is no question of discussing anything which is beyond our commitments in GATT and World Trade Organisation (WTO)."

Signing of the proposed Indo-EU FTA could provide a boost to Indian drug companies with strong presence across global markets.

(The writer's travel and stay were paid for by FICCI)

Quelle/Anmerkung:
Erhoben in LexisNexis.

IndE10-13
India Today
Protests over FTA talks in drug biz

As India begins negotiations with the European Union (EU) in the Capital for a free trade agreement (FTA), members of the Delhi Network of Positive People (DNP+) - mostly those suffering from HIV and other chronic ailments - held protests against the inclusion of intellectual property (IP) provisions in the EU- India FTA. The protestors fear this would prevent Indian generic drug firms from producing and supplying new medicines for the treatment of AIDS and other chronic diseases, which would compel patients to buy unaffordable drugs marketed by multi-national companies (MNCs) in India.

The protestors claimed that countless human lives in developing countries would face hardships if the FTA is finalised without removing the IP provisions.

"Already with the implementation of WTO's TRIPS agreement in 2005, Indian generic companies cannot produce and supply new AIDS medicines that will be needed soon for patients failing second line antiretroviral therapy (ART). The reason - product patents in India," said Manoj Pardesi from ITPC India, who was part of the agitation.

The EU-India FTA, if concluded without removing the IP provisions, will make matters worse as the EU is demanding stipulations that will prolong patent terms by a number of years (patent term extension), delay the registration of generic medicines (data exclusivity), undermine the Indian judiciary's role of protecting patients and make the export of affordable generic medicines difficult (border measures).

The EU has been pursuing a number of IP measures during the FTA negotiations with India and its attack on generics is not limited to India. The EU is pursuing FTAs with similar IP rules with Brazil, Thailand, Indonesia, Philippines and South Africa.

"I'm using lamivudine, zidovudine and nevirapine and I know they are all generics," said Vikas Ahuja from DNP+, who is receiving treatment at a government clinic in New Delhi.

"If generic drugs are not available, I won't be able to care for my family. I won't be able to care for myself. We have to stop the FTA to stay alive," he added.

The EU-India FTA negotiations are expected to conclude before the end of 2010.

Quelle/Anmerkung:
https://www.indiatoday.in/business/india/story/protests-over-fta-talks-in-drug-biz-83339-2010-10-07 , eingesehen am 16.12.2020.

IndE10-14
The Telegraph
EU trade talks gather pace

New Delhi, Nov. 21: Indian and European Union officials are meeting here this week to settle their differences on the free trade agreement (FTA) at the earliest.

The talks will seek convergence on market access and intellectual property rights, but non-trade issues remain a sore point.

David ' Sullivan, EU's director-general for trade, will be here to thrash out the differences with commerce secretary Rahul Khullar.

Sullivan's visit will be followed by a meeting in Brussels to settle all pending matters.

The negotiators had hoped to conclude the deal before the India-EU summit in mid-December to be attended by Prime Minister Manmohan Singh.

"Both sides are engaged in active and constructive negotiations and are working hard to conclude the talks. It is not possible to speculate on the outcome of the talks. However, it seems a difficult proposition to conclude the FTA before the summit," officials said.

There is still no clarity on whether the European Parliament will ratify the pact without the inclusion of non-trade issues such as child labour, human rights and environment. Indian officials have said they will not discuss non-trade issues.

However, officials said the EU was willing to ease rules pertaining to the movement of technical workers such as IT engineers and managers to live and work in the EU countries in return for greater access to European companies.

A skilled Indian worker will be allowed to work in any EU country under contract; in return, India will reduce tariffs on European products and lift some restrictions on bidding for certain public projects.

The EU also wants India to make the issue of visas to its citizens, business professionals and politicians easier. It wants multiple entry visas with a minimum one-year duration.

Another demand is to open up the Indian markets, which are protected by tariffs averaging around 10 per cent, along with greater access for banks and other financial service providers.

India is eyeing lower tariffs for its goods in the EU such as textiles and leather.

The negotiations cover trade in goods and services, investment, technical barriers to trade, remedies, customs co-operation and trade facilitation, dispute settlement, competition and intellectual property rights. The FTA will provide India a market in 27 European countries.

Quelle/Anmerkung:
Erhoben in LexisNexis.

IndE10-15
Hindustan Times
PM leaves for Brussels tomorrow for India-EU summit

Prime Minister Manmohan Singh embarks on a two-nation European tour to Belgium and Germany on Thursday with the India-EU summit expected to lay out a roadmap for greater bilateral engagement, especially in trade.
The 11th summit in Brussels on Friday is being held in the backdrop of negotiators from India and the 27-nation bloc trying to narrow down differences to hammer out a Trade and Investment Agreement that could help in increasing bilateral trade by about 40 per cent to touch 100 billion Euros.
The keenly awaited Agreement is expected to be finalised by next March. The differences broadly relate to social issues like environment and labour standards as well as intellectual property rights.
"The next round of negotiations will be this month. By March, we expect to conclude the negotiations on the free trade agreement," according to Commerce Minister Anand Sharma.
Ahead of the annual summit, Vivek Katju, Secretary (West) in the External Affairs Ministry said, "it will provide an occasion to discuss the expansion of the India-EU engagement as EU itself evolves and takes on more and diverse responsibilities."
"EU is an important trading partner of India and also a significant source of investment," he said.
The UN Security Council reforms, growing terror threats, situation in Pakistan and counter-terrorism strategies are also expected to engage the attention of Singh and the European leadership in Brussels and also during the prime minister's summit talks with German Chancellor Angela Merkel during his short visit to Berlin on Saturday.
India and Germany, who along with Japan and Brazil have made serious bids for permanent membership of the UN Security Council, take their place as non-permanent members for a two-year term from January 1.
Germany is expected to make a sharp pitch to strengthen its Defence ties with India which is scouting for military hardware ranging from fighter jets and helicopters to mid-air refuelling aircraft and submarines.
Singh is due to return home on Sunday at the end of his three-day European tour.
A Joint Declaration on Culture is also expected to be signed between the Department of Culture and the EU Commission at the Brussels summit.
The EU side will be represented at the Summit by Herman Van Rompuy, President of the European Council and Joses Barroso, President of the European Commission.
An India-EU Business Summit will be also held on the margins of the Summit on the theme "EU-India Partnership Opportunities for Sustainable Development".
Prime Minister Singh will also have a bilateral meeting with his Belgian counterpart Yves Leterme in Brussels on Friday before proceeding to Berlin the next day for meetings with German President Chrisian Wulff and Chancellor Merkel.
Singh is visiting Germany for the third time after April 2006(when India was partner country at the Hanover Fair) and June, 2007 for the G8 plus G5 summit at Heiligendamm.

"Indo-German relations are also marked by rapidly growing economic and trade ties," Katju said. Germany is India's largest trading partner in EU with bilateral trade touching 13.09 billion Euros in 2009.

Quelle/Anmerkung:
https://www.hindustantimes.com/delhi/pm-leaves-for-brussels-tomorrow-for-india-eu-summit/story-gXnLvlFvjLfneKb9VTpRFJ.html , eingesehen am 16.12.2020.

IndE10-16
Hindustan Times
India, EU deal on services access

India and the European Union (EU) on Friday agreed to give each other market access in services as deliberations on inking a free-trade agreement (FTA) entered the final leg. "The EU and India agree that the final outcome should provide real additional market opportunities for both sides.
This will be reflected in offers which will be exchanged by early date," a joint report on the state of play of negotiations for the Bilateral Trade and Investment Agreement (BTIA) said.
Recognising the substantive progress made in many chapters, the EU and India agree to expedite the process for concluding the negotiations by the spring of 2011.
To this end, both sides have agreed to intensify work on all pending areas and to meet at the chief negotiators level on at least a monthly basis.
A meeting of the commerce secretary and the director general of trade will take place in early 2011 and a ministerial meeting will be held in March of 2011, the report said.
Negotiations for a bilateral trade and investment agreement between the EU and India were launched in June 2007.
"As of today, significant progress has been made in most areas of the negotiations and closure has been achieved in several areas. Engagement has been intensified in all areas requiring additional work and both sides intend to make all necessary efforts to conclude negotiations in the spring of 2011," it said.

Quelle/Anmerkung:
https://www.hindustantimes.com/business/india-eu-deal-on-services-access/story-Yzf56I1ihhenFtpx0tSaOO.html , eingesehen am 16.12.2020.

IndE10-17
Hindustan Times
India, EU should open markets, avoid protectionism: PM

Prime Minister Manmohan Singh on Friday said India and the 27-nation European Union (EU) should take the lead in avoiding protectionism and open their markets for expanded business cooperation. Singh, after attending the 11th India-EU summit, said he was confident the two sides were on
the "right track" in enhancing their economic and strategic ties.
"India and Europe should take the lead in avoiding protectionist trends, keeping our markets open and encouraging the free flow and movement of people," he told reporters.
He said he conveyed to the European leadership "the vast opportunities" that exist for European investment in India in the areas of infrastructure, high technology, research and development, clean energy and innovation.
"We are particularly keen to benefit from Europe's experience in the area of skill development, vocational training and small and medium enterprises."

The summit was held amid negotiations over problems coming in way of a free trade agreement (FTA) between the two sides.
The accord, in protracted negotiations since 2007 is expected to generate two-way trade worth about 100 billion euros, up from the existing 70 billion.
The FTA was supposed to be readied for inking during the Brussels summit and would now be wrapped up by early next year.
Singh praised the negotiators from the two sides for the "commendable work" done and also called for a broad-based trade and investment agreement.
"We are at the last stages of this complex exercise. We have directed our officials to redouble their efforts to reach a conclusion by the spring of 2011. Finalisation of a balanced agreement will bring enormous benefits to both sides," he said.
He said India's partnership with the EU was poised for further expansion, and "we will work with the EU towards world peace, stability and prosperity".
"We see EU as a key strategic partner in meeting India's development needs."
Over the years, the partnership between India and the European Union has matured tremendously, covering areas like politics, security, education and science.
The EU's trade in goods with India, that is its ninth largest trading partner, picked up in the first nine months of 2010 after a slump in 2009 due to the global recession, according to data released here.
For India, the EU is its largest trading partner with bilateral trade touching 70 billion euros this year.
Singh said agreements on bilateral cooperation on peaceful uses of nuclear energy and maritime transport are under negotiation.
He said the two sides discussed opportunities for greater cooperation in the political and security spheres.
"We have agreed to enhance counter-terrorism cooperation. There is, in addition, scope for working together in combatting non-traditional threats to security such as piracy."

Quelle/Anmerkung:
https://www.hindustantimes.com/world/india-eu-should-open-markets-avoid-protectionism-pm/story-oVAreWUkaoxXejLz49UOpO.html , eingesehen am 16.12.2020.

IndE10-18
Times of India
FTA with EU likely by March

BRUSSELS: As Prime Minister Manmohan Singh landed in Brussels on Thursday for the 11th annual India-EU summit, government sources confirmed that the much awaited free trade agreement, or Broad-based Trade and Investment Agreement (BTIA), will come into effect by March 2011.

The agreement was earlier supposed to have been finalised by December 2010 but got delayed because the issue, as German ambassador to India Thomas Matussek recently said, turned out to be more complicated than what the two sides had bargained for.

"Essentially, the decks have been cleared. It will be announced on Friday at the summit that the deal will be inked by Easter (March) next year," said a source, adding that negotiations for many of the items which were proving to be a drag have been concluded. "This includes matters such as trade remedies and also intellectual property rights," he said, adding that negotiations in agriculture are still going on. India is set to push for greater access for its farm

products into European markets but has so far not relented on the European Union's demand for lower tariffs on import of cars and wines and spirits into the country.

Of the 12 areas of negotiations five items - trade barriers , defence measures, trade facilitation, competition policy and rules of origin have been finalised.

Quelle/Anmerkung:
Erhoben in LexisNexis, SECTION: INDIA BUSINESS.

IndE10-19
Times of India
India, EU flag cross-border terror as key concern

NEW DELHI: The focus at the 11th EU-India summit on Friday almost shifted away from the much awaited free trade agreement or the Broad-based Trade and Investment Agreement (BTIA) to international terrorism as the two sides, for the first time, issued a joint declaration which announced that "cross-border terrorism" was a key political priority in India-EU strategic partnership.

With specific mention also of terror safe havens in the joint declaration, senior government officials accompanying PM Manmohan Singh in Brussels said this further vindicated India's position in case of Pakistan.

Apart from talking about cross-border terrorism, the joint declaration also denounced "those who sponsor, abet and instigate terrorism and provide terrorist safe havens". It added that the two sides reaffirmed their conviction that the proposed Comprehensive Convention on International Terrorism should become a vital component of the international legal framework against terrorism, and to intensify efforts to bring negotiations to a successful conclusion.

This is probably the first time in recent memory that EU has specifically referred to cross-border terrorism and safe havens. "I do not recollect seeing such terms in recent documents. It shows how EU's position has evolved," said MEA secretary (west) Vivek Katju.

The joint declaration also called for political dialogue to encourage all countries to deny safe haven to terrorists and to dismantle terror infrastructure in territories under their control. Apart from that, the joint statement called on Pakistan to expeditiously bring all perpetrators and accomplices of the Mumbai attacks to justice.

European Commission President Jose Barroso described the joint declaration as a clear signal to the rest of the word and said fighting terrorism was a key issue. "We have agreed to enhance counter-terrorism cooperation. There is also scope, in addition, for cooperation in cases of non-traditional threat to security, like piracy," PM Manmohan Singh said in his opening remarks.

The two sides have decided to cooperate in combating international terrorism within the framework of political dialogue, law enforcement, police, research, border security and also cooperation in UN. They will also build on opportunities of, as the declaration said, India's membership of Financial Action Task Force of EU member states and India by intensifying efforts to prevent access by terrorists to financial and other resources.

Quelle/Anmerkung:
Erhoben in LexisNexis, SECTION: INDIA.

IndE10-20
The Hindu
FTA will hurt livelihoods in India, Europe: civil society

Halt ongoing negotiations, says open letter
With Prime Minister Manmohan Singh set to hold talks with his counterpart in Brussels on trade and economic issues, a broad civil society alliance on Thursday called on the European Commission and India to immediately halt the ongoing negotiations for an India-EU Free Trade Agreement.
The India-EU summit on Friday is likely to give a political mandate for working towards the conclusion of the FTA in early 2011.
In a signed open letter, more than 240 civil society groups warned that the talks would damage the livelihoods of millions of people in both India and Europe, exacerbating poverty and undermining economic and social development.
The proposed agreement would undermine people's right to food, health and to gender and social development. "The EU persistently puts pressure on India to open up its market to European dairy and meat products, while continuing to export these products at prices far below production costs with the help of subsidies," said Armin Paasch, trade expert of the German Catholic Bishops' Organisation for Development MISEREOR.
"Around 90 million people are working in the dairy sector in India, most of them small scale farmers or herders and 70 per cent of them women. Their livelihoods would be severely threatened if subsidised EU exports are permitted to flood the Indian market," he said.
The statement, issued here, said tightened intellectual property rights (IPRs) would limit India's ability to provide affordable medicines for HIV-AIDS, malaria and cancer not only in India but also for patients worldwide.
'Outrageous'
"It is outrageous for Europe to undermine the Indian drug industry's capacity to provide affordable and safe medicine to the poor. Despite massive protests, the EU continues to insist on data exclusivity and other provisions which would hinder timely production and delivery of generics," said Rebecca Varghese Buchholz, trade policy advisor at Traidcraft, U.K.
Representatives from Indian and European civil society groups called for transparent negotiations.
Lack of transparency
"The EU-India summit is another example of the lack of transparency and undemocratic nature of the negotiations. Neither civil society groups nor members of the European Parliament are allowed to attend the annual summit of political leaders from either region. At the same time, the 11th EU-India business summit will be held bringing together European and Indian high level business and political representatives to network and shape a joint agenda," the statement said.
Ska Keller, member of the European Parliament said the broad resistance to the FTA shows that people on both sides were no longer willing to leave the decision-making on their future in the hands of the business and political elite.

Quelle/Anmerkung:
https://www.thehindu.com/news/national/FTA-will-hurt-livelihoods-in-India-Europe-civil-society/article15586567.ece , eingesehen am 16.12.2020.

IndE10-21
Times of India
Farmers' interest safe in India-EU pact, says PM

BRUSSELS: Even as India and the European Union try hard to iron out differences over the Bilateral Trade and Investment Agreement (BTIA), Prime Minister Manmohan Singh said during the 11th EU-India Summit that the agreement was of mutual interest.

India and EU said the treaty, which was to be finalised by December, will come into effect by March-April , 2011. "I am a firm believer that BTIA is in our mutual interest," said Singh while answering a question on BTIA. When asked specifically about the concerns being raised by farmers and traders in India, Singh said the agreement will include enough safeguards to address such concerns.

"India and Europe should take the lead in avoiding protectionist trends, keeping markets open and encouraging the free flow and movement of people," he said. "We are at the last stage of this complex exercise . We have directed our officials to redouble efforts to reach a conclusion by the spring of 2011," he added.

On the crucial issue of the situation arising out of seizure of generic drugs, however, Indian officials accompanying the PM in Brussels said this should now be seen as separate from BTIA. A report by Indian authorities on the state of negotiations said BTIA would not be detrimental to the interests of Indian drug firms and would not prevent them from manufacturing and exporting generic drugs.

"Both sides agree that the Intellectual Property Rights chapter will be based on and reflect legislative developments in the EU and India . Nothing in the agreement would limit trade related aspects of intellectual property rights flexibilities concerning access to medicines," said a joint report on the state of play of negotiations.NGOs have protested against BTIA claiming that this would affect the supply of generic drugs from India.

Commerce minister Anand Sharma and EU trade chief Karel De Gucht also said that the transit dispute had been resolved. As reported by ToI on Thursday that EU has decided to amend its rules that were earlier used seize consignments of generic medicines that were transiting though some of the EU member countries.

Quelle/Anmerkung:
Erhoben in LexisNexis, SECTION: INDIA BUSINESS.

IndE10-22
The Hindu
CPI(M): why this “veil of secrecy” over FTA with EU

The Communist Party of India (Marxist) on Saturday expressed concern over the “veil of secrecy” around negotiations for the India-European Union Free Trade Agreement (FTA), and re-emphasised that the Manmohan Singh government did not have the mandate to conduct parleys on it without discussion within the country.
Referring to the EU summit in Brussels, attended by a high-level Indian delegation led by Prime Minister Manmohan Singh, the Polit Bureau said in a statement here that in the case of

the India-Asean (Association of Southeast Asian Nations) FTA, the government in the past signed agreements that affect large sections of the country's people adversely without making any efforts to consult Parliament, other political parties or State governments.
“The CPI(M) reiterates firmly that the government does not have the mandate to negotiate the India-EU FTA without first having consulted diverse sections within India and discussed in Parliament,” the statement said.
The CPI(M) said there were several areas of concerns in the texts being negotiated for the FTA, and that the EU was demanding measures that go beyond the Trade-Related Aspects of Intellectual Property Rights (TRIPS) that would affect the viability of low-priced generic medicines in the country.
The party said the EU is also seeking accelerated access to Indian markets, particularly dairy and agri-business, that could jeopardise the livelihood of farmers, fisherfolk and small businesses.
Similarly, investment and financial services obligations being demanded by the EU would have detrimental effects on domestic industry, would result in giant retail chains pushing out small vendors and trades people, compromise the government's ability to direct credit into required areas and destabilise the country's financial sector at a time when the world was going through its worst financial crisis in recent memory.
The EU also made strong demands to open up the system of government procurement, which if accepted, would further jeopardise the country's faltering public distribution system.

Quelle/Anmerkung:
https://www.thehindu.com/news/national/CPIM-why-this-ldquoveil-of-secrecyrdquo-over-FTA-with-EU/article15589311.ece, eingesehen am 16.12.2020.

IndE11-1
The Telegraph
Patients rally against trade pact with EU

New Delhi, March 2: Patients battling cancer, infections and mental illness joined a rally here today beseeching the government to reject a trade pact with the European Union that they fear will threaten the availability of inexpensive generic medicines in India.

An estimated 2,000 people, many among them infected with HIV, walked along Delhi's Parliament Street on a day when Indian and EU officials were negotiating a free trade agreement in Brussels.

Health activists and lawyers familiar with leaked sections of the text under negotiation have said the EU has built pressure on India to accept intellectual property protection that goes beyond what global trade rules require. They say a provision called "data exclusivity" would block inexpensive generic medicines from the market, even for drugs that no longer have patents on them.

"Accepting data exclusivity would be a colossal mistake - it will severely hurt patients in India and in other developing countries that rely on India for inexpensive generic drugs," said Anand Grover, the UN Special Rapporteur on the Right to Health.

Grover said India's three ministries involved with medicines - the health ministry, the chemicals ministry and the commerce ministry - have all indicated to health groups that they are opposed to data exclusivity. "They appear to agree that data exclusivity is not good for

our country - but the Prime Minister's Office has written to them (the ministries) to look at this issue again," Grover said.

A group of non-government health organisations had last year released documents that suggested that multinational drug companies had used the Prime Minister's Office to try to influence government policies, including India's stand on data exclusivity.

"I think people haven't really understood the massive impact that data exclusivity will have on health care," said Navneet Tewatia, a pharmaceutical industry affairs specialist involved in guiding Indian parliamentarians on HIV issues.

"This is likely to affect all therapy areas - from HIV to cancer to vaccines," he said.

Current Indian drug laws require generic companies only to establish bioequivalence of the molecules they plan to market. Data exclusivity will protect clinical trials data generated by the innovator companies and force generic manufacturers to repeat the clinical trials.

"This would virtually mean no more inexpensive generics of new medicines," said Leena Menghaney, a lawyer with Medecins Sans Frontieres, an organisation that relies on India's generics to supply anti-HIV and anti-TB drugs to Asian and African countries.

Health activists also warn that the free trade agreement contains elements that will allow the EU to stifle any change in Indian government policy that it fears will hurt investments. "This is already happening elsewhere," said Grover, a human rights lawyer.

A multinational tobacco company has used a trade agreement signed by Uruguay to sue the Uruguay government for its decision to introduce larger and more graphic health warnings on its tobacco packets, said Y.K. Sapru with the Cancer Patients Aid Association.

"India's own control tobacco control efforts may also be at risk through such a free trade agreement," Sapru said.

Quelle/Anmerkung:
Erhoben in LexisNexis.

IndE11-2
Deccan Herald
India, European free trade pact soon

Basel (Switzerland), Mar 26, PTI:
Talks are on fast track mode
A broad-based trade and investment agreement between India and four-nation European Free Trade Association (EFTA), which includes Switzerland, is expected to conclude this year to facilitate closer economic cooperation.
Union Commerce & Industry Minister Anand Sharma said seven round of negotiations have already been completed. EFTA states include Iceland, Liechtenstein and Norway, besides Switzerland. It is an inter-governmental organisation that promotes free trade and economic integration between the four nations.
“We are in the advance stage to conclude the free trade agreement. We are fast tracking the negotiations with EFTA... I hope that within a month’s time, both sides will be in a position to make specific offers...,” Sharma said.

Sharma was here to inaugurate the Indian pavilion at the world's most coveted watch and jewellery show 'Basel World 2011'. He said India would embrace entire Europe through the comprehensive free trade agreement. India is also deeply engaged with the 27-nation European Union for a bilateral trade and investment agreement. The EFTA members are not part of 27-nation European Union.
The trade between Switzerland and India stood at US$18 billion in 2010 up from US$15 billion last year. Swiss exports to India include machines, pharmaceutical and chemical products as well as precision instruments, while imports from India include textiles, agricultural products and components for the airline industry. There are about 170 Swiss companies doing business in India.
Sharma further said India was seeking advance scientific research and institutional linkages with Switzerland for its various sectors.
Another area of mutual cooperation has been vocational skills training modules that India strongly needs to meet the challenges that will emerge from the massive economic development taking place at present.

Quelle/Anmerkung:
https://www.deccanherald.com/content/149036/india-european-free-trade-pact.html, eingesehen am 16.12.2020.

IndE11-3
The Hindu
Halt India-EU FTA talks immediately'

Ska Keller, a Green member of the European Parliament, has warned that the proposed free trade agreement (FTA) between India and European Union will have serious consequences for the Indian people.
In a statement issued after the conclusion of her visit to India last week where she met representatives of the government, the opposition, think-tanks and NGOs about the advantages and disadvantages for India concerning the FTA with the EU, Ska Keller said regulations on intellectual property rights might endanger the production of generics and thereby block the access to medical treatment for millions of poor people in India and other countries.
"I therefore support the campaign of 'medicine sans frontiers' (doctors without borders) Europe! Hands off our medicine.'' "I am also concerned that Indian and farmers could stand affected negatively. Moreover, there are severe concerns that the deal with the EU could force small shops to close or wholesome industries to close down due to competition from Europe,'' she added.
She said critics are of the view that the chapter of the agreement on regulation for investment might open the possibility for companies to sue India or European states for environmental legislation. "I deeply regret that at the moment the negative consequences cannot be judged yet as the public has no access to the negotiations,'' she stated.
On the other hand, the benefits of the FTA cannot be foreseen yet. "Only one of the Indian partners stated at all and clearly, which advantages India hopes to achieve from the FTA: more liberal visa regulation and technology transfer.
"But it is doubtful whether those advantages will be achieved through an FTA with the EU as it is firstly the member states and not the European Commission to decide about visa regulations. Secondly, technology transfer can only happen, if European companies produce and apply their technologies in India and if they did, small enterprises would not benefit. Given the serious concerns and the uncertainties about the benefits, the FTA is a threat to poverty eradication and development of the Indian people,'' she remarked.

On the other hand, EU’s official advisory body has spoken out about the flawed negotiating process in the EU-India free trade agreement (FTA). Madi Sharma, a member of the European Economic and Social Committee (EESC), which was set up to advise the EU institutions, described the talks as “wrong and non-transparent.’’
Ms. Sharma, who is based in the U.K., called for the suspension of the negotiations until studies had been carried out to ‘assess the likely economic and social risks of the FTA on Indian society.’ “Until now, the talks have been guided by a study that fails to take the FTA’s impact on the informal sector into account – even though over 90 per cent of the Indian economy is informal, so made up of people like street vendors and domestic workers,’’ she said in a statement.
Ms. Sharma warned of potential human rights violations as a result of structural changes in India’s informal sector, with women being disproportionately at risk.

Quelle/Anmerkung:
https://www.thehindu.com/business/Economy/Halt-India-EU-FTA-talks-immediately/article14692881.ece, eingesehen am 16.12.2020.

IndE11-4
The Telegraph
Singh favours strict rules for drug trade

New Delhi, April 30: Prime Minister Manmohan Singh has asked trade negotiators not to dilute their stand or it could adversely affect the domestic pharmaceuticals industry, whose generic drugs have been the lifeline for millions of patients across the globe.

"The Prime Minister firmly directed that the Indian side shall not take on any obligation beyond the TRIPS (Trade Related Intellectual Property Rights)/domestic laws," a PMO statement said today after a meeting of the Trade and Economic Relations Committee (TERC).

The European Union has been demanding that India should enforce a stricter IPR regime than what has been mandated in its domestic laws and the WTO agreement on TRIPS.

The EU is India's largest trading partner with a commercial engagement of $74 billion in 2009-10.

"It was observed that concern has been raised by various quarters about the Indian stand on issues on intellectual property rights, especially in the context of the Indian pharmaceutical products," said the statement.

India is in an advanced stage of negotiations with the 27-nation European Union bloc for a free trade agreement (FTA), officially known as bilateral trade and investment agreement (BTIA).

Commerce minister Anand Sharma has said data protection must be respected, as its exclusivity is beyond the provisions of the TRIPS agreement under the WTO. He said India would never accept anything on IPR, which would breach domestic laws.

India's generic drug industry is estimated at over $20 billion and the country exports 50 per cent of its produce.

Data exclusivity refers to a period during which drug producers can maintain a monopoly on production. Drug companies claim the period is necessary to recoup the high cost of developing new drugs.

By gaining exclusive rights over this data, innovator companies can prevent their competitors from obtaining marketing licence for low-cost versions during the tenure.

Indian drug firms that make generic versions of medicines get their approvals after proving that their product is bio-equivalent to the original drug. In other words, they do not repeat the same clinical trials conducted by the innovator company to generate data needed to prove its safety under current laws.

"More than 80 per cent of the AIDS drugs our medical practitioners use to treat 175,000 people in developing countries are affordable generics from India. Beyond AIDS, we rely on producers in India for drugs to treat illnesses such as tuberculosis and malaria. We cannot afford to let our patients' lifeline to be cut," said Paul Cawthorne of international aid agency Medecins Sans Frontieres' Campaign for Access to Essential Medicines.

UNAIDS, the joint United Nations programme on HIV and AIDS, notes that the flexibility afforded by TRIPS has brought down drug prices and helped lower the cost of first-line generic anti-retrovirals by as much as 99 per cent in the last decade.

Under the India-EU free trade agreement, which is currently under negotiation and is expected to be signed within the next couple of months, the EU had been insistent on having an exclusive chapter on data exclusivity, while the Indian negotiators have been denying any relaxation on this. This has raised widespread concern amongst the domestic drug makers.

India and EU are negotiating BTIA, which will include trade in goods, services and investments since June 2007.

Quelle/Anmerkung:
https://www.telegraphindia.com/business/singh-favours-strict-rules-for-drug-trade/cid/390561 , eingesehen am 02.02.2021.

IndE11-5
Hindustan Times
Trade winds: India-EU FTA may face a delay

MUMBAI, Nov. 17 -- There is little chance that the proposed free trade agreement (FTA) between India and the European Union (EU) would be signed before or at the IndiaEU summit to be held in New Delhi in February next year, a top German official said.

The negotiations for signing the treaty, on for three years, were "painfully slow" and the Indian government was "hesitating", said Berend Diekmann, head of division, external economic policy, German government on Tuesday.

Diekmann said the EU bloc and India were "far far away" from reaching an agreement on the FTA. Both sides have locked horns over the issue of high tariffs on automobiles, pharmaceuticals, chemicals, machinery products, procurement policy, agriculture and wines and spirits.

At present, EU has FTA only with South Korea while India has already entered into FTAs with at least half-a-dozen countries.

"At present, progress of talks has not been satisfying at all. We are not hopeful of signing the FTA anywhere in the near future," said the German official, an economist by training.

Diekmann said the Indian government was hesitating to open up the market and bring down tariffs on automobiles and other major products.

He said India had agreed to bring down tariffs on high end automobiles from the present 60% to 30% and further to 20% after five years.

For small cars, India had proposed bringing down tariffs to 50% from the present 60% and after five years to 40%. These proposals were not acceptable to the EU negotiators who are demanding cuts in tariffs on automobiles and wines and spirits.

On its part, India has been demanding that the EU should without any hindrances allow the free movement of professionals within the 27-nation bloc.

Quelle/Anmerkung:
Erhoben in LexisNexis.

IndE11-6
Times of India
EU to ease visa rules if India opens its market

NEW DELHI: The European Union is ready to ease visa rules for professionals if India agrees to open up more of its sectors and markets as part of a proposed free-trade agreement the two sides hope to sign early next year.

While all 27 EU member states have approved liberalised visa norms for professionals, the Indian government could also allow entry to legal and accountancy pros, a commerce department official told ET, adding that New Delhi is open to lowering duties on costly spirits and automobiles as well.

Chief negotiators from both sides are meeting next month in Brussels to finalise the agreement, scheduled to be signed during the India-EU summit in February. The EU is India's largest regional trading partner, accounting for $90 billion of trade in 2010-11, equally balanced between the two sides. European countries are also ready to do away with the contentious "labour market test" and take on individual commitments for increased visas for various categories of Indian professionals.

"The labour market test is an inhibiting clause that disincentivises hiring of foreign professionals," said Arpita Mukherjee, professor, Icrier. Most EU countries give out work permits to foreigners only after ensuring that their own labour do not get left out. Employers in the EU have to advertise for a job locally for a specified amount of time before a foreign worker is allowed to fill up the post.

Although some exceptions to the labour market test have been made for some highly skilled sectors in a few countries, it is mostly applied across sectors. For India, the big-ticket

beneficiaries of the visa relaxation rule would be the information technology and the IT-enabled services sectors, the official said.

Other gainers would include structural engineers, medical support services, architects, accountants and teachers. Commitment on a minimum number of visas to be issued by EU countries annually could cut both ways, said an expert in services trade at a Delhi-based research organisation. "Since it would be a kind of quota, we have to make sure that the commitment that we are getting is more than what is anyway allowed in these countries," he said.

The commitment would be for both contractual service suppliers who visit a foreign country to fulfill a work contract as well as individual professionals. India's demand for free movement of professionals is known as Mode 4 in technical parlance while the EU, in return, wants greater openings in Mode 3, which means setting up of commercial presence. It wants professionals in sectors such as legal and accountancy to be allowed to set up practice in India.

"There is a possibility of allowing legal professionals in some corporate segments, but it is being opposed big-time by large legal firms," the official said. The EU also wants commitments for allowing investments in both single brand and multibrand retail.

"While the decision on allowing foreign investment in multi-brand retail or further easing in single brand will be applicable to all countries, the EU wants us to take on commitments in these so that the rules are not changed later," the official said.

While India is open to slashing duties on high-end spirits such as Scotch, it wants to protect cheaper products like local wines. The government may also lower duties on automobiles, but the cuts are not expected to be very sharp.

Quelle/Anmerkung:
Erhoben in LexisNexis, SECTION: JOB TRENDS.

IndE12-1
The Telegraph
Push for EU trade pact

New Delhi, Jan. 23: Negotiations on the India-EU free trade agreement have reached a crucial stage, and a summit meeting of leaders next month will provide the final political push for the deal.

"We expect the deal to be signed this year the summit next month will give the political push for the dealthis would result in the finer details being put in place in the next few months," Joao Cravinho, ambassador of the European Union to India, told The Telegraph.

He said there was substantial progress on several issues, and the pact would open the Indian and the European markets for trade in goods, services and investment.

Cravinho said there had been "significant movement" in negotiations on wines and automobiles, which the EU had been emphasising.

Whisky and other wines and spirits now face a 150 per cent import duty and the EU negotiators have been demanding a reduction in duty.

While the EU had sought a 20 per cent tariff, sources said taxes would not be less than 40 per cent. In return, India expects to see easier access to markets for agricultural produce, textiles, and relaxed rules on work permits for its IT workers.

The EU ambassador said the automobile sector in Europe would also get a fillip from the negotiations.

Sources indicated that high-end luxury cars could get cheaper with the conclusion of the free trade pact. Imported luxury cars have a basic duty of 60 per cent plus countervailing duties that take the total tariff burden to over 100 per cent. The pact could cut the basic duty to 30 per cent.

Quelle/Anmerkung:
Erhoben in LexisNexis.

IndE12-2
Times of India
India-EU FTA unlikely in Feb 10 meet

NEW DELHI: An anticipated free-trade agreement (FTA) is not likely to be signed during the India-EU summit on February 10. Joao Cravinho, EU ambassador in India, said on Monday that a "political framework" for an agreement could be possible.

Talking to journalists he said the ambition was to "improve" on the India-Japan FTA, but to get there, both sides would have to iron out issues on "social sustainability" and "environmental sustainability" .

"I would caution (those) that (say) on February 10 we can have an agreement. An agreement in trade negotiation is something that requires a battalion of lawyers on either side to go through the fine print and to say that everything is in place for the principals to put ink on paper and sign their names. That is not going to happen. It is not physically feasible," the newly-appointed envoy said.

According to sources, the sticking points are services and procurement. Cravinho indicated that discussions on pharmaceuticals have progressed significantly. "The final package will have to be agreeable to both sides. It may be on goods one side gives more than the other," he added. The bad news, he said, was that the negotiations were behind schedule. "Next week we will have the head negotiator for EU here who will meet meet Mr Khullar . Seeking to tie up what ever loose ends that can be tied up. Before the summit we will have the trade Commissioner , who will meet Mr Anand Sharma."

The battle between the EU and many countries, including India, on the issue of emission trading scheme (ETS) or a carbon tax for aircraft landing in European airports is likely to get hotter.

The scheme says an aircraft would be charged between $2- $4 per passenger as a carbon tax, depending on the age of the aircraft. This has come under almost universal opposition.

Cravinho said the EU was “surprised” at Indian opposition , because it has one of the youngest fleets in the world and would likely be taxed the least, which it could turn into a competitive advantage. Indian sources said this tax is not only unilateral , it would also set a dangerous precedent, because theoretically, it could be applied in future to textiles , or anything else. Cravinho indicated though that there was room for negotiation — countries that had “equivalent measures” could be exempted from the tax.

On the other side, countries like India, the US, China , Russia and others are contemplating “countermeasures” . This, Cravinho said, could have unfortunate results and could even end in the revocation of licences for aircraft. The ETS, Cravinho said, now was European Law and changing this was not possible at this time.

“It would involve very complex legislative process and there is no support for that in Europe. It is non-discriminatory and effects European companies as much as others. There is space in legislation that has not yet been explored regarding exemptions for equivalent measures ,” the envoy said.

Quelle/Anmerkung:
Erhoben in LexisNexis, SECTION: INDIA BUSINESS.

IndE12-3
Times of India
Last-ditch move to push EU FTA?

NEW DELHI: Prime Minister Manmohan Singh has convened a meeting of external affairs minister S M Krishna and commerce and industry minister Anand Sharma this week ahead of the India-EU Summit on February 10.

Although the agenda was not disclosed, officials see it as a last-ditch effort to discuss ways to take forward movement in negotiations for a bilateral trade deal that are now stuck over the trading bloc not offering any concessions on services trade, especially a freer visa regime.

Besides, local automobile manufacturers have mounted a last-ditch effort to stall any tariff concessions on import of cars from EU – an issue on which India has significantly watered down its position. A change in position is said to have been taken on signals from the Prime Minister’s Office.

India and EU have been negotiating a bilateral trade and investment treaty for close to eight years, and the negotiators from both sides are looking to clinch a deal ahead at the India-EU Summit.

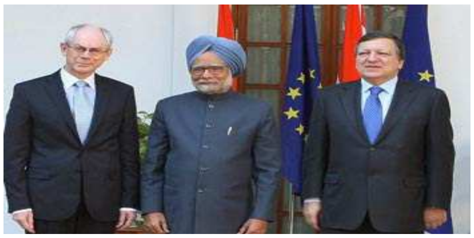
The PM’s meeting coincides with last-ditch efforts to show progress. European negotiators will be here this week to tie up loose ends before the summit.

Sources in the government termed the PM’s meeting as "routine", meant to get an update on the political and economic talks with EU.

While commerce department officials have refused to comment on the progress of the talks, Sharma said in Davos that the process was "moving forward". European trade commissioner Karel De Gucht, however, said "there still are some problems that need to be resolved".

Quelle/Anmerkung:
Erhoben in LexisNexis, SECTION: INDIA BUSINESS.

IndE12-4
India Today
India, EU to expedite free trade talks



India and the 27-nation European Union (EU) on Friday agreed to intensify talks to conclude a broad-based trade and investment accord soon and signed two agreements, including on research and innovation cooperation.

The two sides also decided to step up their cooperation in combating terrorism and piracy as they underlined the importance of Pakistan's cooperation "to eliminate terrorism and dismantle terrorist networks".

Prime Minister Manmohan Singh held the 12th India-EU Summit with European Council President Herman Van Rompuy and European Commission President Jose Manuel Barroso that focused on a wide swathe of issues, including enhanced economic and security cooperation between the two sides.

The leaders of India and the EU also discussed the broad spectrum of their engagement, including energy cooperation, science and technology, culture, counter-terrorism, piracy and cyber-security.

The EU is India's largest trading partner, with bilateral trade estimated at $107 billion.

The two sides also exchanged views on global issues, including the situation in Syria and Iran and developments in Afghanistan and Pakistan.

After the talks, India and the EU signed a joint declaration on research and innovation cooperation and a memorandum of understanding on statistical cooperation which have the potential to ramp up economic ties between the two sides.

Referring to the broad-based trade and investment agreement which the two sides have been negotiating for years, Manmohan Singh said that although both sides have made "considerable progress" in negotiations, there still remain complex issues on the way.

"There are complex issues involved, but we have both agreed to expedite discussions so that we can conclude an agreement at the earliest," the prime minister said at a joint press conference with the EU leaders.

"We seek solutions that are practical, mutually beneficial and acceptable to both sides," he stressed.

Barroso stressed that the two sides have taken a "significant step forward" during talks to reach the defining trade agreement and hoped that negotiations should be completed late this autumn. "Our positions are now closer in all areas and the contours of the final agreement are emerging."

"We have, therefore, committed to intensifying these negotiations. I expect the finalization of these negotiations this autumn," he said. "Negotiations on an ambitious and balanced package are now close to completion which is expected to provide a new thrust to bilateral trade, investment and economic cooperation," said a joint statement.

Commerce and Industry Minister Anand Sharma and European Trade Commissioner Karel De Gucht would monitor the progress of these negotiations for an early conclusion.

Voicing hope for an early economic recovery for the EU, Manmohan Singh also pitched for "greater investment flows in both directions" and underlined that it was a win-win proposition for both sides.

"I conveyed to the EU leadership the importance India attaches to EU's participation in our growth agenda including in infrastructure development, clean energy technologies, innovation, research and skill development," said Manmohan Singh.

Expanding security and counter-terror cooperation figured prominently in the talks, with special focus on enhanced cooperation in cyber security. The two sides also spent some time discussing the volatile situation in Pakistan and its implications for combating terror.

"Leaders stressed that a stable and democratic Pakistan is in the interest of the entire region," said the joint statement. "They agreed that terrorism and violent extremism represent serious threats to international peace and security and on the importance of Pakistan's cooperation with countries in the region to eliminate terrorism and dismantle terrorist networks," it said.

Quelle/Anmerkung:
https://www.indiatoday.in/india/north/story/india-eu-to-clinch-fta-soon-to-combat-terror-92680-2012-02-10 , eingesehen am 16.12.2020.

IndE12-5
Times of India
FTA held up as EU eyes PSU contracts

NEW DELHI: The European Union’s insistence on guaranteed access for all government and public sector contracts is proving to be a deal breaker for the free trade agreement (FTA) with India.

The bilateral trade pact is delayed as the 27-nation trading bloc has little to offer on services and is insisting that India go beyond its domestic commitment on intellectual property rights. Besides, every now and then, the Europeans demand linking what India views as “non-trade issues” with the talks. Although India is only an observer in the talks on government

procurement agreement at WTO, EU is insisting on market access in all central government entities and PSUs.

On its part, India has also told European negotiators that PM Manmohan Singh has announced the government’s intention to put in place a centralized procurement law. But the proposed legislation will not cover public sector companies as the plan is to restrict the ambit to government purchases only. As a result, the government may offer some sort of a guarantee in central contracts.

But before India offers any concessions on the issue, it wants to internally debate if it makes sense to commit to open the government contracts business. A view in the government is that the size of orders in India will only go up as more money is spent on creating social and physical infrastructure to meet the demand of the growing population with a rising spend. In contrast, EU has an ageing population and slowing economy. In any case, several EU members are on a drive to cut spending.

Quelle/Anmerkung:
Erhoben in LexisNexis, SECTION: INDIA BUSINESS.

IndE12-6
The Telegraph
India, EU agree to hasten trade pact

New Delhi, Feb. 10: India and the European Union today agreed to speed up negotiations to conclude the free trade agreement later this year, which will double bilateral trade to $200 billion by 2013.

"The negotiations have progressed steadily our positions are now closer in all areas and the contours of the final agreement are emerging. We have, therefore, committed to intensify these negotiations. I expect the finalisation of these negotiations this autumn," European Commission president Jose Barroso said.

Prime Minister Manmohan Singh said considerable progress had been made during a one-day summit with top EU officials in resolving market disputes that had prolonged free trade talks into the fifth year. "There are complex issues involved, but we have both agreed to expedite discussions," Singh said.

The EU is India's largest trading partner, accounting for 14 per cent of foreign trade, and both the sides are eager to reach a deal quickly to double trade to around $200 billion by 2013 from $107 billion this year.

The deal will help both the sides come out of the economic slowdown and open the door to each other's market and investment flows.

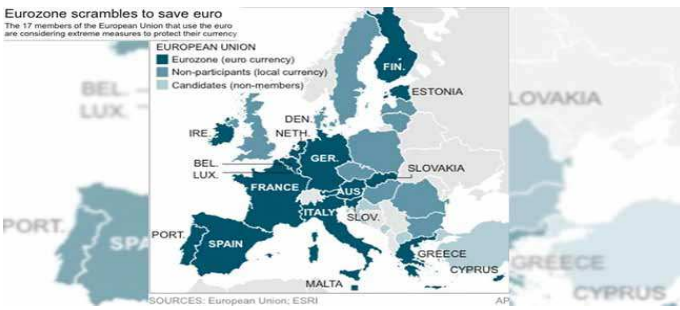
The joint statement said, "Negotiations on an ambitious and balanced package are now close to completion which is expected to provide a new thrust to bilateral trade, investment and economic co-operation. This is especially significant in the context of the current economic climate so as to provide a new impetus to growth."

While the EU is in the midst of an economic turmoil, India is hopeful that the easier market access to its largest trading partner will help it to spring back to the near double-digit growth from below 7 per cent expected this fiscal.

"Greater investment flows in both directions is a win-win proposition India especially welcomes EU participation in our growth agenda," Singh said.

Quelle/Anmerkung:
Erhoben in LexisNexis.

IndE12-7
NDTV
SIAM flays move for more tax on diesel cars, duty cuts for EU



Mumbai: Auto industry body SIAM today lashed out at the government for trying to impose higher tax on Indian diesel cars, while preparing to cut duties on those imported from Europe.

Expressing concern that India may be giving away too much in the proposed free trade agreement with EU, Society of Indian Automobile Manufacturers (SIAM) said that cutting import duties will not result in any benefit to auto makers.

"It is also a contradictory policy that while we are talking about discouraging production and use of large and diesel cars in India, for the same type of cars we will be reducing the import duty under the FTA and making imports cheaper," SIAM said in a statement.

The industry body has been expressing apprehension over speculations that in the upcoming Budget higher taxes could be imposed on diesel passenger vehicles as the subsidized fuel has been benefitting the affluent.

At the same time, it has also opposed cutting of duties on fully built cars from Europe as has been demanded by the EU as part of the ongoing FTA negotiations with India.

"SIAM understands from EU sources that India has made an offer to EU for reducing tariff of all cars from current 60 per cent to 30 per cent," it said.

Additionally a certain number cars, much more than what EU is exporting to India today, can be exported by EU at a highly reduced duty of only 10-15 per cent, it added.

Such a move, SIAM said, will "be a total reversal of the policy of high tariffs to force investment, local manufacturing, local value addition and local employment and will not result in any benefit to the Indian auto-manufacturers".

Citing trade data of the Ministry of Commerce, it said already the trade imbalance in the automotive sector is heavily in favour of the EU.

"In 2010-11...EU is already exporting around USD 3.4 billion worth of cars as CBUs (completely built units) and CKDs (completely knocked down units), against India's export of USD 1.7 billion worth of cars," it said.

Automotive products export of EU to India grew by 51 per cent last year, including 109 per cent growth in car exports. This is against 11 per cent growth in import of automotive products from India to EU, and decline of 15 per cent in cars, it said.

SIAM further said if Indian duties are reduced from 60 per cent to 10-15 per cent, it will open up the domestic sector to severe and unjustified market distortions which will completely disrupt and even rollback the gains made in this sector over the last decade.

"Already the Japanese and Korean companies, who are the largest exporters of cars from India to EU, are protesting about tariff reduction under India EU FTA," it said.

These companies have made India a manufacturing base and from this strong base they are today exporting to not only EU but more than 100 other countries.

"Through this FTA government of India will create unfair competition to these very exporters and end up trading away the strong domestic base, without which their ability to compete with their EU competitors will be severely restricted thus eroding away their export competitiveness too," the industry body said.

Quelle/Anmerkung:
https://www.ndtv.com/business/siam-flays-move-for-more-tax-on-diesel-cars-duty-cuts-for-eu-298946 , eingesehen am 16.12.2020.

IndE12-8
Hindustan Times
India-EU free trade pact in September

London, April 17, 2012. India will conclude a "robust" free trade pact with the EU by this autumn, leaving the delicate matter of sorting out any differences to a later date, commerce and industry minister Anand Sharma told a forum of Indian and British businesses here on Monday.
The two sides are likely to ink the pact in September, an Indian official told HT. This will follow the 14th round of talks on April 24-27 and a meeting in June between Sharma and EU trade Commissioner Karel De Gucht. The accord is known as the Broad Based Trade and Investment Agreement.

Quelle/Anmerkung:
https://www.hindustantimes.com/world/india-eu-free-trade-pact-in-september/story-G2NlMLyMz7Gi9xNneWFttI.html , eingesehen am 16.12.2020.

IndE12-9
The Hindu
European Union keen to further strengthen relations with India

With 1.12 billion plus population and being the largest democracy in the world, India has emerged as an important trade partner for the European Union (EU), which is keen to further strengthen its partnership with India in a variety of areas, including counter-terrorism and cyber-security.
Realising that cooperation in a globalized and interconnected world is essential, the EU, after forging strategic relations with India in 2005 and persisting with negotiations since 2007 for Free Trade Agreement (FTA), has been widening the scope for partnership with India while having consultations on counter-piracy, convoy coordination, support to regional maritime capacity building, joint approaches within the U.N. and exploring exchanges on other regions such as Afghanistan, North Africa and West Asia.
Senior officials of the EU and its External Action Service told a group of visiting Indian journalists here last week that the EU has "rich agenda" with India to which security and counter-piracy have also been added.
"Though there is room for improvement in economy and trade between India and the EU, new areas of cyber-security, hi-tech information technology sector are seeing an increased level of exposure. We have a common agenda with India and we may not agree on everything, but we are building upon newer areas of cooperation. The EU wants to make its partnership with India more operational and take it to a higher level,'' a number of senior officials who interacted with the Indian journalists said.
Officials connected with defence and security said the EU was maintaining contacts with India on counter-terrorism and EUROPOL engagement was also "operational''. They said that recent interactions of EU officials with India's National Investigation Agency (NIA) have turned out to be "impressive and fruitful.'' They were also in touch with the Central Bureau of Investigation (CBI) through channels of INTERPOL, the international police organisation headquartered at Lyon, France.
A decade-old Common Security and Defence Policy (CSDP) of EU has identified key threats such as terrorism, proliferation of Weapons of Mass Destruction (WMDs), regional conflicts, state failure, organised crime, energy security and climate change and while addressing them is trying to build security in the neighbourhood and striving for an international order based on effective multilateralism.
In India's troubled neighbourhood of Afghanistan-Pakistan, the EU has tried to position itself as a key player though it gets dwarfed when compared to the U.N. and NATO. Officials said that the EU has been training civilian police in Afghanistan and has embarked upon a five-year engagement plan with Pakistan. "Though every situation has its own specificities, we are contributing towards bringing about stabilization in Afghanistan and cooperating with Pakistan to promote security in the region,'' officials said while expressing concern over an unusually high acquittal rate of terror-related cases in different courts in Pakistan.
A counter-terrorism coordinator in the Council of EU maintained that Al Qaeda remained number one threat as a terror outfit but its franchises like Lashkar-e-Taiba (LeT) were also active locally. "Terrorists are not warriors; they are just criminals who should be brought to justice. Challenges are to prevent, protect, pursue and respond to terror threats effectively while making efforts towards de-radicalisation,'' he added.
Asked about common grounds between the EU and India, officials said that both were committed to multilateralism and negotiated, peaceful settlement of problems and a "lot of synergy'' was going to be seen between them in near future. "It is not just economy and trade only. The EU does not want a symbolic text or a photo opportunity in the form of a Free Trade Agreement with India; we want it to be most vibrant and thriving one over the next

decade. We are hopeful of finalizing FTA negotiations with India within a year or so,'' officials said. Two-way trade in goods and services between the EU and India had reached 86 billion Euros in 2010. Clearly, the EU is keen to do "more together'', firmly believing that the only direction of its ties with India is "forward.''
(The Hindu's correspondent travelled to Brussels at the invitation of EU Delegation in India)

Quelle/Anmerkung:
https://www.thehindu.com/news/national/european-union-keen-to-further-strengthen-relations-with-india/article3345264.ece, eingesehen am 16.12.2020.

IndE12-10
Times of India
Auto industry against inclusion in India-European Union free trade agreement

NEW DELHI: With the proposed India-EU free trade agreement (FTA) in its final leg, the domestic auto industry has raised alarm bells against including the sector in the trade agreement, saying it will kill investments and technology inflow and jeopardise the targets set under the government's much-touted Automotive Mission Plan (AMP), released by PM Manmohan Singh. While the domestic industry lobby Society of Indian Automobile Manufacturers (Siam) argues against the FTA inclusion, a section of the global industry - mainly European auto companies - feel the opposition is protectionist and not in sync with current economic realities.

The house is divided at a time when there are indications that the government is looking to include the auto sector in the FTA, following which import duty on a specified number of cars may fall to 30% from the existing 60%. The government is looking at allowing cheaper import of a specified number of cars under tariff rate quota (TRQs). The concession, is expected to benefit not only luxury carmakers like Audi, BMW and Mercedes, but also mainline players such as Volkswagen, Fiat, Skoda and Peugeot.

"The AMP targets were based on certain consistency in policy. If the auto industry is included in the FTA, the entire equilibrium will be disturbed and India will not meet the AMP target," said Siam senior director Sugato Sen.

Domestic industry fears that cheaper imports from EU have the potential to hit them badly and may see a flight of manufacturing investments from India, hurting employment and technology flow. The AMP 2006-16 had envisaged an investment of $40 billion in the auto sector by 2016, while doubling its contribution to the GDP to over 10% and creating 25 million new jobs. Siam said these targets will be impossible to meet in case the auto industry is included in the FTA.

However, the European companies differ. "The auto sector should definitely be included ," says John Chacko, chief India representative for the Volkswagen group that sells brands like Audi, VW and Skoda. He said Indian manufacturing is "very competitive" and cannot be threatened even if imports from Europe become cheaper. "Manufacturing in Europe is very expensive and we do not stand any chance in the volume segments in India."

"It is a misnomer that the Indian industry will suffer if the duty is lowered. While we support the argument that duty should remain high where competitive volume products are there in the market, there is no argument to support any talk of maintaining higher duty for the

luxury-end of the market," Debashish Mitra, director for sales & marketing at Mercedes-Benz India, had said in an earlier interaction.

Chandra is interim commerce secretary

The government on Tuesday appointed industry secretary Saurabh Chandra as officiating commerce secretary . He replaces Rahul Khullar, India's chief negotiator for the trade talks with EU. Khullar is now telecom regulator.

Quelle/Anmerkung:
Erhoben in LexisNexis, SECTION: INDIA BUSINESS.

IndE12-11
NDTV/ CNN-IBN
India optimistic about sealing EU trade deal

CNN-IBN:
Antwerp: India is optimistic it can seal a free trade deal with the European Union and is urging its negotiating partner to settle the details of an agreement it says would benefit both their stumbling economies.

The two sides have disagreed over duties on car imports - India's tariff on European cars being nearly 10 times greater than Europe's on Indian vehicles - and access for India software companies to the EU market.

"For us the services sector is very, very important. We recognise the interest of the EU on wines and spirits, on automobiles," Trade Minister Anand Sharma told a news conference in the Belgian city of Antwerp.



A Free Trade Agreement would help India\'s growing companies expand into the EU.

"So it's not that there is a lack of recognition. It is fine-tuning the details that is on the table. It is not the substantive issues at all ... Most of the issues stand concluded to the best of my understanding," he said on the sidelines of the Global India Business Meeting.

Sharma said he would meet European Commissioner for Trade Karel De Gucht on Tuesday to assess progress.

India, Asia's third largest economy after China and Japan, has enjoyed two decades of rapid growth power by IT and outsourcing, even if manufacturing has lagged, weighed down by red tape and creaky infrastructure.

Sharma said India planned to increase manufacturing's share of gross domestic product to 26 percent within a decade from 16 percent now and would invest $1 trillion over five years on infrastructure.

The minister said he could envisage foreign companies investing in both sectors, particularly in planned greenfield industrial sites.

A Free Trade Agreement would help India's growing companies expand into the EU, the country's biggest trading partner and the buyer of more than 40 billion euros of Indian goods and services in 2010. Europe wants access to a vast, young market of 1.3 billion potential customers.

Negotiations started in 2007 and Sharma said the two sides had agreed to finalise an FTA by the end of 2012.

"I remain optimistic that we will be able to conclude an agreement," Sharma said, without giving a specific timeframe.

The minister stressed the need for both sides to reach a deal, particularly given economic stress. Europe's economy is expected to stagnate or contract slightly this year, while India's would grow by 6 to 7 percent, a figure Sharma described as "depressing" when compared to the norm of 9 percent.

"An ambitious free-trade agreement between the European Union and India will be the best message that the global economy can have in the challenging times," he said

NDTV Text wie CNN-IBN
NDTV Stichzeile: New Delhi
NDTV Grafik:



Quelle/Anmerkung:
http://ibnlive.in.com/news/india-optimistic-about-sealing-eu-trade-deal/267889-3.html , eingesehen am 23.05.2013.
https://www.ndtv.com/business/india-optimistic-about-sealing-eu-trade-deal-306844, eingesehen 16.12.2020.

IndE12-12
Times of India
India against EU study of its data security laws

NEW DELHI: India has protested a European Union decision to study India's data protection laws to find out if they are in conformity with those in the 27-nation grouping.

The EU wants to ensure that the Indian laws merits directive before it makes a commitment on the issue in the bilateral free trade agreement being negotiated between the two.

The EU has not accepted India's assertion that it was a 'data secure' country. This has affected the EU's plan to double the flow of outsourcing business from the region.

"We will not tie our demand for data secure status to any study from the EU side," a commerce department official told ET. "We do not want a situation where we are told just days before signing the deal that the study results were not positive."

Commerce and industry minister Anand Sharma had in a recent meeting with EU trade commissioner Karel De Gucht stressed India be given the status of a data secure country before the two sides sign the FTA.

According to the EU law, European nations outsourcing business to countries that are not certified as data secure have to follow stringent contractual obligations, which increases operating costs and affect competitiveness. Several European companies hesitate in doing business with India as they do not want to invite trouble by unwittingly failing to fulfill the conditions laid down by the EU.

"If India is given data secure status, not only will Indian firms save on costs but EU companies will also have increased confidence in doing business here," said Kamlesh Bajaj, chief executive of Data Security Council of India, an independent self-regulatory organisation set up by IT body Nasscom.

Outsourcing business from the EU could jump to $50 billion annually from $20 billion in a short span once India is recognised as a data secure destination, Bajaj said.

India amended the Information Technology Act in 2006 after some cases of fraud came to light in the BPO sector. Two years later, the law was amended again and made compliant with the EU law on data protection.

India, however, continues to be among the countries not considered data secure by the EU. This obstructs flow of sensitive data, such as intellectual property or patient information for telemedicine, to India under data protection laws in the EU.

"India has already given the EU enough material to show how the IT Act 2006 meets the requirements of their data protection directive. We have incorporated the kind of privacy principles and enforcement mechanism that the EU asks for," Bajaj said.

The Data Security Council works with the government in ensuring that the IT industry adheres to the laid down security and privacy norms.

"We have told the EU that our law may not be worded exactly in the way the EU directive is, but it essentially is the same," the commerce department official quoted earlier said.

India will continue giving the issue priority in the on-going negotiations, in addition to other services related concerns like movement of professionals, the official said.

Quelle/Anmerkung:
Erhoben in LexisNexis, SECTION: INTERNET.

IndE12-13
Deccan Herald
India, EU free trade pact by end of 2012

Germany expects India to conclude its free trade agreement (FTA) with the European Union by the end of 2012, despite the economic gloom the world over, to send out a strong signal that the two sides mean business, German Ambassador to India Michael Steiner said here Saturday.
A day after presenting his credentials to President Pratibha Patil, the envoy said Germany and India are all set to achieve their target of €20 billion ($24.4 billion) bilateral trade by the end of this year.
“I am very much looking forward that what the (Indian) commerce minister (Anand Sharma) envisaged with his European Commission colleague to have the European Union-India free trade agreement by the end of this year,” Steiner told reporters here.
The free trade agreement the envoy said, will cover a very broad spectrum including insurance and automobiles to everything else.
European Union is India’s largest trading partner and Germany the largest European trading partner.

Quelle/Anmerkung:
https://www.deccanherald.com/content/264319/india-eu-free-trade-pact.html, eingesehen am 16.12.2020.

IndE12-14
Times of India
Luxury car: Pay just 10% duty

NEW DELHI: Cars manufactured in the European Union, including luxury makes such as Porsche and BMW, could be available in India at prices only marginally higher than in Europe as the government is likely to agree to a 10% duty on a fixed quota of cars imported from the EU as part of a free-trade agreement being negotiated between the two sides.

India is considering allowing imports of 2.5 lakh car on which only a 10% tariff will be levied, compared to the normal rate of 60%, marking the first significant challenge the heavily protected Indian automobile industry has had to face from imports. The imports will be spread over five years, starting with 40,000 cars in the first year and rising by 5,000 units every year thereafter.

"We may bring down tariff to a low level of 10% for a fixed quota of cars every year for five years. We think our industry can deal with this," a government official told ET.

New Delhi is also considering reducing import tariffs by half from 60% to 30% for cars outside the quota once the proposed India-EU free trade agreement is implemented.

The European Union is keen that India commit itself to extending the liberalized import regime for the quota of 2.5 lakh cars beyond five years, but New Delhi has said that it will review the situation after five years.

"We want to keep some room for maneuver if the need arises,' the official said. Greater market access for automobiles, wines & whiskies is on top of the EU's wish list for the FTA, formally called the bilateral trade and investment agreement.

In exchange, India expects to get more visas for its professionals, a relaxation of EU norms that require manufacturers keep elaborate database on chemicals used in their products.

India's wishlist also includes recognition as a data secure country for carrying out off-shore operations, a quality certificate for its herbal products and lower duties on labour intensive products such as leather and textiles.

The concessions on automobiles and alchohol, if they form part of the final agreement, will be unique as they are absent in similar agreements it has entered so far with countries like Singapore, Japan, Malaysia, South Korea, Sri Lanka and the ten-member Asean.

The Indian automobile industry has criticized the government's move to liberalise imports.

SIAM has warned that imports will deter investments as foreign car makers would prefer to export their cars to India rather than set up manufacturing facilities.

French carmaker Peugeot has put off its plans to invest in India, reportedly, in the hope of reaping benefits of lower duties once the India-EU FTA gets implemented.

Quelle/Anmerkung:
Erhoben in LexisNexis, SECTION: INDIA BUSINESS

IndE12-15
The Hindu
Belgium hopes talks on India-EU FTA will conclude by year end

PTI
Belgium, on Thursday, hoped the ongoing negotiations for India-EU free trade agreement will conclude by end of this year, as it sought access to the country’s public procurement market.
“I hope that by end of this year, we will be able to conclude the negotiations,” Belgium Deputy Prime Minister and Minister of Foreign Affairs Didier Reynders said here at a FICCI function.
Reynders said that it is important to sign this agreement to boost economic ties between India and European Union (EU).
“We are not asking India to give more concessions but the agreement should be balanced. We need real access in public procurement,” he said.
The two sides are learnt to have agreed to open government procurement market for each other and included it in the proposed pact.

As far as WTO is concerned, India has an observer status in the world trade body's government procurement agreement.
The India-EU free trade agreement, officially dubbed as the Bilateral Trade and Investment Agreement (BTIA), seeks to sharply reduce tariffs on goods and liberalise services and investments provisions.
The talks for the agreement were to conclude in 2011 but differences between the two sides on the level of opening of the market delayed the BTIA.
Inclusion of intellectual property rights (IPRs) is one of the areas on which consensus is yet to be reached.
Indian pharma companies and some non-government bodies apprehend, inclusion of IPR in the agreement would affect the sector's ability to produce and export low-cost drugs.
Speaking on the occasion, Ambassador, EU Delegation to India, Joao Cravinho said the Indian companies in the sectors like textiles, agriculture and IT would be greatly benefited from the agreement.
"The trade agreement will definitely increase competition in several sectors but it will create business opportunities for exporters and importers. Indian consumers will benefit from the wider choices," Cravinho said.
The two-way trade stood at USD 91.3 billion in 2010-11. A FICCI report said that trade between the two sides is likely to more than double to exceed USD 207 billion by 2015, if the trade pact is formalised.
The country and its largest trading partner, the 27-nation EU, aim to slash duties on over 90 per cent of the trade under the proposed pact.

Quelle/Anmerkung:
https://www.thehindu.com/business/Economy/belgium-hopes-talks-on-indiaeu-fta-will-conclude-by-year-end/article3722229.ece , eingesehen am 16.12.2020.

IndE12-16
The Hindu
'India needs to change negative view about investment climate'

German Ambassador Michael Steiner expresses his concerns
Expressing concern over the negative perception about the present investment climate in the country, German Ambassador Michael Steiner has stated that India needs to work fast to change this perception and project the country as a safe and secure investment destination for foreign investors.
"Negativism and uncertainty"
"There are problems with perception about the investment climate in India and investors are shy to invest. German companies, who are one of the biggest and oldest investors in India, want to expand operations and new companies want to engage with India. But this perception of negativism and uncertainty about certain policy matters needs to be addressed. The recent blackout of nearly 600 million people and the Vodafone taxation case are a case in point about the increasing negative perception about India. The government has to work on this issue. They have fully understood what they need to do and the latest efforts to revive growth and investment are an indication in this direction,'' Mr. Steiner told The Hindu in an interaction.
FTA
He said Europe is the biggest market for India and the early and successful conclusion of the free trade agreement (FTA) would be an indication that India was opening up and help in wiping away the negative perception. India's share in the world trade is not even two per cent which has to change for the better.

“To lower trade barriers and remove hindrances will be a win-win situation for both sides. It would be beneficial for all involved but there has to be readiness on both sides to work successfully in this direction,’’ he added. Mr. Steiner’s comments come close on the heels of global rating agency Moody’s downgrading India’s growth.
Referring to the issues in the aviation sector, Mr. Steiner said India was an enormously huge and interesting market. But the country needs to adopt a global approach to develop its air connectivity and airports. Air system was very important for development and connectivity important for economic prosperity.
Possible partners
“We [Germany] could be possible partners in development of airports but again investments need to be protected. India is a very price sensitive market as far as aviation is concerned. The airports are pretty expensive especially Delhi making it very difficult for domestic and international carriers to operate. The issue of pricing and taxation on aviation turbine fuel [ATF] is another problem area. It must be worthwhile for any individual or company to invest and that is what is required in the present circumstances,’’ the German Ambassador said.
German companies want to expand operations, new companies want to engage with India. ‘Recent blackout of nearly 600 million people, Vodafone taxation case are a case in point’.

Quelle/Anmerkung:
https://www.thehindu.com/todays-paper/tp-national/tp-newdelhi/india-needs-to-change-negative-view-about-investment-climate/article3760852.ece , eingesehen am 16.12.2020.

IndE12-17
Times of India
Big Pharma lobbies hard to curb generics

MUMBAI: India's tag of 'pharmacy of the developing world' is at a serious threat. Not only has the US devised new treaties to challenge generic drugs being shipped from India, the EU has also upped the ante. Worse, Big Pharma is increasingly adopting tactics to protect its intellectual property, challenging domestic industry in courts, all of which may adversely impact access to legitimate generic medicines in developing countries.

At stake is a huge portion of the $10-billion drugs exported from the country to save lives of millions, particularly in developing countries.

At the centre of it lies the new round of plurilateral treaties initiated by the US over the last few months, which include Anti-Counterfeiting Trade Agreement (ACTA) seeking to create an additional framework for IPR protection (going beyond the TRIPS Agreement), and the Trans-Pacific Partnership Agreement (TPPA) which aims at extra judicial enforcement, even as its companies are urging the government to take a "hard line" against countries like India and Brazil to stem the issue of compulsory licences.

The European pharma industry, on its part, has again stressed that the threat of 'counterfeit medicines' is substantive and growing.

One of the biggest barriers for the generic industry was put in place in 1995, according to industry experts, when India signed the WTO TRIPs agreement. Implemented in 2005, it is now restricting generic companies to manufacture affordable copycat versions for domestic use, and for exports. So newer medicines were invented post-1995 - crucial for HIV,

Hepatitis C and cancer treatment - and are patented, creating roadblocks to their manufacture, sale and availability in India.

Long-drawn-out expensive legal patent disputes, infringement suits and huge damages claimed by multinational companies have made generic companies wary, with very few challenging the Big Pharma even when the patents itself are weak. Natco and Cipla are, however, exceptions to the rule.

"This has had a chilling impact; companies' freedom to operate has gone down significantly as they can only manufacture new drugs invented before 1995," says Leena Menghaney, lawyer with Medecins Sans Frontieres, a global medical aid organization.

This is impacting access on the ground. For example, a new HIV medicine raltegravir patented in India costs over $2000 per patient per year. "The generic industry is at a risk like never before, and mainly because of a new round of plurilateral treaties like ACTA and TPPA in the US, and intellectual enforcement measures undertaken by Europe," says D G Shah, secretary general of Indian Pharmaceutical Alliance.

The Indo-EU free trade agreement being negotiated at present, particularly the proposed IP (intellectual property) enforcement measures, may create roadblocks to the supply of generic drugs shipped from the country, similar to seizures by agencies in 2009 at European airports. The proposed IP enforcement provisions may have harmful impact on generics production as it may lead to legitimate drug shipments getting blocked when shipped from the country if an MNC claims infringement of their IP.

These "excessive intellectual property enforcement provisions" in ACTA and the EU-India FTA are aimed at stamping out competition through intimidation, industry experts say.

The IP enforcement provisions in ACTA and the EU-India FTA negotiations also dictate the way disputes around patents and trademark infringements will be managed by Indian courts, adds Menghaney. "The Indian judiciary will have its hands tied and will no longer be able to balance intellectual property rights with people's right to health. The stringent provisions also target third parties - including treatment providers - by exposing them to the risk of punitive action in trademark and patent infringement allegations. The EU wants India to agree to IP enforcement measures that could block medicines at Indian ports on their way to patients in other developing countries, and could even draw treatment providers into court proceedings".

Over the last couple of months, the US government has expressed its "dismay and disappointment" at the compulsory licence given to Natco to launch generic cancer drug, Nexavar, in the domestic market at 97% of the price charged by MNC Bayer. In fact, in her testimony before the US Congress, US Patent and Trademark Office deputy director Teresa Stanek Rea reportedly states that her agency was trying to stop these compulsory licences, and stem the tide of IP infringement in countries like India, Thailand and Brazil.

Industry body OPPI, which represents MNCs' views, feels the grant of compulsory licence should be taken after exhausting all other access improvement measures. Its director general Tapan Ray says: "While none can deny that all citizens of India should have access to innovative and life-saving medicines, as will be required for their medical treatment, it appears rather impractical to envisage that routine grant of CL by the Indian Patent Office, as

has been done recently to Natco, will be able to resolve the critical issue of access to patented medicines, on a long term basis."

Another showdown against the generic industry - being keenly watched the world over and approaching this month - is the Novartis case in the Supreme Court, where it is defending its patent on blockbuster cancer drug Glivec.

In 2006, Novartis had sued the Indian government for not granting a patent for Glivec, and also challenged the validity of Section 3(d) of the Indian Patent Act, which deems any incremental or frivolous innovation non-patentable.

Quelle/Anmerkung:
Erhoben in LexisNexis, SECTION: INDIA BUSINESS.

IndE12-18
Times of India
Open up FDI for 8% growth'

MUMBAI: Michael Steiner, the new German ambassador to India, has exhorted the Indian leadership to take some difficult decisions so that it can take the reforms process further, which could in turn drive the country's economy.

Likening the situation in India with the one that prevailed in Germany in late 1990s and early 2000, he told TOI in an interview that it was only when Helmut Kohl, the then chancellor, took some difficult decisions, going against his own party, that the German economy saw growth. "It's another thing that he lost the elections. This was a time when Germany was being described as the sick man of Europe," he said.

Steiner said that similarly, the government should take the reforms process forward with the country's benefit in mind. "It is not about keeping your position. Leadership is about bringing people to somewhere, and not yourself to somewhere," he said. Steiner highlighted the opening up of the insurance sector to foreign players beyond 26% and a fast conclusion of the ongoing FTA (free trade agreement) negotiations with EU as some of the measures that would benefit India.

Steiner, a career diplomat, feels the two countries are a 'perfect match'. "India is playing the role of anchor of stability in Asia. Germany is playing a similar role in European Union in terms of the debt crisis. We have many similar features to invite for stronger cooperation," he said. One of the areas where the European major is helping India is in vocational training, one of the important features of Germany's economic success.

The German ambassador feels that for the Indian economy to maintain at least 8% growth rate, it needs to increase its share of global trade from the current 2% level. "It's a fact that you are approaching 20% of the world's population and your share in the world trade is only 2%. No way you will achieve 8% growth unless you increase the 2% share. How do you do this? You need to have better investment conditions and openness to the outside world," he said. "We (Germany and India) plan to have a trade of 20 billion euro by the end of this year." As against this, he finds it strange that its trade with Italy, a much smaller country with a population of about 60 million, is worth 100 billion euro, he said.

On the perennial question of India or China, Steiner said there are people in Germany who "don't believe in puttying all eggs in the same basket, that is China". So he thinks India must show that it's open. "This is not a demographic factor but a democratic factor."

Steiner feels that if the ongoing FTA negotiations between India and European Union, its largest trading partner, is concluded by this year end, or January next year, it would send a very powerful signal to the world that India is an open country. "Look at the change in perception (of the investing community) after the Vodafone issue. That needs to change. If it (FTA negotiations) doesn't succeed, we have to wait for the elections in 2014, which would give contrary signals that will be very negative for India," he said.

Quelle/Anmerkung:
Erhoben in LexisNexis, SECTION: MUMBAI.

IndE12-19
NDTV
India, EU may go in for partial free trade pact

Press Trust of India | Updated On: November 01, 2012 19:27 (IST)

New Delhi: A day ahead of Prime Minister headed panel taking up the long-pending India-EU free trade agreement, the two sides today indicated they may open their markets in a gradual way instead of signing a full-fledged pact in the wake of differences on several key issues.

"We have proposed the principle of incremental approach so that what may not happen now can be included later. But what we have on the table from both the sides...it is fairly robust. We will now leave it to negotiators to bring it to its early conclusion," Commerce and Industry Minister Anand Sharma said.

He was talking to reporters after reviewing the progress of negotiations on the India-EU FTA, with visiting German Minister of Economic and Technology Phillipp Roesler here.

The Trade and Economic Relations Committee (TERC) headed by Prime Minister Manmohan Singh is scheduled to meet tomorrow to review the progress of negotiations of the pact.

Sharma said the two sides will have a ministerial meeting either in December or January. "That time, hopefully we will announce the conclusion of the negotiations," he added.

Roesler said the agreement is important for economies of India, Germany and Europe. "India and EU are very keen to conclude this agreement on time," he said.

The two sides have not been able to reach consensus on the agreement which has remained under negotiations since June 2007.

The negotiations for a free trade agreement, officially described as Bilateral Trade and Investment Agreement (BTIA), have missed several deadlines.

India has been seeking a single visa for its professionals on short-term contractual visits to the European

Union. On the other hand, the 27-nation bloc has been asking for significant reduction in customs duty on cars,wines and spirits on their exports to India.

The two sides also have differences on inclusion of intellectual property rights (IPR) and data security in the
agreement. The EU wants India to commit on IPR over and above the WTO obligations.

Sharma said chief negotiators of India and EU are meeting on the agreement at Brussels on November 8.

The country and its largest trading partner EU aim to slash duties on over 90 per cent of the trade under the pact.

The two-way trade between India and EU increased to USD 110.26 billion in 2011 from USD 83.37 billion in 2010.

Quelle/Anmerkung:
http://profit.ndtv.com/news/economy/article-india-eu-may-go-in-for-partial-free-trade-pact-312793, eingesehen am 17.12.2020.

IndE12-20
The Hindu
Germany remains India's top trading partner within Europe

Special Correspondent
Germany has emerged as the top trading partner of India within Europe with around $23.8 billion or 18.3 billion euro turnover during 2011-12, according to the latest figures of the Commerce and Industry Ministry.
Speaking about this, German Ambassador to India Michael Steiner said the figures showed clearly that the Indo-German trade relations were at an all-time high. “Within the European Union, Germany remains in the pole position for trade with India. This is welcome news for both our countries. The figures also show that trade between India and Europe is at an all-time high. The potential to further increase the economic ties between Europe and India is immense. We should make full use of it,” he added.
Mr. Stiener said conclusion of the currently negotiated Free Trade and Investment Agreement between the European Union and India in due time would be a tremendous boost for both economies. “It would also be the right signal to the international markets in times of crisis,” he added.
Germany has been pushing for an early conclusion of the India-EU free trade agreement (FTA) saying it will be mutually beneficial and in line with the current reforms of the Union Government. “The two sides need to shift to a final effort to get the FTA done. The FTA is in the interest of Europe and India,” Mr. Steiner had said recently.
The India-EU free trade agreement, officially dubbed as the Bilateral Trade and Investment Agreement (BTIA), seeks to sharply reduce tariffs on goods and liberalise services and investment provisions. Talks for the agreement were to conclude in 2011 but differences between the two sides on the level of opening of the market delayed the BTIA. The two-way trade stood at $91.3 billion in 2010-11. A recent FICCI report said that trade between the two sides was likely to more than double to exceed $207 billion by 2015, if the trade pact was formalised.

Mr. Steiner said the only complaint he had with India-German relationship was that they had not been able to fully exploit the huge potential the two nations hold. “The sky is the limit,” he said.

Quelle/Anmerkung:
https://www.thehindu.com/business/Economy/germany-remains-indias-top-trading-partner-within-europe/article4226350.ece , eingesehen am 17.12.2020.

IndE13-1
Times of India
Poll shadow looms over India-EU FTA

NEW DELHI: The window of opportunity for an India-European Union (EU) free-trade pact is closing rapidly. With “elections in India on the horizon”, it would make it difficult for the political leadership to take difficult trade-offs on trade.

And on the other side, the EU is negotiating free-trade agreements (FTAs) with its biggest partners — the US and Japan — and that could impact EU-India talks. EU ambassador to India João Cravinho added that the EU had invited Gujarat CM Narendra Modi for lunch to press for “accountability” for the 2002 riots.

“Modi came to (have) lunch with us in January at our invitation to discuss what happened in 2002. To discuss issues that have risen in terms of judicial process, accountability for 2002, to also discuss the development in Gujarat and his recent electoral victory,” said Cravinho.

That, he said, was a matter of interest for Indians and for the rest of the world. But indicating that the EU was also looking for ways to engage Modi more officially, the EU envoy referred to the judgment against some of those involved in the riots. “Some months ago, there was end of one part of judicial process which shows that justice in India may be slow but it produces results. And that has helped to look towards closure of what everybody agrees is very terrible set of events,” he added.

Recently, the British opened their doors to Modi, a move that might show the way for others. “Elections (in India) are on the horizon... So we have a closing window of opportunity,” said Cravinho. India and the EU are also still far from agreeing on key issues like autos, wines and most importantly, the services sector.

The FTA is being negotiated for the past five years now and has missed several deadlines. Cravinho said India was refusing to allow a zero tariff structure on auto exports from Europe. Indian cars are largely of Korean and Japanese make, but increasingly Indian-owned can go to Europe, while the same is not true for their cars, he said.

He promised that prices for top-line European cars like Mercedes, BMW and Audi could be halved. Of equal importance is the fact that the EU and the US and the EU and Japan are beginning negotiations on FTA. While there are many hurdles, especially on divergent regulatory structures between the EU and the US, the imperative to get it done is greater than ever before as both continue to limp economically.

The trouble would be that such an agreement could become the global standard and may put pressure on India, by raising the bar for tariff concessions. Besides Cravinho said, while India-EU trade showed a spurt in 2011, the EU’s trade with other countries increased last

year save for two nations — India and Russia. If this trend continues, the incentive for FTA might be an uphill battle.

Quelle/Anmerkung:
Erhoben in LexisNexis, SECTION: INDIA BUSINESS.

IndE13-2
India Today
France willing to support India on free trade agreement with EU, says President Hollande



United Progressive Alliance chairperson Sonia Gandhi sprang a surprise on Thursday when she suddenly appeared to meet French President Francois Hollande at the Taj Palace Hotel.

Commerce and industry minister Anand Sharma, who was scheduled to meet Hollande at the time, had to make way for Sonia in the last-minute change in schedule.

India Inc was caught unawares as the organisers were not informed about the sudden change in plans due to security reasons.

Sonia's unscheduled meeting assumes importance in the wake of increasing co-operation between the two countries in the defence, nuclear and economic fields.

Sharma, who was initially scheduled to share the dais with Hollande at the meeting with the captains of Indian industry, had to change his plans and left earlier after delivering his address an hour in advance.

Later, addressing India Inc, Hollande said, "We are already partners in key sectors like defence, energy and space, but there are other areas which are equally important. There is immense scope of cooperation and both nations must also look at audio-visual, retail and culture as potential sectors for business engagement."

On agriculture, Hollande said that there is huge potential for growth and cooperation. "France is also mainly a farming nation, which may surprise you. I will ask my agro minister to come to India so that we can work on better collaboration in this field."

Hollande added that the size of the Indian market offers immense opportunities to French companies to invest, and in the next few years, two-way trade-which currently stands at $ 7.5 billion- could rise in a sizeable and sustained manner.

France is seeking more access to Indian services and automobile sectors.

"We are negotiating an FTA but we still facing problems. From our side, we still have a few questions on liberalisation of the services sector on the Indian part and also the automobile

sector," French minister for foreign trade Nicole Bricq said.

Addressing a French business delegation and representatives from India Inc, Sharma said, "The trade negotiations between India and the EU on the FTA are progressing satisfactorily.

We are hoping to bring the talks to a successful closure by this summer." Defence is high on the agenda with Prime Minister Manmohan Singh and the French President having reached an understanding on joint production of defence equipment, he added.

Currently, France is the ninth largest investor in India whereas India ranks 13th in France in this regard.

According to Adi Godrej, president of the Confederation of Indian Industry and chairman of Godrej Group, "India has had expert guidance from France in the automobile, defence and aerospace sectors. Now, India and France should focus on skill development and green manufacturing."

Quelle/Anmerkung:
http://indiatoday.intoday.in/story/sonia-gandhi-springs-a-surprise-meets-french-president-francois-hollande-india-today/1/250305.html, eingesehen am 17.12.2020.

IndE13-3
Hindustan Times
India hopeful of tying up trade pact with EU

New Delhi, March 22 -- Commerce minister Anand Sharma on Friday expressed hope that India will finally ink its long pending free trade agreement (FTA) with European Union (EU) by mid-April, when the ministerial delegation meets EU trade commissioner Karel De Gucht.

The ministerial meeting is scheduled for April 14-15 in Brussels, Belgium. Sharma was addressing media after inaugurating the two-day Mint Luxury Conference here.

"It will be (a) most ambitious trade agreement for India covering 96% of India's tariff lines. As we speak, the chief trade negotiators of both sides are closeted in Brussels. If they are sitting there for the third day consecutively, they must be making some progress," Sharma said.

Sharma said India's large population of aspirational youth offer great potential for luxury brands. "Each state of India has its signature. When you engage with India, look at the richness and diversity, its potential and its creativity," he said. Published by HT Syndication with permission from Hindustan Times.

Quelle/Anmerkung:
Erhoben in LexisNexis.

IndE13-4
NDTV
Parliamentary panel cautions government against rushing into free trade agreement with EU

Press Trust of India | Updated On: April 11, 2013 21:53 (IST)
As India and the EU negotiate a free trade agreement, a Parliamentary panel today cautioned against its early signing and asked Prime Minister Manmohan Singh to wait for the committee's report before finalising it.

Chairman of the Department Related Parliamentary Committee on Commerce, Shanta Kumar, has written to Prime Minister today asking him not to rush through the EU-India Broad based Trade and Investment Agreement (BTIA) before the panel gives its final report to Parliament.

The chairman's letter came after members of the committee, which met here today, expressed strong concerns over any move to sign the EU-India free trade agreement without taking note of the committee's views.

The committee is already studying the impact of the agreement after talking to all stakeholders and is likely to present its report soon.

"The Standing Committee has taken up the issue and all the members expressed their views today at the meeting that since the committee is studying it and has received many representations that the pact be finalised only after discussion with all stakeholders and after taking the Parliament into confidence," Shanta Kumar told PTI.

In his letter to the Prime Minister, Mr Kumar said, "I urge you not to conclude the EU-India Broad based Trade and Investment Agreement (BTIA) immediately and to kindly ensure that the Agreement is signed only after the Committee present/lay its Report on the subject to the Parliament."

Anand Sharma is scheduled to meet EU trade commissioner Karl De Gucht in Brussels on April 15 amidst expectations that the two sides may be able to iron out their differences, finally clearing the way for the signing of the FTA.

Opposing any move to finalise the agreement in a hurry, CPI(M) member in the Standing Committee K N Balagopal said it is "against the interest of India and also against the Parliament's Privilage."

The Rajya Sabha MP said that Standing Committees are considered as mini Parliament and their opinions and reports are very important.

"So Manmohan Singh has to respect Indian Parliament rather than European Union and thus protect Indian Peoples interest," Mr Balagopal told PTI.

Mr Kumar in his letter informed the Prime Minister that the Parliamentary Standing Committee on Commerce is presently examining the subject of India's Engagement with Free Trade Agreements signed or in the pipeline with various countries, regions and blocs in a detailed manner to appreciate the challenges and opportunities arising out of these FTAs.

"I also convey the sentiments of the Committee shared in its meeting held today, 11th April, 2013, where it was strongly debated that it would be appropriate for Government to wait for the Committee's Report on 'India's Engagement with Free Trade Agreements: Challenges and Opportunities' before it proceeds to sign any FTA in future," he said.

Mr Kumar told Dr Singh that Parliamentary scrutiny enables every stakeholder's view to come on board and the Parliamentary report may be used as an effective tool by the government to impress the other party to agreement on the nation's mood on sensitive issues under negotiation and come out with the best deal favourable to the country.

"You will appreciate that secrecy maintained around trade negotiations is undesirable. After all in a democracy like ours, there is no room for non-accountability. The power of treaty-making is so important and has such far-reaching consequences to people and our polity that some element of accountability should be introduced into the process," he said.

He said the Committee feels that Free Trade Agreements under negotiation like EU-India FTA must pass Parliamentary scrutiny before they are signed by the government as these trade agreements always have deep ramifications for Indian farmers, dairy, workers, financial services, local industries, intellectual property protection, government procurement, etc.

Quelle/Anmerkung:
http://profit.ndtv.com/news/economy/article-parliamentary-panel-cautions-government-against-rushing-into-free-trade-agreement-with-eu-320811, eingesehen am 17.12.2020.

IndE13-5
CNN-IBN
India seeks strong German political thrust to ink FTA with EU

Berlin: India on Wednesday sought a strong political thrust from Germany, a key member of the 27-nation European Union bloc, for inking of the long pending Free Trade Agreement with the grouping. This was conveyed by External Affairs Minister Salman Khurshid during his comprehensive talks with German counterpart Guido Westerwelle, during which various bilateral, regional and international issues including EU-India FTA, Iran's contentious nuclear programme, and North Korea were discussed.

Khurshid said technocrats have done their work and it was time for strong political move on this issue. Germany appreciated the oil cut India made from Iran. Speaking after meeting Westerwelle, Khurshid told reporters that he hoped the free trade agreement could be concluded "as quickly as possible."

Westerwelle praised India as a "great nation", "a power centre on the rise" and an "economic success story that has shifted the weight in the world". He added: "We have many partners in the world, but India is a democracy, the biggest democracy in the world". Westerwelle said Germany supports an India-European Union trade and investment pact, which would remove most tariff and non-tariff barriers. Talks for the deal were first launched in 2007. "We believe that a free trade agreement between the EU and India would point the way toward more growth and prosperity" in both countries, he said.



Germany has made it clear that a only a \"comprehensive\" broad-based Indian-EU Trade and Investment Agreement (BTIA) was acceptable and not a \"partial\" one.

Khurshid thanked Germany for its support on the negotiations, which he said "will be concluded hopefully soon", and called the EU's biggest economy a "constant companion, friend, strategic partner". Officials had hoped to conclude the agreement by 2012 but it has been hung up over a wide range of issues, including EU demands for intellectual property protections and investor guarantees, and import duties on automobiles.

Increasing the insurance cap by India is virtually a "must" for inking of the long-pending India-European Union FTA, which has seen 15 rounds of negotiations since its launch in 2007. Germany has made it clear that a only a "comprehensive" broad-based Indian-EU Trade and Investment Agreement (BTIA) was acceptable and not a "partial" one. India has recently inked a selective FTA with ASEAN which excludes two countries - Philippines and Indonesia - in services sector.

Quelle/Anmerkung:

http://ibnlive.in.com/news/india-seeks-strong-german-political-thrust-to-ink-fta-with-eu/384521-7.html, eingesehen am 23.05.2013.

IndE13-6
Times of India
EU FTA holds up auto investment

New Delhi: As India looks to sign a free-trade agreement with the European Union, investments in the automobile sector appear to be drying up as companies tighten purse strings on hopes of import duty going lower, enabling them to ship cars at a lower cost from Europe rather than make them in India.

While many companies refuse to acknowledge the benefits openly, some are candid enough to talk about the gains from an India-EU FTA that will see import duty on cars come down from the current levels.

Tomas Ernberg, managing director of Swedish car maker Volvo Auto, said the company does not plan to have a car assembly plant in India despite expecting a big increment in numbers. “We are keenly looking at the outcome of the India-EU FTA. If the import duty comes down, we may prefer to import cars,” Ernberg told TOI. Volvo is now owned by Chinese maker Geely.

While Volvo’s luxury rivals have a small manufacturing presence in India, they are also rooting for the inclusion of automobiles in FTA, fully realizing the benefits that may flow in. Their views are in contrast to domestic auto lobby body Society of Indian Automobile Manufacturers (Siam), which has been opposing any lowering of duty. The domestic auto

industry is against inclusion of automobiles in FTA. “The negative fallout will seriously compromise our investment, manufacturing valueaddition and employment at no obvious gain in trade or economic expansion,” Siam has warned in a white paper on the matter.

“We do not share Siam’s position on this matter,” Eberhard Kern, CEO of Mercedes Benz in India, said. Kern said the Indian government should be more global in its agreements. “We believe in a free market.” PSA Peugeot Citroen also appears to have put its investments on hold in view of the India-EU FTA. The French carmaker, that had initially planned to make its India plant in Gujarat over a 600-acre land, is going slow on the project, with many blaming the proposed FTA for its reluctance.



However, Shashikant Vaidyanathan, PSA Peugeot Citroen’s representative in India, denies that the slowdown in India investment is due to the impending FTA. “The FTA is no way holding back our investments. We have re-scheduled our India plans due to the downslide we face in Europe. You don’t rush in when your house is on fire.”
Vaidyanathan claimed that inclusion of automobiles in FTA would be beneficial for the sector. "As far as Peugeot Citroen is concerned, it would speed up our entry, especially with the luxury cars. However, when it comes to the mass market B segment diesel cars where we specialize, these will have to be manufactured in India and there is no sense of importing them here even if the import duty is lower."

Quelle/Anmerkung:
https://timesofindia.indiatimes.com/business/india-business/EU-FTA-holds-up-auto-investment/articleshow/19484018.cms, eingesehen am 17.12.2020.
Grafik bei Erhebung vorhanden.

IndE13-7
Times of India
Textile industry upbeat over FTA between India

SURAT: The textile entrepreneurs and exporters in the city are upbeat as the proposed Free Trade Agreement (FTA) between India and European Union (EU), negotiations for which are currently taking place, will boost their trade in the coming days.
Sources said that EU is the important export destination for the textile garments and fabrics manufactured in India, including the synthetic fabrics manufactured in Surat, the country's biggest man-made fibre hub. Presently, EU levies an import duty of 9.6 per cent on garments and five percent on other textile items from India, which would end as soon as the FTA is inked.
India is the third largest exporter of textile products to the EU after China, Turkey and Bangladesh. In 2012, the country exported around $7 billion worth of textile goods and apparels to EU.
The benefits of FTA with India for the EU are multiple and that the agreement would also be very beneficial to the textile industry in the country that could improve its access to state-of-the-art products and technology at more competitive prices.

Textile industry leaders said that the man-made fiber hub has an annual export of Rs 1200 crore to the countries like UAE, EU, US and Pakistan. The amount of export to EU was less due to the high import and export duties.
Arun Jariwala, chairman, Federation of Surat Art Silk Weaving Industry (FIASWI), said, "We hope the FTA negotiations between India and EU to end soon so that the textile industry could take maximum benefit out of it. The synthetic fabric and garments export will get a major boost in the FTA. Also, the textile entrepreneurs would be benefited in importing state-of-the-art technology and other products at competitive rates."

Quelle/Anmerkung:
https://timesofindia.indiatimes.com/city/surat/Textile-industry-upbeat-over-FTA-between-India-EU/articleshow/19486243.cms , eingesehen am 17.12.2020.

IndE13-8
The Telegraph
Consensus eludes EU trade talks

New Delhi, April 16: The ministerial meet on an India-EU free trade agreement failed to break the impasse as both sides stuck to their stated positions but agreed to continue with talks to narrow their differences.

"The experts and chief negotiators will remain engaged and the next ministerial meeting is scheduled for June," a commerce ministry statement said after the ministerial talks between commerce minister Anand Sharma and EU trade commissioner Karel De Gucht in Brussels.

While India wants easy access to the European markets for its IT professionals and data secure status, EU is demanding heavy duty cuts to ensure the sale of its automobiles, wines and spirits in India. However, the auto and liquor industries in India are strongly opposed to duty cuts.

Prime Minister Manmohan Singh's meeting with German Chancellor Angela Merkel last week and a recent high-level dialogue with the French President and British Prime Minister have focused on the need for pragmatism to conclude a balanced agreement.

"The candid discussions between the leaders covered all the elements of the package. A clear understanding was reached that a fine balance needs to be arrived at for meaningful expectations of market access on both sides," the statement said.

Analysts say differences between the two sides are quite wide and complex to accommodate the interest of competing lobbies. Negotiators may well put the deal on the backburner till after India's 2014 general elections as one sided concessions may prompt the Opposition to denounce the pact and turn it into an election issue.

Various groups, including the Society of Indian Automobile Manufacturers, the Gujarat Co-operative Milk Marketing Federation Ltd (which runs Amul), and healthcare activists have built up pressure against the trade deal they regard as discriminatory.

The parliamentary standing committee on commerce, headed by BJP leader Shanta Kumar, has already warned the government against signing an accord that has not been examined by its members.

In his talks with EU trade commissioner Karel Gucht, Anand Sharma underscored the importance of getting a good package on services, including India's areas of interest such as infotech and the movement of Indian professionals.

He also emphasised the need to declare India a data-secure country. This has been preventing the flow of outsourcing business to India and free flow of sensitive information to India such as patient information for tele-medicine.

Sharma also discussed market access for agricultural products, pharmaceuticals and textiles

Gucht spoke of EU's strong interest in financial services, the automobile sector, wines and spirits and cheese. The EU also sought assurance on the registration of their Geographical Indicators.

Sharma reaffirmed India's stated position that it cannot go beyond the parameters of the TRIPS Agreement and Indian laws for Intellectual Property Regime in the ongoing negotiations.

The EU also wants a hike in the foreign direct investment limit in the insurance sector to 49 per cent from 26 per cent.

India is in talks with the EU, its biggest trading partner, since June 2007 for liberalising their commerce in goods, services and investment through a free trade agreement.

Quelle/Anmerkung:
https://www.telegraphindia.com/business/consensus-eludes-eu-trade-talks/cid/1550068 **,**
eingesehen am 02.02.2021.

IndE13-9
The Hindu
Talks on India-EU FTA progressing 'very well': Sharma



Union Commerce, Industry and Textiles Minister Anand Sharma, Commerce Secretary S.R. Rao, Revenue Secretary Sumit Bose and Anup K. Pujari, DGFT during the release of Annual Supplement 2013-14 to the FTP 2009-14 in New Delhi on Thursday. Photo: Sandeep Saxena

Notwithstanding the differences resulting in delay in inking of India-EU free trade agreement, Commerce and Industry Minister Anand Sharma on Thursday said the negotiations are progressing "very well".

Reacting to reports "positive or otherwise" on the ongoing negotiations between India and EU on BTIA, Sharma also expressed confidence that the talks will see a "meaningful closure" with both sides having an agreement which is "both ambitious as well as balanced".

“I have just returned from Brussels and I am happy to share with you, because there are speculative reports which we keep on reading positive or otherwise, you hear it from me that the negotiations for the India-EU BTIA are progressing very well,” said Sharma.

On Monday he had high-level talks with EU Trade Commissioner Karl De Gucht to iron out differences on various issues including duty cuts in automobile sector.

During the talks both sides failed to reach on a conclusion and have agreed to meet again in June.

Last week, Germany, one of the key members of the 27-nation European bloc, very clearly articulated the impediments in conclusion of talks, which started in 2007.

EU is pressing for significant duty cuts in auto, wines and spirits and dairy products, besides hike in FDI cap in the insurance sector and a strong intellectual property regime.

India wants liberalised visa norms for its professionals; data secure status and market access in services sector.

After talks with Prime Minister Manmohan Singh, German Chancellor Angela Merkel had said in Berlin that India and the EU have not yet overcome “all the difficulties” in reaching an agreement to conclude the FTA.

Ms. Merkel, who had jointly co-chaired the second round of Inter-Governmental Consultations (IGC) with Dr. Singh, had also said that increase in the FDI cap in insurance by India was “undeniably” an important issue apart from resolution of issues such as tariff rate quota on imports of German cars, services and intellectual property rights.

Mr. Sharma said both the sides have given clear mandate to negotiators for concluding a balanced and fair agreement at the earliest. “I am confident that over the next couple of months, we should see intensification of this process and hope that we will be able to arrive at a broad understanding soon”.

Already 16 rounds of negotiations have been completed but both the sides are still engaged on bridging the gap. The two-way trade was $91.3 billion in 2010-11.

Mr. Sharma further said that in the last four years, India has aggressively pursued a policy of trade liberalisation and engaged with all dynamic parts of the world.

India is also negotiating FTAs with several other nations including Canada, Australia and New Zealand.

The minister also dismissed industry reports that FTAs were not yielding positive results for India.

“India’s exports are constantly growing after signing of FTAs,” Mr. Sharma said, adding that the country’s import bill is high because “we have to import things like crude oil, edible oil and pulses...but overall the trade balance is healthy”.

He was replying to a question that FTAs are not benefiting Indian traders.

In December, exporters body FIEO said that shipments to several countries, with which India has signed FTAs, have shown a decline.

According to the Federation of Indian Export Organisations (FIEO), during the April-September period of 2012-13, exports to Singapore were $6.6 billion, Japan ($2.6 billion), Korea ($1.9 billion), Malaysia ($1.7 billion) and Thailand ($1.5 billion).

These shipments are "much less than the pro-rata exports in the corresponding period in 2011," FIEO had said.

Quelle/Anmerkung:
http://www.thehindu.com/business/Economy/talks-on-indiaeu-fta-progressing-very-well-sharma/article4630180.ece , eingesehen am 17.12.2020.

IndE13-10
Hindustan Times
Mercedes upping India capacity, bets on FTA

Mumbai, April 23 -- As negotiations between India and the European Union (EU) for a free trade agreement (FTA) have been intensified, German carmaker MercedesBenz says it stays committed to its investment plans in India

The company said that it will invest R850 crore investment, as planned, to double capacity at its Pune plant to 20,000 units per year by October this year.

"We are building capacities not to keep it unutilised. We will go ahead with our localisation plans," Eberhard Kern, managing director, Mercedes Benz India told HT.

The long drawn out IndiaEU FTA talks recently gained momentum with ministerial level discussions in Brussels last week. EU has been pushing for a drastic reduction in import duty of cars that will work to the advantage of German premium car manufacturers operating in India. The current duty structure, which works out to 120% for directly-imported completely-built cars, forces them to invest in local production.

Benz, which is lagging behind its compatriots BMW and Audi in luxury car segment, strives hard to return to the top with a slew of launches. MercedesBenz will launch diesel version of its luxury hatch B-Class, smaller A Class and SUV GL in the next three months.

Quelle/Anmerkung:
Erhoben in LexisNexis.

IndE13-11
Deccan Herald
EU-India free trade agreement: Is it a corporate-driven agenda?

Colin Todhunter, July 13, 2013, DHNS :



The impending EU-India Free Trade Agreement (FTA) is regarded in some quarters as constituting a massive corporate heist. Such a view is fuelled by the lack of transparency and the secretive nature of the negotiations. This is unacceptable given that the outcome of the negotiations could fundamentally restructure Indian society and impact the lives of hundreds of millions of Indians.

Negotiations cover a wide range of areas, including medicines, agriculture, various products and services, as well as investment rules, government procurement and intellectual property rights. However, due to the closed nature of the talks, people and groups in both Europe and India are rightly concerned that proper accountability and effective public scrutiny are being sidelined in favour of a business-led agenda. Their demands for transparency were however dealt a blow by a recent ruling.

It was discovered a while back that the European Commission (EC) had withheld information about the EU-India talks from the public, even though it had already shared the information with corporate lobby groups. The information in question concerns documents include meeting reports, emails and a letter, all of which the EC had sent to large corporate lobby groups. Lobby watchdog Corporate Europe Observatory (CEO) had argued that information could not suddenly become confidential, which it did, when a public interest group asked for it.

Although the EU's General Court in Luxembourg recently concluded that the EC did not violate EU rules by doing this, CEO has now appealed to the European Court of Justice on the ruling.

CEO trade campaigner Pia Eberhardt says that the real issue at stake is whether the European Commission can continue negotiating backroom trade deals, together with, and for, a tiny elite of corporate lobby groups. At a time when more and more people fear that trade agreements threaten their basic rights to safe food, affordable medicines, a healthy environment and decent work, Eberhardt argues that we cannot sit by and fail to challenge a ruling that risks legitimising the privileged access that the EC grants big business over its policies.

Internal rules

In its appeal, CEO argues that the EU's General Court made errors in law, including in assessing the role of the Commission's internal rules on access to documents. The appeal comes as the EU and India are reportedly trying to sign the proposed trade agreement before elections in both regions in 2014. Trade unions, farmers, patients' organisations and other public interest groups have repeatedly sounded the alarm at the potentially devastating impacts of the deal, particularly on access to medicines, investment and procurement

decisions and the livelihoods of Indian farmers and street traders. The deal could have detrimental implications for hundreds of millions of people in India.

The EU and the US are also currently engaged in their first round of negotiations in Washington for a major trade deal between the two blocks, which also bears the same hallmark of secrecy and a similar template for potential corporate plunder, not least, in terms of the entry of GM foods across Europe.

The EU-India FTA essentially represents the demands of big business in the West and results from their strategic hegemony over government bureaucracies and politicians. With Western economies in crisis, India represents potential rich pickings for transnational corporations.

Pia Eberhardt states that for too long, the EC has negotiated trade agreements in secret and catered for the needs of transnational companies. CEO is challenging this complicity, trying to redress the balance in favour of transparency and a trade policy in the interest of the many rather than the few.

CEO's appeal will now be reviewed by the European Court of Justice. The EC and Germany, which intervened in the case, will then respond in writing. Once the written procedure is declared closed, the European Court of Justice will either set a date for an oral hearing or forego a hearing and issue a ruling.

The EU-India (and EU-US) free trade talks raise two key questions. Is it right that far reaching free trade treaties are negotiated in secret, while the public is excluded and kept n the dark? Is it right that big corporations are given privileged access to negotiations?

Given the corporate-led agenda that is driving the negotiations, it is little wonder that the EC does not want ordinary Europeans to know about the negotiations. The same could be said as far as ordinary Indians are concerned as well.

Farmers and trade unions in India, via the alliance of the Anti FTA front, have written 872 letters to important officials, organisations and political parties about the FTA. Rakesh Tikait of the Bhartiya Kisan Union argues that, although there are serious impacts on food security and the livelihood security of millions of farmers and small retailers, farmers haven't even been informed nor consulted about the FTA.

Praveen Khandelwal, Secretary General of Confederation of All India Traders (CAIT) states that India should not legally commit to policies under this FTA. He believes that the government cannot seal this issue at the behest of EU while a national debate is still ongoing on the subject.

Perhaps that is the whole point behind the secrecy, though - to prevent or limit any such debate, whether in Europe or in India. It all begs the question: are we to witness democracy in both Europe and India being sidelined in the blind pursuit of a corporate driven agenda?

Quelle/Anmerkung:
http://www.deccanherald.com/content/344436/eu-india-free-trade-agreement.html,
eingesehen am 17.12.2020.

IndE13-12
The Hindu
EU Parliament panel may raise FTA issue with Anand Sharma

India-EU free trade agreement is expected to be a major issue that will come up in the meeting between a high-level delegation of European Parliament's panel on international trade and Commerce Minister Anand Sharma.

The seven-member delegation is led by Maria Badia, a member of European Parliament.

"One of the main areas of interest expressed by the delegation is India-EU free trade agreement. On October 29, they will meet Sharma and likely to discuss the pact," a commerce ministry official said.

The delegation would also share views on India's position at the forthcoming meeting of WTO members at Bali in December.

India and the 27-nation bloc EU had failed to reach a consensus on the proposed pact in May in New Delhi.

Both the sides had failed to bridge substantial gaps on crucial issues, including insurance and data security status for IT sector.

Launched in June 2007, the negotiations for the proposed broad-based bilateral trade and investment agreement (BTIA) between India and the EU has witnessed many hurdles.

The EU side has been pressing for hiking FDI cap to 49 per cent in the insurance sector. India has expressed its inability to do so without an approval from Parliament.

Besides demanding significant duty cuts in automobiles, EU is also demanding for tax reduction in wines and spirits and dairy products and a strong intellectual property regime.

On the other hand, India is asking for granting data secure nation status by EU. The matter is crucial as it will have a bearing on Indian IT companies wanting market access.

It also wants liberalised visa norms for its professionals and market access in services and pharmaceuticals sector.

The two-way trade between India and EU stood at $ 91.3 billion in 2010-11.

Quelle/Anmerkung:
http://www.thehindu.com/business/Industry/eu-parliament-panel-may-raise-fta-issue-with-anand-sharma/article5233788.ece, eingesehen am 17.12.2020.

IndE13-13
Times of India
For EU, all elements of Vienna Convention very important: Joao Cravinho

Srijana Mitra Das ,TNN | Dec 20, 2013, 12.06 AM IST

Joao Cravinho is ambassador of the European Union (EU) in India. Speaking with Srijana Mitra Das, Cravinho discussed the Free Trade Agreement (FTA), Narendra Modi - and upholding the Vienna Convention:

Why should India push for the FTA?

I think both the EU and India are interested in the FTA because both have a tremendous amount to gain. EU is India's biggest trading partner. Also, our trade is extremely balanced. India and EU import almost the same from each other, 51%-49%. This makes us very different from others with whom EU and India have big trading imbalances.

Globalization is changing now. The best way forward is exporting - that means lowering trade barriers. India's interested, Europe's interested. So the FTA is going to happen. Not in the immediate future, but it will happen. That's the level of confidence I have.

Amongst India's concerns are EU visas for its professionals and entry for IT firms - what about these?

Lowering barriers includes those. It's in Europe's interest to have high-quality Indian service providers and India's IT companies, once data privacy conditions are met, helping lower costs. We have every interest in lowering barriers there.

But it's part of an overall package. The FTA needs to be comprehensive and balanced - as trade negotiators say, nothing is agreed until everything is agreed.

What you can expect though is for those elements to be part of the final package.

So these won't remain sticking points?

Absolutely. We need an agreement where both sides are smiling. I'm confident that's going to happen.

How would you assess UPA II's performance?

I'd assess it as a diplomat, which is to say the Indian public has the good fortune to live in a robust, healthy democracy. Four and a half years ago, it chose the current government. In six months, it will choose another government. The democratic public's is the best assessment anyone can make.

For us, it is the government of India and we respect that, whatever colour the Indian public chooses to make it.

Indian investors have been concerned about policy para-lysis though - what about EU companies?

Yes, of course. There've been big concerns over foreign investment being welcome in India, tax retroactivity cases that are a big source of worry for European companies. Many come to me, saying we really want to invest in India but we've seen signs of great concern over the last few years - we're not sure this is the right time to invest.

I believe in finance minister P Chidambaram's expression - investment is an act of faith, we must give people reason to believe. More effort is needed for foreign investors to believe in stable tax regimes, the facility to obtain licences, energy supplies, etc.

The good news is with a little more openness and effort, the foreign direct investment (FDI) is there, waiting to come in. Europe's the largest source for FDI in India - but this is still only a fraction of European FDI in Brazil, Russia, China or US.

How would the EU view Narendra Modi as possible prime minister?

The Indian electorate will choose whoever it wants. We respect that. The EU will have no problems working with anyone the Indian democratic system presents as PM or political parties.

That's distinct from America - how would the EU handle a case like Devyani Khobragade's?

I'm not familiar with the details. What I would underline though is for us, all the elements of the Vienna Convention are very important.

We believe they're important for India - and for the US too.

Quelle/Anmerkung:
https://timesofindia.indiatimes.com/interviews/For-EU-all-elements-of-Vienna-Convention-very-important-Joao-Cravinho/articleshow/27662693.cms, eingesehen am 17.12.2020.